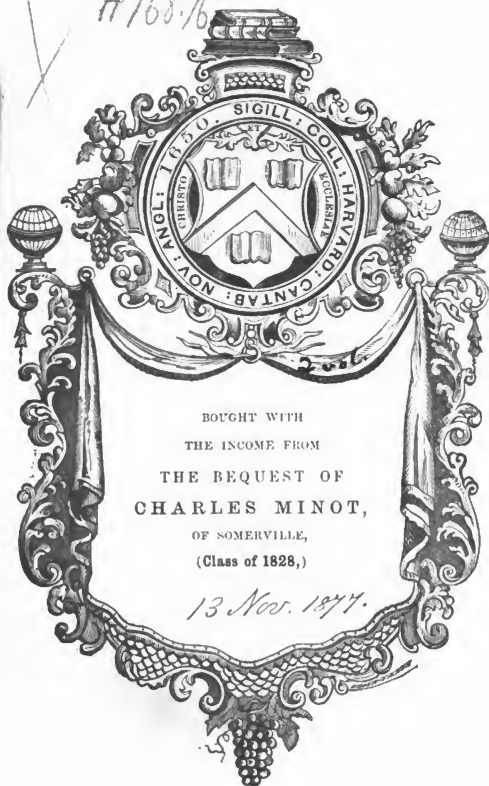


GESCHICHTE DER NEUESTEN ZEIT, 1815- 1871

Konstantin Bulle



H768.76



BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)

13 Nov. 1874.

Geschichte
der
neuesten Zeit.
1815—1871.

Von
Dr. Constantin Bulle.

Erster Band.
Von 1815 bis 1848.

Mit einem Namen- und Sachverzeichnis.

Leipzig.
Verlag von Veit & Comp.
1876.

#768.76

1877, Nov. 13.

Mint fund.

(I^{er}, II^{er} Bd.)

Inhaltsverzeichnis.

	Seite.
Einleitung	1
Völker und Fürsten der Heiligen Allianz	5
Die romanischen Völker	11
Oestreich	17
Deutschland	20
England und Frankreich	48
Die Revolutionen in den romanischen Ländern	53
Die amerikanischen Freiheitskämpfe	62
Deutschland nach 1820	74
Die griechischen Freiheitskämpfe	80
Der russisch-türkische Krieg	107
Das Königreich Griechenland	109
Der Petersburger Defabrisen-Aufstand	112
Deutschland und der Zollverein	115
Englands innere Reformen	126
Frankreich vor der Juli-Revolution	134
Die Juli-Revolution	145
Die belgische Revolution	155
Die polnische Revolution	165
Oestreich und Italien	177
Die Schweiz	180
Die Revolution in Deutschland	182
Preußen und der Zollverein	189
Süddeutschland und der Bundestag	199
Das junge Europa und die europäische Reaction	215
Frankreich nach der Juli-Revolution	220
Don Miguel und Don Carlos	230
Die Politik der Großmächte	249
Mehemet Ali und die Türkei	251
Rußland und England in Asien	262
Die Whigs in England	267

IV.

	Seite.
<u>Der hannoversche Verfassungsbruch</u>	<u>272</u>
<u>Der Ultramontanismus und die Cölner Wirren</u>	<u>277</u>
<u>Friedrich Wilhelms IV. Anfänge</u>	<u>294</u>
<u>Deutschland bis zur Revolution</u>	<u>311</u>
Die nationale Bewegung der vierziger Jahre bei den Slawen, Ungarn und Italienern	324
Die Westmächte und die Schweiz	334
Frankreich bis zur Februar-Revolution.	343
Alphabetisches Namen- und Sachverzeichnis	361



Einleitung.

Als mit Napoleons Sturze die Stürme sich legten, die ein Vierteljahrhundert hindurch Europa von einem Ende zum andern durchbraust hatten, da trat an Fürsten und Völker die Aufgabe heran, ihre Beziehungen nach innen und außen auf neuen Grundlagen und im Geiste der neuen Zeit zu regeln. Die Wirkungen der französischen Revolution waren doch zunächst nur zerstörender Art gewesen. Gefunken waren vor dem Schlachtrufe der Freiheit und Gleichheit das unumschränkte Königthum und die Vorrechte der begünstigten Stände; aber die Versuche, auf den neuen Principien eine neue Lebensordnung der Völker zu begründen, waren mißlungen. Aus dem Kampfe der widerstreitenden Interessen und Grundsätze war das Kaiserthum hervorgegangen und hatte mit starker Hand die Idee des Staates gegenüber der auflösenden Kraft der freiheitlichen Bestrebungen zur Geltung gebracht. Aber eine Versöhnung der Gegensätze hatte es nicht erreicht. Wie es innerhalb der französischen Nation an die Stelle einer zügellosen Freiheit die ebenso ungezügelte Willkür gesetzt, so hatte es die Selbstständigkeit der Nachbarvölker unterdrückt und ihnen unerbittlich das Joch der Fremdherrschaft auferlegt; wie es dort die Rechte des Bürgers, so hatte es hier die Rechte der Nationalität mit Füßen getreten und kein anderes Recht anerkannt, als das des Staates, der in seinem Begründer und Beherrscher verkörpert war. Diese Maßlosigkeit schuf sich selbst den Untergang. Gegen das Kaiserthum erhoben sich vereint alle die Mächte, die es mittelbar oder unmittelbar sich unterworfen. Die Feinde der Revolution, die vergeblich von dem Vändiger derselben die Rückgabe ihrer „legitimen“ Rechte erwartet hatten, die begeisterten Anhänger der Gleichheit und Freiheit, denen der Usurpator die guten und die schlimmen Früchte ihres Sieges gleichmäßig entrisßen hatte, die mißhandelten Völker, welche den Schatz ihrer Nationalität erst, da sie ihn verloren, recht würdigen gelernt hatten, sie alle standen zusammen, um den gemeinsamen Gegner zu stürzen, und sie stürzten ihn. Aber nachdem sie dieses Ziel erreicht, trennten sich ihre Wege, und an die Stelle der Bundesgenossenschaft trat der Kampf der Bundesgenossen. Gegen die Forderungen der Mittstreiter erhob sich die Schaar derer, welche die Erhaltung oder vielmehr die Erneuerung des Alten wollten. Ihr waren alle die zugewandt, die unter den Stürmen der Revolution

Aufgaben der neuen Zeit.

Die Gegensätze.

Die Legitimität.

Die Romantik.

Vorrecht und Besitz verloren hatten und nunmehr Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangten. Auch unter ihnen, den Fürsten, der Kirche, dem Adel, gab es wohl solche, die Manches aus der neuen Zeit beizubehalten für recht und nothwendig erkannten; aber im Wesentlichen galt ihnen doch der Wirrwarr, zu dem die Ideen von 1789 geführt, als der beste Beweis für die Unhaltbarkeit derselben, und in dieser Schlußfolgerung stimmten gar Viele mit ihnen überein, die einst den großen Schlagworten, die über den Rhein herüberklangen, laut zugejauchzt hatten. In der öffentlichen Meinung war durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eine doppelte Strömung hervorgetreten, die von verschiedenen Seiten her die erregten Gemüther in den Hafen der conservativen Grundsätze führte, die eine religiöser, die andre historischer Art. Je mächtiger die furchtbaren Ereignisse, die man erlebt hatte, jedem Einzelnen das Herz in der Brust erschütterten, desto allgemeiner war das Gefühl der Abhängigkeit von einer höheren Macht wieder zum Durchbruch gekommen, und desto größer war die Zahl derer geworden, die vor den Irrungen und der Willkür des subjectiven Glaubens eine Zuflucht bei den Sätzen der Kirche suchten. Viele der verdientesten Patrioten der Freiheitskriege, die Stein, Niebuhr, Eichhorn, Arndt, Schenkendorf, Görres folgten aus tiefer Ueberzeugung der orthodoxen Lehre ihres Bekenntnisses; zahlreiche bedeutende Männer aus protestantischen Kreisen ließen sich damit noch nicht genügen, sondern lehrten wie Fr. Schlegel, Ad. Müller, Werner u. A. früher oder später in den Schoß der alleinseigmachenden Kirche zurück. Bei vielen verband sich diese religiöse Stimmung mit der historischen. Die Erfahrung hatte gezeigt, zu welch entsetzlichen Zuständen es führe, wenn man unbefümmert um die geschichtliche Entwicklung und um die vorhandenen Gesellschaftsformen die Ideen und Träume weltbürgerlicher Philosophen in die Wirklichkeit rufen wollte; durch die despotische Gleichmacherei der Republik und des Kaiserthums war das Bewußtsein von der berechtigten Eigenthümlichkeit der einzelnen Völker wieder lebendig geworden; trotz der Ungunst der Zeiten hatte man mit Eifer begonnen, diese Eigenthümlichkeit auch in der Vergangenheit zu studiren, und Sprache, Dichtung, Kunst, Verfassung, Rechtsleben, Geschichte zumal der Jahrhunderte des Mittelalters zu erforschen. Die romantische Schule war entstanden und hatte allmählig die Herrschaft auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens erworben. Sie war ihrem innersten Wesen nach conservativ und den Ideen des Liberalismus, der Aufklärung, feindselig abgewandt; allein sie war daneben doch zugleich national und insofern ein Bindeglied zwischen den Vertretern der Legitimität und denen des Liberalismus. Auch in dem letzteren waren die Keime zu großen Spaltungen vorhanden; neben der nationalen Richtung bestand immer noch die kosmopolitische. Aber fürerst war sie freilich unendlich schwach und durch die Begeisterung der Kriegsjahre selbst in das nationale Fahrwasser hineingerissen; sie gewann erst dann an Stärke, als der Spalt zwischen den nationalen Liberalen und den nationalen Romantikern dadurch unausfüllbar wurde, daß diese mit fliegenden

Der Liberalismus.

Fahnen in das Lager der Reaction übergangen. Da konnte der kosmopolitische Liberalismus noch einmal eine große Herrschaft in den Gemüthern gewinnen, obgleich ihm so wenig wie der Legitimität oder der Romantik die Verheißung der Zukunft beschieden war. Diese ruhte nur bei der Partei, welche es verstand, das Recht der Nationalität mit den Principien gesetzlicher Freiheit und Gleichheit zu verbinden; die Aufgabe, welche den Völkern Europas nach den napoleonischen Kriegen gestellt war, konnte nur die sein, nationale Staatengebilde auf der Grundlage constitutioneller Verfassungen herzustellen. Bei dem einen Volke wog das eine, bei dem andern das zweite Bedürfnis vor; zwei Menschenalter sind nöthig gewesen, um die wichtigsten Länder Europas an das doppelte Ziel zu führen. Das Jahr 1870 ^{1815 u. 1870.} bildet für Deutschland und Italien einen entscheidenden Abschluß, und fordert deshalb dazu auf, den Zeitraum, der zwischen ihm und dem Jahre 1815 liegt, in zusammenhängender Darstellung zu schildern. Einen so allgemeinen Wendepunkt der gesammten europäischen Geschichte wie der Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft bildet es freilich nicht. Der Sturz des ersten Napoleon war ein Ereignis, zu welchem das ganze Europa mitgewirkt hatte; das ganze Europa trat zusammen, um seine Rechtsordnung auf einem neuen Fundamente aufzubauen. Wie schlecht und mangelhaft dieser Bau in vielen seiner Theile sein mochte, die Grundmauern waren gezogen; man konnte sie wieder wegräumen oder man konnte auf ihnen weiter bauen, aber unbeachtet lassen konnte man sie nirgends. Auch der Sturz des dritten Napoleon war ein Ereignis von der weitreichendsten Bedeutung; seine Folgen wurden mehr oder minder stark von jedem Volke des Erdtheils, ja des Erdballs verspürt; aber er ging aus von einer einzelnen Nation, und nur Frankreich selbst erfuhr durch ihn eine gänzliche Umgestaltung seiner staatlichen Grundlagen, wie es sie überdies in den verflossenen zwei Menschenaltern schon dreimal erlebt hatte. Allerdings, Deutschland und Italien war es vergönnt in Folge dieser Begebenheit den letzten Stein in das Gebäude ihrer nationalen Einigung zu fügen; sie haben mit dem Jahre 1870 das heiße Tagewerk beschlossen, das mit dem Wiener Congresse begann; ein neuer Arbeitstag ist für sie angebrochen. Aber für das übrige Europa war kein Ruhepunkt gekommen; drei Großmächte und die ganze Reihe der mittleren und kleineren Staaten stehen den Ereignissen von 1870 so gegenüber, wie denen von 1815 nur etwa die Türkei. Sie empfinden den gewaltigen Umschwung der Dinge in allen ihren Beziehungen, nach Außen wie im Innern; sie müssen ihm Rechnung tragen und wohl oder übel sich ihm anbequemen; aber davon abgesehen fahren sie ruhig fort in den Arbeiten, bei welchen sie beschäftigt waren; ein neues Zeitalter hat für sie nicht begonnen.

So stellen sich für jetzt wenigstens die Verhältnisse unsrer Augen dar. Ob der Blick künftiger Geschlechter Anderes und Größeres wahrnehmen wird, entzieht sich unserer Beurtheilung. Es ergiebt sich daraus aber eine Folgerung, die wichtig für den ist, welcher die Geschichte der neuesten Zeit darstellen will. Es bietet sich ihm eine

Plan der Darstellung.

doppelte Wahl: entweder er muß auf einen leitenden Faden in seiner Entwicklung verzichten und gruppentweise die Ereignisse an einander fügen; oder er muß die deutsche Geschichte, die einen sicheren Abschluß gewonnen hat, in den Mittelpunkt seiner Erzählung rücken, an den sich vorausschreitend und nachholend die Begebnisse und Erlebnisse der anderen Nationen zu knüpfen haben. Diese Wahl sich stellen heißt, zumal für einen Deutschen, natürlich auch schon sie getroffen haben. Mag der Standpunct, auf den sie ihn führt, auch ein beschränkter und nicht so hoch sein wie der, welchen das nächste oder zweitnächste Geschlecht erklimmen wird: der rothe Faden, der sich durch seine Erzählung hindurchzieht, darf kein anderer sein als das Ringen des deutschen Volkes nach seiner staatlichen Einigung, und alle andern Ereignisse, die seit 1815 die Menschheit bewegt haben, können nur im Zusammenhange der deutschen Geschichte — oder wenn ein solcher Zusammenhang fehlt, als äußerliche Beigaben — vorgeführt werden. Ihnen auch so gerecht zu werden, sie in der Ausführlichkeit zu schildern, die ihrer Bedeutung entspricht, und auf ihre Verknüpfung unter einander gebührend Bedacht zu nehmen, ist eine Aufgabe, deren Schwierigkeit wohl schreden und zu Mißgriffen führen kann, die aber die Richtigkeit des Verfahrens nicht zu beeinträchtigen vermag. Was sie aber allerdings beeinträchtigen wird, das ist das Gleichmaß, die künstlerische Rundung der Erzählung. Wenn wir von dem Standpuncte des deutschen Volkes aus die Ereignisse seit 1815 betrachten, werden wir oft genöthigt sein, die Blicke lange in der Ferne und auf den Geschichten andrer Völker ruhen zu lassen, während inmitten unsrer eigenen Nation nur unbedeutende, wenig in die Augen springende Vorgänge wahrzunehmen sind. Nur locker wird die Verknüpfung mitunter sein und mehr in der Empfindung des deutschen Erzählers und Lesers als in den Thatfachen selbst ruhen; der Schwerpunkt des Erzählten wird nicht immer mit dem Standpunct des Erzählers zusammenfallen. Dieses Mangels sind wir uns wohl bewußt geblieben; aber ihn zu beseitigen lag nicht in unserer Macht, wofern wir nicht ein ganz anderes Werk, eine Geschichte des deutschen Volkes, statt dessen, das wir beabsichtigten, einer Geschichte der civilisirten Völker, schreiben wollten.

Völker und Fürsten der Heiligen Allianz.

Ohne Zweifel lebte nach den Befreiungskriegen in unserem Volke ein starkes Verlangen nach staatlicher Einigung; aber wir sind im Allgemeinen doch wohl geneigt, uns dieses Verlangen lebhafter und drängender vorzustellen, als es wirklich war. Es wird uns nicht leicht, uns in den unglaublich traurigen Zustand zurückzuersetzen, welchem dieser Krieg ein Ende machte. Die Abschlüßung des Franzosenjoches, die Herstellung nationaler Staatsgebilde war allein schon ein so unendliches Glück, daß die große Menge derer, welche die schweren Jahre der Fremdherrschaft erduldet hatten, über dem Erreichten ohne zu großes Widerstreben auf das Nicht-Erreichte verzichtete. Kannten sie doch auch allesammt aus eigener Erfahrung keinen Zustand, der ihnen mehr geboten hätte; war das deutsche Volk doch schon seit unbordenflichen Geschlechtern des Segens einer wirklichen staatlichen Einheit verlustig. Denn das deutsche Reich, das 1806 zu Grabe gegangen, hatte ja nur dem Scheine nach diesen Namen verdient. Und andererseits ließen sich an den neu gegründeten Bund, so lange er noch nicht in Wirksamkeit getreten war, ja alle die Hoffnungen knüpfen, mit welchen vertrauensvolle Sehnsucht das Unbekannte auszuschnüden liebt. Als dann später die Enttäuschung kam, als die einzige Kraftäußerung des Bundestages in der Unterdrückung freihändlerischer und nationaler Bestrebungen zu Tage trat, da war in der großen Masse der Nation, die doch immer den Ausschlag giebt, die Abspannung zu groß, um ein Aufrassen zu gestatten. Die schwere Zeit, welche die Lebenden hinter sich hatten, schien kein andres Bedürfnis zurückgelassen zu haben, als das nach einem Zustande der Ruhe, der Erholung, des Genusses. Freilich fehlte es, zumal unter der Jugend, nicht an solchen, welche die Schmach dieses thatlosen Pflanzenlebens tief empfanden; die gewaltigen Leidenschaften, welche in den hoffnungsreichsten Tagen der Freiheitskriege die Brust der Völker durchlodert hatten, die glänzenden Zukunftsträume, mit denen todesmuthige Begeisterung die Kämpfenden entflammt, die Sterbenden beglückt, die Trauernden getröstet hatte, sie suchten auch jetzt noch nach und wollten nicht an ihre Nichtigkeit glauben; aber sie bildeten nicht das Gepräge der Zeit; sie waren das schmerzliche Vorrecht der kräftigeren, edleren Naturen; sie ermunterten, reizten, peinigten den, welcher an ihnen hing; aber sie vermochten nicht die Herzen der großen Masse zu erobern; sie waren nicht stark genug, um die Folgen der geistigen und physischen Ueberanstrengung zu überwinden, die

Stimmung in
Deutschland.

Stimmung in Europa. nach so gewaltigen Stürmen nicht ausbleiben konnten. Und das war nicht allein in Deutschland der Fall. Selten wohl sind die Völker eines ganzen Erdtheils so einmüthig bereit gewesen, mit Bewußtsein auf ihre Ideale zu verzichten und sich willig der Leitung ihrer Machthaber hinzugeben, wie nach 1815. Das Einzige, was sie verlangten, war ein verständiges, mildes Regiment; ja sie waren in der Stimmung, als solches auch noch Willkürlichkeiten gelten zu lassen, die in minder ermatteten Zeiten für argen Despotismus wären angesehen worden. Der Bogen konnte sehr scharf gespannt werden ohne zu springen; wenn und wo er doch sprang, da mußte den Völkern mehr, als Menschen ertragen können, zugemuthet sein.

Alexander I. Hörte man freilich nur auf die Worte der Regierenden, so mußte man denken, das goldene Zeitalter werde wiedertekhren. Und diese Worte schienen Glauben zu verdienen; denn unter den tonangebenden Fürsten wa keiner, dem nicht eine gewisse patriarchalische Gesinnung gegen seine Unterthanen eigen gewesen wäre. Da war zuerst Alexander, der russische Czar. Ueber dem Tage, der ihm die Krone aufs Haupt gesetzt, schwebte ein unheimliches Dunkel; der Weg zum Throne hatte ihn über die Leiche seines Vaters Paul I. geführt. Mochte er auch von der Verschwörung zum Voraus Nichts gewußt haben, so hatte er doch die Früchte geerntet und hatte, vielleicht widerstrebenden Herzens, die Mörder belohnt. Ueber seine Seele hatte sich in Folge dessen ein düster Schleier gelegt; er war tiefsinnig, schwärmerisch, mythisch geworden. Er hatte Verzeihung für ein schweres Unrecht von Gott zu erbitten und er hatte zugleich in dem eignen Gewissen einen feindlichen Mahner niederzukämpfen. Das Eine machte ihn weich, wohlwollend, zugänglich; das Andre machte ihn scheu, argwöhnisch, schroff. So bewegte er sich in Extremen, ein Mann, dem das innere Gleichgewicht fehlte; aber es überwog doch zumeist die milde, schwermüthige Stimmung; es überwog der Wunsch, durch ein gerechtes, christliches Regiment seine Herrschaft und ihren dunklen Beginn vor Gott, vor der Welt und vor sich selbst zu rechtfertigen. Die großen Wechselfälle seines Lebens, die Tage von Anstierliz und Friedland, von Moskau und Leipzig, mußten dieser religiösen Stimmung nachhaltige Nahrung verschaffen; zeigte sich doch sichtbar in ihnen der Finger des strafenden, aber auch des verzeihenden Gottes. So war ein böswilliger Despotismus von Alexander niemals zu erwarten; denn er fühlte beständig eine höhere Macht über sich; es fehlte ihm das, was allein den wahren Despoten macht, der Glaube an die eigne Straflosigkeit oder der Leichtsin, der diesen Glauben hinwegspottet. Aber es fehlte freilich auch das, was allein den wahrhaft volksfreundlichen Fürsten macht: das offene Zutrauen, das gute Gewissen, die heitere Ruhe der Seele. Und je weniger diese Ruhe in ihm war, desto größeres Verlangen trug er, sie um sich zu sehen. So wurde er ein aufrichtiger Freund des Friedens und ein herzhafter Feind der Revolution; so ging sein sehnlicher Wunsch dahin, die Völker Europas gerecht und weise beherrscht zu sehen, aber nicht minder auch dahin, jede Aufsehnung rasch und entschieden im ersten Reime

zu erstickten. Zu dem Einen wie zu dem Andern war ihm jedes Mittel recht; konnte die Ruhe der Nation durch eine Verfassung erzielt werden, so billigte er die Verfassung; mußte sie durch Kanonen erzwungen werden, so war er auch für die Kanonen. Nur keine Gährung, nur keine Unruhe, nur Nichts, was an Verschwörung erinnerte! Dann war er zufrieden und gütig und glücklich.

In diesem Punkte konnte „Franz der Kaiser, unser guter Kaiser Franz“, des vielsprachigen Oestreichs Herrscher, ihm wohl verglichen werden. Nur ging seine Liebe zur Ruhe aus wesentlich andern Bedürfnissen hervor. Der gemüthliche Herr war das leibhaftige Phlegma. Er wollte gewiß Niemandem zu nahe treten, aber Niemand sollte auch ihm etwas zu Leide thun, und das that unglücklicher Weise jeder, der ihn in seiner Ruhe störte. Das Verfolgen an sich machte ihm keine Freude, aber wer sich nicht bedeuten lasse, so sagte man, den jage er weg, und wer sich unterfange, mit ihm ringen zu wollen, den sperre er zeitlebens ein. Er war vollkommener Egoist. Ungemein treffend hatte über ihn als 17-jährigen schon sein Oheim Kaiser Joseph geurtheilt: Ein verzogenes Mutterkindchen ist er, dem allein die Erhaltung seiner Person unendlich wichtig erscheint, edle moralische Motive, Ehrgeiz, Vaterlandsliebe, Pflichterfüllung, selbst Religionsgrundsätze machen auf ihn nicht den geringsten Eindruck; nur Furcht und Scheu vor Verdrießlichkeiten beeinflussen ihn. Seine Unterthanen sollten daher thun und lassen, denken und glauben, was er wollte und verlangte. Wer neue Ideen in Umlauf brachte, der wurde schon dadurch sein persönlicher Feind. Befand er selbst doch bei den alten Zuständen sich ganz vortrefflich; wozu also Aenderungen herbeiführen? „Es sind jetzt neue Ideen im Schwung, sagte er 1821 zu den Lappacher Professoren; Ideen, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie sich an das Alte, denn dieses ist gut und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen.“ Solchen Anschauungen entsprach es vollkommen, wenn er etwa einen höheren Offizier um Verzeihung bat, weil er ihn für den Verfasser eines militärischen Werkes gehalten, oder wenn er Gott dankte, daß Genz und solche Leute keine geborenen Oestreicher, sondern Ausländer seien. Alle großen Gesichtspunkte fehlten ihm; nur für Einzelheiten und Personalien hatte er Theilnahme. Die Stärke des Heeres bestimmte ohne ihn der Hofkriegsrath; aber die Befreiung irgend eines einzelnen Mannes vom Kriegsdienst mußte ihm selbst vorgelegt werden. Audienzen zu ertheilen machte ihm unendliches Vergnügen; auf seiner Reise in Italien empfing er 1825 etwa 20,000 Personen. Dabei erwies er sich dann stets sehr leutselig und gewann durch seine gemüthlichen Antworten in der Sprache des Volkes große Beliebtheit. Aufrichtiges Wohlwollen befeelte ihn freilich durchaus nicht; es war jene gutmüthige Schwäche, die ganz gern Andern etwas zu Liebe thut, wenn

Kaiser Franz.

sie nur sich selbst dadurch kein Opfer auferlegt, verbunden mit einer kleinlichen Neugier nach den Privatangelegenheiten seiner Unterthanen. Das Spionir- oder Spitzelsystem wurde daher unter ihm zur größten Blüte gebracht und die Verletzung des Briefgeheimnisses war so selbstverständlich, daß Stein ohne weitere Bemerkung an Gneisenau schreibt: Ihren Brief erhielt ich durch die österreichische Post, also unzweifelhaft eröffnet, — daß Barmhagen meinte, es genüge daran zu denken, daß man in Oestreich sei, um die Lust zum Schreiben und Empfangen von Briefen zu verlieren, — und daß ein toscanischer Minister sich weigerte mit Oestreich einen Postvertrag abzuschließen, weil man demselben kein Felleisen anvertrauen könne. Diese Spürsucht, die ihre erste Quelle vielleicht nur in weiblicher Neugierde hatte, mußte mit innerer Nothwendigkeit eine Saat von Mißtrauen austreuen; die Polizei wurde immer gewaltiger im Staat und über den Kaiser selbst; sie erstreckte ihre Aufsicht über die Geringsten und über die Höchsten; sie bestimmte über die Anstellung von Professoren und über die Residenz von Erzherzögen; sie zog eine chinesische Mauer gegen das Ausland; fremde Bäder waren so gut verboten wie fremde Universitäten. Selbst in den Zeiten der dunkelsten Reaction herrschte in Preußen noch Tageshelle, wenn man den dortigen Zustand mit Oestreich verglich, und die preußische Staatszeitung, die man in Berlin verachtete, galt in dem Kaiserstaate für ein Wunder von Freisinn. Und dennoch blieb der gute Kaiser Franz der Liebling seines Volkes, die Wiener träumten unter den Klängen Beethoven'scher Musik und in behaglichem Wohlleben ihre schmachvolle politische Lage, und rechtfertigten das bittere Wort: in Wien lasse sich jede Revolution mit ein paar tausend gebadener Händeln beschwichtigen.

Friedrich Wil-
helm III.

Ein Liebling seines Volks war auch der preußische König, Friedrich Wilhelm III. Schwere Zeiten nähern ja die Herzen derer, die sie zusammen erdulden. So hatten die trüben Jahre von 1806 bis 1812 um Herrscher und Beherrschte ein Band gewoben, das 25 Jahr lang bis zum Tode des Königs in unverminderter Stärke aushielt. Und dieser verdiente in vielfacher Rücksicht die Liebe seiner Unterthanen. Er war kein großer Geist; umgestaltende Neuerungen konnten ihm nur schwer annehmbar gemacht werden; kühne Entschlüsse vermochte er nur unter dem drückendsten Zwang der Verhältnisse zu fassen; großartige Charactere waren ihm unbequem und beängstigend. Aber er besaß neben großem persönlichem Wohlwollen eine unbestreitbare Ehrlichkeit; sein schlichtes Aeußere war frei von der Gefallsucht des österreichischen Kaisers; sein Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Regentenpflichten minderten sich auch mit dem Alter nicht. Der politisch denkende Theil seines Volkes mochte vielfach Anstoß nehmen an den militärischen und theologischen Neigungen des Monarchen; er mochte es schmerzlich empfinden, daß die verheißene Verfassung immer länger auf sich warten ließ und endlich in durchaus ungenügender Weise ihre vergebliche Erfüllung fand; der hohe Adel und die Umgebung des Königs mochten über seine wachsende Verdrießlichkeit klagen und widerwillig die Ausbrüche seiner Galle über

sich ergehen lassen; aber das eigentliche Volk blieb von diesen Mißstimmungen unberührt: ihm war Friedrich Wilhelm der Gemahl der Königin Luise, das schuld- und wehrlose Opfer der Wuth des rohen Corjen, der Urheber des Aufruhrs vom 17. März 1813, der Gründer der Landwehr, der Freund und Förderer des allgemeinen Volksunterrichtes, der Zertrümmerer der Zöllschranken, der gewissenhafte Arbeiter, der wohlwollende Fürst, der schlichte bürgerfreundliche Mann. Man hätte ihm so wenig etwas zu Leide gethan wie einem persönlichen Freunde und eben so wenig konnte man ihm etwas verübeln oder mit ihm großen und schmollen. Seine Stellung zum Lande war weniger eine politische als eine persönliche. Man ertrug seine Schwächen, wie man die Schwächen eines Vaters erträgt, und man war einverstanden darüber, daß dieser Vater ein liebevoller, achtungswerther und gerechter Fürst sei.

Zwischen Friedrich Wilhelm und Alexander bestand ein sehr herzliches Verhältniß. Seit jener Novembernacht im Jahre 1805, wo sie am Grabe Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche zu Potsdam sich ewige Freundschaft gelobt hatten, war freilich manche Wetterwolke zwischen ihnen aufgestiegen; Alexanders Haltung gegen Preußen beim Abschluß des Friedens von Tilsit hatte wenig den schönen Worten entsprochen, mit denen er noch ein paar Wochen zuvor im Angesichte der vereinigten Heere den Freund umarmt hatte: Nicht wahr, wir fallen zusammen, entweder keiner von beiden oder — beide? Aber das, und Preußens Abfall nach Austerlitz, und seine Theilnahme am Krieg von 1812, und was man etwa sonst noch einander vorzuwerfen hatte, war vergeben und vergessen: die Waffengemeinschaft von 1813 bis 1815 hatte die Erinnerung daran verſcheucht; das häufige Zusammenſein im Feldlager und in den Hauptstädten, bei Friedensſchlüssen und Congressen hatte die persönlichen Bande noch enger gezogen; Gemeinſamkeit der Grundſätze und Gemeinſamkeit der Empfindungen gaben dieſem Bündniß die höhere Weihe; bald trat auch durch die Verlobung des Großfürſten Nicolaus mit des Königs Tochter Charlotte der gemüthvolle Reiz enger verwandtschaftlicher Beziehungen hinzu. Dagegen ſtand Kaiſer Franz dieſem innigen Verhältniß ziemlich fern; ſeine Verbindung mit den beiden Waffengenossen war eine faſt ausschließlich politiſche, und wenn der Vortheil es zu erheiſchen ſchien, ſo koſtete es ihm keine Ueberwindung, ſich ſogar mit Frankreich gegen ſeine beiden Allirten zu verbünden, wie er das während des Wiener Congresses bewieſen hatte. Bewahrte doch nur die unerwartete Landung Napoleons Europa vor dem Schauſpiel eines Krieges, der auf der einen Seite Rußland und Preußen, auf der andern die übrigen Bundesgenossen und Frankreich geſehen hätte. Innerliche Beziehungen zwischen Franz und ſeinen Vettern in Petersburg und Berlin gab es nicht, und nur mit einem geheimen ſpöttiſchen Lächeln mag der öſtreichiſche Kaiſer jene merkwürdige Urkunde unterzeichnet haben, in welcher Alexander ſeine aufrichtigen Gefühle niederlegte und Friedrich Wilhelm ſeine eigenſten Anſchauungen wiederſand: die Urkunde der Heiligen Allianz. Es war am 26. September 1815.

Verhältniß der
drei Herrscher.

Die Heilige
Allianz.

Von Paris aus, wo die siegreichen Fürsten sich noch befanden zur Vereinbarung des zweiten Pariser Friedens, waren sie nach Vertus gefahren, einer großen Musterung der russischen Truppen beizuwohnen. Nach Beendigung des Feldgottesdienstes legte Alexander den beiden befreundeten Monarchen das eigenhändig von ihm abgefaßte Schriftstück vor, in dem der Versuch gemacht wurde, die Grundsätze der christlichen Religion zur Grundlage der Politik eines ganzen Erdtheiles zu erheben. Denn es erklärten die Unterzeichner, daß sie ihre Völker nur als Zweige einer und derselben christlichen Nation betrachten wollten, und luden sämtliche christliche Fürsten ein, sich ihrem Bunde anzuschließen. Als Bevollmächtigte der Vorsehung wollten sie ihre Völker regieren; wie die Beziehungen der Staaten unter einander, so sollte die innere Verwaltung der einzelnen Länder nur auf die Vorschriften des Christenthums, auf Gerechtigkeit, Liebe und Frieden gegründet werden; wie Brüder wollten die Fürsten unter sich verkehren, wie Familienväter wollten sie ihren Unterthanen gegenüber stehen. Es war das Programm einer neuen Zeit, das so der Welt verkündet wurde; es war gleichsam die Summe der Lehren, die ein Vierteljahrhundert voll Haß und Blut dem Menschengeschlechte gepredigt. Hatte sich der vortreffliche Inhalt dieser Urkunde auch in etwas wunderbare Formeln gehüllt, deren schwärmerischer Klang dem Ohre der Kinder der Welt feltjam genug erschien, so war das, was versprochen wurde, doch um so köstlicher. Später freilich hat die Heilige Allianz das einstimmige Verdammungsurtheil der Völker getroffen; aber es wäre unrecht und ungeschichtlich, wenn man glauben wollte, die bösen Früchte, welche sie trug, seien von Anfang an beabsichtigt gewesen. Der Kaiser Alexander, welcher im privaten Gespräch aufrichtig betheuerte, friedlich für die Verbreitung liberaler Ideen wirken zu können, sei das Einzige, was dem Leben für ihn einigen Werth verleihe, der König von Preußen, der wenige Monate vorher seinem Volk eine Verfassung verheißen, um ihm ein Pfand seines Vertrauens zu geben, sie waren gewiß am 26. September 1815 nicht Willens, mit schönklingenden Worten ein trügerisches Spiel zu treiben und absolutistische Neigungen unter dem Deckmantel christlicher Frömmigkeit zu verbergen. Wenn sie ihre Völker als Väter zu lenken versprachen, so wollten sie damit die Liebe und Sorgfalt bezeichnen, die sie ihnen schuldig zu sein überzeugt waren; sie wollten nicht damit sagen, daß sie dieselben für unmündige Kinder hielten, denen ein eigner Antheil an der Ordnung ihrer Geschicke nicht verstattet werden könne. Und daß es ihnen Ernst war mit der Versicherung, sich gegenseitig als Brüder zu behandeln und in friedlicher Vereinbarung etwa ausbrechende Streitigkeiten zu schlichten, dafür lieferten sie einen klaren Beweis in der Erklärung, welche sie am Tage des zweiten Pariser Friedens erließen und laut deren sie, die Monarchen, theils selbst von Zeit zu Zeit persönlich zusammenkommen, theils Bevollmächtigte zusammentreten lassen wollten, um zu erwägen, wie man die Ruhe und Wohlfahrt Europas am sichersten fördern und bewahren könne. Auch dieser in seinem Ursprung vortreffliche Voratz hat sich nachher

Die Congresse.

zum Bösen gewendet, und endloses Leid und Unheil ist durch die Congresse von Aachen bis Verona über die verschiedensten Völker Europas gebracht worden. Als er der Welt bekannt wurde, konnte er nicht anders als den einstimmigen Beifall aller Verständigen finden. Denn kaum zu irgend einer Zeit mag das Gefühl der Gemeinsamkeit in den Interessen die verschiedenen Nationen Europas gleichmäßiger und stärker durchzogen haben als damals, wo sie fast ausnahmslos zusammengestanden hatten, um das Joch des Eroberers abzuschütteln, und wo auf dem Wiener Congreß in einer großen Friedensacte das Geschick des ganzen Erdtheils neu geordnet und ein neues europäisches Staatenrecht geschaffen war.

Die romanischen Völker.

Nur ein Land mußte sich in diesem großen Völkerbunde sehr vereinsamt fühlen, nämlich Frankreich. Es war von seiner Höhe als Herrscherin hinabgestürzt und in schmerzlichem Gegenschlag gleichsam unter die Vormundschaft Europas gestellt. Fünf Jahre lang sollten die Truppen fremder Mächte seinen Boden bewachen und das Herrscherhaus beschirmen, das Nichts gelernt und Nichts vergessen hatte. Aber auch in Frankreich war das Ruhebedürfniß groß, ja größer vielleicht als irgendwo im übrigen Europa. Ein Land, das in den letzten zehn Jahren 2½ Million seiner Söhne auf den Schlachtfeldern verloren und fünf Milliarden in ungerechten Kriegen vergeudet hatte, durfte wohl nach schweren Niederlagen in Schlassheit versinken. Kein Wunder daher, wenn die Wahlen im Jahre 1815, denen überdies der Druck von oben nicht gefehlt hatte, eine Kammer ergaben, von der selbst der König eingestand, sie habe ihm unfindbar geschienen, und die daher in der Geschichte den Ehrennamen der unfindbaren Kammer (*chambre introuvable*) führt. Der Monarch und sein Ministerium hatten dieser Landesvertretung gegenüber keine andere Aufgabe, als ihre Dienstwilligkeit zu zügeln und in den Schranken der Weisheit zu halten. Bei Ludwig XVIII. sowohl, wie bei seinem ersten Minister Richelieu durfte man den guten Willen dazu wohl voraussetzen. Der König war zwar nichts weniger als ein überzeugungstreuer Liberaler; das konnte man nach seinen Lebenserfahrungen nicht wohl verlangen. Aber wie er beim Heranziehen der Revolution mit freisinnigen Grundfätzen geliebäugelt hatte, so ward ihm auch jetzt das Eingehen auf gemäßigtere liberalere Einrichtungen nicht schwer. Es lag ihm am Herzen, seine Herrschaft zu befestigen; noch einmal in seinem Alter das Brod der Verbannung zu essen, war das schreckhafteste Gespenst, das ihm vor die Seele treten konnte. Ueberzeugte man ihn — und er war sehr geneigt, das zu glauben — daß eine milde constitutionelle Regierung dieser Gefahr am dienlichsten vorbeuge, so war die Sache für ihn entschieden. Richelieu ließ es nicht an Eifer fehlen, in diesem Sinne zu wirken. Während der Revolution und des Kaiserreiches hatte er in Rußland gelebt und sich als Statthalter von Odessa Erfahrung und Beliebtheit erworben. Alexander empfahl

Frankreich.

Ludwig XVIII.

Richelieu.

Uebergewicht
der Ultras.

ihn zum Minister und hatte an ihm einen Mann, der ganz in seinem Geiste wirkte. Ein höchst achtungswerther Character mußte auch in Frankreich dem ersten Rathgeber der Krone bei allen Verständigen Ansehn und Geltung verschaffen; vor Allem war seine strenge Uneigennützigkeit in dem Lande der Talleyrand und Fouché eine seltene Eigenschaft; daß ein Minister, dem bei seinem Rücktritt ein Ehrengeschenk bewilligt wurde, dessen ganzen Betrag milden Anstalten überwies, war in Frankreich noch nicht dagewesen. Unglücklicher Weise aber machten sich neben Richelieu andre Einflüsse geltend; im Ministerium selbst arbeitete Vaublanc gegen ihn, der nach Bedürfniß Jacobiner, Bonapartist und jetzt Ultra-Reactionär war. An der Spitze der Rückschrittspartei stand des Königs Bruder, Graf Artois, dessen Residenz im Pabillon Marfan das Hauptquartier aller Reactionäre (oder, wie man in Frankreich sagte, aller Ultras) war. Auch die übrigen Prinzen und Prinzessinnen schlossen sich diesem Lager an, und ihrem vereinten Bemühen gelang es, König und Ministerium unter Hinweis auf die Stimmung der Kammer zu sich herüber zu ziehen. So begann denn in Frankreich eine Reaction, die um so thörichter war, als die Parteien, gegen welche sie ihren Zorn richtete, die Republicaner und die Bonapartisten, vollständig ohnmächtig waren. Durch die Erschießung des Marschall Ney, des Obersten Labedoyère und anderer Offiziere, die bei der Rückkehr Napoleons von Elba sich wieder zu ihm gewandt hatten, durch das Todesurtheil, das man über Flüchtlinge aussprach, ohne es vollstrecken zu können, reizte man das Heer, in welchem persönliche Zuneigungen für die Helden des Kaiserreichs, die Träger des nationalen Ruhmes, natürlich weit verbreitet waren. In dem Haffe gegen Napoleon ließ man einzelne Präfecten so weit gehen, daß sie seine Bilder verbrannten; einer fügte dem Autodafé auch noch einen lebendigen Adler hinzu; ein anderer schüttete die Asche des „Menschenfressers“ in die Loire. Die Absetzungen von Beamten wurden immer massenhafter; in einzelnen Departements erreichte ihre Zahl 6—700; in der Isère und Aude wurden allein je 300 Maires ihrer Posten beraubt. Durch die Sicherheitsgesetze wurde die persönliche Freiheit gefährdet; zur Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen wurden besondere Gerichte, nach Art der Kriegsgerichte, eingesetzt. Ueber den Käufern der Güter, welche in der Revolution eingezogen waren und die natürlich zum großen Theil schon ein- oder vielmals ihre Besitzer gewechselt hatten, schwebte beständig das Damoklesschwert der Einziehung. Die Geistlichkeit wurde in jeder Weise begünstigt; der ganze Hof, der greise Monarch voran, zog in Procession durch die Straßen des spottlustigen Paris; Artois trat an die Spitze eines strengkatholischen Vereines, der Congregation, der seine Fühlfäden über das ganze Land erstreckte und für Gläubige wie für Ungläubige, sofern sie nur zu heucheln verstanden, als Leiter zu Macht und Ansehn diente. Zu entsetzlichen Gräueln führte der Religionseifer in den südlichen Provinzen, besonders in der Stadt Nîmes, wo nur der Anmarsch östreichischer Truppen den mörderischen Verfolgungen gegen die Protestanten

ein Ziel setzte. Alle besiegten Parteien waren gleichmäßig der Rache der Unversöhnlichen Preis gegeben. Die Verhaftungen wurden so massenhaft, daß sie schon Ende August 1815 etwa 70,000 betrugten; noch zahlreicher waren die Ueberwachungen; der Marschall Maison allein rühmte sich, dieselbe in einem Vierteljahr nur in Paris über 20,000 Personen ausgeübt zu haben. Bei einem solchen Regiment mußte auch dem Geduldigsten bald die Geduld vergehen. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1816 kam es zu Verschwörungen und Aufständeversuchen, in Paris, Lyon, Grénoble. Die zu unterdrücken war denn freilich nicht schwer; aber die allgemeine Unzufriedenheit und die Abwendung der liberalen Partei von den Bourbonen rückgängig zu machen, war schwerer. Ludwig XVIII. hatte genug Einsicht um zu erkennen, daß er sich auf eine falsche Bahn habe locken lassen. Richelieu's Einfluß gewann wieder an Stärke. Als Daublanç und die Ultras im Jahre 1816 dem Könige vorschlugen, die Verfassung zu ändern und an die Stelle der Bestimmung, wonach jährlich $\frac{1}{5}$ der Deputirten auszutreten hatte, eine fünfjährige Wahlperiode für die ganze Kammer zu setzen — ein Vorschlag, der ihnen die Dauer der chambre introuvable bis 1820 sichern sollte, da sie wohl wußten, daß bei jeder Neuwahl regierungsfeindliche Mitglieder eintreten würden — da verweigerte er die Zustimmung, löste vielmehr im September die chambre introuvable ganz auf und gab Richelieu neue Collegen, mit denen er besser übereinstimmte. Dieses Vorgehen erfreute sich durchaus der Billigung Alexanders, der sogar durch ein Handschreiben den König dazu ermuthigte und dann, gleichsam zur Belohnung, eine Note der Großmächte vom 10. Februar 1817 veranlaßte, welche eine Verminderung der Befatzungsarmee um 30,000 Mann ankündigte und ausdrücklich hervorhob, wie viel die Grundsätze des Ministeriums und besonders auch des Herzogs von Richelieu zu diesem Schritte beitrügen. Daß auch das Land den Entschluß seines Königs mit Freuden aufnahm, begreift sich von selbst; die Neuwahlen ergaben eine gemäßigte Kammer, in welcher das Ministerium eine sichere Majorität hatte, und ein neues Wahlgesetz erhöhte noch die Beliebtheit der Regierung und besonders des Polizeiministers Decazes, der in derselben neben Richelieu die Hauptrolle spielte. Auch die entschiedenen Liberalen, die sog. „Unabhängigen“ (Independents), die freilich damals in der Kammer nur 12 Sitze hatten, die aber in jedem Jahre bei der Fünftel-Erneuerung an Zahl und Einfluß wuchsen, schenkten dem Ministerium mit Zurückdrängung manches berechtigten Wunsches ihre Unterstützung.

So konnte man also von Frankreich wohl sagen, daß es nach kurzem und verderblichem Irrwege auf den Pfaden der Reaction eine Bahn eingeschlagen habe, die, fest innegehalten, zum Heile des Landes führen mußte. Eine feste, ehrenhafte Regierung, ein gemäßigtes freisinniges Regiment, eine weise, patriotische Bescheidung der liberalen Partei — alles das waren Elemente, welche die von der Zeit so sehr gewünschte und ihr so dringend nöthige Ruhe zu verbürgen schienen.

Sieg der Gemäßigten.

Portugal.

In den andern romanischen Staaten lagen die Dinge nicht so gut. Auf der pyrenäischen Halbinsel befand sich Portugal in einem ganz widernatürlichen Zustande. Das von Napoleon abgesetzte Haus Braganza hatte zwar dem Namen nach wieder den Thron bestiegen; allein die wahnsinnige Königin Maria und ihr Sohn Johann, der für sie als Prinz-Regent herrschte, weilten noch in Brasilien, und alle Macht befand sich in den Händen des Engländers Beresford, der sich als Oberbefehlshaber des Heeres durch seine Begünstigung englischer Offiziere und englischer Handelsinteressen großen Haß zuzog. Wenn dieser, wie im Jahre 1817, in einer Militär-Revolution sich entlud, schritt er natürlich mit Strenge ein und vermehrte dadurch von Neuem den Zündstoff, der früher oder später zu einem Ausbruch führen mußte. Ungleich schlimmer aber noch sah es in Spanien aus.

Spanien.

Der Ruhm, mit welchem die Bewohner dieses Landes sich in dem Kriege gegen Napoleon und seinen Bruder Joseph bedeckt, die Verdienste, welche sie durch ihren hartnäckigen Widerstand sich um ganz Europa erworben, die Treue gegen das Königshaus und die Liebe zur Freiheit, von der sie so zahlreiche und glänzende Beispiele gegeben hatten, alles das ruft unwillkürlich unsre Theilnahme für sie wach. Allein die Grunderfordernisse zu einem glücklichen Staatsleben waren bei ihnen nicht zu finden. Das Volk war in zwei schroff gesonderte

Die Parteien.

Parteien gespalten, deren einziger Bindepunkt der Haß gegen den Fremden gewesen war. Auf der einen Seite stand die Geistlichkeit, welche mit Leidenschaft an den verrotteten Einrichtungen der vorjosephinischen Zeit festhielt; auf der andern Seite die Liberalen, die alles Heil in den Grundsätzen der französischen Revolution suchten und als gemeinsames Banner, um das sie sich scharten, die Verfassung von 1812, das Werk der Cortes von Cadix, erhoben. Beide Parteien waren stark, beide waren unnachgiebig und eigenwillig. Die Clericalen verlangten Inquisition und Jesuiten, Censur und Steuerfreiheit der Geistlichkeit; die Liberalen schwuren auf ihre Constitution von 1812 wie auf ein Evangelium und hatten in sie die Bestimmung aufgenommen, daß sie während der nächsten 8 Jahre in keinem Punkte geändert werden dürfe. Zwischen diesen Gegensätzen hindurch zu labiren, war eine Aufgabe, die zu lösen dem größten Staatsmanne schwer,

Ferdinand VII.

vielleicht unmöglich gewesen wäre. Und was für ein Mensch fand sich in Wirklichkeit dieser Arbeit gegenüber gestellt! Ferdinand VII., der jetzt aus der französischen Gefangenschaft zurückkehrte, hatte schon in den Wirren mit seinem Vater und in den Verhandlungen mit Napoleon, die ihm den Thron kosteten, seine ganze Zämmlichkeit gezeigt. Grausam und feig, stumpf und genußsüchtig, faul und argwöhnisch, besaß er auch nicht den leisesten Anflug der Eigenschaften, die zu seiner schweren Aufgabe nöthig waren. Zwischen den Parteien zu vermitteln, war ein Gedanke, der in seinem Hirne nicht einmal dämmerte. Ohne Widerstreben gab er sich auf der Stelle den Clericalen hin, die ihrerseits nichts Eiligeres zu thun hatten, als durch den Marquis von Mataflorida und etwa 70 andre Cortesmitglieder ihrer Partei ihn um einen Staatsstreich zu ersuchen und durch ihr

Herrschaft der
Clericalen.

Preßorgan „den Galgen ohne Spruch und Recht“ für die Liberalen zu verlangen. Der König ließ sich auch nicht lange bitten. Schon am 4. Mai 1814 hob er die Constitution von 1812 auf. Ehe er in Madrid einzog, wurden die Mitglieder der Regentschaft, die Minister, die liberalen Parteiführer verhaftet, um nach mehrmonatlichen Quälereien ohne Angabe eines Grundes für 6—8 Jahre in die Klöster, die Festungen oder die africanischen Presidios gesperrt zu werden. Keine Verdienste konnten vor der schmachlichsten Behandlung sichern; die Vertheidiger von Saragoſſa, die Helden des Unabhängigkeitskrieges waren so gut den Verfolgungen ausgesetzt, wie die Afrancesados oder Josefinos, wie man die Anhänger der Franzosen nannte. Alle Beamte, die von den Cortes Stellen angenommen, wurden abgesetzt; alle Anhänger des Königs Josephs auf 20 Stunden von der Hauptstadt verbannt, etwa 10,000 von ihnen des Vaterlandes und Eigenthumes beraubt; in den Kertern der Inquisition schmachteten schon 1816 über 50,000 Gefangene. Den Kläuern der eingezogenen Kirchengüter wurde nicht bloß ihr Eigenthum genommen, sondern noch eine Geldstrafe dazu auferlegt. Dabei herrschte am Hofe die größte Verschwendung. Obgleich Heer und Flotte vernachlässigt wurden, so daß laut amtlichen Berichtes in Ferrol drei Marineoffiziere Hungers starben, obgleich die Steuern erhöht wurden und zahlreiche Conſiſcationen die Staatscasse füllten, häufte König Ferdinand in 5 Jahren 2 Milliarden Realen Schulden an. Tüchtige Minister hatte er nicht; und hätte er sie gehabt, ihnen wäre nicht die Erlaubniß geworden und nicht die Zeit gelassen, Verbesserungen einzuführen. Der König war völlig in der Macht seiner Hofslingsschaar; diese blieb; die Minister wechselten; in 6 Jahren hatte er deren dreißig. Wollte er sie wegjagen, so rief er sie wohl zu sich, überhäufte sie mit Freundlichkeiten und entließ sie gnädig; kamen sie dann nach Haus, so fanden sie ihre schimpfliche Absetzung oder auch einen Verhaftbefehl. Solches Regiment mußte unvertilgbaren Haß auffammeln; aber weil es der Unterstützung der Geistlichkeit sicher war und weil diese das niedrige Volk unbedingt beherrschte, so kümmerte man sich nicht darum. Die Gebildeten waren machtlos, das Heer ohne Zusammenhang. Deshalb scheiterten auch alle Versuche, die aus dessen Mitte unternommen wurden; neun Aufstände wurden in den Jahren 1814—19 niedergeschlagen und mit Strick und Blei, mit Kerker und Folter gebüßt, wenn es den Führern nicht gelang, wie dem berühmten Mina, über die Grenze zu fliehen. Aber jeder mißlungene Versuch feuerte zu neuem Wagniß an; Verbindungen der Gleichgesinnten wurden heimlich angeknüpft; das Land glich einem Vulcane; mochten Eruptionen auf Eruptionen ohne großen Schaden anzurichten vorübergehen: jeden Tag konnte ein neuer Ausbruch erfolgen und niemand vermochte vorauszusagen, welche Ausdehnung er annehmen werde.

Würdige Seitenstücke zu diesem spanischen Treiben wies die apenninische Halbinsel auf. Zwar einige von ihren vielen Staaten erfreuten sich weissen oder doch milden Regiments. So Parma, wo Napoleons Gemahlin, die Erzherzogin Maria Louise, das Scepter

Italien.

führte; so Toscana, wo Großherzog Ferdinand zwar die französischen Neuerungen, auch die guten, meist beseitigte, aber in den verständigen Gesetzen seines Vaters Leopold keinen schlechten Ersatz bot. In den übrigen Staaten aber herrschte die blindeste Reaction. Mit löblichem Beispiel ging der Papst Pius VII. voran. Er, der den Jesuitenorden wieder herstellte, führte auch die Inquisition wieder ein und gestattete gegen die Freimaurer den Gebrauch der Folter. Ein getaufter Jude, der zu seiner Religion wieder zurücktrat, wurde zum Tode verurtheilt und es galt für ein Großes, als in Folge dieser Scheußlichkeit die Todesstrafe gegen Ketzer aufgehoben wurde. Mit einem Schlage thaten fast 2500 Klöster sich von Neuem auf. Die Straßenbeleuchtung wurde als eine französische Einrichtung abgeschafft und die Pockenimpfung theilte wenigstens vorübergehend dieses Schicksal. Doch konnte sich in dieser Hinsicht der Papst noch nicht mit dem König von Sardinien, Victor Emanuel, messen, der den botanischen Garten in Turin zerstören ließ, weil Franzosen ihn gepflanzt, die Pöbriide abreißen lassen wollte, weil Napoleon sie gebaut, und Pässe für den Mt. Cenis zu ertheilen verbot, damit die prächtige Straße verfallende, die der verhaftete Corse über diesen Berg hatte führen lassen. Mit auffälliger Schonung behandelte man die französischen Einrichtungen in Neapel; aber man sorgte durch eine lieberliche Verwaltung dafür, daß sie möglichst wenig Segen bringen konnten. Erreichte schon im Kirchenstaat die Pest des Brigantenthums eine furchtbare Höhe, so wurde Neapel doch das Eldorado aller Räuber und Raubmörder, deren Zahl man 1817 auf 30,000 schätzte und die zu bekämpfen man kein andres Mittel fand, als eine Bande gegen die andre zu dingen oder mit Gift und Giftmischern, für die der General Amato z. B. der Regierung 2000 Ducaten in Rechnung setzte, gegen sie vorzugehen. Von constitutionellen Formen wollte man nirgends etwas wissen. In einem geheimen Vertrage mit Oesterreich verpflichtete sich König Ferdinand von Neapel 1815, keine Verfassung einzuführen und keine Einrichtungen zu treffen, die liberaler seien als die der Lombardei. Die freisinnige Verfassung der Insel Sicilien wurde aufgehoben. In Sardinien führte dasselbe Edict, welches alle französischen Gesetze aufhob, die königlichen Constitutionen von 1770 wieder ein mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß deren Befolgung ohne Rücksicht auf irgend ein andres Gesetz geschehen müsse. Der Kirchenstaat sah natürlich die alte Cardinals-wirtschaft ohne jede Ueberwachung durch Laien in vollster Blüte wieder erstehen. Ein Ersatz für die geträumte Freiheit, die man durch die Vertreibung der Franzosen zu erringen gehofft, ein Ersatz für die geordnete Verwaltung, die man mit dem Ende der Fremdherrschaft verlor, ohne doch den harten Steuerdruck los zu werden, ein Ersatz für den Schein nationaler Selbstständigkeit, der in dem Vicerönigthum Eugens und der unabhängigen Monarchie Murats gelegen hatte, wurde nicht geboten. Im Gegentheil: Italien mußte sich für einen bloßen geographischen Begriff erklären lassen; seine einzelnen Staaten wurden nicht einmal wie die deutschen durch einen noch so lockeren Bund vereinigt; zwei seiner fruchtbarsten, geistig leben-

Der Kirchenstaat.

Sardinien.

Neapel.

Die Verfassungen.

Rationale Wünsche.

digsten und politisch reifsten Provinzen vertauschten die französische Fremdherrschaft mit der österreichischen. Für den Italiener boten daher die Festsetzungen des Wiener Congresses keinen Abschluß der Revolutionszeit; für ihn galt es weiter zu kämpfen und an die Stelle der von Europa befohlenen Ordnung eine neue zu setzen, die den Wünschen und Bedürfnissen des eignen Volkes entsprach. Da es für diesen Kampf an einer offenen, gesetzlichen Arena fehlte, so zog sich die Agitation in geheime Verbindungen zurück, die überdies dem Charakter der Nation so sehr zusagen. Schon im Jahre 1799, nach andern Quellen 1807 war eine Gesellschaft gegründet worden, die seit 1811 den Namen der Carbonari, d. h. der Köhler, führte. Weßhalb sie sich so nannten, wußten sie selbst nicht; sie suchten ihren Namen durch allerlei Mythen, z. B. durch Herleitung von jenem Köhler, der bei dem sächsischen Prinzenraube eine Hauptrolle spielte, zu rechtfertigen. In der französischen Zeit war ihr Bestreben die Abschüttelung des fremden Joches gewesen; jetzt wurde es die Sicherung des erwerbenden Bürgerstandes nach unten und oben, gegen Räuber und Fürsten. Letzterer Zweck wurde ihnen in Neapel förmlich aufgedrängt, indem die Regierung einen monarchischen Gegenbund, die Kesselmacher oder Calderari, ins Leben rief. Da nun aber die Feinde desselben Gegners untereinander leicht zu Freunden werden, so kam es vielfach zu einem Bündniß zwischen Carbonari und Briganten und es wurde schwer zu unterscheiden, wo der Straßenräuber aufhörte und der politische Verschwörer anfang. In den übrigen Landschaften Italiens hielt sich der Bund reiner, erlangte freilich auch nicht die gleiche Ausdehnung. Immerhin aber zählte man nach einigen Jahren 60,000 Theilnehmer in allen Gegenden der Halbinsel und zahlreiche kleine Aufstände verriethen das Feuer, das unter der Asche glomm.

Die Carbonari.

Oestreich.

Keine der Großmächte wurde durch diese Gährung in Italien unmittlbarer bedroht als Oestreich, das nicht bloß die Lombardei und Venetien zu verlieren hatte, sondern auch die Aufsteckung der liberalen und nationalen Bestrebungen für die übrigen Bestandtheile des vielsprachigen Kaiserreiches fürchten mußte. Daß dieses Gemisch von Deutschen und Italienern, von Czechen und Polen, von Magyaren und Kroaten, Rumänen und Ruthenen, Slawonen und Slowenen und wie die Völker und Völkchen sonst sich nennen mögen, damals nur durch das straffe Band eines selbstherrlichen Willens zusammengehalten werden konnte, wird nicht leicht Jemand zu bestreiten wagen. Fangen wir doch erst seit Kurzem an zu hoffen, daß die Erfahrungen von sechs Jahrzehnten und die fortgeschrittene politische Bildung der Gegenwart die constitutionelle Einheit Oestreichs zu sichern im Stande sein werden. Was man damals von den Ständen einzelner Reichstheile zu erwarten hatte, dafür lieferte Ungarn ein bedenkliches Beispiel. Als der ungarische Reichstag 1815 nicht

Gegenüber der Rationalität.

Die Landtage.

einberufen wurde, verweigerten die Comitate (Kreisvertretungen) Steuern und Recruten und fügten sich nur unter den heftigsten Protesten. Vergeblich behauptete Kaiser Franz ihnen, daß er ihre alte Verfassung eben so liebe, wie sie selbst, und daß er sie seinen Nachkommen unverletzt überliefern werde. Mit gutem Grunde fügte er in classischem Latein, der parlamentarischen Sprache Ungarns, klagend hinzu: die ganze Welt sei verrückt geworden und wolle Phantasieverfassungen: totus mundus stultizat et constitutiones imaginarias quaerit. Auch den deutsch-slawischen Provinzen war mit den alterthümlichen Ständeversammlungen, die sie in den nächsten Jahren erhielten, nicht viel gebient. Schon durch ihre Zusammensetzung waren sie gänzlich unfähig Vertrauen zu erwecken, wenn sie auch nicht so abhängig waren wie die „Congregationen“ der italienischen Provinzen, deren Mitglieder einfach ausgeschlossen werden konnten, wenn sie sich des kaiserlichen Vertrauens unwürdig zeigten. Ihre Wirksamkeit beschränkte sich darauf, an dem bestimmten Tage zusammenzutreten, die Vorschläge der Regierung „in allerunterthänigstem Gehorsam anzuhören und zu vernehmen, nachmals dieselben zu getreuen Herzen zu ziehen, reiflich und wohl zu erwägen, zu berathschlagen und sich zu solchem Entschluß zu bequemen, wie es des Kaisers, des Landes und ihre eigne Nothdurft erfordere.“ Da es auf diese Anbequemung in jedem Fall schließlich herauskommen mußte, so war es das Bequemste, sich die Prüfung ganz zu ersparen und zu Allem und Jedem einfach Ja zu sagen. Uebrigens bezogen sich die Vorlagen fast ausschließlich auf die Einforderung von Steuern und Soldaten; reformirende Gesetze wurden gar nicht eingebracht. Und das ist der schwere Vorwurf, den man dem Metternich'schen System mit Recht macht. Daß Oestreich kein Feld für politische Neuerungen war, daß jeder aufrichtige Fortschritt in constitutioneller Richtung das Bestehn der Monarchie gefährden mußte, kann nicht geleugnet und folglich einem österreichischen Staatsmann kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er sich dem entgegenstemmte und den Versuch machte, zu sehen, wie lange sich der Staat, so wie er sei, erhalten lasse. Es galt von ihm, was von den Jesuiten gesagt war: sint ut sunt aut non sint. Allein eine wirthschaftliche und sociale Entwicklung war damit noch keineswegs ausgeschlossen und unbeschadet des politischen Stillstandes hätte Metternich hier auf der Bahn Josephs II. fortschreiten und dadurch auch eine politische Reform anbahnen können. Aber auch nach dieser Richtung geschah Nichts; Nichts für die Hebung des Handels und der Gewerthätigkeit, Nichts zur Beseitigung der bäuerlichen Unterthänigkeit, Nichts für die Abschaffung der Leibsteuer, des Gehorsamshellers, des Aufrührerschillings, des Sühnhens, der Vogtgaben und wie die wundersamen Abgaben der Bauern sich sonst benennen mochten. Man fürchtete auch dadurch die „drohende nahe Auflösung der Gesellschaft“ zu beschleunigen, während es doch für die Hauptaufgabe der Regierung galt, diese Auflösung zu verzögern, nicht aber „die Gesellschaft nach einem besseren Plan für die Zukunft zu bilden“. Was später einmal aus solchen

Die Politik des
Stillstandes.

vorsündfluthen Zuständen werden möchte, darum kümmerte man sich nicht und wie die Frau von Pompadour durch ihr berühmtes *Après nous le déluge*, so tröstete sich Genz, Metternichs Vertrautester, darüber mit dem frivolen Ausspruch: *Nich und den Metternich hält's halter noch aus*. Dazu aber waren die österreichischen Staatsmänner einsichtig genug, daß sie sich nicht verhehlten, wie zur Aufrechterhaltung ihres Systemes im eignen Lande die Herrschaft desselben auch in den Nachbarländern unerläßlich sei. Deshalb war ihr eifrigstes Bemühen vor Allem in Italien, Deutschland und dem russischen Polen, dem Alexander eine Verfassung verheißen hatte, die Einführung der constitutionellen Regierungsform zu verhindern. Hätten die Nachbarregierungen nur ihr eigenes Interesse zu Rathe gezogen, so würden sie um so eifriger das Verfassungsleben gefördert haben. Denn aus einem Verfall Oestreichs würde für sie eine bedeutende Stärkung erwachsen sein; Preußen hätte die Leitung Deutschlands, vielleicht gar die deutschen Lande Oestreichs erhoffen können; für Rußland winkte der Gewinn Galiziens und freie Hand im Orient. Aber von solchen eigensüchtigen Gedanken waren beide Regierungen fern; Alexander und Friedrich Wilhelm bewiesen hier, daß es ihnen Ernst sei mit dem Gedanken der heiligen Allianz; auch hielten sie Oestreichs Bestehen im europäischen Interesse für nöthig. Weil dies aber durch Nahrung und Befriedigung der constitutionellen Wünsche in ihren eignen Ländern gefährdet werden konnte, so waren sie um so geneigter, diesen Wünschen die Erfüllung zu versagen. Oestreichs innere Schwäche wurde ein Element seiner Stärke. Weil ihm durch eine Revolution, ja durch jede freiheitliche Regung der Zerfall drohte, so vermochte es um so leichter seine beiden Verbündeten von freiheitlichen Zugeständnissen abzuhalten und immer tiefer in die Reaction zu verstricken. Weil ihm durch die nationale Gestaltung Deutschlands und Italiens schwere Gefahren erwachsen wären, so bekämpfte die heilige Allianz in Deutschland und Italien die nationalen Ideen. Die kleinen Souveräne in beiden Ländern schlossen sich natürlich mit Eifer an Oestreich an, und so kam nach und nach, wie Springer sagt, die schöne Zeit, wo Fürst Metternich alljährlich auf seinem Schloß Johannisberg die Huldigungen der deutschen Herrscher und Minister leutselig einsammelte, wo Couriere mit Paketen und andern Lederbissen sich jagten, Metternich mit seinen Gästen die Weine im Eberbacher Keller probirte, oder bei Mayer Anselm Rothschild dinirte, wo die deutschen Staatsmänner sich geheimnißvoll erzählten, daß auch sie auf Schloß Johannisberg sich aufgehalten. Der gewaltige Einfluß, den Metternich auf ganz Europa übte, erklärt sich in der That viel mehr aus der Lage des Staates, den er leitete, als aus seiner Persönlichkeit. In Coblenz 1773 geboren, war er unter den Eindrücken des rheinischen Lebens groß geworden und hatte sich auch in seinen Studienjahren keine übergroßen Kenntnisse erworben. Seine Universitätsfreunde wußten nur die drei F an ihm zu rühmen: er sei fin, faux, fanfaron. Nur auf Genuß bedacht, haßte er alle Anstrengung und daher auch jeden

Ihre Ausdehnung über Europa.

Metternich.

Widerspruch, so daß er nur „leidende, ganz hingebende Organe“ um sich duldete. Auf fremde Ansichten einzugehn, war ihm unmöglich; aber auch eigene schöpferische Gedanken zu fassen war ihm nicht gegeben. Seine ganze Weisheit beruhte in der Befolgung der altösterreichischen Grundsätze, in der Erhaltung des Bestehenden, und über die Inhaltlosigkeit dieser Politik suchte er sich selbst und Andre durch eine rege Vielgeschäftigkeit zu täuschen. Sein Grundsatz ist, beständig etwas vor der Hand zu haben, sagte man von ihm und traf damit den Nagel auf den Kopf. Diese massenhafte Thätigkeit zeichnete sich übrigens aber weder durch die Folgerichtigkeit, noch durch die Kühnheit ihrer Wege aus; noch weniger durch deren Rechtllichkeit. Galt doch der Fürst allgemein für bestechlich und hatte von seiner Zweizüngigkeit zahlreiche Beweise gegeben. Sein Stab von Staatsmännern und Zeitungsschreibern bestand aus Leuten ähnlichen Schlages, zum Theil höchst talentvollen Männern, wie Genz, der Unter-Metternich, wie man ihn spottweise nannte, Ad. Müller, Friedrich Schlegel, denen aber, wie ihrem Herrn und Meister, der behagliche Genuß des Lebens über Alles ging. Mit bestem Erfolge arbeiteten sie daran, alles politische und geistige Leben in Oestreich zu ersticken; Sanskrit und Musik fanden allensfalls Gnade vor ihren Augen; deutsche Wissenschaft und Literatur wurden polizeilich an der Grenze zurückgewiesen. Die Reisen ins Ausland überwachte man sorgfältig; Fremde durften im Kaiserstaate nicht einmal Privatunterricht erteilen; ja man ließ sogar Kinder von Ausländern, wenn sie das zehnte Jahr überschritten hatten, nicht mehr in den öffentlichen Schulen zu. Die Bibliothekare mußten jährlich Verzeichnisse der Bücher einliefern, welche die Professoren entliehen hatten; die unschuldigsten wissenschaftlichen und populären Werke wurden verboten; bei der Prüfung der Lehrer sollten die schriftlichen Arbeiten nach den darin ausgesprochenen kirchlichen und politischen Grundsätzen beurtheilt werden. Den Reisenden spürte die Polizei auf Schritt und Tritt nach und weder Künstler wie Horace Bernet, noch Staatsmänner wie Capo d'Istria, noch Fürsten wie der Kronprinz Ludwig von Baiern entgingen ihrer Aufmerksamkeit. So löste sich mehr und mehr der längst schon lockere Zusammenhang mit Deutschland. Es gab, um noch einmal Springer anzuführen, wohl Reichsthore und Reichsstraßen, man wußte, daß österreichische Truppen im Reiche Garnison hielten, beneidete die in Mainz um die Fleischtöpfe Aegyptens, aber selbst die Gebildeten hatten von den Bundespflichten Oestreichs keine klare Vorstellung und überließen die Sorge um Deutschland der Staatskanzlei.

Deutschland.

Die Grenze
gegen Frank-
reich.

Deutschland hatte von der Erhebung des Jahres 1813 dreierlei erhofft: die Abschüttelung des fremden Joches, die Herstellung einer nationalen Einheit, die Einführung constitutioneller Formen. Die französische Herrschaft war glücklich beseitigt, zwar nicht in dem Umfang, wie die glühendsten Patrioten es gewünscht, aber in höherem

Grade, als bescheidene Gemüther noch Ende 1813 gehofft hatten. Eine verbreitete Stimmung wollte sich damals am rechten Rheinufer genügen lassen und das ganze linksrheinische Gebiet mit Aachen und Cöln, mit Mainz und Worms den Franzosen preisgeben. Die Einwohner dieser Gegenden wären im Ganzen und Großen auch nicht übel zufrieden damit gewesen. Aber der Patriotismus eines Blücher und Stein duldet solch schwächlichen Verzicht mit Nichten, und C. M. Arndts Büchlein „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ gab dem Unwillen der Entschiedenen Ausdruck. Mit dem Vorrücken in Frankreich war diese Gefahr abgewendet, allein der Wunsch auch das Elsaß zurückzugewinnen, scheiterte 1814 wie 1815, obgleich beim zweiten Pariser Frieden die deutsche, besonders die preussische Diplomatie kräftig und mit den besten Gründen für ihn eintrat. Er scheiterte vor Allem an dem Abfall Oesterreichs, obgleich man dessen Sonderinteressen so weit entgegen zu kommen bereit war, daß man zum Herrscher des Landes den Erzherzog Karl ausersah. Noch viel nachtheiliger als in diesem Punkte wurde die Politik Metternichs aber in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands. Als Alexander und Friedrich Wilhelm im Februar 1813 ihr Bündniß von Kalisch schlossen, gedachten sie alle Anhänger Napoleons unter den deutschen Fürsten, vor Allem also die Rheinbundskönige ganz zu beseitigen und versprachen dem Volke eine Verfassung, die aus dem ureigensten Geiste der Nation geboren sein sollte. Ein preussisches Kaiserthum lag damals den Gedanken der Eingeweihten gewiß nicht fern, aber sehr bald wurde es völlig in den Hintergrund gedrängt. Durch Oesterreichs Beitritt zum Bündniß gegen Napoleon schwand die Aussicht dazu so völlig, daß schon vor den Schlachten an der Raab und bei Dennewitz die drei Verbündeten sich über die Nichtwiederherstellung der deutschen Kaiserwürde verständigten. Allein Oesterreich ging auf eigene Hand noch weiter. Durch den Vertrag von Ried sicherte es Baiern ohne allen Vorbehalt seine volle Selbständigkeit (am 8. Oct. 1813) und ließ ähnliche Verträge mit Würtemberg und Baden (zu Frankfurt und Fulda) folgen. Natürlich konnten nun auch Hannover, Hessen, Braunschweig, Oldenburg u. s. w. ihren vertriebenen Fürsten nicht vorenthalten werden und die Fortdauer der deutschen Vielstaaterei war gesichert, ehe noch der Rhein überschritten war. Unter solchen Umständen war es denn freilich nicht leicht eine Form zu finden, die dem deutschen Volke mehr als den Schein der politischen Einheit gegeben hätte. Darnach zu suchen war die Aufgabe des deutschen Ausschusses am Wiener Congreß, der aus Oesterreich, Preußen und den Königreichen bestand. Natürlich beschäftigte dieser sich nicht mit den phantastischen Plänen, welche patriotische Dilettanten ausheckten, etwa mit Görres' Idee, Oesterreich wieder mit der Kaiserwürde zu ehren, den preussischen Herrscher aber daneben zum deutschen Könige zu machen. Die Grundlage der Verhandlungen bot vielmehr eine Idee Steins, wonach an die Spitze des Bundes ein Directorium, aus Oesterreich, Preußen, Baiern und Hannover bestehend, treten sollte; die Bundesversammlung sollte aus Vertretern

Die Verfassung.

Verhandlungen am Wiener Congreß.

Plan einer Directorial-Verfassung.

sämmtlicher Fürsten und sämmtlicher Ständekammern zusammengesetzt werden; directe Einkünfte, z. B. Grenzzölle, deckten die Ausgaben des Bundes, der außerdem allen seinen Angehörigen bestimmte politische Rechte garantirte. Gegen diese Vorschläge Preußens, die vom 13. Sept. 1814 datirt waren, erhoben sich 29 Kleinstaaten, aber nicht etwa, weil dieselben zu weit, sondern weil sie nicht weit genug gingen. Sie erklärten am 14. November, daß Ein gemeinsames Oberhaupt der deutschen Nation Noth thue und daß sie in ihrem Bereich den Ständen die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Bewilligung der Ausgaben zugestehen wollten. Allerdings stehen die Urheber dieser Erklärung zum Theil im Verdacht, daß sie durch dieses Weitergehn die geringeren Forderungen Preußens, besonders das Directorium, vereiteln wollten; aber sehr vielen war es doch unzweifelhaft Ernst. Nur war von vorn herein kein Gedanke daran, daß sie mit ihren Vorschlägen würden durchbringen können. Der preussische Entwurf erlitt zunächst in den Berathungen mit Metternich wesentliche Umänderungen, die besonders in der Entfernung der liberalsten Bestimmungen bestanden. Am 16. Oct. legten die beiden Großmächte den drei Königreichen 12 Artikel vor, über welche sie sich geeinigt. Darnach zerfiel Deutschland in 7 Kreise; in je zweien bekleideten Oestreich und Preußen, in je einem Baiern, Württemberg und Hannover das Amt eines Kreisobersten. Als solche leiteten sie die Kreistage, hatten die Aufsicht über das Militärwesen des Kreises und das Gerichtswesen letzter Instanz; gemeinschaftlich bildeten sie den Rath der Kreisobersten und hatten die ausübende Gewalt, die diplomatische Vertretung, die Entscheidung über Krieg und Frieden. Bezüglich der Gesetzgebung stand neben ihnen der Rath der Stände, welcher aus den übrigen Staaten und einigen Vertretern der mediatisirten Häuser zusammengesetzt werden sollte. Dieser Plan war ohne Zweifel recht künstlicher Art; aber da er auf historischen Grundlagen beruhte und den Machtverhältnissen leidlich entsprach, so durfte man an seine Ausführbarkeit wohl glauben. Allein von allen Seiten regten sich die Gegner. Metternich selbst war der erste, ihm Hindernisse zu schaffen; wenigstens verbreitete sein getreuer Schildknappe Fr. Schlegel 14 Paragraphen Knittelverse, in denen er die Kleinstaaten aufzustacheln suchte. Von Witz war darin nicht viel zu merken, wenn man nicht leicht zu errathende gemeine Reime auf Preußen dafür will gelten lassen. Die Kleinstaaten antworteten darauf mit der erwähnten Note vom 14. November; allein die heftigsten Angriffe gingen von den Mittelstaaten aus: Baiern und Württemberg verlangten kühnen Muthes im Rathe der Kreisobersten dieselbe Stimmenzahl wie Oestreich und Preußen und überdies Wechsel des Vorsizes. Auch dann aber wollten sie auf ihr selbständiges Kriegs- und Friedensrecht keineswegs verzichten; ja ihre Unerschämtheit ging so weit, daß Brede auf französische Unterstützung anspielte und Württemberg die Verhandlungen am 16. Nov. gradegu abbrach. Darauf erklärte dann freilich selbst Metternich sehr nachdrücklich, daß es keineswegs in dem freien Willen jedes einzelnen Fürsten stehe, dem Bunde beizutreten oder nicht, daß

Plan einer
Kreis-Verfas-
sung.

Haltung der
Mittel- und
Kleinstaaten.

vielmehr jeder verpflichtet sei, die Opfer zu bringen, die das Wohl des Ganzen befördern möchten; aber die einzige Antwort, die der König von Württemberg darauf hatte, war, daß er auf seiner Ansicht beharren müsse, und das hatte zur Folge, daß der deutsche Ausschuß sich auflöste und nicht wieder zusammentrat.

Freilich wirkte dabei vor Allem die steigende Spannung mit, welche zwischen Oesterreich und Preußen über die polnisch-sächsische Frage ausgebrochen war und die am 3. Jan. 1815 zu dem berühmten geheimen Bündniß Oesterreichs, Sachsens, Frankreichs und Englands führte, zu dem auch die Mittelstaaten gezogen wurden. Erst als jener Conflict gemildert war, konnten Verhandlungen über die deutsche Frage wieder aufgenommen werden. Den Anstoß dazu gab eine Note von 32 Fürsten und Städten (d. d. 2. Febr. 1815), der „Mindermächtigen“, wie sie sich selbst nannten, welche den Zusammentritt eines allgemeinen deutschen Congresses verlangte. Preußen theilte darauf hin Oesterreich am 10. Febr. 1815 zwei neue Entwürfe mit, deren einer die Kreistheilung beseitigte, während der zweite den kleineren Fürsten noch zwei Sitze in dem Rathe der Kreisobersten einräumte, so daß dieser 9 Mitglieder zählte, ohne daß die Zahl der sieben Kreise vergrößert wurde. Sehr nachdrücklich wurde außerdem die Forderung aufrecht erhalten, daß jedes Land Stände mit bestimmten Minimalrechten bekomme und daß diese Einzelverfassungen unter die Gewähr des Bundes gestellt würden. Auch einige Grundrechte, wie die Auswanderungs- und die Pressfreiheit oder die Aufhebung der Leibeigenschaft sollten in die Bundesurkunde aufgenommen werden. Neben diesen preussischen Vorschlägen tauchten jetzt aber noch zwei andre Pläne auf, ein mecklenburgischer, auf den näher einzugehen nicht nöthig ist, und ein österreichischer aus der Feder des Freiherrn von Wessenberg. Der letztere ist in allem Wesentlichen die Grundlage des deutschen Bundesvertrages geworden. Er gab allen Mitgliedern völlig gleiche Rechte und Oesterreich das Präsidium, sicherte den einzelnen Ländern Verfassungen zu, die binnen Jahresfrist ertheilt sein sollten, und versprach auch einige Grundrechte für das ganze Volk. Wenn Metternich daran im Stillen auch Anstoß nahm, so erklärte er doch den Wessenberg'schen Entwurf für die geeignetste Grundlage und ließ denselben in seinem Sinne umarbeiten. Ein Gleiches that vom preuß. Standpunct aus W. v. Humboldt. Ueber diese beiden Entwürfe begannen dann neue Verhandlungen, die am 11. Mai eröffnet wurden und am 23. zu einer Vereinbarung führten, welche sich eng an den ursprünglichen Wessenberg'schen Entwurf anschloß, die meisten volksthümlichen Zugeständnisse desselben aber beseitigte. Nun wurden endlich auch die kleinen und mittleren Staaten aufgefordert, an den Conferenzen Theil zu nehmen. Noch 11 Sitzungen, vom 23. Mai bis zum 10. Juni, waren nöthig, um das Werk zum Abschluß zu bringen. Die Abänderungen, welche es noch erfuhr, waren nicht von Bedeutung; eine Reihe freisinniger Anträge kleinerer Staaten wurden einfach abgelehnt. Uebrigens hatten Württemberg und Baden an den Berathungen gar nicht Theil genommen und weigerten sich

Die „Mindermächtigen“.

Neue Entwürfe.

Abschluß der Bundesacte

die neue Bundesacte zu unterzeichnen. Preußens Bevollmächtigten kostete ihre Unterschrift auch einige Ueberwindung. Sie erklärten vorher feierlich: sie hätten gewünscht, dieser Urkunde eine größere Ausdehnung, Fertigkeit und Bestimmtheit zu geben; allein es sei besser, vorläufig einen weniger vollkommenen als gar keinen Bund zu schließen; der Bundesversammlung selbst bleibe es vorbehalten, den vorhandenen Mängeln abzuhefeln.

Eröffnung der
Bundesver-
sammlung.

Das war denn freilich ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem unserem Volke nicht viel gebient war. Ueberdies wurde die Verabredung, nach welcher die Bundesversammlung schon am 1. Sept. 1815 zusammentreten sollte, durchaus nicht eingehalten; anfangs bot die Fortdauer des Kriegszustandes einen hörbaren Entschuldigungsgrund; dann wollte man erst alle Grenzfragen zwischen den einzelnen Staaten in Ordnung bringen, und das war in der That keine leichte Aufgabe. Baden und Württemberg brauchten lange Zeit, ehe sie sich überhaupt zum Eintritt in den Bund entschlossen; zwischen Baiern und Oestreich drohte Anfang 1816 sogar ein Krieg um den Besitz von Salzburg auszubrechen. Preußen seinerseits hätte sich gern mit Oestreich vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung über die künftige Wehrverfassung Deutschlands geeinigt und zeigte deshalb gar keine Eile. Als im Sommer 1816 die einzelnen Gesandten allmählig in Frankfurt eintrafen, war der preußische unter den letzten. Fast ein halbes Jahr mußten die Vertreter der kleineren Staaten sich gedulden, bis ihre größeren Herren Kollegen einrückten und statt am 1. Sept. 1815 fand die Eröffnung der Sitzungen am 5. Nov. 1816 statt. Dadurch war das Interesse des Volkes für die neue Schöpfung natürlich noch mehr abgeschwächt, und groß war es begreiflicher Weise von Anfang an nicht gewesen. Nun gab es freilich zum Beginn einige schön klingende Phrasen zu hören, die in vertrauensseligen Gemüthern neue Theilnahme wach rufen mochten; aber da den Worten keine Thaten folgten, so blieb Gleichgültigkeit und höchstens absprechender Spott die vorherrschende Stimmung der Nation. Wie Stein den Antrag, österreichischer oder preußischer Gesandter am Bunde zu werden, ablehnte, weil eine vernünftige und kräftige Ausbildung der Verfassung doch nicht denkbar sei, so war auch die öffentliche Meinung zum Voraus davon überzeugt, daß aus dem Bundestag nichts werden könne, und versagte ihm das Vertrauen, das er beanspruchte. Manchen Regierungen und besonders manchem der frankfurter Gesandten that man dadurch allerdings Unrecht. Es gab unter den Diplomaten der Bundesstadt mehr als einen, der mit Lust und Hoffnung sich seiner Aufgabe widmete. Der Mecklenburger Plessen, der Luxemburger Gagern, der Holsteiner Eyben, der Bremer Smidt und mit weniger Entschiedenheit noch einige andre kleinstaatliche Bevollmächtigte sannern unermüßlich darauf, den Bundestag in den Augen des Volkes zu heben und ihn zum wirklichen Mittelpunkt der Geschichte Deutschlands zu machen. Aber bei den größeren Staaten und ihren Gesandten war freilich das entgegengesetzte Bestreben vorherrschend. Württemberg und Baden hatten so zu sagen an den Haaren herbeigezogen werden

Thätigkeit der
selben.

müssen; Baiern und Sachsen traten nicht viel williger ein. Zwischen Oestreich und Preußen bestand vom ersten Tage an das regste Mißtrauen, und während der preußische Gesandte von der Goltz zum Theil in Folge körperlicher Leiden eine sehr geringe Thätigkeit entfaltete und eine ganz vereinsamte Stellung einnahm, bemühte sich der präsidirende Oestreicher, Graf Buol-Schauenstein, die Bande zwischen sich und seinen Kollegen möglichst eng zu knüpfen. Es gelang ihm das um so leichter, als Preußen fortdauernd das Kriegswesen des Bundes im innigen Anschluß an die Heere der beiden Großmächte zu ordnen wünschte und Verhandlungen in diesem Sinne mit Metternich pflog. Davon ließ Buol die übrigen Gesandten in geschicktester Weise grade so viel erfahren, wie nöthig war, um sie mißtrauisch zu machen, und wiederholte seinerseits und im Namen seines Kaisers unermüdllich die beruhigende Versicherung, Alles thun zu wollen, um den Bund so kräftig und selbstständig zu organisiren wie möglich. Die Geschäfte der ersten Zeit waren übrigens nicht danach angethan, große Aufmerksamkeit und Theilnahme beim Volke zu erwecken; es handelte sich um die Abwidelung allerlei rechtlicher Ansprüche, besonders Pensionsbezüge, an das alte Reich und dergleichen mehr; über den Umfang der rechtlichen Befugnisse der Versammlung wurden langwierige und ermüdende Verhandlungen ohne recht greifbare Ergebnisse gepflogen; höchstens bei der Verathung über Bittschriften und Beschwerden berührte man Fragen, die lebhaftes Interesse gewährten. Dabei kam dann aber auch das Widerstreben der abgeneigten Fürsten offen zu Tage, und einer von diesen, der Kurfürst von Hessen, führte sogar einen offenkundigen Scandal herbei. Dieser 70jährige Fürst fand Gefallen daran, in Deutschland die Rolle des Königs von Sardinien zu spielen. Alles, was seit 1806 in seinem Lande geschehen war, galt ihm wie nicht vorgefallen. Wie er selbst den ganz sinnlos gewordenen Kurfürstentitel beibehielt, so behandelte er alle Beamten, als ob sie ihre Aemter auch während der westfälischen Zeit unbehindert fortgeführt hätten, erteilte dem Platzcommandanten von Hanau einen Verweis, weil er die vierteljährlichen Festungsberichte nicht eingekandt, führte beim Militär die Zöpfe wieder ein, die in Gemäßheit einer Ordre von 1787 einen Fuß zwei Zoll lang sein sollten, und zwang die Käufer der Domänen, welche die westfälische Regierung veräußert hatte, zur Rückgabe ohne Entschädigung. Einen von diesen nun, den er so wider alles Recht aus seinem Besitz vertreiben wollte und der sich beschwerbeführend an die Bundesversammlung gewandt, hatte diese sehr rücksichtsvoll zunächst an den Landesfürsten zurückverwiesen, wenn er aber dort wider alles bessere Erwarten kein Gehör finden sollte, weitere Verwendung zugesagt. Darauf mußte der hessische Gesandte, und zwar auf ausdrücklichen Befehl seines Herrn zu öffentlichem Protocoll eine Verwahrung abgeben, die in sehr auffallendem Tone sich jede Einmischung in die innere Staatsverwaltung verbat. Natürlich wurde „dieser erste Versuch, inneren Zwiespalt zu erregen und die Würde der Bundesversammlung durch eine Protestation, welche ganz die

Ihr Streit mit
dem Kurfür-
sten von Hessen.

Gestalt eines Verweises annehme, zu verlegen“, entschlossen und einmüthig zurückgewiesen. Die verschiedenen Regierungen bestätigten die Abstimmung ihrer Gesandten zum Theil sehr nachdrücklich; auch Metternich belobte den Grafen Buol wegen seines Verhaltens und tadelte die kurbessische Regierung scharf. Aber dennoch sah man dieses selbständige Auftreten der frankfurter Gesandten an den großen Höfen nicht gern und wollte es nicht dahin kommen lassen, daß die Versammlung sich gleichsam über einen der sie beschidenden Fürsten stelle. Es hatte daher dieser Vorfall die schlimme Folge, daß die meisten Gesandten sich fortan weniger als bisher zu freien Entschlüssen berechtigt glaubten und in jedem Einzelfall erst Instructionen einzuholen für nöthig fanden, wodurch der an sich schon schwerfällige Geschäftsgang in Frankfurt nach und nach zu einer wahren Schnedenpost wurde.

Verfassungen
der Einzel-
staaten.

Von einer Volksvertretung am Bunde war natürlich keine Rede. Schon während der Wiener Conferenzen, als die Presse sich darauf noch Hoffnung machte, hatte Wilh. v. Humboldt gemeint: dahin sei noch ein weiter Weg. Um so lebhafter war in den Kreisen, die sich überhaupt noch mit Politik beschäftigten, der Wunsch, wenigstens in den Einzelstaaten ständische Vertretungen zu erlangen. Die Bundesurkunde verhiess dies auch in ihrem §. 13. Oder, wie die Diplomaten wickelten, sie prophezeite es doch. Denn aus der Zusage des Wessenberg'schen Entwurfes, daß binnen Jahresfrist in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung eingerichtet werden solle, war erst der Termin des einen Jahres gestrichen und endlich aus dem „soll bestehen“ ein bloßes „wird bestehen“ gemacht worden. Der Eifer, diese Prophezeiung zu erfüllen, war nun bei den verschiedenen Regierungen sehr verschieden. Am grössten war er bei den süddeutschen; nicht etwa aus liberaler Schwärmerei oder Ueberzeugungstreue, sondern aus einer sehr richtigen Berechnung ihres Sonderborthells. Nichts lag diesen Staaten mehr am Herzen, als sich jede Einmischung des Bundes fern zu halten. Nun war dieser zur Zeit noch keineswegs hinreichend organisirt, um einen irgend gefährlichen Versuch der Art zu machen; dazu war die Bundesacte, die einzige Grundlage seiner Thätigkeit, viel zu inhaltsleer. Es galt daher, die Zeit zu nutzen, um den Einzelstaaten mittelst neuer Verfassungen eine Wehr gegen künftige Ansprüche zu schaffen. Je fester das einzelne Bundesgebiet seinen Organismus gefügt hatte, um so kräftiger konnte es Widerstand leisten, um so weniger Lücken bot es, in welche der Bund eingreifen konnte. Daß diese Berechnung es war, welche die süddeutschen Fürsten zur Ertheilung von Verfassungen antrieb, beweist der Zeitpunkt, in welchem sie den Entschluß dazu faßten. Sobald nämlich die Könige von Baiern und Württemberg den ersten preussischen Bundesentwurf vom 13. Sept. 1814 und die darin allen Deutschen verbürgten Rechte kennen lernten, ertheilten sie ihren Ministern Befehl, Verfassungen auszuarbeiten und mit den alten Ständen zu vereinbaren, um dann, auf deren Zustimmung gestützt, sich allen weiteren Anforderungen widersetzen zu können. Als die drohende Gefahr sich mehr und mehr

Süddeutsch-
land.

verzog, mäßigte sich dann zwar ihr Eifer, aber sie waren doch klug genug, den eingeschlagenen Weg nicht wieder zu verlassen und konnten schließlich auch nicht mehr zurück. Ja als der König von Preußen von seinen landständischen Ideen immer weiter abkam, gewann es für die süddeutschen Fürsten sogar einen neuen Reiz, sie zu pflegen, und dadurch sich dem norddeutschen Großstaat gegenüber in der öffentlichen Meinung einen Vorzug zu verschaffen. So erhielten nach mehrjährigen Vorarbeiten Baiern am 26. Mai und Baden am 22. August 1818 eine Constitution, wie sie den Anforderungen des damaligen Liberalismus entsprach. Der Großherzog von Baden verband damit noch ein besonderes Ziel. Sein einziger ebenbürtiger Verwandter war sein Oheim Ludwig; eine Seitenlinie des großherzoglichen Hauses, die Grafen von Hochberg, galt nicht für gleichen Blutes. Darauf hin hatte Oestreich in einem pariser Vertrage vom Juni 1814 für den Fall des Aussterbens der Hauptlinie einen Theil des Landes Baiern zugesichert. Aber weder das großherzogliche Haus, noch das Volk war mit dieser Aussicht zufrieden, und die Verfassung sollte eine Waffe mehr werden, die bairischen Ansprüche zu bekämpfen. Sie verordnete deshalb gleich in ihren ersten Paragraphen, daß die Grafen von Hochberg, welche zu Markgrafen von Baden erhoben wurden, erberechtigt seien. Ob diese Bestimmung freilich von großer Wirksamkeit gewesen wäre, wenn nicht andre, stärkere Einflüsse dem Verlangen der Badener zu Hülfe gekommen wären, mag dahin gestellt bleiben. Wesentlich durch Alexanders Druck bewogen, verzichtete Baiern noch 1818 gegen einige Abtretungen und zwei Millionen Gulden auf seine Ansprüche, und nach dem Tode des Großherzogs und seines Oheims bestieg Leopold I. von der Hochberg'schen Linie wirklich 1830 den badischen Thron. Ein lebhafteres Interesse noch, als die Ertheilung der bairischen und der badischen Verfassung, erregten in ganz Deutschland die Verhandlungen und Kämpfe in Württemberg. Hier hatte der despotische König Friedrich I., ein echter Rheinbundsfürst und glühender Anhänger Napoleons, im Jahre 1806 die alten rechtmäßigen Stände eigenmächtig aufgelöst. Als er nun 1815 dem Lande eine neue Constitution geben wollte, mußte er den Aerger erleben, daß die Vertreter, welche er einberief, sein Angebot ablehnten und kurz und gut die frühere Verfassung zurückverlangten. Trotz der Mängel, welche diese hatte, und trotz ihrer veralteten Bestimmungen schien es den Württembergern wünschenswerther, von einem anerkannt gesetzmäßigen und historisch gewordenen Boden aus ihre Zustände weiter zu entwickeln, als von der Gnade des Königs etwas anzunehmen, was seine Willkür vielleicht über kurz oder lang wieder zurückfordern konnte. Einem Character wie Friedrich I. gegenüber war dies Verfahren wohl nicht ungewöhnlich, obgleich es in jedem Falle Alles an Alles setzen hieß. Dennoch unpractisch und unpolitisch mußte es jedoch erscheinen, als nach Friedrichs Tode 1816 die Stände auch dessen Sohne, dem freisinnig und deutsch gesinnten König Wilhelm, gegenüber in ihrer Weigerung beharrten und einen sehr liberalen Entwurf, den er ihnen durch den Minister v. Wangenheim vorlegen ließ, einfach zurückwiesen, weil sie

Baden.

Württemberg.

auf der Wiederherstellung des Eübinger Vertrags von 1514 bestehen mußten. Das Gebotene kam aus zuverlässiger Hand und war zeitgemäßer und besser als das Verlangte; dennoch ließen die Würtemberger von ihrem Widerstande nicht ab und stimmten jubelnd in Uhlands Verse ein:

Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
So außerwählt kein ird'scher Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
Er sie mit Freiheit tränken kann,
Daß er allein in seinen Händen
Den Reichthum alles Rechtes hält,
Um an die Völker auszuspenden
So viel, so wenig ihm gefällt.

König Wilhelm brach die Verhandlungen trotz der gereizten Stimmung, die im Lande herrschte, nicht ab, und theils seiner Klugheit, theils der Besorgniß der Stände, sie möchten doch am Ende ihre alte schlechte Verfassung nicht wieder erhalten und die gute neue obendrein verschmerzen, war es zu danken, daß am 26. Sept. 1819, grade als die Reaction mit Macht ihr Haupt erhob, eine Vereinbarung stattfand, die das Land in die Reihe der constitutionellen Staaten einführte. Erst zwei Jahre später, 1821, geschah ein Gleiches in Hessen-Darmstadt; damit war aber die Reihe der einigermaßen beträchtlichen Staaten, welche moderne Verfassungen bekamen, erschöpft; von den kleineren Ländern waren auch Nassau, Lippe, Liechtenstein und die sächsischen Herzogthümer glücklich in den Hafen eingelaufen; ihre Constitutionen enthielten zum Theil sehr eigenthümliche Bestimmungen; so forderte man in Liechtenstein von den Abgeordneten, daß sie liegende Gründe von einem bestimmten Werth und „eine verträgliche Gemüthsart“ besäßen. Sachsen-Weimar war den andern Kleinstaaten voraus; denn Carl August, Goethe's Freund, war der erste deutsche Fürst, der den §. 13 der Bundesurkunde erfüllte; er hatte seinem Ländchen schon am 5. Mai 1816 eine Verfassung ertheilt und überdies durch Aufhebung der Censur und Einführung der Pressfreiheit seine liberalen Gesinnungen practisch bethätigt.

Die kleineren
Staaten.

Norddeutsche
Land.

Wesentlich anders hatten sich die Sachen in Norddeutschland gemacht, so daß im Jahre 1819 ein Mann, der die französischen süddeutschen Constitutionen nicht sehr liebte, wohl aber ständische Vertretung überall herstellt zu sehen wünschte, Joseph Görres, in die Klage ausbrechen konnte: während die eine Hälfte Deutschlands sich im Weitztanze bewege, sei die andre wie vom Schlagfluß gelähmt. Die Verfassungen einzelner Staaten konnten gradezu für Curiositäten gelten. So zerfielen die königlich sächsischen Landstände in 7 Abtheilungen, die sich niemals als Ganzes versammelten, von denen aber zwei, die der Ritterschaft und der Städte, nach den Kreisen des Landes wieder in Unterabtheilungen gegliedert waren, so daß der Volkswitz mit Recht sagen durfte: der Landtag spiele Kämmerchen. In Mecklenburg war grade wie heutzutage die Regierung einer Reform wohl zugeneigt; denn thatsächlich besaß sie zwar in einem Theile ihres Landes, dem Domanium, un-

umschränkte Gewalt; aber dafür war sie in dem andern Theile gänzlich machtlos gegenüber der Ritter- und Landschaft, die deshalb von keiner Neuerung etwas hören wollte und beispielsweise jede Steuerreform verweigerte, weil die Abgaben ja vor 60 Jahren auf ewige Zeiten festgesetzt seien. In Oldenburg gab es trotz Artikel 13 der Bundesacte überhaupt keine Vertretung des Volkes, weil der Herzog meinte, man wolle lieber erst abwarten, wie die neue Einrichtung sich in andern Ländern bewähre. In Hannover hätte der Adel am liebsten die 14 verschiedenen Verfassungen wiederhergestellt, die vor der französischen Zeit bestanden; allein hier griff die Regierung entschieden durch, indem sie einen „Allgemeinen Landtag“ einberief, dessen Zusammensetzung freilich den gerechten Ansprüchen des Volkes durchaus nicht entsprach. Beispielsweise waren dem Adel 43, dem Bauernstande 3 Vertreter zugestanden. Kein Wunder daher, wenn die Versammlung so reactionär wie möglich war, die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen verweigerte, die Herstellung einer hannoverschen Münz- und Maasseinheit verwarf und kaum die Einführung einer gleichmäßigen Besteuerung genehmigte. Es hat kein Interesse, auf die Verfassungen auch der übrigen norddeutschen Staaten einzugehen. Sie alle theilten mehr oder minder den vorurtheillichen Character der eben geschilderten und entsprachen in keiner Weise den Forderungen des Liberalismus; sie alle knüpften an das mittelalterliche Ständewesen an und begünstigten den Adel und die Geistlichkeit vor dem Bürger und vollends vor dem Bauer; sie waren der grade Gegensatz zu dem, was die Zeit verlangte, zu dem sogenannten Repräsentativsystem, das jedem Staatsbürger, der eine bestimmte Steuerkraft aufzuweisen vermochte, das gleiche Wahlrecht und also den gleichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landesvertretung geben wollte. Allein sie erfüllten doch wenigstens dem Buchstaben nach die Zusicherungen der Bundesacte. In dem größten Staate, in Preußen, blieb jedoch auch dieser Buchstabe unerfüllt, obgleich ihm durch das feierliche Versprechen des Königs eine erhöhte Bedeutung zu Theil geworden war. Für Preußens innere Entwicklung wie für seine Stellung in Deutschland erwies sich dieser Mangel als ein schwerwiegender Uebelstand.

Beim Wiederbeginn des Kampfes gegen Napoleon hatte Friedrich Wilhelm III. von Wien aus am 22. Mai 1815 ein Gesetz erlassen, in dessen Einleitungsworten er versprach, der preussischen Nation als Pfand seines Vertrauens in schriftlicher Urkunde eine Verfassung zu geben. Als Grundzüge derselben wurden hingestellt, daß Provinzialstände überall da, wo sie existirten, erhalten, wo sie aber noch nicht existirten, eingeführt werden sollten. Aus den Provinzialständen sollte eine Landesrepräsentation in Berlin gewählt werden, deren Aufgabe es sei, beratend bei allen Gesetzen mitzuwirken, welche die persönlichen und die Eigenthumsverhältnisse der Staatsbürger beträfen. Ein entscheidendes Beschlusrecht war den Ständen also von vornherein nicht zugesagt und lag auch später niemals in der Absicht des Königs. Ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Staatskanzlers von

Die Verfassungsfrage in Preußen.

Hardenberg sollte am 1. September in Berlin zusammentreten, um den Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Diese königliche Zusicherung wurde in den nächsten Wochen in den verschiedenen Patenten, durch welche der Monarch von den ihm neu zugefallenen Landestheilen Besitz ergriff, feierlich wiederholt. Allein der 1. September kam heran, ohne daß die Commission zusammentrat. Freilich gab es dafür zunächst hinreichende Entschuldigung in der politischen Gesamtlage; denn noch war der zweite Pariser Friede nicht geschlossen, noch wollte der König selbst und mit ihm der Staatskanzler in Paris. Aber auch als beide in die Hauptstadt zurückgekehrt waren, hörte man nichts von dem Zusammentritte der verheißenen Commission, und bald genug trat es hell an den Tag, daß nicht in äußeren zwingenden Gründen, auch nicht in den inneren Schwierigkeiten der Verfassungsangelegenheit, sondern in der persönlichen Umstimmung des Königs der Anlaß dieser Verzögerung zu suchen sei. Es gab am Berliner Hofe eine sehr große und wohl organisirte Partei, die in der Verhütung einer Verfassung, in der Erhaltung der alten unumschränkten Regierungsform ihre Hauptaufgabe sah. An ihrer Spitze standen der Polizeiminister Wittgenstein, von dem man sagte, daß er dem Könige als Spudnapf seiner Launen diene, der Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz, der General von dem Knesebeck; Tauenzien, v. d. Goltz, Bülow, Schudmann und eine lange Reihe anderer einflußreicher Männer schlossen sich ihnen an. Wie sie es angingen, um den König von der Erfüllung seines Versprechens zurückzuhalten, ist mit voller Sicherheit nicht erkennbar; im Ganzen und Großen aber lassen sich die Gründe und die Mittel, deren sie sich bedienten, wohl herausfinden. Ihre erste Aufgabe mußte sein: Zeit zu gewinnen; es galt dem König begreiflich zu machen, daß es besser sei, mit der Berufung der Landstände noch zu warten. Preußen war soeben durch neue Provinzen vergrößert worden; zu den 5 Millionen, welche den Staat von 1814 bildeten, waren 5½ Million neuer Unterthanen hinzugetreten, die, vor Kurzem noch zu mehr als hundert deutschen Territorien gehörig, bis dahin von den Gesetzen von neun verschiedenen Staaten regiert waren. Von ihren Vertretern durfte man schwerlich eine wirklich preussische Haltung erwarten. Sachsen, Posen und die Rheinlande murrten und schmollten; ihre Repräsentanten hätten in einem preussischen Landtage von vornherein eine gehässige Opposition gebildet, welche die innere Festigung des Staates in seinen neuen Grenzen ernstlich gefährden konnte. Dieser Grund, dem es nicht an sachlicher Kraft fehlte, mußte in den Augen des Königs einen Aufschub durchaus rechtfertigen. Damit aber war viel gewonnen. Denn aus denselben Gründen konnte man auch die Berufung polnischer, sächsischer, rheinischer und in weiterer Folge — um keine Provinz zurückzusetzen — aller Provinzialstände anrathen, und so lange diese ihre Thätigkeit nicht begonnen, ja ihre Gestaltung überhaupt noch nicht erhalten hatten, war man vor allgemeinen Ständen völlig sicher. Die Gewissensbedenken, welche der König über den Bruch seines Wortes empfand, wurden durch den Hinweis darauf beschwichtigt,

Die Gegner.

Verzögerung
der Sache.Bearbeitung
des Königs.

daß die Wohlfahrt des Landes ein solches Verfahren erheische. Berichtet doch der Bischof Eylert, des Königs Vertrauter, in dessen Biographie: er habe gehandelt wie ein weiser Vater, der, gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder, an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig ist und auf ihre Wünsche eingeht, dann aber mit Ruhe dieselben modificirt und seine Autorität aufrecht erhält. Wenn er überzeugt wäre, so äußerte der König wohl, daß eine Verfassung zum wahren Besten des Landes gereiche, so würde er zu jeder Aufopferung bereit sein; so aber müsse er erst abwarten, ob sich die Sache in fremden Ländern bewähre. Und als ihm später die Erfahrung das Gegentheil zu beweisen schien, da machte er eben deshalb dem Staatskanzler die Verordnung von 1815 als argen Mißgriff zum schweren Vorwurf, weil er fühlte, daß sein Versprechen ihm eine Verpflichtung auferlege, und weil er die Einlösung dieses Versprechens doch für eine Schädigung des Landes hielt. Um aber in dem Könige die Ueberzeugung wach zu rufen, daß wirklich ein revolutionärer und preußenfeindlicher Geist in der Bevölkerung herrsche, dazu dienten zunächst die thatsächlichen Bezeugungen dieses Geistes, wie der Aufstand der sächsischen Soldaten zu Lüttich im Mai 1815, das Bewerfen der preussischen Wappenschilder, woran sich die naumburger Straßenjugend ergötzte, der ungewohnt freie kritische Ton, den das Hauptblatt der rheinischen Presse, der Rheinische Mercur, unter Görres' Leitung, anschlug. Die Rückschrittpartei war nicht müßig, diese und ähnliche Vorkommnisse auszubenten. Was ihre Häupter im Privatgespräch mit dem Könige erörterten, das ließ man durch den Kaiser Alexander, dessen Revolutionsfurcht leicht rege zu machen war, mit größerem Gewicht wiederholen, das ließ man durch gewandte Federn, über die man verfügte, in vertraulichen Staatschriften eingehend begründen und dem Könige mündgerecht machen. Schon im März und April 1815 waren ein paar solcher Abhandlungen dem Staatskanzler überreicht worden, um das Versprechen einer Verfassung zu hintertreiben. Da der König trotzdem das Mai-Edict genehmigte, wandte sich der Hofrath Zante im August, ohne Zweifel in höherem Auftrage, direct an den Monarchen mit allerlei Angebereien, die den gefährlichen Geist, der in Deutschland herrsche, beweisen sollten, und seine Erörterungen wurden dann wiederum durch eine lange Abhandlung unterstützt, mittelst deren man den König im November über die geheimen politischen Verbindungen zu belehren oder zu beunruhigen suchte. Denn diese geheimen Verbindungen mußten den Hauptstoff zu den Verdächtigungen liefern, und unter ihnen wieder vorzugsweise der Jugendbund, der bekanntlich zur Zeit der Fremdherrschaft ein sehr unschuldiges Dasein geführt hatte und dem nunmehr nachgesagt wurde, daß er die gefährlichen Ideen, die in der Zeit der Noth in Umlauf gekommen seien, nähre, und ihnen durch die angesehene Stellung seiner Mitglieder, unter denen sich Generale und Diplomaten befänden, erst Kraft und Ansehn gebe. Während der König selbst auf solche Weise mit diesen Gedankenkreisen vertraut gemacht war,

Das Schreck-
mittel der Ge-
heimbünde.

Die Schmalz'sche Schrift.

begann die Partei in sehr geschickter Art sie ihm auch durch die Presse nahe legen zu lassen. Der Hofrath Schmalz, ein Schwager des edlen Scharnhorst, mußte dieselben Ideen in einem Schriftchen verarbeiten, das im September 1815 erschien. Daß sich dagegen ein gewaltiger Sturm erhob und eine Flut von Antworten die erhobenen Anschuldigungen zurückwies, war den Parteiinteressen nur förderlich. Denn grade das war dem Könige, der sich nicht gern „geniren“ und beunruhigen ließ, höchst verdrießlich, während seinem prosaischen Gemüthe nichts mehr zusagte, als die Behauptung, zu welcher Schmalz sich verstiegen hatte, daß ein begeisterter Aufschwung des Volkes sich 1813 mit Nichten gezeigt, daß vielmehr die Nation sich nur aus Gehorsam für ihren König erhoben habe, so wie man bei einer Feuersbrunst aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen herbeieile. Als nun die gründliche Verarbeitung, welche dem Schmalz'schen Nachwerte in Zeitungsaufsätzen und Gegenschriften zu Theil wurde, der allgemeinen Entrüstung den kräftigsten Ausdruck verlieh, da war es wiederum nicht schwer, den König zu einem Einschreiten zu bewegen, theils um dem ungerecht leidenden Verfechter königstreuer Ideen eine Genugthuung zu bereiten, theils um das unbehagliche Gezänk zur Ruhe zu bringen. Es war ein großer Sieg, den die Rückschrittpartei ersocht, als der König dem Streit in der Presse durch eine Verordnung Stillschweigen gebot; ein noch größerer, als er dem Angeber zur Belohnung einen Orden verlieh. Zu diesem verhänglichen Schritte hätte es niemals kommen können, wenn Hardenberg, hinter dessen Rücken derselbe geschah, beim Könige die Stellung eingenommen hätte, die ihm zukam. Aber dieser Staatsmann, an dessen liberalen Grundsätzen man nicht zweifeln konnte, liebte sein Amt doch noch viel mehr, als seine Grundsätze. Die Schwächen des Alters klopften bei ihm vernehmlich an; seine Schwerhörigkeit nahm so zu, daß sie ihn sehr in den Geschäften behinderte; trotzdem wollte er Alles selbst besorgen und verzögerte dadurch oft die wichtigsten Dinge. Rathgeber und Gehülfsen konnte er ja schlechterdings nicht entbehren; aber er suchte sie möglichst in solchen Preisen, aus denen ihm keine Nebenbuhler erstehen konnten. Männer von Rang und Talent, wie Wilhelm von Humboldt, wünschte er sich und dem Könige möglichst fern zu halten, damit sie ihm nicht über Nacht zu Nachfolgern erwüchsen. Um ihn sammelte sich eine Schaar von talentvollen, aber durch ihren Character keineswegs ausgezeichneten Günstlingen, denen er einen bedenklichen Einfluß einzuräumen sich gewöhnte. Dem Könige kräftig entgegen zu treten, wagte er nicht, weil er sich sein Amt bis an seinen Tod zu erhalten wünschte. Möchte Gneisenau ihn auf das Lebhafteste antreiben, gegen die Auszeichnung, die Schmalz zu Theil wurde, aufzutreten, möchte Blücher ungeberdig mit Fudnsföttern um sich werfen, der Staatskanzler schwieg still und ließ sich die Ohrfeige gefallen. Aber die öffentliche Meinung, soweit sie überhaupt sich ausdrückte, war nicht so geduldig, und ein ingrimmiger Haß gegen Schmalz und Genossen griff Platz.

Hardenbergs Schwäche.

Nun auf, ihr Burschen, frei und schnell, sang Follen,
Ihr Brüder du und du!
Noch heist der Kampf: und Schmalz-Gesell,
Der Bel- und Kogebue.

Zum Unglück für die liberalen Ideen war es leider vorzugsweise die Jugend, welche sie treu und ausdauernd pflegte, während die erwachsenen Vorkämpfer entweder allein standen, oder eigensinnig absonderliche Ideale verfolgten, oder auch von dem jugendlich unreifen Tone sich anstecken ließen, ja ihn vielfach nährten. Männer wie Humboldt, Vinke, Schön und Andre, die vereint Großes hätten erreichen und dem Staatskanzler einen festen Rückhalt bieten können, standen entweder zu diesem in einem lauen, ja widrigen persönlichen Verhältnis, oder sie waren in den Provinzen zerstreut. Männer wie Stein, Stägemann, Niebuhr, Gneisenau versuchten zum Theil überwundene und unmögliche Ideen, wie die Bevorrechtung des Adels, die Herstellung eines Patriciates in den Städten, die selbständige Verwaltung der Provinzen und Aehnliches. Endlich war da die dritte Classe, Männer, die im engsten Verkehr mit der rührigen Jugend standen, aber auch am meisten in deren unreife Begeisterung verstrickt waren. Der ausgeprägteste Character unter diesen Leuten war der Turnvater Jahn, den Arndt wohlwollend einen gereinigten Eulenspiegel, Stein aber einen fragenhaften, dünkelsvollen Narren schalt. Dafür pries der deutsche Student um so begeisterter den Mann, „der für des Volks urtheil'ge Rechte auf der Freiheit Rennlaufsbahn“ voranschreite und die Jugend hinausführe in die frische freie Luft, wo der Sinn für das öffentliche Leben und seine Aufrichtigkeit gedeihe. Seine verrücktesten Ideen fanden den lauteften Beifall. Sein wüster Franzosenhaß weckte das kräftigste Echo in den Kämpfen der Freiheitskriege. Bezeichnend war sein Vorschlag, an der Grenze gegen Frankreich einen wilden Wald, eine Hamme, wie er es nannte, mit Auerochsen, reißenden Bestien und Grenzwächtern anzulegen und so jeden Verkehr mit den welschen Nachbarn abzuschneiden. Ein urdeutsches Volksthum sollte wieder hergestellt werden; mit schwärmerischer Verehrung sprach man von den Teutonen und Cheruskern; der freie Burschentum sollte die Herrleinsitten verdrängen, „Wanderart und Turnerfahrt die Stubenwacht und Ofenpacht, so die Herzen weich gemacht.“ Ihren Mittelpunkt fand diese reformatorische Bewegung, die sich äußerlich in schwarzsammetnen Schnürenröcken und schwarz-roth-goldenen Pfeisentroddeln kund gab, in der allgemeinen deutschen Burschenschaft. Schon 1810 hatte Fichte bei der Gründung der Universität Berlin die dortigen Studenten mit Hardenbergs Vorwissen zu einer solchen Burschenschaft zu vereinigen gesucht, um das rohe Treiben der Landsmannschaften, welches in jener Zeit die meisten Hochschulen beherrschte, von vorn herein auszuschließen. Aehnliche Versuche waren in den nächsten Jahren auch in Gießen gemacht worden und nicht ganz ohne Erfolg. Wirklich entscheidend aber wurde der Vorgang Jena's, wo die Burschenschaft sich am 12. Juni 1815 begründete und von wo sich ihr Gedanke über eine große Anzahl anderer

Die Deutsch-
schmucke.

Die Burschenschaft
schalt.

Universitäten verbreitete. Eine unmittelbare politische Wirksamkeit beabsichtigte sie übrigens in diesen ersten Jahren noch nicht; diese Bestrebungen gehören erst der Zeit nach 1817 an; aber der Wunsch, das nationale Leben in der deutschen Jugend zu wecken, das aufreizende Treiben, das unerlässlich damit verbunden war, der jugendliche Leichtsin, der unbesonnen mit kaden und verfänglichen Worten um sich warf, machten die Burschenschaft von vorn herein für die Rückschrittler zu einem Gegenstande sorgfältiger Beobachtung und zu einem Popanz, den geschickt zu verwerthen man nicht unterlassen dürfe.

Unsicheres
Schwanken in
Berlin.

Denn allerdings war damit, daß die Verfassungscommission, welche am 1. Sept. 1815 hatte zusammentreten sollen, noch immer nicht existirte, das Spiel der Reactionäre noch keineswegs gewonnen. Friedrich Wilhelm hatte sich überzeugen lassen, daß er die Ertheilung einer Constitution noch verschieben müsse, aber an sein Versprechen hielt er sich nichtsdestoweniger innerlich so sehr gebunden, daß er noch 1818 auf dem Congreß zu Aachen äußerte, wenn er die Verfassung verließen habe, dann könne er ruhig sterben. Auch verübte ihm die öffentliche Meinung das bisherige Zögern nicht in allzu hohem Maße. Entschieden liberale Blätter, wie Ludens Nemesis, bezeichneten ihn noch 1816 als „einen der edelsten, hochgesinnten, vortrefflichen Monarchen, der kein andres Ziel kenne als das Glück seines Volkes“. Die offene Begünstigung von Schmalz, die Unterdrückung des Rheinischen Mercur, der im Januar 1816 aufhören mußte zu erscheinen, der öffentliche Tadel, welcher dabei dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz wegen der „bisher gestatteten Freiheiten“ ertheilt wurde, die Versetzung desselben nach Pommern, die Aufhebung des Tugendbundes, änderten allerdings dies Urtheil vielfach und es mehrten sich die Klagen über die steigende Reaction. Allein neben diesen bedenklichen Zeichen fehlten doch auch andererseits die Spuren nicht, daß die liberale Strömung den Kampf unverdrossen fortsetze. Einen großen Triumph feierte sie besonders, als am 20. Mai 1817 der Staatsrath eröffnet und in dessen Schooß alsbald ein Ausschuß von 22 Mitgliedern für die Verfassungsangelegenheit gebildet wurde. Freilich hielt dieser in der ersten Session des Staatsrathes, die bis in den Juli 1817 dauerte, nur eine Sitzung, deren Ergebnis war, daß auf des Königs Wunsch drei Commissarien (Altenstein, Beyme und Klewitz), in die einzelnen Provinzen geschickt wurden, um dort aus dem Studium der früheren Verfassungen und aus der Berathung mit angesehenen Einwohnern Stoff für weitere Beschlüsse in der nächsten Sitzungsperiode des Staatsrathes, die für gewöhnlich vom 1. Sept. bis zum letzten Mai lief, zu sammeln. Immerhin war das aber ein beträchtlicher Fortschritt und die Hoffnungen der Verfassungsfreunde, die durch Adressen an den König und an den Bundestag ihre Sache noch schneller zu fördern dachten, stiegen sehr. Das meiste Vertrauen setzten sie auf Wilh. von Humboldt, der, wie man hörte, im Staatsrath als Führer der Opposition sich geltend gemacht und durch eine energische Bekämpfung neuer Steuerpläne den bisherigen Finanzmi-

Der Staats-
rath.

Wilhelm von
Humboldt.

nister von Bülow gestürzt hatte. Man sprach schon davon, daß Hardenbergs Tage gezählt seien und Humboldt ihn ersetzen werde. Aber diese Gefahr, wenn sie bestand, mußte der Staatskanzler geschickt zu beseitigen; einmal dadurch, daß er Humboldt als Gesandten nach London schickte, und zweitens durch ein verstärktes Liebbäugeln mit liberalen Ideen, das seinen Gipfelpunct in einer preussischen Erklärung am Bundestag (5. Febr. 1818) erreichte, worin die bisherige Verzögerung der Verfassung entschuldigt und für ihrem Ende nahe erklärt wurde; die Provinzialstände, so hieß es, würden bald ins Leben treten, die Gesamtverfassung ihnen folgen; übers Jahr denke die Regierung dem Bundestage weitere Mittheilungen machen zu können.

Erklärung am
Bundestage.

Je mehr die Rückschrittpartei durch diesen Gang der Dinge an Boden verlor, desto eifriger arbeitete man von Wien und Petersburg aus sie zu stützen und fand dabei leider die besten Bundesgenossen in den allzuglühenden Vorkämpfern der liberalen Sache in der Presse und der öffentlichen Meinung. Zwei Ereignisse, die studentische Wartburgfeier vom 18. Oct. 1817, und die rheinische Adreßdeputation vom 18. Jan. 1818, dienten ihren Plänen, das eine, indem es von ihnen geschickt ausgebeutet wurde, das andre, indem es den König unmittelbar verletzle. Die Burschenschaft hatte in den zwei Jahren, die sie nunmehr bestand, kräftige Wurzeln auf den Hochschulen geschlagen; es schien jetzt an der Zeit sie auch äußerlich in ihren einzelnen Zweigen zusammenzufassen, und so wurde auf den 18. Oct. 1817 eine große Versammlung nach der Wartburg ausgeschrieben, um dort „das dreifache Fest der Reformation, des Sieges bei Leipzig und der ersten freudigen und freundschaftlichen Zukunft deutscher Burschen“ zu begehen. Die städtischen Behörden von Eisenach, die Geistlichkeit, einige jenenjer Professoren nahmen Theil; an alle protestantischen Universitäten ergingen die Ausschreiben; von allen bis auf vier erschienen Abgesandte; doch war die große Mehrzahl der 500 Theilnehmer natürlich von Jena herbeigekommen. Das Fest hatte einen ernsten religiösen Anstrich; es fehlte nicht zum Beginn und Schluß der feierlichen Versammlung im Rittersaale der Burg der Choralgesang und der apostolische Segen; auch eine Abendmahlsfeier, an der sich über 200 Studenten theilnahmen, fand am zweiten Tage statt. Die Reden hatten einen ernsten, schwungvollen, aber vorwiegend unpolitischen Character; und wenn ja von dem Einem geklagt wurde, daß so viel schöne Hoffnungen bereitet seien; wenn ein Anderer trauernd ausrief, daß nur ein Fürst fürstlich sein Wort gelöst und eine Verfassung ertheilt habe, so mahnten andre Stimmen, besonders der treffliche Professor Otten, von Selbstüberhebung ab, denn es gezieme dem Burschen nicht zu bereben, was im Staate geschehen solle oder nicht, andre riefen auf zu frischer Hoffnung und Vertrauen in die deutsche Zukunft. Schon war das eigentliche Fest zu Ende und sein practischer Ertrag der Beschluß, eine allgemeine deutsche Burschenschaft ins Leben zu rufen; auf den Höhen des Wartemberges, der Wartburg gegenüber, brannten im abendlichen Dunkel, wie rings

Das Wart-
burgfest.

auf den Bergen umher, die Octoberfeuer. Da führte ein kleinerer Kreis ein satirisches Nachspiel auf. Der Student Maßmann schleppte ohne Wissen des Festausschusses einen Korb voll Bücher herbei; in der Hand eine Feugabel und mit großen schwarzen Zetteln versehen, auf welchen mit fernscheinenden Buchstaben die Namen der Verdamnten geschrieben standen, erschienen einige Burschen an dem meistlodernden Holzstoß. Laut wurden die Titel der Bücher gelesen und dann die Zettel, auf denen sie standen, bei einigen auch das Buch selbst mit der Feugabel den Flammen übergeben. So wanderten neben einem Schriftchen Immermanns gegen die Burschenschaft Koebue's deutsche Geschichte, des Herrn von Kampz Coburg der Gensdarmrie und Schmalzens verhaßte Denunciation, überdies Schriften von Haller, Ancillon, Wangenheim u. A. Alles in Allem 28 Bücher ins Feuer, zur Nachahmung von Luthers Bullenverbrennung, als Kundgebung „des grimigen Hasses gegen alle Bösen und Buben im Vaterlande“, und hinter ihnen drein flogen ein heffischer Zopf, ein österreichischer Corporalstock und ein preußischer Gardistenschürleib. Es war eine Handlung jugendlichen Leichtsinnes und Uebermuthes, die auch wohlwollende Männer wie Stein und Niebuhr ärgerte und empörte, besonders da sie in übertriebener Weise berichtet und zu den verbrannten Schriften auch die Wiener Congress-Acte und die Urkunde des heiligen Bundes gefügt wurde. Vollends auf die reactionäre Partei wirkte das Ereigniß wie ein heftiger galvanischer Reiz. In hellem Zorne erhoben sich die Betroffenen. Herr von Kampz verlangte in einem unverschämten Schreiben an den Großherzog von Weimar Schutz gegen den Haufen verwildeter Professoren und verführter Studenten und gegen die durch Feuer und Mistgabeln von Schwärmern und Unmündigen geübte Censur. Fürst Hardenberg und der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Zichy, reisten in Person nach Weimar und Jena, um die Unthat in nächster Nähe zu studiren, überzeugten sich übrigens, daß die Sache nicht so schlimm sei, wie man sie dargestellt habe. Aus Petersburg und Paris trafen Noten ein, die zu recht entschiedenem Vorgehen mahnten; kurz, vier Großmächte voran, erhob sich Alles wider Weimar und die Studenten, so daß dem Großherzog nichts übrig blieb, als die Pressfreiheit wieder mit einem Censurgesetz zu vertauschen, die projectirte Burschenzeitung zu untersagen, die andern Zeitungen scharf zu verwarnen und gegen die theiligten Professoren eine Untersuchung einzuleiten. Allein sein Verhalten dabei zeigte deutlich, wie er nur dem äußeren Zwang gehorche, und seine Stellung zu seinen Unterthanen wurde deshalb nicht im Mindesten getrübt.

Dem Könige von Preußen war das Burschenfest natürlich so sehr zuwider gewesen, wie nur irgend möglich; die fortdauernde Discussion, die damit verknüpft war, und die sich noch Monate hinzog, genirte ihn sehr; vollends ging ihm aber die Geduld aus, als das zweite vorhin erwähnte Ereigniß, die rheinische Adreßdeputation, hinzu kam. Hardenberg begab sich nämlich im Winter 1817—18 an den Rhein, um die dortigen Stimmungen und Verhältnisse kennen zu lernen. Die

Ausnutzung
durch die Re-
action.

Die rheinische
Adresse.

neue Provinz war keineswegs mit ihrer Lage zufrieden; neben vielen guten Willen hatte die Regierung doch auch viel Ungeſchick gezeigt; wenn es einen guten Eindruck machen mußte, daß der König in der herrschenden Hungersnoth für 2 Mill. Thlr. Ostseegetreide ankaufen ließ, so war andererseits besonders durch die Behandlung der Personenfragen viel Mißstimmung hervorgerufen. Jetzt forderte der Canzler öffentlich auf, Jeder, der etwas zum Besten des Landes vorzubringen habe, möge es ihm mittheilen. Diese Einladung benutzte Görres, der eifrige katholische Agitator für ständische Verfassung, um eine Adresse zu Stande zu bringen, die er am 12. Januar an der Spitze von 18 Personen aus den verschiedensten Ständen Namens vieler hundert Gemeinden und mit etwa 5000 Unterschriften versehen dem Staatskanzler überreichte. Ueber den sehr wohlwollenden Empfang berichtete er öffentlich in einem Adressbüchlein. Auch dieses fand bei Hardenberg eine recht gute Aufnahme und freundlichen Dank. Aber in Berlin verlegte der Ton der Einleitung und des Nachsatzes aufs Aeußerste; der Kronprinz mußte das Widmungsexemplar mit einem bittren Briefe zurückschicken lassen; der Canzler wurde ungnädig zurecht gewiesen, und während noch am 5. Februar die erwähnte verfassungsfreundliche Erklärung am Bundestag erfolgt war, erging am 21. März eine königliche Cabinetsordre, nach welcher Se. Maj. sich vorbehalte die Zeit zu bestimmen, welche zur Ertheilung einer Verfassung geeignet sei. Höchst wahrscheinlich hing dieser Befehl mit erneuten Berathungen im Staatsrath zusammen, in dessen Schooß sich mittlerweile drei Gruppen gebildet hatten: die eine der entschiedenen Verfassungsfreunde wie W. v. Humboldt, Stägemann, Gneisenau, Grolmann, Böhme, Boven, Eichhorn; die zweite der entschiedenen Gegner unter Savigny's Führung; endlich eine dritte vermittelnde, für welche Ancillon das Wort in dem Sinne führte, daß man Nichts übereilen dürfe, und daß die Verfassung um so vollkommener werden müsse, je mehr man ihr Zeit zum Ruhen lasse. Diese Ansicht gewann die Oberhand und entsprach auch am meisten den Neigungen des Königs. Wenn sie aber an sich schon ein Sieg der Rücksichtspartei war, so mußte das große Ereigniß des Jahres 1818 sie noch mehr dazu stempeln.

Dieses Ereigniß war der Monarchen- und Ministercongreß, der vom 30. Sept. bis zum 21. Nov. in Aachen stattfand. Seine eigentliche Aufgabe war die Berathung darüber, ob die Besetzung Frankreichs noch länger andauern solle. Thatsächlich war diese Frage aber schon zum Voraus verneint, so daß der förmliche Beschluß, die Truppen am letzten November zurückzuziehen, schon am 9. October gefaßt werden konnte. Man ging in der Freundlichkeit gegen Frankreich aber noch weiter; die Monarchen von Rußland und Preußen machten von Aachen einen Abstecher nach Paris; es wurde eine Verminderung der Kriegssteuer beschlossen, und endlich der französische König eingeladen, sich künftig an den periodischen Berathungen zu betheiligen, welche, wie früher erwähnt, die Ostmächte am 20. Nov. 1815 unter sich vereinbart hatten. In einer Erklärung vom 15. Nov. 1818 theilten die Fürsten dieß Europa mit, erneuerten die Grundsätze der

Niederlage der
Verfassungs-
freunde.

Der Aachener
Congreß.

Die Räumung
Frankreichs.

heiligen Allianz und bezeichneten den Beitritt Frankreichs als den Schlüsselstein des Friedenswerkes und die Ergänzung ihres politischen Systemes, dessen Bestand sie verbürge. Künftige Congressse sollten dann statt finden, wenn die eigenen Interessen der fünf Mächte oder der Aufruf eines andern Staates sie erforderten.

Verabredungen gegen den Liberalismus.

Allein dies war nur die eine Seite des Congresses, die andere Seite war die Verabredung eines Feldzuges gegen den Liberalismus in ganz Europa. Mit diesem Plane war Metternich nach Aachen gekommen und Alles half ihm den Kaiser Alexander dafür zu gewinnen. Da kamen aus Polen Nachrichten, die den Selbstherrscher mißstimmten; da fielen die Wahlen in Frankreich unerhört liberal aus und brachten alte Republicaner wie Manuel und Lafayette in die Kammer; da wurde die Verschwörung einiger Belgier entdeckt, die Alexander auf der Durchreise durch ihr Land zur Anerkennung Napoleons II. zwingen wollten; da lief endlich die Anklageschrift ein, welche ein junger wallachischer Bojar Stourdza gegen den revolutionären Geist des deutschen Volkes geschmiedet hatte, und die, gleichzeitig in verschiedenen Sprachen zu Paris erschienen, nun von Alexander eigenhändig vertheilt wurde. Als die traurigste Seite der deutschen Zustände hatte Stourdza darin die Lage der öffentlichen Erziehung geschildert. Die Universitäten würden von manchen Regierungen nur als Finanzspeculation betrachtet, um Geld ins Land zu ziehen; die Professoren sähen bei ihrem Unterricht nur auf Honorar und Popularität; die Studenten hätten sich in der Burschenschaft eine aufrührerische Verbindung geschaffen, für deren Absichten das Wartburgfest und einige Schlägereien in Göttingen den Beweis lieferten.

Stourdzas Schrift.

Die Burschenschaft.

In der That hatte die Burschenschaft inzwischen einen ausgeprägteren Character angenommen. Schon im Sommer 1817 hatte sich in Gießen ein besonderer Zweig gebildet, die Unbedingten, deren Ziel eine Verfassung war, die Follen ausgearbeitet hatte, laut deren die Fürsten nur die ersten und zwar gewählten Beamten des Staates sein, über den einzelnen deutschen Landtagen aber ein gemeinsamer Reichstag stehen sollte, der den König zu wählen habe. Die Gemeinschaft unter den Burschenschaften der einzelnen Universitäten war im Laufe des Jahres inniger geworden, und zu derselben Zeit, wo die Monarchen in Aachen tagten, beriethen die Vertreter von 14 deutschen Hochschulen zu Jena die Bundesurkunde, die vom 18. Oct. 1818 datirt ist. Als Grundsätze des Verbandes wurden aufgestellt: Einheit, Freiheit und Gleichheit aller Burschen unter einander, und christlich-deutsche Ausbildung jeder geistigen und leiblichen Kraft im Dienste des Vaterlandes. Jährlich sollten Versammlungen von Abgeordneten, s. g. Burschentage, statt finden; eine allgemeine Gastfreundschaft sollte gegenseitig geübt werden — auf die Dauer von drei Tagen, wie man später aus guten Gründen beifügte. Jede einzelne Burschenschaft durfte sich selbst in ihrer Weise einrichten. Meist theilten sie sich in Classen von je 10 Mitgliedern, die einen Ausschußmann wählten; der Vorstand blieb ein halbes Jahr im Amte; sein Sprecher wechselte allmonatlich. Gemeinsame Lösung aller Burschen-

schaften war: Ehre, Freiheit, Vaterland; die leipziger stellte dem noch Gott voran. Sie genoß jährlich einmal insgesammt das heilige Abendmahl. Ihre Versammlungen eröffnete das Lied: Sind wir vereint zur guten Stunde. Alle Einrichtungen und Gebräuche zeigten neben ihrem jugendlichen Frohsinn und Uebermuth doch auch ein ernstes sittliches und patriotisches Streben. Doch war der Character der Verbindung deshalb noch keineswegs ein politischer. Als nach dem Wartburgfeste im Kreise der Jener der Antrag gestellt wurde, ein politisches Glaubensbekenntniß zu veröffentlichen, wurde dasselbe vielmehr deshalb verworfen, weil die Burschenschaft als solche sich mit politischen Fragen nicht zu befassen habe. Vollends von wirklich revolutionärem Geiste, von geheimnißvollem Verschwörerrthum war immer noch wenig oder Nichts in der Burschenschaft vorhanden. Dennoch machte Stourdzja's Schrift auf die Fürsten und Minister einen tiefen Eindruck und führte zu dem Entschlusse, die Zustände der deutschen Universitäten im nächsten Jahre auf einer Conferenz deutscher Staatsmänner zu berathen. In der deutschen Jugend aber rief sie eine unglaubliche Erbitterung hervor, die sich nicht auf den walachischen Bojaren allein, sondern auf alle seine Gesinnungsgegnossen erstreckte. Stourdzja selbst war auf eine sehr lächerliche Weise vom Schauplatz abgetreten. Er lebte in Weimar. Dorthin sandten ihm zwei jener Studenten, die Grafen Voßholz und Keller, eine Forderung auf Pistolen. Persönlich feige entfloß Stourdzja nach Dresden und erklärte von dort dem Senat in Jena, er habe seine Schrift auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt, und könne deshalb für dieselbe keine Genugthuung geben. Mit treffendem Hohne hatten die Herausforderer diesen Grund für genügend erklärt; denn eine „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine“ könne allerdings keine Genugthuung gewähren. Aber das helle Hohngeklächter, in welches die deutsche Jugend darüber ausbrach, wich sehr bald wieder einem Sturm der Entrüstung. Längst schon war Rozebue, der als russischer Staatsrath in Weimar lebte und in seinem „politischen Wochenblatte“ die liberalen Ideen bekämpfte und begeisterte, ein Gegenstand des allgemeinen Abscheues, der sich auch durch Fensterleinwerfen und ähnliche Zeichen schon öfter kundgegeben hatte. Da gerieth durch einen Zufall einer der Polizeiberichte, die er für gute Bezahlung nach Petersburg schickte, in die Hände des Professors Luden, der ihn alsbald in seiner Nemesis, einer der tüchtigsten liberalen Zeitschriften, abdrucken ließ. Der Zorn, welchen dieses schmählische Actenstück in Aller Herzen wach rief, steigerte sich bei einem Burschenschaftler, einem der „Unbedingten“ zu einem furchtbaren Racheschwur. Carl Sand aus Wunsiedel im Fichtelgebirge, nach den meisten Berichten eine trübsinnige schwärmerische Natur, ohne besondere Geistesgaben, entschloß sich, den Verräther des deutschen Volkes zu ermorden. Rozebue hatte seinen Wohnsitz in Folge der letzten Vorgänge von Weimar nach Mannheim verlegt. Dorthin folgte ihm um die Mitte des März Sand. Am 23. März um 11 Uhr, eine Stunde nach seiner Ankunft, ging er zu ihm. Er wurde auf den Abend wieder bestellt.

Zorn über
Stourdzja.

Rozebue's Er-
mordung.

Zwischen 4 und 5 Uhr vorgelassen, zog er nach den ersten Begrüßungsworten einen verborgenen Dolch hervor und durchbohrte den Ahnungslosen mit dem Rufe: Hier, du Verräther des Vaterlandes! Dann stürzte er auf die Straße, kniete nieder, brachte laut dem Vaterland ein Hoch und Gott seinen „Dank für diesen Sieg“, und fügte zu dem ersten Dolchstoß, den er sich schon im Hause gegeben, einen zweiten. Aber keiner war tödlich; im Gefängniß genas er; eine lange Untersuchungshaft verlängerte sein Leben; erst $\frac{5}{4}$ Jahr später, am 20. Mai 1820, ward er in Mannheim enthauptet.

Folgen der
That.

Der Eindruck des Ereignisses war ein gleich gewaltiger in allen Kreisen. Gereifte Männer von liberaler Gesinnung bedauerten die That und bedauerten den Thäter. Der berühmte berliner Theologe de Wette schrieb einen Trostbrief an die unglückliche Mutter Sands; Görres meinte, ganz Deutschland mißbillige die Handlung und billige die Motive; Jahn freilich stellte sie lobpreisend der Ermordung Cäsars und Geflers gleich. Und in der aufgeregten Jugend war allerdings wohl die Bewunderung für Sand größer als die Erkenntniß der sittlichen und politischen Verwerflichkeit seiner That. Dieß sich doch ein nassauer Apothekerlehrling, Namens Vöhning, durch sie zur Nachahmung verleiten, indem er am 1. Juli 1819 in Schwalbach einen Mordversuch auf den Staatsrath von Jbell machte, der glücklicher Weise fehl schlug. Vöhning nahm sich selbst im Gefängniß das Leben. Aber dieser zweite Frevel steigerte natürlich die Wuth der Reaction aufs Höchste und gab zugleich der Verdächtigung einige Wahrscheinlichkeit, daß man es nicht mit den Verirrungen Einzelner, sondern mit einer Verschwörung Vieler zu thun habe. In Folge dessen wurden alsbald. ausgedehnte Untersuchungen eingeleitet; de Wette wurde um seines Briefes willen abgesetzt, auf die Papiere Arnolds und der beiden Welter, die in Bonn Professoren waren, Beschlag gelegt, Jahn, Follen und Andere in Haft genommen, selbst Vertraute Hardenbergs, wie Barnhagen von Ense, in Untersuchung gezogen. Görres entkam der Festung nur durch eilige Flucht nach Straßburg. In Hessen, Mecklenburg, Würtemberg und andern Staaten fanden ähnliche polizeiliche Maßregelungen statt; es war ersichtlich, daß viele Regierungen jetzt endlich den Augenblick gekommen glaubten, um die wachsende Aufregung, die sie schon längst mit Unbehagen beobachtet, mit einem starken Schläge zu unterdrücken. Niemandem konnte das erwünschter sein als Metternich. In seinen Augen waren freilich die Studenten und Professoren wohl kaum die schlimmsten Uebelthäter; er zielte vor Allem auf die freisinnigen Regierungen und die constitutionellen Verfassungen. Der Bundestag, von dem die Nation so wenig merkte und jedenfalls nichts Rühmliches zu erzählen wußte, war ihm doch immer noch viel zu liberal und zu selbständig. Wenn er den einen oder den andern ihm mißliebigen Gesandten, wie z. B. Gagern, glücklich zu beseitigen im Stande gewesen war, so erlebte er dafür den Aerger, daß andre eintraten, welche die Opposition verstärkten. Nicht allein der würtembergische Gesandte von Wangenheim, der als das Haupt derselben gelten konnte, sondern auch der bairische

Der Schwal-
bacher Mord-
versuch.

Politische Ver-
folgungen.

Metternichs
Eingreifen.

von Metin, die beiden Hessen Lepel und Harnier, dazu Plessen, Smidt und einige minder entschiedene waren dem österreichischen Minister aufs Heuerste verhaßt. Daß man es wagte, den Artikel 13 in Erinnerung zu bringen, wie Plessen das im December 1817 gethan hatte, erbitterte ihn sehr. Sein lebhafter Wunsch war deshalb, den Bundestag zu demüthigen und dadurch zugleich die feindlichen Regierungen zu treffen. Ohne Preußens Zustimmung konnte das selbstverständlich nicht gelingen; aber Hand in Hand mit diesem war die Aufgabe nicht schwer. Denn bei manchen Regierungen, die es zu bekämpfen galt, ließ sich voraussetzen, daß sie dem leisesten Druck von außen mit Vergnügen nachgeben würden. Der König von Baiern z. B. hatte seine neue Verfassung so schnell jast bekommen, daß er schon im März 1819 ernstlich in Erwägung zog, ob er sie nicht durch einen Staatsstreich wieder aufheben solle, und der König von Württemberg lag mit seinen Ständen noch immer so bitter im Streit, daß er, die eigentliche Seele der mittelstaatlichen Opposition, schon einige Monate früher eine authentische Erklärung des Artikels 13 beantragt hatte, um dieselbe als Waffe gegen seine Volksvertreter zu schwingen.

Metternich begab sich also Ende Juli 1819 nach Teplitz, wo der König von Preußen und sein Staatskanzler die Cur gebrauchten, und verabredete mit ihnen eine preussisch-österreichische Einladung zu Ministerconferenzen der Mittelstaaten. Im Laufe des August fanden dieselben in Carlsbad Statt. Nachdem die Opposition, die sich hier trotz Allem geltend machte, eingeschüchtern war, vereinigte man sich zu den berücktigten Carlsbader Beschlüssen. So weit diese den Bundestag treffen sollten, kamen sie nicht über ein Zukunftsprogramm hinaus: sie bestimmten, daß eine Erläuterung des Artikels 13 im Sinne des monarchischen Princips stattfinden und daß eine Bundesexecutionsordnung schleunigst entworfen werden solle. Mit ganz festen Vorschlägen wandten sie sich aber gegen die Universitäten, gegen die Presse und gegen die sog. demagogischen Umtriebe. Die Burschenschaft und die Turnvereine sollten aufgehoben, an allen Universitäten Regierungsbeamte, sog. Curatoren, eingesetzt werden, deren Amt es war, Professoren und Studenten streng zu überwachen. Für alle Zeitschriften und für Bücher über 20 Bogen wurde die Censur gefordert und zur Untersuchung der geheimbündlerischen Umtriebe eine Centralcommission für ganz Deutschland vorgeschlagen, zu deren Sitz Mainz ausersehen war. Zu ihrer Gültigkeit bedurften diese Beschlüsse noch der Zustimmung des Bundestages. Metternich machte sich deshalb sogleich daran, die einzelnen Regierungen gründlich zu bearbeiten. Eine Note vom August 1819 schilderte den deutschen Höfen die Furchtbarkeit der italienischen Carbonaria und behauptete, die deutschen Verschwörer ständen mit derselben in Verbindung; besonders in Preußen hätten sie eine weite Verbreitung, und der Beamtenstand sei dort fast ganz revolutionär. Mit diesen Schreckmitteln noch nicht zufrieden, sorgte Metternich dann weiter dafür, daß in Frankfurt die Sache mit größter Hast erledigt wurde. Graf Buol wußte es durch-

Die Carlsbader
Conferenzen.

Die Carlsbader
Beschlüsse
am Bundestag.

Beschlüsse, am 20. September, ohne jede Debatte und ohne Instructionseinhaltung die Genehmigung derselben erfolgte. Der Widerspruch einzelner Gesandten wurde aus dem veröffentlichten Protocoll gestrichen und die unwahre Behauptung aufgenommen, die Bestätigung sei einstimmig geschehen. Die Opposition, Wangenheim an der Spitze, hatte nicht den Muth, dagegen Einspruch zu erheben.

Die mittels
staatliche Op-
position.

Gegen die Gefahren, welche der Selbständigkeit der Mittelstaaten von den weiter in Aussicht genommenen Beschlüssen drohten, suchte der König von Württemberg auf doppelte Weise sich zu schützen. Am 26. September bestätigte er die mit den Ständen vereinbarte Verfassung und führte sein Land dadurch in die Reihe der constitutionellen Staaten ein. Dann reiste er sofort nach Warschau, um den Beistand seines Schwagers, des Kaisers Alexander, anzurufen. Wirklich gelang es ihm, diesen, der Metternichs wachsende Macht scheute, zu offenem Eintreten gegen dessen fernere Pläne zu bewegen, so daß Hardenberg in bittere Klagen darüber ausbrach, daß Rußland sich bemühe, das offenbare Uebergewicht Oesterreichs in Deutschland zurückzudrängen. Gestützt auf diesen Rückhalt, über den Briefe Alexanders und eine russische Erklärung am Bundestage genügendes Licht verbreiteten, wagten die süddeutschen Staaten eine lebhafte Opposition, als Metternich auf den Wiener Conferenzen, an denen sämtliche Bundesstaaten theilhaftig waren, eine Revision der Bundesverfassung ins Werk setzte. Preußen stand mit vollendeter Gleichgültigkeit gegen die Folgen getreu zu Oesterreich und verschaffte dadurch den Mittelstaaten die dankbare Rolle als Vorkämpfer der Freiheit und der Unabhängigkeit Deutschlands auftreten zu können. Es festigte sich hier in Wien jene Idee des „reinen“ Deutschland im Gegensatz zu den beiden Großstaaten, die in den folgenden Jahren den einzigen Schutz gegen die Uebergriffe der despotischen Wiener Staatskunst bildete. Zugleich aber wurden dadurch die Mittelstaaten nicht wenig in ihrem Selbstdünkel und in ihrer Selbstgenügsamkeit bestärkt und dem russischen Einfluß, dessen Beistand ihre thatsächliche Ohnmacht doch nicht entbehren konnte, Thür und Thor geöffnet. Mit dem Ergebniß der Wiener Conferenzen konnten sie im Ganzen recht wohl zufrieden sein; es wurde zusammengefaßt in der „Wiener Schluß-Acte“ vom 15. Mai 1820, die am 8. Juni vom Bundestage bestätigt und der Bundesacte vom 8. Juni 1815 gleichgestellt wurde. Die wesentlichsten Bestimmungen derselben enthielten allerdings eine Schwächung des Bundestages, wie Metternich sie gewünscht, aber zugleich eine erhöhte Unabhängigkeit der Einzelstaaten. Die völlige Gleichberechtigung aller Bundesglieder wurde aufs schärfste betont und unbedingte Einstimmigkeit für alle organischen Gesetze erfordert. Als Norm für die Verfassungen der Einzelstaaten wurde beliebt, daß sie die volle Souveränität des Landesfürsten nicht antasteten und die Erfüllung der Bundespflichten nicht beeinträchtigen dürften; zwei ziemlich nichtsagende Bestimmungen, die auch eine practische Folge nicht hatten.

Die Wiener
Conferenzen.

Die Wiener
Schluß-Acte.

Die Mainzer
Commission.

Die Carlsbader Beschlüsse aber zeigten ihre verderbliche Wirkung in tausendfacher Gestalt: in der Lähmung der Universitäten, in der

Fesselung der wissenschaftlichen Literatur, in der Zerstörung des Lebensglückes zahlloser Jünglinge. Die Mainzer Untersuchungscommission fand sich freilich in der Lösung ihrer Aufgabe durch die Souveränitätsbedenken der einzelnen Fürsten vielfach gehemmt und konnte ihren unermüdlischen Eifer nicht so, wie sie wohl gewünscht, in Thaten umsetzen. Sie war von Metternich nicht allein deshalb ausgedacht, um durch Centralisation der Untersuchung eine größere Kraft zu geben, sondern auch, um den Einzelregierungen und besonders auch dem Fürsten Hardenberg, dessen Eifer für die gute Sache er trotz aller Bethuerungen nicht recht traute, die Untersuchungen aus der Hand zu nehmen. Sehr empfindlich war es daher, daß nicht bloß andere Cabinette sich widerspenstig zeigten und z. B. der bairische Justizminister den Gerichtsbehörden gradezu verbot, einer mainzer Ladung zu genügen, da nach der Constitution Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, sondern daß auch der König von Preußen die Ueberweisung der preußischen Angeklagten nach Mainz nicht genehmigte und nur die Acten dorthin abgehen ließ, ein Verhältniß, das auch dann sich nicht änderte, als Oestreich den Vorsitz in der Mainzer Commission an Preußen abtrat. Für die unglücklichen Opfer der Demagogenverfolgung war damit freilich nicht viel gewonnen, wenigstens in Preußen nicht. Was die Mainzer Commission nicht thun konnte, das thaten die Behörden der Einzelstaaten, zum Theil unter völliger Mißachtung der gerichtlichen Urtheile. So war der Turnvater Zahn beispielsweise längst vom berliner Kammergerichte freigesprochen und wurde doch trotz aller Eingaben seiner Frau noch gefangen gehalten und endlich durch willkürlichen Cabinettsbefehl nach Colberg verwiesen. Andern ging es ähnlich. Zu einem Todesurtheile, das wohl Mancher gern gefällt hätte, fand sich freilich keine Möglichkeit; auch die gewaltige Verschwörung, der man so gern auf die Spur kommen wollte, wurde nicht entdeckt. Daß Sand keine eigentlichen Mitschuldigen gehabt, mußte der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, schon im September 1819 zugestehen; aber er fabelte doch noch mit vieler Salbung von einer Partei, die in Deutschland die eine und untheilbare Republik herstellen wolle, deren Mitglieder sich unterstützten, ohne sich persönlich zu kennen und sich verstanden, ohne sich ausgesprochen zu haben. Aber selbst auf dieser dehnbaren Grundlage und trotz der Berge von Acten, die man in Berlin und Mainz aufhäufte, konnte man kein Resultat ans Licht fördern, das sich der Welt hätte mittheilen lassen; die Mainzer Protocolle blieben ein Geheimniß; aber unzählige deutsche Jünglinge mußten im Gefängniß schmachten, weil sie patriotische Lieder gesungen und schwarz-roth-goldene Abzeichen getragen; zahlreiche verdiente Männer wurden ihrem Wirkungskreise entzissen und in ihrer ganzen Lebensstellung ruiniert, weil sie in vertraulichen Briefen sich unwillig über das reactionäre Treiben geäußert. Wenn ein Tertianer den Teufel gemalt hatte, der einen König als guten Bissen verschlingt, oder ein anderer in die schrecklichen Worte ausgebrochen war: O Sand, du wußtest nicht, welche Heuschrecken wir waren, so mußten sie selbst nunmehr den Criminalisten

Demagogen-
verfolgung.

als guter Bissen dienen. Bis zu zehn Jahren Festungshaft lauteten die Strafurtheile, welche gegen die Umtrieber gefällt wurden; aber viel schädlicher als diese härtesten Strafen, die immerhin doch nur wenige Einzelne trafen, wirkte die große Masse der Verhaftungen und Untersuchungen, die auf das Empfindlichste in das Lebensglück zahlreicher Familien eingriffen. Den ganzen Umfang des Unheils, das diese Demagogenverfolgung anrichtete, zu ermessen, ist eine Unmöglichkeit; aber man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß sie an Kleinlichkeit des Verfahrens, an Gehässigkeit der Gesinnung und an Gewissenlosigkeit in den Mitteln zu den traurigsten Perioden unsrer Geschichte gestellt werden muß. Und warum das Alles? Die Commission gestand in ihrem Bericht von 1822 selbst ein, daß eine kleine, Aufruhr predigende Schrift fast die einzige in ihren Acten vorgekommene strafbare Handlung sei, daß sie im Uebrigen nur von Versuchen, Vorbereitungen und Einleitungen eines bedenklichen politischen Treibens Kunde erhalten habe, und daß sich Alles mit der Zeit von selbst wieder ins Gleiche setzen werde, ohne daß die Regierungen Etwas zu fürchten brauchten. Gefährlich erschien der Liberalismus nur, insofern er in die Regierungen eingebracht sei, und in dieser Hinsicht wurden auch dem preussischen Staatskanzler Hardenberg scharfe Vorwürfe nicht erspart; grade in seinen Büreaus sollten die schlimmsten Umtriebe stattgefunden haben. Es war eine bittere Pille, die der greise Staatsmann so kurz vor seinem Tode noch verschlucken mußte; aber es war die gerechte Strafe für die Rauheit, mit der er seine Principien, und für die Zähigkeit, mit der er seinen Posten vertheidigt hatte. Sein Tod, der am 26. November 1822 in Genua erfolgte, ersparte ihm den harten Schlag einer völligen Entlassung; aber einen deutlichen Beweis, daß seine Zeit abgelaufen, hatte er doch vorher noch erleben müssen: am 16. September wurde ihm in der Person des Ministers von Voß, eines strammen Reactionärs, ein Vicekanzler an die Seite gestellt, der die wirkliche Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand nahm und auch die leidige Verfassungsfrage bald mit guter Manier aus der Welt schaffte.

Hardenbergs
Ausgang.

Humboldts
Verfassungs-
pläne.

Hardenberg hatte ohne Zweifel die ernstliche Absicht gehabt, eine preussische Verfassung zu Stande zu bringen; aber egoistisch, wie er war, gönnte er keinem Andern Antheil an dem Ruhm und dem Einfluß, welchen die Lösung dieser Aufgabe versprach, stieß die tüchtigsten Gehülfen bei Seite und bereitete dadurch das Gelingen. Einmal war er auf dem besten Wege sich selbst zu überwinden und Humboldt, den tauglichsten Mitarbeiter, heranzuziehen; aber der gute Voratz war von kurzer Dauer. Wilhelm von Humboldt war zum Aachener Congreß von seinem Londoner Posten herübergekommen, und da er sich in seiner Stellung nicht gefiel, hatte er den König um seine Entlassung gebeten. Der König gewährte sie, versprach ihm aber einen Ministerposten und ließ in dieser Absicht die ständischen und die Gemeindeangelegenheiten von dem Ministerium des Innern trennen. Mit regem Eifer machte sich Humboldt, noch ehe er sein Amt wirklich angetreten, an die dankbarste Aufgabe, welche es ihm stellte. In

einer geistvollen Denkschrift wies er nach, wie nothwendig eine allgemeine Ständeversammlung für die Einheit des Staates sei; er forderte sogar, daß sie unmittelbar aus Volkswahlen und nicht aus dem Schooße der Provinzialvertretungen hervorgehe; ja er wandelte die bloß beratende Stimme, welche der König ihr in seinem Mai-Edict von 1815 zugesagt hatte, in eine entscheidende um. Mit möglichster Beschleunigung sollte das Werk betrieben werden; im Jahre 1820, spätestens 1821 könnten in allen Provinzen die Einzelstände in Thätigkeit sein, und im Jahre 1822, spätestens 1823 müsse die Reichsversammlung berufen werden. Aber je mehr Thätigkeit und Scharfblick Humboldt entwickelte, um so unbequemer und gefährlicher war er für Hardenberg. Für einige Monate verstand dieser es, den Nebenbuhler noch mit gutem Anstande von Berlin fern zu halten, indem er ihn als Vertreter in eine Commission schickte, die in Frankfurt die Grenzberichtigungen und Gebietsaustausche, welche zwischen einzelnen deutschen Staaten noch immer in der Schweben waren, zu ordnen hatte. Bei diesen schwierigen Verhandlungen mitzuwirken, konnte Humboldt nicht ablehnen, weil er der Commission schon früher angehört hatte und bessere Kenntniß von den streitigen Fragen besaß als ein Anderer. Aber er fühlte sehr wohl, daß Hardenberg die Sache absichtlich verzögerte, um ihn möglichst lange in dieser halben Verbannung zu halten. Besonders scharf trat dies nach Sands Attentate hervor. Nun ist die Verfassung unmöglich, war des Canzlers erstes Wort, als er von dem mannheimer Ereigniß hörte. Jetzt wäre ihm Humboldt in Berlin doppelt unbequem gewesen und so mußte er ihn denn, obgleich die Ernennung zum Minister schon am 11. Januar erfolgt war, bis zum Juli in Frankfurt festzuhalten. Mittlerweile war er selbst trotz jenes verzweifelten Ausrufes keineswegs unthätig; selbst seine Einwilligung in Metternichs reactionäre Bundespolitik hing damit zusammen; er hoffte sich dadurch gleichsam einen Freibrief für die preussische Verfassung zu erkaufen. Aber freilich nicht für eine nach Humboldts Ideen. Am 12. August sollte dieser in sein neues Amt eingeführt werden: am Tage vorher legte der Staatskanzler seinem Könige „Ideen zu einer landständischen Verfassung“ vor, ohne dem Minister für ständische Angelegenheiten auch nur ein Wort davon zu sagen. Länger als zwei Monate weilte dieser in Berlin, ohne den König auch nur ein einziges Mal zu sprechen und ohne von der Existenz jener Ideen das Mindeste zu wissen. Friedrich Wilhelm hatte dieselben inzwischen geprüft und am 23. August die Bildung einer Commission befohlen, die auf Grund derselben ihre Arbeiten beginnen sollte. Sie bestand aus 6 Mitgliedern, darunter natürlich Hardenberg und Humboldt. Der Zusammentritt verzögerte sich bis in den October und nun erst erhielt Humboldt Mittheilung von des Staatskanzlers Entwurf. Unterdessen aber waren hinter seinem Rücken die Carlsbader Beschlüsse gefaßt, die er nimmermehr billigen konnte. Mit der größten Entschiedenheit lehnte er sich dagegen auf und hatte einen Augenblick fast alle seine Collegen gewonnen, um gegen diese „schändlichen, unnationalen, ein

Hardenbergs
Entwurf.

Humboldts
Entwurf.

denkendes Volk aufregenden" Beschlüsse zu protestiren, ja zu verlangen, daß Bernstorff, der Preußen in Carlsbad vertreten hatte, in Anklage verſetzt werde. Doch als des Königs fester Wille ſichtbar wurde, als Hardenberg keinen Finger rührte, um der Oppoſition beizustehen, da fiel ein Miniſter nach dem andern ab, und die drei ehrlich liberalen Männer, die im Cabinete ſaßen, neben Humboldt Boyen und Beyme ſtanden hülflos und vereinsamt da. Der Sturz des Einen mußte den der Andern im Gefolge haben. Der, welchen zuerſt die Reihe traf, war der Kriegsminiſter von Boyen. Er hatte ſeit dem Frieden unermüdlich daran gearbeitet, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, ſo weit es die finanzielle Lage des Landes irgend zuließ, zu ermöglichen. In dieſer Abſicht war beſchloſſen worden, die Landwehr auch für die Zukunft beizubehalten und eng mit dem ſtehenden Heere zu verbinden. Da man aber den demokratiſchen Geiſt jezt überall zu wittern begann, ſo befürchtete man, ihm in der Landwehr eine bewaffnete Macht zu ſchaffen und ſuchte derſelben deſhalb die eigenthümlichen Rechte, die ihr anfänglich zugeſagt waren, z. B. die Wahl ihrer Offiziere durch die Stände, zu entziehen. Dieſe Richtung wurde dem Könige gegenüber beſonders durch ſeinen Generaladjutanten, den Chef des Militärcabinetſ von Wigleben, vertreten, und zwar ſo erfolgreich, daß Boyen ſeine Entlaſſung erbitten mußte. Nachdem er ſie erhalten, blieb auch Humboldt und Beyme nichts Anderes übrig als ſeinem Beiſpiel zu folgen; am letzten Tage des Jahres 1819 ſchieden ſie aus dem Amte. Hardenberg triumphirte über dieſen Ausgang, der ihn von einem läſtigen Nebenbuhler befreite; jezt hoffte er für ſich wieder freie Bahn zu haben und die Verfaſſung in ſeiner Weiſe fördern zu können. Die Staatszeitung mußte verſichern, daß trotz Humboldts Ausſcheiden der Verfaſſungsausſchuß ſeine Arbeiten fortſetze, und der König ſelbſt gab dem Volke einen unzweideutigen Beweis dafür, daß er noch immer an ſeinem Verſprechen feſthalte, in der denkwürdigen Verordnung vom 17. Januar 1820, welche die Aufnahme neuer Staatsſchulden in Preußen von der Verbürgung der künftigen Reichsſtände abhängig machte. Auch die Verbeſſerung der Grundsteuer wurde im Mai der Verathung mit den bereinigten Vertretern vorbehalten.

Neue Verfaſſungsverſprechungen.

Die endliche Löſung.

Aber auf der andern Seite waren auch die Gegner der Verfaſſung nicht unthätig. Zu ihnen zählten faſt ausnahmslos die Mitglieder der alten Stände, die ihre Rechte durch jede Neugeſtaltung geſhmälert zu ſehen fürchteten mußten. Mit Unwillen ſahen ſie aus einer neuen Commiſſion, die Hardenberg im Januar gebildet hatte, Entwürfe zu einer Kreis-, Städte- und Gemeinde-Ordnung hervorgehen, die im freisinnigen Geiſte abgefaßt waren. Sie ſetzten es bei dem Könige durch, daß dieſelben zunächſt einem neuen Ausſchuß, der unter dem Vorſitze des Kronprinzen nur reactionäre Mitglieder enthielt, zur Prüfung überwieſen wurde. Durch dieſen geſchickten Handſtreich wurde dem Staatscanczler die ganze Sache entwunden. Der Kronprinz war ein begeisteter Anhänger der Haller'schen Staatsphilosophie, und ſuchte deren feudale Grundſätze voll Eifers ins Leben zu rufen. Die

Entwürfe der Hardenberg'schen Commission wurden einfach bei Seite geschoben und im Juni 1821 von dem Könige die Bildung eines neuen Ausschusses erlangt, dessen einzige Aufgabe die Verathung von Provinzialverfassungen sein sollte. Vergeblich waren die Bemühungen des Kanzlers, diesen Ausschuß zu sprengen; nur zu deutlich stellte es sich heraus, daß ihm dazu jede Kraft fehle. Den einen oder andern tüchtigen Verwaltungsbeamten ausgenommen, bestand sein kleiner Anhang aus unwürdigen oder unfähigen Personen, die bei ernstlichen Angriffen seiner Gegner von ihm selbst nicht vertheidigt werden konnten und durch deren Sturz er doch auch äußerlich bald ganz vereinsamte. Zur Gegenpartei aber gehörten nicht allein die Reactionäre, unter ihnen fast sämtliche Minister, sondern auch viele ehrliche Liberale, die theils bewußt, theils unbewußt den Kanzler bekämpften. Die Verfassungscommission lag währenddes unter der lebhaft fördernden Leitung des Kronprinzen ihrer Arbeit mit rühmlichem Eifer ob und brachte es schon im Januar 1822 so weit, daß aus einer Provinz nach der andern angesehenen Männer in die Hauptstadt berufen werden konnten, um die Entwürfe zu begutachten, ein Verfahren, das allerdings viel Zeit in Anspruch nahm. Erst im Jahre 1823, und zwar am Geburtstage des Königs (3. August) konnten die ersten Provinzialverfassungen (für Brandenburg, Preußen und Pommern) veröffentlicht werden; im März 1824 schlossen sich ihnen die fünf übrigen an. Damit erreichte der erste Act der preussischen Verfassungsgeschichte sein Ende. Zu jeder Provinz wählten fortan die Grundbesitzer, die adligen, städtischen und bäuerlichen, ihre Vertreter zu einem Provinziallandtage, dem es oblag, in seinen alle drei Jahre stattfindenden Sitzungen Gesetze, welche die Provinz betrafen, zu begutachten. Der Adel war dabei in hohem Maße bevorzugt; von der Gesamtzahl der Ständemitglieder, die sich auf etwa 600 belief, gehörten ihm fast 300, den Bürgern gegen 200, den Bauern gar nur 124 an. Von einem Landtage der ganzen Monarchie war nicht mehr die Rede, und die große Masse des Volkes, die keinerlei Grundeigenthum besaß, war endgültig von jeder, auch der bescheidensten Mitwirkung in politischen Dingen ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung zeigte daher den neuen Schöpfungen eine vollkommene Gleichgültigkeit, und nur vereinzelt brach sich die Hoffnung durch, daß dies kleine Loch im Absolutismus sich mit der Zeit doch schon vergrößern werde.

Die Provinzialstände.

2. Auf diese endliche Gestaltung der Provinzialverfassungen hatte, wie erzählt, der Kronprinz einen bedeutenden Einfluß geübt; in ihm hatte die neue Staatsweisheit, die damals Europa zu belehren und von seinen Irrthümern zu bekehren suchte, die Haller'sche Staatsrechtslehre, einen überzeugten Anhänger gewonnen. Alle Verirrungen, welche die Geister blendeten, wurden zurückgeführt auf die Verkennung des wahren Wesens der Fürstlichkeit und des Staates. Die Demokraten sahen in dem letzteren eine Vereinigung der frei und gleich geschaffenen Bewohner des Landes; sie erklärten das Königthum für das Ergebniß eines Vertrages und deshalb für abhängig von dem

Des Staatsrecht der Reaction.

Willen des Volkes, dessen unveräußerliche Rechte keine Gewaltanmaßung vernichten könne. Haller dagegen, und mit ihm die ganze Reaction, betrachtete das Land als das Eigenthum des Fürsten, der es von Gott erhalten habe; der Staat war ihnen die Ordnung, welche der Fürst getroffen hatte; dem Adel, der durch fürstliche Verleihung, zur Belohnung seiner Dienste, bestimmte Vorrechte erworben, durften diese Vorrechte freilich nicht genommen werden; auch der Antheil, welcher dem Bürgerthum etwa an den ständischen Berathungen und der Steuerbewilligung zustand, mußte gewahrt bleiben; aber jede Ausdehnung lag in dem Belieben des Fürsten und war ein Vorrecht, das dem Begnadigten zu Theil wurde, nicht die Anerkennung eines angeborenen Naturrechtes. Im Gegentheil, wie Gott die Menschen verschieden nach Anlagen und Lebensstellung geboren werden läßt, so sollten sie auch in streng gegliederten Classen ihren Platz in der Staatsordnung ausfüllen, und für diese Staatsordnung brauchte nicht erst lange nach einem künstlich ausgedachten Plane gesucht zu werden; der beste Plan und die beste Ordnung lag in dem Ständewesen des Mittelalters vor, das höchstens in Einzelheiten nach den veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein wenig umgemodelt werden mußte.

Solchen Anschauungen, denen der Kronprinz begeistert huldigte, war der König von Preußen wohl ziemlich fremd; es lag nicht in seiner Natur, sich philosophischen Grübeleien hinzugeben; aber thatsächlich handelte er doch in demselben Geiste, denn was bei Andern aus Grundsätzen und Gedankenentwicklungen hervorging, entsprang bei ihm aus dem Mißbehagen, mit dem ihn die revolutionären Zukunftsversprechungen erfüllten, die nicht bloß das romanische Europa erfuhr, sondern die selbst England, das constitutionelle Musterland, in einige Aufregung versetzten.

England und Frankreich.

Die demokratische Partei.

Ohne innere Erschütterungen hatte das Inselreich den Sturm der französischen Umwälzung überstanden; jetzt zeigte sich an den Nachwehen, daß er doch nicht spurlos an ihm vorüber gegangen sei. Das Volk fing an sich darauf zu besinnen, daß die gerühmte englische Verfassung doch eigentlich nichts bedeute als die Herrschaft einer mächtigen Aristokratie, die freilich von der Masse der Bevölkerung durch keine so schroffen Abstände geschieden war, wie auf dem Festlande, die aber gleichwohl die Gesetzgebungsgewalt, die sie in der Hand hielt, nicht selten eigensüchtig zu ihrem Vortheil ausbeutete und gerade jetzt durch unerschwingliche Kornzölle das Brod des Volkes zum Nutzen der großen Gutsbesitzer rücksichtslos vertheuerte. Neben den beiden alten Parteien der Whigs und der Tories tauchte eine dritte, demokratische auf, die sich ebensowohl der wissenschaftlichen Durchbildung ihrer Grundsätze zuwandte, als unmittelbar die vorhandenen Uebelstände angriff und sich bald Beachtung verschaffte. Als die Denker und leitenden Köpfe der Partei ragten Bentham, Romilly und der ältere Mill hervor; als die Vorkämpfer in der

Masse des Volkes, in Vereinen und bald auch im Parlament Cobbett, Hunt, Burdett u. A. Die Lehren Bentham's bestachen durch die Faßlichkeit und Gemeinverständlichkeit ihrer Ausgangspunkte; der einfache Satz, daß der Staatszweck der Nutzen sei und zwar der gemeinsame Nutzen Aller und nicht der einzelner bevorzugter Classen, ließ eine so unendliche Anwendung nach allen möglichen Richtungen zu, daß Jeder, der mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden war, durch ihn seine Wünsche befriedigen zu können hoffen durfte. Bentham's Name und Schule verbreitete sich über ganz Europa und Amerika, und besonders die romanischen Völker waren es, unter denen er begeisterte Verehrer fand; wie die portugiesischen Cortes ihn mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betrauten, so stand er in den engsten Beziehungen zu den Freiheitshelden Süd-Amerikas und 40,000 Exemplare seiner Schriften wurden bis 1830 nach der neuen Welt verkauft. In seiner eigenen Heimat waren die Aussichten, die Grundsätze der Nützlichkeitslehre, des Utilitarismus, wie man sein System nannte, ins Leben zu führen, weit geringer; denn festgewurzelt in jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklung konnte der Bau der englischen Verfassung selbst heftigen Stürmen Trotz bieten und sich dabei nicht allein auf die tausendfältigen Interessen, die er schirmte, sondern nicht minder auf die patriotische Anhänglichkeit, deren er sich erfreute, als auf feste Grundlagen verlassen. Das herrschende Regiment freilich war sehr geeignet, diese Anhänglichkeit zu untergraben. Der König Georg III. war wahnsinnig, der Prinzregent, erst von 1820 an als Georg IV. König, in Folge seines liederlichen Lebens, seines unzuverlässigen Characters und seiner reactionären Gesinnung äußerst unbeliebt. Seit Jahrzehnten saßen mit ganz kurzer Unterbrechung die Tories am Ruder und die Partei der Whigs war Dank der Kriegslust, welche die Nation ergriffen hatte, aber auch aus Mangel an bedeutenden Führern fast bis zur Ohnmacht zusammengeschnitten. Unter den Tories brachen nun zwar, eine natürliche Folge der langen Herrschaft, mancherlei Spaltungen aus; jüngere Kräfte, wie Canning und Wellesley, suchten mit freierem Blick die Parteipolitik den Zeitverhältnissen anzupassen; allein sie waren vorerst noch zu schwach, um Erfolge zu erzielen, und die alten Führer, Lord Liverpool, der seit 1812 an der Spitze des Cabinets stand, Castlereagh, der das auswärtige Amt in Metternich's Geiste leitete, Eldon, Sidmouth u. A. gaben trotz ihrer Beschränktheit den Ton an. Dabei klammerten sie sich so fest an ihre Posten, daß sie auch parlamentarische Niederlagen ruhig überstanden. Nach der Beendigung der großen Kriegszeit, die dem Lande eine Schuldenlast von 900 Millionen Pfund als Erbtheil hinterließ, forderten sie die Forterhebung der drückenden Einkommensteuer, um mittelst derselben das Heer in einer Stärke von 175,000 Mann zu erhalten. Das war auch ihren Anhängern zu viel und das Unterhaus lehnte 1816 die Einkommensteuer ab; Lord Liverpool aber fügte sich und blieb im Amte. Die Torymehrheit des Parlamentes ließ das nicht ungern geschehen, im Lande aber gewann die Bewegung gegen das Ministerium jetzt einen größeren Umfang und

Das Ministerium Liverpool.

Die Noth der Zeit.

richtete sich auch gegen das Parlament und dessen Zusammensetzung. Die schwere Noth der Zeit vermehrte die Unzufriedenheit. So lange der Krieg dauerte, hatte sich das Volk die furchtbar hohen Kornpreise als unvermeidliches Uebel gefallen lassen; mit Freuden hatte es dann den jähen Umschlag begrüßt, der seit 1814 in Folge der lang entbehnten russischen und polnischen Zufuhren den Marktpreis des Getreides um mehr als die Hälfte erniedrigte. Sollte es sich nun ruhig gefallen lassen, daß die großen Grundbesitzer im Parlamente künstlich wieder eine Theuerung heraufbeschworen, daß sie ein altes Korngesetz von 1670 erneuerten, das jede Zufuhr verbot, so lange der Marktpreis nicht eine bestimmte Höhe erreicht hatte? Die schlechte Ernte des Jahres 1816 und der Stillstand der Fabriken, die keinen Absatz für ihre Erzeugnisse fanden, vermehrte die Noth und den Unwillen. Es kam zu gewalthätigen Aufläufen, Zerstörungen von Mühlen und Maschinen, zu Bedrohungen der verhaßtesten Personen, auch des Regenten, den der Londoner Pöbel bei der Parlamentseröffnung 1817 mit Noth bewarf und durch tränkende Zurufe beleidigte. Cobbett, der in zahllosen Reformclubs und mehr noch durch seine Zeitungsblätter, die er zu unerhört niedrigen Preisen verkaufte, sich einen großen Anhang erwarb, trat diesen Ausschreitungen zwar entgegen, aber die Million Unterschriften, die er für die Forderung der Parlamentsreform zusammenbrachte, schreckte die herrschenden Classen weit mehr als der gelegentliche Ausbruch der Volkswuth; ja den letzteren beförderte sie sogar durch Sendlinge, welche die Menge aufreizen und dadurch den friedlichen Bürger mit Abscheu gegen die Reformbewegung erfüllen sollten. Eine Zeitlang halfen diese Mittel und der Aufschwung erlahmte so, daß Cobbett 1817 das Land verließ und nach Amerika ging. Als aber die schändlichen Kunstgriffe der Regierung bekannt wurden und die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, zu denen das Parlament auf ein Jahr seine Zustimmung gegeben, erloschen, griff die Bewegung nur um so stärker um sich. In den großen Fabrikstädten des Landes, die zum Theil jeder Vertretung im Parlament entbehrten, traten Massenversammlungen zusammen und wählten eigenmächtig Abgeordnete, beschloßen auch wohl, dieselben mit bewaffneter Macht nach London zu führen. Als dies am 16. August 1819 auch in Manchester geschah, ertheilte der Magistrat den Truppen Befehl einzuhauen, und viele Verwundete, auch einige Todte, waren die Opfer des Tages.

Die Reaction.

Den Ministern war dieser Vorgang äußerst erwünscht; sie billigten und belobten die Handlungsweise des Magistrates, beriefen sodann das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung und setzten ohne Mühe die Annahme der sechs „Knebelbills“ durch, der Carlsbader Beschlüsse Englands, durch welche das Versammlungsrecht, die Pressfreiheit, der Schutz gegen willkürliche Verhaftung aufgehoben wurden. Der Unwille im Lande über diese Beschränkungen war sehr groß; die Whigs, in deren Mitte Brougham, John Russell und andere aufwachsende Talente allmählich wieder größere Thatenlust entfalteten, erklärten sich heftig dagegen; dem Ministerium aber

kam, ähnlich wie den Rückschrittmännern des Festlandes, ein verbrecherischer Anschlag zu Statten, der rechtzeitig verrathen ward. Es war eine Verschwörung unbedeutender Menschen, die sich zum Ziel gesetzt, die Minister bei einem Festmahl zu ermorden, die Casernen anzuzünden und eine provisorische Regierung zu bilden: ihr Haupt, Arthur Thistlewood, sammt vier Genossen büßte mit dem Strange (Febr. 1820). Um die allgemeine Aufregung auf's Höchste zu steigern, war nur noch nöthig, daß eben jetzt Georg III. starb und der neue König vor der ganzen Nation einen großen Scandalproceß begann. Im Jahre 1795 hatte er sich mit der Prinzessin Caroline von Braunschweig vermählt; diese gebahr ihm eine Tochter Charlotte, die aber bereits 1817 gestorben war und den nachmaligen König der Belgier, Leopold von Coburg, als Wittwer hinterließ. Sie hatte eine höchst unglückliche Jugend verlebt, denn zwischen ihren Eltern herrschte seit ihrer Geburt das ärgste Zerrwürfniß. Die Schuld lag an Beiden, aber die größere Hälfte an dem Prinz-Regenten. „Meine Mutter war schlecht,“ hatte die Tochter ebenso treffend wie traurig gesagt; „aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel schlechter gewesen wäre.“ Nachdem die Prinz-Regentin 18 Jahre lang von ihrem Gemahl getrennt unter den ärgsten Beleidigungen in England gelebt, verließ sie 1814 das Land und begab sich auf Reisen. Es begleitete sie ihr Kammerherr Bergami, von dessen Verhältniß zu ihr bald die anstößigsten Dinge erzählt wurden. Als ihr Gemahl 1820 nach Georgs III. Tode König wurde, kehrte sie plötzlich nach England zurück und machte ihre Rechte geltend. Darauf beantragte jener beim Oberhaufe Scheidung wegen Ehebruchs und nun begann in voller Oeffentlichkeit der Proceß, bei dem der gefeiertste Redner des Landes, Lord Brougham, für die Prinzessin eintrat und das ganze Volk für sie Partei nahm. Zwar entschied eine kleine Mehrheit der Pairs, 9 Stimmen, zu Gunsten des Königs; aber wie das Urtheil des Unterhauses ausfallen werde, war so wenig zweifelhaft, daß das Ministerium die Vorlage zurückzog. Die verwinkelte und peinliche Angelegenheit fand die bequemste und gründlichste Lösung durch den plötzlichen Tod der Prinzessin, der in Folge der gewaltigen Aufregungen am 7. August 1821 eintrat. Aber damit war doch nur dieser besondere Fall erledigt; die allgemeine Mißstimmung und Vernichtung gegen das Ministerium dauerte fort. Sie wurde sehr bald selbst für Castlereaghs grobe Nerven zu stark. Auch ihm schien der Tod das einzige Mittel, um sich aus seiner qualvollen Lage zu befreien, und da er nicht von selbst kam, so rief er ihn. Ein Jahr nach dem Tode der Prinzessin, am 12. August 1822, durchschnitt er sich mit einem Federmesser die Halsader. Damit trat eine Schwankung in der Politik des Ministeriums ein. Castlereaghs Nachfolger, George Canning, auch er von Haus aus ein rechter Tory, bekehrte sich mit voller Ueberzeugung zu freisinnigen Grundsätzen und erwarb England die Geltung in Europa zurück, die es als slavischer Nachtreter der Metternich'schen Politik verloren hatte.

Der Scheidungsproceß
Georgs IV.

Castlereaghs
Tod.

Frankreich.

Das gleiche Mittel, von einem Irrwege umzulehren, das sich dem altconstitutionellen Insektlande in einem Ministerwechsel bot, stand auch Frankreich zur Verfügung und schützte es vor einer offenen Revolution, die ohne dies wohl schon 1820 nicht ausgeblieben wäre. Richelieu hatte den Verdiensten, die er sich durch seine gemäßigte Politik erworben, auf dem Nachener Congreß das letzte, größte hinzugefügt: er hatte eine Minderung der Kriegssteuern und die beschleunigte Räumung seines Landes von den fremden Truppen bewirkt. Aber freilich hatte er dafür seinem Gönner Alexander versprechen müssen, dem wachsenden Liberalismus in Frankreich, der soeben unter 55 neugewählten Abgeordneten über 20 Independenten in die Kammer schiedte, entgegenzutreten. In der liberalen Partei hatte sich unter der Führung Roger Collards eine besondere Schule gebildet, die es sich zum Ziele setzte, in strenger Folgerichtigkeit den Verfassungsstaat auszubilden und daher als die der Doctrinäre bezeichnet wurde. Reich an hervorragenden Köpfen übte sie trotz ihrer geringen Zahl doch einen bedeutenden Einfluß und war unverkennbar im Aufsteigen begriffen. Ein neues Wahlgesetz sollte dem Einhalt thun. Allein Richelieu's Collegen widersetzten sich diesem Vorhaben, der König trat ihrer Ansicht bei, und Richelieu war nun constitutionell genug, seine Entlassung zu fordern (27. December 1818). Die übrigen Minister, besonders der Herzog Decazes, blieben auf ihren Posten und kamen unter Dessoilles' Vorßiz der liberalen Partei sogar noch einige Schritte entgegen. Viele Verbannte wurden begnadigt, die Lage der Zeitungen durch neue Gesetze erträglich gemacht und die Adelskammer durch die Ernennung von 61 gemäßigten Pairs aus einem Hinderniß zu einem Bollwerk des besonnenen Fortschritts umgewandelt. Dadurch erstarkte dieser noch mehr und brachte bei den Ergänzungswahlen im Herbst 1819 gar 28 Anhänger durch, unter ihnen eine Berühmtheit von 1789, den vormaligen Bischof von Tours, Grégoire, der seiner Zeit im Convente den berühmten Ausspruch gethan: die Könige seien in der moralischen Ordnung das, was die Ungeheuer in der physischen. Nun verlangte Ludwig XVIII. selbst eine Aenderung des Wahlgesetzes, und da sich Dessoilles nicht fügte, entließ er ihn und zwei andere Minister und übertrug Decazes die Leitung des Staates. Immerhin waren auch dessen Maßregeln durchaus gemäßigt; allein die Ausschließung Grégoire's aus der Kammer und die beabsichtigte Aenderung des Wahlgesetzes erbitterten doch die fortgeschrittenen Liberalen sehr, zumal sie von den Wählereien der Ultras, Angesichts der Reaction, die ganz Europa durchzog, noch weitere Schritte befürchten durften. Als Führer der Ultras galt neben dem Grafen Artois mit Recht dessen Sohn, der Herzog von Berry, der in den Augen der Republicaner überdies noch die sündhafte Eigenschaft besaß, daß auf ihm die Fortdauer des königlichen Hauses beruhte. Denn Ludwig selbst war kinderlos; sein Erbe war also sein Bruder Artois. Dieser hatte zwei Söhne, von denen der älteste, Angoulême, gleichfalls keine Nachkommenschaft hatte, und der jüngere, eben der Herzog von Berry, bis dahin zwar auch noch kin-

Richelieu's
Sturz.

Die Doctrinäre.

Ministerium
Dessoilles.Ministerium
Decazes.Ernennung
des Herzogs
von Berry.

derloß, aber auch erst seit Kurzem vermählt war. Ein überspannter Sattler, Namens Loubel, glaubte sich ein Verdienst um das Vaterland zu erwerben, wenn er Berry, und damit die Hoffnungen des Königshauses, aus dem Wege räume; am 13. Februar 1820 erschloß er den Prinzen vor der Oper. Bei der politischen Gesamtlage Europa's kam diese That der Reaction sehr zu Statten; Decazes, der in der Kammer selbst der Mitschuld an dem Morde geziehen wurde, erhielt seine Entlassung und Richelieu trat wieder an die Stelle, die er vor 2 Jahren verlassen hatte. Auch jetzt bewährte er seine Mäßigung und sein Geschick; er führte zwar die Censur für die Zeitungen wieder ein, beschränkte die persönliche Freiheit und änderte das Wahlgesetz zu Gunsten der Höchstbesteuerten; aber von leidenschaftlichem Wüthen gegen den Liberalismus konnte man doch nicht reden. Grade deshalb aber waren die Ultras auch noch nicht zufrieden; durch die Bezwungung einiger Straßenaufläufe in Paris und die rechtzeitige Entdeckung einiger Verschwörungen, die von den französischen Carbonari (der Charbonnerie) geplant wurden, durch die Geburt des Herzogs von Bordeaux, des jetzigen Prätendenten Heinrichs V., der bald nach seines Vaters Berry Ermordung das Licht der Welt erblickte, durch den Tod Napoleons am 15. Mai 1821, endlich durch ihre Siege bei den Ergänzungswahlen des Jahres war ihnen so sehr der Kamm geschwollen, daß sie über Richelieu hinausgehen verlangten und ihn durch ein Mißtrauensvotum am 13. December 1821 stürzten. An seine Stelle trat Villèle, dessen sechsjährige Regierung uns noch mehrfach beschäftigen wird.

Richelieu's
zweites Mini-
sterium.

Die Revolutionen in den romanischen Ländern.

Der fünffache Cabinetwechsel, den Frankreich in etwas mehr als 3 Jahren erlebt hatte, bewies, obgleich er in abgleitender Stufenleiter der Reaction zu Gute gekommen war, doch, daß sich die Grundsätze des parlamentarischen Regiments in diesem Lande bereits einer bedeutenden Kraft erfreuten, und daß sie als Sicherheitsventil in gefährlichen Krisen dienen konnten, wenn sich nur eine geschickte Hand zu ihrem Gebrauche fand. Ganz anders sah es in den romanischen Halbinseln Europas aus; ihnen brachte das Jahr 1820 blutige Revolutionen. Spanien eröffnete die Reihe am 1. Januar. Schon in den vorhergehenden Jahren hatte es nicht an Aufstandsversuchen gefehlt. Sie gingen sämmtlich vom Heere aus, das die unzufriedenen Generale um so leichter für sich zu bearbeiten vermochten, als der gemeine Soldat in beständiger Furcht schwebte, in die amerikanischen Colonien geschickt zu werden, um deren Unabhängigkeitsbestrebungen niederzuschlagen. Nicht weniger als 42,000 Mann waren in den letzten Jahren über den Ocean gesandt, und der größte Theil derselben war dem fremden Klima, den ungewohnten Mühsalen und dem Schwerte des Feindes erlegen, ohne der Sache des Heimatlandes den Sieg zu erringen. Auch die Offiziere waren zum großen Theil unlustig in einen Kampf zu ziehen, der geringe Ehren und noch ge-

Spanien.

ringeren Erfolg versprach. Nun sollten aber grade jetzt neue Truppenmassen abgehen, um einen entscheidenden Schlag auszuführen. In ihrer Mitte begannen die Verschwörer ihr Werk und bereits Mitte 1819 sollte vor der Einschiffung in Cadix der Aufstand beginnen. Allerdings vereitelte der Abfall des vornehmsten Mitverschworenen, des Grafen Abisbal, diesen ersten Entwurf; allein die geheimen Fäden blieben unentdeckt, nur einzelne der Häupter wurden verhaftet, und da Krankheiten die Einschiffung des Heeres verzögerten, so konnte der gescheiterte Plan einige Monate später doch wieder aufgenommen werden. Als am 1. Januar 1820 die Abfahrt nach Buenos Ayres endlich vor sich gehen sollte, rief Rafael Riego die mißmuthigen Soldaten zur Empörung auf und gewann sie für den Schwur auf die Verfassung von 1812; statt sich einzuschiffen, revolutionirten sie die Umgegend. Andre Regimenter, von Riego und seinem alten Mitverschworenen Quiroga gewonnen, schlossen sich an und nahmen den Oberbefehlshaber Calleja gefangen. Aber damit endeten ihre Triumphe; die Garnison von Cadix blieb treu und ohne den Besitz dieser Stadt war die Lage der Empörer hoffnungslos. Ein paar Wochen lang schlug Riego sich in Andalusien herum; dann verliesen sich seine Leute und Anfangs März schien Alles verloren. Aber es schien auch nur so; denn der revolutionäre Funke, der im Süden keinen Brennstoff finden konnte, hatte im Norden gezündet. Im Februar brach unter Espinosa's Führung zu Coruña in Galizien ein Militäraufstand aus und verbreitete sich schnell in die benachbarten Provinzen. In Navarra erschien der geflüchtete Mina aus Frankreich; Aragon, Catalonien, Valencia fingen an in Gährung zu gerathen. Darüber erschraf Ferdinand VII. um so mehr, als gleichzeitig die Ermordung des Herzogs von Berry ihm ein drohendes Schreckbild zeigte. Von entscheidender Wirkung war endlich der Abfall des Grafen Abisbal, der, gegen die Auführer ausgesandt, am 4. März sich für sie erklärte, als ob er den früheren Verrath durch den späteren jühnen wolle. Es bedurfte jetzt kaum noch der Unruhen, die am 6. März in Madrid ausbrachen, um Ferdinand zu einem erheuchelten Gesinnungswechsel zu bewegen. Sobald er sich ernstlich vor die Wahl gestellt sah: Sturz oder Verfassung von 1812, besann er sich nicht lange, sondern beschwor am 9. März die bitter gehaßte Constitution. Ein unendlicher Jubel durchzuckte das Land und Niemand zweifelte an dem ernststen Willen des Königs; überall vollzog sich der Umschwung in größter Ordnung; die Wahlen zu den Cortes gingen in Frieden und Mäßigung vor sich; ein freisinniges Ministerium, meist frühere Opfer des Königs, wie Perez de Castro, Arguelles, Herreros, trat an die Spitze der Geschäfte, und die Aufhebung des Jesuiten- und anderer verwandter Orden, die Einziehung der Klöster und andre Maßregeln der Art schienen dem Siege des Fortschrittes Dauer zu verschaffen. Um so ansteckender mußte er nach Portugal und Italien hinüber wirken. In jenem Lande lagen die Verhältnisse überdies sehr günstig. Der König, Johann VI., war noch immer in Brasilien, und der Regent, Lord Beresford, war wenigstens zeitweilig dort. Ein Aufstand, den

der Oberst Sepulveda mit der Garnison von Porto im August 1820 begann, hatte deshalb leichtes Spiel. Schnell ergriff er das ganze Land und erreichte Lissabon; eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, Beresford verbannt, der König zur Rückkehr nach Europa aufgefordert und von neuen Cortes eine neue Verfassung entworfen. Als Beresford zurückkam, stand er ohnmächtig den neuen Verhältnissen gegenüber; nicht einmal die Landung ward ihm gestattet. Auch der König hielt es für gut sich zu fügen. Sein ältester Sohn Dom Pedro blieb in Brasilien, anfangs als Regent; doch mußte er bald dem Drängen des Landes, das eben so wenig wie die spanischen Colonien in ein Abhängigkeitsverhältniß zurückkehren wollte, nachgeben und sich zum constitutionellen Kaiser Brasiliens ausrufen lassen. Der zweite Sohn Johanns Dom Miguel begleitete den Vater nach Europa zurück und suchte in Gemeinschaft mit seiner Mutter Carlota den König von der Annahme der Verfassung abzuhalten. Allein die Macht der Verhältnisse war stärker als ihre Zettelungen; Johann VI. beschwor vor seiner Landung, die wenige Tage vorher, am 27. Juni 1821, vollendete Verfassung, und Portugal erfreute sich für einige Jahre in Ruhe der neuen Staatsformen, die es sich gegeben.

In Italien zündete das spanische Beispiel naturgemäß am ersten in dem Staate, dessen Heer am meisten von den Carbonari durchwühlt und dadurch den Einflüssen ehrgeiziger Generale preisgegeben war, in Neapel. Von Nola aus zog Leutnant Morelli am 2. Juli 1820 mit einem Regiment nach Neapel und gewann unterwegs so große Verstärkung, daß man bei Hofe jeden Gedanken an Widerstand fahren lassen mußte, zumal auch der volksthümlichste unter den Offizieren, Wilhelm Pepe, sich für die spanische Verfassung von 1812 erklärte und an die Spitze der Aufständischen trat. Einen Augenblick hoffte der jesuitische König sich durch eine erheuchelte Krankheit aus der Verlegenheit ziehen und seinem Sohne den geforderten Eid und den vorausichtlichen Eidbruch in die Schuhe schieben zu können. Allein das gelang nicht; Pepe, der sich zum Oberbefehlshaber aller königlichen Truppen ernennen ließ, verlangte neben dem Gelohniß des Prinz-Regenten auch das des Königs; und als dieser sah, daß er der Forderung nicht entgegen könne, da erfüllte er sie nicht bloß, sondern fügte seinem Schwur aus eigenem Antriebe noch das Gebet hinzu, daß, wenn er lüge, Gott in diesem Augenblick die Blitze seiner Rache auf ihn lenken möge. Neapel war außer sich vor Freuden über diese gründliche Befehung seines Königs; doch sollte in den Freudenbecher gar bald ein bitterer Tropfen Wermuth fallen. Kaum war die Kunde der Ereignisse nach Sicilien gedrungen, so erhob sich das Volk von Palermo mit der Forderung, die Insel solle in Verfassung und Verwaltung von dem Festlande getrennt und nur durch Personalunion mit ihm verbunden sein. Schon am 18. Juli mußte der Statthalter fliehen, und eine provisorische Regierung, den Fürsten Villafranca an der Spitze, trat an seine Stelle. Die ganze Insel, mit Ausnahme von vier Städten, fügte sich entweder freiwillig dem neuen Regiment, oder wurde in blutigem Bürgerkrieg, der gegen 4000 Opfer forderte,

Neapel.

Sicilien.

dazu gezwungen. Allein Pepe und seine Genossen in Neapel waren nicht gewillt, diese Neuerung anzuerkennen; sie schickten den jüngeren Pepe mit 6000 Mann auf die Insel und das blutige Ringen begann von Neuem. In verhältnißmäßig kurzer Zeit gelang es den Aufstand zu brechen und Palermo wieder zu nehmen; indessen man wußte wohl, daß die Unterwerfung nur eine erzwungene war, und sah sich genöthigt, die besten Truppen auf der Insel stehen zu lassen. Dieses widernatürliche Verhältniß war für Metternich, den die neapolitanische Revolution selbstverständlich in den höchsten Zorn versetzt hatte, ungemein verlockend und er begann für eine Einnischung zu arbeiten. Zu diesem Zweck erließ er Einladungen zu einem neuen Monarchen- und Minister-Congreß, der im October 1820 zu Troppau in Oestreichisch-Schlesien zusammentrat. England und Frankreich waren nur durch Gesandte vertreten, denen die größte Zurückhaltung zur Pflicht gemacht war, die beiden Kaiser und der König von Preußen fanden sich persönlich ein. Aber die Vorschläge Metternichs stießen überall, außer bei Preußen, auf einen sehr kalten Empfang; Alexander war wohl zu einer diplomatischen Einnischung geneigt, wollte aber Nichts von einer militärischen hören. Da kam dem Fürsten Metternich eine unerwartete Hülfe. Aus Petersburg wurde ihm die Nachricht von der Auflehnung des Garderegimentes Semenow gemeldet. In Rußland eine Militärverschwörung! Was konnte erwünschter sein! Auf der Stelle eilte er zu Alexander, der von dem großen Ereigniß noch Nichts wußte, und die Ueberrumpelung gelang. Ohne den Gesandten der Westmächte Mittheilung zu machen, unterzeichneten die Monarchen ein Protocol, in welchem sie sich verpflichteten, die Staaten Europas in dem Zustande von 1815 zu erhalten und gemeinsam der „tyrannischen Macht der Rebellion und des Lasters“ die Stirn zu bieten. Doch sollte zuvor noch eine Vermittelung versucht und zu diesem Zwecke der König von Neapel eingeladen werden, auf einem Congreß zu erscheinen, den man für den Januar 1821 in Laibach anberaumte. Nachdem diese Beschlüsse gefaßt waren, theilte man sie dem französischen und englischen Gesandten zur Billigung mit; erbittert über solche Behandlung verweigerten diese nun erst recht ihre Unterschrift, ohne dadurch an der Sachlage viel ändern zu können. Der Laibacher Congreß trat zusammen und auch der König von Neapel fand sich ein. Allerdings hatten die Troppauer Beschlüsse in seiner Hauptstadt und in seinem Parlamente zuerst eine furchtbare Aufregung hervorgerufen; allein sie legte sich schnell und machte einer naiven Vertrauenseligkeit Platz, als der König vor seiner Abreise sich erbot, vier Parlamentsmitglieder als Zeugen und Rätthe mitzunehmen. Man lehnte dankend dieses Anerbieten ab, denn man wisse, wie es in einer Adresse hieß, daß „das Herz des Sohnes Karls III. ein Tempel der Treue sei.“ Während man nun in Neapel an der neuen Verfassung weiterarbeitete und nach ihrer Vollendung am 31. Januar 1821 sich des erneuten Schwures freute, mit dem der Prinz-Regent sie betraufte, beschloßen die Ostmächte im Einverständniß mit den italienischen Staaten und trotz der matten Einsprache Englands und

Der Congreß
von Troppau.

Der Congreß
von Laibach.

Die Oest-
reicher gegen
Neapel.

Frankreichs die Entsendung eines österreichischen Heeres nach Neapel. Der treue König Ferdinand ertheilte gern seine Zustimmung, erklärte seinen Eid für erzwungen und befahl schriftlich den revolutionären Behörden sich aufzulösen. Anfangs Februar überschritt General Frimont mit 43,000 Oestreichern die lombardische Grenze und rückte gegen Neapel vor. Hier war der Wille zum Widerstand größer als die Kraft. Zwei Heere, unter Pepe und Carrazzosa, zusammen kaum 25,000 Mann, eilten an die Grenze. Ein einziges Gefecht, das Pepe bei Rieti am 7. März lieferte, genügte um ihre Niederlage zu entscheiden. 14 Tage später rückten die Oestreicher in Neapel ein. Das Parlament fanden sie nicht mehr vor: es war unter Protest auseinandergegangen; auch die Hauptführer hatten sich durch die Flucht gerettet; triumphirend konnten die österreichischen Blätter melden, als Farce habe geendigt, was sich so ruhmredig als Tragödie angekündigt. Aber der tragische Schluß sollte doch nicht fehlen. Hunderte von Todesurtheilen wurden gefällt, viele der angesehensten Männer in die österreichischen Festungen geschleppt, der ganze Carbonari-Bund in die Acht gethan, einzelne seiner Mitglieder auf Eseln durch die Straßen geführt und öffentlich ausgepeitscht. Auch Sicilien wurde von den Oestreichern wieder unterworfen; hier und dort befeitigte König Ferdinand, der im Mai in sein Land zurückkehrte, alle liberalen Einrichtungen; die Universitäten wurden geschlossen, die Jesuiten zurückberufen; eine tolle Polizeiwirtschaft tyrannisirte unter dem Schutz der österreichischen Waffen das ganze Land, und das Banditenwesen, durch politische Zuzügler verstärkt, nahm einen neuen ungeahnten Aufschwung.

Man hätte meinen sollen, das übrige Italien, das während des ganzen Jahres 1820 die Nachahmung der neapeler Revolution unterlassen hatte, würde nach dem Beginn des österreichischen Heereszuges noch weniger Neigung gefühlt haben, sich dem Versuche anzuschließen. In dem größten Theile des Landes traf diese Erwartung auch zu, besonders in Mittelitalien, wo sich bald die österreichischen Truppen zeigten, und in der Lombardei, wo schon seit Monaten die kräftigsten Vorsichtsmaßregeln ergriffen waren, von wo die Häupter der liberalen Partei, unter ihnen der gefeierte Dichter Silvio Pellico, zu langjähriger Haft in die österreichischen Festungen hatten wandern müssen, und wo das ausgebildete Spürwesen alle Bewegungen der Patrioten überwachte. Aber in Sardinien erweckte das Vorrücken der Oestreicher andre Gedanken. Was schien einfacher, als, während jene nach Neapel zogen, in die Lombardei einzufallen, diese aufzuwiegeln und dann in Gemeinschaft mit den Südtalienern die Oestreicher unter Frimont von beiden Seiten zu umfassen? Zum Gelingen dieses Planes war neben Vielem sonst besonders Eines erforderlich: man mußte in Sardinien selbst sehr schnell die Gewalt erringen. Dazu aber lagen die Verhältnisse günstig. Wenn man den längst schon regierungsmüden König Victor Emanuel zur Entsagung bewog, so war der Nächstberechtigte zwar dessen Bruder Carl Felix; aber der war zur Zeit außer Landes, und da er keine Kinder hatte, so mußte

Revolution in
Sardinien.

Carl Albert.

bis zu seiner Rückkehr die Regentschaft einstweilen an Carl Albert, das Haupt der Seitenlinie Savoyen-Carignan, fallen, der in liberalen Ideen erzogen war und für gut italienisch-gesinnt, ja vielfach selbst für ein Mitglied der Carbonaria galt. Jedenfalls war Eile das, was am meisten Noth that, und man konnte nicht erst auf die unbedingte Zustimmung dieses Prinzen warten. Ohne sie erlangt zu haben — der Prinz gab sie und zog sie wieder zurück — begann der Militäraufstand am 10. März in Alessandria — also drei Tage nach der Niederlage der Neapolitaner, von der man aber noch Nichts wußte. Eine provisorische Regierung, an deren Spitze der edle und tapfere Graf Santa Rosa stand, erklärte dem Volk, daß, wenn das Heer sich jetzt vorübergehend von den Gejahren des militärischen Gehorjams entferne, das unabweisbare Bedürfniß des Vaterlandes es dazu eben so verpflichte, wie 1813 das preußische Heer, als es unter York freiwillig gegen seine Unterdrücker den Krieg begann. Große Begeisterung erregte dieser Aufruf eben nicht, aber die Bewegung übertrug sich doch auch nach Turin und erzielte hier die Folgen, welche man wünschen mußte. Victor Emanuel dankte am 12. März zu Gunsten seines Bruders Carl Felix ab und ernannte Carl Albert einstweilen zum Regenten. Dieser beschwor nun zwar gleich die spanische Verfassung von 1812, allein da ihm der Aufstand kein großes Vertrauen einflößte und für ihn im Falle des Mißlingens der Verlust der Erbberichtigung in sicherer Aussicht stand, so behielt er die Genehmigung des neuen Königs vor und erbat sich von diesem Verhaltungsbefehle. Sie lauteten dahin, daß er auf der Stelle Turin verlassen und sich zu den treuen Truppen, welche General La Torre in Novara sammelte, begeben sollte. Unterwürfig und berechnend gehorchte er diesem Befehl am 20. März durch die Flucht, legte in Novara die Regentschaft nieder und stellte sich zur Verfügung des Königs. Damit war über die Revolution das Todesurtheil gesprochen, um so mehr, als in Neapel ja auch Alles zu Ende war. Vergeblich versuchte Santa Rosa, die Seele des Aufstandes, noch bewaffneten Widerstand. Am 8. April wurden die 3000 Mann unter Oberst Regis, über welche der Aufstand noch gebieten konnte, bei Novara mit leichter Mühe von den treuen Truppen unter La Torre und den Oestreichern unter Bubna geschlagen, und die Häupter der Empörung mußten froh sein, daß es ihnen gelang, sich nach Spanien, Griechenland und Frankreich zu flüchten.

Carl Felix
König.

Die sardinische
Thronfolge.

Der Laibacher Congreß konnte also mit Befriedigung auf den glücklichen Ausgang sehen, den seine Versuche zur Beruhigung Italiens gehabt hatten. Aber Metternich war damit und mit dem unbedingten Einfluß, den ihm das Verbleiben von 12,000 Oestreichern in Sardinien und 42,000 Mann in Neapel verbürgte, noch nicht zufrieden. Er wollte diesen in Sardinien, wo er durch den Tod des Königs leicht gefährdet werden konnte, dauernd machen und zu dem Zweck, die Thronfolge, die 1815 in Wien festgestellt war, so ändern, daß Carl Albert von derselben ausgeschlossen und unbekümmert um alle Legitimität der Herzog Franz von Modena zum

Nachfolger bestimmt würde. Dazu sollte ein neuer Congreß helfen, der im Herbst 1822 in Verona zusammentrat. Allein Frankreich und Rußland waren frühzeitig auf diese Pläne aufmerksam geworden und zu eifersüchtig auf Oestreichs Einfluß in Italien um sie zu begünstigen. Metternich mußte seinen Vorschlag aufgeben, zumal Carl Albert bereit war, seine verdächtige politische Rechtgläubigkeit dadurch zu bekräftigen, daß er in Spanien, wo die liberale Regierung fortbauerte, mit den Waffen in der Hand gegen sie eintrat.

Die spanischen Angelegenheiten bildeten nämlich die Hauptaufgabe des Congresses von Verona. Zwei Jahre hatte sich dort, wenn auch in wechselnden Ministerien, der Liberalismus am Ruder gehalten. An Versuchen, ihn zu stürzen, fehlte es freilich nicht; schon im Januar 1821 wurde Ferdinand selbst bei einem Anschläge ertappt, sich gewalttham aus den verhassten Banden zu befreien, und eine Vorbereitung zu neuen Versuchen in dieser Richtung war es, wenn er im März das Ministerium Arquesles entließ und ihm zwar Nachfolger von derselben politischen Farbe, aber ohne geistige Bedeutung und ohne Ansehn im Volke gab. Und doch bedurfte Spanien der Männer von Kraft und Einfluß so dringend! Denn überall in den Provinzen regten sich die Unzufriedenen. In Castilien sammelte der Pater Merino, der einst im Franzosenkriege als Vandenführer gegläntzt, die Schaaren seiner „Glaubensarmee“, die für die Kirche und den unumschränkten König kämpfen sollte; in den pyrenäischen Bergländern rotteten sich gleichgesinnte Haufen zusammen, an ihrer Spitze zum Theil berühmte Schmuggler und Räuberhauptleute; von dem benachbarten Frankreich aus nährten die flüchtigen Häupter der Reaction, wie Mataflorida und Eguia, diese Erhebungen und stützten sie durch Waffen und Geld. Und auf der andern Seite wiederum erhoben sich in Cadix, in Valencia, in Aragon die Exaltados, die Ultras, erbittert darüber, daß Riego im September seines Oberbefehls in Aragon entsezt worden war, weil er im Verdacht stand, an einer republicanischen Bewegung in Spanien und Frankreich zu arbeiten; in Madrid selbst erstürmte der Pöbel ein Gefängniß und mordete den dort eingeschlossenen Reichtvater des Königs; die Clubs nahmen überhand und beherrschten die Stadt und die Cortes, in denen doch die Moderados, die Gemäßigten, die Mehrheit hatten. Als unter solchen Verhältnissen die Neuwahlen für die Cortes von 1822 vollzogen wurden, errang die äußerste Partei einen vollständigen Sieg, der sich in der Erhebung Riego's zum Präsidenten äußerlich kund gab. Nun glaubte auch Ferdinand sich mit brauchbaren Ministern umgeben zu müssen und ersetzte Anfang 1822 das zweite Moderado-Cabinet durch ein drittes, an dessen Spitze der bedeutendste Mann der Partei, Martinez de la Rosa, trat. Heimlich aber förderte er nach Kräften die reactionären Erhebungen, die besonders im Norden an Kraft wuchsen. Mataflorida kam selbst über die Pyrenäen und stellte sich an die Spitze einer Regentschaft, die in der Bergfestung Seo d'Urgel ihren Sitz nahm. Alles das aber ging dem König noch viel zu langsam. Ungeduldig suchte er sich im Juli 1822 auf eigne Faust zu helfen,

Spanien.

und ließ seine Garde bearbeiten, die Constitution in der Hauptstadt selbst umzustoßen. Indeß auch dieser Versuch mißlang; die Garde wurde am 7. Juli in den Straßen Madrids besiegt, und der König kam aus dem Regen in die Traufe. Statt seines bisherigen gemäßigten Ministeriums mußte er ein neues aus der Partei der Exaltados bilden, an dessen Spitze San Miguel stand. Verweilungsvoll wandte er sich nun an Ludwig XVIII. und bat ihn in einem eigenhändigen Brief vom 23. Juli um Hülfe. Seit Beginn des Jahres war in Frankreich jenes Ministerium Villèle an Richelieu's Stelle getreten, welches das reactionärste seit 1815 war und von dem sich Mitgefühl mit der Lage des spanischen Königs wohl erhoffen ließ. Allein selbst Villèle trug doch Bedenken, sich auf der Halbinsel, die Napoleon nicht hatte bezwingen können, die Finger zu verbrennen; er meinte, man müsse den Vulkan von selbst ausbrennen lassen, und gab seinen Abgesandten zum Veroneser Congreß die Weisung mit, Frankreich zu Nichts zu verpflichten. Ein anderes Land als Frankreich konnte aber aus geographischen Gründen die Einmischung nicht wohl übernehmen, und so gerieth Metternich, dem nach der glücklichen Erledigung der italienischen Aufstände Spanien sehr am Herzen lag, in Verlegenheit. Allein die Persönlichkeit der französischen Diplomaten kam ihm zu Hülfe. Der eine, Montmorency, der Minister des Auswärtigen, war ganz im Gegensatz zu Villèle ein eifriger Freund der Einmischung und handelte den Weisungen, die er aus Paris mitgebracht, gradezu entgegen; der andre, Chateaubriand, der bekannte Dichter, hing sich an Kaiser Alexander, und dieser war so vollständig für die Politik der Einmischung gewonnen, daß er seinen festen Entschluß in die bündige Formel faßte: *La guerre contre l'Espagne par la France, avec la France, sans la France — contre la France*. Nur der erste dieser Fälle war für Frankreich annehmbar und so stimmten am 17. November die beiden französischen Abgesandten einem Beschlusse der drei Ostmächte zu, nach welchem Spanien zu einer Aenderung seines politischen Systems aufgefordert und im Weigerungsfalle mit dem Einrücken eines französischen Heeres bedroht werden sollte. Das Ministerium San Miguel ließ sich dadurch nicht einschüchtern. Gerade jetzt gelang es ihm, durch Mina die Regentschaft aus Seo d'Urgel zu vertreiben, ja über die Grenze zu jagen, und außerdem rechnete es auf England, das sich gegen den veroneser Beschluß erklärte und durch Canning, der seit vier Monaten am Ruder saß, bereits deutlich in das liberale Fahrwasser einlenkte. Auch mochte es hoffen, daß Villèle seinen früheren Ansichten treu bleiben und eine bewaffnete Einmischung nicht billigen werde. Alle diese Hoffnungen trogen. Allerdings wurde Montmorency von Verona abgerufen und mußte aus dem Ministerium scheiden; aber es ersetzte ihn Chateaubriand und diesem gelang es, auch Ludwig XVIII. für die Einmischung zu stimmen. Nach Ablehnung der in Verona gestellten Forderungen seitens der spanischen Regierung entschloß sich der König, seinen Neffen Angoulême mit einem Heere nach der Halbinsel zu senden, und kündete seinen Kam-

Der Congreß
von Verona.

Die Einmischung
in
Spanien.

mern in der Thronrede vom 28. Januar 1823 an, daß 100,000 Mann bereit ständen, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten. Die Opposition dagegen war machtlos; sie wurde von der Mehrheit niedergeschrien, und einer ihrer Führer, Manuel, der unerschrocken aussprach, die französische Einmischung in Spanien stehe auf einer Linie mit dem Einmarsch der Preußen in Frankreich im Jahre 1792 und werde dieselben Folgen — die Hinrichtung des Königs — herbeiführen, erregte als Verteidiger des Königsmordes solche Entrüstung, daß er aus der Kammer ausgestoßen und, weil er sich nicht willig fügte, von Gensdarmen weggeschleppt wurde. Angouleme überschritt nun die Pyrenäen und drang mit fünf Armeecorps in Spanien vor. Der Widerstand, auf den er stieß, war unbedeutend; die Hauptstadt zu verteidigen machten die Liberalen nicht einmal den Versuch; sie verlegten den Sitz der Regierung und der Cortes nach Sevilla und schleppten auch den König mit dorthin, der vergebens durch ein Zeugniß seiner Aerzte zu beweisen suchte, daß sein Gesundheitszustand diese Reise nicht gestatte. Auch in Sevilla war der Aufenthalt nicht von langer Dauer; als der Einzug der Franzosen in Madrid am 23. Mai und die Einsetzung einer Regentschaft für den „gefangenen“ König bekannt wurde, zogen sich die Cortes nach Cadix zurück und auch dorthin mußte Ferdinand ihnen folgen. Ein schlimmes Loos schien ihm bevorzustehn; schon hatten die Cortes, um in keiner Weise von ihm behindert zu sein, ihn für geisteskrank erklärt und auch ihrerseits eine Regentschaft gewählt. Vor dem Schicksal Ludwigs XVI. bewahrte ihn eigentlich nur die Furcht der Liberalen, die über den Ausgang ihrer Sache um so weniger in Zweifel sein konnten, als ihre hervorragendsten Generale, Abisbal, Morillo, Ballesteros, sie verriethen und ihren Frieden mit den Franzosen machten. Als daher im August die Belagerung von Cadix begann und die Einnahme des Trocadero, eines festen Inselorts, die letzte Entscheidung in nächste Nähe rückte, dachten sie den Monarchen wenigstens als Pfand zu benutzen, um persönlich leidliche Bedingungen bei ihrer Unterwerfung zu erreichen. Als Cadix Ende September nicht mehr gehalten werden konnte, ließen sie sich von ihm Begnadigung versprechen und schickten ihn ins französische Lager. Einige Millionen, die Chateaubriand daran gewandt hatte, um die einflußreichsten Führer zu bestechen, beschleunigten diesen Entschluß. Die Stadt wurde übergeben; die Klügeren unter den Liberalen flüchteten sich eiligst nach Gibraltar. Sie sollten sich bald zu dieser Vorsicht Glück wünschen; denn gleich am 1. October erklärte Ferdinand Alles, was seit dem 7. März 1820 geschehen, für ungültig und begann die Verfolgungen gegen seine Feinde. Riego, der schon Anfangs September in der Sierra Morena gefangen worden war, wurde unter großen Mißhandlungen nach Madrid geschleppt, dort von einem Esel in einem Korbe nach dem Richtplatz geschleift und an einem hohen Galgen unter dem Jubelgeschrei des Pöbels gehängt. Acht Tage später hielt der König seinen Einzug in Madrid; ein 20 Fuß hoher Triumphwagen, den hundert Menschen zogen, trug ihn und seine Gemahlin, während Tänzer und

Einmarsch der
Franzosen.

Ende der Re-
volution.

Tänzerinnen in großer Zahl ihn umschwärzten. Das spanische Volk jauchzte dem Tyrannen zu, der in Calomarde und Espanna Männer fand, welche bereitwillig der blindesten Reaction ihren Arm liehen, und der beinaß Freude darüber zu empfinden schien, daß eine neue Revolution ihm neue Opfer seiner Grausamkeit geliefert hatte.

Portugal.

Ihr Nachspiel fanden diese Vorgänge in Spanien, wie üblich, in Portugal. Das Vorrücken der Franzosen gab auch hier der absolutistischen Partei das Zeichen zur Erhebung. Des Königs zweiter Sohn, Dom Miguel, stellte sich an die Spitze der Truppen und forderte von Villafranca aus den Umsturz der Verfassung. Nach einigem Schwanken begab sich der König zu ihm und löste die Cortes am 2. Juni auf. Nun begann auch in Portugal das alte Regiment von Neuem; doch war hier der englische Einfluß zu mächtig, um ein blindreactionäres Wüthen zu gestatten. Das neue Ministerium begnügte sich die Häupter der Gegenrevolution zu belohnen, ohne die Häupter der Liberalen zu verfolgen. Damit waren die Führer der Truppen, und besonders Dom Miguel, durchaus nicht zufrieden. Im Einverständniß mit seiner Mutter Carlota versuchte der Prinz im Mai 1824 einen Staatsstreich, der aber völlig mißlang. Die Minister flüchteten sich auf ein englisches Kriegsschiff, das im Hafen von Lissabon lag, und dem Könige, der sich bald von seinem Sohne wie ein Gefangener behandelt sah, gelang es gleichfalls, dorthin zu entkommen. Ein kräftiger Ausruf setzte dem Volk die Sachlage auseinander und bewirkte einen allgemeinen Abfall von Dom Miguel, der sodann vom Könige aus dem Lande verbannt wurde und sich zu Metternich nach Wien begab. Canning's Einfluß war von da ab stark genug, um ein verständiges und gemäßigtes Regiment zu verbürgen, bis der Tod des Königs, am 10. März 1826, neue und ernstere Verwickelungen heraufbeschwor, und zugleich die gänzliche Trennung Brasiliens von dem Mutterlande vollendete. Es wird deshalb hier die Stelle sein, der Verhältnisse jenseits des Oceans näher zu gedenken.

Auflehnung
DomMiguels.

Seine Ver-
bannung.

Die amerikanischen Freiheitskämpfe.

Brasilien.

Brasilien hatte durch die Uebersiedelung des königlichen Hauses seit dem Jahre 1808 eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren; aus der abhängigen Colonie, die in jedem Kleinsten vom Mutterlande Befehl und Weisung erhielt, war ein selbständiges Königreich geworden; die Häfen, bis dahin nur portugiesischen Schiffen geöffnet, standen jetzt allen Völkern offen und den Engländern überdies unter ganz ausnehmend günstigen Bedingungen. Schon hatten sich zahlreiche Kaufleute in den wichtigsten Städten, in Rio, Bahia, Pernambuco, Para, niedergelassen und dem gesellschaftlichen und öffentlichen Leben einen europäischen Anstrich gegeben. Der Gedanke, in die früheren Colonialzustände zurückgeworfen zu werden, war daher den Brasilianern eben so schreckhaft wie verabscheuenswerth und sie wünschten Nichts dringender, als daß die königliche Familie gar nicht wieder nach Europa zurückkehren möchte. Allerdings gab es im Lande,

besonders im Norden, auch eine republicanische Partei, die, angefeuert von dem Beispiele der spanischen Colonien, die Umwandlung Brasiliens in einen Bund von Freistaaten als Ideal vor Augen hatte und in der Rückkehr Johanns VI. nach Europa eine Förderung ihrer Pläne erblickt haben würde; aber diese Partei war in der Minderheit und ihre Aufstandsversuche im Jahre 1817 wurden schnell unterdrückt. So eifrig nun die Brasilianer den König in Rio festzuhalten wünschten, eben so dringend verlangten die Portugiesen seine Heimkehr und fanden dabei eine Stütze an des Königs ältestem Sohne Dom Pedro, der als Regent an des Vaters Statt zurückgelassen zu werden hoffte. Die Revolution von 1820 kam ihm dabei zu Hülfe; wollte Johann VI. Portugal nicht verlieren, so mußte er eilen, sich nach Lissabon einzuschiffen; nur ungern freilich trennte er sich von den behaglicheren Verhältnissen, in denen er zu Rio lebte; aber von Pedro gedrängt entschloß er sich doch dazu und reiste im April 1821 ab. Was die Brasilianer gefürchtet, trat nun schnell ein. Die Cortes in Lissabon faßten Beschlüsse über Beschlüsse, welche das Königreich wieder zu einer Colonie herabdrücken sollten. Die Mißstimmung, welche darüber entstand, machte sich der ehrgeizige Dom Pedro geschildt zu Nutzen. Schon im Mai 1822 nahm er den Titel eines „constitutionellen Verteidigers Brasiliens“ an und berief eine verfassunggebende Versammlung, welche die Unabhängigkeit des Landes aussprach und ihn am 12. October als Kaiser ausrief. Der Widerstand, den Portugal dieser Losreißung entgegensetzen konnte, war nur gering. Eine brasilianische Flotte unter dem Befehl des Engländers Cochrane, der schon mehrere Jahre lang für die Unabhängigkeit des spanischen Südamerika gefochten hatte und im März 1823 in Pedro's Dienste trat, verjagte die portugiesischen Schiffe aus den Häfen und die Besatzungen aus den Städten des Nordens, so daß nach wenigen Monaten das ganze Land frei war. Auch die innere Ordnung des Landes wurde unter nicht sehr erheblichen Schwierigkeiten begründet. Zwar überwarf sich der Kaiser mit der verfassunggebenden Versammlung und jagte sie im November 1823 gewaltsam auseinander; aber die Constitution, die er dann einseitig entwerfen ließ und im Januar 1824 in Kraft setzte, fand doch meistentheils Zustimmung, und wo die Republicaner sich gegen sie auflehnten, wie in Pernambuco, stellte Cochrane's Flotte bald die Ruhe wieder her. Keine Macht sah diese Befestigung des neuen Staates mit größerem Wohlgefallen als England, und Canning war deshalb in eifriger Thätigkeit, um die Anerkennung Brasiliens durch Portugal zu erwirken. Sir Charles Stuart reiste in seinem Auftrag nach Lissabon und Rio und brachte am 29. August 1825 einen Vertrag zu Stande, kraft dessen Brasilien eine Schuld von 2 Millionen Pfund von Portugal übernahm und dafür in seiner Selbständigkeit anerkannt wurde. Nur über die Thronfolge war eine Verständigung noch nicht erreicht, als Johann VI. starb und kraft des Rechtes der Erstgeburt Pedro die portugiesische Krone erbte, die neben der brasilianischen zu tragen ihm die Verfassung des Kaiserstaates doch verwehrte. Er schwankte

Dom Pedro I.

nicht lange, welche Wahl er zu treffen habe. Indem er zu Gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria auf Portugal verzichtete und diese Tochter mit seinem Bruder Dom Miguel verlobte, zerschnitt er endgültig das Band, das Brasilien noch mit dem Mutterlande verknüpfte. Trotzdem war ihm selbst noch eine bedeutende Rolle in der Geschichte Portugals beschieden; aber Brasilien wurde durch diese seine persönliche Politik nicht in die europäischen Wirren verflochten, sondern behauptete fortan eine durchaus selbständige Stellung.

Die spanischen
Colonien.

Reicher an Wechselfällen und ärmer an segensreichen Folgen waren die Kämpfe, in welchen sich die amerikanischen Colonien Spaniens vom Mutterlande losrissen. Die Neigung dazu war hier zuerst durch den amerikanischen Freiheitskrieg geweckt worden, trotz, ja zum Theil Dank den Reformen, welche Karl III. um diese Zeit in Spanien einführte und die auch ihnen zu Gute kamen. Der Handel nach Amerika, der bis dahin das ausschließliche Recht weniger Bevorzugter gewesen war, wurde von diesen Schranken befreit und nahm einen so gewaltigen Aufschwung, daß sein Werth von 1778 ab binnen zehn Jahren von 150 auf 1100 Millionen Realen stieg. Dazu kam noch ein lebhafter Schmuggelverkehr mit den englischen Antillen, der für beide Theile den größten Gewinnst abwarf. Aber eben dieses Anwachsen des Wohlstandes und dieses Hinwegräumen oder Ueberschreiten der lästigen Hemmnisse erweiterte auch den Blick und schärfte ihn für das Vernunftwidrige der bestehenden Verhältnisse. Dazu kamen die großen kriegerischen Ereignisse in Europa, der Anschluß Spaniens an die französische Politik, seine Verfeindung mit England. Zunächst waren es freilich nur einzelne Männer, die daraus den Muth schöpften, Schritte zur Losreißung ihrer Heimatländer zu wagen, unter ihnen besonders ein Venezolaner, Miranda, der seit den neunziger Jahren mit Pitt in lebhaftem Verkehr stand und 1806 auf eigne Hand eine Landung in Venezuela versuchte, die aber auf das kläglichste mißlang. Den englischen Staatsmännern behagte der Gedanke wohl, gegenüber den Königreichen von Napoleons Gnaden, die in Europa entstanden, auf den Trümmern der spanischen Macht in Amerika Königreiche unter Englands Schutz zu gründen; aber die Kräfte des Inselreiches waren schon ohne dies so gewaltig angespannt, daß es unmöglich schien, sich auf neue Wagnisse einzulassen. Wenn dies doch, z. B. in Buenos Ayres, 1806 geschah, so waren das eigenmächtige Schritte verwegener Flottenführer, die der nachhaltigen Kraft entbehrten und daheim keine Billigung fanden. Mit der Umwandlung Spaniens in ein französisches Königreich wuchs indeß das Unabhängigkeitsgefühl in den Colonien plötzlich in unerwartetem Maße; keine derselben erkannte den König Joseph an; der rechtmäßige Herrscher war in französischer Gewalt; die Centraljunta in Spanien, welche den Kampf gegen die napoleonische Unterdrückung leitete, war außer Stande, sich eingehend um die Dinge in Amerika zu kümmern; sie nahm dankbar die reichen Geldsendungen in Empfang, welche ihr von dort zufließen, sie sandte auch Statthalter hinüber und räumte später

den Colonien Sitz in ihrer Mitte und in den Cortes ein; aber sie vermochte doch nicht zu hindern, daß jenseits des Oceans das Gefühl der Selbständigkeit erstarkte und in allen sechs Reichen (Mexico, Peru, Neu-Granada, Venezuela, Buenos Ayres und Chile) Parteien entstanden, welche die unabhängige Verwaltung der Colonien, übrigens unbeschadet der königlichen Rechte Ferdinands VII., auf ihre Fahne schrieben. Die Bedrängniß, welche das Jahr 1810 über die Central-junta brachte, die Ohnmacht, welche sie durch den Rückzug nach Cadix befundete, war überall das Zeichen zum Losbruch der Bewegung. Schon im April bildeten sich in Caracas (Venezuela), im Mai in Buenos Ayres, und weiterhin in den übrigen Hauptstädten Regierungsausschüsse, die im Namen Ferdinands VII. die Verwaltung führten und die bisherigen Statthalter verdrängten; nur in Peru behauptete sich das alte Regiment ohne Kampf. Allein auch in den übrigen Provinzen zählte das frühere Verhältniß zum Mutterlande noch viele Anhänger und auf diese gestützt suchten die Statthalter das Verlorene wiederzugewinnen. Am schnellsten gelang dies von Peru aus in Ober-Peru (dem jetzigen Bolivia) und in Quito; beide Provinzen waren schon 1812 wieder unterworfen und von dort aus ward Buenos Ayres, von hier aus Neu-Granada bedroht, während gegen Chile ein Angriff zur See von Peru aus vorbereitet ward. Venezuela dankte seiner Lage eine größere Sicherheit gegen auswärtigen Angriff; deshalb nahmen hier die Verhältnisse auch zuerst eine festere Gestalt an und der Congreß von Abgeordneten, der im März 1811 zusammentrat, war der erste, der unter Miranda's Einfluß am 5. Juli eine Unabhängigkeitserklärung erließ und im December dem Lande eine Verfassung gab. Ein furchtbares Naturereigniß war es, das dieses schnell errichtete Gebäude eben so schnell wieder umstieß. Am 26. März 1812 ward der Norden Venezuela's von einem der entsetzlichsten Erdbeben heimgesucht, deren die Geschichte gedenkt. Eine Menge von Städten wurden zerstört, unter ihnen Caracas, dessen Trümmer an die 10,000 Menschen begruben. Nun wurde es der Geißlichkeit, die allen diesen Umwälzungen feind war, leicht, das Volk durch den Hinweis auf diesen sichtbaren Finger Gottes zu einem völligen Wechsel der Gesinnung zu befehlen; aus den beiden Grenzprovinzen, Maracaibo im Westen und Guayana im Osten, die sich der Erhebung überhaupt nicht angeschlossen hatten, brachen die spanisch Gesinnten in das Land ein und zwangen die Republicaner zur Unterwerfung; Miranda capitulirte und ward, obgleich ihm die Auswanderung zugestanden war, ins Gefängniß geworfen, in dem er 1816 starb. Manche der Aufständischen warfen sich in die Gebirge und in die Planos, Andre verließen das Land, um sich anderswo den Erhebungen anzuschließen. Unter diesen befand sich Simon Bolivar, der in Cartagena (Neu-Granada) ein Feld seiner Thätigkeit suchte. Glänzende Erfolge, die er hier davontrug, verschafften ihm schnell ein großes Ansehen; es sammelten sich um ihn die flüchtigen Venezolaner, der Staat Cartagena ließ ihm seine Unterstützung, und so gerüstet wagte er den Versuch, sein Heimatland für die Sache der

Beginn der
Bewegung
1810.

Venezuela.

Bolivars Be-
freierzug 1813.

Freiheit wieder zu erobern. Das Unternehmen gelang über alles Erwarten; wo ihm die Spanier entgegentraten, wurden sie geschlagen, und am 7. August 1813 hielt der „Befreier“ (Libertador war der Titel, mit dem man ihn schmückte) auf einem Triumphwagen, den zwölf Jungfrauen zogen, seinen Einzug in Caracas. Als Dictator schaltete er nun allmächtig in dem befreiten Staate. Allein es dauerte nicht lange, so erfolgte ein neuer Umschwung. Auch die Spanier erfreuten sich eines ausgezeichneten Führers, des Boves. Dieser hatte sich mit spärlichen Truppenresten in die Planos geworfen und sammelte hier die wilden Bewohner dieser Graswüsten um sich. Der zähen Ausdauer, mit welcher er den Kampf fortsetzte, kam der große politische Umschwung des Jahres 1814, die Rückkehr Ferdinands VII. auf den spanischen Thron, zu Hülfe. Wie in allen andern Colonien entmuthigte dieses Ereigniß auch in Venezuela einen großen Theil der Unabhängigkeitspartei, viele zogen sich vom Kampfe zurück und die Heere Bolivars schmolzen zusammen. Boves benutzte die Gunst der Lage und konnte im August 1814 siegreich in Caracas einziehen; in dem oberen Flußgebiete des Orinoco hielten sich zwar die Aufständischen und Boves fand wenige Monate später im Kampfe gegen sie den Tod; aber Bolivar flüchtete schon jetzt zum zweiten Male und wandte sich wieder nach Cartagena. Hier ward er mit offenen Armen empfangen und griff kräftig in die inneren Wirren Neu-Granada's ein. In dieser Colonie hatte der Ruf der Freiheit nämlich sofort zu einem Bürgerkriege geführt. Die Bundesverfassung, die ein Congreß der einzelnen Provinzen im Jahre 1811 gegeben, wurde von der größten derselben, Cundinamarca, in welcher die Hauptstadt Bogotá liegt, verworfen; in dem Kriege, der darüber entstand, hatte Narino, der Präsident von Cundinamarca, Anfang 1813 den Sieg behalten; grade jetzt aber, im Mai 1814, fand er seinen Tod in Kämpfen an der Südgrenze gegen die von Quito heranziehenden Spanier. Diese Lage benutzte der Bund, in dem Cartagena die erste Rolle spielte, zur Demüthigung von Cundinamarca, und Bolivar erhielt den Auftrag gegen Bogotá zu ziehen. Er entledigte sich desselben so erfolgreich, daß Cundinamarca schon im December seinen Eintritt in den Bund erklärte und im folgenden Januar der Congreß seinen Sitz nach Bogotá verlegte. Im Auftrag desselben wollte Bolivar sofort einen neuen Eroberungszug nach Venezuela antreten; aber jetzt erwies sich der Staat Cartagena ihm feindlich und verweigerte ihm die Unterstützung, auf die er hingewiesen war. Bereits schickte er sich an die gegnerische Partei in der Stadt mit Waffengewalt zu zwingen, als die Ankunft eines spanischen Heeres von 10,000 Mann, das Ende 1814 unter dem General Morillo in Venezuela gelandet war, drohend zur Eintracht mahnte. Gehemmt in seinen Entwürfen legte Bolivar sein Amt nieder und begab sich nach Jamaica; Morillo aber belagerte Cartagena und zwang es nach sechsmonatlicher Einschließung, nachdem 6000 Einwohner Hungers gestorben und etwa 2000 sich seewärts gerettet hatten, im December 1815 zur Ergebung. Auch die übrigen

Seine Ver-
treibung.

Neu-Granada.

Morillo's

Staaten des Bundes von Neu-Granada mußten sich unterwerfen und im Mai 1816 stand Morillo in Bogotá.

Die Sache der Freiheit Amerika's schien um diese Zeit verloren. Auch in Mexico, das seine ganz gesonderte Entwicklung genommen, und in Chile war das spanische Ansehn wieder hergestellt. Die mexicanische Erhebung hatte im September 1810 ein Landpfarrer Hidalgo in der Gegend von Queretaro begonnen. Anfangs so glücklich, daß er mit einem Schwarm von angeblich 100,000 Menschen bis dicht vor die Hauptstadt rücken konnte, verscherzte er durch die Gräueltaten seiner indianischen Banden schnell den Beifall der Gebildeten und Besitzenden und ward von dem früher erwähnten General Calleja in einer Reihe von Gefechten geschlagen, zurückgedrängt, endlich gefangen und im Juli 1811 hingerichtet. Trotzdem hielten sich die Aufständischen besonders im Süden des Landes unter der Führung eines andern Pfarrers, Morelos, beriefen sogar einen Congreß und sprachen am 6. November 1813 die Unabhängigkeit Mexico's aus. Aber durch Verstärkungen aus Europa und den moralischen Eindruck der Rückkehr Ferdinands wurden auch hier die Königlichen in Vortheil gesetzt; nach vielfachen Niederlagen, die ihm besonders der General Iturbide beibrachte, erlitt Morelos im November 1815 das Schicksal Hidalgo's, gefangen und erschossen zu werden. Ausgedehnte Begnadigungen und ein versöhnliches Regiment stellten allmählig die Ruhe auch da wieder her, wo sie noch gestört war, und Mexico galt wieder für einen gesicherten Besitz.

Mexico.

In Chile war die Erhebung mit vieler Ordnung und Mäßigung vollzogen worden; doch stellte sich bald Zwietracht zwischen den beiden bedeutendsten Häuptern, Rosas und Carrera, ein. Der Letztere siegte, mußte aber später seinen Platz an O'Higgins abtreten und außer Landes gehen. Mittlerweile war in dem südlichen Theile des Landes auf der Insel Chiloe die peruanische Expedition gelandet und drang mit schwankendem Glück nach und nach gegen die Hauptstadt Santiago vor. Ende 1814 fiel auch diese und das ganze Land war wieder unterworfen.

Chile.

Nur in den La Plata-Staaten, wo er zuerst ausgebrochen, behauptete sich der Widerstand gegen Spanien, wenngleich unter traurigen inneren Wirren. Die Versuche, von Ober-Peru aus ihn niederzuwerfen, scheiterten, so oft und so hartnäckig sie auch erneuert wurden. Nicht erfolgreicher waren die Anstrengungen des Generals Elío, der von Montevideo aus vier Jahre lang Buenos Ayres bedrohte, bis es im Juni 1814 dem General Albear und der Flotte unter dem Engländer Brown gelang Montevideo und damit die Provinz Uruguay für die Sache der Freiheit zu erobern. Auch Paraguay, das im Jahre 1810 der Erhebung sich widersetzt hatte, verjagte 1811 die Spanier; von allen gemeinsamen Bestrebungen hielt es sich aber auch fernerhin fern und führte unter dem Scepter des Doctor Francia, der sich erst zum Consul, dann zum Dictator ernennen ließ, ein streng abgeschlossenes Sonderleben, so daß seine Kräfte dem Unabhängigkeitskampfe nicht zu gute kamen. Für das Wohl des Landes war dadurch,

La Plata-Staaten.

einstweilen wenigstens, besser gesorgt als durch den Anschluß an die La Plata = Staaten. Gleich beim ersten Beginn der Erhebung zeigte sich in diesen, ähnlich wie in Neu = Granada, ein erbitterter Gegensatz zwischen den Anhängern der straffen Einheit und denen des Bundesstaates. Den letzteren begünstigte der Mann, welcher die Seele der Losreißung war, Saavedra; aber schon 1811 ward er gestürzt und verbannt. Die nächsten Jahre behauptete dann Buenos Ayres ein solches Uebergewicht über die Provinzen, daß diese einfach die Befehle der Hauptstadt auszuführen hatten. Aber mit der Eroberung von Montevideo ward das anders; hier schwang sich Artigas, ein wilder und rücksichtsloser Soldat, zum Präsidenten auf und ihm schlossen sich die meisten der vierzehn Provinzen an, so daß der Congreß von Tucuman, den Buenos Ayres 1816 zur Verathung einer Bundesverfassung berief, von vielen Staaten gar nicht, von andern nur zum Schein beschickt wurde. Die Muthlosigkeit war deshalb groß und wurde noch größer, als um dieselbe Zeit Brasilien den Krieg an Uruguay erklärte und 1817 Montevideo eroberte. Ueberall sonst war das Banner der Freiheit gesunken; auch am La Plata fühlte man den Untergang nahen und knüpfte bereits Verhandlungen über die Einführung einer monarchischen Verfassung in Spanien und Brasilien an. Da trat an zwei Orten fast gleichzeitig ein Umschwung ein, der die geschwundenen Hoffnungen wieder entfachte und der Anfang zum völligen Siege der Unabhängigkeit wurde.

Befreiung
Venezuela's.
durch Bolivar
1817.

Diese beiden Orte waren Chile und Venezuela. In Chile stürzte San Martin, ein General der La Plata = Staaten, der im Januar 1817 von Mendoza aus auf eigene Verantwortung die Anden überschritt, die spanische Herrschaft; in Venezuela war es Bolivar, der zum dritten Male der Freiheit zum Siege verhalf. Von Jamaica aus hatte er sich nach Haiti begeben und hier die Freundschaft des reichen Holländers Brion gewonnen. Mit einem kleinen Geschwader, dessen Kosten dieser trug, fuhr er nach der Insel Margarita, ließ sich hier von der Bevölkerung und seinen Gefährten zum Oberbefehlshaber von Venezuela ernennen und machte im Laufe des Jahres 1816 mehrere Versuche an der Küste zu landen. Sie scheiterten indes alle und das ganze Unternehmen wäre mißglückt, wenn nicht ein anderer Abenteurer, Piar, sich durch glückliche Kämpfe in spanisch Guiana, am Unterlaufe des Orinoco, festgesetzt hätte. Hierhin begab sich Bolivar 1817 und errang im Juli mit Hülfe der Flotte, die den Orinoco hinauf fuhr, den großen Erfolg, die Stadt Angostura einzunehmen. Morillo leistete ihm dabei weniger Widerstand, als die Wichtigkeit des Platzes erwarten ließ, weil ihn im Osten des Landes ein drittes Häuflein Aufständischer unter der Führung des großsinnigen Paez festhielt und empfindlich schwächte. Mit Paez Fühlung zu gewinnen und den ganzen Lauf des Orinoco in seine Gewalt zu bringen, war nun die nächste Aufgabe Bolivars. Er löste sie im Februar 1818, verdarb dann aber alles Gewonnene fast gänzlich wieder durch einen leichtsinnigen Zug gegen Caracas. Glücklicher Weise hatte Paez ihn nicht begleitet und bot dem Geschlagenen so

einem festen Rückhalt; ihn zu stürzen und an seiner Stelle den Oberbefehl, den die Truppen in seine Hand gelegt, zu behalten verschmähte er uneigennützig, blieb vielmehr auch fortan Bolivars feste Stütze. Dieser berief im Februar 1819 einen Congreß nach Angostura und ward von diesem mit der höchsten bürgerlichen und militärischen Gewalt bekleidet; die Macht, die so ihm anvertraut war, benutzte er zu einem ebenso verwegenen wie glücklichen Unternehmen. Während Paez in Venezuela zurückblieb, trat er selbst während der Regenzeit des Sommers 1819 den Marsch über die Anden nach Neu-Granada an und vollendete ihn trotz der furchtbarsten Mühsale so schnell, daß er am 10. August, 75 Tage nach seinem Aufbruch, in Bogotá einziehen konnte, nachdem er den Feind am Flusse Boyaca völlig geschlagen und zur Ergebung gezwungen hatte. Der kühnen militärischen That ließ er eine nicht minder kühne politische folgen; er erklärte die Vereinigung von Neu-Granada und Venezuela zu einer einzigen Republik Columbia; noch im December 1819 gab der Congreß von Angostura seine Zustimmung dazu und die Verschmelzung wurde vollzogen. Noch stand freilich ein starkes feindliches Heer auf dem Boden der Republik, das an Morillo und dem General La Torre tüchtige Führer hatte; aber die Kraft derselben wurde gebrochen, als die Nachricht von Riego's Aufstand und der spanischen Revolution aus Europa herüberkam. Morillo schloß einen Waffenstillstand und kehrte in die Heimat zurück; Provinzen, die bisher der Unabhängigkeit feindlich gewesen waren, wie Maracaibo, traten zu der Freiheitspartei über; La Torre endlich wurde nach dem Wiederbeginn des Krieges in der entscheidenden Schlacht von Carabobo am 24. Juni 1821 besiegt und Bolivar konnte siegreich in die Hauptstadt Caracas einziehen. Wenig später fiel auch das hartnäckig vertheidigte Cartagena und bis auf Coro und Puerto Cabello waren Ende 1821 alle wichtigen Punkte im Besitze der Republik.

Befreiung
Neu-Granada's
da's 1819.

Republik Col-
umbia.

Nun konnte Bolivar es wagen die Rolle des Befreiers auch in Quito und Peru zu spielen. Seine Entfernung gefährdete zwar noch einmal den Bestand seiner columbischen Schöpfung; es gelang La Torre 1822 Maracaibo wieder zu erobern und eine bedrohliche Stellung anzunehmen; aber von Dauer waren seine Erfolge nicht; besonders der jungen Flotte der Republik, die der tapfere Padilla führte, war es zu danken, daß 1823 das Verlorene wieder gewonnen und auch Puerto Cabello genommen ward. Mittlerweile war Bolivar vollauf im Süden beschäftigt. Die ersten Vorbeeren freilich erntete nicht er, sondern sein Kriegsminister Sucre, der von der Hafenstadt Guayaquil, die schon im October 1820 sich für die Unabhängigkeit erklärt hatte, ins Innere der Provinz Quito zog und Anfang 1822 den entscheidenden Sieg bei Pichincha errang. Gleich darauf traf Bolivar vom Norden her ein; seiner Ankunft in Quito folgte sogleich die Vereinigung der Provinz mit der columbischen Republik auf Grund der Verfassung, welche ein Congreß in Cucuta unterdessen (1821) für diese erlassen hatte; alle drei Staaten erkannten Bolivar als ihren gemeinsamen Präsidenten für die ersten vier Jahre an. Be-

Befreiung
Guayaquil's
1822.

San Martin
in Chile 1817.

wehrt mit den Streitkräften, welche dieses Amt ihm zur Verfügung stellte, griff nun der Befreier in die Wirren Peru's ein. Hier traf sein Lauf mit dem der Freiheitsbewegung, die von Süden ausgegangen war, zusammen. San Martins Zug von Mendoza über die Anden hatte im Frühjahr 1817 die spanische Herrschaft in Chile wieder gestürzt. Wohl ward das im Sturm Errungene fast eben so schnell wieder verloren, als der Vicekönig von Peru, Pezuela, eine Truppe unter dem tapfern Osorio landen ließ; aber der Ausgang des harten Ringens war endlich, im April 1818, doch der Sieg der chilenischen Freiheit. Die politische Führung des Landes übernahm von Neuem O'Higgins, eine kleine, aber tüchtige Flotte schuf der Engländer Cochrane, derselbe, der später in Brasilien und Griechenland kämpfte; San Martin selbst bemühte sich um die Ordnung des Heeres, mit dem er, im Bündniß mit Buenos Ayres, Peru anzugreifen gedachte. Die Ausführung dieses Planes hatte mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen. Die von La Plata versprochene Hülfe blieb aus, weil der Director von Buenos Ayres, der sie zugesagt, Mitte 1819 gestürzt wurde; Angriffe auf Callao, den Hafen von Lima, die Cochrane mit seiner Flotte um dieselbe Zeit unternahm, blieben erfolglos; erst ein Jahr später, im September 1820, war San Martin selbst so weit, mit einem chilenischen Heere in Pisco, südlich von Lima, landen zu können. Und obgleich ihm nun die Nachrichten aus dem Mutterlande dieselben Dienste leisteten, wie dem Bolivar in Columbien, so ging er doch nur äußerst zaghaft vor und wagte lange Zeit keinen Angriff auf die Hauptstadt. Die Vertheidigung des Landes leitete an Stelle des gestürzten Pezuela Laserna; unter ihm befehligten kühne und fähige Generale wie Baldes, Canterac, Rodil. Auch als sie Lima und Callao im Juli und September 1821 preisgeben mußten, fügten sie durch verwegene Streifzüge aus den Gebirgen heraus den Feinden schweren Schaden zu und San Martin, der unter dem Titel eines Protectors im Lande schaltete, litt durch ihre Erfolge nicht minder als durch die eigene Thatlosigkeit schwere Einbuße an seinem Ruhme. Nicht mit Unrecht stand er in dem Verdachte ehrgeiziger Pläne; man sagte, er strebe nach der Kaiserkrone und suche sich deshalb Aller, die ihm dabei entgentreten würden, besonders auch Cochrane's, zu entledigen. So richteten sich denn Vieler Augen auf Bolivar und hofften, daß er von Quito aus die Spanier vertreiben, San Martin beseitigen und die Ordnung im Lande herstellen werde. Andererseits schmeichelte sich auch der Protector eine Zeit lang mit der Hoffnung in Bolivar einen Bundesgenossen zu finden; als er aber durch einen Besuch, den er ihm im Juli 1822 in Guayaquil abstattete, die Gewißheit erlangte, daß der Befreier ihm entgegen sei, entschloß er sich das Spiel aufzugeben und nach Chile zurückzukehren. Dadurch kam das unglückliche Peru zunächst in eine noch viel schlimmere Lage; der Congreß, der zusammenberufen ward, erwies sich den herrschsüchtigen Generalen gegenüber als ohnmächtig und zersplitterte sich selbst in Parteien; die Spanier errangen Sieg auf Sieg und Canterac bemächtigte sich im Juni 1823 sogar Lima's wieder. Selbst

Bolivar nach
Peru.

Sucre, den Bolivar inzwischen vorausjandte, war keineswegs glücklich, sondern erlitt in Oberperu gegen Valdes bedeutende Schlappen. Jubelnd begrüßten die Patrioten deshalb Bolivar, als er am 1. September längst erwartet in Lima eintraf, und übertrugen ihm sofort die höchste Gewalt, die sie Anfang 1824 in eine Dictatur verwandelten. Aber auch er konnte Lima und Callao nicht vor einem neuen Angriff Rodils retten, und erst als 10,000 Columbianer seine Truppenmacht verstärkten, wendete sich das Glück wieder auf seine Seite. Nach schweren Kämpfen führte Sucre den entscheidenden Streich; bei Ayacucho besiegte er am 9. December 1824 Laserna und zwang ihn zu capituliren. Von da ab war das Ende nicht mehr zweifelhaft; Callao hielt sich zwar noch ein volles Jahr, aber während dessen drang Sucre tief in Ober-Peru vor, zog in Potosi ein und befreite alles Land bis zur Grenze der La Plata-Staaten. Da diese nun ihre Unabhängigkeit überhaupt nicht wieder verloren hatten, da inzwischen auch Mexico wieder frei geworden war und da Spanien den Besitz von Florida schon 1819 widerwillig den nordamerikanischen Freistaaten abgetreten hatte, so war um den Anfang des Jahres 1826 das ganze Festland Amerika's der spanischen Herrschaft ledig.

Befreiung von
Ober-Peru,
1826.

In Mexico vollzog sich die Losreißung im Jahre 1821 unerwartet schnell. Derselbe Iturbide, der an dem Niederwerfen der ersten Erhebung so großen Antheil gehabt, gab jetzt das Zeichen zum Aufstand. In einem Aufruf, den er am 24. Februar in Igual veröffentlichte, erklärte er sich für ein selbständiges Kaiserthum unter einem spanischen Prinzen, das mit dem Mutterlande durch eine Union verbunden und in dem der Katholicismus die herrschende Religion bleiben solle. Mit einem Schlage trat fast das ganze Land bis auf die Städte Mexico und Veracruz diesem Programme bei und schon im August erkannte auch der Vicekönig O'Donnoju es durch den Vertrag von Cordoba an. Der glänzende Erfolg machte dem General Iturbide Muth die eigene Hand nach der Krone auszustrecken. Von seinen Soldaten am 18. Mai 1822 als Augustin I. zum Kaiser ausgerufen, zwang er den Congreß zur Bestätigung dieser Würde, verdaß es aber bald durch seinen Uebermuth und seine Verschwendung mit allen Parteien. Die gewaltsame Auflösung des Congresses, zu der er am 31. October schritt, bot dem General Santana in Veracruz den Vorwand zum Abfall; statt den Empörer zu bekämpfen, schlossen sich die gegen ihn geschickten Truppen ihm an; ebenso schnell wie Iturbide gestiegen, ward er auch gestürzt. Schon im März 1823 legte er vor dem wieder einberufenen Congreß seine Krone nieder und wurde sofort von diesem in die Verbannung nach Italien geschickt. Ein thörichter Versuch der Rückkehr kostete ihm ein Jahr später das Leben; in der Provinz Tamaulipas gelandet, gerieth er alsbald in die Hände seiner Feinde und ward am 19. Juli 1824 in Padilla erschossen. Der Congreß aber vollendete bald darauf die Verfassung, mit der er seit Jahresfrist beschäftigt war; nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten schlossen sich die 18 Provinzen zu einem mexicanischen Bunde zusammen und erwählten den General

Mexico.

Kaiser Augustin I.

Victoria, einen der ersten Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, für die Dauer von 4 Jahren zum Präsidenten.

Bolivar's
Nachstellung.

Den gesonderten Gang, den Mexico somit eingeschlagen, verfolgte es auch ferner; ebenso gingen die La Plata-Staaten ihren eigenen Weg und auch Chile behauptete eine selbständige Politik; Peru hingegen und Ober-Peru, oder Bolivia, wie es seinem Befreier zu Ehren seit 1825 sich nannte, schlossen sich nothgedrungen dem columbischen Systeme oder vielmehr der Person Bolivar's an. Das heimliche Ziel des Letzteren war die Errichtung einer Wahlmonarchie, die ihm seine Stellung auf Lebenszeit verbürgen sollte. Mit überschwänglichen Ehren überschüttet, als Erlöser der Völker, als erstgeborener Sohn der neuen Welt begrüßt, konnte er wohl hoffen dieses Ziel zu erreichen. Der Congreß von Bolivia nahm zuerst die Verfassung an, die — von dem Befreier selbst ausgearbeitet — dessen Ideal verwirklichen sollte. Seinem Beispiel folgte 1826 Peru und bekleidete ihn auf Lebenszeit mit der höchsten Gewalt. Von da griff die Nachahmung nach Ecuador hinüber und Guayaquil und Quito beantragten in Bogotá den gleichen Schritt für die columbische Republik. Aber der Gegenschlag blieb nicht lange aus; in Venezuela begannen gleichzeitig Aufstände, die eine Lösung der geschlossenen Union anstrebten und an denen sogar der wadere Paez sich betheiligte. Allerdings genügte es jetzt noch, daß Bolivar auf die Kunde davon in seine Heimat zurückeilte; sofort unterwarfen sich die Unzufriedenen und schon am 1. Januar 1827 konnte er von Puerto Cabello eine allgemeine Begnadigung ankündigen. Aber bald folgten härtere Schläge. Das columbische Heer, welches in Lima zurückgeblieben war, erklärte sich gegen die bolivianische Verfassung und schiffte sich im April 1827 nach Guayaquil ein, um dort die Anhänger des Befreiers niederzuschlagen. In Lima trat ein Congreß zusammen, erklärte die Wahl Bolivar's für nichtig und ordnete Peru als eine selbständige Republik; im Mai 1828 rückte ein peruanisches Heer in Bolivia ein, stürzte auch hier die Verfassung und zwang den Vice-Präsidenten Sucre zur Abdankung und Entfernung. Darüber erklärte im Juli Bolivar den Krieg an Peru; der Schauplatz desselben ward Ecuador, und Sucre's Erfahrung und Tapferkeit errangen noch einmal glänzende Erfolge für den Befreier. Aber dieser fühlte seine Stellung untergraben und schloß 1829 einen Frieden, der Peru's Selbständigkeit anerkannte. Er durfte froh sein, wenn es ihm nur gelang in Columbien sein geschädigtes Ansehen wieder herzustellen. Wie schwer dasselbe gelitten, bewies der außerordentliche Congreß, der im April 1828 in Ocaña zusammentrat, um die Verfassung nach Bolivar's Wünschen umzugestalten. Fast die Hälfte der Abgeordneten blieb aus und von den Erschienenen war kaum ein Drittel für die Pläne des Präsidenten; seine Freunde mußten zuletzt nichts Besseres zu thun, als durch ihren Austritt den Congreß zu sprengen und durch Parteiversammlungen, besonders durch eine Erklärung von Bogotá, den Befreier zu einem Staatsstreich aufzufordern. Und Bolivar gehorchte diesen Rufen. Er eilte nach Columbien, erklärte die Ver-

Sein Sturz.

Peru selbst-
ständig.

Ebenso Bol-
ivia.

Staatsstreich
Bolivar's.

fassung für aufgehoben und stellte erst für das Jahr 1830 eine neue in Aussicht. Bis dahin wollte er unumschränkt herrschen. Absezkungen, Verbannungen, Todesurtheile folgten schnell auf einander, besonders seit im September 1828 eine Verschwörung das Leben des Dictators bedroht hatte; vertrauliche Verhandlungen mit England und Frankreich sollten deren Zustimmung und Schutz für die monarchische Neugestaltung erwirken. Etwa ein Jahr lang dauerte diese Gewaltherrschaft, da brach in Caracas im November 1829 der Aufstand dagegen los. In wenigen Wochen schloß sich ganz Venezuela ihm an und Paez, der lange geschwankt, stellte sich an die Spitze. Die Forderungen lauteten auf Trennung von Neu-Granada und Verbannung Bolibars. Alles ließ jetzt diesen in Stich. Der Congreß, den er auf den Januar 1830 nach Bogotá berufen, nahm ganz bereitwillig die angebotene Entlassung an, bewilligte dem Gestürzten ein reiches Jahresgehalt und ließ ihn ruhig den Weg zur Küste antreten, damit er sich nach Europa einschiffe. Die Losreißung Ecuadors und Venezuelas ward wie ein unvermeidliches Uebel hingenommen und nur durch friedliches Zureden, aber erfolglos, bekämpft. Die columbische Republik war zerfallen, noch ehe das Jahr zu Ende ging. Bolivar selbst überlebte seine Schöpfung nicht. Statt in Cartagena sich einzuschiffen, wollte er noch einmal den Versuch wagen, sein Werk zu retten; es ward ihm nicht schwer, in dem zerrütteten Lande sich nochmals eine Partei zu bilden; aber ehe er den doch hoffnungslosen Kampf beginnen konnte, streckte ihn eine Krankheit auf das Todtenlager. Am 17. December 1830 starb er in der Nähe von Santa Marta — trotz glänzender Gaben kein großer Charakter, trotz hoher Verdienste kein Retter seines Vaterlandes, an eigensüchtigem Ehrgeiz und unlauterer Gesinnung den Hunderten von Parteiführern gleich, die vor, mit und nach ihm Südamerika heimgesucht haben, an Kraft und Entschlossenheit nicht so weit ihnen überlegen, daß er mit eiserner Hand den Völkern seine Gesetze hätte auferlegen und durch harte Zucht sie zur Ordnung und Freiheit hätte heranbilden können. Die Unabhängigkeit von europäischem Joch hatte er wacker mit erstreiten helfen; aber außer dieser Unabhängigkeit war Nichts gewonnen und alle die Republiken, die aus den spanischen Colonialreichen hervorgegangen waren, gewährten auch fürderhin nur den traurigen Anblick staatlichen Zerfalls und sittlicher Erniedrigung.

Explosion
der Republik
Columbia.

Bolibars Tod.

Trotzdem ward ihr Entstehen von den europäischen Parteien mit Jubel auf der einen Seite und mit Verwünschungen auf der andern begrüßt; kein Volk aber verfolgte die Wechselfälle dieser Vorgänge aufmerkamer als das der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Die Verdrängung der europäischen Mächte von dem amerikanischen Festlande war hier längst als eine Aufgabe der Zukunft erfaßt worden, wenngleich die Kräfte des jungen Bundes noch nicht ausreichten, sie als ein Programm und eine Forderung aufzustellen. Jetzt gewahrte man mit Freuden, wie der größte Theil Amerikas aus eigener Kraft das fremde Joch abjüttelte. Sofort nahm auch die Diplomatie der Vereinigten Staaten einen kühneren Ton an. Die Erschöpfung, welche

Die Vereinigten
Staaten von Nord-
Amerika.

der letzte Krieg mit England (1812—14) zurückgelassen hatte, war schnell überwunden und in James Monroe, der zweimal hintereinander den Präsidentenstuhl bestieg (1817—25), stand ein kräftiger Staatsmann an der Spitze der Geschäfte. Er benutzte die Bedrängniß Spaniens um es zum Verkaufe Floridas zu zwingen (1819) und würde auch Texas schon damals erworben haben, wenn nicht der Norden der Union diese starke Vermehrung der Sklavenstaaten mißbilligt hätte. Eifrig wirkte Monroe für die Anerkennung der südamerikanischen Republiken; schon seit 1818 suchte er England dafür zu gewinnen, freilich ohne Aussicht auf Erfolg, so lange Castlereagh die britische Politik leitete. Es war genug, wenn dieser den Bestrebungen entgegen arbeitete, die eine bewaffnete Unterstützung Spaniens durch die heilige Allianz herbeiführen wollten. Raum aber war mit Canning ein kräftigerer Geist in das auswärtige Amt zu London eingezogen, so schlug auch Monroe einen entschiedeneren Ton an. Unter Zustimmung des Congresses in Washington bezeichnete er im December 1822 jedes Einschreiten europäischer Mächte gegen die neubegründeten Staaten für eine Feindseligkeit gegen die Union und erklärte die Zeit für beendet, in welcher es gestattet gewesen, Amerika als ein Gebiet für die Ansidelungen europäischer Staaten zu betrachten. Schon einige Monate früher hatte er die Republik Columbien förmlich anerkannt, und wenn Canning noch nicht ganz so weit ging, so schloß er doch bereits Verträge zur Unterdrückung der Seeräuberei mit den neuen Staaten und sandte 1823 englische Consuln in die wichtigsten Häfen. Der Unwille, den diese seine Schritte bei den Mächten der Heiligen Allianz erregten, die bewaffnete Einmischung Frankreichs in Spanien, und der Versuch auf einer Ministerconferenz in Paris die Angelegenheiten Amerikas dem Richterspruch Europas zu unterwerfen, drängten ihn weiter vorwärts, statt ihn zurückzuhalten. Am 1. Januar 1825 sprach er die amtliche Anerkennung der nationalen Republiken aus und rief so, wie er sich später ausdrückte, die neue Welt ins Leben, um das Gleichgewicht der alten wieder herzustellen. Die Heilige Allianz fühlte den Schlag tief, obgleich er ohne unmittelbare Folgen für Europa war. Was ihn so empfindlich machte, das war die Warnung, die er enthielt. So gut wie jenseits des Oceans konnte England auch diesseits die Bestrebungen der Mißvergnügten unterstützen; es lag eine ängstigende Wahrheit in dem Bilde, das Canning gebrauchte, als er sein Vaterland mit Aeolus, dem Gott der Winde, verglich, der nur seine Schläuche zu öffnen brauche, um die Stürme zu entfesseln. Und wenn sie entfesselt waren, dann gab es, das wußten auch Metternich und Alexander nur zu wohl, auch in Europa des hauffälligen Gerümpels die Ueberfülle, das ihrem Anprall zu widerstehen außer Stande war.

Die Monroe-
Doctrin.

Anerkennung
der america-
nischen Re-
publiken durch
England.

Deutschland nach 1820.

Allerdings lag grade jetzt fast ganz Europa unregbar gefesselt in den Banden des Stillstandsprincipes, das Metternichs Stolz war.

Besonders auf Deutschland konnte der Staatsmann an der Donau mit Wohlgefallen sehen; Fürsten und Völker waren willfährig ihm zu dienen bereit. Die Carlsbader Beschlüsse und die Mainzer Untersuchungscommission hatten noch einen besonders erfreulichen Erfolg gehabt: die Geheimbünde, nach denen man umsonst gesucht, waren in Folge dieses Suchens entstanden. Die Burschenschaft war aufgelöst; ernst und ergreifend hatte ihr August Vinzer das Grablied gesungen:

Die Burschenschaft.

Wir hatten gebauet ein stattliches Haus
Und drin auf Gott vertrauet trotz Wetter, Sturm und Graus.
Wir lebten so traulich, so einig, so frei:
Den Schlechten ward es graulich, wir hielten gar zu treu.
Sie lugten, sie suchten nach Trug und Verrath,
Verleumdeten, verfluchten die junge, grüne Saat.
Das Band ist zerschnitten, war schwarz, roth und gold,
Und Gott hat es gelitten! wer weiß, was er gewollt?
Das Haus mag zerfallen, was hat's denn für Noth?
Der Geist lebt in uns allen, und unsre Burg ist Gott.

Aber der Geist, der in Allen lebte, wollte doch auch seinen Ausdruck haben, und so dauerte die Burschenschaft, auch als sie aufgelöst war, im Geheimen fort. Nur nicht so rein, so unschuldig, wie vorher. Mit den erlaubten Zielen verbanden sich, da man sie im Verborgenen erstreben mußte, bald auch unerlaubte; die frühere Eintracht, deren bestes Förderungsmittel die offene Rede war, schwand; es bildeten sich zwei Gruppen, die eine mit weitgehenden republicanischen Zielen, Germania, die andre, mit gemäßigteren Grundsätzen, Arminia genannt. Doch blieb immer noch ein Zusammenhalt in den geheimen Burschentagen, auf denen Abgesandte der verschiedenen Universitäten mit einander beriethen. Aber neben der Burschenschaft, unabhängig von ihr, wenigleich zum Theil aus Burschenschaftern bestehend, bildete sich im Frühling 1821 ein wirklich revolutionärer Geheimbund. Um die genannte Zeit verkehrte der Medlenburger von Sprewitz in der Schweiz mit Follen und anderen deutschen Flüchtlingen. Diese sprachen ihm von einem Männerbunde, dessen Ziel sei, Deutschland von seinen Tyrannen zu befreien, und gewannen ihn für den Plan; einen Jünglingsbund zu stiften, dessen Mitglieder den Oberen des Männerbundes Gehorsam geloben sollten, übrigens doch mit der Bedingung, solange deren Befehle mit ihrer, der Jünglinge, Uezeugung stimmten. Sprewitz unterzog sich dem Auftrag nicht ohne Erfolg; neun Artikel, von denen einer Todesstrafe über den Verräther verhängte, wurden beschworen; zu den Theilnehmern gehörten manche später namhafte Männer, wie Ruge, Eisenmann, Dase; über dem Männerbunde blieb ein geheimnißvolles Dunkel. In der That scheint er wenig mehr als ein Trugbild gewesen zu sein. Denn als im Jahre 1824 durch den Verrath eines bairischen Geistlichen, der, als er seinen Amtseid leisten sollte, jammernd eines andern Eides gedachte, durch den er gebunden sei, die Sache ans Licht kam, da ergaben die Untersuchungen für den Männerbund nur zwei Theil-

Jünglings- und Männerbund.

nehmer, einen Turnlehrer in Erfurt und den dortigen Ingenieur vom Platz, Major von Fehrentthal. Als ihr nächstes Ziel, zu dessen Erreichung sie Mord und Meineid für erlaubt hielten, war die Ueberumpelung der Festung Erfurt ins Auge gefaßt; offenbar sollte das Beste dabei der Jünglingsbund thun, der seine Mitglieder über 15 Bundesstaaten verzweigt hatte. Die Strafen, welche über die Theilnehmer verhängt wurden, waren in den verschiedenen Ländern sehr ungleich. In Kurhessen verstieg man sich bis zu Todesurtheilen, ohne sie doch zu vollstrecken, in Preußen erkannte man auf 15jährige Festungshaft, in Schwarzburg-Rudolstadt auf dreimonatlichen Hausarrest, in Baiern wurde Freilassung und Niederschlagung der Kosten verfügt. Für die Befestigung der reactionären Politik waren diese Enthüllungen ungemein dienlich; sie halfen Metternich mit dazu, die letzten liberalen Willensäußerungen in den Regierungen der Einzelstaaten zu unterdrücken. In der That hatten ihm diese seit 1820 noch mehr zu schaffen gemacht als schon vorher. Nach der Beendigung der Wiener Conferenzen trat an den süddeutschen Höfen das sichtsüchtige Bestreben an den Tag, sich mit ihren Landesvertretungen baldmöglichst zu verständigen. Die Kammeressionen des Jahres 1820 zeigten in München wie in Stuttgart, in Darmstadt wie in Karlsruhe ein ungemein nachgiebiges und gefälliges Verhalten der Minister gegen die Abgeordneten. In Frankfurt dagegen traten die Gesandten der constitutionellen Staaten unter der geistigen Führung Wangenheim's nichts weniger als willfährig auf, und mußten insbesondre in dem Militärgesetz des Bundes, das am 9. April 1821 endlich zu Stande kam, ihre vollständige Unabhängigkeit von den beiden Großmächten durchzusetzen. Daß dabei die Wehrfähigkeit Deutschlands aufs Schwerste geschädigt wurde, machte ihnen geringe Sorge; ihr Hauptaugenmerk war, sich von jeder Beeinflussung seitens der Großmächte nach Kräften frei zu halten. In welchen Träumen man sich in diesen Kreisen wiegte, lehrte mit bedenklicher Klarheit eine Schrift, die im Jahre 1820 unter dem Titel „Manuscript aus Süddeutschland“ erschien und die im Auftrage des Königs Wilhelm von Württemberg geschrieben war. In maßloser Weise wurden die Süddeutschen als der wahre Kern unsres Volkes hingestellt; durch eine Art polnischer Theilung seien neunzehn von neunundzwanzig Millionen Deutschen an die fremden Mächte Oestreich, Preußen, England, Dänemark, Holland verkauft; auch die Hansestädte stünden im Solde Englands; auf dem „reinen Deutschland“, auf den Stämmen der Baiern und Schwaben beruhe die Hoffnung des Vaterlandes; ihnen wurde die Pflege des demokratischen Princips und die Anlehnung an Frankreich empfohlen. Gegenüber diesen sonderbündlerischen Bestrebungen, hielten nun auch die beiden Großmächte fest zusammen, freilich meist in der Weise, daß Oestreich den Ton angab und Preußen ihm zu Willen war. Das „österreichische System“ des Grafen Bernstorff war bis zu dem Grade ausgebildet, daß man in bitterem Spott sagen konnte, ein preußischer Diplomat habe weiter Nichts zu thun als preußische Uniform zu tragen und östreichisch zu sprechen, oder daß man an die Vereinigung der östreichi-

Bewegung
der Mittel-
staaten.

Bundesmili-
tärgefetz.

Das Manus-
cript aus
Süddeutsch-
land.

Preußen.

schen und der preußischen Bundesgesandtschaft in einer Person deuten konnte. Aber selbst vor diesem strammen Zusammengehn scheuten sich die Kleinen nicht; selbst die Unbedeutendsten erlaubten sich allerlei Ungebühr gegen die Großmächte und besonders gegen Preußen, dem, wie man recht wohl wußte, Metternich eine kleine Demüthigung ab und zu von Herzen gönnte. Von der förmlichen Anklage, die Anhalt-Köthen am Bunde gegen seinen großen Nachbar erhob, wird später noch die Rede sein; der Kurfürst von Hessen wagte es, gewaltsame Verhaftungen auf preußischem Grund und Boden vornehmen zu lassen; in der Vereinigung fanden selbst die Waldeck, Lippe und Dieckstein den Muth zu offener Opposition. Die Protocolle des Bundestages, die in ziemlich weitem Umfang veröffentlicht wurden, waren noch voll von freisinnigen Reden und Abstimmungen, die bei dieser oder jener Gelegenheit hervortraten, und ein stark persönliches Gepräge trugen. Mit verdrießlicher Ungebuld sahen die Großmächte dem zu und konnten zu keinem rechten Entschlusse kommen; als aber Wilhelm von Württemberg, der tolle Jacobinerkönig mit dem betteligen Volk, wie man in Berlin ihn schimpfte, seinen Widerstand sogar auf die große Politik übertrug, wurde es Metternich endlich zu arg. Den Anlaß zum offenen Bruche bot das Verhalten des Königs gegenüber dem Veroneser Congreß. Auf die Mittheilung der dort gefaßten Beschlüsse gab der Minister von Winkingerode eine sehr geharnischte Antwort, in welcher er die Rechte der selbständigen Staaten zweiten Ranges gegen die Alleinherrschaft der fünf Großmächte verwahrte. Wangenheim mußte am Bundestage die beantragte Zustimmung zu diesen Beschlüssen verweigern und ein paar andre Gesandte schlossen sich ihm an. Das war für Metternich und die Heilige Allianz zu viel; er verlangte die Abberufung Wangenheims, und da diese verweigert wurde, erhielten die Gesandten der drei Ostmächte Befehl, Stuttgart zu verlassen. Eine Zeit lang trozte König Wilhelm auch dieser Drohung, äußerte sogar boshaft, er selbst werde, um die Mißverständnisse nicht zu vergrößern, seine Vertreter vor der Hand noch auf ihren Posten belassen; Wangenheim durfte fortfahren, den österreichischen Bundesgesandten durch seine feste selbständige Haltung zu reizen. Es war ein offener Kriegszustand, der zwischen beiden herrschte. Weil Buol dieser Aufgabe nicht gewachsen schien, wurde er im Frühjahr 1823 durch Münch-Bellinghausen ersetzt. Die Gegenstände des Zankes waren mannigfaltig genug. So hatten sich Ende 1822 die hollsteinischen Stände mit einer Beschwerde gegen den König von Dänemark wegen Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte an den Bundestag gewandt. Diese Beschwerde empfahl Wangenheim zur Berücksichtigung und beantragte, daß Dänemark binnen 6 Monaten eine Erklärung darüber abgeben solle. Diesen Antrag wies Münch-Bellinghausen in der schärfsten Weise zurück, da sein Kaiser es niemals angemessen finden werde, den souveränen Fürsten der Bundesstaaten Fristen zu setzen. Und wirklich schüchtern die kräftige Tonart und die unverkennbare Entschlossenheit der beiden Großmächte die kleineren Bundesgenossen so ein, daß sie die unzweifelhaft begründete Beschwerde

Der Bundestag.

Der König von Württemberg.

Die hollsteinische Beschwerde.

Die hessischen
Domänen-
käufer.

Reinigung des
Bundestages.

Congreß vom
Johannisberg.

Erneuerung
der Carls-
bader Be-
schlüsse.

Vollständiger
Sieg der
Reaction.

Die deutsche
Einheitsidee.

abwiesen. Bald darauf nahm sich Wangenheim als Berichterstatter auch der hessischen Domänenkäufer an, deren Angelegenheit noch immer nicht zum Abschluß gekommen war. Diesen Bericht mußte König Wilhelm, dessen Widerstandskraft inzwischen gebrochen war, zum Vorwande nehmen, um seinen Gesandten abzuersuchen. Damit begann die von Metternich erstrebte Reinigung des Bundestages. Die beiden treuesten Genossen Wangenheims, die hessischen Gesandten Harnier und Lepel, wurden gleichfalls durch andre Männer ersetzt; auch der preussische Vertreter von der Goltz, der so wenig wie Graf Buol seiner Aufgabe gewachsen schien, erhielt bald darauf in dem straffen Generalpostmeister Ragler einen Nachfolger, der Metternichs Anforderungen besser entsprach. Der tüchtige bairische Gesandte von Aretin war schon 1822 gestorben. Nach diesen Vorbereitungen konnte Oestreich, ohne Widerstand zu fürchten, sich anschicken, die Erneuerung der Carlsbader Beschlüsse, deren fünfjährige Gültigkeit ihrem Ende nahe war, zu beantragen. Im Sommer 1824 fand auf Metternichs Schlosse Johannisberg ein sechswochentlicher Congreß der bedeutendsten deutschen Minister statt, dem auch Vertreter der andern drei Großmächte beizwohnten. Das Ergebniß der Besprechungen waren die Bundesbeschlüsse vom 16. August 1824. Danach sollte die Ausübung der ständischen Rechte in den Einzelstaaten sorgfältig überwacht werden, damit dem monarchischen Princip nicht Abbruch geschehe und die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zu keinen Mißbräuchen führe; eine besondre Commission sollte das gesammte Schulwesen Deutschlands einer gründlichen Prüfung unterziehen; in Bezug auf die Universitäten und die Presse wurden die Beschlüsse von 1819 auf unbestimmte Zeit erneuert und ebenso die Mainzer Central-Commission in ihrer Wirksamkeit bestätigt. Die Veröffentlichung der Bundestagsprotocolle hatte schon einige Wochen früher durch einen Beschluß vom 1. Juli aufgehört. Der Erfolg aller dieser Maßregeln war jetzt weit durchschlagender als nach 1819. Wie die Regierungen im Kampfe gegen Metternich ermattet waren, so unterlag jetzt auch die liberale Opposition. Das Volk, die Presse, selbst die Kammern in den Staaten, wo es solche gab, verhielten sich musterhaft ruhig; nur in Württemberg plakte gelegentlich einmal ein Abgeordneter mit schwäbischer Grobheit heraus; in Baden war an die Stelle einer aufgelösten oppositionellen Kammer eine völlig reactionäre getreten, der die Thronrede vom Jahr 1828 den Wunsch mit nach Hause geben konnte, der Großherzog hoffe dieselben Deputirten, die er kenne und schätze, wiedergewählt zu sehen; auch in Baiern, wo 1825 der für liberal geltende Ludwig I. seinem Vater Maximilian Joseph auf dem Throne folgte, war die Volksvertretung äußerst loyal und gemäßigt.

So müssen die zwanziger Jahre als die goldene Zeit des Metternich'schen Regiments anerkannt werden; aber eben weil sie den Höhepunkt desselben bezeichnen, so treten in ihnen auch schon die Ausgangspunkte des Sinkens hervor. Ein System des Stillstandes konnte offenbar nicht länger dauern, als das Ruhebedürfniß in den Völkern vorherrschte; es mußte um so mehr erschüttert werden, je mehr

die lebende Generation ausstarb und ein neues Geschlecht an ihre Stelle trat, ein Geschlecht, dem die Napoleonischen Zeiten nur noch dunkle Kindesahnungen, die Freiheitskriege aber goldene Jugenderinnerungen waren. Diesem Geschlechte aber ging, wie Einer, der ihm angehörte, sagt, die deutsche Einheit über Alles; „sie war die höchste Idee, welche alle Männer von Werth, die seit 1813 von den Universitäten ins bürgerliche Leben übergetreten waren, beehrte“; die Verfassungsfragen hatten für die meisten nur deshalb Bedeutung, weil sie der Verwirklichung jener Idee dienen sollten. Von den älteren, mattherzigen Liberalen unterschied sie vor Allem der feste Entschluß, auch vor der Anwendung der Volkskräfte, vor einer neuen Revolution, nicht zurückzusehen. Ihr fester blickendes Auge, so rühmten sie, werde nicht getrübt durch die Livree-Ideen von Treue und Anhänglichkeit an den Landesfürsten; sie seien nicht befangen in jener Weise der Spießbürger, welche andre Nationen, die für die Freiheit und Selbständigkeit ihres Vaterlandes Alles opfern, bewundern und besingen, aber sofort einen Schrei des Entsetzens ausstoßen, sobald ihnen selbst ein Gleiches für ihr eignes Vaterland zu thun und zu opfern zugemuthet werde. Von Jahr zu Jahr rückten die Männer dieser Gesinnung, die jugendlichen Kämpfer von Leipzig und Waterloo, die Burschenschafter, die Turnschüler, in den Aemtern des Staatsdienstes auf; von Jahr zu Jahr gestattete ihnen ihr Alter mehr, in den öffentlichen Angelegenheiten redend und handelnd aufzutreten. Noch waren sie eine verborgene Miliz, deren Stärke und Gefährlichkeit nicht zu erkennen war; aber ihre Zeit mußte kommen; der Augenblick mußte eintreten, wo sie eine Macht bildeten, und die einzige Frage war die, ob sie sittliche Kraft genug besaßen, um in der trüben Zwischenzeit ihre Gesinnungen treu zu bewahren und sich nicht von den herrschenden Mächten fangen zu lassen. Bei vielen einzelnen war das natürlich der Fall; sie sagten sich, mehr oder minder überzeugt, von den Idealen ihrer Jugend los, der eine früher, der andre später. Jener Graf Bochoß, der Stourdzja die Herausforderung schickte, wurde ein eifriger Jünger im Dienste des Ultramontanismus; Stahl, der auf den geheimen Burschentagen als Abgeordneter wirkte, predigte die Umkehr der Wissenschaft und gab der reactionärsten Partei des preussischen Herrenhauses den Namen; Heinrich von Gagern, der noch 1848 als Präsident des deutschen Parlamentes seine burschenschaftlichen Hoffnungen verwirklichen half, wurde österreichischer Diplomat und treuer Bundesgenosß des Bischofs Ketteler. Und dieselbe Umwandlung, die sich in diesen bekannteren Männern vollzog, vollzog sich natürlich schneller oder langsamer bei tausend Namenlosen, Unbekannten. Aber eine große Schaar blieb doch der Fahne der Jugend treu und wuchs mit jedem Jahr an Kampfesfähigkeit und Macht. Wenn sie das zunächst ihrer eigenen sittlichen Stärke zu danken hatte, so gab es doch auch eine Kette von Ereignissen in dem hoffnungslosten Jahrzehnt der neuesten Geschichte, die ihren Muth stählte und kräftigte, und sie vor verzweifeltstem Verzicht auf ihre Ideale bewahrte. Diese Kette von Ereignissen bildeten die griechischen Freiheitskämpfe;

Reime des
Radicalismus.

Bedeutung der
griechischen
Freiheits-
kriege.

sie hielten in den zwanziger Jahren die Flamme der Begeisterung hell und rein; sie gewährten Trost und Hoffnung, als Alles sonst zu Mißmuth und Verzagen trieb; sie nährten den Glauben an die Unveräußerlichkeit nationaler Rechte und an die Endlichkeit aller Tyrannei. Die unerbittliche Geschichte hat allerdings nach und nach manchen Ruhmeschein von den Häuptern der modernen Hellenen wieder abgestreift, und schon die Zeitgenossen mußten manchen schönen Wahn, den sie anfangs gehegt, allgemach als nichtig anerkennen. Aber da fügte es ein günstiges Geschick so, daß, je mehr der ideale Glanz der Freiheitskämpfer vor der nüchternen Wirklichkeit schwand, desto mehr diese Wirklichkeit selbst den liberalen Ideen förderlich wurde, daß, je weniger die Zustände in Griechenland den Träumen der Hoffnungs-seligen entsprachen, desto mehr ihre Nachwirkungen auf die große europäische Politik das Gebäude Metternichs Stein für Stein aufbröckelten. Sowohl durch ihre geistigen Einflüsse, wie durch den realen Gährungsstoff, den sie in das System des Stillstandes warf, ist daher die griechische Erhebung des Jahres 1821 eines der folgenreichsten Ereignisse der neuesten Geschichte geworden.

Die griechischen Freiheitskämpfe.

Zuge der
Griechen unter
türkischer
Herrschaft.

Auch unter der Türkenherrschaft hatten sich die Griechen einen gewissen kirchlich-politischen Zusammenhang zu erhalten vermocht; ihr anerkanntes Haupt war der Patriarch in Constantinopel, der stets von dem Sultan selbst den Rang eines Paschas mit drei Köschweifen erhielt. Er diente der Pforte zugleich als Bürge für die Treue der ganzen Christenchaft. Ihm stand es zu, auf Gefängniß, Galeere, ja Tod zu erkennen, und der Uebertritt zum Islam rettete den Schuldigen nicht. Ihm zur Seite stand die große Synode, die von den Griechen vielfach als oberste Instanz in Civilstreitigkeiten angerufen wurde. Auch die Geistlichkeit in den Provinzen übte in Ehe- und Erbschaftssachen anerkannte Gerichtsbarkeit aus und wurde in andern Fällen sehr häufig als Schiedsrichterin angerufen. Das türkische Joch lastete auf den verschiedenen Landestheilen mit sehr verschiedenem Druck. Manche Inseln waren durch wenig mehr als die Zahlung eines Tributes der Pforte verbunden; manche Gebirgsvölker galten zwar amtlich als türkische Truppen, regierten sich aber in der That ganz selbständig; noch andre, die freien Kleinen, führten ein völlig unabhängiges Räuberleben und erkannten die Herrschaft des Sultans auch nicht dem Namen nach an. Selbst da, wo die Macht der Pforte am größten war, bewahrten sich doch die Griechen wenigstens zum Theil eine nationale Verfassung. Die Dörfer und Städte in Morea durften sich selbst ihre Vorsteher erwählen, welche dann ihrerseits Vertreter, Primaten oder Kodjabaschis genannt, in die Hauptstadt der Provinz, nach Tripolitza, sandten, um dort dem Pascha zur Seite zu stehen und einen ständigen Vertrauensmann, den Bekil, nach Constantinopel abzuordnen. Dieser Provinzadel der Primaten gewann neben der Geistlichkeit einen großen Einfluß; beide

erfreuten sich übrigens keiner allzu großen Bildung. Diese fand die eifrigste Pflege theils bei den reichen Kaufherren, die in regem Geschäftsverkehr mit der abendländischen Christenheit standen und durch jahrelangen Aufenthalt im Auslande mit europäischer Kunst und Sitte vertraut geworden waren, theils bei dem Adel der Hauptstadt, den Fanarioten, so genannt nach der Pforte des Fanar, d. h. des Leuchthturms, die sich neben der patriarchalischen Kirche befand. Aus dem Schoße dieses hauptstädtischen Adels waren die eifrigsten Förderer der neugriechischen Literatur hervorgegangen. Man konnte in denselben drei Richtungen unterscheiden, eine russische, eine französische und eine rein nationale. Während die beiden ersten durch Anlehnung an das Ausland die Unabhängigkeit Griechenlands zu erreichen suchten, erstrebte die letzte eine Wiebergeburt des Volkes durch die Belebung der alten Erinnerungen. Sie fand eine äußere Vertretung in dem Bunde der Philomusen, der Musenfreunde, der 1812 in Athen gegründet war und nur künstlerische und wissenschaftliche Ziele verfolgte, so daß der russische Minister Kapodistrias sein Präsident, Kaiser Alexander selbst und viele andre Fürsten seine Mitglieder werden konnten.

Die nationale Bildung.

Die Philomusen.

Die Philister.

Dieser Bund der Philomusen diente aber, ohne es zu wissen und zu wollen, der Partei unter den gebildeten Griechen, die auf die Abschüttelung des Türkenjoches unmittelbar hinarbeitete, als erwünschter Deckmantel. Drei griechische Kaufleute in Odeffa gründeten nämlich 1814 einen zweiten Bund, Hetärie der Philister, d. h. Bund der Freunde, genannt, als dessen Ziel sie die „bewaffnete Gemeinschaft der Christen zur Vertreibung der Türken“ aufstellten. Seine Mitglieder gehorchten einer unbekannten Regierung, unter der sie gern geneigt waren, die russische zu denken, da Alexander ja Mitglied der Philomusen war und eine Wechselbeziehung zwischen diesen und den Philistern geheimnißvoll angedeutet wurde. Allmählich und mit Geschick wurde das Netz der Hetaristen über alle Landestheile mit griechischer Bevölkerung ausgesponnen und 1818 der Sitz des Bundes sogar nach Constantinopel verlegt. Seine Bedeutung wuchs, als angesehenere Leute ihm beitraten, vor allem die Fanarioten Ipsilantis, deren einer, Alexander, Adjutant und Liebling des russischen Kaisers war. Entweder ihn oder Kapodistrias wünschte man zum Präsidenten der Hetärie zu machen, um dadurch in engere Verbindung mit Rußland zu treten. Einer der Gründer des Bundes, Xanthos, reiste in dieser Absicht nach Petersburg. Kapodistrias empfing ihn freundlich, lehnte aber den Antrag ab; Alexander Ipsilantis dagegen entschied sich nach einigem Zögern, und als auch Kapodistrias ihm zuredete, für die Annahme. Im Juli 1820 erbat er militärischen Urlaub und reiste von Petersburg nach Odeffa.

Alexander Ipsilantis.

Wirklich lagen die Verhältnisse damals für eine Erhebung ungemein günstig. Einer der mächtigsten Vasallen der Pforte, zugleich eine der verschlagensten und entschlossensten Persönlichkeiten, welche die Geschichte kennt, Ali Pascha von Janina, war zum Abfall vom Sultan gedrängt und mit Freuden bereit, den Griechen die Hand

Rußland Ali Pascha's.

zu reichen. Von kleinen Anfängen aus hatte er sich eine sehr bedeutende Macht erworben. Seine erste That lehrt ihn am besten kennen. Um sich zum Herrn seiner Geburtsstadt Tepeleni in Albanien zu machen, verlockte er selbst durch allerlei Künste seine Gegner, einen Mordplan gegen ihn zu machen; während er Mittags nach seiner Gewohnheit an einem Waldrande ruhte, sollten Banditen ihn von Weitem erschießen. Statt seiner aber trafen die Kugeln eine Ziege, die in eine Kapuze gehüllt und, damit sie nicht mädere, mit einem Maulkorb versehen, an Ali's gewöhnlichem Ruheplatze festgebunden war. Das Herbeileilen seiner Freunde verhinderte die Verschworenen, ihren Irrthum zu entdecken, und als sie nun den anscheinend gelungenen Mord durch einen großen Festschmaus feierten, der sich tief in die Nacht hineinzog, da überfiel Ali die Trunkenen, machte sie nieder und erhob sich zum Herrn von Tepeleni. Durch List, Tapferkeit, Grausamkeit, Befestigung dehnte er dann seine Macht immer weiter aus. Der Mittelpunkt seiner Herrschaft wurde Janina; mit dem Sultan wußte er sich in gutem Einvernehmen zu erhalten, aber auch die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, besonders zu Frankreich und England, pflegte er mit Sorgfalt, je nachdem sein Vortheil es erheischte. Ein Ziel, das er einmal ins Auge gefaßt, hielt er unverrückt fest und ließ sich durch kein Mißlingen einschüchtern. So unternahm er es dreimal, das tapfere Kleinstenvolk der Sulioten zu unterwerfen und setzte seinen Willen endlich so weit durch, daß er diesen heldenmüthigen griechischen Stamm zum Aufgeben seiner Felsenburgen und zur Uebersiedelung nach den Jonischen Inseln zwang. Nicht minder begierig war Ali danach, die Küste zu erreichen und die ehemals venetianischen Seestädte in seinen Besitz zu bringen. Auch dies Verlangen befriedigte er nach und nach; den letzten Ort, nach dem ihn gelüstete, Parga, erkaufte er im Jahre 1819 von den Engländern, die es seit 1815 besetzt hielten. Aber die entrüsteten Pargioten wollten sich der Gnade und Treue des Barbaren nicht anvertrauen; auch sie verließen lieber ihre Heimat und schifften nach Corfu hinüber.

„Dich hat besiegt nicht der Bezir mit seinen vielen Heeren,
 so klagte das Volkslied,
 Gleich haben floh'n die Türken stets vor der Pargioten Flinten.
 Du hattest tapfre Männer ja und hattest Heldenweiber,
 Die Kugeln aßen sie wie Brod und Pulver gleich der Speise.
 Wie Christus einst verschächert ward, wirst nun auch du verschächert.“

Damit stand Ali auf der Höhe seiner Macht, aber auch seines Uebermuthes. Selbst über religiöse Vorschriften setzte er sich kühn hinweg, während er doch andererseits blindem Aberglauben huldigte und fest an die Prophezeiung glaubte, daß er 150 Jahre alt und einst noch Corfu beherrschen werde. Bei alledem konnte er aber doch das Gefühl der Unsicherheit nicht los werden, das ihm seine Abhängigkeit von der Pforte einflößte. Ein Pascha, so sagte er seinen Söhnen, ist ein Mann, der mit Pelzwerk bekleidet auf einer Pulvertonne sitzt. Schneller, als er selbst wohl gedacht, sollte diese in die Luft fliegen und ihn vernichten. Den unermüdllichen Bemühungen eines persön-

lichen Feindes, des Pascho Bei, der Kammerer des Sultans war, gelang es, im Juli 1820 die Achtung des Uebermächtigen zu erwirken. Zuvorstlich nahm dieser den Fehdehandschuh auf: in Adrianopel, so hoffte er, werde Gott die Grenze zwischen ihm und dem Sultan stecken. Doch bald erfuhr sein Schicksal eine schlimme Wendung. Die drei Heere, mit denen er ins Feld zu rücken gedachte, fielen von ihm ab; nur mit Mühe entkam er den Nachstellungen seines Unterfeldherrn, Omer Brionis, und warf sich mit 6000 Mann in seine Feste Janina. Hier verteidigte er sich beinahe anderthalb Jahr, bis es endlich dem kräftigen Statthalter von Morea, Churcit Pascha, gelang, die Stadt zu nehmen. Die letzte Zuflucht des Besiegten war eine kleine Insel im See von Janina. Von hier aus knüpfte er Unterhandlungen mit dem siegreichen Gegner an. Der aber fürchtete ihn auch jetzt noch so, daß er sich seiner durch Mord ermordete und so am 5. Februar 1822 diesem Aufstande ein Ende machte, der trotz seines Mißlingens doch von den schlimmsten Folgen für die Türkei sein sollte.

Ali's Sturz.

Denn wenn die Griechen auch Nichts gethan hatten, um Ali zu stützen, zu dem sie unmöglich Zuneigung hegen konnten, so hatte dieser doch dadurch, daß er während des ganzen ersten Jahres der griechischen Erhebung die Heeresmacht der Türken festhielt und daß wenige Wochen vor dem Ausbruch der Revolution in Morea der Pascha dieser Provinz gegen ihn abgesandt wurde, der Sache der griechischen Freiheit die größten Dienste geleistet. Es war Schuld der Hellenen und wesentlich des Alexander Ipsilantis, wenn sie die Gunst der Lage nicht noch besser ausnützten. Man konnte an sich zweifeln, ob es vortheilhafter sei, die Erhebung an der Donau (in Rumänien) oder in Morea beginnen zu lassen; aber die Lage Ali's, dessen Widerstand ja in jedem Augenblick erlahmen konnte, mußte für Morea sprechen. In der That entschied sich dafür denn auch ein Kriegsrath der Hetäristen, der am 1. October 1820 auf russischem Boden, auf dem Kirchhof von Ismail, abgehalten wurde. Allein Ipsilantis änderte nachträglich auf eigne Hand diesen Beschluß. Am 7. März 1821 überschritt er den Pruth und ging nach Jassy; von hier aus verkündete ein Aufruf in hochtönenden Worten den Hellenen, daß es Zeit sei aus dem Schlafe zu erwachen, den ganz Europa mit Unwillen sehe; eine große Macht werde sie beschützen, und mit leichter Mühe würden die Nachkommen derer, die einst die Truppen des Xerxes und Darius besiegte, über so verächtliche Feinde wie die Türken Herr werden. Die Thatfachen entsprachen von vorn herein diesen zuversichtlichen Worten nur wenig. Die große Macht, auf welche Ipsilantis prahlerisch hinwies, beeilte sich, jeden Zusammenhang mit dem Aufrührer abzuleugnen. Alexander befand sich eben auf dem Congreß von Laibach. Von da aus mußte Kapodistrias in einem Briefe an Ipsilantis diesem jede Hoffnung auf mittelbare oder unmittelbare Hülfe nehmen. Alexander erneuerte mit Kaiser Franz seinen Bund gegen die Revolution und verpflichtete sich, nöthigen Falls eine Armee von 95,000 Mann zu ihrer Bekämpfung zu stellen. Es

Beziehungen zu den Hellenen.

Beginn des Aufstandes.

Die Erhebung an der Donau.

Rußlands Haltung.

wäre für Rußland ein Leichtes gewesen den Aufständischen einen großen Dienst zu leisten; auf Grund des Friedens von Bukarest (1812) durfte die Pforte ohne russische Genehmigung keine Truppen in die Donaufürstenthümer einrücken lassen; aber diese Genehmigung wurde nunmehr bereitwilligst erteilt und bereits Mitte Mai überschritten drei türkische Heere die Donau. Auch sonst lagen die Verhältnisse schlecht. Der Patriarch hatte nothgedrungen von Constantinopel aus den kirchlichen Bann gegen die Empörer schleudern müssen; in der Wallachei herrschte zwischen Griechen und Rumänen die heftigste Spannung; ein Theil der letzteren hatte sich schon im Februar gegen den mit Ipsilantis verbündeten griechischen Hospodaren Michael Sutfos erhoben. Ihr Führer, Theodor Vladimiresco, schloß sich jetzt zwar scheinbar dem Aufstande gegen den Sultan an; allein als die Türken ihren Vormarsch begannen, zeigte sich, daß Theodor verrätherisch zu ihnen übergehen wollte. Nur der Entschlossenheit des tüchtigsten von Ipsilantis' Generalen, des Olympiers Georgakis, war es zu danken, daß er rechtzeitig verhaftet und hingerichtet wurde. Ipsilantis selbst war seiner Aufgabe durchaus nicht gewachsen. Langsam hatte er im März und April die beiden Fürstenthümer besetzt; ohne Widerstand räumte er beim Eindringen der Türken einen großen Theil derselben und zog sich an die Karpathenpässe, um der österreichischen Grenze nahe zu sein. Die Eigenmächtigkeit seiner Offiziere vergrößerte das Uebel. Einer derselben, Karawias, griff die Türken ohne Befehl am 19. Juni bei Dragatschan an. Bei ihm befand sich der Kern des griechischen Heeres, die 500 Mann starke heilige Schaar. Bald wurde sie von einer großen Uebermacht umzingelt und vollständig aufgerieben. Die andern Truppen flohen, und ihre Muthlosigkeit ergriff sogleich auch den Ipsilantis. So prahlerisch er seine Laufbahn begonnen, so jämmerlich endete er sie. Von seinen eignen Leuten bedroht, floh er am 26. Juni über die österreichische Grenze und erklärte in einem neuen Aufruf jedes Band zwischen sich und den „feigen Sklavenhorden“, den Meineidigen, Verräthern und Memmen, die er dem Haß der Menschheit überliefere, für zerrissen. Er mußte seine kurze Abenteuererlaufbahn durch ein hartes Schicksal büßen. Die österreichische Polizei ergriff ihn und schleppte ihn in die Festung Muntacz. Theils hier, theils in Theresienstadt verlebte er sechs Jahre in der Gefangenschaft; erst 1827 wurde er auf russische Verwendung freigegeben, und starb dann bald darauf im Jahre 1828 in Wien.

Mit seiner Flucht war das Schicksal des Aufstandes an der Donau entschieden; doch wandten mehrere seiner Offiziere wenigstens die Schmach von sich ab, mit der ihr Führer selbst sie bedeckte. Wie die heilige Schaar bei Dragatschan, so hatte ein Heldenhäuflein unter Athanasios bei Skuleni am Pruth Wunder der Tapferkeit gethan, und mit Begeisterung vernahm Europa das Ende des Georgakis, der im Kloster Sefko, als längerer Widerstand hoffnungslos geworden, sich und seine Gefährten in die Luft sprengte. Bis in die ersten Tage des Octobers dauerte dies letzte, vereinzelte Auflauern der Em-

pörung; von da ab lagen beide Fürstenthümer willenlos zu den Füßen der siegreichen Türken.

Allein um diese Zeit hatte der nördliche Schauplatz der Empörung längst seine hervorragende Bedeutung eingebüßt. Die Männer, welche in Ismail beschloßen hatten, den Aufruhr in Morea zu beginnen, waren durch Ipsilantis' eigenmächtiges Vorgehn nicht von ihrem Plane abgebracht. Der eifrigste von ihnen war ein Mönch, der Papa Glesas. Den ganzen Winter 1820—21 bereitete er unermüdlich den Aufstand vor. Die Abberufung Churhit Paschas zum Kampf gegen Ali war ein unerwarteter Glücksfall. Dennoch meinten Viele, besonders von den Primaten, man solle Nichts übereilen. Aber eine Unvorsichtigkeit des stellvertretenden Paschas, Salit Aga, begünstigte die Eiferer. Dieser lud nämlich auf Ende Februar 1821 die Primaten nach Tripolitsa, um sich dort ihrer zu bemächtigen. Da sie nun weder hingehen durften, noch ihr Ausbleiben zu entschuldigen vermochten, so konnte die Entscheidung nicht mehr hinausgeschoben werden. Mit einzelnen Gewaltthätigkeiten, die Ende März hier und dort gegen türkische Beamte verübt wurden, begann der Aufstand, seine Weihe erhielt er am 4. April. Der Erzbischof Germanos von Patras, und Londos, einer der flüchtigen Primaten, riefen die Bewohner von Patras zu den Waffen. Vor einem Kreuze, das er in der Hauptstraße aufgerichtet, an einem Altar von Rasen theilte der Prälat das Abendmahl unter die Kampfesmuthigen aus und spendete ihnen die Absolution. An demselben Tage hielt Petro Mabromichalis, gewöhnlich Petrobei genannt, das Haupt der Maniater, die sich Nachkommen der alten Spartaner zu sein rühmten, seinen Einzug in Kalamata, der Hauptstadt Messeniens. Und nun griff die Empörung mit Blitzesschnelle um sich. „Der Türke soll nicht in Morea bleiben, und überhaupt nicht in der ganzen Welt!“ so erscholl es in den Klängen des Volksliedes von Berg zu Berg, von Dorf zu Dorf. Drei Wochen genügten, um fast die ganze Halbinsel frei zu machen und das Osterfest, der 22. April, sah die Türken fast einzig auf den Besitz von Tripolitsa beschränkt, das, in der Mitte des alten Arkadiens auf einer Hochebene gelegen, auch schon von allen Seiten umschlossen wurde. Der Held dieser Wochen war Kolototronis, ein wilder, verschmizter Kfeste, aus dessen Stamm noch Niemand eines natürlichen Todes gestorben, auch äußerlich eine wahre Räuberhauptmannsgestalt. Ohne Schlappen war es freilich nicht abgegangen; wo die Türken stark genug waren, hatten sie sich tüchtig gewehrt, und nicht ohne Besorgniß sah man die Hülfsstruppen nahen, welche Churhit auf die erste Kunde dieser Vorgänge aus dem Lager von Janina schickte und die Mitte Mai über Korinth und Argos in Tripolitsa eintrafen. Auch diese Furcht beseitigte Kolototronis. Als die Türken am 24. und 25. Mai seine Linien vor Tripolitsa angriffen, schlug er sie bei Balketsi so völlig, daß die Griechen, „die bis dahin wegliefen, wenn es hieß: die Türken kommen, fortan fragten: Wo sind die Türken?“ Trotz dieser erneuten Begeisterung wollte es aber mit der Belagerung nicht recht vorwärts; auch die Ersetzung des bisherigen Oberfeldherrn, des Petrobei, durch Demetrius

Der Aufstand
in Morea.

Petrobei.

Kolototronis.

Schlacht von
Balketsi.

Demetrius
Ipsilantis.

Einnahme von
Tripolis.

Christenheze
in Constanti-
nopol.

Bruch mit
Rußland.

Meisternichs
Vermittlung.

Ipfilantis, einen Bruder Alexanders, förderte die Sache wenig; den Ausschlag gab die Noth, die in der Stadt herrschte, und eine Treulosigkeit der Griechen. Während die von den Belagerten angeknüpften Verhandlungen noch fort dauerten, griffen die Aufständischen plötzlich an, drangen ohne Mühe in die Thore und begannen ein furchtbares Gemetzel. 10,000, nach andern Angaben 32,000 Leichen bedeckten die Straßen, so daß Kolototronis' Pferd vom Thor bis zum Palast den Boden nicht betrat. Drei Tage wüthete das Morden und Brennen und noch am dritten Tage war die Wuth so groß, daß man 2000 Personen in eine Schlucht des Maenalon schleppte und dort nieder machte. Mit ähnlicher Grausamkeit und Tücke verfuhrten die Griechen auch in den andern Städten, die in ihre Gewalt fielen, allerdings von den Türken schwer gereizt. Denn als die Kunde von den Ereignissen in Nord und Süd Stambul erreichte, ergriff die Moslemn wilde Wuth und Rachedurst. Eine große Christenheze begann; statt sie zu bändigen, begünstigte die Pforte sie. Den Dollmetsch Musuris ließ Sultan Mahmud selbst vor dem Serrail köpfen. Das Gräulichste aber geschah am griechischen Ostertage. Als der Patriarch Gregor die Nachtmesse beendet, wurde er ergriffen und mit drei Erzbischöfen und drei Priestern an der Mittelthür der Fanar-Kirche aufgehängt. Seinen Leichnam, der drei Tage nachher von Juden ins Meer geschleift wurde, fischten russische Schiffer auf und brachten ihn nach Odessa. Mochten die Katholiken von Galata für dieses freundliche Ereigniß auch ein Tebeum singen, die europäischen Mächte wurden durch solchen Frevel auf das Empfindlichste herausgefordert. Selbst Kaiser Franz meinte, das sei eben so schlimm, wie wenn es den Papst betroffen hätte. Der russische Gesandte Strogonoff erklärte in einer Note vom 18. Juli, die Pforte habe ihr Recht, neben den christlichen Mächten Europas zu existiren, ernstlich gefährdet, und verlangte binnen 8 Tagen Genußthuung; als diese nicht erfolgte, verließ er Constantinopel. Der Krieg schien unvermeidlich. Metternich gerieth in die größte Bestürzung. Die Sache hatte sich so gut angelassen, Rußland war in Laibach so willig auf seine Ideen eingegangen, und nun sollte die blinde Wuth der Türken Alles verderben. Im ersten Augenblick glaubte er Alles daran setzen zu müssen, um den Sultan zum Nachgeben zu drängen; indessen bald sah er ein, daß dies vergebliche Mühe sei. So lange die Griechen weiter kämpften, verweigerte die Pforte jedes Zugeständniß. Nunmehr entschloß sich Metternich, Rußland zum Nachgeben zu rathen; er machte von Neuem Alexanders Abscheu gegen alles Revolutioniren rege; er stellte vor, wie ein Krieg mit Rußland ein allgemeines Niedermetzeln der Christen zur Folge haben werde; er versprach endlich, daß auch die andern Großmächte den diplomatischen Verkehr mit Constantinopel abbrechen würden, wenn Alexanders Entgegenkommen wider Erwarten dort nicht angenommen werde. Damit erreichte er, was er wollte; Rußland erklärte sich bereit, in Verhandlungen mit der Pforte einzutreten, sobald diese ihre Truppen aus den Donaufürstenthümern wieder zurückgezogen habe. Dieses Zugeständniß konnte der Sultan

nicht verweigern, und so schien im April 1822 Dank Metternichs Bemühungen der Friede gesichert.

Alein nur kurze Zeit sollte man sich in Wien diesem erfreulichen Gedanken hingeben; da erscholl plötzlich von der Insel Chios aus eine Kunde, die ganz Europa mit Entsetzen erfüllte. Während die übrigen Gilande des Archipelagus sich zum Theil mit großem Eifer dem Aufstande angeschlossen hatten, waren die Chioten das ganze Jahr 1821 hindurch unthätige Zuschauer geblieben, getreu ihrem etwas schlaffen Character, den das griechische Sprüchwort treffend verspottete: Ein kluger Chiot ist so selten wie ein grünes Pferd. Für die Inseln, welche in die Bewegung eingetreten waren, hatte aber der Beitritt des reichen Chios eine große Wichtigkeit; vor allem für seinen nächsten Nachbar, das kleine, rührige Felseniland Psara, das mit Spetsia und Hydra den Ruhm theilte, den Kern der griechischen Flotte zu stellen; denn diese drei Inseln besaßen nicht weniger als 350 Handelschiffe mit 12,000 Matrosen. Ein Psariot, Papanikolis, war es gewesen, der im Juni 1821 das erste türkische Kriegsschiff mit seinem Brander in die Luft gesprengt hatte; nach allen Inseln hatten dann psariotische, hydriotische und spetsiotische Schiffe den Aufstand getragen; auch in Chios war schon ein Versuch gemacht, jedoch umsonst. Im März 1822 wurde er mit besseren Kräften von Samos aus wiederholt; die türkische Garnison wurde in das Fort zurückgedrängt und war nahe daran, sich zu ergeben. Da nahte zu ihrem Entsatz die türkische Flotte unter Kara Ali. Der großen Uebermacht waren die Aufständischen nicht gewachsen; sie entwichen nach Samos, und die Chioten unterwarfen sich, nachdem Kara ihnen Verzeihung versprochen hatte. Aber kaum hatten sie die Waffen niedergelegt, so begann (in der Osterwoche 1822) eine schauderhafte Jagd; 23,000 Menschen sollen ermordet, 47,000 in die Sklaverei geschleppt sein; nur die Katholiken und die Bewohner der Massigdörfer wurden gespart. Ein Schrei der Rache war das Echo in ganz Hellas; sie zu vollziehen, die Aufgabe der Flotte. Geführt von dem Hydrioten Miaulis, dem Kolototronis der Meere, eilte sie herbei; einem Psarioten, dem Kanaris, war es beschieden, den Frevler zu sühnen. Die Nacht vom 18. zum 19. Juni war die letzte des Fastenmonats Ramasan; bei jubelnden Gelagen begingen die Türken ihren Carneval, das Bairam-Fest. Die Unachtsamkeit, welche in Folge dessen auf der Flotte herrschte, benutzte Kanaris; glücklich erreichte er mit seinem Brander das feindliche Admiralschiff und sprengte es sammt den 3000 Mann, die sich darauf befanden, und dem Kapudan Pascha in die Luft. Mit dem jubelnden Ruf: „Ei seht die schöne Illumination! Sieg dem Kreuze!“ entkam er selbst der Zerstörung; frohlockend empfingen ihn die Krieger auf Psara und barfuß wallten sie in die Kirche, um Gott ihren Dank zu bringen. Die armen Chioten aber fielen einem zweiten Blutbad heim, und so furchtbar raste das türkische Schwert, daß im Monat August von 100,000 Bewohnern der Insel nur 2000 noch lebten.

Das Blutbad
von Chios.

Die Rache des
Kanaris.

Neue Ver-
wüstung der
Insel.

Wo die Leidenschaft zu solchen Freveln entflammte, da war an

Samos und
Norea 1822.

Versöhnung augenscheinlich nicht zu denken, und Metternichs Plan, den weiteren Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei als Grundlage das Versprechen einer Begnadigung dienen zu lassen und darauf hin eine Unterwerfung der Griechen zu versuchen, mußte als gänzlich aussichtslos erscheinen. Ueberdies brachte das Jahr 1822 auch auf dem Festlande Ereignisse von größter Wichtigkeit. Der Tod Ali Paschas stellte im Februar das ganze Heer, das Churshit Pascha vor Janina commandirte, der Pforte zur Verfügung. In zwei Theilen sollte es über den Isthmus von Korinth nach Morea vordringen, um dies wieder zu erobern; den einen Theil, der zunächst West-Hellas mit dem wichtigen Mesolonghi unterwerfen mußte, befehligte Churshit selbst; den andern, welcher durch Ost-Hellas vordrang und wie im Vorbeigehen die Akropolis von Athen, die soeben erst in die Hände der Griechen gefallen war, wiedernahm, führte Dramalis. Ohne Hinderniß zog er über den Isthmus und durch die Pässe der Derwennen, welche Korinth mit Argos und Nauplia verbinden. Die Zwietracht und Parteilucht der Griechen war es, welche ihm sein Werk so leicht machte. Zwischen den Primaten des Peloponnes einerseits und den Hetäristen und Kleften, wie Papa Flesas und Kolokotronis andererseits, bestand von den ersten Tagen des Aufstandes an die größte Abneigung und Eifersucht. Sie wurde vertieft und verschlimmert, als jede der beiden Parteien einen europäisch gebildeten Führer gewann: die der Kleften den Demetrius Ipsilantis, Alexanders Bruder; die der Primaten den Janarioten Alexander Mavrokordatos. Der eine traf im Juli, der andre im August 1821 in Morea ein, und nur kurze Zeit vermochte der beiden gemeinsame Patriotismus ihren feindlichen Ehrgeiz zu zügeln. Demetrius war zum Archistrategen (Oberfeldherrn) ernannt worden und hatte seinen Nebenbuhler als Bevollmächtigten nach Hellas geschickt. Kaum hier angelangt, berief dieser eigenwillig zwei Nationalversammlungen für Ost- und West-Hellas nach Salona und Mesolonghi und bildete zwei gesonderte Regierungen, Gerusien genannt, ohne sich um Morea zu kümmern oder auf den Einspruch des Demetrius zu achten. Dieser berief darauf eine allgemeine Nationalversammlung nach Argos; sie trat auch zusammen (12. Dec. 1821); allein bald erwies sich die Mehrheit als Anhängerin der Primaten. Sie beschloß ihren Sitz nach Padiha, dem alten Epidaurus, zu verlegen, erkannte die beiden Sonder-Gerusien für Ost- und West-Hellas an, genehmigte die Begründung einer dritten für Morea, setzte eine Gesamtregierung für ganz Griechenland ein, an deren Spitze sie als Präsidenten den Mavrokordatos stellte, und speiste Demetrius mit dem Posten eines Vorsitzenden der Legislative ab. Dem sich zu fügen war dieser keineswegs gewillt, und Kolokotronis, sein Hauptbeschützer, schied sich eben an, nach Argos zu marschiren, um die Regierung von dort zu verjagen, als Dramalis ihm zuvorkam und selbst diese Aufgabe übernahm. Darüber erschrakten doch auch Demetrius und seine Freunde; die 24,000 Mann zu Fuß und die 6000 Reiter, mit welchen die Türken anrückten, gaben zu denken, und so führte die gemeinsame Noth noch einmal eine Ver-

Churshit und
Dramalis.

Zwietracht der
Hellenen.

Mavrokordatos.

Die Gerusien
von Ost- und
West-Hellas.

Die National-
versammlung
von Padiha.

Dramalis An-
griff.

söhnung herbei. Argos selbst war im ersten blinden Schreck von der unfähigen Regierung preisgegeben; aber die Burg, Larissa genannt, verteidigte Demetrius mit großer Ausdauer. Mit rastlosem Eifer sammelte Kolokotronis überall Truppen und rückte mit „einer Welt von Bewaffneten“ gegen Argos und Nauplia an. Sein Plan war, die schmale Küstenebene, in welcher beide Städte liegen, durch Besetzung aller Pässe, die nord-, west- und südwärts führen, zu blokiren und Dramalis auszuhungern. Das hätte nicht gelingen können, wenn die türkische Flotte Proviant zugeführt hätte; aber vergeblich hoffte der Pascha auf ihre Ankunft; seine Noth stieg in wenigen Wochen auf's Höchste; er mußte sich zum Rückzug nach Korinth entschließen. Am 6. August wurde der Marsch durch die Derwennen angetreten; aber inmitten des Passes griffen Kolokotronis und sein Neffe Nikitas, „der Türkenfresser“, an, brachten den Feinden einen Verlust von 3—4000 Todten bei und spalteten sie in zwei Haufen, deren einer nach Korinth entkam, während der andre, an seiner Spitze Dramalis selbst, nach Nauplia zurückgeworfen wurde. Die äußerste Noth trieb schon am zweiten Tage (am 8. August) zu einem neuen Versuch auf einem östlicheren Paß, und Dank der Beutelust der Griechen gelang dieser besser; mit Verlust seines Gepäcks und 1000 Mann erreichte Dramalis Korinth. Doch ward er hier von Neuem umzingelt und starb während der Belagerung im November 1822; der Rest seiner Truppen schlug sich im Januar des nächsten Jahres mit großen Verlusten durch; das ganze Unternehmen war vollkommen mißlungen.

Seine Niederlage in den Derwennen.

Sein Tod.

Die Schuld daran mußte großentheils auf Churshit fallen, der nicht schnell genug durch West-Hellas vorgerückt und Dramalis zu Hülfe geeilt war. Nach dem Abmarsch von Janina wandte er sich gegen die wieder heimgekehrten Sulioten, um diese zu unterwerfen. Aber muthig schlugen sie, ihrer tausend gegen 14,000, zwei Stürme zurück und erklärten sich nur dann zu unterwerfen, wenn alle Hellenen Verzeihung erhielten und annähmen. Für diese war es eine unabweisliche Ehrenpflicht, den tapferen Stammesgenossen Hülfe zu bringen, und so machte sich Mavrokordatos Ende Mai, vor des Dramalis Ankunft in Morea, mit einer kleinen, aber gewählten Armee zum Entsatz auf den Weg. Mit sich führte er das Corps der Philhellenen, das aus den Freiwilligen aller europäischen Nationen gebildet war, das einzige europäisch gesunkte griechische Bataillon Larella und mehrere Kleinsten. Glückselig gelangte er bis an den Busen von Arta, von wo er in zwei Richtungen nach dem nahen Suli vordringen wollte. Allein schon hatte der Verrath den Seinen Verderben gesponnen. Unter denen, welche sich ihm anschlossen, befand sich der Albaneshäuptling Gogos, der sich bei dem Städtchen Peta mit ihm vereinigte, zugleich aber mit dem türkischen General Kiutagi, der in Arta 6000 Mann commandirte, im Einvernehmen stand. In der Nacht zum 16. Juli rückte letzterer gegen Peta vor; zwei Angriffe auf die Philhellenen wurden glänzend abgeschlagen; da gab Gogos verrätherisch die Höhen preis, die er zu verteidigen hatte, und nun wurden die Griechen von vorn und hinten angegriffen. In heldenmüthigem Kampfe fand

Churshit gegen Suli.

Schlacht bei Peta.

Tharella den Tod, Normann, der Würtemberger, die Todeswunde; mit ihnen fielen 400 auserlesene Krieger; nur wenige schlugen sich rückwärts zu Mavrokordatos' Hauptcorps durch; der Entsatz von Suli war gescheitert und im September verließ das tapfre Bergvolk zum zweiten Mal die Heimat, um nach Corfu überzusiedeln. Thurchit aber veräumte, nachlässig oder böswillig, alsbald mit ganzer Macht dem Dramalisch zu Hülfe zu eilen; er wandte sich nach Mesolonghi, der Hauptstadt von West-Hellas, wohin sich Mavrokordatos und der tapfere Suliote Marko Botfaris geworfen, und belagerte diese Feste. Doch hatte er weder Glück, noch bewies er Geschick, und als ein Sturm seines Unterfeldherrn Omer Brionis, des Verräthers Ali's, am griechischen Weihnachtstage mißlang, als die Nachricht kam, daß die Trümmer von Dramalis' Heer Korinth geräumt, als so beide Theile des Doppelzuges des Jahres 1822 völlig gescheitert waren, da vergiftete sich Thurchit rechtzeitig im Januar 1823, drei Tage ehe sein Todesurtheil aus Stambul eintraf.

Die Ereignisse des Jahres 1822 waren also der griechischen Sache durchaus günstig gewesen; zur See wie zu Lande waren alle türkischen Unternehmungen nach günstigem Beginne zuletzt doch gescheitert. Und auch diplomatisch betrachtet war die Sachlage für Hellas besser geworden. Die Metternich'schen Vermittlungspläne, die als letztes Ziel die Rückführung der Türkenherrschaft im Auge behielten, waren durch das Blutbad von Chios gescheitert; allerdings war Alexander dadurch dem österreichischen Einfluß nicht entrückt; vielmehr hatte er sich in Wien, wo er sich auf der Reise nach Verona einige Zeit aufhielt, und auf dem Congreß in letztgenannter Stadt wieder eng an Metternich angeschlossen und sogar seinen kriegslustigsten und griechenfreundlichsten Minister, Kapodistrias, beurlaubt. Griechische Gesandte, die sich nach Verona begeben wollten, wurden vom Congreß nicht vorgelassen, sondern in Ancona zur Umkehr gezwungen, da die Herrscher entschlossen seien, die Empörung zurückzustößen, wie und wo sie sich zeige. Aber thatsächlich war es für die Griechen nur günstig, daß es noch nicht zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei kam; denn ob ein solcher ihre Unabhängigkeit im Gefolge hatte, mußte so lange sehr zweifelhaft erscheinen, als sie in den großen Cabinetten noch keine entschiedenen Fürsprecher gewonnen hatten; und dazu war nur Hoffnung, wenn sie mehrere Jahre aus eigener Kraft die Türken fern zu halten vermochten. Bedenklich konnte es freilich werden, daß in Stambul durch einen Ministerwechsel mildere Stimmungen zur Geltung kamen, und daß die guten Dienste seiner christlichen Verbündeten, die Alexander in Verona erbeten, die Pforte bestimmten, auf Verhandlungen in Petersburg einzugehen, ja daß Rußland sogar einen Bevollmächtigten für Handelsfachen an Stelle seines abberufenen Gesandten nach Stambul schickte. Dafür war aber ein neuer Bundesgenosse der griechischen Sache in England entstanden, dessen auswärtige Politik seit dem August 1822 Canning leitete, und das im Februar 1823 die Griechen als kriegführende Macht anerkannte, und was noch mehr galt, auch das Jahr 1823 brachte den Türken auf keinem der

Thurchit vor
Mesolonghi.

Sein Tod.

Die europäischen
Mächte.

Annäherung
zwischen Ruß-
land und der
Türkei.

Anerkennung
der Griechen
durch England.

Der Feldzug
von 1823.

drei continentalen Kriegsschauplätze einen Vortheil. Gelang es ihnen doch nicht einmal nach Morea vorzudringen. Nehnlich wie im Vorjahre Churchit und Dramalis, sollten jetzt in West-Hellas Mustai, der Pascha von Esodra, und Omer Brionis, in Ost-Hellas Jussuf, der Pascha von Suboea, die Aufständischen bezwingen, sich dann bei Lepanto vereinigen und hier, an der schmalsten Stelle des Busens von Korinth, nach dem Peloponnes übersetzen. Aber Jussuf wurde den ganzen Sommer hindurch von Odysseus und Nikitas im Zaume gehalten, und Omer Brionis erlitt am 21. August eine schmachliche Niederlage bei Karpenisi. Freilich kostete diese den Griechen ihren wackren Feldherrn, den Marko Botfariis, der mit 350 Sulioten die 5000 Mann starke Vorhut der Feinde anzugreifen gewagt, einen Mann, dessen selbstlose Gesinnung für das parteizerfressene Hellas ein unersehblicher Schatz gewesen war. Führerlos wich nach dem Siege seine Schaar auf Mesolonghi zurück; begierig die Schlappe auszuweichen, folgte Brionis; aber erfüllt wurde ihm und Mustai ihr Wunsch nicht. An das feste Mesolonghi wagten sie sich nicht einmal; doch auch die benachbarte Seebeste Anatoliko bot ihnen Trost, und nach monatelanger Einschließung zwang im December die rauhe Witterung sie zum Rückzug.

Parteien in
Morea.Der erste
Bürgerkrieg.

Morea hatte das ganze Jahr keinen Feind gesehen; die Folge davon war das Aufladern der heftigsten Leidenschaft in den Parteien; alle Kraft, allen Haß, den sie gegen den Feind nicht zu kehren brauchten, kehrten sie gegen einander. Ende 1822 ging die Vollmacht der Regierung zu Ende; mit Zustimmung der Legislative verlängerte sie dieselbe um ein paar Wochen bis zum Zusammentritt der zweiten Nationalversammlung. Ergrimmt darüber jagte Kolokotronis, der längst den Hader, welchen er bei Dramalis' Ankunft „ins Meer geworfen“, wieder hervorgeholt, aus Nauplia. Für ihn war der europäisch fein gebildete Mavrofordatos mit seinem Frack und seiner Brille ein Gegenstand unbezwinglichen Abscheus, aber freilich auch ein weit überlegener Gegner, wider dessen diplomatische Gewandtheit er nur die rohe Gewalt zu setzen hatte. Sein Groll stieg, als auf der zweiten Nationalversammlung, die Ende März 1823 in Astros zusammentrat, wieder die Bürgerlichen das Uebergewicht hatten, so daß Mavrofordatos (an Demetrius' Stelle) Präsident der Legislative wurde und für ihn als Präsident der Executive der primatenfreundliche Petrobei eintrat. Kolokotronis selbst war der einzige Nicht-Primat, dem man einen Platz in der Executive gönnte; er sah voraus, daß sein Einfluß gleich Null sein werde, wenn er ihn nicht durch Gewaltmaßregeln verstärkte. Dazu boten ihm seine Kasten freudig die Hand. Er zwang zunächst die Regierung, ihren Sitz nach Nauplia zu verlegen, während die Legislative mit Mavrofordatos in Argos blieb. In Nauplia aber war er Herr, und so entstand zwischen beiden Gewalten ein offener Krieg. Mavrofordatos glaubte sich in Argos nicht mehr sicher; er floh nach Hydra und endlich nach West-Hellas, und daß seine Besorgnisse nicht unbegründet waren, bewies Kolokotronis dadurch, daß er im December die Legislative in Argos aus-

Konduriottis.

einander jagte. Dieselbe flüchtete nach Kranidhi, erklärte von dort ihrerseits die Executive für abgesetzt und erwählte eine neue, deren Präsident der Hydriot Konduriottis wurde. So existirte nun eine völlige Doppelregierung: in Tripolitza, wohin er von Nauplia übergesiedelt war, Kolototronis; in Kranidhi Konduriottis. Anfänglich war jener dem letzteren an Macht unzweifelhaft überlegen; aber an Einfluß und Geist überwog von vorn herein Konduriottis; ihm stand die Zuneigung Europas zur Seite und nach und nach gewann er auch militärisch die Oberhand. In verschiedenen Gefechten wurde Kolototronis besiegt und im April 1824 sogar Tripolitza erobert. Mehr als diese Niederlagen trieb die Kleinstenhäupter jedoch ihr Geldmangel zur Unterwerfung, und so wurde der erste Bürgerkrieg im Juni 1824 durch die Anerkennung des Konduriottis beendet. Allerdings nur, um nach wenigen Monaten wieder auszubrechen. Auch die siegreiche Partei war in sich nichts weniger als einig. Konduriottis, und mehr noch seine rechte Hand, der verschmigte Kolettis, begünstigten die Insulaner auf Kosten der Peloponnesier und wendeten ihnen den größten Theil einer englischen Anleihe zu, die sie eben abgeschlossen. Darüber murrten die festländischen Primaten, verweigerten die Steuern und knüpften Verbindungen mit Kolototronis an, den sie noch soeben hatten bezwingen helfen. Auf's Neue sollten die Waffen entscheiden, aber Kolettis' Eifer und Gewandtheit führte die Sache zum schnellen Ende. Die Häupter der Primaten, Kondos und Zaimis, mußten fliehen; Kolototronis, tief gebeugt durch den Tod eines Sohnes, der in einem der Scharmügel fiel, bat um Gnade. Er wurde mit 13 andern Häuptern der Revolution nach Hydra geführt und dort im Kloster St. Elias als Staatsgefangener bewacht. „Da saß nun der alte Klette einsam auf der feindlichen Insel, Tag für Tag blickte er über's Meer, ob nicht Hülfe von den heimatlichen Bergen käme. Mit berechnender Gleichgültigkeit vernachlässigte er sein Aeußeres, fremde Besucher fanden ihn einem Thiere ähnlicher als einem Menschen. Alles Unheil, was in Griechenland geschah, leitete er aus seiner Gefangenschaft her und prophezeite, daß man ihn bald wieder brauchen und zu hohen Ehren zurüdrufen werde.“ (Mendelssohn-Bartholdy.)

Eintritt Mehmed Ali's in den Kampf.

Und schnell genug ging diese Prophezeiung in Erfüllung. Die Pforte war schon durch den bösen Ausgang des Feldzugs von 1822 belehrt, daß ihre eignen Kräfte zur Bewältigung des Aufstandes nicht reichten; sie hatte deshalb, zunächst für den Seekrieg, ihren Vasallen Mehmed Ali von Aegypten zur Hülfsleistung entboten. Bereits im Juni 1823 war dieser in den Krieg eingetreten; doch war der Schauplatz seiner Thätigkeit ein enger geblieben. Sein Schwiegersohn Hassan landete in Kreta und begann durch ein Schreckenssystem die Aufständischen, die unter sich gespalten und von Morea aus schlecht unterstützt waren, zu bändigen. Mit blutiger Energie erreichte er sein Ziel. Mit Schaudern hörte man, wie der „Würger von Meliboni“ bei diesem Ort 370 Menschen in eine Höhle gedrängt und durch Rauch erstickt, wie er bei Melato von 2000 Gefangenen die

Besiegung Kretas.

Frauen in die Sklaverei verkauft, die Priester verbrannt, die andern Männer niedergemacht habe. Bis in den April 1824 hinein fand er noch Widerstand; dann war der Aufstand erstickt, Areta „befriedet“ und Ibrahim, Mehemets Sohn, welchem der Vater den Oberbefehl übertragen, konnte von einem festen Stützpunkte aus planmäßig vorgehen. Dabei galt es, gemeinsam mit der türkischen Flotte zu handeln, deren Anführer, den „lahmen“ Chosrew-Pascha die Vorbeern der Aegypter nicht schlafen ließen. Es gelüste ihn, den tapfern Psarioten das Loos von Chios und Areta zu bereiten. Durch einen plötzlichen Windwechsel begünstigt, gelang es ihm am 2. Juli 1824, den Psarioten unerwartet, an der steilen, schwach bewachten Nordseite der Felseninsel zu landen. Gleichzeitig griff er mit dem Haupttheil seiner Flotte die Stadt an und bemächtigte sich nach verzweifelterm Kampf ihrer und der feindlichen Schiffe; nur wenige konnten sich und einen Theil der Bevölkerung retten; die meisten Einwohner wurden niedergemetzelt; einige flüchteten sich in das Fort Palaeokastro und sprengten sich dort, gestärkt durch das heilige Abendmahl, mit 2000 eindringenden Türken in die Luft (4. Juli 1824). Dieser furchtbare Schlag jagte die Hydro-Spetsioten aus ihrer Unthätigkeit auf; eine starke Flotte unter Miaulis eilte nach Psara, wo Chosrew nur wenige Schiffe zurückgelassen, vernichtete diese und besiegte die Besatzung der Insel. Als aber der Türke mit Uebermacht zurückkam, mußten sie weichen, und Psara blieb in Feindes Hand; seine Bewohner wurden Piraten und nie gewann die Insel ihre Blüte wieder. Aber es schien mehr verloren als bloß die eine Insel. Chosrews Flotte vereinigte sich im September 1824 mit Ibrahim, der auf 200 Schiffen 18,000 Mann herbeiführte. Im offenen Kampf schien dieser Uebermacht Hellas nicht gewachsen zu sein; Brander allein galten für die einzige Hoffnung Griechenlands. Und dennoch verzagten die waderen Seeleute nicht und schlugen sich in mehreren Gefechten an der klein-asiatischen Küste so glücklich mit den Feinden herum, daß diese sich zurückzogen und in Folge der Zwietracht zwischen Chosrew und Ibrahim sogar trennten. Der Türke kehrte in die Dardanellen zurück, der Aegypter segelte nach Rhodos. Manch kühner Streich war den Hellenen mit ihren Brandern geglückt; hätten sie nur mehr, so meinten sie die ganze ägyptische Flotte zerstören zu können; aber nicht weniger als 22 waren in diesem Feldzuge drauf gegangen. Als nun Ibrahim sich bei Rhodos vor Anker gelegt, da glaubten die Griechen den Feldzug für dieses Jahr beendigt und segelten heim. Grade darauf hatte Ibrahim gewartet; denn seine Absicht war, in Morea zu landen. Noch im December fuhr er von Rhodos nach Areta und traf alle Vorbereitungen zu dem großen Hauptschlage. „Jetzt, da wir die Griechen zur See überlistet haben, äußerte er, wird es leicht sein sie auch zu Lande zu schlagen“, und nie mehr schwur er den Fuß auf festen Boden zu setzen, es sei denn in Morea. Im tiefsten Geheimniß wurden alle Einleitungen getroffen; rastlos beschleunigte Ibrahim sein Unternehmen; europäische Reisende sahen ihn damals auf dem Hinterdeck seines Schiffes sitzen, wie er mit Treten, Prügeln, Erschießen die

Chosrew auf
Psara.

Miaulis'
Flotte.

Chosrew und
Ibrahim.

Ibrahim's
Landung in
Morea.

innere Wuth und Ungebuld an seinen unglücklichen Untergebenen kühlte. Endlich war Alles in Ordnung und gänzlich unerwartet landete er am 24. Februar 1825 bei Modon, an der Südwestspitze Moreas.

Die Pflicht, das Land zu verteidigen, lag bei Konduriottis, der soeben den Kolototronis nach Hydra hatte abführen lassen. Aber ein voller Monat verstrich, ehe jener von Nauplia aufbrach. Unter dessen setzte sich Ibrahim von Tag zu Tage fester, und schuf sich in dem Festungsbereich Koron, Modon, Navarin und Pylos eine uneinnehmbare Citadelle. Immer lauter rief das Volk nach Kolototronis, und „obgleich der Mann so viel zu rächen hatte“, mußte ihn der Präsident im Mai seiner Haft entlassen und eine allgemeine Amnestie verkünden. Mit gewohnter Energie widmete sich der alte Kleinsthäuptling, überdies zum Dictator erhoben, seiner schwierigen Aufgabe; aber es war zu spät. Umsonst versuchte er dem Aegypten den Weg nach Tripolis zu verlegen; selbst bis Nauplia drang derselbe vor und lüftern schweiften seine Blicke über's Meer nach den Felsen von Hydra, und begrüßten es mit dem übermüthigen Ruf: Ha, Kleingeland, wie lange wirst du mir noch entgehen! Durch ganz Morea entsandte er nach allen Richtungen seine Streifcorps und überall, wo des Kolototronis Schaaren ihm entgegentraten, begünstigte ihn das Glück. Schon im Juli war die Lage so hoffnungslos, daß die Nationalversammlung beschloß sich dem Schutze Englands anzuvertrauen, und im September wehte nur in einigen Küstenstädten noch die griechische Fahne.

Ibrahim
gegen Mesol.
longhi.

Und schon winkten Ibrahim neue Vorbeern; denn ein Befehl Mehemet Ali's wies ihn an, sofort den Busen von Corinth zu überschreiten und den Kampf in West-Hellas aufzunehmen. Hier hatten im Jahre 1824 die Waffen fast ganz geruht; einige schwache Angriffe Omer Brionis' waren leicht von den Griechen abgewiesen. 1825 ward jedoch der Oberbefehl dem kräftigen Riutagi übertragen und zwar mit der Weisung: Mesolonghi oder dein Kopf! Im April begann er die Belagerung der Stadt. Dank den Philhellenen und besonders „Milordo“ Byron war dieselbe jetzt viel besser besetzt als 1823. In unermüdlicher Arbeit hatte der englische Dichter, der „Alles, was ein Mensch geben kann: Mittel, Zeit, Gesundheit, Leben“, der griechischen Sache weihete, seine letzten Monate dieser Aufgabe gewidmet; jetzt ruhten seine Gebeine neben denen Normanns und Marlo Botfari's im Schutze von Mesolonghi's Mauern. Commandant der Besatzung war Notis Botfari's, die Besatzung bestand aus 4000 Mann. Riutagi begann sogleich eine regelrechte Belagerung, die zur See von Chosrew Pascha durch eine Blockade unterstützt wurde. Glücklicher Weise konnte diese nicht streng genug gewahrt und mußte im August sogar vollständig aufgehoben werden, da Miaulis und Andrusos dem türkischen Admiral eine schwere Niederlage beibrachten. Es war die höchste Zeit, daß sie kamen; denn der Pulvervorrath in der Stadt war schon auf zwei Fässer zusammengeschmolzen und mit Besorgniß sah man einem dritten Sturme Riutagi's — zwei waren bereits abgeschlagen — entgegen. Nun aber erfaßte die Belagerten neuer Muth,

der sich in mehrfachen Ausfällen kund gab. Die Lage der Türken wurde bedenklich. In ihrem Rücken auf dem Gebirge sammelte Karaïstatis, ein berühmter Kefte, seine Schaa ren und belästigte sie durch Angriffe und Abschneiden der Zufuhr. Kiutagi mußte sich ganz auf die Verteidigung beschränken und sein Kopf gerieth ernstlich in Gefahr. In dieser Noth verlangte er Hülfe von der türkischen Flotte und von Ibrahim. Beide waren bereit sie zu bringen. Mitte November erschien der Admiral mit reichen Vorräthen und Ende des Monats traf Ibrahim ein und übernahm den Oberbefehl. Auf's Neue gerieth die Stadt in die größte Noth; zwar wurde sie noch einmal durch den kühnen Miaulis verproviantirt; zwar wurde ein Sturm am 28. Febr. 1826 glücklich zurückgewiesen und Ibrahim mußte sich überzeugen, daß es nicht so leicht sei, „diesen Zaun“, dem er nur 14 Tage Widerstand prophezeit hatte, zu nehmen; aber immer enger schlossen sich die Reihen der Feinde um die Stadt, immer mehr schwand die Hoffnung auf Hülfe von außen; immer gräßlicher pochte der Hunger an die Thore. Man lebte von Seegras, Gewürm und Thierhäuten; ein Außenwerk nach dem andern ging trotz hartnäckigen Widerstandes verloren; ein Inselsort nach dem andern wurde erobert. Eine Flotte, welche die Blockade brechen sollte, mußte ununterrichteter Dinge umkehren; eine Schaar regulärer Truppen, die unter dem Franzosen Fabbier eine Diversion in Attika machte, wurde geschlagen; Karaïstatis mit seinen Kefsten konnte keine Erleichterung bringen. Dennoch waren die Belagerten entschlossen, sich nicht zu ergeben. „Wir kennen unsre Absicht und euren Entschluß, antworteten sie auf den ägyptischen Antrag; aber was Gott bestimmt hat, wissen weder Ew. Excellenz noch wir; sein Wille geschehe!“ Die einzige Hoffnung blieb zuletzt der Versuch sich durchzuschlagen. Am Mitternacht am 22. April öffneten sich die Thore der Stadt; in drei Haufen brachen 3000 Bewaffnete, 6000 Wehrlose in ihrer Mitte, hervor; mit dem Rufe: Vorwärts! stürzten sie in die Linien der Feinde. Ihr erster Anprall war unwiderstehlich. Während sie aber unaufhaltbar über Schanzen und Gräben und Bajonette vorwärts-eilten, konnte in ihrem Rücken die verabredete Ordnung nicht erhalten werden. Erst still, dann mit Zammern und Geheul drängte die Masse der Bevölkerung, Weiber als Männer vernummt und bewaffnet, Kinder mit Pistolen und Säbel im Gürtel, Greise in deren welken Händen die Waffen zitterten, aus Thor und Brethen über den Festungsgraben. Bald war der dichte Anäuel von den türkischen Batterien mit Kartätschen zerrissen. Die vier hölzernen Brücken, die über den Graben geschlagen waren, wurden der Schauplatz der wildesten Verwirrung. Aus dem Gewühl erhob sich der Schreckensruf: Zurück, zurück zu unsern Batterien und Kanonen! Man weiß nicht, wer ihn ausgestoßen, ob ein Verräther oder ein Verzweifelter; jedenfalls vereitelte er den Zweck des Ausfalls; denn nun wälzten sich die Mesolonghiten rückwärts in wirren, aufgelösten Haufen der Stadt zu und mit ihnen zugleich ergossen sich mordend und brennend die Schaa ren der Belagerer durch Straßen und Plätze. Der Donner

Hall von
Mesolongi.

des Geschützes, das Wehklagen der Sterbenden, das Krachen einstürzender Balken, der tobende Ausruf der Muselmänner verkündeten weit und breit das schreckliche Blutgericht dieser Nacht. Zahlreiche Philhellenen, besonders auch Deutsche, starben den Heldentod; im Fort Botfariis, in der Patronenfabrik, auf der Insel Anemomolos sprengten sich die Verteidiger mit den Angreifern in die Luft; man forderte und gewährte keine Schonung; die Aegyptier allein sammelten 3000 Köpfe von Erschlagenen. Nur einem kleinen Theil war es bei dem Ausfall geglückt, sich in die Gebirge zu Karaïstakis durchzuschlagen; 1300 an der Zahl, darunter 7 Frauen und ein paar Kinder, langten sie im Juni, geführt von dem greisen Notis Botfariis, in Salona an, wo sie Erquickung und Hülfe fanden.

Kampf in
Ost-Hellas.

Ibrahim konnte triumphiren; in fünf Vierteljahren hatte er fertig gebracht, woran sich vor ihm die Türken vier volle Jahre vergeblich müde gerungen: Morea und West-Hellas waren unterworfen. Das nächste Ziel hätte Ost-Hellas sein müssen, wo Athen mit seiner Akropolis die Rolle Mesolonghi's spielte. Allein der alte Mehemet hatte bereits 25 Millionen spanischer Thaler für die Unterwerfung der Griechen aufgewendet und fragte sich, ob es für ihn lohnend sei noch tiefer in seine Kassen zu greifen. Die Antwort fiel verneinend aus, Ibrahim erhielt keine neuen Unterstützungen und kehrte deshalb nach Morea zurück, wo er von Tripolitza aus seine alten Streifzüge wieder aufnahm. Riutagi allein zog nach Ost-Hellas. Während der ersten Jahre des Aufstandes hatte dort unter den Griechen Odysseus von Ithaka die erste Rolle gespielt. Ein ehrgeiziger und unzuverlässiger Mensch, war ihm aber sein persönlicher Vortheil theurer gewesen als das Vaterland; er hatte verrätherische Beziehungen mit den Türken angeknüpft; die waren entdeckt und durch den Kleften Guras, welcher den Odysseus gefangen nehmen und später (im Juli 1825) tödtet ließ, vereitelt worden. Allein Guras verstand es nicht, die Liebe und das Zutrauen der Bevölkerung zu erwerben; seine Härte machte ihn bei dem Landvolke so verhaßt, daß Riutagi vieler Orten sogar als Retter begrüßt wurde. Bald war Guras gezwungen sich nach Athen zurückzuziehen, ja auch diese Stadt, die von Riutagi am 25. August 1826 bombardirt und gestürmt wurde, preiszugeben; nur die Akropolis mochte er noch halten. Sie vor dem Schicksal Mesolonghi's zu bewahren war die heiligste Pflicht der Hellenen. Keiner empfand sie lebhafter als Karaïstakis, der tapfere, verschlagene, in Ali's Schule erzogene Kleftenführer. Auch seine Zuberlässigkeit war nicht ohne Ansehung geblieben; 1824 hatte er in Verhandlungen mit den Türken gestanden; aber das gute Princip hatte in ihm gesiegt. „Ich leugne es nicht, so lautete sein naives Geständniß, ich kann Engel oder Teufel werden, wie ich es will; für die Zukunft will ich Engel sein.“ Sein Plan ging dahin, Riutagi auf der attischen Halbinsel einzuschließen und ihm alle Hülfe vom Festlande aus abzuschneiden. Dank seiner Entschlossenheit, List und Tapferkeit entriß er in den Wintermonaten den Türken das ganze Hellas wieder, so daß sie im Februar 1827 nur noch vier Festungen,

Karaïstakis.

Mesolonghi, Anatoliko, Lepanto und Bonitsa, in ihrer Macht hatten. Freilich war die Noth der Akropolis inzwischen auf's Höchste gestiegen; aber selbst des Guras Tod entmuthigte ihre waderen Verteidiger nicht; sie waren entschlossen bis zum äußersten Stand zu halten. Jetzt schiedte sich Karaïskakis an, unmittelbar zu ihrem Entsatz ins Feld zu rücken. Er durfte dabei auf die Hülfe mehrerer europäischer Offiziere rechnen, die von der Central-Regierung angestellt waren. Einer derselben, der Franzose Fabvier, war schon im December 1826 glücklich in die Akropolis gelangt und hatte ihr bedeutende Pulvervorräthe zugeführt, konnte aber leider mit seinen 650 Mann trotz wiederholter Versuche nicht wieder heraus und steigerte so die Noth an Lebensmitteln, die in der Festung herrschte. Ein Anderer, der Engländer Gordon, hatte sich in dem alten Hafen von Athen, in Munychia, verschanzt; aber den Belagerten Hülfe zu bringen, gelang ihm nicht, da Kiutagi zwischen Munychia und der Akropolis in dem Kloster Spyridion eine sehr feste Stellung hatte, welche die Verbindungsstraße verriegelte. Endlich trafen zu Anfang April vor Munychia die Engländer Cochrane und Church mit 10,000 Mann ein, jener von der Nationalversammlung zum Oberadmiral, dieser zum Generalissimus aller Griechen ernannt. Ein erster glücklicher Kampf unter Cochrane's Leitung stellte am 25. April die Verbindung zwischen den verschiedenen griechischen Lagern her und umschloß das Kloster Spyridion, dessen Besatzung sich zwei Tage darauf aus Mangel an Wasser ergeben mußte. Die Capitulation derselben wurde übrigens von den Griechen in schnöder Weise gebrochen; man stürzte sich auf die Wehrlosen und hieb sie nieder; nur 60 von den 270 rettete Karaïskakis mit eigener Gefahr. Für den 5. Mai wurde nun ein Hauptsturm auf Kiutagi's Lager angesetzt; aber ein unvorhergesehenes Unglück veranlaßte die Verzögerung um einen Tag. Es war Karaïskakis' Tod, den er am 4. Mai bei einem Scharmügel fand. Der Eindruck des Ereignisses war bei Freund und Feind gewaltig. War es doch sprüchwörtlich bei den Griechen geworden, einen Fliehenden spottend zu fragen: Wohin läufst du Narr, als ob dich Karaïskakis jagte? und höhnisch riefen die Vorposten der Türken den griechischen zu: Karaïskakis ist nicht mehr; ihr müßt Trauer anlegen. Unter so unglücklichen Vorzeichen unternahm man den Angriff am 6. Mai. Theils in Folge der schlechten Maßregeln von Cochrane und Church, nicht minder aber durch die Entmuthigung der Griechen mißlang er völlig. Kaum war ihre Vorhut von Kiutagi geworfen, so stürzte sich das Hauptcorps in blinder Flucht auf die Schiffe, während Mitte und linker Flügel, ohne einen Schuß zu thun, nach dem Isthmus flohen. Es war die blutigste Niederlage, welche die Griechen noch erlitten; 1500 lagen todt, 240 Gefangene wurden zur Rache für Spyridion erschossen. Cochrane segelte sogleich nach Hydra ab, Church hielt sich ehrenhalber noch 3 Wochen in Munychia; dann zog auch er sich zurück. Und nun war für die Akropolis keine Hoffnung mehr; am 5. Juni 1827 capitulirte sie und mit ihr fiel das ganze Hellos von selbst in die Hände Kiutagi's zurück.

Karaïskakis' Tod.

Niederlage der Griechen.

Fall der Akropolis.

Nichts hätte jetzt diesen gehindert über den Isthmus nach Morea zu ziehen und mit Ibrahim gemeinsam die letzten Reste des griechischen Aufstandes zu verwischen. Allein aus Reid gegen den Aegyptier that er das nicht, sondern löste seine Albanescorps auf und verbrachte den Rest des Jahres unthätig in Theben, Larissa und Janina. So dauerte in Morea der bisherige halbe Zustand weiter fort. Ibrahim war zu schwach ein großes Unternehmen zu wagen; er begnügte sich nach wie vor, durch Streifzüge das Land zu verwüsten und ließ die Griechen in den Festungen, die sie behaupteten, unbehelligt. Diese aber verzehrten ihre Kräfte in verderblicher Zwietracht. Die neue Nationalversammlung, welche bald nach dem Fall von Mesolonghi, Ende April 1826 zusammentrat, hatte den Konduriottis abgesetzt und Zaïmis zum Präsidenten gemacht; aber so gering war ihr Ansehn, daß sie nicht einmal die beiden Forts, welche Nauplia beherrschten, in ihrer Gewalt hatte und im November ihrer eignen Sicherheit wegen nach Megina übersiedeln mußte. Das war das Signal zu neuer Spaltung. Kolototronis und Konduriottis, die sich jetzt vorübergehend wieder gut vertrugen, beriefen eine andere Versammlung nach Kastri und erwählten im Febr. 1827 den Sissinis zum Präsidenten. Auf seiner Seite standen die Parteien der Russen und Franzosen, d. h. im Wesentlichen die alten Kleften und die Inselgriechen, während die Engländer, die alte Primatenpartei, zu Zaïmis hielt. So weit war es mit der Zwietracht also schon gekommen, daß sich die Fractionen nach fremden Völkern benannten, von denen sie Hülfe hofften. Ein Fremder war es denn auch, der das Schlimmste verhütete. Den entschiedenen Vorstellungen Cochrane's, der um diese Zeit in Hellas eintraf, war es zu danken, daß im März ein Vergleich zu Stande kam, daß beide Versammlungen sich in Damala bei Troezen vereinigten, daß beide Präsidenten abgesetzt und Kapodistrias auf 7 Jahre zum Regenten (Kybernetes) erwählt wurde. Bis zu seiner Ankunft sollte Georg Mabromichalis sein Stellvertreter sein. Cochrane wurde, wie schon erwähnt, Oberadmiral, Church Obergeneral; Miaulis und Kolototronis ordneten sich willig den Fremden unter. Eine neue Verfassung wurde berathen und als sie, die Verfassung von Troezen, von der Versammlung genehmigt war, löste diese sich am 17. März 1827 auf. So war denn äußerlich ein tüchtiger Schritt zu geordneten Verhältnissen gethan; aber in Wirklichkeit dauerte die alte Unordnung fort. Es kam so weit, daß die Commandanten der beiden Forts von Nauplia sich über die Stadt hinweg bombardirten, wobei diese furchtbar verwüstet, drei Senatoren im Sitzungsfaale verwundet und den Einwohnern kaum erlaubt wurde zu fliehen. Englische Vermittlung bewirkte endlich Waffenruhe und die Uebergabe des einen Forts an den General Church; der Commandant des andern aber verlangte eine Million Pfaster für das seine und man hatte kein Mittel seiner Herr zu werden.

Daß bei solchen Zuständen der Krieg gegen Ibrahim erfolglos bleiben mußte, liegt auf der Hand. Auch kann es nicht Wunder

Parteien
in Morea.

Kapodistrias
wird Regent.

Die Verfas-
sung von
Troezen.

Ibrahim's
Folge.

nehmen, wenn einzelne Bezirke sich jenem freiwillig ergaben. Umsonst setzte Kolototronis Himmel und Erde in Bewegung, um eine kräftigere Kriegsführung zu erzielen. Es fehlte ihm am Nöthigsten, an Munition und Brod. „Auch der Löwe, schrieb er an die Regierung, das größte Thier, vermag Nichts gegen 5 Quentchen Pulver. Meine Truppen bestehen aus Menschen, nicht aus Felsen. Sollen wir etwa die Felsen anbeißen? Kann ich Erde in Pulver verwandeln? Das ist dem Kolototronis unmöglich, da er von Chemie und überhaupt von allen Wissenschaften Nichts versteht: einem klügeren Manne mag es leicht sein!“ Sein Schmerz Nichts ausrichten zu können, mußte um so größer werden, je unverkennbarer Ibrahims Erschöpfung war. Wenn die eine oder die andre Partei kräftige Unterstützung erhielt, so konnte ein Schlag den Krieg enden; wenn nicht, so war nicht abzusehen, wann dem schwankenden Zustande ein Ende gemacht werde.

Europäische
Sympathien.

Ein unerwartetes Ereigniß wandelte plötzlich diese unentschiedene Lage. Um es zu verstehen, müssen wir einen Blick auf das übrige Europa werfen und sehen, welche Stellung Völker und Fürsten zu der griechischen Erhebung einnahmen. Unter den Völkern war keines, das ihr nicht die lebhaftesten Sympathien zugewendet. Alle Nationalitäten waren in den griechischen Heeren vertreten, aus allen Ländern waren Geldspenden nach Hellas abgegangen, in allen Sprachen waren begeisterte Reden und Lieder dem neuerstandenen Brudervolk entgegen erkungen. Nicht in letzter Reihe hatte dabei Deutschland gestanden; Wilhelm Müllers Griechenlieder erfüllen noch heute unsre Seele mit poetischem Zauber; der alte Woz, der gelehrte Thiersch, der kampfesmuthige Krug und eine ganze Anzahl anderer Professoren waren in Rede und Schrift für die Nachkommen der alten Hellenen eingetreten; auch an den Fürstenhöfen schwärmte man für ihren Sieg, unbekümmert um die österreichische Note, die schon 1821 den deutschen Regierungen einschränkte, das Waffnen und Sammeln für die Auführer zu hindern und die Freiheit der Schriftsteller, die dazu aufforderten, zu zügeln. Selbst der Kronprinz von Preußen erklärte sich mit Festigkeit für die Griechen und der bairische äußerte noch als König Ludwig I., daß er „seit Deutschlands Befreiung, als es unter Napoleonischer Zwangsherrschaft gebeugt, für Nichts so geglüht, als daß Griechenland siegen möchte“. Er bewies das auch durch die reichen Gaben, die er mit freigebiger Hand für die hellenische Sache opferte, und vielleicht noch mehr durch die Art, wie er als König die Sammlungen in seinem Lande förderte. Wenn er in den ersten Jahren seiner Regierung von München in das Bad Brückenau reiste, so verbat er sich in den Städten, durch welche er kam, die Beleuchtungen mit der Bitte, „für Hellas und die inwohnenden Bedürftigen“ das Geld zu geben; ja er wählte mit kaufmännischer Berechnung im zweiten Jahre eine andre Reiseroute als im ersten, um in andern Städten als im Vorjahr diesen Herzenswunsch aussprechen zu können. Trotzdem waren freilich die Gelderträge in Deutschland nicht sehr glänzend, wohl weniger deshalb, weil vieler Orten die Polizei doch hindernd einschritt, als wegen der Armuth des Landes

Ludwig von
Baiern.

und der mangelnden Gewöhnung zu solchen politischen Spenden. Der fürstlichste Wohlthäter der Griechen in ganz Europa war der reiche Banquier Gynard, der ihnen im Laufe der Jahre die Hälfte seines Vermögens opferte. Der Gang der Ereignisse beeinflusste, wie sich von selbst versteht, die Opferwilligkeit der Menge sehr. Als die Kunde von Mesolonghi überall Entsetzen und Begeisterung erregte, da wurden unter dem Titel „zum Loßkauf griechischer Sklaven“ in kurzer Zeit $2\frac{1}{2}$ Millionen Franken zusammengebracht, eine sehr erwünschte Gabe für die leere Staatscasse, deren Inhalt einmal bis auf 16 Pfister zusammengeschmolzen war. Denn der Loßkauf der Sklaven war nur ein Vorwand gewesen, weil man in den entscheidenden Regierungskreisen selbst damals sich noch nicht hatte überwinden können, die Hellenen als kriegsführende Macht nach dem Vorbilde, das England schon 1823 gegeben, anzuerkennen. Auch Rußland hatte diesen Schritt nicht gebilligt, weil es darin den Keim zur Anerkennung eines selbstständigen Griechenlands sah. Nun schien es aber dem russischen Vortheil weit mehr zu entsprechen, wenn die drei Provinzen, welche sich ja 1821 jede für sich constituirt hatten, Morea, Ost- und West-Hellas, ohne mit einander verbunden zu werden, als Vasallenstaaten in dasselbe Verhältniß zur Pforte traten, in dem die beiden Donaufürstenthümer standen, ein Verhältniß, das, unter russischen Schutz gestellt, bei jedem Anlaß die wünschenswertheste Gelegenheit zur Einmischung darbot. Als daher im Januar 1824 auf Metternich's Betrieb Conferenzen über die griechische Frage in Petersburg stattfinden sollten, schlug Alexander als richtigen Mittelweg zwischen der türkischen und der griechischen Forderung die Bildung dreier Vasallenstaaten vor. Gleich entrüstet wiesen Türken und Griechen diesen Vorschlag zurück; aber auch der englische Minister, George Canning, weigerte sich auf solcher Grundlage an den Conferenzen Theil zu nehmen, erklärte den griechischen Protest für das Vernünftigste, was seit Epaminondas' Zeiten in Hellas gethan sei, und trat mit der Regierung von Nauplia in Verkehr. Daß auch Metternich die russischen Absichten durchschauen und sich nicht auf solche Vorschläge einlassen würde, war vorauszu sehen; aber ganz unerwartet war die Schwenkung, die er plötzlich machte. Als nach einer längeren Pause die Petersburger Conferenzen im Februar 1825 wieder eröffnet wurden, stellte der österreichische Gesandte „Unterwerfung oder Unabhängigkeit“ als die einzige Wahl hin. Metternich weigerte sich die russische Forderung auf Herstellung von Vasallenstaaten in Stambul durch Drohungen zu unterstützen und setzte es mit Hülfe Frankreichs, dessen König er auf einer Reise nach Paris im Frühjahr 1825 ganz für seine Politik gewonnen, durch, daß als einziges Ergebniß der Conferenz der lächerliche Beschluß vom 7. April gefaßt wurde: den Sultan einzuladen, bereitwillig eine Vermittlung der Mächte zwischen ihm und den Griechen anzunehmen; ein Beschluß, der ohne durch Kriegsdrohungen, wie Rußland sie wollte, gestützt zu sein, sich auf den ersten Blick als völlig nichtig erweisen mußte.

Um so bedeutsamer war er für die Stellung der Mächte zu

Gynard.

Rußlands Politik.

Petersburger Conferenzen.

Canning.

Metternich.

Ehrenung der Kriligen Allianz.

einander. Zwischen Rußland und Oestreich war eine tiefe Kluft entstanden, die Heilige Allianz thatsächlich vernichtet. Da Frankreich und Preußen zu Oestreich standen, so mußte Rußland mit innerer Nothwendigkeit Anlehnung bei England suchen. Wenn die Ziele und gar die Beweggründe beider Mächte auch völlig verschiedener Art waren, so konnten sie doch recht wohl ein Stück Weges zusammen gehen. Zunächst war Canning sehr zufrieden damit, daß Rußland selbständig zum Kriege sich anschickte. In einer Note vom 18. August 1825 erklärte nämlich Alexander den Großmächten, er werde fortan allein vorgehen, und eine Reise in den Süden seines Landes brachte man nicht ohne Grund mit Rüstungen und Vorbereitungen in Verbindung. Da erscholl plötzlich die Botschaft vom Tode des gefürchteten Czaren; der 1. December 1825 hatte seinem vielbewegten Leben ein Ziel gesetzt. Welchen Einfluß dies Ereigniß auf die griechische Sache haben werde, war nicht gleich vorauszusehen: wußte man doch noch nicht, wer des Verstorbenen Thron einnehmen werde, sein ältester Bruder Constantin oder Nikolaus, der zweite. Erst als der seltsame Streit zwischen beiden dadurch geschlichtet war, daß Nikolaus des Bruders Verzicht annahm, und als er seine Krone auch gegen den Aufstand der Desabristen siegreich verteidigt, ließ sich behaupten, daß in Alexanders türkischer Politik keine Wendung, sondern eher ein beschleunigter Gang eintreten werde. Denn Nikolaus hatte aus seinen persönlichen Gesinnungen gegen die Griechen nie ein Geheimniß gemacht und überdies drängte ihn die Unzufriedenheit, die in seiner Armee grollte, dazu, ihr durch einen auswärtigen Krieg eine Ableitung zu verschaffen. Auch das wachsende Ansehn, dessen England sich in Hellas erfreute, war ein Antrieb zu rascherem Handeln; es hätte sonst Rußland Gefahr laufen können, seinen erhofften Einfluß gänzlich einzubüßen. Daß augenblicklich Canning das Uebergewicht gewonnen hatte, war unverkennbar geworden durch einen Beschluß, welchen die griechische Nationalversammlung am 20. Juli 1825, als Ibrahim auf den Höhen über Nauplia stand, gefaßt hatte: sie vertraute die griechische Nation der Großmuth und dem Schutze Englands an. Canning lehnte nun freilich, um es mit den andern Großmächten nicht vollends zu verderben, diese Schutzacte ab; allein er berief von Stambul den bisherigen türkenfreundlichen Gesandten ab und beauftragte seinen Nachfolger auf der Hinreise mit der griechischen Regierung Besprechungen anzuknüpfen. Diese fanden im Januar 1826 in Perivolafia, der Insel Hydra gegenüber, statt und ergaben auf Seite der Griechen eine so tiefe Entmuthigung, daß sie auf die russische Idee eines Vasallenstaates einzugehen bereit waren. Darauf hin entschloß sich Canning unmittelbar mit Kaiser Nikolaus zu verhandeln; daß er ein günstiges Ohr finden werde, hatten ihm schon die vertraulichen Besprechungen gezeigt, die er seit dem October 1825 mit dem russischen Gesandten in London, Baron Lieven, gepflogen. Er schickte deshalb im März 1826 den Herzog von Wellington nach Petersburg, angeblich um dem Czaren zur Thronbesteigung Glück zu wünschen, thatsächlich um ihn zu gemeinschaftlicher Verwendung für

Alexander's
Tob.

Nikolaus.

Die englische
Schutzacte.

Die Conferenzen von
Perivolafia.

Wellington in
Petersburg.

Griechenland einzuladen. Allerdings hatte nun Nikolaus wenige Tage vorher, am 17. März, ein Ultimatum nach Stambul geschickt, welches unter Kriegsdrohung forderte, daß die Pforte endlich Bevollmächtigte nach Rußland sende, um über die besonderen russischen Beschwerden zu verhandeln, von der griechischen Sache aber nicht sprach. Nikolaus mochte erwarten, daß die Pforte dieses Ultimatum zurückweisen werde; nahm sie es an, so konnte russischer Seits anständiger Weise nicht alsbald eine neue Forderung gestellt werden, die sich auf Griechenland bezog. Es war daher ein politisch allerdings nicht zu mißbilligender, aber jedenfalls nicht eben nobler Schritt, wenn der Czar am 9. April, ehe die nachgiebige Antwort der Pforte auf sein Ultimatum eintraf, das s. g. Petersburger Protocoll unterzeichnete, kraft dessen England der Pforte die Basis von Perivolakia vorschlagen sollte und Rußland sich verpflichtete, was auch sonst seine Beziehungen zur Türkei sein möchten, dafür einzutreten. Kein Wunder, daß die Mittheilung dieses Protocolls fast überall einen Sturm des Unwillens erregte, daß Metternich dasselbe einen Vertragsentwurf zum Verbrechen nannte, und daß der Sultan sich bis zum Äußersten zu widersetzen entschlossen war. Die erste Antwort, die er gab, erfolgte auf einem Umwege; ein außerordentlicher Divan beschloß am 29. Mai eine Umgestaltung des Heeres; jedes Janitscharenregiment sollte 150 Mann abgeben, die als Stamm für eine neue Truppe, Mualllem Ihschendj (exercirte Hand) genannt, dienen sollten. Allerdings erwies sich dies Mittel als zweischneidig; die Janitscharen begannen zu murren und schritten am 15. Juni zu offener Empörung; sie wurden nun zwar von den übrigen Truppen angegriffen, in ihre Casernen gedrängt und dort niedergemacht, aber diese „Revolution von 23 Minuten“ schwächte doch sürerst die Widerstandskraft des Reiches und machte ein leises Nachgeben nöthig. In Folge des russischen Ultimatus, das er ja angenommen, schickte der Sultan also Bevollmächtigte nach Alerman und bewilligte auf den Conferenzen, die dort stattfanden, alle russischen Forderungen, die sich theils auf Rumänien, theils auf die Schifffahrt in den Dardanellen, theils auf die Abtretung einiger tscherkessischen Festungen bezogen (Oct. 26). Während dieser Zeit hielt der englische Gesandte mit der Ueberreichung des Petersburger Protocolls zurück, obgleich er sie schon im Mai angekündigt hatte. Als aber die Beschlüsse von Alerman ausgeführt waren und ein russischer Gesandter Graf Ribeaupierre, sich in Constantinopel wieder eingefunden hatte, überreichte der Engländer das Actenstück erst vertraulich, dann am Jahrestage seiner Unterzeichnung, am 4. April 1827, officiell. Zornig nannte der türkische Minister dasselbe ein werthloses weißes Papier, dessen vertrauliche Mittheilung ihn unangenehm berührt hatte, während die amtliche ein beleidigender Schimpf sei; vergebens betonte er, daß Rußland durch den Vertrag von Alerman mittelbar auf jede Einmischung in die griechische Sache verzichtet habe; umsonst auch eilte Metternich ihm zu Hülfe und suchte der Einmischung dadurch die Spitze abzubreaken, daß er sich bereit erklärte, die gestellten Forderungen zu befürworten, sofern man

Das Peters-
burger Proto-
coll.

Janitscharen-
Rußland.

Vertrag von
Alerman.

Folgen des
Petersburger
Protocolls.

nur von Gewaltdrohungen abstehe und sich mit der gemeinsamen Abberufung der Gesandten begnüge. England und Rußland blieben fest auf ihrem Standpunct und hatten überdies Frankreich als Dritten für sich gewonnen. Da nun die Pforte sich unbedingt weigerte die Bildung eines griechischen Vasallenstaates zu gestatten, so mußten die drei Mächte einen Schritt weiter gehen. Auf Antrag Frankreichs wurde das Petersburger Protocoll am 6. Juli 1827 in den Londoner Vertrag umgewandelt; laut desselben erklärten die Unterzeichner für ihre Absicht: die Selbstverwaltung Griechenlands unter Oberherrslichkeit der Pforte erzwingen zu wollen, ohne darum ihre friedlichen Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Als erstes Mittel zur Erreichung dieser Absicht sollte eine alliirte Flotte dienen, die unter den Admiralen Codrington, de Rigny und von Heyden alle türkisch-ägyptischen Schiffsendungen von Menschen und Waffen abschneiden und somit Ibrahim zum Rückzug aus Morea zwingen sollte. Ob sich das ohne Anwendung von Gewalt erreichen lasse, mußte billiger Weise bezweifelt werden, und da somit „die Vollmachten der Admirale eines gewissen Spielraums bedurften“, so wurde ihnen dieser, wie es in dem englischen Actenstücke heißt, „in vollem Maße gewährt“.

Der Londoner
Vertrag.

So konnte jeder Tag einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen. In banger Besorgniß suchte Metternich die diplomatischen Fäden, die jeden Augenblick zu reißen drohten, von Neuem fester zu verschlingen. Die Gesandten der drei Alliirten waren noch in Stambul. Gemeinschaftlich mit dem preußischen verlangten sie am 16. August, daß die Pforte einen Waffenstillstand mit Griechenland eingehe, und erklärten, als diese Forderung abgelehnt war, ihre Souveräne würden nunmehr solche Maßregeln ergreifen, als die Umstände ihrer Weisheit eingäben. Die Frage, ob das eine Kriegsdrohung sei, verneinten sie, worauf der türkische Minister die Ansicht aussprach: mit solchen dummen Antworten wisse er Nichts anzufangen; jedenfalls heiße das, Baumwolle neben Feuer legen. Doch schüchterte ihn der geheimnißvolle Ernst und die Größe der Gefahr trotz alledem etwas ein, und als Metternich sich anschickte, ihm eine goldne Brücke zum Rückzug zu bauen, war er nicht abgeneigt, sie zu betreten. Dem österreichischen Staatskanzler leuchtete nämlich plötzlich ein neuer Hoffnungsschimmer; unerwartet und viel zu früh für England und Europa starb am 8. October 1827 George Canning. Das Schwanken der englischen Politik, das in Folge davon wenigstens zeitweilig eintreten mußte, sollte schnell benutzt und eine österreichische Vermittlung von der Pforte erbeten werden. Wirklich erreichte Metternich seinen sehnlichen Wunsch; der türkische Minister ersuchte ihn am 20. October um seine guten Dienste; Alles schien sich noch ordnen zu lassen. Eine kleine Comödie unterstützte Oestreichs Bemühungen; der griechische Patriarch hatte im September die Gnade des Sultans für 5 Provinzen, die zur Unterwerfung bereit seien und thatsächlich schon unterworfen waren, ansehen müssen; es ward ihnen gnädig Verzeihung ertheilt und somit der Beweis geliefert, daß die Pforte nicht unversöhnliche Rachege danken hege. Allein das Alles kam zu spät. Am demselben Tage,

Verhandlungen in
Constantinopel.

Cannings
Tod.

Oestreichs
Vermittlung.

an welchem der Sultan Metternichs Vermittlung erbat, am 20. October 1827, war es bei Navarino, an der Küste von Morea, zu einem furchtbaren Zusammenstoß der alliirten mit der türkisch-ägyptischen Flotte gekommen.

Der Seetrieg.

Die steigende Noth Ibrahim's und das dringliche Bitten der Pforte hatten den alten Mehemet veranlaßt, im Frühjahr 1827 eine neue große Flotte auszurüsten, um seinem Sohne Hülfe zu bringen. Der griechische Ober-Admiral Codrane, dessen Kräfte durch zwei Dampfer einen erheblichen Zuwachs erhalten, versuchte diese Rüftung durch einen Angriff auf den Hafen von Alexandrien im Reime zu ersticken; allein das Unternehmen kam zu spät; die Flotte war bereits im besten Verteidigungszustand; sie fuhr ihm aus dem Hafen entgegen und zwang ihn zum Rückzug; darauf trat sie selbst ihre Ueberfahrt an und erreichte, 92 Segel stark, am 7. Sept. 1827 Navarin, wo seit dem Mai auch ein türkisches Geschwader vor Anker lag. Alles in Allem befanden sich dort 126 Kriegsschiffe, die zum Auslaufen bereit waren und für deren erstes Ziel Hydra galt.

Die Flotten
bei Navarin

Mittlerweile war die alliirte Flotte unter Codrington in den griechischen Gewässern erschienen, und ihre Aufgabe, den Waffenstillstand zu erzwingen, schloß natürlich die Pflicht in sich, das Auslaufen der Aegypter und Türken zu hindern. Als Ibrahim Mittheilung von dieser Sachlage erhielt, entschloß er sich nach einigem Zögern zum Aufschub seiner Unternehmung und unterzeichnete am 25. September einen Vertrag, kraft dessen er versprach, bis zur Ankunft weiterer Befehle aus Stambul den Hafen nicht zu verlassen. Vergeblich suchte er dagegen von den Admiralen das Zugeständniß zu erlangen, daß sie auch Codrane in seinen Operationen hindern würden. Nach einigem Schwanken ertheilten sie ihm zur Antwort, sie müßten sich dem Theile anschließen, der den Waffenstillstand annehme; das hätten die Griechen gethan und damit seien sie diesen gegenüber nur im Stande, sie an der Ausdehnung ihrer Pläne auf neue Kriegsschauplätze zu verhindern. Natürlich gab Ibrahim dieser Auffassung nicht seine Zustimmung, und als daher die Nachricht eintraf, eine griechische Flotte unter Hastings habe bei Salona im Busen von Korinth eine türkische Flottille geschlagen, erklärte er den Vertrag vom 25. September für gebrochen und ließ einen Theil seiner Schiffe unter Mustafa auslaufen. Indeß Codrington verhinderte diesen Versuch, trotzdem er dreimal unternommen wurde, und zwang die Türken zur Rückkehr, wobei es schon zu einigen Schüssen kam. Während dieser Zeit kamen von Constantinopel die erbetnen Weisungen; Ibrahim wurde befohlen, den Waffenstillstand zu verwerfen und zunächst Morea völlig zu unterjochen, wobei ihn Riutagi unterstützen werde. Demgemäß brach Ibrahim in drei Haufen, zusammen 17,000 Mann stark, von Navarino auf und begann mit einer barbarischen Verwüstung von Messenien, dessen Wohlstand er durch die Vernichtung von 60,000 Feigen- und 25,000 Delbäumen auf Jahrzehnte zerstörte. Codringtons Antwort auf diese zwecklose Gräueltthat war ein Ultimatum vom 13. October, daß die sofortige Räumung von Morea und die Heimfahrt der

Ibrahim's
Verhalten.

Verwüstung
Messenien's.

ägyptischen Flotte forderte; und als ihm darauf geantwortet wurde, Ibrahim sei zur Zeit abwesend von Navarin und nicht gleich aufzufinden, beschloß er nach Abhaltung eines Kriegsrathes auf offener See, in den Hafen von Navarino einzulaufen. Auf die Vorstellung des türkischen Admirals, wenigstens nur mit einem Theil seiner Schiffe diese Drohung auszuführen, erwiederte er, er sei gekommen, Befehle zu ertheilen, nicht zu empfangen. Am 20. October Mittags lichtete er die Anker. Die Feinde, 82 Segel mit 2000 Kanonen stark, lagen in Hufeisenform in dem rings von hohen Felsen umgebenen Hafen; Codrington verfügte über 26 Schiffe mit 1270 Kanonen. Eins seiner Schiffe, die Dartmouth, forderte einen feindlichen Brander auf, ihm Platz zu machen; als dies verweigert wurde, setzte sie ein Boot aus, jenem die Untertaue zu durchhauen. Darüber entbrannte Nachmittags gegen $\frac{1}{3}$ Uhr die Schlacht. Eine furchtbare Kanonade erschütterte bald die steilen Felsenwände, während endlose Trümmer die Fluten bedeckten. Nach wenig mehr als 2 Stunden waren 60 feindliche Schiffe gesprengt oder zusammen geschossen, 6000 Feinde getödtet. Aber auch die allirte Flotte, wenn gleich ihr Verlust an Todten und Verwundeten nur 540 Mann betrug, hatte schwer gelitten und mußte die heimischen Docks aufsuchen. Deshalb erneuerte Codrington nicht die Forderung, Morea zu räumen, sondern verließ am 24. October den Kampfsplatz; die türkisch-ägyptische Flotte folgte seinem Beispiel im December, aber beladen mit reichlicher Beute, während andre Schiffe dem zurückbleibenden Ibrahim neue Zufuhr brachten.

Die Schlacht
von Navarin.

Das Ereigniß von Navarin war doch allseitig sehr unerwartet gekommen, die Aufnahme der Nachricht sehr verschieden; in Petersburg versteckte sich hinter dem erheuchelten Bedauern herzliche Freude; in Paris machte man aus seiner Zufriedenheit gar kein Geheim; in England dagegen unterdrückte das Tory-Ministerium Wellington, das nach Canning's Tode eingetreten war, nur mühsam seinen Aerger über das „unwillkommene Ereigniß“ und berief Codrington voller Zorn ab. Und nun gar Metternich, dem der glänzende Triumph, die österreichische Vermittlung, so unerwartet zwischen den Fingern zer-rann! Kaiser Franz meinte, die That trüge alle Zeichen des Neuchelmordes an sich. In Constantinopel bewies man bei den ersten Gerüchten eine vorsichtige Zurückhaltung. Als die drei Gesandten am 30. October die Anfrage stellten, wie man eine Feindseligkeit der allirten Flotte gegen Ibrahim auffassen werde, falls dieser sich nicht gefügt habe, lautete die Antwort: ein ungeborenes Kind, dessen Geschlecht man nicht kenne, habe noch keinen Namen. Als dann aber am 2. November die antliche Nachricht eintraf, erklärte der Minister: der Name sei gräßliche Gewaltthat, für die er feierlich Rechenschaft fordere. Natürlich wurde sein Verlangen, das auf Entschädigung und Mißbilligung gerichtet war, abgelehnt, und da weitere Verhandlungen ebenso natürlich ohne Erfolg blieben, so reisten die drei Gesandten, nachdem sie vergeblich ihre Pässe gefordert, im December ohne dieselben von Stambul ab; unmittelbar darauf erfolgte die Austreibung

Einbruch derselben.

Bruch der drei
Mächte mit
der Alliance.

aller Engländer, Franzosen und Russen, die Verbannung von 12,000 katholischen Armeniern nach Angora, ausgedehnte Rüstungen zu Land und Meer und ein feierlicher Aufruf an alle Moslemin, ihre Religion und ihre Existenz gegen die Ungläubigen zu verteidigen.

So waren die Sachen denn bis zum Aeußersten gediehen; ein Krieg der Allirten gegen die Türkei schien unvermeidlich; in Griechenland, dem hart bedrängten, erwachte neue Hoffnung. Mit düsterer Ergebung hatte es schon begonnen seinem Untergang entgegen zu sehn; denn überall fast, in Ost- und West-Hellas wie in Morea und auf den größeren Inseln, hatten die Türken ihre Obmacht wieder hergestellt; erschöpft waren die Mittel, ihnen Widerstand zu leisten; tobt die Helden der ersten hoffnungsfrohen Jahre; erloschen die Begeisterung unter der Wucht des Unglücks. Und wem verbannte Hellas nun den neuen Hoffnungsschimmer? Den Völkern Europas und nicht seinen Regierungen. „Keiner der drei Verbündeten Monarchen würde es gewagt haben, seinem Admiral den Befehl zum Kampf zu erteilen. Selbst Nikolaus würde vor der Verantwortung zurückgeschreckt sein. Es war die öffentliche Meinung Europas, welche die widerstrebenden Höfe erst zur friedlichen Vermittlung zwischen den streitenden Theilen veranlaßte, und welche schließlich die Admirale, da sich jene Vermittlung als unlösbarer Widerspruch herausstellte, zu der blutigen That von Navarino fortriß. Der Philhellenismus hatte bewiesen, daß er keineswegs ein bloßes Traumbild frommer Schwärmer, sondern daß er eine Macht sei; und während, erstaunt und bestürzt, die Cabinette schwiegen, jubelten die Völker und ein tiefes Aufathmen der Freude ging durch die Christenheit.“

Natürlich konnten sich die drei Regierungen den Folgen ihrer Handlungsweise jetzt nicht mehr entziehen; doch war ihre Lage nicht gleich. Am meisten gereizt war Rußland, gegen welches der Aufruf der Pforte vom 12. December die ärgsten Beleidigungen enthielt, also gerade die Macht, welche von einem Kriege zugleich unmittelbare Vortheile erhoffen konnte. Kaiser Nikolaus schwankte daher nicht lange, auf jenes Manifest mit einer Kriegserklärung zu antworten (26. April 1828). England und Frankreich begnügten sich damit, ihr bisheriges Ziel festzuhalten, und zunächst die Aegypter zum Abzug aus Morea zu nöthigen. Zu dem Zweck wurde von den drei Mächten, deren Gesandte in London zu einer ständigen griechischen Conferenz zusammentraten, am 19. Juli 1828 die Entsendung einer französischen Armee nach Morea beschlossen. Aber noch ehe dieselbe sich eingeschifft hatte, erreichte Godrington die Räumung Moreas durch eine Fahrt, die er auf eigene Verantwortlichkeit mit seiner Flotte nach Alexandria antrat. Mehemet Ali war klug genug, es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen und willigte am 9. August 1828 in einen Vertrag, kraft dessen er seinen Sohn Ibrahim zurückrief, ohne daß es zu neuem Blutvergießen gekommen wäre. Dadurch ward Morea von allen Feinden befreit und die Ankunft des Generals Maison, der trotzdem am 30. August mit 8000 Mann in Petalidi landete, hatte für Griechenland höchstens noch den Vortheil, daß es

Die Expedition
nach Morea.

seine eigenen Truppen aus der Halbinsel nach Hellas schicken und dort gegen die Türken verwenden konnte. Denn hier und soweit sie die Inseln unterworfen hatten, dauerte die Herrschaft der Türken fort, und bedrohte folglich auch die Unabhängigkeit Morea's, sobald dieselbe nicht mehr durch die französischen Waffen geschützt, oder noch nicht von der Pforte rechtlich anerkannt war. Einige nicht unbedeutende Erfolge trugen denn auch die griechischen Waffen noch davon, obgleich der Krieg sehr zögernd geführt werden mußte, da die drei Verbündeten trotz allem Vorgefallenen noch immer an dem Londoner Verträge festhielten und also die Einstellung der Feindseligkeiten forderten. Besonders wichtig war der Fall einiger Festungen, wie Patras und Mesolonghi, Anfangs 1829, und die endliche Eroberung Böotiens durch Ipsilanti's. Diesem war es auch vergönnt, im September desselben Jahres den Sieg in dem letzten größeren Kampfe, der den Türken geliefert wurde, zu ersehen, indem er bei Petra ein nach Attika vorgedrungenes feindliches Corps zurückschlug. Von da ab ruhten die Waffen, da der Sultan in dem Frieden mit Rußland, von dem sogleich näher die Rede sein wird, die Bedingungen angenommen hatte, welche von der Londoner Conferenz in dem Protocoll vom 22. März 1829 aufgestellt waren. Danach sollte Hellas eine erbliche Monarchie werden, zugleich aber der Türkei tributpflichtig bleiben. Als Grenze war im Norden eine grade Linie zwischen den Büsen von Arta und Volo bestimmt, von den streitigen Inseln sollten Kreta und Samos der Pforte gelassen werden. Die Auswahl des ersten Königs behielten die drei Mächte sich vor in Uebereinstimmung mit dem Sultan zu treffen.

Ende des
Krieges.

Der russisch-türkische Krieg.

Um diese immerhin bescheidenen Forderungen durchzusetzen, mußten die Russen zwei Feldzüge bestehen, die nicht ohne ernstliche Gefahren waren. Nachdem Feldmarschall Wittgenstein im Mai 1828 den Pruth überschritten, war ein mehrmonatlicher Festungskrieg gefolgt, der nur zwei bedeutendere und mühsam errungene Ergebnisse herbeiführte. Im Juni wurde von den Donauvesten Jbrail zur Uebergabe gezwungen und im October folgte Warna an der Balkanlinie. Aber weder der eine noch der andre Gürtel war damit völlig in der Hand der Russen; denn in dem äußeren, an der Donau, hielten sich noch Widdin und Silistria, in dem inneren, am Balkan, das wichtige Schumla, der eigentliche Schlüssel zu den Pässen des Gebirges. Eine offene Feldschlacht hatten die Türken mit Geschick zu vermeiden gewußt und auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in der asiatischen Türkei, wo Paskeuitch die Russen befehligte, waren zwar das wichtige Kars und einige andre Festungen gefallen, aber entscheidende Schläge doch noch weniger als in Europa erfolgt. Dieses langsame Vorrücken hatte Metternich im Winter 1828 auf 29 noch einmal Muth gemacht, die Fortsetzung des Krieges zu vereiteln. Er hatte sich an Frankreich und England gewandt, die Befreiung Moreas

Der Feldzug
von 1828.

Metternich's
Einmischungs-
versuche.

als Thatfache hingenommen und von ihnen gefordert, daß sie Oestreich unterstützen sollten, wenn es Rußland Halt gebiete. Sollte es darüber, was Metternich nicht befürchtete, zum Kriege kommen, so wurde als Preis der französischen Hülfe das linke Rheinufer in Aussicht gestellt. Aber selbst um dieses Zugeständniß war Frankreich nicht Willens von seiner bisherigen Politik abzulassen; allein wagte Metternich es nicht, sich in solche Abenteuer zu verstricken, und so gab er seinen Einmischungsplan auf und leugnete ihn vor dem russischen Gesandten, der von Allem genau unterrichtet war, vollständig ab. Nikolaus war zufrieden, diesen Zwischenfall so glücklich beseitigt zu sehen; er fühlte, daß er alle seine Kräfte brauche, um den türkischen Krieg glücklich zu beenden, und scheute selbst ein Zurückweichen nicht, wenn er dadurch einer neuen Verwicklung entgehen konnte. Das zeigte sich im Frühjahr 1829 Persien gegenüber. In Teheran hatte der russenfeindliche Pöbel den als Dichter berühmten russischen Gesandten Gribojedow mit dem ganzen Gesandtschaftspersonal ermordet. Zu andern Zeiten würde das ein erwünschter Anlaß gewesen sein um den kaum beendeten Perserkrieg wieder zu beginnen; jetzt begnügte sich der Czar mit einer demüthigen Abbitte, welche der Enkel des persischen Schahs, Chokrew Mirza, in Petersburg leistete. Mit möglichstem Nachdruck wurde der Krieg 1829 auf beiden Schauplätzen, in Europa und in Asien, wieder aufgenommen. Hier draug Pastjewitsch siegreich in Armenien vor und eroberte am 9. Juli Erzerum; dort übernahm an Wittgensteins Stelle Graf Diebitsch den Oberbefehl. Einige Schlappen, die sein Unterfeldherr, General Roth, der Schumla belagerte, erlitt, führten in ihren Folgen zu einem glänzenden Siege der Russen. Reschit-Pascha nämlich, derselbe, den wir als Riutagi vor Mesolonghi und Athen haben kennen lernen, ließ sich durch seinen Sieg verleiten, die Russen unter Roth zu verfolgen und seinen Stützpunkt Schumla zu verlassen. Diesen Fehler benutzte Diebitsch, der vor Silistria stand, um durch einen Flankenmarsch einen Theil seines Heeres zwischen Schumla und die Türken zu schieben. Als nun Reschit dies bemerkte und sich nach Schumla zurückwandte, kam es am 11. Juni 1829 zu der achtfündigen blutigen Schlacht von Rulewitschi, in der die ganze feindliche Armee zersprengt wurde und der Großvezier selbst kaum der Gefangenschaft entging. Die Folge davon war einerseits der Fall von Silistria am 30. Juni und andererseits der Uebergang über den Balkan, der jetzt, wo kein feldtüchtiges Heer mehr in Schumla stand, auch von dort aus nicht ernstlich behindert werden konnte. Schwierig blieb das Ueberschreiten des unwegsamen Gebirges freilich auch so und mit schweren Opfern mußte es erkaufte werden; dafür durfte es aber auch als der Anfang vom Ende des Krieges gelten und wenn Diebitsch durch einen Ehrennamen belohnt werden sollte, so nannte Nikolaus ihn mit Recht Sabalkansky. Die Türken ergriff jetzt wirklicher Schrecken, und verblendete sie so, daß sie die Schwäche des russischen Heeres durchaus nicht erkannten. Ohne Widerstand räumten sie Adrianopel, wo Diebitsch am 20. August seinen Einzug hielt, und sahen den russischen General schon im Geiste vor den Thoren Stam-

Die persische
Verwicklung.

Der Feldzug
von 1829.

Schlacht bei
Rulewitschi.

Diebitsch in
Adrianopel.

bulß. Die Widerstandskraft des Reiches war gebrochen; derselbe mohammedanische Fatalismus, der so oft die Türken mit rücksichtsloser Todesverachtung erfüllt hatte, trieb das Volk jetzt zu ruhiger Ergebung in sein Schicksal, das ihm als gerechte Strafe für die europäischen Reformen des Sultans Mahmud erschien. Selbst die Entfaltung der Fahne des Propheten, die sonst die Menge begeistert hatte, übte keine Wirkung. Obendrein rafften die Ueberbleibsel der Janitscharen sich zusammen und begannen neue Meutereien, die blutig erstickt werden mußten. So entschloß sich der Sultan zum Frieden, während kräftiger Widerstand ihm den sichersten Erfolg verhiess. Denn Diebitsch hatte kaum 20,000 Mann zu seiner Verfügung und England, durch das russische Vordringen erschreckt, war entschlossen es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, sondern im letzten Augenblick seine bewaffnete Vermittlung den Russen aufzubringen. Diebitsch erkannte seine Lage eben so deutlich, wie der Sultan die seinige mißkannte. Er bewog den preussischen Militärbevollmächtigten, General von Müßling, in Constantinopel seine Vermittlung anzubieten, behielt aber selbst den Türken gegenüber seine stolze, siegesgewisse Sprache so erfolgreich bei, daß diese vollkommen getäuscht wurden und kein anderes Mittel versuchten, um die harten Bedingungen zu mildern, als daß sie die guten Dienste Preußens anriefen. Der königliche Gesandte von Roher reiste auch wirklich selbst nach Adrianopel, um sich bei Diebitsch zu verwenden; aber großen Eifer entwickelte er dabei nicht, sondern war vielmehr bemüht, nachdem er ein paar kleine Zugeständnisse errungen, auf die Türken zu drücken. So entschlossen sich diese denn am 14. September 1829 zum Frieden von Adrianopel, in welchem sich Rußland Abtretungen an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres und die Festung Kars, sowie die sandigen Inseln an der Donaumündung ausbedang, alle andern Eroberungen aber zurückgab. In Bezug auf die Schiffsfahrtsfreiheiten, in denen es mit der Pforte lag, wurden ihm bedeutende Zugeständnisse gemacht, von denen die freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen allen Völkern zu Gute kam. Für die Donaufürstenthümer wurden die Bestimmungen des Vertrages von Alkerman erneuert und darüber hinaus noch die Würde der Hospodaren lebenslänglich gemacht, den Mohammedanern neue Ansiedelungen untersagt und die Schleifung aller Festungen am linken Donauufer zugestanden. Was endlich Griechenland betraf, so mußte die Pforte seine Unabhängigkeit nach Maßgabe des Londoner Protocolls vom 22. März anerkennen.

Der Friede
von Adria-
nopel.

Das Königreich Griechenland.

Der Bestand des neuen Staates war damit noch keineswegs gesichert. Weder das Vasallenverhältniß, in dem sie zu der Pforte stehen sollten, noch die Grenzen, die ihnen zugedacht waren, befriedigten die Hellenen, und obendrein waren die inneren Zustände noch immer nicht besser geworden. Kapodistrias hatte sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Statt versöhnlich aufzutreten, hatte er alle

Kapodistrias'
Präsident-
schaft.

Parteien vor den Kopf gestoßen. Seine gründliche Verachtung des Fraktionsgeistes, der Hellaß zerrüttete, konnte man ihm gewiß nicht zum Vorwurf machen; wohl aber, daß er sie offen an den Tag legte und daß er selbst im Grunde doch auch mehr von Eigensucht als von Vaterlandsliebe geleitet wurde. Ich kenne euch schon, war bei Vorstellungen seine öfter wiederholte Anrede: ihr seid alle Kasten und Lügner! Oder: ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauscht und Ziegen und Schafe gestohlen; das sind eure Heldenthaten! Ohne Ansehen der Person und der Partei beleidigte er alle, die bis dahin eine Rolle in Griechenland gespielt, beraubte sie des Einflusses, den sie genossen, und setzte seine Geschöpfe an ihre Stelle. Nicht daß er dictatorische Gewalt zu erwerben suchte, war ihm zum Vorwurf zu machen; denn eine aufgeklärte Dictatur war vielleicht das Beste, was Griechenland zu Theil werden konnte; sondern daß er dabei jede Klugheit aus den Augen setzte und statt versöhnlich nur verlegend auftrat. Mit offenen Armen hatte ihn das Land aufgenommen, als er im Januar 1828 endlich angekommen war. Nach seinem Wunsche ging die Nationalversammlung sofort auseinander und überließ ihm eine Machtbefugniß, wie er sie nicht größer verlangen konnte. Auch als er ein Jahr später eine neue Vertretung des Volkes berief, genoß er trotz der unbedeutenden Erfolge, die er erzielt hatte, noch solches Vertrauen, daß 36 Bezirke ihn selbst zu ihrem Abgeordneten erkoren und daß ihm die Versammlung in allen Stücken willfährig war. Dafür forderte man nun aber auch, daß er seinen vermeintlichen Einfluß bei den Schutzmächten zur Erlangung der vollen Unabhängigkeit und besserer Grenzen verwerthe. Natürlich wünschte Kapodistrias auch Beides durchzusetzen; aber er wußte recht gut, daß, wenn er dies erreicht, seine Rolle ausgespielt sei und irgend ein europäischer Prinz den neuen Thron besteigen werde, und diesen Augenblick zu beschleunigen lag ihm keineswegs am Herzen. Zum Schein hatte er freilich selbst schon Ende 1828 den Prinzen Leopold von Coburg vorgeschlagen und da dieser seine Geneigtheit im Allgemeinen zu erkennen gegeben hatte, so bot die Londoner Conferenz ihm am 3. Februar 1830 die Krone an. Die Abhängigkeit von der Pforte wurde ihm dabei nicht mehr zugemuthet, wohl aber waren, um den Sultan dafür zu entschädigen, die Grenzen des neuen Königreiches jetzt enger gezogen als in dem Protocoll vom 22. März. Das bewog den Prinzen zu zaudern und Bedingungen zu stellen und überhaupt keine große Lust mehr zur Annahme der Krone zu zeigen. Im Laufe der Verhandlungen fand er sich dann zwar bereit, die Bedingungen in bloße Bemerkungen zu verwandeln und nur eine als Forderung aufrecht zu erhalten, die Bürgschaft für eine Anleihe von 60 Mill. Francs. Aber als diese bereits genehmigt war und Alles in Ordnung zu sein schien, trat er plötzlich vollständig von seiner Bewerbung zurück. Allgemein machte man ihm einen bittren Vorwurf daraus und glaubte, der wahre Antrieb sei die Hoffnung gewesen, bei der plötzlichen schweren Erkrankung seines Schwiegervaters Georgs IV. Regent von England zu werden. Allein durch eine so zweifelhafte Aussicht hätte sich ein

Prinz Leopold
v. Coburg.

Mann von Leopolds politischem Scharfblick nicht fördern lassen; was ihn zu dem plötzlichen Bruche bewog, waren vielmehr Briefe von Kapodistrias, der ihm vorstellte, wie seine Lage von vorn herein ganz verzweifelt sein werde, wenn er nicht bessere Grenzen mitbringen und eine Befragung des Volkes über seine Wahl erwirke. Beide Forderungen aber hatte die Conferenz ihm schon vorweg rund abgeschlagen. So gewiß nun Leopold unter diesen Umständen für sein persönliches Wohl nichts Klügeres thun konnte, als auf die dornenreiche Krone zu verzichten, ebenso gewiß war dieser Verzicht für Griechenland ein Unglück und Kapodistrias' Warnung nur ein Ausfluß des Eigen-
Rapodistrias' Ausgang
 nuzes und des Wunsches die Königswahl möglichst lange hinauszuschieben, um selbst möglichst lange Präsident zu bleiben. Er ahnte nicht, daß er damit an seinem eigenen Verderben arbeite. Die Feindschaften gegen ihn mehrten sich mit jedem Tage; es war ein dankbarer Vorwurf, den seine Gegner erhoben, daß er das Königthum Leopolds vereitelt habe. Denn wirklich hatten die Griechen mit Sehnsucht dem neuen Herrscher entgegengesehen und nun verzögerte sich eine Ersatzwahl um so länger, als durch den Sturz der Bourbonen im Juli 1830 die Thätigkeit der Londoner Conferenz auf geraume Zeit gelähmt wurde. Während dessen wuchs der Unfriede in Hellas; Kapodistrias wurde immer heftiger und härter; es kam bereits zu Aufständen, die gewaltsam unterdrückt werden mußten, ja in Hydra bildete sich im Sommer 1831 eine förmliche Gegenregierung, der Männer von höchstem Ansehen, wie Mavrotordatos, Konduriottis, Miaulis, angehörten. Durch einen kühnen Handstreich bemächtigte sich der letztere am 30. Juli der griechischen Flotte, die bei der Insel Poros lag, und bedrohte dadurch die Macht des Präsidenten im höchsten Grade. Diesem war unter solchen Umständen jedes Mittel recht; er wandte sich an den russischen Admiral Nikord mit dem Ersuchen, ihm gegen die Hydrioten zu helfen, und erlebte den Triumph, daß dieser ihm willfahrte, dem Miaulis einen Theil der Schiffe wieder abnahm und denselben so bedrängte, daß er die übrigen, um sie nicht in russische Hände fallen zu lassen, am 13. August in Brand steckte. Aber nicht lange sollte sich Kapodistrias dieses Erfolges freuen. Ein Aufstand unter den Mainoten, die sich die Erben der alten Spartaner zu sein rühmten, hatte ihn veranlaßt, fast die ganze Familie Mavromichalis, die angesehenste in jenem Verglande, verhaften oder doch in Nauplia bewachen zu lassen; ihr Haupt, den tapfren Petrobei, hielt er eingekerkert; fruchtlos verwandte sich selbst Nikord für ihn, gerührt durch die Bitten der 86jährigen Mutter des Gefangenen, welche 49 Glieder ihres Hauses für die Freiheit des Vaterlandes hatte fallen sehen. Da beschloßen Petrobei's Bruder und Sohn, Konstantin und Georgios Mavromichalis, die Ermordung des Tyrannen. Als er am 9. October 1831 zur Kirche ging, feuerte der Eine sein Pistol auf ihn ab, der Andre stieß ihm den Dolch ins Herz. Beide büßten ihre That mit dem Leben; der Bruder wurde von dem Volke an Ort und Stelle getödtet, der Sohn vor der Gefängnißzelle des greisen Vaters erschossen. An Rapodistrias' Stelle trat sein

Augustin Kapodistrias.

Bruder Augustin, dem Kolokotronis und Kolettis beigeordnet wurden. Allein dieser war der schwierigen Aufgabe noch weniger gewachsen; Kolettis fiel von ihm ab und bildete mit Ipsilantis und Zaimis eine Gegenregierung; ein neuer blutiger Bürgerkrieg brach aus und nach wenigen Monaten, am 9. April 1832, sah sich Augustin zur Abdankung genöthigt. Zwei Jahre waren nun seit Leopolds Ablehnung von Neuem verstrichen und endlich hatte die Londoner Conferenz einen Ersatz gefunden. Mühsam genug war es gewesen. Die Fürstensöhne drängten sich nicht nach der neuen Krone und die, welche sie hätten annehmen mögen, erweckten politische Eifersucht bei der einen oder der andern Großmacht. Endlich fiel am 7. Mai 1832 die Wahl auf den zweiten Sohn des Königs Ludwig von Baiern, den Prinzen Otto, und wenn seine Jugend in mancher Hinsicht Bedenken erregen konnte, so sicherte ihm die treue Anhänglichkeit, welche sein Vater stets für die griechische Sache gezeigt, doch zunächst wenigstens einen freundlichen Empfang. Die Bedingungen, welche man Leopold abgeschlagen hatte, gestand man ihm theilweise zu, man kehrte wieder zu der ersten Grenzlinie von Arta bis Volo zurück, ließ seine Wahl durch die griechische Nationalversammlung bestätigen und verbürgte auch ihm die nöthige Anleihe. Bis zu seiner Volljährigkeit sollte eine bairische Regentschaft, aus dem Grafen Armandsparg, von Maurer und Heydeck bestehend, das Land verwalten; 3500 Baiern wurden ihm als Kern eines geordneten Heeres mitgegeben; auch an finanzieller Unterstützung ließ es König Ludwig nicht fehlen, indem er aus der bairischen Staatscasse während der ersten 6 Jahre seinem Sohne 1,800,000 Gulden zufließen ließ, die er 1849, als die bairische Kammer dieses eigenmächtige Verfahren entdeckte, aus seinem Privatvermögen ersetzen mußte. Allein trotz dieser Unterstützung war der junge König nicht auf Rosen gebettet. Der jubelnde Empfang, der ihm bei seiner Landung in Nauplia am 6. Febr. 1833 zu Theil wurde, verrauschte bald; die Parteiungen wurden dadurch, daß die Regentschaft keine neue Nationalversammlung berief, wohl verheimlicht, aber nicht unterdrückt, und einsichtsvolle Baiern mußten bald zu der Ueberzeugung kommen, daß trotz aller vortrefflichen Gesetze, mit denen besonders der Staatsrath Maurer das Land beglückte, und auch nachdem König Otto in seiner neuen Residenz Athen, das er schon 1833 zur Hauptstadt machte, am 1. Juli 1835 selbst die Regierung übernommen, nicht eher Ruhe in dem zerklüfteten Lande möglich sei, ehe nicht „zehn Griechen mehr, als auf der Welt sind, gehangen seien“.

Prinz Otto
von Baiern.

Die Regentschaft.

Der Petersburger Dekabristen-Aufstand.

Die Lösung
der Heiligen
Allianz.

Wir haben die Sache Griechenlands bis zu diesem Zeitpunkt, wo sie aufhört eine allgemein europäische zu sein, verfolgen müssen und kehren nun in der Darstellung bis zu dem Punkte zurück, wo sie das System der Heiligen Allianz zu lockern begann. Das geschah bereits zu den Lebzeiten Kaiser Alexanders; dennoch würde ihre völlige Auflösung wohl noch länger hintertrieben worden sein, wenn nicht

die Thronbesteigung des Czaren Nikolaus auf russischer Seite die Werthschätzung des bisherigen Verhältnisses völlig beseitigt hätte. Alexander hatte in jeder revolutionären Zuckung, die er in seinen oder in andern Staaten wahrnahm, einen Antriebe mehr gesehen, den Frieden Europas ängstlich zu wahren, und hatte eben dadurch Oestreich zur vorherrschenden Macht in der Heiligen Allianz gemacht. Nikolaus wurde bei seinem Regierungsantritt von einer so kräftigen Meuterei begrüßt, wie sie Alexander nicht erlebt hatte; aber er ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern war vielmehr bedacht, den unzweifelhaft in Rußland vorhandenen revolutionären Geist durch einen auswärtigen Krieg auf andre Bahnen abzulenken. Durch Alexanders Scheu vor kräftigem Durchgreifen begünstigt, hatte sich ein vollständiges Netz von Verschwörungen über das ganze Reich ausgebreitet; das Ziel, nach dem man strebte, war eben so wenig überall das gleiche, wie die Mittel. Während den Einen eine constitutionelle Monarchie genügte, schwebte den Andern der Traum einer Republik vor; während die Einen, wie Nikolaus Turgenev, durch Verbreitung der Bildung nach und nach ihr Ideal ermöglichen wollten, fannen die Andern, an deren Spitze der Oberst Pestel stand, auf einen plötzlichen Umsturz des Bestehenden, auf eine militärische Revolution. Gegenüber den polnischen Vereinen, die nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes trachteten, richteten andre ihre Wünsche auf die Begründung eines großen slawischen Bundesstaates nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika. Außerhalb der Armee hatten alle diese Pläne wenig Anhänger; im Offiziercorps dagegen, und besonders in dem Theile, der bis 1818 in Frankreich gestanden hatte, war das Streben nach Neuerungen weit verbreitet. Schon in den letzten Jahren Alexanders war zwischen den geheimen Gesellschaften eine Annäherung und zum Theil eine Verschmelzung herbeigeführt worden. Doch standen, abgesehen von den Polen, sich immer noch zwei verschiedene Richtungen scharf gegenüber, die monarchische des nördlichen Bundes, der in Petersburg seinen Sitz hatte, und die republikanische des Südbundes, dessen Mittelpunkt die Festung Tultschin war. Der mehrmals gehegte Plan, schon bei Alexanders Lebzeiten den Aufstand zu beginnen, war immer an zufälligen Umständen gescheitert; jetzt verlor der unerwartete Tod des Kaisers und die Verwirrung, zu welcher die Thronfolge Anlaß gab, die Verschworenen in Petersburg umgekehrt zu einem übereilten Losbruch. Der rechtmäßige Nachfolger des Czaren war sein Bruder Constantin; aber theils seine gänzliche Unfähigkeit, theils der Umstand, daß er sich 1820 von seiner ebenbürtigen Gattin scheiden ließ und die polnische Gräfin Grudsinzka heiratete, hatten den Gedanken hervorgerufen, die Erbfolge auf den nächsten Bruder, Nikolaus, den Gemahl der preussischen Prinzessin Charlotte (geboren 1796), übergehen zu lassen. Constantin selbst war es, der diesen Vorschlag machte und am 2. Februar 1822 des Kaisers Zustimmung erwirkte. In dreifacher Ausfertigung wurde sein Verzicht in Petersburg und Moskau niedergelegt, der ganze Vorgang aber so geheim gehalten, daß selbst Nikolaus wenigstens officiell

Russische Ge-
heimbünde.

Die Thron-
folge.

Nikolaus ver-
hätten bei
Alexanders
Tod.

Nichts davon erfuhr. Vergebens drängte einer der wenigen Mitwisser, der Graf Goltzin, den Kaiser vor seiner letzten Abreise von Petersburg, den Schleier zu lüften; Alexander meinte in seiner frommelnden Art: Ueberlassen wir das Gott; er wird es besser machen, als wir schwachen Menschen vermöchten. Als nun die Nachricht von des Czaren Tode in der Hauptstadt eintraf, huldigte Nikolaus sogleich seinem Bruder Constantin, der als Vicelkönig in Warschau residirte, und nahm den Gardien für ihn den Eid ab. Erst als dies geschehen war, entsiegelte man die Urkunde, welche Nikolaus zum Nachfolger bestimmte. Aber auch jetzt weigerte sich dieser, den Thron zu besteigen, so lange nicht die erneute Zustimmung seines Bruders eingetroffen sei, indem er es für sehr zweifelhaft erklärte, welches Opfer größer sei, der Verzicht oder die Annahme der Krone. Man thut wohl nicht Unrecht, die Neigung zu schauspielern, die man dem neuen Czaren allgemein zuschrieb, wie gesichtlich er sich auch dagegen zu verwahren pflegte, auch in diesem seinem Verhalten wiederzufinden. Er mochte von der Ernstlichkeit von Constantins Entschluß so fest überzeugt sein, daß er durch seine erheuchelte Bescheidenheit und Großmuth keine Gefahr zu laufen befürchtete, und daß er, wenn auch nicht amtlich, doch vertraulich lange von seiner Erhebung zum Nachfolger wußte, kann unmöglich bezweifelt werden, da die Sache schon seit Jahren für die diplomatischen Kreise in Berlin kein Geheimniß mehr war. Die ablehnende Haltung, welche er trotzdem einnahm, machte den Verschworenen in Petersburg Muth, einen Schlag zu wagen. Als Mittel, um auf die Truppen zu wirken, diente ihnen der doppelte Eid, der binnen weniger Tage erst für Constantin, dann für Nikolaus gefordert wurde; den letztern stellten sie als einen Bruch des erstern dar. Als daher am 26. December 1825 die Huldigung stattfinden sollte, verweigerten mehrere Regimenter dieselbe, zogen mit fliegenden Fahnen auf den Platz vor dem Staatsgebäude und ließen Constantin und die Constitution, von der man ihnen gesagt, sie sei Constantins Frau, leben. Nikolaus entwickelte in dieser Lage, die freilich kaum gefährlich zu nennen war, die nöthige Entschlossenheit; wenn er auch nur Eine Stunde Kaiser sein sollte, so wolle er doch zeigen, daß er würdig gewesen, es zu werden. Bald waren die Meuterer von Truppen umzingelt und der Ausgang gesichert. In einem mäßigen Verzuge lag keine Gefahr mehr, und der junge Czar konnte also nach Bedürfniß den Menschenfreundlichen spielen und die größte Abscheu vor Blutvergießen an den Tag legen. Erst als der General Miloradowitsch, der die Meuterer zum Gehorsam ermahnte, von einem der Verschworenen niedergeschossen war, als die Patriarchen von Petersburg und Kiew in vollem Ornat vergeblich zur Unterwerfung aufgefordert hatten, als die Dunkelheit hereinbrach und längeres Zögern hätte verderblich werden können, erging der Befehl, die Kanonen zu lösen, und drei Kartätschenladungen genügten, um die Aufständischen zu bezwingen. Mit großer Schnelligkeit und Sicherheit wurden sodann die Befehle der Verhaftung der Rädelsführer sowohl in Petersburg wie in Tultschin und anderen Orten ausgeführt. Ein außerordent-

Der Aufstand.

licher Gerichtshof leitete die Untersuchung; Pestel und vier andre büßten am Galgen ihre That, die übrigen Defabristen, wie man die Verschwörer nannte, wanderten nach Sibirien. Für den moralischen Zustand der Armee war die Meuterei ohne Zweifel eine glückliche Krisis; mochte noch mancher Gährungsstoff zurückgeblieben sein, so fehlten den Unzufriedenen jetzt doch die Führer, und es ließ sich mit Grund hoffen, daß der immer näher rüdende Türkentrieg das angefangene Werk vollenden und den guten Geist im Heere wieder völlig herstellen werde.

Deutschland und der Zollverein.

Jedenfalls konnte Nikolaus jetzt nach außen mit ganz andrer Kraft auftreten als Alexander in den letzten Jahren, oder als er selbst es gekonnt, wenn das Gift der Verschwörung im Geheimen sich weiter verbreitet hätte. Daß sein Bestreben zunächst auf die Schwächung Oestreichs abzielte, lag in den Verhältnissen völlig begründet, und damit waren zugleich die Wege angegeben, die er wandeln mußte. In der großen Politik mußte er mit England und Frankreich so weit irgend möglich zusammengehen, in Deutschland mußte er Preußen und die Mittelstaaten an sich zu fesseln suchen. In Berlin durfte er in Folge seiner verwandtschaftlichen Beziehungen, als Schwiegerohn des Königs, von vorn herein auf einen nicht unbedeutenden Einfluß rechnen, und die übrigen Staaten, die nur mit bittrem Groll ihren Widerstand am Bundestag unter dem Druck der Heiligen Allianz hatten aufgeben müssen und die durch ihre Herrscherfamilien zum großen Theil in naher Verbindung mit dem russischen Hofe standen, sahen in dem neuen Czaren eine erwünschte Stütze, deren sie zur Gewinnung größeren Einflusses sich zu bedienen hofften. Sehr deutlich trat dies in Baiern hervor, wo König Ludwig I. wenige Wochen vorher den Thron bestiegen und seine Regierung zu Metternichs großem Verdruß mit der Aufhebung des Censuredictes begonnen hatte. Ihm lag sehr viel daran, sich von Oestreich unabhängiger zu stellen; Metternichs Tadel und Drohungen erwiderte er mit Spott; er sei als König von Baiern nur Gott und der Verfassung verantwortlich; da nun Kaiser Franz nicht der liebe Gott und Metternich ganz gewiß nicht die Verfassung sei, so möge sich dieser die Schlußfolgerungen selbst ziehen. Mit Rußland in ein gutes Vernehmen zu treten, war sein eifrigstes Bemühen; in ihm, so schrieb er dem Czaren im Januar 1826, sehe er die stärkste Stütze Baierns; das sei sein politisches Glaubensbekenntniß. Damit stand er also wesentlich auf demselben Boden, den König Wilhelm von Württemberg schon Alexander gegenüber und nicht immer ohne Erfolg behauptet hatte; beide süddeutsche Königreiche schlossen sich wieder enger an einander und suchten gemeinsam mit Rußlands Hülfe ihre volle Selbstherrlichkeit gegen jeden Eingriff Oestreichs und Preußens zu schützen. Unter den übrigen Bundesstaaten fanden sich aber auch manche, die mit Rußlands Zustimmung eine Annäherung an Preußen suchten, und da andererseits

Russischer Ein-
fluß in
Deutschland.

Baiern.

Württemberg.

für Oestreich der Zusammenhalt mit der norddeutschen Großmacht um so werthvoller wurde, je mehr sich seine Stellung zu Rußland verschlechterte, so ergab sich aus der politischen Gesamtlage wie von selbst für Preußen ein gesteigertes Ansehen. Die Frucht dieser günstigen Verhältnisse, nicht minder aber auch der weisen vorbereitenden Schritte, die selbst in den elenden Jahren von 1818—25 nicht verabsäumt waren, trat in der Gründung des preussisch-darmstädtischen Zollvereins 1828 zu Tage.

Wirthschaft-
licher Zustand
Deutschlands
nach 1815.

Nach den Verheißungen der Bundesacte hätte man freilich erwarten sollen, daß in Gemäßheit ihres § 19 die Bundesversammlung gleich in ihrer ersten Session Verkehr und Handel zwischen den einzelnen Staaten geordnet hätte. Aber das war trotz des dringenden Nothstandes nicht geschehen. Zwei sehr verschiedene Umstände wirkten in den ersten Jahren nach 1815 zusammen um großes wirthschaftliches Elend hervorzurufen: die Entwerthung der Manufacturen und die Theuerung der Bodenerzeugnisse. Letztere war vornehmlich durch die schlechten Ernten von 1816 hervorgerufen, jene durch die plötzliche Ueberfüllung des deutschen Marktes mit englischen Waaren, die sich in der Zeit der Continentsperre massenhaft angehäuft hatten und nun bei übertriebenem Angebot — allein 1818 wurden für 129 Mill. Gulden in Deutschland eingeführt — zu Spottpreisen bis zu 30 und 40 Procent unter den Herstellungskosten verschleudert wurden, was natürlich den Ertrag des deutschen Gewerbes empfindlich schädigte. Für die geringe wirthschaftliche Bildung jener Zeit ist es bezeichnend, daß man nicht einsah, wie dieser Zustand nur vorübergehend sein konnte, und daß man ihm durch einen Verein entgegen wirken wollte, den die Berliner Stadtverordneten am 27. December 1816 gründeten und dessen Mitglieder ihr Ehrenwort gaben, keine ausländischen Waaren zu kaufen, wenn sie inländische Fabrikate bekommen könnten. Daß die Regierungen ihren Unterthanen an wirthschaftlicher Einsicht nicht viel voraus waren, bewiesen ihre Maßregeln gegen die Hungersnoth, der sie durch zahlreiche gegenseitige Ausfuhrverbote der nothwendigsten Lebensmittel zu steuern suchten. Welche Preisverschiedenheiten dadurch entstanden, mag man daraus ersehen, daß der Scheffel Weizen 1817 am Rhein etwa 7 Mark höher stand als in Posen, während die größte Verschiedenheit innerhalb der preussischen Monarchie in den 50er Jahren nur eine Mark betrug. Besonders hart bedrängt war Württemberg; es wandte sich daher an den Bundestag und verlangte die Ausführung des Artikels 19. In dem Ausschuß, welcher deshalb niedergesetzt wurde, waren die besseren Einsichten leidlich vertreten, so daß selbst die abgünstigen Mitglieder den Gedanken eines einheitlichen deutschen Zollgebietes eine große herzerhebende Idee nannten, und die Mehrheit die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Verkehrs mit Getreide vom 1. October 1817 an vorschlug. Aber nicht einmal dieses bescheidene Ziel war zu erreichen. Baiern machte seine Zustimmung davon abhängig, daß sämtliche Bundesstaaten für alle ihre Besitzungen, auch die außerdeutschen, beiträten, woran natürlich weder bei Dänemark und Holland, noch bei Oestreich.

Verhandlungen am
Bunde über
Artikel 19.

zu denken war. Dieses erklärte vielmehr seinerseits, daß bei der gesegneten Ernte des laufenden Jahres die Frage ihre Dringlichkeit verloren habe und man von einem Beschlusse deshalb füglich absehen könne.

Von der Tagesordnung in Frankfurt war damit die Herstellung eines leichteren Verkehrs einstweilen wieder entfernt; aber sowohl in der öffentlichen Meinung, wie von Seiten einzelner Regierungen wurde die Frage festgehalten. In den Mittel- und Kleinstaaten flammerte man sich dabei, trotz des ersten Mißlingens, nach wie vor an die Hoffnung, der Bundestag werde die Sache ordnen. In diesem Sinne entfaltete besonders der Württemberger Friedrich Vist, ein Mann von gründlicher wirthschaftlicher Bildung, die freilich oft durch die Leidenschaftlichkeit, mit der er seine Ziele verfolgte, verdunkelt wurde, eine lebhaftige Thätigkeit in den Kreisen der Gewerbtreibenden. Er stiftete einen Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, veranstaltete eine neue Witzschrift an den Bundestag, begab sich nach Wien zu den Ministerialconferenzen und suchte dort für seine Ideen zu wirken, schlug sogar vor, die Grenzzölle, welche an die Stelle aller Binnenmauthen treten sollten, einer Actien-Gesellschaft zu verpachten und bot Namens seines Vereines 30 Mill. Gulden dafür. Mit weniger Ueberschwänglichkeit verfolgt der badische Staatsmann Nebenius ähnliche Ideen; in einer ausföhrlichen Arbeit, die er Ende 1818 aufsehte und die ein Jahr später den Conferenztugliedern in Wien vorgelegt wurde, empfahl er die Herstellung eines allgemeinen deutschen Zollsystems, das von dem Bundestag ins Leben gerufen und verwaltet werden sollte. So vortrefflich sich indeß diese Pläne auch anhörten, so litten sie doch an nichts Geringerem als völliger Unausführbarkeit. Am Bundestage ließ sich nur durch Einstimmigkeit etwas ausrichten, und die war mit Nichten zu erreichen; überdies fehlte sowohl Nebenius wie Vist die klare Einsicht, daß zu einer Gemeinamkeit der Einfuhrzölle die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern unerläßlich sei. Diese Einsicht besaß man in Berlin im vollsten Maße und war durch sie zu dem verständigen Plane gelangt, von einer allgemeinen deutschen Zolleinigung vor der Hand ganz abzusehen und fürerst die unendlich wirren Zoll- und Steuerhältnisse Preußens selbstständig zu ordnen. Wie sehr das Noth that, beweist der Umstand, daß es allein in den alten Provinzen — Sachsen, Posen, Pommern, Rheinland u. s. f. ausgenommen — 67 Zoll- und Accisetarife gab, von denen die letztern allein 2776 verschiedene Gegenstände umfaßten. Einen solchen Zustand aufrecht zu erhalten, war der König keinen Augenblick Willens; schon während des Krieges von 1813 und 1814 hatten die preußischen Staatsmänner, besonders Bülow und Eichhorn, daran gearbeitet, alle Zölle an die Grenzen zu verlegen und womöglich auch die andern deutschen Staaten in dies System hineinzuziehen. Als sie damit nicht durchbringen und auch auf dem Wiener Congreß ihre Pläne nicht verwirklichen konnten, zogen sie sich auf Preußen allein zurück. 1816 sprach eine königliche Verordnung die Absicht aus, sämmtliche Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle durch ein all-

Vist's Verein
deutscher Kauf-
leute.

Nebenius.

Das preußische
Zollgesetz von
1818.

gemeines und einfaches Grenzzollsystem zu ersetzen; doch erforderte ein so mühsames Unternehmen natürlich sorgfältige Vorbereitung. Dem Fleiß und der Sachkenntniß des Generalsteuerdirectors Maacken fiel die Aufgabe zu, das neue Zollgesetz auszuarbeiten. Nicht die geringste Schwierigkeit bestand darin, daß die unverhältnißmäßig lange Grenzlinie des preußischen Staates, die bei 1073 Meilen Länge an 28 Nachbarn stieß, die Ueberwachung des Schmuggels fast unmöglich machte. Die Folgerungen, welche Maacken daraus zog, waren erstens die Aufstellung eines einfachen, übersichtlichen Tarifes, der die Waaren in wenige große Gruppen brachte, und zweitens die Erhebung der Zölle nach dem Gewicht, nicht nach dem Werthe der Waaren. Bei der bedrängten Lage der preußischen Finanzen war das wichtigste Augenmerk natürlich die Zölle einträglich zu machen; von dem System der Schutzzölle kam man fast gänzlich zurück; auf Manufacturen war nur ein Satz von 10 Procent, auf Colonialwaaren dagegen bis zu 20 Procent gesetzt. Preußen war somit der erste Staat, der unumwunden den Weg des Freihandels betrat und von den englischen Staatsökonomen als Muster und Vorbild aufgestellt werden konnte.

Steuergelege. Auch auf den übrigen Gebieten der Staatsverwaltung entwickelte sich eine rege Thätigkeit. 1819 wurden die Verbrauchssteuern auf Wein, Bier, Branntwein und Tabak eingeführt, 1820 die Gewerbe- und Classen-, die Schlacht- und Mahlsteuer. Wenn dadurch dem Volk neue Lasten auferlegt wurden, so waren sie doch gerechter als die bisherigen, und durch verbesserte Einrichtungen mancherlei Art, die Handel und Gewerbe zu Gute kamen, wurde die Erwerbsfähigkeit gesteigert.

Verkehrsmittel. So verwendete der König beispielsweise binnen 11 Jahren fast 22 Mill. Thaler auf den Bau von Chausséen, deren Länge von 1817—28 von 523 auf 1065 Meilen stieg. Auch das Postwesen wurde unter Nagler's Leitung unablässig verbessert, 1823 z. B. eine tägliche Verbindung zwischen Berlin und dem Rhein eingeführt, so daß Naglers Lob bald auf allen Wegen, von allen Reisenden erschallte und nur die Postmeister und Postillone unzufrieden waren. Durch alle diese Maßregeln wurde nicht allein dem Publicum der größte Dienst geleistet, sondern allmählig auch die Einnahmen der Staatscasse wesentlich gehoben.

**Klagen der
Nachbarn
Staaten.**

Aber wenn Preußen denn auch allen Grund hatte mit seinem neuen Steuergesetz zufrieden zu sein, so erregte dasselbe um so größeres Mißfallen bei den kleineren Nachbarn, die ihren Verkehr dadurch behindert sahen, und vollends bei den Staaten, die ganz oder theilweise von preußischem Gebiet umschlossen waren. Natürlich konnte diesen nicht die zollfreie Einfuhr der Artikel, die sie gebrauchten, gestattet werden; dagegen gebot die Billigkeit ihnen verhältnißmäßigen Antheil an den Grenzzöllen zu gönnen. Wollten sie freilich darauf nicht eingehen, so konnte Preußen immerhin erklären, daß es den Zoll auf die Waaren, welche durch sein Gebiet in jene Staaten eingeführt wurden, als Durchfuhrzoll erhebe. Doch lag dies keineswegs in der Absicht der preußischen Staatsmänner. Ihnen war es sehr erwünscht, nicht bloß die kleinen Einschlüsse, wie Anhalt und einige Bestandtheile der

thüringischen Länder, sondern auch andre Nachbarstaaten vollständig in ihr Zollsystem aufzunehmen und dieses so von Grenze zu Grenze vorzuschieben. Antheil an der Gesetzgebung konnten sie freilich diesen Kleinsten nicht zugestehn, aber vollen Antheil am Ertrag der Steuern räumten sie bereitwillig ein. In diesem Sinne lud Cichhorn, in Zoll-sachen damals „die Seele des preussischen Ministeriums“ des Aeußern, Anfang 1819 die Nachbarregierungen zu Verhandlungen in Berlin ein; den thüringischen Staaten insbesondere wurde noch gerathen, sich erst unter einander zu einem Handelsverein zu verbinden und dann eine Zollvereinigung mit Preußen anzustreben. Indeß so klar und so unangreifbar dieser Standpunct war, so wenig wollte er den Nachbarn einleuchten. Nur der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nahm für einen Theil seines Ländchens den preussischen Vorschlag schon 1819 an; die übrigen Betheiligten und mit ihnen im Chorus die Unbetheiligten und die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, von Ruden's Nemesis an bis zu Rozebue's politischem Wochenblatt, stimmte ein Wuthgeheul gegen Preußen an. Am vornehmlichsten ertönte der Schlachtruf des Herzogs von Köthen. Entschlossen, niemals auf seine unverlierbaren Souveränitätsrechte zu verzichten, rief er für seine „über alle Angriffe erhabene Sache“ die Ministerconferenz in Wien um Hülfe an. Aber trotzdem daß Alles sich beeilte ihm Hülfe zu leisten, daß eigentlich nur Baiern nicht in den wilden Lärm einstimmte, daß ganz Deutschland auf Seiten der getränkten Unschuld stand, war Nichts zu erreichen; denn Preußen beharrte fest auf seinem guten Recht, eben so entschlossen, jede Rücksicht der Billigkeit zu üben, wie keinen Schritt von dem Nothwendigen zurück zu weichen. Eine Zeitlang sah es dem Toben gelassen zu; endlich erforderte seine Würde und sein Interesse ein energisches Durchgreifen. Die Köthener betrieben nämlich, von den herzoglichen Behörden unterstützt, einen großartigen Schmuggel auf der Elbe. Während die Einwohnerzahl des Herzogthums zu der Preußens sich wie 9: 1000 verhielt, stand der Verbrauch ausländischer Waaren wie 64, der von Seidenfabricaten wie 91, der von baumwollenen Waaren gar wie 165: 1000. Nachdem sich beide Regierungen auch am Bundestage noch herumgezankt und hier die gesammte Opposition, Wangenheim an der Spitze, selbstverständlich für Köthen eingetreten war, riß Preußen endlich die Geduld; es umgab 1822 das ganze Herzogthum mit Zollstellen und nahm ihm so jeden freien Handelsverkehr. Als auch das sich noch nicht wirksam zeigte und das inzwischen zum Katholicismus übergegangene herzogliche Paar noch keine Anstalten zum Nachgeben traf, wurde endlich 1827 auch die Elbe beim Ein- und Ausfluß in Köthen abgesperrt und dadurch die Sache zur Entscheidung gebracht. Oestreich, das bisher den Widerstand gegen Preußen heimlich genährt hatte, brauchte jetzt dessen Hülfe gegen Rußland und drängte den Herzog von Köthen mit seinem Vetter von Dessau zum Nachgeben, so daß endlich nach einem zehnjährigen Zollkriege am 17. Juli 1828 der Eintritt in das preussische Zollsystem erfolgte. Wenigstens ein Trost war den Besiegten vergönnt, freilich der ärmlichste, den es giebt: sie hatten Genossen im

Sondershausen.

Köthen.

Dessau.

Bernburg.
Andre Knt-
schäfte.

Unglück. Der Bernburger Herzog war schon 1823 mit der Hälfte und 1826 mit seinem ganzen Staatsgebiet hinzugetreten, und Rudolstadt, Detmold, Weimar, Gotha, Schwerin nahmen wenigstens für einzelne Aemter daran Theil. Vom nationalen Gesichtspuncte aus betrachtet war also die erreichte Einigung noch sehr unbedeutend, aber da der Anfang wie überall so auch hier als das Schwerste gelten mußte, so konnte man in Berlin doch mit großer Befriedigung auf den geschaffenen Kern hinsehn. Mit verständiger Zurückhaltung verzichtete man darauf, die Nachbarstaaten zum Beitritt einzuladen; man wußte aus Erfahrung, daß dadurch die Eifersucht der Landesherren nur gereizt werde; seine Geneigtheit, sie in sein Zollsystem aufzunehmen, hatte der König schon 1818 ausgesprochen; jetzt sei es an den Nachbarn, meinte Eichhorn, ihrerseits mit gutem Willen entgegenzukommen. Dabei war man gern bereit, den Größeren einen Antheil an der Bestimmung des Zolltarifs zu gewähren, und sah für Preußen, das sich natürlich nicht seinem Interesse zuwider überstimmen lassen durfte, eine genügende Bürgschaft in dem Kündigungsrechte. Die Grenzbewachung glaubte man freilich Anfangs ganz allein in die Hand nehmen zu müssen; die Zolllinien der Kleinstaaten waren nicht danach angethan, eine gründliche Verhinderung des Schmuggels zu verbürgen; je deutlicher man aber einsah, daß dieser Verzicht auf die Anstellung eigner Zollbeamten mehr als irgend etwas sonst den Fürsten die Einigung mit Preußen verleihe, ließ man auch diese Forderung fallen und begnügte sich mit einer gegenseitigen Ueberwachung. Alles das waren wohlbererkt Betrachtungen, Erwägungen und Ergebnisse, die sich einstweilen nur im Schöße und im Dunkel der preussischen Ministerien entwickelten, nicht im Meinungsaustausch mit andern deutschen Cabinetten. Zu einem solchen war Jahre lang die Gelegenheit gar nicht gegeben; die Frage des Beitrittes größerer Nachbarstaaten war noch keineswegs practisch geworden; aber man unterließ in Berlin nicht, sie einstweilen grundsätzlich zu studiren, um zur rechten Zeit seine Forderungen und Angebote bestimmt aussprechen zu können.

Preußens
Entgegen-
kommen.

Die Darm-
städter Be-
rathungen.

Die Mittel- und Kleinstaaten versuchten unterdeß, ob sie nicht unter sich, ohne Anschluß an das gefährliche Preußen, einen „rein-deutschen“ Zollverein zu Stande bringen könnten. Baiern, Württemberg, Baden, beide Hessen, Nassau und die thüringischen Staaten hielten zu dem Zweck auf Grund eines Wiener Vertrages vom 19. Mai 1820 Beratungen in Darmstadt, die am 13. September eröffnet wurden. Allein was jeder Unbefangene voraussehen konnte, trat sehr bald ein: so wenig wie dem preussischen Zollgesetz wollte irgend ein Staat sich dem bairischen oder badischen Tarif unterordnen, und so wenig wie Preußen auf das seine verzichten konnte, so wenig war Baiern oder sonst eine Regierung dazu bereit. Dazu kam, daß die württembergischen Oppositionsgelüste sich der Darmstädter Conferenz und des zu gründenden Vereins als Mittels gegen die österreichische Politik bedienen wollten, und daß hierdurch nicht allein Metternichs Mißtrauen rege wurde, sondern auch die getreuesten seiner Anhänger,

wie Nassau und Baden zu stützen begannen. Nach beinaß dreijähriger Dauer gingen die Conferenzen endlich erfolglos auseinander. Darmstadt erklärte am 3. Juli 1823 seinen Austritt und damit hatte Baiern den gewünschten Anlaß gleichfalls auszuscheiden. Nun versuchte man, was im größeren Kreise nicht gelungen war, wenigstens in kleineren Gruppen zu erreichen und schlug dabei ganz unbefangenen den vielgelästeren Weg ein, den Preußen betreten hatte. So kam es 1824 zu einem Zollvertrag zwischen Württemberg und Hohenzollern, zu gegenseitigen Erleichterungen zwischen Baden und Darmstadt und sogar zu einem Vertragsentwurfe zwischen Württemberg und Baiern. Dieser letztere sollte den drei Rheinstaaten, Nassau, Darmstadt und Baden, zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden. Auf's Neue fanden im Februar 1825 Conferenzen zwischen diesen fünf Regierungen statt, diesmal in Stuttgart. Aber das Ende war kein besseres als das vom Jahre 1823. Die Interessen waren zu verschieden, der gegenseitige Argwohn zu groß. Die Verhandlungen mußten im Juni 1825 abgebrochen werden und damit wurde auch der bairisch-württembergische Entwurf vor der Hand zu Grabe getragen. Jedoch nicht für lange. Im October des Jahres bestieg Ludwig I. den bairischen Thron; mit großem Eifer griff er den Gedanken der Zolleinigung mit Württemberg wieder auf; ihm wie dem Könige Wilhelm erschien derselbe zugleich wie ein erster Schritt, um sich dem Ziel, das sie beide erstrebten, der Unabhängigkeit ihrer Länder von den beiden Großmächten, zu nähern. Nach längeren Verhandlungen kam am 12. April 1827 ein neuer Entwurf zu Stande; noch einmal beschloß man die angrenzenden Staaten zum Beitritt aufzufordern und sie dabei auf die politische Bedeutung dieses rein-deutschen Bundes nachdrücklich hinzuweisen; als dieser Versuch trotz aller aufgewandten Bemühungen erfolglos blieb, wurde der Vertragsentwurf am 18. Januar 1828 in einen wirklichen Vertrag verwandelt.

Für keinen Staat war die hierdurch geschaffene Lage unerträglicher als für Hessen-Darmstadt, das mit seinem getheilten Gebiet, seinen langen Grenzen, seinen unergiebigem Zöllen, seiner stets wachsenden Finanznoth sich dem preussischen oder dem süddeutschen Zollgebiet auf die Dauer gar nicht entziehen konnte. Besonders von Baiern wurde keine Bemühung gescheut es zum Anschluß an den süddeutschen Verein zu bewegen. Aber theils politische Besorgnisse, theils die Hoffnung auf günstigere finanzielle Ergebnisse, vor Allem wohl der stärkere Handelsverkehr mit Preußen führten den darmstädter Minister zu Thil dahin, mit diesem Staate anzuknüpfen. Schon 1825 hatte er in Berlin anfragen lassen, ob der König geneigt sei, mit beiden Hessen einen Zollverein abzuschließen. Darauf war alsbald eine bejahende Antwort ertheilt, aber nun zeigte sich, daß Kurhessen mit dem Antrage durchaus nicht einverstanden war. Mit Darmstadt allein sich zu verbinden, war aber für die preussische Regierung sehr wenig verlockend. Sie hielt damals noch an dem Grundsätze fest, ihr Zollsystem nur „von Grenze zu Grenze“ vorzuschieben, ein Verfahren, das eine fortschreitende Verkürzung der Zolllinie und daher

Süddeutsche
Zollein-
igungen.

Darmstadt's
Lage.

Kurhessen.

einen gesteigerten Ertrag der Zölle sicherte. Unter diesem Gesichtspunkte konnte grade die Vereinigung mit Darmstadt sich durchaus nicht empfehlen. Die preussischen Zollgrenzen waren durch die nach und nach abgeschlossenen Verträge mit den Einschlußstaaten von 1073 auf 992 Meilen heruntergebracht; Hessen-Darmstadts Beitritt mußte sie auf 1108 Meilen verlängern, während die Vergrößerung des Zollgebietes kaum 150 Quadratmeilen betrug. Auch der geringe Verbrauch von Colonialwaaren in dem Großherzogthum ließ eine Vereinigung für Preußen unvortheilhaft erscheinen, da der Zollertrag ja nach der Kopfszahl getheilt werden sollte. Aber wenn alle finanziellen Gründe auch gegen den Bund mit Hessen sprachen, so redeten die politischen um so lauter zu seinen Gunsten. Einen deutschen Bundesgenossen, der sich in ernster Verlegenheit finde, abzuweisen, hielt man für hochbedenklich; andererseits gewann man die wichtige Stellung in Mainz und verhinderte den süddeutschen Sonderbund über den Main vorzudringen. Gemeinsam mit dem tüchtigen Finanzminister von Moß, der seit 1825 an Klewiz' Stelle getreten war, hoffte Eichhorn auch, daß Darmstadts Beispiel, wenn sich die Arznei, die es für seine Finanzverlegenheiten suche, als wirksam erweise, bei seinen Leidensgefährten bald Nachfolge finden werde. Und so wurde denn das Anerbieten des Thil's, einen geheimen Bevollmächtigten zum Abschluß eines Zollvertrages nach Berlin zu schicken, angenommen. Am 6. Januar 1828 traf dieser in der Person des Herrn v. Hofmann ein; schon am 3. Februar konnte der König die getroffenen Vereinbarungen genehmigen. Sie hielten sich durchaus auf dem Boden der Zugeständnisse, welche in preussischen Regierungskreisen schon vorher als zulässig erkannt waren. Darmstadt nahm den preussischen Tarif an, versprach die wichtigsten preussischen Verbrauchssteuern einzuführen, behielt seine eigene Zollverwaltung, war in der Zollgesetzgebung vollkommen gleichberechtigt und nahm an den Einkünften nach der Kopfszahl Theil. Von sechs zu sechs Jahren hatten beide das Recht der Kündigung.

Der preussisch-darmstädtische Zollverein.

Verhandlungen mit Kurhessen.

Der Verdruß über diesen Vertrag war an beinahe allen deutschen Höfen gleich groß; nur die Geschicklichkeit, den Aerger zu verdecken, und die Gewandtheit, einen Gegenschlag gegen Preußen auszufinnen, war verschieden. Durch seine geographische Lage wurde Kurhessen in diesen Wochen der wichtigste Staat in Deutschland. Sein Beitritt zu dem preussisch-darmstädtischen Vertrage würde nicht allein die Zollgrenzen wesentlich verkürzt, sondern auch die beiden Theile der preussischen Monarchie verbunden haben. Deshalb war auch in Berlin beschlossen worden, daß der Großherzog von Hessen seinen kurfürstlichen Vetter zum Anschluß einladen solle. Dies zu verhindern mußte das nächste Ziel aller Preußenfeinde sein, und so bildete denn Cassel in den nächsten Monaten ein wahres Heerlager von amtlichen und geheimen Sendlingen der mittelstaatlichen Regierungen. Es war bei dem Charakter des Kurfürsten, der überdies mit seinem Schwager, dem König von Preußen, in den übelsten Beziehungen stand, keine zu schwere Aufgabe, die sie zu lösen hatten. In seinen Augen er-

schien es als eine schwere Ungehörigkeit, daß Hessen-Darmstadt überhaupt Verabredungen in Beziehung auf seine Staaten mit Preußen getroffen hatte. „Ich bin Chef des hessischen Hauses, erklärte er dem hessischen Gesandten, und werde Annäherungen, wie der Großherzog sie sich erlaubt hat, nicht dulden, seine Bitte nicht gewähren.“ Aber mit diesem nächsten Erfolge waren die mittelstaatlichen Höfe noch nicht zufrieden; sie wollten den Beitritt Kurhessens zum preußischen Zollsystem womöglich auch für die Zukunft vereiteln. Dabei trennten sich denn freilich ihre Wege. Baiern und Württemberg wünschten Kurhessen als Dritten für ihren eignen Bund zu gewinnen; das erwies sich bald als ein durchaus hoffnungsloses Unternehmen; schon im Mai erklärte der Kurfürst, er wolle mit den bairischen Mauthrittern Nichts zu thun haben. Sachsen dagegen und die thüringischen Staaten bedurften der Mitwirkung des Kurstaates zu einem andern Plane, der einer böshaften Verschwörung gegen den preußischen Zollverein durchaus gleich kam. Es handelte sich um nichts Kleineres als einen mitteldeutschen Gegenzollverein, der ohne selbst ein eignes handelspolitisches Ziel zu verfolgen nur als ein Keil zwischen den preußischen und den süddeutschen Handelsbund eindringen und beider Verbindung hindern sollte. Dieser bössartige Gedanke war schon Ende März zwischen dem Herzog von Gotha, dem sächsischen Minister Carlowitz und ein paar thüringischen Staatsmänner vertragsmäßig ausgesprochen worden. Man versprach sich, alle zwischen den preußischen und bairischen Zolllinien gelegenen Staaten zum Beitritt zu werben und ging sogleich mit Eifer ans Werk. Der Erfolg konnte kaum glänzender sein. Die thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover, Braunschweig, endlich auch Kurhessen, das dem neuen Vereine zur Herstellung der Gebietseinheit ganz unentbehrlich war, schlossen sich an und im Sommer 1828 war der „mitteldeutsche Handelsverein“ fertig. Auf den Casseler Conferenzen erhielt er am 24. Sept. 1828 seine Gesetze. Man trug sich mit den kühnsten Plänen. Nicht zufrieden damit, auf sechs Jahre hinaus — denn bis 1834 sollte der Bund dauern — jede Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe vereitelt zu haben, hoffte man durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die beiden Theile der preußischen Monarchie verbanden oder den Verkehr zwischen Preußen und Baiern vermittelten, einen solchen Druck in Berlin ausüben zu können, daß der König sich den Bedingungen des Handelsvereins zulegt demüthig werde fügen müssen.

Der Gedanke war an sich nicht übel eronnen; es fragte sich nur, ob die preußischen Staatsmänner keine Mittel fanden ihn zu vereiteln, und diese Frage fiel im Ganzen und Großen mit der andern zusammen, ob die Staaten des Handelsvereins wirklich unerschütterlich zusammenhielten. In Berlin war man von dem Gegentheil so tief überzeugt und hatte von der inneren Zwietracht des neuen Bundes so genaue Kenntniß, daß man darauf einen Feldzugsplan baute, der mit solcher Kühnheit und Sicherheit durchgeführt wurde, wie nur je eine diplomatische oder militärische That. Mit verdoppelter

Der mittel-
deutsche Han-
delsverein.

Preußens
Gegenan-
strengungen.

Vertrag mit
Baiern und
Württemberg.

Anstrengung förderte man den Chausseebau, besonders auf denjenigen Strecken, welche als Ersatz für solche dienen konnten, die zum Theil durch nichtpreussisches Gebiet führten; von 1825—29 sind 285 Meilen gebaut worden; 1830 sollten nicht weniger als 142 hinzukommen. Sodann aber wandte man sich an Baiern und suchte dort die Gemeinsamkeit der Interessen, in welcher die beiden Zollvereine sich gegenüber dem Handelsbunde befanden, zum Bewußtsein zu bringen. Der Baron von Cotta, der selbständig auf gleiche Ideen gekommen und in diesem Sinne bei König Ludwig schon thätig geworden war, diente als Mittelsperson. Er kam als vertraulicher Bevollmächtigter nach Berlin und fand leicht den Weg zu amtlichen Verhandlungen. Am 8. März 1829 wurden dieselben eröffnet und am 27. Mai bereits der Vertrag zwischen beiden Zollbünden vollzogen. Zu einer Verschmelzung war die Zeit freilich noch nicht gekommen; dazu war das Grenzgebiet, auf dem beide sich berührten, zu schmal. Aber man verminderte nicht allein die gegenseitigen Zölle auf Fabrikate und hob sie für alle Erzeugnisse der Natur, des Gewerbfleißes und der Kunst völlig auf, sondern man verabredete auch jährliche Zollconferenzen behufs weiterer Annäherung und verpflichtete sich mit gemeinsamen Grenznachbarn keine einseitigen Handelsverträge abzuschließen.

Verträge mit
Meiningen
und Gotha.

Auf diesen ersten Schritt folgte bald ein zweiter. Sollte der Verkehr mit Baiern sich lebhafter entwickeln, so bedurfte man Handelsstraßen, die von dem mitteldeutschen Vereine nicht mit willkürlichen Durchfuhrzöllen belegt werden konnten. Es galt also unter den Casseler Verbündeten solche auszufinden, die trotz der übernommenen Verpflichtungen nicht blind für die Vortheile blieben, die ihren Ländern aus dem Erblühen eines lebhaften Durchfuhrverkehrs erwachsen mußten. Natürlich durfte man sie nur unter den kleinern suchen und mußte sich wohl hüten, ihnen Opfer anzufinnen. Gelang das Vorhaben, so war ein großer Sieg erkochten; man hatte die Gegner mit ihren eigenen Waffen, mit ihrer eigenen Straßenpolitik geschlagen. Unverbroffen machte sich Noth an die vielleicht langwierige Aufgabe und gewann den glänzendsten, schnellsten Triumph. Schon Anfang Juli 1829 unterzeichnete er einen Vertrag mit Meiningen und Gotha, kraft dessen Preußen diesen beiden Ländern das Geld vorstieß und gemeinsam mit ihm einen großen Straßenzug zu bauen, der von Langensalza aus über Gotha in zwei Armen nach Würzburg und Bamberg führen und von jedem Durchfuhrzoll befreit bleiben sollte. Der Schlag war für den mitteldeutschen Verein tödtlich; eine unabhängige preussisch-bairische Handelsstraße Hamburg-Nürnberg war gesichert; der alten Frankfurt-Casseler Linie drohte die gefährlichste Concurrenz; ein Mittel, das Unheil abzuwenden, gab es nicht. Vergebens tagten die Diplomaten im Sommer 1829 von Neuem in Cassel und tobten wider die beiden kleinen Verräther; vergebens suchten sie sich mit einer Verlängerung ihres Vertrages um 6 Jahre zu trösten und beschloßen, daß jede Veränderung des Durchfuhrtarifs auf den großen Straßen fortan nur nach gemeinsamer Verabredung statt haben dürfe. Das Unglück war geschehn und nicht mehr rück-

Spaltung des
mitteldeutschen
Vereins.

gänglich zu machen. Meiningen und Gotha weigerten den Beitritt zu dem neuen Vertrage, die beiden Reuß verpflichteten sich gar im Voraus sich 1834 dem preussischen oder dem bairischen System anzuschließen; selbst in Frankfurt, in Nassau, in Sachsen, entschloß man sich nur langsam zum Beitritt. Von allen Seiten drohte Verrath und Abfall.

Da thaten sich die Eifrigsten auf eigene Hand zusammen um in dem Handelsbunde einen engeren Bund zu schließen; es waren Hannover und Oldenburg, Braunschweig und Kurhessen. Aber der Tag, an welchem sie den Entwurf ihres Zollvereines, den Einbeder Vertrag, unterzeichneten, war der 27. März 1830, und ehe dieser Entwurf bestätigt werden konnte, war die französische Juli-Revolution mit ihren Nachwirkungen in Braunschweig, Cassel, Dresden und Hannover dazwischen getreten und hatte an allen diesen Orten das alte Regiment gestürzt. Von besonderer Bedeutung war das in Cassel. Denn Kurhessens Beitritt zu dem Einbeder Vertrag war durch kein Interesse des Landes geboten, während man einer engeren Verbindung von Hannover, Braunschweig und Oldenburg selbst in Berlin nicht jede Berechtigung bestritt, zumal im Hinblick auf die handelspolitische Abhängigkeit, in der Hannover zu England stand. In Cassel dagegen konnten die neuen Männer — und Finanzminister wurde ein Moß, ein Verwandter des leider zu früh, am 30. Juni 1830, gestorbenen preussischen Moß — nicht auf der bisherigen Bahn verharren; ein völliger Umschwung trat ein, und unbekümmert um seine vertragsmäßigen Verpflichtungen, die einbeder wie die casseler, schloß sich der Kurfürst am 25. August 1831 dem preussisch-darmstädtischen, nunmehr preussisch-hessischen Zollvereine an. Damit war der Sieg Preußens über seine Gegner vollkommen; wie zwischen seinem Zollverein und Baiern, so war nun auch zwischen den Rheinlanden und der alten Monarchie die Verbindung hergestellt; erschweren konnten die Gegner die Weiterbildung des Werks vielleicht noch manchmal; erschüttern konnten sie es nicht mehr. Preußen hatte einen neuen festen Fuß in Deutschland gefaßt und durch die geduldige besonnene Arbeit seiner Staatsmänner den festen Grund zu dem Wiederaufbau deutscher Größe gelegt. Ein unmittelbares, bewußtes Streben nach der politischen Herrschaft über die deutschen Bundesgenossen hatte sie dabei nur im geringsten Maße geleitet; ihre Absicht war es, das materielle Wohl des eigenen Staates zu fördern; aber grade darin, daß sie dies nicht wirksamer thun konnten, als indem sie die Nachbarländer an denselben Segnungen Theil nehmen ließen, grade darin, daß Preußens Vorthail mit dem seiner Bundesgenossen zusammenfiel, daß es diesen sogar Opfer bringen konnte, um ihre Mitwirkung zu gewinnen, grade darin zeigte sich am klarsten und zwingendsten, daß es kein leeres Wort, keine begehrlische Anmaßung, sondern eine unantastbare geschichtliche Thatfache war, daß der preussische Staat berufen sei die Führung Deutschlands zu übernehmen und zunächst die Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen, weiterhin dann

Der Einbeder Vertrag.

Kurhessens Eintritt in den Zollverein.

Preußens Stellung zum Zollverein.

aber auch in unabweisbarer Folge die politische Vertretung des gesammten Vaterlandes unter seine Obhut zu stellen.

Englands innere Reformen.

Das Ausland
und der Zoll-
verein.

Das Ausland schenkte der Begründung des preussischen Zollvereins bei Weitem nicht die Beachtung, die sie verdiente. Metternich gewann es ohne große Mühe über sich, das berliner Cabinet auf diesem Gebiete, das ihm persönlich recht fremd war, nach Belieben schalten zu lassen; in Paris war man mit ganz andern Dingen beschäftigt und hielt geraume Zeit diese kleinlichen Vorgänge in Deutschland kaum der Aufmerksamkeit werth. Rußland hatte Nichts dawider, wenn Preußen sich auf diesem Wege einigen Ersatz schaffte für den schweren Schaden, den es durch die Zollgesetzgebung seines östlichen Nachbarn erlitt. Mit völliger Nichtachtung der Verkehrsfreiheit, die in Gemäßheit der Verträge von 1815 zwischen Preußen und Polen bestand, führte Alexander nämlich 1822 Grenzzölle von solcher Höhe ein, daß dadurch dem Handel der angrenzenden preussischen Provinzen die schwersten Wunden geschlagen wurden, und keine Vorstellungen vermochten ihn zu Aenderungen zu bewegen.

Rußland.

England.

Das meiste Verständniß, freilich auch nur erst in engen Kreisen, fand die preussische Freihandelspolitik in England. Schon 1820 wandte sich die Londoner City mit einer Bittschrift an das Unterhaus, in welcher das Zollgesetz von 1818 als ein segensbringendes Vorbild empfohlen wurde, und sieben Jahre nachher sprach William Huskisson, Cannings College im Handelsministerium, in gleichem Sinne seine Hoffnung aus, daß auch England sich mit der Zeit eines gleichen Tariffes werde rühmen können. Seine Stellung an der Spitze des Handelsamtes und die Billigung, die seine Anschauungen bei Männern wie Canning, Robert Peel, Robinson, seinen Kollegen im Ministerium, fanden, benutzte er um vorsichtig und allmählig mit den vielen Beschränkungen aufzuräumen, denen Handel und Schifffahrt in England dank dem alten Schutz- und Abwehrsysteme unterlagen. Fremden Schiffen wurden die höheren Hafengebühren, die sie bisher gezahlt, erlassen und der Verkehr mit den englischen Niederlassungen gestattet, nur daß sie von dort keine Waaren in britische Häfen führen durften. Viele Zölle wurden ermäßigt, Einfuhrverbote aufgehoben und 1825 ein neuer Tarif ausgearbeitet. Handel und Verkehr nahmen in Folge dessen einen gewaltigen Aufschwung, aber freilich wuchs auch der Leichtsinns und die Verwegenheit in den Geschäften. Bezeichnend dafür ist, daß in dem einen Jahre 1825 das Parlament die Gründung von 286 Actiengesellschaften genehmigte, während bis dahin nur 276 bestanden hatten. Die Folgen dieser Maßlosigkeiten blieben nicht aus; gegen Ende des Jahres begann eine der schwersten Handelskrisen, die England durchzumachen gehabt hat. Allein sobald diese überstanden war und den Markt von den zahlreichen unsoliden Geschäften gereinigt hatte, blühte die Handelsthätigkeit um so kräftiger auf und mit ihr der Wohlstand des Landes. Cannings auswärtige

Englische
Handelsre-
formen.

Politik trug das Ihre dazu bei. Der größte Dienst, den er der Geschäftswelt leistete, war die Anerkennung der vormalig spanischen Colonien in Amerika als selbständiger Republiken. Schon 1823 hatte er in den wichtigsten Häfen derselben englische Consule ernannt und mit dem 1. Januar 1825 erkannte er sie als unabhängige Staaten an. Die Vortheile dieses Schrittes waren doppelter Art. Auf der einen Seite wurde damit ein entscheidender Schlag gegen die Mächte der Heiligen Allianz geführt, die von dem Umsichgreifen der republikanischen Staatsform in Amerika die schlimmste Rückwirkung auf Europa befürchteten und immer noch gehofft hatten mit Englands Hülfe, die freilich dabei nicht zu entbehren war, die Wiederbefestigung der spanischen Herrschaft oder doch monarchischer Verfassungen zu erreichen. Indem nun England 1825 die neuen Republiken anerkannte, stellte es ihren Bestand gegen europäische Angriffe, die ohne seine Flotte aussichtslos waren, vollständig sicher, und aus dieser Sicherheit erwuchs ihm der zweite Vortheil, ein ungeahnter Aufschwung des Handels mit diesen Ländern, dessen Löwenantheil ihm als der größten Seemacht natürlich zufallen mußte. Auf die Befestigung der inneren Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten konnte freilich keine fremde Macht Einfluß gewinnen. Ihr gehoffter und gefürchteter Einfluß auf die europäische Politik blieb deshalb aus und es berührt uns heute sehr seltsam, wenn wir lesen, wie man z. B. im Kreise der deutschen Bundestagsgesandten im Jahre 1818 die näheren Nachrichten über eine neue südamerikanische Revolution mit einer Spannung und Neugier erwartet, wie sie nur einem hochwichtigen Ereigniß entgegengetragen wird. Nur wenige mochten damals voraussehen, daß diese republikanischen Gebilde der neuen Welt weit mehr geeignet sein würden abschreckend als anstehend auf die europäischen Schwärmer zu wirken.

Anerkennung
der amerika-
nischen Re-
publiken.

Damals aber belebten die unklaren und verworrenen Nachrichten, die über den Ocean herüber klangen, allerdings die Hoffnungen des Liberalismus und Canning's Name war auch auf dem Festlande hochgefeiert, seit er die Anerkennung der Republiken vollzogen hatte. Daß ein Tory diesen Schritt gethan, erhöhte seine Bedeutung. Derselbe Tory trat in Griechenland und wo er sonst die Gelegenheit fand, mit gleicher Schärfe den absolutistischen Gelüsten gegenüber und trug kein Bedenken „der bürgerlichen und religiösen Freiheit auf dem ganzen Erdenrund“ einen öffentlichen Trinkspruch zu bringen. Auch in der heimischen Politik zeigte er eine maßvolle und verständige Hinneigung zum Fortschritt, wie sie nach Metternich's Ansicht mit der Rolle eines konservativen Staatsmanns durchaus unverträglich war. Auch Englands gesundes constitutionelles Leben frankte nämlich an einem schweren Uebel. Obgleich das Volk dem Herrscher gegenüber alle die Rechte im größten Umfange besaß, die es zur Verhinderung absoluter Willkür gebrauchte, so wirkten zur Ausübung dieser Rechte doch sehr beträchtliche Theile der Nation durchaus nicht mit. Seit Jahrhunderten war in der Zusammensetzung des Unterhauses keine wesentliche Veränderung vorgegangen; dieselben Städte schickten

Parlaments-
reform und
Katholiken-
Emancipa-
tion.

noch dieselbe Zahl von Vertretern ins Parlament, die ihnen unter ganz andern Verhältnissen zugestanden war. So kam es, daß kleine verrottete Landstädtchen, die sog. rotten boroughs, deren ganze Wählerschaft von irgend einem mächtigen Pair abhing, mehrere Abgeordnete ernennen konnten, während blühende und täglich wachsende Fabrik- und Handelsstädte ganz unvertreten blieben, weil ihr Entstehen oder doch ihr Aufschwung nicht bis ins Mittelalter zurückging. Noch bedenklicher aber als dieser Uebelstand war ein zweiter. Durch Gesetze, welche nach den beiden Revolutionen unter Karl II. und Wilhelm III. erlassen waren, sahen sich die Katholiken Englands und Irlands von der Wählbarkeit zum Parlamente ausgeschlossen. Zumal für die Iren war dies unerträglich, da sie — zu sieben Axieln katholisch — damit zugleich des einzigen Mittels verlustig gingen, durch das sie ihre gedrückte Lage hätten bessern können. Fast alles Grundeigenthum ihrer Insel befand sich in den Händen englischer Großer; sie selbst konnten ihr heimatliches Land fast nur als Pächter bebauen; den geringen Ertrag, welchen hohe Pachtsummen ihnen von den Früchten ihrer Arbeit ließen, schmälerten schwere Steuern, von denen besonders die kränkend und drückend waren, welche zur Unterhaltung der protestantischen Geistlichkeit erhoben wurden. Dem schweren Elend des irischen Landmannes konnte nur durch einen Kampf im Parlament ein Ende gemacht werden, und dieser Kampf war nicht eher möglich, als bis den Katholiken der Eintritt in dasselbe offen stand. Während daher in England der Ruf nach Parlamentsreform hauptsächlich von den benachtheiligten Bewohnern der unvertretenen Großstädte ausging, spitzte er sich in Irland vornehmlich zu dem Verlangen nach der Gleichstellung der Katholiken zu. Canning nahm zu dieser Frage seit langem eine sehr vorurtheilslose Stellung ein; er begriff nicht, wie man sich vor vielleicht 30 Gewählten fürchten könne und statt dessen lieber 300000 Wähler in Zorn und Unwillen treibe. Aber nicht alle Mitglieder des Ministeriums Liverpool dachten so; selbst Robert Peel, sonst sein treuer Gesinnungsgenosse, leistete in diesem Punkte ihm Widerstand. Das Unterhaus war in seinen Mehrheiten schwankend; meist nahm es die fast jährlich wiederkehrenden Anträge der Katholikenfreunde, besonders Burdett's und Plunkett's an, ein andermal verwarf es sie wieder; und auch wenn es sie annahm, wurden sie nicht zum Gesetz, weil das Oberhaus sich ihnen standhaft widersetzte. Immerhin war über den letzten Ausgang des Ringens schon lange kein Zweifel mehr möglich und die Gegner der Gleichberechtigung durften im Hinblick auf die mächtige Aufregung, die in Irland herrschte, nur von Gewaltmaßregeln noch ihren Sieg erhoffen. Heftig erbittert standen sich dort die Parteien entgegen; auf der einen Seite die Protestanten in den oranischen Logen, auf der andern, von O'Connell geführt, die Katholiken in der 1823 gegründeten Association. Das Jahr 1827 schien die letzteren endlich zum Siege zu führen. Eine lebensgefährliche Erkrankung Lord Liverpools brachte im April Canning an die Spitze des Ministeriums, und diese Wandelung veranlaßte Robert Peel und seine

meisten Collegen zum Austritt. Canning ergänzte sein Cabinet durch Whigs wie Lord Lansdowne und arbeitete so an einer Verschmelzung der gemäßigten Gruppen in den beiden großen Parteien. Unglücklicher Weise war diese Verbindung von kurzer Dauer; schon am 8. August 1827 starb Canning und sein Nachfolger Lord Goderich (Robinson), der das alte Cabinet zu erhalten strebte, war dieser Aufgabe nicht gewachsen und mußte schon um die Jahreswende abtreten. Der Herzog von Wellington, der sein Nachfolger ward, konnte sich freilich den Einflüssen und Forderungen der Zeit auch nicht völlig entziehen. Zwar so lange er die „Canningiten“ Dudley, Huskisson, Palmerston noch in seinem Cabinet hatte, schien ein weiteres Zugeständniß an die öffentliche Meinung nicht nöthig; erst als diese zu des Herzogs großer Befriedigung austraten und nun der Verlust der liberalen Collegen liberale Maßregeln nothwendig machte, entschloß sich Wellington, auch in der Katholikenfrage einen großen Schritt entgegenzukommen. Die Einleitung dazu bildete die Aufhebung der Corporations- und der Test-Acte, zweier Gesetze von 1661 und 1673, die jedem königlichen oder städtischen Beamten unter Anderm die Pflicht auferlegten, einen Monat nach dem Eintritt in seine Stellung das Abendmahl nach anglicanischem Ritus zu nehmen, wodurch natürlich die Katholiken von allen Aemtern ausgeschlossen wurden. Aber dieses Zugeständniß genügte bereits nicht mehr. Die irisch-katholische Bewegung begann einen immer heftigeren Pulschlag anzunehmen. Ihre Seele war der dubliner Advocat Daniel O'Connell, ein Mann aus ächtem altirischen Blut und von einer wundersamen Beredtsamkeit, die ihm die unbedingteste Gewalt über seine Landsleute gab. Er beschloß den entscheidenden Schritt zu wagen und sich trotz seines Katholicismus ins Parlament wählen zu lassen; ja er hatte den Muth, sich um einen Sitz zu bewerben, den er einem Mitgliede des Cabinets, einem anerkannten Freunde der Emancipation, einem wegen seiner Milde bei den Iren durchaus beliebten Edelmann, dem Lord Fitzgerald, streitig machen mußte. Und das Wagniß gelang wirklich. Sechs Tage wogte in der Grafschaft Clare ein erbitterter Wahlkampf; am 5. Juli 1828 wurde O'Connell als Sieger ausgerufen. Ein gewaltiger Ausbruch der Freude erfüllte ganz Irland; in allen katholischen Kirchen wurden feierliche Hochämter abgehalten, auf allen Bergen brannten Freudenfeuer. Auch in England erregte das Ereigniß bei den Liberalen große Zufriedenheit; die Regierung aber fand sich in einer bedrängten Lage. Nach dem Buchstaben des Gesetzes war die Wahl des Katholiken ungültig; aber ließ sich dies Gesetz der vollendeten Thatfache gegenüber noch halten? Konnte die Ausschließung O'Connells anders als durch einen Bürgerkrieg erzwungen werden? Bei dieser Sachlage entschloß sich Wellington zum Nachgeben. Zwar unterdrückte er, um die Autorität der Regierung in Irland aufrecht zu erhalten, die katholischen Vereine, an deren Spitze O'Connell stand und denen er seine Wahl hauptsächlich zu danken hatte, und rief den bisherigen Vizekönig, den Marquis von Anglesea ab; aber zugleich traf er Vorbereitungen zur Aufhebung

Sein Tod.
Lord Goderich.

Aufhebung
der Test-Acte.

O'Connell's
Wahl.

Emancipation
der Katholiken.

der Gesetze, welche die Katholiken vom Parlament ausschlossen, und ließ den König in seiner Thronrede vom 5. Februar 1829 diesen Schritt empfehlen. Damit war der Erfolg auch schon gesichert; denn die widerstrebenden Elemente in beiden Häusern konnten trotz eines Sturmes von Petitionen, der sich gegen diese Neuerung erhob, der anerkannten Nothwendigkeit nicht Einhalt gebieten; nach heftigen Debatten genehmigte das Unterhaus am 30. März und wenige Tage später das Oberhaus das Gesetz, das am 13. April 1829 vom Könige bestätigt wurde. Nur eine Clausel wurde den katholischen Parlamentsmitgliedern noch auferlegt: sie mußten eidlich geloben, Nichts gegen die protestantische Staatskirche unternehmen zu wollen.

Parlaments-
reform.

O'Connell trat, nachdem er sich einer Neuwahl unterzogen, in das Unterhaus ein und das Oberhaus wurde durch acht katholische Lords erweitert; einer der wesentlichsten Mängel der englischen Verfassung war damit gehoben und man durfte sich der Hoffnung hingeben, daß nunmehr auch für die irischen Zustände ein wirksames Heilmittel gefunden werden könne. Auf der andern Seite aber mußte es für selbstverständlich gelten, daß jetzt auch die Forderungen einer besseren Vertretung, welche aus dem Schooße der Großstädte laut geworden waren, befriedigt werden mußten. Wenn der Ruf nach Emancipation der Katholiken Erfolg gehabt hatte, weshalb sollte dann der andre nach Parlamentsreform unerhört bleiben? Die Zustände waren doch in der That himmelschreiend. Man berechnete, daß kaum der fünfte Theil der Unterhausmitglieder aus freier Wahl hervorging, daß 293 Sitze von der Aristokratie direct oder fast direct besetzt würden, daß nicht weniger als 204 rotten boroughs das Parlament beschickten. Man wies darauf hin, wie 75 von diesen weniger als 50 Wähler zählten; man entdeckte zwei unter ihnen, deren jeder nur noch aus zwei Häusern bestand und doch je zwei Abgeordnete ernannte; man stellte dem Städte gegenüber wie Manchester, Birmingham, Sheffield, Leeds u. a., die nur einen oder gar keinen Vertreter hatten, oder auch die neueren Theile von London, die bei einer Bevölkerung von 900,000 Seelen ganz ohne Wahlrecht waren. Aber so wenig die Gegner der Reform diese Thatfachen bestreiten konnten und so wenig sie dieselben jede für sich zu beschönigen vermochten, um so nachdrücklicher hoben sie hervor, daß trotz alledem das Parlament seine Pflichten vollkommen erfülle und daß man an die Stelle des segensreich wirkenden nicht ein neues von unbekannter, unerprobter Zusammensetzung stellen solle. Natürlich diente diese conservative Besorgniß zugleich den aristokratischen Standesinteressen zum Deckmantel. Die Parlamentsreform, wie die Whigs sie erstrebten, mußte im Laufe der Zeit das Schwergewicht, das bisher in dem Adel gelegen, auf den Bürgerstand übertragen, und deshalb war von Seiten der Tories entschlossener Widerstand zu erwarten. Wenn ihr Ministerium Wellington in die Katholikenemancipation gewilligt hatte, so durfte man eine gleiche Nachgiebigkeit in der Frage der Parlamentsreform nicht hoffen. Auch der König, Georg IV., welcher der Torypolitik mit Leidenschaft ergeben war, bildete ein

Georg's IV.
Leb.
Wußelm IV.

gewichtiges Hinderniß, so daß sein Tod, der am 26. Juni 1830 eintrat, für die Reformen ein erfreuliches Ereigniß sein mußte. Denn von seinem Bruder und Nachfolger, dem bisherigen Herzog von Clarence, Wilhelm IV., brauchte man einen hartnäckigen Widerstand nicht zu befürchten; er hatte sich von jeher den Ansichten der gemäßigten Liberalen zugeneigt. Das Wichtigste war also, nun durch eine große Bewegung im Lande das Parlament selbst für die Sache zu gewinnen und sodann das Ministerium Wellington aus dem Sattel zu heben. Der Nation war die Frage, welche gelöst werden sollte, längst völlig vertraut; seit einem halben Jahrhundert war sie nicht weniger als 15 Mal im Parlamente zur Verhandlung gekommen, zwar ohne durchbringen zu können, aber nicht ohne dadurch ins Bewußtsein der Wähler überzugehen. In den ersten Jahren nach 1815 war sie zwar etwas in üblen Ruf gekommen, weil die Hunt und Cobbett sie auf ihr Banner geschrieben hatten; aber seitdem die Whigs wieder erstarkt waren und sich zu ihr bekannten, seit John Russell sie 1821 mit aller Mäßigung im Parlamente wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, war sie vor der öffentlichen Meinung wieder gerechtfertigt, und konnte wohl gegenüber der Katholikenfrage zurüdtreten, aber nicht mehr unterdrückt werden. Nun hatte der Sieg in der Katholikenfrage der liberalen Partei soeben auf's Neue ihre Stärke gezeigt, und überdies wirkte die Juli-Revolution, welche grade jetzt in Frankreich das reactionäre Ministerium und mit ihm die ganze Dynastie über den Haufen warf, kräftigend und ermunternd auch nach England hinüber. Die Wahlen zu dem ersten Parlamente König Wilhelms, das im November 1830 zusammentrat, fielen daher stark zu Gunsten der Reformen aus, und da Wellington trotzdem am Ruder blieb, und die Thronrede Nichts für die verlangte Reform versprach, so machte sich in Versammlungen und Adressen der Unwille der Bevölkerung Luft. Auch an Ausschreitungen und gewalthätigen Austritten fehlte es dabei nicht; in London selbst kam es zu Unruhen, in manchen Grafschaften verriethen zahlreiche Brandstiftungen, daß sich mit den politischen Leidenschaften gefährlichere und weniger edle vermischten. Es war daher ein freudig begrüßter Sieg, als am 16. November Wellington, nachdem ihm das Parlament die Civilliste des Königs verweigert hatte, abtrat, und Earl Grey, der schon vor langen Jahren als Lord Howick im Unterhause die Reform verteidigt hatte, ein Whigministerium bildete. Die vorzüglichsten Köpfe seiner Partei, Brougham, Lansdowne, John Russell traten in dasselbe ein; aber auch von den gemäßigten Tories, die nicht unbedingt jeder Reform feindlich waren, wußte er einige, vor Allem Lord Palmerston und Goderich, für sein Cabinet zu gewinnen. Damit übernahm er die Verpflichtung, seine Reformvorschläge von jeder radicalen Färbung frei zu halten, womit er übrigens auch den Wünschen seiner eigenen Partei durchaus entsprach. Die Wintermonate wurden zur Ausarbeitung des Gesetzes benutzt und am 1. März 1831 brachte Lord John Russell dasselbe im Unterhause ein. Das Recht zu wählen sollte danach künftig in den Städten an einen Steuerfuß von zehn

Ministerium
Grey.Reformvor-
lage.

Pfund gebunden sein, in den Grasschaften aber den bisher Berechtigten zwar verbleiben, aber auch auf alle Erbpächter und auf solche Zeitpächter ausgedehnt werden, deren Pacht wenigstens 50 Pfund betrüge. Den rotten boroughs, die weniger als 2000 Einwohner zählten, sollte ihre Vertretung ganz genommen werden, denen mit weniger als 4000 höchstens ein Abgeordneter bleiben. Von den so erledigten Sitzen sollten 62 in Zukunft ganz ausfallen, die Zahl der Unterhausmitglieder also auf 596 vermindert werden; die übrigen die Sitze sollten zur Hälfte den Grasschaften und also mittelbar dem Großgrundbesitz zugewiesen, zur Hälfte auf die großen Städte vertheilt werden, so daß z. B. London acht neue Vertreter zu wählen habe, sieben Städte je zwei, und zwanzig bisher gar nicht vertretene Orte je ein Mandat zu vergeben hätten. Trotz der mäßigen Zugeständnisse, welche dies Gesetz enthielt, fand es aber doch bei den Tories den größten Widerstand, und manche Bestimmung, zum Beispiel die Verminderung der Parlamentssitze, erfreute sich auch auf Seiten der Whigs keines großen Beifalls. Daher erhielt der Vorschlag der Regierung in der zweiten Lesung nur eine Stimme Mehrheit (304 gegen 303) und wurde in der dritten Lesung so vielfach umgemodelt, daß Graf Grey zu einer Auflösung des Parlamentes schritt, die vom Könige am 22. April vollzogen wurde. Die Tories hatten diese Niederlage ihrem eigenen Ungefühle zuzuschreiben; denn der Monarch war anfangs durchaus gegen die Auflösung; als er aber vernahm, daß im Oberhause eine Adresse beantragt werde, die ihm den Gebrauch dieses seines königlichen Vorrechtes widerrathen solle, bäumte sich sein Stolz dagegen auf und er genehmigte nicht allein sofort den Vorschlag seiner Minister, sondern fuhr sogar auf der Stelle ins Oberhaus, unterbrach durch sein Erscheinen die Adreßdebatte und verkündete persönlich den Entschluß, den er gefaßt habe. Die Neuwahlen ergaben eine entschlossene reformfreundliche Mehrheit; das Ministerium selbst nahm einen Theil der gewünschten Aenderungen in seine Bill auf, es verzichtete z. B. auf die Verminderung der Sitze, ließ mehreren rotten boroughs ihr Wahlrecht, und sah am 21. September die neue Vorlage mit einer Majorität von 109 Stimmen angenommen. Allein nun galt es noch den schwierigsten Widerstand zu überwinden: den des Oberhauses, welches das Gesetz einige Tage später mit großer Mehrheit verwarf. Seine Opposition zu brechen gab es zwei Wege; entweder mußte die öffentliche Meinung sich mit solcher Stärke äußern, daß die Lords sich zur Nachgiebigkeit entschlossen; oder der König mußte nach dem ihm zustehenden Rechte der Pairsernennung so viel reformfreundliche Mitglieder in das Haus schicken, daß die bisherige Mehrheit zur Minderheit wurde. Wenn der erste Weg zum Ziele führte, schien er den Vorzug zu verdienen. Das Parlament wurde also vertagt und bei seinem erneuten Zusammentritt die Bill mit einigen Aenderungen abermals vorgelegt. Die Monate, welche seit der Ablehnung verstrichen waren, hatte die Reformpartei zu den lebhaftesten Demonstrationen benutzt, sogar zu lebhafteren als gut war, wenn man nicht die ängstlicheren Gesinnungs-

Auflösung des
Parlamentes.

Widerstand
der Lords.

Aufregung
im Lande.

genossen und besonders auch den König scheu machen wollte. Hatte doch der Präsident des Reformvereins in Birmingham mit der Aufstellung eines eigenen Heeres gegen das Oberhaus gedroht, ein Wort, das in seinem Munde, da sein Verein 50,000 Mitglieder zählte, nicht ganz unbedenklich klang. In Bristol war es bei der Ankunft eines bekannten Reformfeindes zu einem blutigen Auflauf gekommen; der Herzog von Wellington und andre Häupter der Tories sahen sich persönlich oder in ihrem Eigenthum gefährdet. Dadurch schien es für manchen geradezu eine Ehrensache zu werden, nicht nachzugeben. Wirklich verwarf das Oberhaus die Bill, welche das Unterhaus am 22. März 1832 auch in der neuen Gestalt angenommen hatte, am 7. Mai mit fast derselben Mehrheit, wie im September 1831. Nun blieb dem Ministerium kein andres Mittel, als vom König einen Pairschub zu verlangen. Bedenklich gemacht durch die gewaltsame Agitation der Radicalen, stark beeinflusst von seiner Gemahlin Adelheid, einer meiningen Prinzeßin, die Rathschlägen vom Festlande her sehr zugänglich war, verweigerte König Wilhelm dem Grafen Grey die erbetene Vollmacht und willigte in seinen Rücktritt. Wellington wurde mit der Bildung des neuen Cabinettes betraut. Aber dieser vorübergehende Sieg zeigte am besten die Schwäche der Tories. Eine ungeheure Bewegung durchzuckte das Volk; an den Galgen mit Wellington! wiederhallte es in den Meetings; der König wurde mit Steinwürfen empfangen; 90,000 Schotten erklärten sich bereit mit den Waffen für die Reform einzutreten; das Unterhaus forderte den König auf, nur Freunde der Reform in seinen Rath zu berufen — und wenige Tage, nachdem ihn der König mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt, am 15. Mai 1832, gab Wellington diesen Auftrag in die Hände des Monarchen zurück. Graf Grey erhielt die Ermächtigung zu einem ausreichenden Pairschub und ergriff wieder die Zügel der Regierung; und so entscheidend hatte das kurze Zwischenspiel gewirkt, so unzweifelhaft die Unmöglichkeit eines Tory-Regimentes an den Tag gelegt, daß jetzt die Drohung genügte und der Pairschub selbst, dem auch die Whigs grundsätzlich keineswegs zugeneigt waren, unterbleiben konnte. Am 4. Juni nahm das Oberhaus, da die heftigsten Gegner sich der Abstimmung enthielten, die Parlamentsreform mit geringen Aenderungen an; diesen Aenderungen ertheilte schon am 5. auch das Unterhaus seine Zustimmung und am 7. Juni 1832 wurde das neue Gesetz vom König unterzeichnet. So war in einem lebhaften zweijährigen Feldzuge das erwünschte Ziel erkämpft worden, und wenn in dieser Zeit auch mehr als einmal das Gespenst der Revolution vernehmlich an die Thür geklopft hatte, so war doch auch in dieser großen Krisis zuletzt der Ruhm Englands gewahrt worden, daß seine Verfassung ihm die Mittel biete, nothwendige Reformen auch ohne blutige Zuckungen ins Leben zu rufen.

Ministerkrisis.

Wellington.

Nachgiebigkeit
der Tories.

Frankreich vor der Juli-Revolution.

Ministerium
Villèle.

Auf diese innerliche Gesundheit seines staatlichen Organismus konnte England um so stolzer und zufriedener hinblicken, als Frankreich nach einer Reihe vergeblicher Versuche, auch seinerseits die Bahnen der Reform einzuschlagen, doch wieder von Neuem den Weg der Revolution betreten hatte. Das Ministerium Villèle hätte es nach dem glücklichen Feldzug in Spanien leicht gehabt, ein verständiges conservatives Regiment zu führen und dabei doch den nöthigsten Forderungen der Liberalen gerecht zu werden. Denn diese verfügten in der Kammer über eine zu geringe Zahl von Stimmen, um viel zu verlangen; sie besaßen aber andererseits in der Pairskammer eine hinreichende Macht, um wirklich reactionäre Maßregeln zu vereiteln. Die überkönigliche Opposition war ihrerseits auch nicht stark genug um das Cabinet, wenn dieses nur festen Willen zeigte, von der goldenen Mittelfstraße wegdrängen zu können, und der König selbst gehörte nach Temperament und Lebenserfahrungen durchaus der gemäßigten Richtung an. Zu Frankreichs Unglück verstand aber Villèle weder die Gunst, noch die gebieterische Nothwendigkeit seiner Lage, sondern war beflissen, ohne in die Forderungen der alleräußersten Rechten einzustimmen, doch den reactionären Neigungen des Thronfolgers, des Grafen Artois sich gefällig zu zeigen und sich dadurch auch für den Fall des Regierungswechsels möglich zu erhalten. Er beschloß daher, den günstigen Ausgang des spanischen Feldzuges zu einer Erneuerung der Kammer zu benutzen, in der Hoffnung, diese dadurch von allen liberalen und überköniglichen Bestandtheilen zu reinigen. Mit Hilfe einer unerhörten Gewaltthat, welche vor der Fälschung der Wählerlisten und ähnlichen Mitteln nicht zurückscheute, erreichte er dies Ziel so vollkommen, daß bei den Neuwahlen, welche der Kammerrauflösung im Februar und März 1824 folgten, nur 17 Liberale gewählt wurden und auch die Opposition auf der äußersten Rechten eine bedeutende Verminderung erlitt. Ohne Schwierigkeiten setzte nun das Ministerium auch sein nächstes Vorhaben durch; die Kammern willigten ein, daß die theilweise Erneuerung, die verfassungsmäßig alle Jahre stattfinden sollte, beseitigt und die Dauer der Wahlperiode auf 7 Jahre verlängert wurde. Aber Villèle mußte nun die Erfahrung machen, daß es für eine herrschende Partei durchaus nicht wünschenswerth ist, keine kräftige Opposition sich gegenüber zu haben; da seine eigenen Anhänger von den Gegnern Nichts zu fürchten brauchten, so spalteten sie sich unter einander; die anfängliche Einmüthigkeit schwand mehr und mehr, und die gemäßigteren Deputirten, die im Gegensatz zu einer liberalen oder clericalen Opposition das Ministerium treu unterstützt haben würden, zweigten sich, da dieser Gegensatz bedeutungslos wurde, immer deutlicher von der Mehrheit ab. Andererseits gerieth das Ministerium in Folge seiner willkürlichen Maßregeln immer weiter nach rechts, ohne doch die Ultra's, die ihm von früher her persönlich Feind waren, an

Verfassungs-
änderung.

Reaction.

sich zu setzen; vielmehr erwarb sich Villèle durch sein unkluges Verfahren stets neue Gegner. Seinem Kollegen Chateaubriand, der ihn allerdings bei einer wichtigen Vorlage — es handelte sich um die Herabsetzung des Zinsfußes der Rentenschuld — in der Pairskammer im Stich gelassen hatte, zwang er zum Rücktritt und machte dadurch diese scharfe Feder, welcher das einflußreiche Journal des Débats zur Verfügung stand, zu seinem erbitterten Feinde. Die Presse nahm in ganzer Linie den Kampf gegen das Ministerium auf, den die Kammer zu führen unterließ. Zwar kaufte Villèle nun mehrere wichtige Zeitungen unter der Hand an und ließ sie im Sinne der Regierung schreiben; aber das einzige Resultat war, daß sie ihren Einfluß verloren und die andern Oppositionsjournale an Leserschaft und Wirksamkeit gewannen. Auch die Wiederherstellung der Censur, welche der König nach einem Gesetz von 1822 durch bloße Verordnung verfügen konnte, erwies sich als stumpfe Waffe und die Umgestaltung des Staatsrathes, dessen freisinnige Mitglieder durch Männer der Congregation verdrängt wurden, erbitterte, ohne neue Anhänger zu verschaffen. Man sah in allen diesen Maßregeln bereits deutlich die Rücksichtnahme auf den künftigen Monarchen, und wirklich that Villèle in den letzten Monaten Ludwig's XVIII. keinen bedeutsamen Schritt, ohne sich mit Artois verständigt zu haben. Ludwig wurde immer stumpfer und gleichgültiger gegen Regierungssachen und mißbilligte die Beziehungen seines Ministers zu Artois durchaus nicht. Altersschwäche führte seine allmähliche Auflösung herbei und am 17. September 1824 verschied er. Ohne Liebe und ohne Haß hatte sein Volk ihm gegenüber gestanden; seinen Tod erfuhr es doch nicht ohne lebhafteste Theilnahme. Denn nach Allem, was man von Artois wußte, durfte man jetzt auf ein crasses Priesterregiment gefaßt sein. Wider Erwarten ließ sich aber die Herrschaft des neuen Königs, der als Karl X. den Thron bestieg, glimpflicher an, als zu vermuthen war. Eine ausdrückliche Erklärung, die Verfassung, die er als Unterthan beschworen, zum Wohle seines Volkes befestigen zu wollen, eine umfangreiche Begnadigung, die Wiederaufhebung der Censur und ähnliche Maßnahmen erweckten frohe Hoffnungen und eine ungeahnte Vertrauensseligkeit. Von langer Dauer waren diese Tage der Zuversicht allerdings nicht. Die kühnen Erwartungen, die sogar den Erbsatz Villèle's durch liberale Minister in Aussicht nahmen, wurden bald enttäuscht. Anfangs wechselten noch gute und schlechte Eindrücke. Man murrte, als 167 Generale des Kaiserreichs mit einem Federstrich pensionirt wurden; man rief Beifall, als dem beliebten Herzog von Orléans der Titel „Königliche Hoheit“ zu Theil wurde, den Ludwig ihm hartnäckig versagt hatte; man zürnte, als das Ministerium für den König das Recht in Anspruch nahm, durch bloße Verordnung die Gründung von Nonnenklöstern zu gestatten, wozu bisher ein Gesetz erforderlich war; und wiederum begrüßte man mit Freuden den Entschluß des Monarchen, als er sein persönliches Eigenthum nach der Gewohnheit der früheren Könige den Staatsdomänen einverleibte. Aber nur wenige Monate hindurch dauerte dieses Schwanken;

Lob Ludwig's
XVIII.

Karl X.

Das Sacri-
legiumsgesetz.

Die Entschä-
digung der
Emigranten.

die unbedingte Herrschaft, welche die Priesterpartei über Karl X. ausübte, trat bald in unverhüllter Nacktheit hervor. Wenn kirchliche Fragen ins Spiel kamen, dann bot auch die Pairskammer nicht den Rückhalt, welchen der Liberalismus in rein politischen Fragen bei ihr zu finden gewohnt war. Sie genehmigte das „Sacrilégiumsgesetz“, welches den Diebstahl gottesdienstlicher Gefäße mit lebenslänglicher Galeerenstrafe, den Einbruch in eine Kirche mit dem Tode und die Entweihung der Hostie gar mit der Strafe des Vaternordes bedrohte, eine Barbarei, welche die Verteidiger mit dem lästerlichen Sage rechtfertigten, daß man den Tempelschänder, indem man ihn tödte, ja nur zu seinem natürlichen Richter sende. Nicht minder großen, aber minder begründeten Unwillen erregte das Gesetz, welches eine Milliarde Franken zur Entschädigung der Emigranten anwies, deren Güter während der Revolution eingezogen und zum Besten des Staates verkauft waren. Wenn sich mancherlei gegen diese Maßregel einwenden ließ, so sprachen doch auch zahlreiche Gründe der Gerechtigkeit und der Klugheit dafür, und die Finanzlage des Staates war so günstig, daß man ohne Bedenken in die große Ausgabe willigen konnte; wies doch auch so das Budget für 1826, das sich in Einnahme und Ausgabe auf etwas mehr als je 900 Millionen Franken belief, noch einen Ueberschuß von 9 Millionen nach. In Karls X. Augen hatte die Entschädigung der Emigranten natürlich auch noch den Vortheil, daß sie der zum Theil verarmten Aristokratie wieder zu größerem Ansehen verhelfen sollte; den gleichen Zweck verfolgte er mit einem Gesetz, das in gewissen Fällen die Vererbung des ganzen liegenden Nachlasses an den ältesten Sohn einzuführen und somit die Zersplitterung des großen Grundbesitzes in Etwas zu erschweren bestimmt war. Allein zur lebhaften Freude der Liberalen, die darin eine unleidliche Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit sehen mußten, verwarf die Pairskammer in der Session von 1826 diesen Entwurf, dessen Annahme vielleicht im Interesse der Aristokratie, aber nicht in dem des Landes gelegen hätte. Karl X. hätte Nichts mehr gewünscht, als grade bei dem hohen Adel eine kräftige Unterstützung zu finden; je mehr er sich in dieser Hoffnung getäuscht sah, um so ausschließlicher suchte er nun seine Hülfe bei der clericalen Partei. Wie innig seine Anschauungen mit deren Ansichten verwachsen waren, zeigte sich noch 1825 im Mai bei seiner Krönung und Salbung in Rheims. Das heilige Salbfläschchen, die Ampulla, welche einst bei Chlodwig, des Frankenkönigs, Taufe ein Engel vom Himmel gebracht haben sollte, war in der Revolution auf Befehl des Conventes zertrümmert worden und mit seinem Inhalt hatten sich die Frebler die Stiefel geschmiert; jetzt aber wurde protocollarisch festgestellt, daß ein Priester die Scherben des Gefäßes und einige Tropfen Oeles gerettet habe, und der Moniteur verkündigte feierlich den Gläubigen, daßselbe Oel, mit welchem seit Chlodwig alle französischen Könige gesalbt seien, werde auch auf der Stirne Karls X. fließen. Schlimmer aber als in solchen Spielereien gab sich der clericale Sinn des Königs in der tyrannischen Herrschaft kund, welche die Priester un-

Die Krönung
in Rheims.

Herrschaft der
Geistlichkeit.

gestraft üben durften, in der Bekämpfung der gemischten Ehen, in der Proselytenmacherei, in der Unbulsamkeit, der schleichenden Spürerei und Heuchelei, die immer mehr überhand nahmen. Kein Wunder, wenn das Mißtrauen im Volke beständig wuchs und selbst das abenteuerlichste Gerücht Glauben fand, wenn man sich sogar erzählte, der König sei selbst in den Jesuitenorden eingetreten und müsse, mit der Mönchstutte angethan, seinen Obern von all seinem politischen Thun und Lassen Rechenschaft ablegen. Unzweifelhafte Thatfache war es, daß die Jesuiten, obgleich ein Gesetz sie aus Frankreich verbannte, im Widerspruch mit dem Gesetz von der Regierung geduldet wurden; diese selbst gestand es in der Kammer zu und änderte ihre Haltung auch dann nicht, als die Gerichte ihr die Verpflichtung, jenes Gesetz zu handhaben, ausdrücklich ins Gedächtniß riefen. Unzweifelhafte Thatfache war es auch, daß die Congregation im Staate die gewaltigste Macht war, daß ihre Gunst Beförderungen im Civildienst wie im Heere erwirkte, daß sie ihren Einfluß bis in die untersten Gesellschaftsclassen hinein erstreckte, so daß selbst Kammermädchen und Salaien sich damit empfahlen, daß sie von der Congregation approbirt seien. Der Wagen rollt dem Abgrunde zu, rief das Journal des Débats aus, ohne daß wir ihn aufhalten können, wahrhaftig, man sollte an ein Verhängniß glauben!

Es wird der damaligen Pairskammer für alle Zeiten zur Ehre gereichen, daß sie in den meisten und wichtigsten Fällen mit Entschiedenheit der Regierung gegenüber trat und viel Unheil verhinderte. Von besonderer Bedeutung war ihr Widerstand, als Villèle, von der Priesterpartei gedrängt, 1827 zu einem gradezu vernichtenden Schlage gegen die Presse ausholte. Außer vielen andern Beschränkungen, die man ihr zubachte, sollte z. B. für alle Bücher unter fünf Bogen eine Stempelsteuer eingeführt werden, die einen bis anderthalb Franken, je nach der Bogenzahl, betrug; die Tagespresse sollte so belästigt und belastet werden, daß nach Villèle's eignem Geständniß kaum zwei oder drei pariser Zeitungen den Druck hätten ertragen können und daß die Verluste einzelner Verleger bis in die Millionen gingen. Natürlich regte sich in Paris und ganz Frankreich augenblicklich Alles, was mit der Feder und der Druderschwärze irgend in Verbindung stand, die Schriftsteller von rechts bis links, von Chateaubriand und den Akademikern bis auf Véranger und Thiers, die Buchhändler, die Druckereibesitzer, die Setzer, die Zeitungsverkäufer. Die Liberalen in der zweiten Kammer leisteten muthigen Widerstand, indes sie unterlagen wie immer; in dem Hause der Pairs aber bereitete sich die nachdrücklichste und siegesgewisse Opposition vor. Ein Ausschuß wurde zur Prüfung niedergesetzt und beschloß einstimmig die Verwerfung der Vorlage. Die Niederlage der Regierung war so sicher, daß sie derselben nur durch ein Zurückweichen entgehen konnte; am 17. April 1827 zog sie den Entwurf zurück. Ein ungeheurer Jubel, Illuminationen, Feuerwerke, Fackelzüge waren in Paris und in den Provinzen die Antwort darauf. Man war gutmüthig genug, dem Könige die Zurücknahme als ein persönliches Verdienst anzurechnen;

Die Pairskammer und das Preßgesetz.

Auflösung
der National-
garde.

als er wenige Tage darauf eine Musterung über die 20,000 pariser Nationalgardisten abhielt, wurde er stürmisch begrüßt und war so erfreut über den guten Empfang, daß er den Erlaß eines belobenden Tagesbefehls anordnete. Aber ehe diese Weisung ausgeführt war, meldete man ihm, daß die heimkehrenden Nationalgardisten außer den Hocks auf den König auch Nieder mit dem Ministerium! und Weg mit den Jesuiten! gerufen. Und mit plötzlicher Sinnesänderung verwandelte der gekränkte Monarch den belobenden Tagesbefehl in ein Decret, welches die Nationalgarde auflöste, und stellte überdies durch eine Verordnung ohne alle Angabe von Gründen die Censur wieder her.

Der Pairs-
schub.

In der bisherigen Weise konnten die Dinge indes nicht mehr weiter gehn; Villèle sah ein, daß er sich in einer Sackgasse befand, in der ihm die Pairskammer den Weg verspernte. Sie war das Hinderniß, welches beseitigt werden mußte. Das Mittel dazu war leicht gefunden, der König mußte einen gewaltigen Pairschub vornehmen; 70—80 neue Mitglieder mußten ernannt werden, um die Opposition zur Minderheit zu machen. Da aber diese neuen Pairs größtentheils aus den Reihen der Deputirten genommen werden mußten, so wären sehr zahlreiche Ersatzwahlen nöthig geworden, welche der Regierung eine eben so große Thätigkeit und Wahlbeeinflussung auferlegten wie eine völlige Neuwahl. Da mußte sich denn leicht der Gedanke ein-

Auflösung der
Kammer.

stellen, ob es nicht besser sei, die augenblickliche zweite Kammer, in welcher, wie schon erwähnt, die ministerielle Partei in starker Zersetzung begriffen war und deren Mandat doch schon in 2—3 Jahren zu Ende ging, lieber sogleich ganz aufzulösen und allgemeine Neuwahlen auszusprechen, um dann für sieben Jahr Ruhe zu haben, statt jetzt schon durch ausgedehnte Ersatzwahlen und dann in kurzer Frist durch die allgemeine Erneuerung zweimal die unbehagliche Aufregung der Wahlagitation ins Land zu werfen. Da Villèle nach dem glänzenden Erfolge, den er im März 1824 erzielt hatte, auch jetzt einen günstigen Ausgang durchaus nicht bezweifelte, so war sein Entschluß bald gefaßt; der König stimmte zu, und am 5. November 1827 wurde Frankreich durch eine Reihe königlicher Verordnungen überrascht, welche 76 neue Pairs ernannten, die Deputirtenkammer auflösten, binnen 2—3 Wochen Neuwahlen anordneten und die Censur wieder aufhoben. Offenbar sollte die letzte Maßregel eine der Regierung günstige Stimmung hervorrufen und die Thätigkeit der Präfecten von dieser Seite her unterstützen; daß die Opposition aus ihr beträchtlichen Nutzen ziehen werde, schien bei der Kürze des Zeitraums, der bis zu den Wahlen noch ausstand, unwahrscheinlich.

Die Neuwah-
len.

Aber das Unwahrscheinliche geschah. Alle Widersacher der Regierung schlossen sich zu einer „constitutionellen Oppositionspartei“ zusammen. Zwei Vereine, die Freunde der Pressefreiheit und die Gesellschaft Aide-toi, le ciel t'aidera, nahmen die Agitation in die Hand. Der Erfolg war glänzend. Paris wählte lauter Oppositionsmänner, Lafitte, Dupont de l'Eure, Royer Collard, Benjamin Constant, Casimir Périer, die anerkannten Führer der Liberalen; in dem schrankenlosen

Jubel über diesen Sieg kam es am Abend des Wahltages, am 18. November, sogar zu blutigen Crawlens und — zum ersten Male wieder seit 30 Jahren — zu Anfängen des Barricadenbaues. Diese Ausschreitungen wurden von der Regierung freilich leicht unterdrückt; aber das Wahleresultat blieb und stand nichts weniger als vereinzelt; von 428 Deputirten waren nur 125 wirkliche Ministerielle; die übrigen 300 gehörten den verschiedenen Oppositionsparteien an, zum Theil den Liberalen, zum Theil denjenigen Royalisten, welchen der Haß gegen die Priesterpartei mit jenen gemeinsam war. Als Villèle seinen Anschlag so völlig mißlungen sah, entfiel ihm der Muth; am 3. Januar 1828, ehe die neue Kammer zusammengetreten war, erbat er vom König seine Entlassung und räumte den Platz, den er sieben Jahre behauptet, einem Ministerium, dessen wichtigstes Mitglied der Vicomte von Martignac war.

Villèle's Rücktritt.

Die Parteigruppierung des neuen Parlamentes erforderte nicht, ja duldet sogar kaum ein entschieden liberales Cabinet, das überdies dem Könige unerträglich gewesen wäre. Martignac war deshalb eine ganz geeignete Persönlichkeit, ein Gegner Villèle's, ein rühriger tüchtiger Geschäftsmann, ein ehrlicher Character, aber kein liberaler Parteigänger. Wo freisinnige Maßnahmen zum Wohle des Staates nöthig erschienen, fanden auch diese bei ihm willige Förderung; aber was ihn leitete, war das Bedürfniß, nicht ein Parteiprogramm. Die Radikalen mochten daher wohl spotten, sein Wahlspruch sei: ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution. Sie waren ihm doch für viele Schritte sehr zu Dank verpflichtet. Aus den fünf Candidaten, welche die Kammer für ihren Präsidentensitz bezeichnete, ließ er den König den Führer der Liberalen, Royer Collard, ernennen; zwei Collegen, die er anfangs aus Villèle's Cabinet mit übernommen hatte, mußten zwei gemäßigten Conservativen, Hyde de Neuville und dem Bischof Feutrier, weichen; durch ein neues Wahlgesetz wurde der ungesetzliche Einfluß der Beamten beschränkt; das Recht des Königs, durch bloße Verordnung die Censur einzuführen, wurde aufgehoben, das s. g. schwarze Cabinet der pariser Postverwaltung beseitigt. Noch größeren Beifall fanden zwei königliche Verordnungen vom 16. Juni 1828, welche die Jesuiten aus ein paar Schulen, die sie gegründet, vertrieben, und festsetzten, daß auch von den übrigen geistlichen Orden in ihre Schulanstalten nicht mehr als Alles in Allem 20,000 Schüler aufgenommen werden dürften. Die Expedition Maisons nach Morea zeigte auch in der auswärtigen Politik einen kräftigen Zug. Aber die segensreichste Maßregel des Ministeriums schien es werden zu sollen, als dasselbe in der Session von 1829 den Kammern ein Gesetz vorlegte, nach welchem in Zukunft die Generalräthe der Departements, die Bezirks- und die Gemeinderäthe, statt wie bisher von dem Minister, resp. dem Präfecten ernannt zu werden, aus freier Wahl hervorgehen sollten. Nicht ohne Widerstreben hatte der König dazu seine Einwilligung ertheilt; allein da er glaubte, die Zusammensetzung der Kammer mache es ihm unmöglich, Martignac zu entlassen, so hatte er seine Abneigung bezwungen. Ihn bei diesem

Ministerium Martignac.

Liberales Maßregeln.

Martignac's
Entlassung.

Glauben zu erhalten, hätte das eifrigste Bestreben der Mehrheit sein müssen; aber die zahlreichen Erfolge, welche sie schon errungen, machten sie übermüthig; sie veränderte den Martignac'schen Entwurf in einer Weise, daß der Minister sich weigerte darauf einzugehen und, als die Mehrheit auf ihrem Willen bestand und insbesondere hartnäckig den Wegfall der Bezirksräthe fordernte, die ganze Vorlage zurückzog. Die bösen Folgen dieses offenbaren Zwiespaltes traten nicht sogleich an den Tag, aber sie wirkten im Geheimen nur um so verderblicher. Der König hatte gesehen, daß auch Martignac die Kammer nicht in seiner Hand habe; damit fiel der einzige Grund, aus dem er ihn berufen, hinweg; angenehm war ihm sein Minister nie gewesen; der Mann seiner Wahl, den er schon seit lange an die Spitze seines Cabinettes gewünscht, war der Fürst Jules Polignac, damals Gesandter in London. Karl hatte schon mehrfach versucht, ihm einen Ministerposten zu geben; aber sowohl Villèle wie Martignac hatten in ihm einen gefährlichen Nebenbuhler gesehen und waren deshalb auf den Wunsch des Monarchen nicht eingegangen. Jetzt war dieser entschlossen ihn nicht als Collegen, sondern als Nachfolger Martignac's zu berufen. Hinter des letzteren Rücken verhandelte der König mit dem Führer der Ultras in der Kammer, Labourdonnaie, und gewann diesen für den Eintritt in das Zukunftscabinet. Bis zum Schluß der Session sollte die Sache geheim bleiben. Kaum aber waren die Kammern am 31. Juli 1829 geschlossen, so entließ Karl aus eigenem Antriebe sein Ministerium und übertrug am 8. August die Leitung des Staates dem Fürsten Polignac.

Ministerium
Polignac.

Polignac's Name war ein Programm, das für die öffentliche Meinung keiner Erklärung bedürftig erschien; verlangte man aber noch eine Erläuterung, so mußten die Männer, die er zu Collegen erhielt oder erwählte, die letzten Zweifel zerstreuen. Labourdonnaie wurde schon erwähnt; nächst ihm war Bourmont, der Verräther von Waterloo, der bekannteste und verhassteste Mann. „Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, so begrüßte das Journal des Débats das neue Ministerium, wollten sie auch gemäßigert sein, sie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemüthern erweckt, ist zu tief, um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden.“ Und es schloß mit dem prophetischen Ausruf: Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König! Das war die allgemeine Stimmung, die sich von Paris durch das ganze Land verbreitete, und die von allen Parteien, die äußerste Rechte ausgenommen, getheilt wurde. Ohne Zweifel lag viel Uebertreibung in diesen Ansichten. Es steht durch ein Memoire, das Polignac an den König richtete, actenmäßig fest, daß er den Bestand der Verfassung nicht anzutasten entschlossen war; mit einem solchen Plane durchzudringen, so wies er nach, sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden; denn die Charte gelte der unermesslichen Mehrheit der Franzosen als der ächte Ausdruck des nothwendigen Wechselverhältnisses zwischen König und Volk; höchstens dürfe man an eine vorübergehende Aufhebung des Gesetzes denken, aber auch dies nur unter der Voraus-

Polignac's
Pläne.

setzung, daß man der Nation die Ueberzeugung einflöße, es geschehe das nur, um ihr den Genuß des Gesetzes für alle Zukunft zu sichern. Verwegen genug war auch dieses Spiel, zumal wenn ein Mann wie Polignac es leiten sollte, von dem ein bittres Witzwort sagte, mit seinem Verstande sei es ungefähr ebenso beschaffen wie mit Talleyrands Ehrlichkeit. Dieser Einsicht verschloß sich auch Labourdonnaie nicht. Wenn ihm selbst die Führung zugefallen wäre, dann hätten ihm wahrscheinlich die äußersten Schritte keine große Ueberwindung gekostet; aber um seinen Kopf zu spielen, ohne selbst die Karten zu halten, dazu, erklärte er seinen Freunden, könne er sich nicht entschließen, und trat aus dem Cabinet zurück. Polignacs Lieblingsplan war es ohne Zweifel, durch einen glänzenden Erfolg der auswärtigen Politik die öffentliche Meinung für sich zurück zu gewinnen. Die Zeitlage schien zu einem kühnen Wagniß sehr günstig. Erst wenige Monate waren verstrichen, seit Metternich dem Ministerium Martignac die Rheingrenze angeboten hatte, wenn es ihm behülflich sein wolle, Rußland am weiteren Vordringen in der Türkei zu hindern. Das war jetzt freilich nicht mehr möglich, denn Diebitsch hatte den Balkan überschritten und die Türkei schien verloren. Aber auch auf dieser neuen Grundlage ließ sich vielleicht noch etwas machen. So entstand bei Polignac ein umfassender Plan, die Karte Europas umzugestalten. Die Türkei war das Opfer, sie sollte verschwinden. Die Donaufürstenthümer fielen an Rußland, Serbien und Bosnien an Oestreich; den Rest erhielt — der König der Niederlande. Von dessen Ländern kam Belgien an Frankreich, die Colonien an England, Holland wurde Preußen zu Theil, dem auch das Königreich Sachsen zugebachet war. Dessen Monarch sollte mit den rheinischen Besitzungen Preußens, einem neugeschaffenen Königreich Austraßen, entschädigt werden; nur den südlichsten Theil mußte er Baiern überlassen, welches dafür und für das österreichische Salzburg vermuthlich zu Frankreichs Gunsten auf die Pfalz verzichten sollte. Alles das waren nicht vage Ideen, sondern ein vollständiges Programm, welches die Billigung des Ministerrathes erhielt und nach Petersburg abging, um zunächst Rußland vorgelegt zu werden. Aber Polignac hatte Unglück; als seine Vorschläge an der Rewa anlangten, traf auch die Kunde von dem Frieden von Adrianopel ein, und damit war dem Anschlag der Boden unter den Füßen weggezogen; der Gesandte konnte unter solchen Umständen seine Anträge nicht einmal mehr zur Kenntniß des russischen Cabinets bringen und die hoffnungsreichen Actenstücke wanderten in das Archiv des auswärtigen Amtes zurück. Es galt nun einen andern Anlaß zu finden, mittelst dessen sich einiger Ruhmeschimmer, wenn auch in bescheidenem Maße, gewinnen lasse. Die Aufgabe war nicht schwierig. Schon seit 1827 hatte Frankreich den diplomatischen Verkehr mit dem Bey von Algier abgebrochen. Es hatte dieser nämlich aus Anlaß einer Geldstreitigkeit, in der zwei seiner Unterthanen mit der französischen Regierung lagen, einen Brief an Karl X. gerichtet, auf welchen die Antwort ausblieb. Seiner Klage darüber setzte der französische Consul die übermüthige Antwort entgegen, der König von

Die äußere
Politik.

Der Streit
mit Algier.

Frankreich führe keinen Briefwechsel mit einem Dey von Algier. Entrüftet fuhr der Dey auf und gab ihm einen Schlag mit dem Fliegenwedel. Da er jede Genugthuung für diese Schmach verweigerte, mußte Villèle den Consul abberufen und ließ Algier blockiren. Zwei Jahre dauerte dieses ziemlich unwirksame Einschüchterungsmittel; da stellte das Ministerium Martignac in seinen letzten Tagen ein Ultimatum. Aber mit so wenig Glück, daß der Dey sogar auf das Schiff des französischen Parlamentärs schießen ließ. So hatte also Polignac von dem ersten Tage seiner Regierung an einen Kriegsfall zur Verfügung; so lange er sich jedoch mit größeren Plänen trug, wünschte er die Strafe an Algier von fremder Hand vollziehen zu lassen, und lud Mehemet Ali von Aegypten, der bei der Zerstückelung der Türkei natürlich selbständig geworden wäre, ein, sich Algier zu erobern. Das Scheitern des großen Theilungsplanes erhöhte nun natürlich den Werth des Streites mit Algier in den Augen Polignacs, und wenn das Unternehmen auch in mancher Hinsicht schwierig und mißlich war, so mußte es nunmehr doch herhalten. Am 7. Februar 1830 beschloß das Cabinet den Krieg und übertrug die Führung desselben dem Minister Bourmont, dessen Geschäfte mittlerweile Polignac selbst wahrnehmen sollte.

Die Eröffnung
der Kammern.

Während die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben wurden, eröffnete der König am 2. März persönlich die Kammern, und zwar, wie er es seiner Familie angekündigt hatte, „als König“. Er sprach seine Zuversicht aus, daß die Vertreter des Landes ihn bei der Ausführung seiner guten Absichten unterstützen würden, aber er erklärte auch in fast drohendem Tone, daß er sowohl in der Liebe der Franzosen wie in seinem eigenen festen Entschlusse die Kraft finden werde, strafbare Umtriebe zu beseitigen. Dabei gerieth er so in Hitze, daß er, um sich abzukühlen, den Hut abnehmen wollte und ihn an den Boden fallen ließ. Der Herzog von Orléans war es, der ihn aufhob — eine Laune des Zufalls, in der man bald eine Vorbedeutung erkennen wollte. Zunächst rief die Entschiedenheit des Königs eine gleiche Entschiedenheit bei den Deputirten hervor. Die Antwort auf die Thronrede beklagte das Mißtrauen, welches der leitende Gedanke der jetzigen Verwaltung sei; sie nannte dieses Mißtrauen beleidigend, beunruhigend und bedrohlich für die Freiheiten des Volkes; sie forderte den Monarchen auf, ein Ministerium einzusetzen, das den Wünschen der Nation entspreche. Natürlich gab Karl zur Antwort, daß seine Entschlüsse unveränderlich seien und daß ihm das Interesse seines Volkes verbiete, davon abzugehen. Am Tage nach dem Empfang der Adresse, am 19. März 1830, wurden die Kammern bis zum 3. September vertagt.

Vertagung
derselben.

Auch die Auflösung derselben war eine beschlossene Sache; aber man zögerte noch sie auszusprechen, um für die Neuwahlen Zeit zu gewinnen, und sie durch Siegesnachrichten aus Afrika beeinflussen zu können. Am 25. Mai ging die Expedition, über 100 Kriegsschiffe mit 27,000 Matrosen und Seesoldaten, 37,000 Mann Landungstruppen, unter Bourmonts Befehl, von Toulon aus in See. Die

Die Einnahme
von Algier.

Ueberfahrt wurde durch widrige Winde sehr erschwert, die Landung aber am 14. Juni mit Glück und Geschick auf der Halbinsel Sidi Ferruf, drei Meilen westlich von Algier, vollzogen. Schon am 19. Juni kam es in der Ebene Staueli zu einer blutigen Schlacht, in welcher der Sieg zuletzt den Franzosen blieb. Gegen Algier selbst vorzurücken unterließ Bourmont jedoch, weil sein Belagerungspark noch nicht ausgeschifft war; 10 Tage waren dazu noch erforderlich; dann marschirte er vorwärts. Und nun entwickelte sich die Entscheidung mit großer Schnelligkeit. Zum Gegenstande des ersten Angriffs wurde das alte „Kaiserschloß“ ersehen, bei dem 1541 Karls V. Zeit gestanden hatte. Am 30. Juni wurden die Laufgräben eröffnet, schon am 4. Juli verließ die Besatzung das Schloß und sprengte es in die Luft. Dem Dey war in der Bestürzung über die Macht der französischen Artillerie jede Lust zu weiterem Widerstande geschwunden; noch am selben Tage capitulirte er, bedang sich und der türkischen Besatzung freien Abzug mit Familie und Vermögen aus und überließ den Franzosen den Besitz von Algier; auch der bedeutende Staatsschatz im Belauf von 48 Millionen Franken, Waarenvorräthe im Werth von 11 Millionen, und die Artillerie des Deys, 1500 Geschütze, fielen in ihre Hand.

Das Unternehmen war also in der That nicht blos glücklich, sondern glänzend gelungen; 6 Wochen nach der Abfahrt, 3 Wochen nach der Landung des Geschwaders erfuhr Paris die siegreiche Beendigung des Krieges. Aber für die Wahlen kam die Nachricht doch schon zu spät; sie hatten wenige Tage vorher stattgefunden und waren durch die Kunde des Sieges von Staueli wenig beeinflusst worden. Da man die Absicht, in welcher der Zug nach Algier unternommen war, sehr wohl durchschaute, so verhielt man sich mit Bewußtsein gleichgültig gegen seine Ergebnisse. Die liberalen Parteien waren ungemein eifrig, durch die Presse und durch Vereine das Volk zu bearbeiten. Ein geheimer Ausschuß, das Comité directeur, hatte die Leitung in die Hand genommen; die Gesellschaft Aide-toi hatte ihre Agenten in allen Städten und Städtchen des Landes; alle andern Parteiunterschiede wurden hintangestellt und von Lafayette, dem alten Republikaner, der seit Polignacs Ministerium plötzlich wieder aus dem Dunkel hervorgetreten und, wo er sich im Lande gezeigt hatte, mit den überschwänglichsten Huldigungen begrüßt war, von Lafayette bis Martignac standen die Oppositionellen fest zusammen. Unter den Journalen gewann in wenigen Wochen der National, der erst mit Beginn des Jahres gegründet war, eine hervorragende Bedeutung; der junge Thiers, damals 33jährig, erwies sich als die größte publicistische Kraft seines Landes. Die Auflösung der Kammer, das Ausscheiden einiger maßvoller Minister, ihr Ersatz durch anerkannte Schüpflinge der Congregation, alles das und manche geheimere Anzeichen befestigten den Glauben, daß ein Gewaltstreich vor der Thür stehe. Selbst die fremden Cabinette wurden besorgt. Der Czar ließ daran erinnern, daß Alexander nicht allein die Herrschaft der Bourbonen, sondern auch die Verfassung verbürgt habe; Metternich warnte

Die Wahlen
in Frankreich.

Warnungen
des Auslandes.

Artikel 14 der
Verfassung.

dringend, sich mit der Revolution einzulassen, wenn man nicht gewiß sei, sie zu besiegen. Polignac erwiderte diese Warnungen mit der festen Zusicherung, daß er die Verfassung nicht verletzen werde. Und wirklich hatte er sich und dem Könige eingeredet, daß die Charte selbst einen Weg angebe, auf dem sie zeitweilig umgangen werden könne, ohne daß doch ihre fortbauernde Gültigkeit in Frage gestellt werde. Artikel 14 bestimmte nämlich, daß der König die „Anordnungen und Ordonnanzen zu erlassen habe, welche zur Ausführung der Geseze und für die Sicherheit des Staates nöthig seien“. Offenbar waren damit außerordentliche Nothfälle ins Auge gefaßt; für einen solchen Nothfall glaubte aber Polignac auch die gegenwärtige Lage ansehen zu dürfen. Die vorige Kammer hatte der Regierung ihre Mitwirkung verweigert; von den 221 Mitgliedern der Mehrheit, welche jenen Beschluß gefaßt, waren 202 wieder gewählt worden; außer ihnen gehörten aber noch 70 andre der neuen Deputirten der Opposition an; es war also eine Wiederholung jenes Beschlusses mit Sicherheit zu erwarten. Für diesen Fall, meinte Polignac, liege der Nothstand vor, welcher den König zur Handhabung des Artikels 14 berechtige; ja, da der Fall mit mathematischer Gewißheit eintreten müsse, so brauche man seine Verwirklichung gar nicht abzuwarten, sondern könne schon jezt mittelst jenes Artikels Maßregeln zu dem Zwecke treffen, daß eine neue Kammer gewählt werde, welche der Regierung die verfassungsmäßige Mitwirkung nicht versage. Das Fehlerhafte dieses Trugschlusses war leicht zu durchschauen. Der Nothstand sollte darin bestehen, daß der König ein Ministerium nicht entlassen wollte, das zu entlassen er nicht gezwungen werden konnte, die Kammer aber eben dieses Ministerium nicht unterstützen wollte und ihrerseits doch auch nicht gezwungen werden konnte, es zu unterstützen. Es war leicht einzusehen, daß dieser Conflict nur durch die Minister gelöst werden konnte, indem sie freiwillig zurüdktraten; thaten sie das nicht, so waren sie es, die den Nothstand erst zum Nothstand machten und sie waren nicht berechtigt, auf Grund dieses von ihnen geschaffenen Nothstandes dem Könige die Anwendung des Artikels 14 anzurathen. Dem Könige seinerseits aber ließ sich, so lange er Minister fand, welche seine Ordonnanzen unterzeichneten, schwerlich vorwerfen, daß er seinen Eid auf die Verfassung gebrochen habe. Die Minister waren es, welche den ihren brachen. Diese Einsicht scheint jedoch Polignac nicht gewonnen, sondern in dem guten Glauben gehandelt zu haben, daß er zu den Maßregeln berechtigt sei, die er seinem Monarchen vorschlug. So entwarf er die fünf Ordonnanzen, welche die Juli-Revolution herbeiführten. Drei von ihnen bezweckten unmittelbar die Herstellung einer gefügigen Kammer; sie verordneten 1) die Auflösung der eben gewählten und noch nicht einmal zusammengetretenen; 2) ein neues Wahlgesetz, welches die Zahl der Wähler verminderte und die eigentliche Wahl ausschließlich in die Hand der Höchstbesteuerten legte, während die übrigen Wähler nur das Recht hatten, eine Candidatenliste aufzustellen; 3) die Einberufung einer nach diesem Geseze gewählten Kammer auf den 28. September. Eine vierte Ordonnanz

Die Ordon-
nanzen.

führte die Censur wieder ein und verbot das Erscheinen der Zeitungen bis dahin, daß sie die polizeiliche Erlaubniß eingeholt, und eine fünfte ernannte verschiedene neue Mitglieder des Staatsrathes.

Der gleichzeitig gefaßte, aber nicht veröffentlichte Beschluß, den Marschall Marmont zum Befehlshaber der pariser Besatzung zu ernennen, war so ziemlich die einzige Vorsichtsmaßregel, welche das Ministerium — abgesehen von dem tiefen Geheimniß, mit dem es seine Maßnahmen traf — für nöthig hielt. Auch der König gab sich wenigstens den Anschein der vollsten Ruhe; er ging an dem Tage, an welchem die Ordonnanzen im Moniteur erschienen, ruhig auf die Jagd nach Rambouillet und kehrte erst um Mitternacht nach St. Cloud zurück. Daß ihm der Ernst der Lage aber doch nicht verborgen war, zeigt sein Verhalten in dem Ministerrathe vom 25. Juli, in dem er die Ordonnanzen unterzeichnen sollte. Den Kopf auf die linke Hand gestützt, die Feder in der rechten, zögerte er nachsinnend noch einen Augenblick; dann unterschrieb er, ließ unterschreiben und verabschiedete die Minister mit den Worten: Meine Herren, Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; zwischen uns gilt es jetzt auf Leben und Tod! In der Nacht wurde der Redacteur des Moniteur zum Justizminister beschieden und erhielt die Ordonnanzen mit dem Auftrag, sie sogleich zum Abdruck zu bringen. Gott erhalte den König und Frankreich! rief er aus, als er sie gelesen; ich habe alle Kampftage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schreden vor neuen Erschütterungen!

Die Juli-Revolution.

Aber zunächst schienen solche Besorgnisse doch gar keine Bestätigung zu finden. An der Börse freilich sank die Rente sogleich um 4 Procent und der schweizer Gesandte berichtete nach Haus, es sei ein Schlag gefallen, auf den zu antworten das Land nicht säumen werde. Aber Paris blieb den ganzen 26. Juli stumm; die anwesenden Deputirten kamen wohl privatim zusammen, gelangten aber zu keinem Beschlusse; in den Cafés des Palais royal gab es einige Scenen und ein Haufen junger Leute warf Polignac die Fenster ein; aber das sah wenig nach einer Revolution aus. Das entscheidende Wort wurde in dem Redaktionszimmer des National gesprochen; hier versammelten sich 44 Journalisten von 11 Zeitungen, um zu berathen, ob sie sich fügen und die gesekwidrige Erlaubniß zum Forterscheinen einholen sollten. Einstimmig beschloßen sie, das nicht zu thun und am andern Tage in ihren Blättern einen Protest zu veröffentlichen, den Thiers sogleich entwarf. Da die Herrschaft des Gesetzes, so hieß es darin, unterbrochen sei und die Herrschaft der Gewalt begonnen habe, so höre der Gehorsam auf eine Pflicht zu sein; selbst zum Widerstand entschlossen, müßten die Unterzeichner an Frankreich die Aufforderung richten, zu überlegen, wie weit seinerseits der Widerstand reichen solle.

Dieser Protest gab der Bewegung Halt, wenngleich von den 11 Journalen nur zwei, der National und der Temps, wirklich den

Der 26. Juli.

Der Protest
der Zeitungen.

Der 27. Juli.

Muth hatten, ihn am 27. Juli zu veröffentlichen. Die Aufregung in der Bevölkerung stieg von Stunde zu Stunde; tausende von Exemplaren der beiden Zeitungen wurden verkauft und an den Straßenecken vorgelesen; die Nachricht, daß gegen die Unterzeichner ein Verhaftsbefehl erlassen, daß die Druckereien des National und des Temps polizeilich geschlossen seien, erhöhte die Erbitterung; zu allem Ueberfluß verbreitete sich Mittags die Kunde, daß Marmont den Oberbefehl übernommen habe. Bald durchzogen Gensdarmepatrouillen die Stadt; vereinzelte Steintwürfe, die sie trafen, schwache Versuche zum Barricadenbau, die hier und da sichtbar wurden, die ersten Flintenschüsse, die gegen 3 Uhr fielen, zeigten, daß ein gewaltsamer Widerstand im Entstehen begriffen sei. Das rasche Eingreifen einer genügenden Truppenmacht hätte ihn jetzt noch im Keime ersticken können. Aber statt der 18,000 Mann, die Polignac zur Hand zu haben versicherte, befanden sich nur 11,000 in Paris; diese hatten obendrein durch längeren Aufenthalt engere Beziehungen mit der Bevölkerung angeknüpft und waren so nicht einmal zuverlässig; das Schlimmste aber war, daß keine Vorbereitungen irgend welcher Art getroffen waren und eine rasche Machtentfaltung am 27. daher unmöglich war. Andererseits fehlte freilich auch dem Volke den ganzen Tag über noch jede Leitung; die Massen in den Straßen wuchsen wohl von Stunde zu Stunde; mit den entlassenen Arbeitern der Druckereien vereinigten sich Studenten und ehemalige napoleonische Soldaten; Barricaden wurden errichtet, Laternen eingeworfen, Wachtposten insultirt; aber man wußte doch nicht recht: wo hinaus? Marmont glaubte am Abend berichten zu können, die Lage sei nicht ernst und die Verhängung des Belagerungszustandes unnöthig. Das änderte sich über Nacht. Während derselben wurden von mehreren radicalen Deputirten, wie Freilhard, Ménilhou u. A., in den zwölf Bezirken von Paris Aufstandscomités errichtet; vor Sonnenaufgang hatten sich die Barricaden vervielfältigt; die Sturmgloden ertönten und brachten Tausende und aber Tausende auf die Beine; aus den Läden der Waffenfabrikanten bewaffnete sich die Menge; ehemalige Nationalgardisten erschienen in ihrer Uniform; die Schilder der Hoflieferanten, die königlichen Wappen wurden abgerissen und immer häufiger ertönte der Ruf: Nieder mit den Bourbonen! Marmont erkannte sogleich die steigende Gefahr; schon um 9 Uhr meldete er dem König: Es ist kein Aufruhr mehr, es ist eine Revolution. Aber nicht zum Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung, sondern zu Maßregeln, um den Frieden mit dem Volke wiederherzustellen, rieth er dem Könige. Davon wollte dieser Nichts wissen; der Belagerungszustand wurde verhängt und damit Marmont unumschränkte Vollmacht gegeben. Nur mit halbem Herzen und ohne Glauben an den Erfolg widmete sich dieser seiner Aufgabe. Während er seine Truppen von den Tuileries aus in vier Richtungen vorgehen ließ, um das Stadthaus und andre wichtige Punkte zu besetzen, verhandelte er gleichzeitig mit den Vertretern der liberalen Abgeordneten. Diese hatten sich gegen Mittag, etwa 30 an der Zahl, von Neuem versammelt und einen sehr matten, von Guizot verfaßten

Der 28. Juli.

Verhängung
des Belagerungs-
zustandes.

Protest genehmigt, den sie aber nicht einmal zu unterzeichnen wagten. Dann begaben sich fünf von ihnen, Lafitte und Casimir Périer an der Spitze, zu Marmont in die Tuilerien, um durch seine Vermittlung auf den König zu wirken und ihn selbst zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen. Der Marschall, den Arago, sein persönlicher Freund, schon mit ähnlichen Bitten bestürmt hatte, machte kein Hehl daraus, wie sehr er den Staatsstreich mißbillige, erklärte aber, um seiner militärischen Ehre willen die Feindseligkeiten fortsetzen zu müssen; auf eine Nachgiebigkeit des Königs zu rechnen, sei, wie er fürchte, eine leere Hoffnung. Mittelbar bestätigt wurde das durch Polignacs Haltung; auch er befand sich in den Tuilerien; aber als Marmont ihm vorschlug, die Abgeordneten zu empfangen, lehnte er das als zwecklos ab. Gleichwohl erstattete der Marschall dem Könige Bericht von dem Vorgefallenen, schilderte die militärische Lage als sehr bedenklich, da seine Truppen nirgends Fuß zu fassen vermöchten, und rieth wiederholt, die gemachten Vorschläge ohne Verzug anzunehmen. Aber Karl blieb hartnäckig; auch dem Baron Vitrolles, einem bewährten Royalisten, der im Einverständniß mit einigen Häuptern der Liberalen sich nach St. Cloud begab und in den König drang, gelang es nicht, ihn zu erschüttern; grade daß die Opposition eine Versöhnung anstrebte, schien dem Monarchen ein Beweis ihrer Schwäche, und Polignacs Berichte bestärkten ihn in diesem Wahn. Und doch wurde die Lage in Paris immer schlimmer. Die Truppentheile, welche Marmont ausgesandt hatte, mußten bis auf einen alle vor Abend wieder auf die Tuilerien zurückgehn, und auch dieser eine, welcher sich im Stadthause festgesetzt hatte, räumte diesen Punct während der Nacht. Am Morgen des 29. Juli war Marmont in den Tuilerien wie blockirt; nur im Rücken hatte er durch die elyseischen Felder noch freie Verbindung mit St. Cloud. Aber schlimmer war, daß die Treue seiner Truppen zu wanken begann. Er bot jetzt selbst den Parisern in einer Ansprache eine Waffenruhe an; das Angebot wurde nicht beachtet, thatsächlich aber ruhte der Kampf. Statt dessen machte sich das Volk daran, einzelne Regimenter durch schmeichelndes Zureden zum Abfall zu bewegen; zwei Linienregimenter, die Gewehr bei Fuß auf dem Vendôme-Platz standen, erlagen der Versuchung und stellten sich unter den Befehl des Generals Gérard, der zu den liberalen Abgeordneten gehörte. Sie zu ersetzen entsandte Marmont eines der beiden Schweizerbataillone, welche den Louvre verteidigten; dadurch gerieth das andre derselben ins Schwanken, räumte den Louvre und zog sich auf den Caroussel-Platz, der zwischen Louvre und Tuilerien liegt, zurück. Das Volk drängte nach und richtete aus den Fenstern ein lebhaftes Feuer auf die Schweizer und die andern Truppen. Nun griff die Panik, in welche diese bereits gerathen waren, schnell weiter; eine schimpfliche Flucht begann; Marmont selbst mußte die Tuilerien räumen, auf denen alsbald die Tricolore als Siegeszeichen flatterte, und nach St. Cloud eilen, zufrieden, wenn er die wilde Flucht in einen leidlichen Rückzug umwandeln konnte. In St. Cloud fand er den König im Ministerrath. Schon Morgens

Verhandlungen.

Hartnäckigkeit des Königs.

Der 29. Juli.

Abfall der Truppen.

Räumung der Tuilerien.

Verathungen in St. Cloud.

war Polignac hinausgeeilt, um den Monarchen in seiner Standhaftigkeit zu befestigen, in der ihn die bösen Nachrichten leicht erschüttern konnten. Bald nachher erschienen die Grafen Sémonville und Argout, von Marmont gesandt, um die Entlassung des Ministeriums zu empfehlen; aber der König blieb bei seiner Ueberzeugung: Nachgeben heißt abdanken. Wenig besseren Erfolg hatte Vitrolles, der zum zweiten Male kam, die böse Wendung in Paris berichtete und ein Ministerium Mortemart-Casimir Périer-Gérard als letzte Rettung forderte. Endlich stellte sich Marmont selbst ein, als Bote seiner eigenen Niederlage, umgeben von staubbedeckten, schweißtriefenden Adjutanten. Auf's Vebhafteste unterstützte er Vitrolles' Rath, aber noch stundenlang dauerte die Cabinetssitzung, ohne daß man einen Entschluß fassen konnte. Endlich, spät am Nachmittag, genehmigte der König die Entlassung Polignacs und übertrug Mortemart, einem gemäßigten Liberalen, der von seinem russischen Gesandtschaftsposten eben auf Urlaub in der Heimat war, die Leitung der Geschäfte. Schleunig eilten Vitrolles, Sémonville und d'Argout mit der frohen Botschaft nach Paris, fest überzeugt, daß nunmehr jede Schwierigkeit gehoben sei. Nur zu schnell erkannten sie, wie irrig diese Hoffnung war. Der Uebertritt der beiden Infanterieregimenter hatte den liberalen Abgeordneten, die sich bis dahin zu Nichts mehr als einem anonymen Protest hatten aufraffen können, plötzlich Muth eingeblöht. 25 an der Zahl, übertrugen sie dem alten Lafayette den Oberbefehl über die Nationalgarde, dem General Gérard, welcher sich jenem freiwillig unterordnete, den über die Vinientruppen, und setzten einen Gemeindeauschuß ein, der aus Lafitte, Périer, dem General Lobau, Schonen, Audry de Puyraveau und Mauguin bestand und alsbald seine Thätigkeit auf dem Stadthause begann. An diesen wandten sich Vitrolles und seine Begleiter zunächst, um ihm Meldung von dem versöhnlichen Schritte des Königs zu machen. Casimir Périer verwies sie jedoch an die Abgeordneten, welche noch immer in Lafittes Hause tagten. Hier war die Stimmung einer Aussöhnung wohl geneigt, doch herrschte ein tiefes Mißtrauen vor und einzelne Stimmen, wie Thiers und Lafitte, erklärten grade heraus, es könne jetzt nur noch ein Thronwechsel helfen. Ihr Candidat war Louis Philipp, Herzog von Orléans, dem Lafitte schon im Laufe des Tages hatte melden lassen, er habe keine andere Wahl als eine Krone oder einen Paß. Aber wenn derselbe wegen seiner liberalen Grundsätze im Allgemeinen beim Volke beliebt war, so standen die Aussichten für ihn doch zur Zeit noch nicht besonders günstig. Eigentlich war seine Erhebung bis zu diesem Momente noch gar nicht ernstlich ins Auge gefaßt und neben der Fortdauer der bourbonischen Regierung nur die Republik in Betracht gezogen. Es galt also zunächst ihn überhaupt in Vorschlag zu bringen. Das geschah mittelst großer Anschlagzettel, die Thiers Nachts in der Werkstatt des National drucken ließ und die am Morgen des 30. Juli an allen Straßenecken prangten. Die Wirkung derselben war ungemein günstig, zumal der Herzog von Mortemart, dessen Ankunft in Paris schon am vorigen Abend

Polignacs
Entlassung.

Die Lage in
Paris.

Der Gemein-
deauschuß.

Der Herzog
von Orléans.

bis über die Mitternacht hinaus gespannt erwartet, sich immer noch nicht sehen ließ und damit jede Bürgschaft für die versöhnlichen Absichten Karls X. schwand. Thiers hatte sich inzwischen mit dem Maler Ary Scheffer nach Neuilly begeben, wo er Louis Philipp vermutete. Zwar fand er ihn dort nicht, denn der Herzog hatte sich, um zu keinem voreiligen Schritte gedrängt zu werden, nach Raincy, einem einsamen Landhause im Wald von Bondy, zurückgezogen; wohl aber trafen die Beiden dort seine Schwester, Madame Adelaïde, und diese versprach in ihrem Sinn auf den Bruder zu wirken. Sogleich kehrte Thiers nach Paris zurück und begab sich in das Palais Bourbon, wo die Abgeordneten beisammen waren und abermals Mortemart's harrten. Seine Mittheilungen reiften einen Beschluß, der schon vorher in Ueberlegung gezogen war: da von Karl X. durchaus keine weiteren Mittheilungen kamen, wurde der Herzog von Orléans zum General-Statthalter des Königreichs ernannt und eine Deputation erwählt, welche zunächst den Pairs Mittheilung von diesem Beschlusse machen, ihre Zustimmung erwirken und dann, durch Vertreter der ersten Kammer verstärkt, den Herzog auffordern sollte, seine neue Würde alsbald anzutreten. Bei den Pairs trafen die Abgesandten zu ihrem großen Erstaunen den Herzog von Mortemart, der mit königlichen Decreten, welche die Ordonnanzien zurücknahmen und die Wiederherstellung der Nationalgarde bewilligten, zu Fuß und auf großen Umwegen endlich todtmüde und mit wunden Füßen in Paris angelangt war; vollständig entmuthigt durch die Zustände in der Hauptstadt gab er selbst dem Beschluß der Abgeordneten seine Zustimmung. Da man den Aufenthalt Louis Philipps immer noch nicht kannte, so wurde seine Ernennung in seinem Palaste abgegeben und seine schleunige Ankunft in Paris verlangt. Nach einem schweren Kampfe mit sich selbst entschloß sich der Herzog von Orléans die Würde anzunehmen. Gegen 11 Uhr Nachts traf er zu Fuß, begleitet von zwei Adjutanten, im Palais royal ein. Sogleich ließ er Mortemart zu sich rufen. Nur dem gebieterischen Drange der Umstände gehorchend, so versicherte er, und nur um die Ausrufung der Republik zu verhüten, sei er nach Paris gekommen; aber eher werde er sich in Stücke hauen als die Krone auf sein Haupt setzen lassen. Auch der Deputation der Abgeordneten, welche ihm Morgens am 31. Juli den förmlichen Beschluß wiederholte, gab er ähnliche Erklärungen, wenngleich in abgeschwächter Form, und erließ dann einen Aufruf, in welchem er die Statthaltertschaft annahm, die Tricolore als Fahne Frankreichs anerkannte, den unverweilten Zusammentritt der Kammer verkündete und mit der Versicherung schloß: Die Verfassung wird fortan eine Wahrheit sein! Das Nächste mußte jetzt sein, den Gemeindeausschuß auf dem Stadthause und den alten Lafayette zur Anerkennung des Statthalters zu bewegen. Nachdem der Letztere unter der Hand bewogen worden war, auf die Verwirklichung seiner republikanischen Ideale zu verzichten, sollte in einem feierlichen Acte die Einigkeit zwischen ihm und Louis Philipp dem Volke gezeigt werden. Begleitet von 91 Abgeordneten — so viel hatten sich jetzt allmählich zusammen-

Erhebung
zum General-
Statthalter.

Der Herzog
von Mortemart.

Louis Philipp
nach Paris.

Louis Philipp
auf's Stadthaus.

gefunden — begab sich der General-Statthalter nach dem Stadthause. Es war ein ärmlicher und ängstlicher Aufzug; ärmlich — denn kein militärischer Pomp wurde dabei entfaltet; ein einziger Trommler zog voraus; ein paar Adjutanten waren die einzigen Uniformen; ängstlich — denn jeden Augenblick fürchtete man, daß die Kugel eines Republikaners dem Leben des Herzogs ein Ende machen werde.

Lafayette.

Lafayette empfing den Statthalter, umgeben von dem Ausschuß, an der Thür des Sitzungssaales. Nachdem der Herzog sich zu dem Inhalt einer Ansprache bekannt, in welcher die 91 Abgeordneten dem Volke eine Reihe liberaler Maßregeln verbürgten, erfaßte Lafayette seinen Arm und trat so mit ihm, die dreifarbige Fahne in der Hand, auf den Balkon des Stadthauses. Lauter Jubel der Bevölkerung, die unten Kopf an Kopf stand, begrüßte die Beiden, als sie sich umarmten; das Eis war gebrochen, und anerkannt von der Revolution kehrte der Herzog in das Palais royal zurück. Bald darauf stattete ihm Lafayette daselbst seinen Gegenbesuch ab. Auch dieser verlief in schönster Eintracht. Lebhaft stimmte der Statthalter in das Wort des alten Republikaners ein: Frankreich bedürfe eines Thrones, umgeben von republikanischen Staatseinrichtungen, und Lafayette seinerseits war so entzückt von dem Prinzen, daß er ihn die beste der Republiken nannte und völlig vergaß, ihm das Programm des Stadthauses vorzulegen, das ihm seine republikanischen Gesinnungsgeoffenen, weniger gefühlsfelig als er selbst, mitgegeben hatten, um es von Louis

Die Republikaner.

Philipp anerkennen zu lassen. Eine republikanische Opposition gegen den neuen Regenten blieb deshalb vom ersten Tage an bestehen; ihre Führer waren besonders Cavaignac und Bastide. Thiers gab sich viele Mühe, auch diese zu bekehren; er veranlaßte eine persönliche Zusammenkunft und Besprechung, die aber nur die Tiefe der Kluft recht erkennen ließ. Als Bastide sich erhob um zu gehen, rief ihm Louis Philipp freundlich nach: Ich hoffe, Sie kommen wieder! Niemals! war die Antwort. Aber der König tröstete sich darüber mit dem berühmt gewordenen Worte: Man muß niemals Niemals sagen! Für die nächste Zeit hatte jedenfalls der Groll der unverzögerten Republikaner keine große Bedeutung; dagegen konnte von Seiten

Karl X. nach Rambouillet.

Karls X. immer noch ein militärischer Versuch gegen Paris gemacht werden, besonders wenn es ihm gelang, die Ankunft Bourmonts mit seiner siegreichen afrikanischen Armee abzuwarten. Der Generalstatthalter suchte deshalb mit dem Könige nicht völlig zu brechen. Karl hatte sich, als Mortemarts Sendung nach Paris gescheitert war, noch einmal Polignac in die Arme geworfen; als er jedoch die Gefährlichkeit eines längeren Aufenthaltes in St. Cloud oder in Trianon, wohin er am 31. Juli ging, einsah, empfahl er seinen Ministern für ihre eigne Sicherheit zu sorgen und begab sich nach dem etwas entfernteren Rambouillet, wo er spät Abends am 31. Juli anlangte. Am nächsten Tage schrieb er dem Herzog von Orléans einen Brief, durch welchen er ihm seinerseits die Regentschaft übertrug. Louis Philipp antwortete darauf in einer Weise, die den König durchaus zufrieden stellte. Allein schon am nächsten Tage änderte sich die Sachlage von

Neuem. Karl überzeugte sich, daß für ihn persönlich keine Hoffnung mehr sei, den Thron wieder zu gewinnen und verzichtete daher zu Gunsten seines Enkels Heinrichs V. auf den Thron, ein Verzicht, welchem sich der Nächstberechtigte, Karls ältester kinderloser Sohn, der Herzog von Angoulême, anschloß. Ein Schreiben des Königs, das noch am 2. August Abends in die Hände des Adressaten gelangte, theilte dem Herzog von Orléans diesen doppelten Entschluß mit und forderte ihn auf, die Regierung im Namen Heinrichs V. zu führen. Mit dieser Botschaft hatte sich indeß eine Deputation gekreuzt, welche im Auftrage des Herzogs den König dringend einladen sollte, Rambouillet zu verlassen, da seine Nähe die Aufregung der Pariser wach erhalte. Allein der König weigerte sich die Abgesandten — es waren der Marschall Maison, Odilon Barrot und Schonen — auch nur zu empfangen. Um ihn zur Abreise zu bewegen, mußten daher stärkere Mittel aufgeboten werden. Ohne die Abdankeurkunde vorher zu veröffentlichen, ertheilte der Herzog früh am 3. August dem General Pajol den Auftrag, mit 6000 Nationalgarden nach Rambouillet zu ziehen; eine bunte Menge, ohne einen Schein soldatischer Ordnung und Haltung, die Einen zu Fuß, die Andern in Droschken, auf Leiternwagen und auf anderem Fuhrwerk jeglicher Art, im Ganzen etwa 20,000 Menschen, strömte hinaus und lagerte sich gegen Abend vor Rambouillet in den Getreide- und Kleeefeldern zu beiden Seiten der Straße. Voran geeilt waren abermals Maison und seine Collegen; mit den lebhaftesten Farben stellten sie dem Monarchen die Gefahr vor Augen; Maison gab sein Ehrenwort, daß die Menge wohl 60,000 Köpfe stark und Widerstand unmöglich sei. Darauf hin entschloß sich Karl noch Abends zur Abreise; in Maintenon reiste der Entschluß, Frankreich ganz zu verlassen und auch den Plan, südlich der Loire eine Gegenregierung zu bilden, aufzugeben; die Truppen, welche bis dahin ihn begleitet, wurden entlassen und nur etwa 1200 Mann mit 2 Geschützen zurückbehalten, um die königliche Familie, deren Mitglieder alle bei einander waren, nach Cherbourg zu begleiten. Nicht ohne manchen Beleidigungen ausgesetzt zu sein, schiffte sich der gestürzte König dort am 16. August auf einem amerikanischen Fahrzeug nach England ein und landete, ohne mit königlichen Ehren empfangen zu werden, auf der Insel Wight. Nur bis 1832 nahm er die Gastfreundschaft Englands in Anspruch und wohnte während dieser Zeit erst auf einem Schlosse in Dorsetshire, dann in Edinburg. Darauf siedelte er nach Oestreich über, wo er in Prag, später in Görz, lebte und an letzterem Orte 1836 am 6. November starb. Sein Sohn Angoulême folgte ihm 1844 im Tode nach.

Seine Abdan-
kung.Der Zug nach
Rambouillet.Des Königs
Abreise.Sein Aus-
gang.

Die Art, auf welche der Herzog von Orléans die Abreise des Königs bewirkt hatte, war nicht die feinste gewesen. Auch sein ferneres Verhalten trug keineswegs den Stempel ritterlicher Offenheit. Daß er nicht den Versuch machte, die Nachfolge Heinrichs V. selbst herbeizuführen, dazu konnte ihn freilich außer eigensüchtigen Beweggründen recht wohl auch die Einsicht in die Vergeßlichkeit solches Bemühens veranlassen. Er ging aber noch einen Schritt weiter, indem er zu-

Louis Vbis
lipp's Verhal-
ten.

Eröffnung
der Kammern.

nächst die Person Heinrichs V. ganz im Dunkel zu lassen suchte. An demselben Tage, wo die Pariser nach Rambouillet zogen, am 3. August, eröffnete er die Kammern und theilte denselben die doppelte Thronentsagung Karls und Angoulêmes mit, ohne beizufügen, daß sie zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux ausgefertigt sei. Ueber das, was nun zu thun sei, hüllte er sich in tiefes Schweigen und überließ damit der Kammer den ersten Schritt. Auf Antrag Bérards zog dieselbe sogleich die Fragen in Berathung, welche zur Herstellung der öffentlichen Ordnung zu erledigen seien, und faßte ihre Beschlüsse schon am 7. August mit 219 gegen 33 Stimmen in einer Erklärung zusammen, welche die Erledigung des Thrones, eine beträchtliche Zahl von Verfassungsänderungen, die Reformbedürftigkeit anderer wichtiger Bestimmungen und Gesetze, endlich aber die Erhebung Louis Philipps zum Könige der Franzosen aussprach. Die Pairskammer, die in der großen Woche, wie man die achttägige Revolution nannte, gar keine Rolle gespielt hatte, stimmte diesen Beschlüssen zu, obgleich sich darunter auch die Ausstoßung aller ihrer Mitglieder, die Karl ernannt, und eine Erklärung gegen die Erblichkeit der Pairie befand. Nur Chateaubriand wagte es, ein Wort der Treue dem gestürzten Könige nachzurufen, der jetzt zum dritten und letzten Male in die Verbannung ziehe. Mit ihm weigerte sich eine kleine Schaar von Mitgliedern beider Kammern der Regierung des neuen Königs den Eid zu leisten. Am 9. August erschien dieser vor den vereinigten beiden Häusern des Parlamentes und beschwor feierlich die Annahme der Erklärung vom 7. August.

Louis Philipp
König der
Franzosen.

Chateau-
briand.

Des Königs
Vergangenheit
und Charac-
ter.

Louis Philipp stand bei seiner Thronbesteigung bereits im 57. Lebensjahre, und die reichen Erfahrungen, welche er diesem vorgeschrittenen Alter dankte, waren durch die bunten Schicksale seiner Verbannungsjahre noch vielseitiger und nuzbringender geworden. Die Trägheit seines von Natur etwas langsamen und schwerfälligen Geistes war nicht ohne Erfolg von der berühmten Schriftstellerin Frau von Genlis nach Rousseau'schen Grundsätzen bekämpft worden; dagegen entwickelte sich unter ihrer Leitung zusehends der Hang zur Verstellung und zur Zweideutigkeit, Erbstücken, welche der Knabe seinem Vater, dem berücktigten Philipp Egalité, verdankte. Die ersten Jahre der Revolution dienten für die Ausbildung dieser Geistesanlagen als hohe Schule. Die coquetten Beziehungen, in welchen der Vater zu den Jacobinern stand, mußte natürlich auch der Sohn pflegen. Er wurde Mitglied der pariser Clubs und ein eifriger Besucher der abendlichen Parteiversammlungen, über die er ein ausführliches Tagebuch anlegte. Beim Ausbruch des Krieges ging er zu seinem Regimente und theilte sich mit diesem an der Belagerung von Balmly und der Schlacht von Zemappes. Argwöhnischer als sein Vater, weniger verblendet und weniger gebunden als dieser, erkannte er aber mehr und mehr die Unnatur der Lage, in welcher er als Prinz des königlichen Hauses sich befand. Der Gedanke nach Amerika auszuwandern beschäftigte ihn lebhaft. Eine bedeutendere Rolle schienen ihm Dumouriez' Pläne nach der Hinrichtung des Königs zu eröffnen. Ihr

Scheitern machte andererseits sein längeres Bleiben in Frankreich unmöglich. Rechtzeitig genug floh er über die Grenze und begab sich nach der Schweiz, während sein Vater das Schaffot bestieg. Ob es mehr kluge Ueberlegung und der feste Entschluß, nicht gegen Frankreich die Waffen zu tragen, oder mehr seine untrügerische Gesinnung gewesen, die ihn abhielt in die österreichische Armee zu treten, muß dahin gestellt bleiben; jedenfalls war diese Zurückhaltung für ihn im Jahre 1830 von dem größten Nutzen. Der junge Prinz und Generalleutnant wurde unter dem Namen eines Herrn Chabaud-Latour Lehrer der Geographie, der Mathematik und des Zeichnens zu Reichenau in Graubünden. Als sein Incognito entdeckt wurde, gab er die Stellung wieder auf und machte Reisen, erst im Norden Europas bis zum Nordcap hin, dann in Amerika bis in die Urwälder. Dabei unterhielt er stets seine politischen Beziehungen und wurde von einem Theil der Ausgewanderten als der geeignetste Candidat für den französischen Thron betrachtet. Nicht ohne Hoffnungen auf eine günstige Wendung kehrte er im Januar 1800 aus Amerika zurück; als er aber bei seiner Ankunft in Europa Napoleon als ersten Consul und Dumouriez im Lager der Bourbonen fand, zauderte er auch nicht länger, sich mit der älteren Linie seines Hauses auszusöhnen, hatte eine Zusammenkunft mit dem Grafen Artois und empfing als Lohn für diese Unterwerfung von England eine Jahrespension von 50,000 Francs, die er auf seinem Schlosse Twickenham bei London verzehrte. Während der nächsten Jahre beschäftigten ihn dann mannichfache ehrgeizige Pläne. Seine Vermählung mit einer neapolitanischen Prinzessin, Amalie, im Jahre 1809 erweckte bei ihm den Gedanken, sich Murats Reich zu erobern; aber auch nach Spanien stand sein Gelüsten und selbst mit den Ionischen Inseln hätte er sich begnügt. Die Hoffnung, noch einmal den französischen Thron zu besteigen, war dabei keineswegs aufgegeben und das Verhältniß zu den Bourbonen stets nur ein äußerliches. Eine Reihe einflußreicher Politiker, so der wieder bekehrte Dumouriez, Talleyrand, Constant u. A., wirkten in den ersten Tagen der Restauration und nach Napoleons zweitem Sturze für ihn. Doch trugen diese Bemühungen kein andres Ergebniß davon als erneuertes Mißtrauen bei den Bourbonen. Zumal das Verlangen Louis Philipps beim Beginn der 100 Tage, ihn als Generalstatthalter an die Spitze des Königreichs zu stellen, um Napoleon wieder zu vertreiben, nährte den tiefen Argwohn Ludwigs XVIII. Während der ganzen Restaurationszeit unterhielt Louis Philipp dann geheimer Verbindungen mit den unabhängigen Liberalen; im Palais royal fanden Männer wie Constant, der reiche Banquier Lafitte, Périer, Horace Vernet, Thiers, Mignet eine freundliche Aufnahme und wurden allmählich zu einer orleanistischen Partei herangezogen. Um sich als Throncandidaten nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen, scheute der Herzog auch bedenkliche Mittel nicht; so veröffentlichte der londoner Morning Chronicle nach der Geburt des Herzogs von Bordeaux einen Artikel ohne Unterschrift, der im Namen Louis Philipps gegen die Nechtheit des Neugeborenen protestirte,

Orleanistische
Partei.

Privatleben.

und den dieser wohl mündlich zurückwies, schriftlich aber in keiner Weise ableugnen wollte. Ganz wie bei dieser Gelegenheit verhielt er sich überhaupt. Er selbst trat niemals in den Vordergrund, auch seine nächsten Vertrauten durften nicht unmittelbar für ihn wirken, das geschah immer durch die zehnte, zwanzigste Hand. Aus seinen liberalen Ideen aber machte er kein Hehl, und eine Gelegenheit, seine bürgerfreundliche Gesinnung an den Tag zu legen, ließ er sich nie entgehen. Seine Wanderungen durch die Straßen von Paris, ohne Begleitung und den sprüchwörtlichen Regenschirm unter dem Arm, setzte er auch als König fort. Durch ein schlichtes Privat-, durch ein inniges Familienleben suchte er im Gegensatz zu dem kalten, abgeschlossenen, steifen Auftreten des königlichen Hofes die Herzen des Volkes für sich zu gewinnen. Seine Söhne waren in dem Collège de France erzogen worden, das nie vorher einen Zögling aus dem königlichen Hause gehabt hatte; sie blieben darin, auch als das Haupt des Vaters die Krone schmückte. Ein lebhaftes Familiengefühl bildete sich in dem Orléans'schen Hause aus; besonders als die Söhne des Königs sich nach einander vermählten, wurde das Zusammenleben eifrig gepflegt. Der Vereinigungspunct der Familienglieder war das Zimmer der Königin; dort wurden am Morgen die Zeitungen, besonders das Journal des Débats, am Abend die besten literarischen Neuigkeiten vorgelesen. Für das Verhältniß der Brüder zu einander ist die Aeußerung charakteristisch, die der älteste, der Herzog von Orléans, gegen Dumas fallen ließ: sein Bruder Nemours benehme sich absichtlich dem Volke gegenüber kalt, weil er wisse, daß die Franzosen nicht allzuviel Liebe für ihr Fürstenhaus übrig hätten, und weil er dieses Wenige ihm, dem Thronerben allein gönne. Nach mehr als einer Seite hin wirkte der lebhafteste Familiensinn, den der König und sein Haus bethätigte, übrigens auch schädlich; seine Bemühungen, den jüngeren Söhnen fremde Kronen zu verschaffen, schufen seiner auswärtigen Politik mehrmals Verwickelungen und wirkten bedeutsam zu seinem Sturze mit; in dem Verhältnisse zu dem eignen Volke schadete sich der Monarch aber besonders durch die Art, wie er seine Familieninteressen in Bezug auf Geldangelegenheiten vertrat. Noch Karl X. hatte bei seiner Thronbesteigung, wie oben erwähnt, die alte Sitte der französischen Könige erneuert und sein Privatvermögen mit den Staatsdomänen vereinigt; Louis Philipp übertrug dasselbe unter Vorbehalt des Nießbrauchs am Tage vor seiner Thronbesteigung an seine Kinder, und da man die Höhe desselben auf mindestens 100 Millionen zu schätzen hatte, da überdies kaum 3 Wochen später der gewaltsame Tod des Herzogs von Bourbon — er wurde am 27. August in seinem Schlafzimmer erhenkt gefunden — einen neuen, sehr bedeutenden Zuwachs desselben brachte, so verlor dagegen das Zugeständniß, welches der neue König wohl oder übel hatte machen müssen, die Herabsetzung der Civilliste von 25 auf 18 Millionen Francs, fast alle Bedeutung. Einer wirklichen, wohlbegründeten Beliebtheit konnte sich das neue Herrscherhaus so wie so nicht rühmen; woher hätte sie stammen sollen? und gelegentliche Ausbrüche der Begeisterung, wie

Sparsamkeit
und Selbstsucht.Stimmung
des Volkes.

an dem Tage, als Louis Philipp eine Musterung über die neu errichteten zwölf Legionen Nationalgarde hielt, überdauerten nicht die Aufregung des Augenblicks. Dagegen gab es zur Mißstimmung Anlaß genug. Die Geschäfte hatten durch die Revolution schwer gelitten; die Möglichkeit eines auswärtigen Krieges erschwerte ihr erneutes Aufblühen; Tausende von brotlosen Arbeitern in der Hauptstadt nährten die Furcht vor neuen Aufständen, und die löbliche Standhaftigkeit, mit welcher die Regierung sich den Gelüsten der Republikaner, die an Polignac und seinen Collegen blutige Rache nehmen wollte, widersetzte, konnte leicht den Vorwand dazu bieten. Die ehemaligen Minister saßen, soweit sie nicht über die Grenze entkommen waren, im Schloß von Vincennes gefangen; das Volk lechzte förmlich nach ihrem Blut; selbst Lafayettes Einfluß scheiterte an dieser blinden Begier; am 18. October rettete nur die kaltblütige Entschlossenheit des wackeren Commandanten von Vincennes, Dumesnil, den Gefangenen das Leben; er drohte, sich mit ihnen und der Volksmenge, die wüthend ihren Tod verlangte, in die Luft zu sprengen. Der Zorn des Pöbels war um so größer, als die zweite Kammer, um die Angeklagten zu retten, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen beschloß. Ein Wechsel des Ministeriums, aus dem die Doctrinäre ausgeschieden und das sich am 2. November unter Lafayettes Präsidium erneuerte — es bestand außer ihm aus dem alten Republikaner Dupont de l'Eure, aus Maisson, Gérard, Sébastiani, Montalivet und Ménilhou — trug nur vorübergehend zur Beschwichtigung bei, und nur dem Aufgebot zahlreicher Truppenmassen war es zu danken, daß die Tage vom 14.—21. December, an welchen die gerichtliche Verhandlung vor den Pairs geführt wurde, trotz der gewaltigen Aufregung, die in der Stadt herrschte, ohne ernstere Ruhestörungen verstrichen. Lebenslängliche Gefangenschaft, Verlust aller Titel, Orden und Würden, für Polignac überdies noch bürgerlicher Tod, so lautete das Strafurtheil, welches am 21. December erging. Daß es den Schuldigen nicht auch das Leben absprach, war für des Königs Beliebtheit in den unteren Schichten ein schwerer Stoß, der zu allem Unglück noch dadurch verstärkt wurde, daß unmittelbar darauf Lafayette seine Entlassung als Obercommandant der Nationalgarde nahm, weil die Kammer diesen Posten zwar ihm auf Lebenszeit zu lassen, grundsätzlich aber aufzuheben beschlossen hatte. Nun trat auch Dupont de l'Eure aus dem Ministerium, der radicale Seine-Präfect Treilhard nahm seine Entlassung, und die Unzufriedenen hatten eine Reihe erwünschter Anlässe, um über den Beginn einer neuen Reactionsepoche zu klagen.

Wuth gegen
Polignac.

Ministerium
Lafitte.

Proceß Po-
lignac.

Lafayettes
Rücktritt.

Die belgische Revolution.

Mit den auswärtigen Cabinetten war inzwischen unerwartet schnell ein regelmäßiger diplomatischer Verkehr angeknüpft worden. Außerst bereitwillig hatte England die Juliregierung anerkannt, Oestreich und Preußen waren ohne großes Widerstreben gefolgt,

Anerkennung
der Juliregierung
nach.e.

Belgien und
Holland.

Kaiser Nikolaus hatte zwar erst Miene gemacht mit den Waffen für die Bourbonen einzutreten, begnügte sich aber dann nach einem demüthigen, fast entschuldigenden Briefe Louis Philipps damit, ihm durch die Verweigerung der üblichen Anrede „Mein Bruder“ seinen Aerger kund zu geben. Von den Mächten zweiten Ranges war Spanien erst durch die Anerkennung der südamerikanischen Colonien und durch die Unterstützung, welche Frankreich einem Einfalle Mina's zu gewähren drohte, mürbe zu machen; die übrigen nahmen keinen Anstand dem Beispiel der Großmächte zu folgen. Nur der Herzog von Modena machte sich das Vergnügen, jede Unterhandlung mit einem Urpator kurzer Hand zurückzuweisen. In der That war es nicht gerathen, den neuen Beherrscher Frankreichs zu verletzen oder auf kriegerische Bahnen zu drängen, da es ihm nicht schwer hätte fallen können, zu seiner Rettung den revolutionären Brand über einen ansehnlichen Theil Europas zu verbreiten, und da die Empörung, die ohne planmäßige französische Einmischung in Belgien ausbrach, leicht von ihm zu Gunsten seines Thrones und seines Landes schien ausgebeutet werden zu können. Die Verschmelzung Hollands mit Belgien zu einem Königreich der Niederlande, die man 1814 wesentlich als Schutzmittel gegen Frankreich vollzogen hatte, war kein glücklicher Entschluß gewesen. Des Trennenden zwischen den beiden Ländern war mehr als des Gemeinsamen. Wenn auch die Bevölkerung Belgiens nur zum kleineren Theil romanisch war, so übte doch diese immerhin sehr starke und geschlossene Minderheit den bedeutamsten Einfluß im Lande aus, und, was schlimmer war, die Bewohner germanischen Stammes, die Fläminger, sahen sich von den Holländern nicht genugsam beachtet und in ihren Eigenthümlichkeiten geschützt; man strebte danach, sie mit den Holländern in Sprache, Sitten und Geseßgebung zu verschmelzen. Dazu kam als ergiebige Quelle von Streitigkeiten die Verschiedenheit der Religion, da in Holland ebenso sehr der Protestantismus, wie in Belgien der Katholicismus vorherrschte. Schon Joseph II. hatte seine belgischen Provinzen durch Nichts mehr verletzt und zum Aufstande getrieben, als dadurch, daß er den Einfluß der Priester zu brechen und ihre Erziehung in die Hände des Staates zu bringen suchte. Genau derselbe Schritt, die Errichtung einer staatlichen Hochschule für die Ausbildung der Geistlichen, wurde 1825 von der niederländischen Regierung gethan, und auch der Erfolg war genau derselbe wie 1786. Metternich hatte nicht Unrecht, wenn er es unbegreiflich fand, daß nach einem solchen Vorbild der König von Holland sich nicht besser vorgeesehen habe. Auch die materiellen Interessen waren im Süden des Landes nicht unbeträchtlich verschieden von denen des Nordens; hier überwog der Handel, dort Ackerbau und Industrie. Die Vertheilung der Staatslasten war für die belgischen Provinzen drückend; sie sollten Theil nehmen an der großen Schuldenmasse von 2 Milliarden Gulden, die Holland aufgesammelt hatte, und sollten Steuern, wie die auf Brot und Fleisch, bezahlen, deren sie ungewohnt waren. Politische Vortheile tauschten sie nicht dafür ein; ihr eigener Einfluß auf die

Staatsverwaltung war gering. Die Verfassung des Landes war ihnen zum Troß mit schamloser Rechtsverdrehung eingeführt worden. Eine Notabelnversammlung, die berufen war, um sie zu berathen, lehnte sie mit einer bedeutenden Mehrheit (796 gegen 527 Stimmen) ab. Da erklärte die Regierung, der Minderheit seien alle die beizurechnen, welche bei der Abstimmung gefehlt hätten; das waren nicht weniger als 280, und so wurde durch deren Stimmenzahl die Minorität der Annehmenden zur Mehrheit. In der Landesvertretung waren die Belgier nicht nach Verhältniß ihrer Bevölkerung zu etwa zwei Dritteln, sondern nur mit derselben Stimmenzahl wie das kleinere Holland bedacht, und da dessen Vertreter stets einmüthig waren den Vortheil ihres Landes dem belgischen voranzustellen, so brauchten nur ein oder zwei Abgeordnete der südlichen Hälfte des Königreichs zu denen der nördlichen abzufallen, um eine holländische Mehrheit zu Wege zu bringen — eine Möglichkeit, die fast immer zur Wirklichkeit wurde. Noch ungünstiger war das Verhältniß der beiden Nationalitäten unter den oberen Staatsbeamten und Militärs; auf 317 Holländer kamen im Jahre 1829 nur 81 Belgier. So konnte es gar nicht ausbleiben, daß eine lebhaftere Opposition gegen Holland erwuchs, die theils auf nationaler Grundlage beruhte, theils von materiellen Interessen getragen wurde, und die ihre Rüstung zum Theil aus dem Zeughaufe des Liberalismus entlehnte, zum Theil mit den grundverschiedenen Waffen einer verbissenen Priesterpartei kämpfte. Ein wenig Geschicklichkeit und Nachgiebigkeit würde hingereicht haben, um die beiden Hälften der Opposition gegen einander zu verwenden und mit Hilfe der einen die andre unschädlich zu machen; aber dazu machte König Wilhelm I. nicht einmal den Versuch. Ungewarnt durch die drohenden Anzeichen, die sich in der Kammer und der Presse kundgaben, ließ er den unnatürlichsten Bund von der Welt zwischen dem Liberalismus bis zur äußersten Linken und dem schwärzesten Ultramontanismus sich vollziehen und gab sich dann obendrein, getäuscht durch einige Anhänglichkeitsbezeugungen, die ihm auf einer Reise zu Theil wurden, dem Wahne hin, die Unzufriedenheit sei nur künstlich erzeugt oder gar nicht vorhanden; es sei eine Infamie, wie er zu den städtischen Behörden in Lüttich sagte, von Beschwerden des Landes zu reden! Die Antwort darauf war die Bildung eines Vereines in Flandern, der eine Denkmünze trug mit der Inschrift: Treu bis zur Infamie! in Erinnerung an den Wahrspruch der alten Geusen: Treu bis zum Bettelsack! Die Erbitterung steigerte sich auf beiden Seiten. Der verhaßte Justizminister van Maanen forderte von den belgischen Beamten eine ausdrückliche Zustimmung zu dem Programm der Regierung, das in einer königlichen Botschaft vom 11. December 1829 enthalten war. Die Maßregelungen, denen sie im Weigerungsfalle ausgesetzt waren, veranlaßten dagegen die Bildung einer Conföderation, deren Mitglieder sich gleichsam untereinander gegen Schädigungen durch die Regierung versicherten. Die Seele der Opposition war schon seit einigen Jahren Louis de Potter, ein reicher, unabhängiger Mann, der Jahre lang nur literarischen Bestrebungen

Verhältniß der
Liberalen und
der Ultramont-
anen.

Louis de
Potter.

gelebt hatte und der durch die kirchengeschichtlichen Studien, denen er hauptsächlich oblag, auf das Gebiet der Tagesfragen geführt war. Zur Führerschaft der liberalen Partei verhalf ihm eine 18 monatliche Gefängnißstrafe, in die er 1828 verurtheilt worden war, weil er öffentlich die Aufforderung erlassen hatte, über alle ministeriellen Belgier eine Volksacht zu verhängen. Aus dem Gefängniß heraus hatte er dann weiter die Vereinigung der liberalen und der clericalen Partei zu einer „constitutionellen Association“ veranlaßt, hatte sodann einen Petitionssturm an den König um Abstellung der nationalen Beschwerden veranstaltet und gab endlich offen die Losung aus zu einer Bewegung, welche Belgien nach Verfassung und Verwaltung von Holland zu trennen strebte. Diese Thätigkeit zog ihm im Frühjahr 1830 eine neue Anklage zu, die am 30. April mit einer achtjährigen Verbannung endigte.

Einwirkung
der Juli-Re-
volution.

Die Juli-Revolution fand ihn in Paris; natürlich steigerte sie seine Hoffnungen, aber sie trieb ihn zunächst nicht über die Grenze des bisher Erstrebten hinaus. In einem offenen Briefe an den König Wilhelm erneuerte er seine Forderung eines Systemwechsels und der administrativen Trennung Belgiens von Holland. Der König und van Maanen beachteten diesen Brief so wenig wie die drohenden Mahnungen, die in Brüssel und andrer Orten laut wurden. Obgleich öffentliche Anschläge verkündigten: Montag Feuerwerk, Dienstag Illumination, Mittwoch Revolution, ging der Leichtsinn in den Regierungskreisen soweit, daß man zur Feier des königlichen Geburtstages am 25. August als Festoper die Stumme von Portici erfor, unbekümmert darum, daß dieses Stück die Erhebung der Reapolitaner unter Masaniello gegen die spanische Herrschaft feierte. Schon im Theater kam es zu lebhaften Ausbrüchen politischer Leidenschaft; nach Beendigung der Vorstellung aber stürzte sich der Pöbel auf die Gebäude des Justizministeriums, der Polizeidirection und der ministeriellen Zeitung, um sie zu zerstören. Auch am andern Tage wiederholten sich ähnliche Scenen; die Regierung war völlig machtlos.

Die Stumme
von Portici.

Der Bürger-
ausschuß.

Da thaten sich die wohlhabenden Bürger zusammen um dem Pöbel die Leitung zu entwinden; in einer großen Versammlung setzten sie am 27. August einen Bürgerausschuß ein, an dessen Spitze der Baron von Hoghvoorst stand; das Hissen der brabantischen Fahne auf den Regierungsgebäuden konnte als Zeichen dafür angesehen werden, daß man eine völlige Trennung von Holland verlange. Doch zählte innerhinhin die Personalunion noch viele Anhänger, und die Gegner waren unter sich noch sehr getheilt. Eine kleine Schar, von Gendebien, Potters Freunde, geführt, nahm den Anschluß an Frankreich in Aussicht; unter den Liberalen waren nicht Wenige der Gründung einer Republik geneigt; bei den Clericalen herrschte der Wunsch vor, eine selbständige Monarchie herzustellen. Diese Spaltung hätte einem ehrlichen Versuche auf Grund der Personalunion das Gelingen beinahe mit Sicherheit verbürgt. Dabon überzeugte sich der älteste Sohn des Königs, der Prinz von Oranien, der am 31. August mit einer kleinen Armee vor Brüssel anlangte. Er verzichtete auf sein

Des Prinzen
von Oranien
Vermittel-
ungsversuch.

anfängliches Verlangen, an der Spitze der Truppen in die Stadt einzumarschieren, hielt seinen Einzug am 1. September ohne militärische Begleitung und vereinbarte mit einer Notabelnversammlung die Einführung der Personalunion. Um sie seinem Vater zu empfehlen, reiste er am 3. September nach dem Haag zurück. Dort fand er aber nicht die Entschlossenheit zum Nachgeben, die zum Gelingen erforderlich war. Zwar berief der König die Generalstaaten auf den 13. September und legte ihnen die Trennung Belgiens von Holland vor; aber eine Empfehlung konnte man die Art, in welcher es geschah, nicht nennen. Dazu kam, daß in Holland eine lärmende und maßlose Agitation gegen die Belgier sich erhob, daß des Königs zweiter Sohn, Prinz Friedrich, in Antwerpen an der Spitze eines Heeres eine drohende Stellung einnahm, daß endlich in Belgien selbst mit den Erfolgen die Forderungen wuchsen. Bis auf zwei, drei feste Plätze, Antwerpen, Maastricht, die Citadelle von Gent, war das ganze Land in den Händen der Aufständischen. In manchen Gegenden traten republikanische Gedanken offener zu Tage, als in Brüssel gesehen war; aber auch in die Hauptstadt verpflanzten sich diese Bestrebungen durch zahlreiche Zuzügler, welche aus allen Theilen des Landes und aus Frankreich dahin zusammenströmten. Der Bürgerausschuß machte schon am 20. September einem radicaler gefärbten Centralausschuß Platz, in dem Vertreter aller Parteien, welche die Trennung von Holland wollten, Hooghvorst, Vandeweyer, Gendebien, Graf Mérode, Rogier und auch der eben zurückgekehrte de Potter saßen. Inzwischen war Prinz Friedrich mit 10,000 Mann vor Brüssel angekommen und verlangte in einer drohenden Proclamation, die er ohne höheren Befehl erließ, Unterwerfung. Statt dessen entband der Centralausschuß alle Belgier im königlichen Heere ihres Eides und berief fremde Offiziere, besonders den französischen General Mellinet und den Spanier van Halen, zur Organisation des bewaffneten Widerstandes. Diese vermochten zwar nicht zu hindern, daß Prinz Friedrich am 23. in Brüssel einrückte und das Schloß sammt einigen Hauptstraßen besetzte. Als er aber in die Seitengassen einrücken wollte, stieß er überall auf Barricaden, und es entspann sich nun ein dreitägiger Straßenkampf, der mit solchen Verlusten für die Holländer verbunden war, daß der Prinz, zumal ihm auch die Munition auszugehen begann, in der Nacht vom 26. auf den 27. die Stadt wieder räumte. Dieses Ereigniß hatte die letzte Brücke der Verständigung zerstört; es nützte nichts mehr, daß am 28. September die Generalstaaten in die Personalunion willigten, daß König Wilhelm ihren Beschluß am 4. October bestätigte, daß der Prinz von Oranien zur Durchführung desselben als Statthalter in Antwerpen erschien und eine Bereitwilligkeit, sich den Forderungen des Centralausschusses anzubequemen, an den Tag legte, die ihm sogar die Ungnade des Königs zuzog. Die Personalunion war jetzt bereits ein völlig überwundener, völlig unmöglicher Standpunct. Der Centralausschuß schrieb Wahlen zu einem Nationalcongreß aus und gab diesem die Regelung der künftigen Verhältnisse anheim. Am 10. No-

Der Central-
ausschuß.Prinz Fried-
rich in
Brüssel.Seine Nieder-
lage.Die Personal-
Union.Der National-
Congreß.

Unabhängig-
keitserklärung.

bember trat er zusammen. Wider Erwarten und besonders zu de Potters großer Enttäuschung zählte er nur sehr wenige republikanisch Gesinnte; denn nachdem er am 18. November die Unabhängigkeit Belgiens erklärt, entschied er sich am 22. mit 174 gegen 13 Stimmen für die constitutionelle Monarchie, von der aber durch einen Beschluß vom 24. November das Haus Oranien ein für alle Male ausgeschlossen sein sollte. Dadurch erfuhren die Verhältnisse eine wesentliche Klärung, um so mehr, als auch die Gendebien'sche Partei, die den Anschluß an Frankreich wollte, auf eine Anfrage in Paris eine unbedingt ablehnende Antwort erhalten hatte, da Louis Philipp die eben gewonnenen guten Beziehungen zu den fremden Cabinetten nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen entschlossen war. Die Frage, wem man die belgische Krone übergeben solle, war freilich eine sehr schwierige; allein vor der Hand drängte ihre Lösung nicht; denn der Congreß war entschlossen zur Königswahl nicht eher zu schreiten, als bis er eine neue Verfassung berathen habe, und diese Aufgabe war umfangreich genug, um noch Monate in Anspruch zu nehmen.

Die Groß-
mächte.

König Wilhelm hatte sich mittlerweile an die Großmächte als die Bürgen der Verträge von Paris und Wien gewandt, um von ihnen wieder in den alten Besitzstand zurückgeführt zu werden. Allein er fand hier keine sonderlich günstige Aufnahme. Nur Kaiser Nikolaus war im ersten Augenblick entschlossen marschieren zu lassen und bot dem englischen Cabinet 60,000 Mann nach den Verträgen von Chaumont, Paris und Aachen an. Aber Wellington, der damals noch Premierminister war, hielt zwar den Sieg der belgischen Revolution für eine „verteufelt schlimme Geschichte“, konnte jedoch nicht im Entferntesten daran denken, sie mit den Waffen rückgängig zu machen; schon am 16. November mußte er überdies, wie früher erzählt, seinen Platz dem Earl Grey und den Whigs räumen, deren Parteigrundsätze ein Einschreiten gegen den belgischen Congreß von vorn herein ausschlossen. Für Oestreich und Preußen war und blieb die Erhaltung des europäischen Friedens der leitende Gesichtspunct; in Berlin konnte man überdies keine sonderlichen Sympathien für die Oranier haben, die in Sachen der Rheinschiffahrt dem preußischen Cabinet stets gehässig und kleinlich entgegen getreten waren; in Wien war man der Ansicht, daß König Wilhelm sein Unglück Niemandem als sich selbst zuzuschreiben habe; er gehöre leider zu den Menschen, die Nichts lernen und Nichts vergäßen. Dennoch hätte man beider Orten wohl nicht so schnell auf die Einmischung verzichtet, wenn man nicht gefürchtet hätte, dadurch Frankreich zur Unterstützung der Belgier zu treiben und so aus einem Schornsteinbrand eine Feuersbrunst zu machen. Das französische Cabinet schenkte natürlich dem Aufstande seinen vollsten Beifall, war aber gern bereit den Grundsatz der Nichteinmischung, welchen es im Gegensatz zu dem Verfahren der heiligen Allianz in das europäische Völkerrecht einzuführen suchte, auch hier zu befolgen, vorausgesetzt natürlich, daß auch die andern Großmächte so handelten. Der endliche Sieg der belgischen Sache

war dadurch fast unbedingt gewährleistet, daß die Bevölkerung der aufständischen Provinzen derjenigen Hollands etwa doppelt überlegen war.

So vereinigten sich denn die Großmächte zwar ziemlich schnell dahin, dem Ersuchen König Wilhelms durch die Bildung einer Gesandtenconferenz in London zu entsprechen; aber der erste Beschluß, welchen diese faßte, zeigte schon, daß von einer gewaltsamen Unterwerfung der Belgier nicht die Rede sein sollte. Am 4. November wurde den beiden Parteien der Abschluß eines Waffenstillstandes auferlegt. Die Feindseligkeiten, die bisher vorgefallen waren, kamen theils thatsächlich, theils moralisch den Belgiern zu Gute. Sie hatten unter Mellinet Ende October die Feinde bei Varchem zurückgedrängt und den holländischen General Chassé zum Rückzug aus der Stadt in die Citadelle von Antwerpen genöthigt. Daß er von dort aus die Stadt aus 700 Kanonen mehrere Stunden bombardiren ließ, schuf zwar unendliche Verluste, schadete aber als eine barbarische Maßregel den Holländern ungemein in der öffentlichen Achtung. Die Belgier dagegen befestigten ihre Stellung sowohl durch die Wahl eines gemäßigten Mannes, des Grafen Surler de Chotier, zum Congresspräsidenten, als durch die Annahme einer monarchischen Staatsform sehr wesentlich. So that denn die londoner Konferenz schon am 20. December den entscheidenden Schritt und erkannte die Unabhängigkeit Belgiens grundsätzlich an. Damit waren die Fragen, die fernernhin zu lösen blieben, auf drei Hauptpunkte zusammengedrängt; es handelte sich um die künftige Grenzlinie, es handelte sich um den Antheil Belgiens an der bisherigen gemeinsamen Schuld, und es handelte sich um die Person des neuen Monarchen. Erst in zweiter Linie standen Fragen wie die wegen der Schifffahrt auf der Schelde, wegen der Entschädigung des deutschen Bundes, dem ja Luxemburg bisher angehörte, wegen der Schleifung einiger Festungen an der französischen Grenze, die man in Paris wünschte. In Bezug auf die künftige Grenze und den Antheil Belgiens an der gemeinsamen Staatsschuld zeigte sich nun die Konferenz sehr wohlwollend gegen Holland. In den sog. Grundlagen für die Trennung (vom 10. und 27. Januar 1831) überwies sie Holland die Grenzen von 1790 und das ganze Luxemburg und schrieb Belgien ^{16/31} von der Schuldenlast zu. Holland ging darauf ein, in Brüssel aber lehnte man diese Grundlagen ab. Die Frage blieb also in der Schwebe und trat für den Augenblick zurück gegen das Interesse, welches die Königswahl erweckte. Von den Candidaten, die überhaupt genannt worden waren, durfte der Prinz von Oranien jetzt für beseitigt gelten; auch dem Prinzen Leopold von Coburg, der sich durch die Ablehnung der griechischen Krone viel Feinde gemacht hatte, gab man nicht viel Aussicht; England zeigte sich lau, der französische Minister Sebastiani drohte mit Krieg, wenn jener einen Fuß auf belgischen Boden setze. Dagegen galten als ernstliche Bewerber Louis Philipps zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, und der Stiefenkel Napoleons, der Herzog August von Leuchtenberg, ein Sohn Eugen

Die Londoner
Conferenz.

Waffenstill-
stand.

Bombardement von Ant-
werpen.

Das Protokoll
vom 20. De-
cember.

Die Grund-
lagen der
Trennung.

Die Königs-
wahl.

Beauharnais'. Remours' Name war schon im October in den Vordergrund getreten; allein damals hatte sein Vater seine Zustimmung unbedingt verweigert, um es nicht mit den Großmächten zu verderben. Als aber Leuchtenbergs Vererbung Aussicht auf Erfolg gewann — eine Möglichkeit, die dem Bonapartismus in Frankreich neue Nahrung hätte zuführen können — ließ Louis Philipp offen erklären, daß er dieser niemals zustimmen werde, und ließ insgeheim mittheilen, daß er unter solchen Umständen Remours' Erhebung zulassen wolle. Ernstlich vertreten wollte er sie aber auch jetzt nicht; er wußte, daß die londoner Conferenz sie für unzulässig erklären würde, und es lag ihm nur daran, die Wahl Leuchtenbergs zu verhindern und einen Trumpf gegen sie in die Hand zu bekommen. Das gelang ihm vollkommen. Am 3. Februar 1831 nahm der Congreß die Wahl vor, und mit einer Stimme Mehrheit wurde Remours erkoren. Auf die erste Kunde davon legte die londoner Conferenz am 7. Februar ihr Veto ein, das englische Ministerium zeigte sich zum Kriege bereit und Louis Philipp zögerte in Folge dessen nicht, trotz der großen Mißstimmung, welche dieser Schritt in Frankreich hervorrief, am 17. Februar die Annahme der Krone für seinen Sohn abzulehnen. Es war derselbe Tag, an welchem der Congreß die Verathung der Verfassung durch einstimmige Annahme derselben beendete. Da nun die Hoffnung, gleichzeitig einen König gefunden zu haben, gescheitert war, so übertrug man einstweilen dem Baron Surlet de Chokier als Reichsverweser die Würde und Machtvollkommenheit des Staatsoberhauptes und machte sich daran, einen neuen Candidaten zu suchen. England und Frankreich vereinigten sich jetzt, um Leopold von Coburg zu empfehlen, der dem Hause der Orléans nach seiner Wahl durch die Vermählung mit Louis Philipps Tochter Louise näher treten sollte. Im April begab sich im Auftrage des belgischen Ministeriums eine Deputation von vier Congreßmitgliedern nach London, um dem Prinzen vertraulich zu befragen, ob er eine Wahl des Congresses auf Grund der belgischen Verfassung annehmen werde. Die Antwort fiel trotz der Bedenken, welche der demokratische Grundzug dieser Verfassung erregte, zustimmend aus, doch unter der Voraussetzung, daß die londoner Conferenz ihre ungünstigen Januar-Beschlüsse in der Grenz- und der Schulfrage noch ändern würde. Daraufhin erwählte der belgische Congreß den Prinzen am 4. Juni mit 152 gegen 44 Stimmen und schickte alsbald Commissäre an die londoner Conferenz, um jene Aenderungen vorzuschlagen. Deren Bemühungen waren nicht erfolglos; am 26. Juni wandelte die Conferenz das Januarprotokoll in die sog. 18 Artikel um, welche die Luxemburger Frage offen ließen und die Schulden so ordneten, daß jeder Theil die übernehme, welche er vor der Vereinigung getragen, und daß der Rest nach einem billigen Verhältniß getheilt werden solle. Am nächsten Tage empfing Leopold eine Deputation des Congresses, die schon seit drei Wochen in London wartete, und nahm die Krone unter der Bedingung an, daß der Congreß die 18 Artikel genehmige. Nachdem dies nach einer achttägigen stürmischen Debatte geschehen

Die belgische
Verfassung.

Leopold von
Coburg.

Die 18 Artikel.

war, verließ er England und hielt am 21. Juli seinen Einzug in Brüssel.

Es fehlte jedoch noch viel daran, daß damit die belgische Frage gelöst war. Holland hatte den Januar-Bedingungen zugestimmt, die 18 Artikel verwarf es mit größter Entschiedenheit. Ja es kündigte den Waffenstillstand vom 4. November 1830 und ließ am 4. August 50,000 Mann über die Grenze rücken. Die belgische Armee war in schlechter Verfassung; ein Theil, die Maas-Armee unter General Daine, löste sich ohne Kampf völlig auf; mit dem andern, der Schelde-Armee, mußte Leopold selbst auf Löwen zurückweichen. Es blieb ihm Nichts übrig, als die Hülfe Frankreichs anzurufen, die bereitwilliger gewährt als erbeten wurde. Uebrigens erreichte sie ihren Zweck augenblicklich; am 10. August rückte General Gérard in Belgien ein, schon am 13. kehrten die Holländer nach Holland zurück und fügten sich 10 Tage später in einen neuen Waffenstillstand, den die Conferenz bis zum 10. October beiden Theilen auferlegte. Aber wenn die nächste Gefahr damit beseitigt war, so hatte sich die Lage des neuen Königreichs durch diesen kurzen Zwischenfall doch sehr verschlechtert. Hollands Muth und Widerstandskraft war gesteigert; die Abänderungen, die es an den 18 Artikeln verlangte, ließen sich schwerer verweigern. England war höchst unwillig über den Einmarsch der Franzosen; auch Leopold mußte ihre schleunigste Entfernung wünschen, da er hörte, daß Louis Philipps Vertreter in London, der alte Talleyrand, der schon im Januar vergeblich die Abtretung der Festungen Philippeville und Marienburg als Entgelt dafür gefordert hatte, daß Frankreich für die Wahl Leopolds wirke, jetzt Versuche mache, Preußen und Holland zu einer Theilung Belgiens unter diese drei Mächte zu verlocken, und da das französische Cabinet ihm selbst lästig wurde durch einen Vertrag, den es ihm am 8. September abpreßte und der ihn zur Schleifung von 5 bestimmten Festungen verpflichtete. Erst nach Abschluß dieses Vertrages begannen die Franzosen, lebhaft von England und den andern Großmächten gedrängt, den Rückmarsch, und die londoner Conferenz machte sich daran, die Grenz- und Schuldenfrage zum dritten Mal zu regeln. Das Ergebniß war für Belgien wesentlich schlechter. Die 24 Artikel vom 6. October 1831 überwiesen die größere östliche Hälfte von Luxemburg an Holland und nahmen Belgien auch noch Theile von Limburg; in Bezug auf die Staatsschulden aber legten sie dem neuen Königreich die Pflicht auf, jährlich 8 $\frac{1}{4}$ Mill. Gulden als Zinsen an Holland zu zahlen. Dennoch verweigerte das letztere von Neuem seine Zustimmung und gab dadurch Belgien wieder einen Vorprung. Dieses trat nämlich den 24 Artikeln in einer Form bei, welche ihm zugleich die Anerkennung der Großmächte verschaffte. Jene Artikel wurden in die Gestalt eines Vertrages gebracht, welchen die Conferenzmächte mit Leopold schlossen; binnen zwei Monaten vom 15. November ab sollte derselbe ratificirt werden. Durch eine neue „Kabberei“ Frankreichs, um mit Palmerston zu sprechen, wurden jedoch noch einmal Schwierigkeiten geschaffen. Mit dem Hauptvertrage zugleich

Der holländische August-Hebzug.

Einrücken der Franzosen.

Französische Pläne.

Der Festungs-vertrag.

Die 24 Artikel.

Die Festungsfrage.

sollte der über die Schleifung gewisser Festungen unterzeichnet werden. Sämmtliche Großmächte waren über die Dienlichkeit solcher Schleifungen einig: Frankreich, weil die fraglichen Plätze zu seiner Vändigung errichtet waren; die übrigen Staaten, weil die Zahl derselben für Belgiens Heer und Finanzen zu groß war und deshalb im Kriegsfall eine Ueberrumpelung leicht hätte gelingen können. Ueber die Auswahl der Plätze, welche geschleift werden sollten, behielten sich nun aber zu Louis Philipps größtem Verdruß die andern Mächte die alleinige Entscheidung vor, und als er durch den erwähnten Festungsvertrag, den er am 8. September mit Leopold abgeschlossen, sich mittelbar einen Einfluß erschleichen wollte, verwarf die londoner Conferenz am 14. December 1831 die darin getroffene Auswahl und bezeichnete zum Theil andere Festungen. Aus Aerger und in der Hoffnung, seinen Willen doch noch zu erzwingen, verweigerte nun der französische König die Ratification des Vertrages vom 15. November und fügte sich erst, als er sah, daß Leopold trotz des besten Willens keine Aenderung durchsetzen konnte, und als in den Vertrag die Clausel aufgenommen wurde, daß Belgien durch denselben zu den übrigen Großmächten in kein andres Verhältniß als wie zu Frankreich trete.

Anerkennung
Belgiens durch
die Groß-
mächte.

So wurde Belgien am 31. Januar 1832 von England und Frankreich, in den nächsten Monaten von Oestreich, Preußen und Rußland anerkannt; von den beiden deutschen Mächten unter Vorbehalt der Rechte des deutschen Bundes auf Luxemburg. Preußen hegte dabei wohl noch die stille Hoffnung, es werde ihm vielleicht gelingen, wenigstens die Festung mit dem nächsten Gebiet für sich zu gewinnen. Um diesen Preis hätte es wohl auch die Abtretung von Philippeville und Marienburg an Frankreich zugelassen. Aber grade deshalb wollte England von einem solchen „Abknabbern“ Nichts wissen. Wenn diese großen Mächte einmal Blut geleckt haben, meinte Palmerston, werden sie nie mit Einem Biß zufriednen sein, sondern sehr bald das ganze Schlachtopfer verschlingen. — Holland setzte, auch verlassen von den Großmächten, seinen Widerstand fort. Fast ein Jahr hindurch wurde mit ihm seitens der Conferenz bald mehr, bald weniger lebhaft verhandelt; König Leopold ging nach längerem Zögern und einem Ministerwechsel sogar auf directe Verhandlungen über nochmalige Abänderung der 24 Artikel ein. Als Holland auch diese ablehnte, beschloß die Conferenz am 1. October 1832 Zwangsmaßregeln. Die Ostmächte hätten sich gern auf finanzielle beschränkt; England und Frankreich aber, die vor Allem Antwerpen befreit sehen wollten, dessen Citadelle noch immer von Chassé besetzt war, schlossen am 22. October einen Vertrag, der auch die Anwendung von Waffengewalt vorsah. In einem Ultimatum forderten sie von Holland und Belgien die gegenseitige Räumung aller der Gebietsheile, welche sie den 24 Artikeln zuwider besetzt hielten, und legten, als Holland diese Forderung ablehnte, nicht allein Beschlagnahme auf die holländischen Schiffe in ihren Häfen, sondern blockirten auch die holländische Küste und ließen ein französisches Corps unter Gérard auf Antwerpen vor-

Zwangsmaß-
regeln gegen
Holland.

rückten. Ueber einen Monat hielt Chassé Stand, dann mußte er am 23. December capituliren und wurde mit der Besatzung kriegsgefangen nach Frankreich geführt; die Execution der beiden Mächte — denn den Ausdruch Krieg vermied man sorgfältig — war aber damit noch nicht erschöpft; zwei Forts, Villo und Vissenshoek, welche den freien Verkehr auf der Schelde sperrten, verteidigten sich hartnädig und kamen erst im Mai 1833 in die Hände der Belgier, als der König von Holland angesichts der Vergeblichkeit weiteren Widerstandes nachgab und am 21. Mai eine Convention mit den Westmächten schloß, worin er sich zu einem Vertrage mit Belgien bereit erklärte und bis zum Abschluß desselben den Frieden nicht weiter zu stören versprach. Die Schifffahrt auf der Maas und Schelde wurde sogleich freigegeben, in Bezug auf Luxemburg und Limburg aber der zeitweilige Besitzstand bis zum Abschluß des endgültigen Vertrages aufrecht erhalten. Damit konnte Belgien sehr wohl zufrieden sein, und es war ihm kaum erwünscht, als endlich im März 1838 die Halsstarrigkeit des Königs von Holland durch die augenscheinlichen Nachtheile, in welche er sein Land stürzte, so weit bezwungen wurde, daß er Verhandlungen über den Frieden mit dem Nachbarstaate begann. Jetzt sträubte sich Belgien nach Kräften dawider, die besetzten Theile von Luxemburg und Limburg herauszugeben; allein dem einmüthigen Willen der Großmächte mußte es weichen. Auch so aber brachte ihm der endgültige Frieden vom 19. April 1839 noch bedeutende Vortheile gegenüber dem Vertrage vom 15. November 1831 (den 24 Artikeln); denn die Rente, die es Holland danach zu zahlen verpflichtet war, wurde von 8,4 auf 5 Millionen Gulden herabgesetzt und der ganze Rückstand bis zum 1. Januar 1839 überhaupt gestrichen. Wilhelm I. aber, der König von Holland, hatte wohl Anlaß, mißmuthig und mit sich selbst unzufrieden zu sein. Der Herrschaft überdrüssig entsagte er 1840 dem Throne zu Gunsten des Prinzen von Oranien, der als Wilhelm II. bis 1849 regierte und mit Belgien ein freundschaftliches Nachbarverhältniß anzuknüpfen beflissen war.

Belagerung
von Antwer-
pen.

Uebernahme
der Feindselig-
keiten.

Der Vertrag
von 1839.

Die polnische Revolution.

Fast neun Jahre waren somit erforderlich gewesen, um die Früchte der belgischen Revolution zu sichern und dem neuen Staatswesen, das sie schuf, auch die allgemeine rechtliche Anerkennung zu erwerben. Daß dieses Staatswesen aber seine thatsächliche Existenz sich erkämpfen konnte, das hatte es zum guten Theil dem gleichartigen, aber minder glücklichen Klingen eines andern Volkes im Osten Europas zu danken, dem Aufstande der Polen. Weder Rußland, noch selbst Preußen und Oesterreich hätten sich in die Zertrümmerung des Königreiches der Niederlande so leicht gefügt, wenn nicht neben der Gefahr eines Krieges mit Frankreich als drohendes Gespenst der Gedanke gestanden hätte, daß mit Frankreichs Hülfe die Insurrection der Polen eine drohende Macht gewinnen könne. Die Lage Polens hatte sich mit der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus bedeutend

Die Lage
Polens unter
Alexander.

verschlechtert. Alexander hatte dem Lande die Bedingungen gehalten, unter denen er es auf dem wienener Congreß empfangen hatte. Als selbstständiges Königreich war es mit Rußland nur durch Personalunion verbunden; Heer, Finanzen, Verwaltung waren gesondert. Eine Verfassung, welche der königlichen Macht allerdings nicht gar zu enge Grenzen zog, war 1817 in Wirksamkeit getreten. Sie knüpfte die Gültigkeit der Gesetze an die Zustimmung des Reichstages, der alle zwei Jahre, freilich nur für 14 Tage, zusammentreten sollte. Er bestand aus dem Senat, dessen 30 Mitglieder der König auf Lebenszeit ernannte, und den Landboten, die, 60 an der Zahl, von dem Adel gewählt wurden. Die oberste Regierungsgewalt stand dem Statthalter zu und wurde von diesem durch den Verwaltungsrath ausgeübt. Alle öffentlichen Aemter durften nur von Polen, nicht von Russen, bekleidet werden. Der segensreichen Wirksamkeit dieser wohlgemeinten und trotz ihrer Beschränkungen brauchbaren Verfassung stellten sich jedoch von Anfang an viele Hindernisse in den Weg, zum Theil schwer besiegbare. Der alte Nationalhaß zwischen Russen und Polen, den eine Geschichte von Jahrhunderten groß gezogen hatte, dauerte ungeschwächt fort; die Hoffnungen des unterdrückten Volkes auf eine Wiedergeburt, auf eine Rückkehr der früheren uneingeschränkten Selbstständigkeit, waren auch nach den Enttäuschungen, welche Napoleons Politik ihm bereitet, nicht geschwunden. Die beste, weiseste, freisinnigste Regierung hätte ihm von Rußlands Herrscher geboten werden können; sie würde doch die Sehnsucht der Patrioten nicht gestillt, das Verlangen nach Unabhängigkeit nicht verdrängt haben. Und doch fehlte diesem Verlangen auf der andern Seite jede Fähigkeit, zur Wirklichkeit zu werden. Sociale Zustände, so verrottet wie nirgends sonst in Europa, fraßen an dem Mark des Volkes und zehrten seine politische Lebenskraft, die schon vor Jahrzehnten zu gering zu einem selbstständigen Dasein gewesen war, vollends auf. Ein wohlhabender nationaler Mittelstand fehlte durchaus; Handel, Industrie und Gewerbe lagen zumeist in der Hand der Juden; ohne Mitgefühl für die nationale Sache, ohne den geistigen Schwung, welcher ihre Glaubensgenossen in andern Ländern auszeichnet, nur auf Erwerb bedacht, zehrten diese an dem Wohlstande des Landes und sammelten zugleich mit ihren Reichthümern eine unutilgbare Summe von Haß und Verachtung an. Noch schlimmer sah es um den Bauernstand aus; er schmachete noch in den Banden ungemilderter Leibeigenschaft; neben der Autorität seines Herrn kannte er nur die des Priesters; weiter reichte sein Gesichtskreis nicht; seine leiblichen Bedürfnisse waren gering wie seine geistigen; im Branntheingenuß vergaß er alle Sorgen des Lebens. Aus dem Adel ragten manche Geschlechter durch Umfang des Besitzes und altberühmte historische Namen hervor; die große Mehrzahl war von mäßigem Wohlstande und mäßiger Bildung. Allen gemein war ein tiefgewurzelter Stolz auf ihren Stand, die lebhafteste Erinnerung an die geschwundene politische Bedeutung, ein glühender Patriotismus, in dem sich wahre Vaterlandsliebe mit selbstsüchtigem Standesinteresse

unmerkbar verschmolz, selbstgenügsame Unbotmäßigkeit, persönliche Tapferkeit, ja waghalsiger Muth. Von den Ideen, welche die französische Revolution zur Geltung gebracht hatte, war dieser Adel lebhaft erfaßt worden; doch hatten sie bei den meisten seiner Mitglieder keine tiefen Wurzeln geschlagen; wenige dachten den Grundfaß der Gleichheit und Freiheit auch auf ihre Unterthanen zu übertragen und verwarfen die Leibeigenschaft; den meisten bestand das Princip der Demokratie nur in der Gleichberechtigung des kleinen Adels mit dem großen. Doch gab es auch eine wirklich demokratische Partei im Lande; nur war sie an Zahl und Einfluß sehr klein; sie setzte sich aus der Minderheit des Adels, aus Offizieren und Beamten, und aus den wenigen polnischen Kaufleuten und Industriellen von Besitz und Bildung zusammen; von Bedeutung für die Verhandlungen auf dem Reichstag wurde sie nicht. Auf diesem herrschte ausschließlich der Adel; daß er nicht russenfreundlich gesinnt war, versteht sich nach allem Gesagten von selbst; allein da ihm Nichts mehr am Herzen lag, als seine alleinige Herrschaft zu bewahren, und da der Reichstag dazu ein brauchbares Mittel war, so hielt er diese Institution und überhaupt die Versassung, welche russische Beamte aus dem Königreich ausschloß, hoch, und faßte eine gewalthame Losreißung von Rußland gar nicht ins Auge. Insofern standen also die Sachen für letzteres recht günstig; aber diese Gunst wurde nicht allein nicht benutzt, sondern leichtsinnig verschertzt. Alexander hatte seinen Bruder Constantin als Oberbefehlshaber der polnischen Truppen nach Warschau geschickt; äußerlich liebäugelte derselbe in jeder Weise mit den Polen und stellte sich, besonders nach seiner Vermählung mit der Gräfin Grubinska, als ob er selbst ein Pole wäre. In Wirklichkeit aber suchte er dem russischen Einfluß auf die plumpste und gehässigste Weise Bahn zu brechen. So bewirkte er die Anstellung zahlreicher Russen, die sich zum Schein erst in Polen nationalisiren lassen mußten; er überschwemmte das Land mit einem Heere von Spionen und geheimen Agenten; er beging selbst Willkürlichkeiten und Grausamkeiten aller Art und sorgte dafür, daß seine Günstlinge, die desgleichen thaten, ungestraft blieben. Alles das erbitterte den Adel und führte ihn zu einer Opposition auf den Reichstagen, die Alexander bald sehr schmerzlich empfand und auf die er mit einschränkenden Maßregeln, mit Beeinflussung der Wahlen, mit Aufhebung der Pressfreiheit antwortete. Doch betrachtete er bei alle dem die Constitution immer noch wie sein eigenes Werk und liebte sie als solches, so daß der Gedanke, zum Absolutismus zurückzukehren, schwerlich jemals bei ihm zur That geworden wäre. Diese rein persönliche Stimmung seines Bruders theilte Kaiser Nikolaus natürlich nicht; er bekam aber gleich beim Beginn seiner Regierung auch noch einen directen Anlaß, gegen die Polen mißtrauisch zu werden. Die Untersuchungen, welche gegen die Defabristen eingeleitet wurden, ergaben, daß diese auch mit geheimen polnischen Gesellschaften in Verbindung gestanden hatten, deren Haupt der Fürst Jablonowski war. In Folge dessen wurden einige hundert Personen gefänglich eingezogen und erst vor ein Militär-

Großfürst
Constantin.

Kaiser
Nikolaus.

Verschwö-
rungen.

Czartoryski
und Selewel.

Einwirkung
der franzö-
sischen und
belgischen Re-
volution.

Der Aufstand
in Warschau.

gerichtet, dann — als darüber als über einen Bruch der Verfassung lebhaftest Beschwerden laut wurden — vor den Senat gestellt. Dieser sprach sie im October 1828 frei, so zweifellos auch ihre Schuld war. Das sah Nikolaus mit Recht als eine Herausforderung an und glaubte sich nun um so eher Mißachtungen der Verfassung erlauben zu dürfen. Die Einberufung des Reichstages war so schon unter allerlei Vorwänden unterblieben, und auch die feierliche Krönung wurde bis in den Februar 1829 hinausgeschoben. Das gab denn andererseits der nationalen Opposition wieder neue Nahrung; verschiedene Verschwörungen wurden angezettelt, so 1828 beim Ausbruch des Türkenkrieges, 1829 bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, bei welcher Gelegenheit man ihn und sämtliche Prinzen seines Hauses ermorden wollte; beide Male unterblieb jedoch selbst der Versuch zur Ausführung. Dagegen schlossen sich die Parteien jetzt enger aneinander: die Aristokraten, geführt von Adam Czartoryski, einst dem vertrauten Freunde Alexanders, die Demokraten mit Joachim Selewel an der Spitze, einem gelehrten Kenner des Alterthums, dem seine Grundsätze seine Professur an der Universität Wilna gekostet hatten. Während die erste Partei in Rücksicht auf die militärische Macht Rußlands die Personalunion nicht antasteten und nur die Befolgung und Verbesserung der Constitution erstreben wollte, träumte die andre von vollständiger Unabhängigkeit Polens wohl gar in den Grenzen von 1772, und wollte zur Erreichung dieses Zieles sich die Mitwirkung der Bauern durch Aufhebung der Leibeigenschaft sichern. Trotz der Verschiedenheit dieser Bestrebungen fehlte es doch nicht an Bindegliedern zwischen beiden Parteien und besonders die Aristokraten Niemcewicz und Niemojewski, die demokratischen Grafen Roman Soltyk und Ostrowski waren als Mittelsmänner von Bedeutung.

Ohne die Juli-Revolution würde ohne Zweifel die Anschauungsweise der Aristokraten die herrschende geblieben sein und die Demokraten hätten sich, allein zum gewaltsamen Losbruch zu schwach, ihr anbequemen müssen. Aber die pariser Vorgänge, denen vier Wochen später der brüsseler Aufstand folgte, der allgemeine Glaube, Nikolaus werde beider Orten mit den Waffen für die Verträge von 1815 eintreten, die überschwänglichen Hoffnungen, welche sich in erregbaren Gemüthern an einen solchen Krieg, der riesige Ausdehnungen annehmen konnte, knüpfen mußten, Alles das gab plötzlich den Demokraten ein entschiedenes Uebergewicht. Die Möglichkeit, daß Nikolaus grade das polnische Heer nach Frankreich schicken werde, trieb zur Eile, denn im Heere, unter den Offizieren, waren grade die Heißsporne der Umsturzpartei. Zu einer gründlichen Vorbereitung des Aufstandes ließ man sich nicht die Zeit, einen anerkannten Führer hatte man nicht; mehrere Generale, an die man sich wandte, wollten sich vor der Hand auf Nichts einlassen, ohne doch von dem Vorhaben abzurathen. Mit unglaublicher Unvorsichtigkeit traf man die Vorbereitungen; schon deshalb war es rathsam nicht lange zu zögern, denn jeden Tag konnte Alles entdeckt werden. Ging doch der Uebermuth einzelner Mitwisser so weit, daß sie an des Großfürsten Constantin Lustschloß

einen Zettel hefteten mit der Inschrift: Von Neujahr ab zu vermieten! Die Häupter der Verschwörung waren untergeordnete Personen, einige Schriftsteller, einige Offiziere, der thätigste von ihnen Peter Wysocki, ein Gardeleutnant. Studenten und Soldaten, besonders die Zöglinge der Unterfähnrichsschule, waren ihre nächsten Mitwisser und Gehülfen. Kurz vor dem Losbruch wurden die sämtlichen polnischen Offiziere der Garnison ins Geheimniß gezogen. Am Abend des 29. November um 6 Uhr gab der Brand einer Brauerei das verabredete Zeichen zum Beginn. Ein Häuflein von 20 Mann eilte nach Schloß Belvedere, wo Constantin sich aufhielt; mit dem Rufe: Nieder mit dem Tyrannen! drangen sie ein, stachen die Wachen, den Vicepräsidenten Lubomirski, den General Gendre nieder, und hätten auch den Großfürsten niedergemacht, wenn nicht ein Kammerdiener durch das Verriegeln einer Thür ein paar Minuten gewonnen hätte, während welcher Constantin sich in eine Dachkammer rettete. Ein andrer Haufe stürmte mittlerweile das Zeughaus und vertheilte die Tausende von Gewehren, welche man dort fand, unter die Menge, die von einigen der Verschworenen mit begeisterten Worten zum Kampfe entflammt wurde. Weniger glücklich entledigte sich Wysocki der Aufgabe, die ihm zugefallen war; die russischen Regimenter, die er mit seinen 160 Fährlichen entwaffnen wollte, standen vor ihren Kasernen zum Kampfe bereit und schlugen ihn zurück. Zu einem entschiedenen Angriff schritten sie nicht, da ihre Oberoffiziere nicht zur Stelle waren, sondern auf dem Wege nach den Kasernen vom Volke gefangen oder niedergemacht wurden. Nach einigen Stunden ruhte der Kampf; Morgens am 30. wurde er noch einmal aufgenommen, aber sehr bald auf Constantins Befehl abgebrochen. Dieser hatte sich aus der Stadt nach dem Dorfe Wirzba geflüchtet. Dort überredete ihn sein Adjutant Zamoycki, das Ganze sei nur ein Pöbeleceß, der aus dem Gerüchte entstanden sei, die Russen wollten die Stadt anzünden; um dies Gerede zu widerlegen, solle der Großfürst die Truppen aus der Stadt zurückziehen, dann werde Alles zur Ordnung zurückkehren. Die Verderblichkeit dieses vielleicht bewußt hinterlistigen Rathes zeigte sich bald. Ein großer Theil der polnischen Truppen blieb ohne Befehl in der Stadt zurück; die Aufständischen wurden sich ihres Sieges bewußt und begannen sich zu organisiren; vergebens suchte der Finanzminister Fürst Lubzki, das hervorragendste Mitglied des Verwaltungsrathes, dadurch, daß er die Führer der Aristokraten zum Eintritt in diese Behörde aufforderte, die Leitung der Ereignisse in die Hand zu bekommen. Die Demokraten, welche in dem patriotischen Verein unter Lesniewski's Präsidium sich ein Parteiorgan geschaffen hatten, forderten die völlige Beseitigung des Verwaltungsrathes und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Als eine Deputation, die am 2. December zu Constantin hinauszog, von diesem nichts Andres erlangen konnte, als eine Verweisung an Nikolaus, als die polnischen Regimenter, welche dem Großfürsten bis dahin noch treu geblieben waren, in die Stadt zurückkehrten, als die Nachrichten aus dem Lande von der jubelnden

Räumung der
Stadt.

Zustimmung berichteten, die überall dem Aufstande zu Theil geworden, da gaben die Aristokraten am 4. December den Demokraten nach und bildeten eine provisorische Regierung, deren Präsident Adam Czartoryski wurde und die zu ihren Mitgliedern auch Joachim Lelewel zählte. Damit war jedoch keineswegs der Entschluß ausgesprochen, nun völlig mit Rußland zu brechen; vielmehr überwog bei dem Adel immer noch der Gedanke an die Uebermacht des Kaiserstaates und an die Unmöglichkeit, ihn im offenen Kampfe besiegen zu können; es überwog die Besorgniß vor einer Herrschaft der demokratischen Partei, deren Clubs sich mit Riesenschnelle durch das Land verbreiteten und deren Programm ja auch die gehasste Aufhebung der Leibeigenschaft einschloß. Zu den Männern, welche beide Gedantentreife am lebhaftesten verarbeiteten, gehörte auch der General, welchem die Volksstimme die größte militärische Tüchtigkeit zuschrieb, den sie zur Annahme des Obercommandos gedrängt hatte, Chlopizki. Um die Zügel der Bewegung wirklich in die Hand zu bekommen und einen vollständigen Bruch mit Rußland zu verhüten, faßte er einen eigenmächtigen Entschluß. Am 5. December, also am Tage nach ihrer Einsetzung, erklärte er in der provisorischen Regierung, mit Berufung auf das Beispiel der alten Römer, die Lage des Landes mache eine Dictatur nöthig, und er sei entschlossen, diese zu übernehmen. Die Aristokraten in der Regierung billigten diesen Entschluß ohne Weiteres und waren bereit, die Geschäfte der Minister auszuüben; Lelewel, der sich dessen weigerte, schied aus, und die demokratische Partei war somit jedes unmittelbaren Einflusses beraubt; das Volk jubelte dem neuen Dictator in unbegrenztem Vertrauen entgegen. Auch der Reichstag, der am 18. December zusammentrat, bestätigte seine Würde, obgleich die demokratische Partei auf ihm die Mehrheit hatte und ihre Beschlüsse dem Dictator sehr lästig fielen. Er mußte Lelewel wieder ins Ministerium rufen, mußte ein Manifest des Reichstages dulden, welches den Aufstand für eine Nationalsache und für das nothwendige Ergebniß der Verfassungsverletzungen erklärte, die Nikolaus sich erlaubt habe, und mußte es hinnehmen, daß vor der Vertagung ein Aufsichtsrath eingesetzt wurde, der die Vollmacht erhielt, den Dictator nöthigenfalls seines Amtes zu entheben. Alle diese Beschlüsse erschwerten eine Verständigung mit Nikolaus, wie Chlopizki sie wünschte, aufs Äußerste. Sie wäre freilich auch ohne das aussichtslos gewesen; denn der Czarr war nicht im entferntesten gewillt, mit den Auführern in irgend welcher Form zu unterhandeln. Chlopizki hatte zwei Deputirte nach Petersburg gesandt, den bisherigen Verwaltungsrath Lubezki und den Grafen Jeserski; die Forderungen, welche sie überbringen sollten, waren sehr gemäßigt: strenge Durchführung der Verfassung, Entfernung der russischen Regimenter aus dem Lande und — wo möglich, aber mit der Berechtigung, diesen Wunsch fallen zu lassen — Vereinigung der altpolnischen Provinzen mit dem Königreiche. Nikolaus weigerte sich überhaupt, die beiden Männer als Abgesandte zu empfangen; er ließ sich erst von ihnen die Erklärung geben, daß sie als treue Untertanen gekommen seien;

Die provisori-
sche Regie-
rung.

Chlopizki's
Dictatur.

Der Reichstag.

Der Aufsichtsrath.

Verhand-
lungen mit
Nikolaus.

dann antwortete er auf ihre Wünsche mit nichts Anderem, als der Gegenforderung unbedingter Unterwerfung; der erste Kanonenschuß aber, der gegen Rußland abgefeuert werde, sei das Signal zum Untergange Polens. Lubezki, der vollends bei solchem Berichte den Aufenthalt in Warschau für sich nicht geheuer fand, blieb in Petersburg; Jędrski kehrte mit der Antwort zurück, und ein Manifest des Czaren vom 19. December, das gegen augenblickliche Unterwerfung Begnadigung anbot, verbreitete Klarheit über die Lage im ganzen Lande. Jetzt war Chlopizki's Stellung nicht mehr haltbar; schon die vergangenen Wochen hatten ihm schwere Kämpfe gebracht; er hatte seinen Minister Selewel verhaften lassen, ihn aber wieder freigegeben müssen, weil er als Mitglied des Aufsichtsrathes und mehr noch als populär gewordener Führer unverletzlich war. Nach Jędrski's Rückkehr am 13. Januar 1831 stellte der Dictator die Forderung, jede Beschränkung seiner Macht aufzuheben, und da dies Verlangen nach dem, was vorgefallen, und bei dem rege gewordenen Mißtrauen nicht erfüllt wurde, legte er am 17. Januar nicht allein die Dictatur nieder, sondern auch den Oberbefehl über die Armee, den man ihm gern gelassen hätte. Damit war der erste Abschnitt des Aufstandes, der noch eine Ausöhnung mit Rußland zuließ, beendet. Am 19. Januar trat der Reichstag wieder zusammen, ernannte eine neue Regierung, in der neben drei andern Czartoryski und Selewel saßen, erwählte einen neuen Oberfeldherrn in der Person des Fürsten Michael Radziwil und erklärte auf Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. Januar das Haus Romanow für der polnischen Krone verlustig.

Chlopizki's
Rücktritt.Enttöronung
des kaiserl.
Romanow.

Die unverkennbare Gefahr der neuen Lage führte zu angestrengten Rüstungen; neben dem regelmäßigen Heere, das man verdoppelte, wurden Abtheilungen von Sensenträgern und leichten Reitern, s. g. Krakusen, geschaffen und bei der Vorstadt von Warschau, Praga, eine feste Stellung genommen. Der Angriff ließ nicht lange auf sich warten. Mit 118,000 Mann rückte Diebitsch Sabalkansky ein und der starke Winterfrost begünstigte ein schnelles Vorrücken auf den gefrorenen Sümpfen. Zwei Schlachten vor Warschau, bei Wawer und Grochow, am 19. und 25. Februar, zeigten zwar wie eine Menge kleinerer Gefechte die Tapferkeit der Polen im glänzendsten Lichte und schufen den Feinden, die allein bei Grochow 12,000 Mann einbüßten — die Polen verloren nur 8000 Mann — die schwersten Verluste; aber sie endeten zum Vortheil der Uebermacht, und nur das über Nacht eintretende Thauwetter verhinderte die siegreichen Russen Praga zu stürmen und die Weichsel zu überschreiten. Das gab den Polen Zeit und neuen Muth. Radziwil hatte sich als unfähig für seine große Aufgabe gezeigt; Chlopizki, der ohne Rang mitgekämpft, war verwundet worden; so übertrug man den Oberbefehl auf den General Strzynecki, der mit Auszeichnung gekämpft hatte. Auch entsprach er dem Vertrauen, das man ihm schenkte. Als die kalte Witterung zurückkehrte, überfiel er unerwartet schnell eines der russischen Corps, die sich der Verpflegung halber am rechten Weichselufer

Beginn des
Krieges.Schlachten bei
Wawer und
Grochow.Strzynecki's
Sieg.

hatten ausbreiten müssen. Der glänzendste Erfolg ward ihm zu Theil. In wilder Flucht eilten die geschlagenen Feinde unter General Rosen nach dem ersten Angriff, der wiederum bei Waver am 31. März erfolgte, davon; Strzynecki, berathen von seinem vortrefflichen Generalstabschef Prondzynski, jagte sie 10 Tage lang vor sich her und nahm ihnen 10,000 Gefangene; erst bei Iganie machte er Halt, zunächst wohl gezwungen durch die Erschöpfung der eigenen Truppen, dehnte dann aber diese Ruhezeit so lange aus, daß Diebitsch Zeit gewann, seine Schaaren zu sammeln. Nur die Gardien unter dem Großfürsten Michael konnten aus ihrer vereinzelter Stellung nicht herausgezogen werden. Sie anzugreifen war Strzynecki's dringendste Aufgabe; er konnte ihnen mit doppelter Uebermacht entgegenreten, ehe Diebitsch herbeigeeilt war. Aber trotz Prondzynski's eifrigem Drängen verlor er die günstige Zeit, schwächte sich noch durch die Absendung eines Heerhaufens nach Warschau, das er irriger Weise durch Diebitsch bedroht glaubte, und wurde endlich am 26. Mai bei Ostrolenka von dem russischen Oberfeldherrn, der sich glücklich mit dem Großfürsten vereinigt hatte, angegriffen und nach heldenmüthigem Widerstande vollständig geschlagen. Auch auf den Nebenschauplätzen des Krieges war das Glück den Polen feindlich. Sie hatten sich endlich, etwas spät, entschlossen, in den altpolnischen Provinzen, in Wolhynien, Podolien, der Ukraine, Litthauen, durch Absendung von Heereshaufen den Aufstand zu entfachen. Der Adel war ihnen zumeist sehr zugeneigt; den Bauernstand zu gewinnen, hätten sie mit Entschlossenheit die Aufhebung der Leibeigenschaft auf ihre Fahne schreiben müssen; das geschah aber nur zögernd und vereinzelt. So vermochten denn die Russen mit geringen Streitkräften das Feld gegen sie zu behaupten und Dwernizki, den tüchtigsten der Insurgentenführer, aus Podolien heraus und über die österreichische Grenze zu drängen, wo er am 1. Mai mit den Seinigen entwaффnet wurde.

Seine Nieder-
lage bei Ostro-
lenka.

Dwernizki in
Podolien.

Die Haltung
der fremden
Gabinette.

Das gehäufte Unglück der letzten Wochen ließ schon jetzt den Aufstand als mißlungen erkennen, und seine völlige Unterdrückung war kaum mehr als eine Frage der Zeit. Der zweite Abschnitt desselben, während dessen ein Sieg des bewaffneten Volkes über die organisirten Streitkräfte der russischen Monarchie selbst für nüchterne Beobachter und vollends für die hoffnungsfreudige Sympathie, die ganz Europa beherrschte, nicht unmöglich schien, war mit dem Tage von Ostrolenka beendet. Die Erkenntniß dieser Sachlage gewann freilich bei den Regierungen weit schneller Eingang als bei den Völkern. Während der vergangenen Monate war selbst in Wien der Gedanke, die Polen zu unterstützen, in Erwägung gezogen. So ängstlich Metternich es vermied, sie offen zu begünstigen, so übte er doch ihnen gegenüber eine Nachsicht, die er gegen andre Revolutionen nicht geübt hatte. Strenge Neutralität, wie er sie jetzt verkündigte, würde ihm bei anderen Gelegenheiten als ein unverzeihlicher Fehler, als eine Versündigung an seinen heiligsten Grundsätzen erschienen sein. Aber er that sogar noch mehr und nahm, freilich nur auf Umwegen,

Anträge Czartoryski's entgegen, welche die Erhebung des Erzherzogs Carl auf den polnischen Zukunftsthron anregten. Solche Gedanken waren nach Ostrolenka eitle Träume geworden, und die einzige Art, in der sich fortan noch Sympathien für die Polen zeigen und bethätigen ließen, war die diplomatische Verwendung, um ihr Loos möglichst gelinde zu machen. Als aber die guten Dienste Oestreichs von Rußland einfach zurückgewiesen wurden, gab sich der Staatskanzler auch damit zufrieden. Frankreich begnügte sich mit einem ähnlichen Schritte, der nicht einmal so weit gedieh. Es machte im Juni dem englischen Cabinette den Vorschlag einer gemeinsamen Verwendung in Petersburg. Als jedoch Lord Palmerston darauf hinwies, daß diese nur Erfolg haben könne, wenn die Drohung mit Krieg im Hintergrund stehe, und daß er zu dieser keinen hinlänglichen Grund sehe, stand auch Louis Philipp bereitwillig von seinem Vorsatz ab, obgleich die Kammern ihm in ihrer Adresse die Ueberzeugung aussprachen, daß die polnische Nationalität nicht untergehen werde — eine Redensart, welche seitdem bis zum Jahre 1848 in jeder neuen Adresse an den König wiederkehrte. Preußen, das den Aufstand von seinem Entstehen an mit besorgtem Blick beobachtet hatte, ging noch einen Schritt weiter; es unterstützte unmittelbar, wie sogleich erzählt werden soll, die militärischen Unternehmungen der russischen Truppen; ja in London fürchtete man bereits seine thätige Theilnahme am Krieg und ließ einen französischen Einfall in die Rheinprovinz als Schreckgespenst dagegen androhen. Ein selbstständiges Polen, so sagte man sich in Berlin mit Recht, könne für Preußen nur eine Gefahr sein; denn unablässig werde es dahin streben, das ganze Weichselgebiet zu beherrschen und den Zugang zur Ostsee zu gewinnen; dagegen konnte der Nutzen, den man sich von einem Zwischenreiche gegen Rußland versprechen durfte, doch nicht in Betracht kommen. Der Liberalismus fand allerdings diese kleinliche Interessenpolitik höchst verwerflich und abscheulich; er jauchzte durch ganz Deutschland der neuen polnischen Republik entgegen, und unsre Dichter, die wenige Jahre zuvor dem Erwachen des griechischen Volkes ihre schönsten Weisen gesungen, entzückten jetzt die Herzen des Volkes durch ihre Polenlieder. Nicht minder glühend war die Begeisterung in Oestreich, besonders in Böhmen und Ungarn; 22 Comitате wandten sich an den Kaiser mit der Bitte um bewaffneten Beistand, und man berechnete, daß 100,000 Ungarn, wenn der Kaiser es genehmige, zu Polens Hülfe bereit wären. Solche schwärmerische Sympathie, die mehr oder weniger in allen Ländern des Erdtheils hervortrat, ließ sich natürlich nicht so leicht ernüchtern; die Thatfachen mußten noch deutlicher sprechen, ehe die ruhige Würdigung des Möglichen sich in den erregten Gemüthern Bahn brechen konnte.

Die Stim-
mung der
Völker.

Fürerst setzte eine höhere Gewalt dem Vordringen der Russen nach ihrem Siege bei Ostrolenka eine unheimliche Schranke. Die Cholera begann zum ersten Male ihren fürchterlichen Umzug durch Europa. Schon 1830 war sie in Moskau aufgetreten und in ihrem Gefolge das Heer der moralischen Krankheiten, das von jeher große

Die Cholera.

Seuchen begleitet hat: Schreden, Verzagttheit, Aberglaube, Argwohn, Wuth, Verstocktheit, Zügellosigkeit, vollständige Verthierung. Aller Schranken, die man ihr zu ziehen gesucht, hatte sie gespottet, die Quarantänen und militärischen Postenketten hatte sie übersprungen, die Kunst der Aerzte zu Nichte gemacht. Wenige Stunden, und das Opfer, das sie sich erkoren, war ihr verfallen; wenige Tage, und die Schaar der Leichen zählte nach Hunderten, ja Tausenden. Aufruhr und Verfolgungen, besonders Judenhegen, zu denen vorgebliche Brunnenvergiftungen den Vorwand gaben, begleiteten sie und wurden nicht immer so muthvoll im Reime erstickt, wie in Petersburg, wo Kaiser Nikolaus selbst in die wogende Menge trat und ihr mit mächtiger Stimme gebot, in die Kniee zu sinken und Gott, der allein helfen könne, um Rettung anzusuchen. Kurze Zeit nachher erreichte die Seuche den Schauplatz des Krieges und erwies sich selbst hier als der schlimmste aller Würgengel, schlimmer als Pulver und Schwert. Die Unternehmungen im Felde begannen zu stocken, die Krankheit schonte auch der Führer nicht. 14 Tage nach seinem Siege war Diebitisch todt, eine Woche später, am 17. Juni, folgte ihm Großfürst Constantin ins Grab. Auch die begleitenden Gräueltthaten blieben nicht aus: für Judenhegen war Polen ein fruchtbarer Boden. Das Schrecklichste wurde in Litthauen verübt. Dorthin hatte sich nach der Schlacht von Ostrolenka, von dem Rückzug auf Warschau abgeschnitten, General Gielgud geworfen, um dem Aufstande, der dort leidlich um sich griff, neue Nahrung zuzuführen. Die Hauptrollen hatten bis zu seiner Ankunft die Gräfin Emilie Plater und der Bauer Matuffewicz gespielt, jene eine moderne Amazone, die einen romantischen Schimmer um den Aufstand verbreitete, dieser ein roher Barbar, der Russen und Juden, die in seine Hände fielen, spießte, schinden und lebendig begraben ließ. Gielgud's Ankunft war zunächst der Verbreitung des Aufstandes förderlich; doch sammelte sich bald unter General Saden bei Wilna eine überlegene russische Macht und drängte Gielgud, der ihn vor der Stadt angriff und geschlagen wurde, am 12. Juli bei Memel über die preussische Grenze. Daß die ganze Bewegung in ihren letzten Zügen lag, dafür gab es ein untrügliches Zeichen auch in dem wachsenden Mißtrauen der Führer unter einander und der Soldaten gegen ihre Führer, einem Mißtrauen, das überall Verrath witterte und kein Bedenken trug, ihn auch unbewiesen durch Gewaltthat und Hinterlist zu bestrafen. Auf die Art blühte auch Gielgud sein Leben durch die Kugel eines seiner Offiziere ein, der ihn niederschloß, als sie die Waffen vor den Preußen strecken mußten. Ungeschickt und unfähig hatte er sich bei der Unternehmung erwiesen, aber von dem Verdachte des Verrathes ist er vollständig rein. An militärischem Talente übertraf ihn bei Weitem sein Untergeneral Dembinski, dem es auch gelang, dem Verderben zu entgehen und mit 4000 Mann einen ruhmvollen Rückzug mitten durch die feindlichen Truppen nach Warschau zu bewerkstelligen. Als bald war er der Held des Tages und der richtige Mann, um an Strzypecki's Stelle zu treten; denn dieser hatte durch seine Unthätigkeit seit Ostrolenka und

Diebitisch und
Constantin's
Tod.

Der Aufstand
in Litthauen.

Gielgud's
Er mordung.

Dembinski's
Rückzug.

durch einige kleine Unfälle, welche seine Unterfeldherrn seitdem erlitten, natürlich auch schon den Verdacht der Verrätherei auf sich gezogen. Er mußte sich's gefallen lassen, daß eine Commission des Reichstags in seinem Lager erschien und seine Untergebenen gutachtlich über ihn vernahm. Auf Grund dieser Erkundigungen verfügte dann der Reichstag seine Entlassung und ersetzte ihn am 10. August durch Dembinski, der grade acht Tage vorher in der Hauptstadt angekommen war. Aber auch dessen Regiment sollte nicht von Dauer sein. Die Revolution war jetzt so weit, daß sie sich selbst zerfleischte. Die Eintracht zwischen Aristokraten und Demokraten, die während der Monate des Schwankens leidlich bewahrt worden war, schwand zusehends, als das Unglück hereinbrach und jede Partei nun die andre dafür verantwortlich zu machen wünschte. Gewaltthätige Ausbrüche konnten nicht ausbleiben, besonders in Warschau, wo die Demokraten sich ihres Uebergewichts bewußt und durch die Gegenwart der aristokratischen Regierung doppelt gereizt waren. Ehrgeizige Intriganten, wie der alte General Krusowiezki, fanatische Demagogen, wie der Priester Pulawski, hegten und stachelten, und so kam es am 15. August zu einem Aufstande in der Hauptstadt, der mit der Ermordung von einigen 30 Gefangenen, die man des verrätherischen Einverständnisses mit Rußland anklagte, begann und mit der Flucht Czartoryski, dem Sturz der Regierung und der Erhebung Krusowiezki zum Dictator endete. Da hatte man nun, ohne es zu wissen, einen wirklichen Verräther an die Spitze gestellt, der seine Judasthätigkeit damit eröffnete, daß er Dembinski des Oberbefehls enthob, für 24 Stunden den tüchtigen Prondzynski damit bekleidete und dann in dem ehrlichen und tapfern, aber unfähigen und überalteten Malachowski einen Mann, wie er ihn brauchte, zum Generalissimus machte. Um seiner Sache noch gewisser zu sein, veranlaßte er die Absendung bedeutender Truppenmassen unter Lubinski und dem Piemontesen Komarino, angeblich um Lebensmittel herbeizuschaffen, und verminderte dadurch die Besatzung Warschaus auf 34,000 Mann in eben dem Augenblicke, wo es zum Kampf auf Leben und Tod des Zusammenrassens aller Kräfte bedurft hätte.

Demokratischer Aufstand in Warschau.

Dictatur Krusowiezki.

Malachowski.

Denn die Russen hatten jetzt nach einer Pause von mehreren Wochen, welche der Cholerafurchen und Diebitsch' Tod veranlaßte, den Angriff wieder aufgenommen, an ihrer Spitze Paskevitsch, der Sieger von Rasz und Griwan. Statt wie Diebitsch von Osten her auf Warschau loszugehen, beschloß er, den Sturm auf dem linken Weichselufer zu unternehmen und deshalb diesen Fluß weiter abwärts zu überschreiten. Von den preussischen Behörden auf's Bereitwilligste in jeder Weise, selbst mit dem Material zum Brückenschlagen, unterstützt, vollzog er den Uebergang am 20. Juli bei Ossiel, hart an der Grenze. Begünstigt durch den vielfachen Wechsel im Oberbefehle der polnischen Armee rückte er unbehindert gegen Warschau an und begann den Sturm am 6. September so erfolgreich, daß die Polen trotz heldenhaften Widerstandes die Schanzen von Wola räumen mußten. Etwas voreilig glaubte Krusowiezki schon jetzt seine Zeit

Paskevitsch.

Weichselübergang.

Sturm auf Warschau.

gekommen und verhandelte über Nacht mit dem russischen General Berg wegen Uebergabe der Stadt; zu seiner Enttäuschung verweigerte der Reichstag Morgens am 7. seine Zustimmung. Indes der militärische Verlauf dieses Tages war nicht günstiger als der des vorigen; auch die zweite Verschanzungsklinie ging verloren, und in einer Abend-sitzung bewilligten einige wenige Landboten dem Präsidenten die Vollmacht zu Unterhandlungen. Kaum war das aber bekannt geworden, so eilten die Entschlosseneren in den Ständesaal, hielten eine neue Sitzung, entkleideten Krutowiezki seiner Würde und wählten Niemojewski zu seinem Nachfolger. Doch Warschau zu retten war es jetzt zu spät; schon hatte ein Theil der Besatzung auf Krutowiezki Befehl die Weichsel überschritten und befand sich in Praga. Als Berg wieder in die Stadt kam, suchte man nur nach einem Mittel, den Reichstag und die Armee zu retten; man schloß einen 24stündigen Waffenstillstand, räumte während dessen die Hauptstadt und Praga und entwich, Reichstag und Armee, nach der Festung Modlin, während die Russen am 8. September ihren Einzug in Warschau hielten.

Noch befeelte der Entschluß, den Widerstand bis auf's Aeußerste zu treiben, gar manche Brust; aber die Schicksale Polens hatten sich wieder einmal erfüllt, und der tapferste Wille des Einzelnen konnte nichts mehr ändern. Die größten Hoffnungen waren auf Ramorino gesetzt, den man sehnsüchtig in Modlin erwartete. Allein er mißachtete Malachowskis Befehl, dort hinzuziehen, und ging am 16. September über die österreichische Grenze; seinem Beispiel folgte am 25. bei Krakau der General Rozyski. Jetzt war an einen neuen Kampf mit Paskiewitsch nicht mehr zu denken. Malachowski legte den Oberbefehl nieder, und unter Rybinskis Commando zog die letzte polnische Armee der preussischen Grenze zu. Sie erreichte dieselbe nicht mehr. 24,000 Mann stark, mußte sie mit 95 Kanonen bei Lipno am 5. October die Waffen strecken. Unmittelbar hinterher ergaben sich Modlin und Zamosc, die letzten Plätze, wo das polnische Banner flatterte.

Niemojewski.

Warschau geräumt.

Die letzten Kämpfe.

Das neue Regiment.

Das Schicksal, welchem das arme Land entgegenging, war hart. Zwar erließ der Czar am 1. November eine Begnadigung, aber zahlreiche Ausnahmen schwächten ihre Bedeutung sehr ab. Die Führer des Aufstandes entkamen größtentheils glücklich in das Ausland und bildeten fortan, besonders in Frankreich, den geschlossensten Kern einer europäischen Revolutionspartei. Ihr Hab und Gut wurde eingezogen; die Czartoryskis z. B. büßten 30 Millionen polnischer Gulden ein. Wem die Flucht nicht rechtzeitig gelang, dessen harrte die Verbannung nach Sibirien, oder, wenn er wie Krutowiezki die anfängliche Untreue durch nachträglichen Verrath halbwegs gesühnt hatte, ins Innere von Rußland. Die Verfassung von 1815 ward selbstverständlich aufgehoben; an ihre Stelle setzte das organische Statut vom 26. Februar 1832 die Verwaltungsformen des Kaiserreichs. Paskiewitsch, der neue Fürst von Warschau, ward Civil- und Militär-Gouverneur des Landes und führte ein unnachlässigtes Polizeiregiment ein, dessen Rücksichtslosigkeit es gelang, für geraume Zeit das Auf-

Das organische Statut.

Indern der patriotischen Begeisterung zu verhüten. Unter der Asche aber glomm sie nichtsdestoweniger weiter und sog eine ausgiebige und nachhaltige Nahrung aus dem immer engeren Bündniß, welches die nationalen Bestrebungen mit dem religiösen Hass gegen den griechischen Katholicismus der Russen eingingen.

Oestreich und Italien.

Auffällig gering war die Theilnahme, welche der polnische Aufstand in dem doch gleichfalls polnischen Galizien gefunden hatte. Während aus dem preussischen Posen und Westpreußen Tausende über die Grenzen eilten, um als Freiwillige den Kampf gegen Rußland mitzumachen, hatten sich aus der österreichischen Provinz Ende Februar 1831 noch nicht einmal 500 der nationalen Sache angeschlossen. Der bedeutendste Grund dafür war wohl eben der Umstand, daß die Galizier als griechische Katholiken den Russen näher standen. Auch Ungarn, das in den ersten zwanziger Jahren so lebhaftige Neigung zum Widerstande gegen die Regierung an den Tag legte, blieb während des Revolutionsjahres völlig still. Ohne Gefahr konnte der Reichstag in diesem Jahre einberufen werden; er war einer der gefügigsten, welche die ungarische Geschichte kennt, und aus dem Munde der Hauptredner ertönte einmal über das andre die Versicherung, daß die Magyaren mit den demokratischen Forderungen, die in andern Ländern austauchten, keinerlei Gemeinschaft hätten noch haben wollten, daß die Aristokratie, auf welcher Ungarns Verfassung beruhe, in diesen Stürmen treu zur Regierung stehen müsse. Da auch die übrigen Provinzen des Kaiserstaates an den Bewegungen der Zeit nur sehr lauen Antheil nahmen, da insbesondere die Wiener fortfuhren, in träger Gleichgültigkeit gegen alle Politik „ihre Wünsche auf Theater und Prater zu beschränken, sich am Sylvestertag über den schnellen Lauf der Zeit zu verwundern, im Winter die Kälte, im Frühling und Herbst den fatalen Schnupfen, im Sommer die enorme Hitze zu verdammen“, so konnte Metternich mit einer gewissen schadenfrohen Behaglichkeit aus seinem sicheren Hause auf die Stürme hinausschauen, die draußen in der Welt brausten. Ueber Frankreich, Belgien und Polen war er völlig beruhigt, besonders nachdem Louis Philipp ihm die heiligsten Versicherungen für sein Wohlverhalten gegeben und seine Regierung ihm als ein mächtiges Bollwerk der Ordnung zu schildern verstanden hatte.

Nur in Beziehung auf Italien und Deutschland mußten in dem österreichischen Staatskanzler doch einige Besorgnisse aufsteigen, und wenn er den neuen Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Länder, den Louis Philipp aufgestellt hatte, freudig begrüßte, insofern derselbe die Ausbreitung revolutionärer Ideen von Frankreich aus zu verhindern schien, so konnte er ihn nicht anerkennen, falls daraus auch für ihn selbst die Verpflichtung erwachsen sollte, den Ereignissen in den beiden Nachbarländern, die er fast wie Anhängsel Oestreichs zu betrachten gewohnt war, freien Lauf zu lassen. Und

Bulle, 1815—1871.

Galizien.

Ungarn.

Deutschs
Oestreich.

Italien.

doch war dies unbedingt die Voraussetzung, unter welcher Louis Philipp jenen Grundsatz ausgesprochen hatte. Es mußte deshalb mit Nothwendigkeit zu Reibungen kommen, sobald Unruhen in Italien ausbrachen. Das Jahr 1830 ging ohne offenen Aufstand zu Ende; aber die Vorbereitungen dazu wurden im Stillen bereits mit dem größten Eifer getroffen, als am 30. November 1830 der Papst Pius VIII. dem drei Wochen vorher gestorbenen Franz I. von Neapel ins Grab folgte. Ein klares Ziel und einen festen Mittelpunkt hatten die Carbonari freilich nicht; die Einen gedachten Napoleon II., der als Herzog von Reichstadt unter Metternichs Augen in Wien lebte, auszurufen; Andre warfen auf den jungen Jérôme Napoleon, wieder Andre auf einen der beiden Söhne des ehemaligen Königs von Holland, Louis Bonaparte, die Augen. Daneben wurde von Franz IV., dem Herzoge von Modena, gesprochen, mit welchem der Führer der Liberalen in diesem Herzogthum, Menotti, einverstanden sein sollte. Menotti war es, der am 4. Februar 1831, den Reigen der Aufstände eröffnete, und zwar sehr unglücklich eröffnete. Denn er wurde mit 15 Genossen in seinem eigenen Hause zur Ergebung gezwungen, ohne in der Stadt Modena rechtzeitige Unterstützung zu finden. Aber sein Beispiel zündete in dem benachbarten Bologna, wo Alles zur Erhebung bereit war. Noch am selben Tage riß man dort die Wappenschilder des Papstes ab, weigerte dem soeben (am 2. Februar) nach siebenwöchentlichem Conclave gewählten Gregor XVI. (bisher Cardinal Cappellari) die Anerkennung und erklärte am 8. Februar die weltliche Herrschaft des Papstes über Bologna für erloschen. Mit Bindeseile und ohne auf Widerstand zu stoßen, folgten die Städte der Legationen Umbriens und der Marken diesem Vorgange; schon am 25. Februar trat in Bologna eine Versammlung von Abgeordneten zusammen und erwählte eine provisorische Regierung, in der Graf Pepoli die bedeutendste Persönlichkeit war; dagegen wurden Unruhen, die man in Rom selbst anzettelte, schnell unterdrückt. Einen heftigen und unerwartet schnellen Rückschlag hatten aber die Thaten der Bologneser auf Modena geübt. Schon am nächsten Tage nach seinem glänzenden Siege über Menotti sah sich der Herzog veranlaßt, ohne unmittelbaren Zwang mit seinem Bataillon sich auf österreichisches Gebiet zu begeben. Alsbald ward für Modena und Reggio eine provisorische Regierung eingesetzt. Dasselbe geschah ein paar Tage darauf in Parma, dessen Herrscherin, Napoleons Wittve Marie Luise, nach dem festen Piacenza flüchtete. Diesen Vorgängen konnte Metternich unmöglich thatenlos zusehen. Er fragte also in Paris an, wie man sich dort zu einer österreichischen Einmischung verhalten werde. Die Antwort lautete sehr entschieden: die Besetzung Modena's mache den Krieg möglich, die des Kirchenstaates wahrscheinlich, die Sardinien's gewiß. Aber Metternich ließ sich nicht einschüchtern, sondern erklärte, er werde der Gefahr des Krieges Trotz bieten, und der Erfolg gab ihm diesmal Recht. Denn für Louis Philipp war ein Krieg noch ungleich bedenklicher als für die alten Dynastien; er gab kleinmüthig nach; ein Ministerwechsel, der am 8. März an Lafitte's

Aufstand in
Modena.

in Bologna.

in Modena.

in Parma.

Oestreich's
Einmischung.

Stelle Casimir Périer brachte, verkündete der Welt die veränderte Stellung Frankreichs. Oestreich zauderte nun nicht länger durchzugreifen; der Papst hatte schon am 19. Februar seinen Beistand erbeten, der Herzog von Modena war sogar persönlich nach Wien geeilt. Anfang März überschritten österreichische Truppen den Po; am 9. Februar hielt Franz IV. seinen Einzug in Modena, am 13. Februar ward Parma besetzt, am 19. Februar räumte die provisorische Regierung Bologna und zog sich nach Ancona zurück. Ein Gefecht bei Rimini bewies auch dem Hoffnungsreichsten die Unmöglichkeit des Widerstandes und schon am 26. Februar unterwarf sich die provisorische Regierung gegen das Versprechen der Begnadigung dem päpstlichen Cardinallegaten Venvenuti. Die einflussreichsten Personen unter den Aufständischen trauten freilich diesem Worte nicht, sondern schifften sich in Ancona ein, unter ihnen der General Zucchi, vormalss österreichischer Offizier, dem aber das Unglück widerfuhr, in österreichische Gewalt zu gerathen und seine Desertion mit 20jähriger Festungshaft in Munkacz büßen zu müssen. Mit besserem Glücke entging Prinz Louis Napoleon der Gefahr gefangen zu werden; er hatte sich mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis thätig an dem Aufstande theiligt; dieser war am 7. Februar in Forli an den Masern gestorben; er selbst befand sich mit seiner Mutter Hortense in Ancona, als die Stadt sich ergab; um möglichst sicher zu gehen, verließ er mit dieser in der Verkleidung eines ihrer Bedienten Italien und nahm von Neuem seinen Aufenthalt in Arenenberg am Bodensee, wo er schon vorher gelebt hatte. Denen, welche dem Versprechen des Legaten Glauben geschenkt hatten, war eine bittere Enttäuschung vorbehalten; der Papst erklärte es für erzwungen und ungültig und ließ sogleich durch besondere Commissionen die Untersuchungen beginnen. Doch wurden im Kirchenstaate und in Parma keine Todesurtheile verhängt; nur Franz von Modena erledigte sich seines Freundes Menotti durch Erhängen und ließ ein paar andre wenigstens im Bilde dasselbe Schicksal theilen. Auch Gefängnißstrafen verhängte er über Hunderte, und noch mehr wurden zu Vermögensverlust und Verbannung verdammt. In Rom verwandten sich die großen Mächte sehr eifrig für milde Behandlung der Schuldigen und für Besserungen in der Verwaltung; auch Oestreich theilte sich, um Louis Philipps Stellung vor seinem Lande nicht noch zu erschweren, daran. Denn in Frankreich herrschte große Erbitterung über die Einmischung Metternichs und mit größtem Nachdruck verlangte die öffentliche Meinung, daß wenigstens jetzt die österreichischen Truppen sich zurückziehen sollten. Auch diesem Verlangen trug man in Wien Rechnung, nachdem die französische Regierung in Rom erklärt hatte, sie werde gleichfalls einen Theil des Kirchenstaates besetzen müssen, wenn nicht vor der Eröffnung der französischen Kammern die Oestreicher zurückmarschirt seien. Am 20. Juli erfolgte die Räumung; doch war vorher ein Vertrag geschlossen, kraft dessen Oestreich sich anheischig machte, auf den Ruf des Papstes sofort wieder einzurücken. Sehr bald erwies sich das als nöthig. Die neuen päpstlichen Befehlungen, die Papalini,

Unterdrückung
des Aufstandes
des.

Prinz Louis
Napoleon.

Rückzug der
Oestreicher.

Neue Unruhen.

Neuer Eins-
marsch der
Österreicher.

Die Franzosen
in Ancona.

Die päpstlichen
Schweizer.

Die Einzel-
staaten.

wie man sie nannte, reizten durch den schauderhaftesten Unfug die Bevölkerung zu neuen Unruhen; es bildeten sich Trupps bewaffneter Patrioten, die zwar von den Papalini am 20. Januar 1832 bei Cesena gesprengt wurden, deren Auftreten aber den Papst doch veranlaßte, eine neue österreichische Besetzung zu wünschen. Auch den Bewohnern der Romagna war der Einmarsch disciplinirter Truppen nicht unlieb, weil er sie vor den Gewaltthaten der Päpstlichen schützte. Frankreich aber konnte jetzt nicht umhin, seine frühere Drohung wahr zu machen und ließ am 22. Februar Ancona besetzen, nachdem Périer zuvor in der Kammer erklärt hatte, die Absicht dabei sei, Verbesserungen im Kirchenstaate zu erzwingen, und nachdem die päpstliche Regierung zwar ihre Zustimmung verweigert, aber unter Hinweis auf die große Uebung in der Entsagung, welche der Heilige Vater schon so oft bewährt habe, der vollendeten Thatfache sich zum Voraus gefügt hatte. Um doch aber wenigstens eine kleine eigene Truppenmacht zu besitzen, auf die er sich verlassen könne, griff der päpstliche Stuhl zu dem alten Mittel der Schweizeroldaten zurück und nahm auf zwanzig Jahre zwei Regimente, 4200 Mann, in seinen Sold. Neuerungen von einiger Bedeutung wurden in Rom so wenig wie in den kleineren Staaten der Halbinsel beliebt; ein Plan Metternichs, die Fürsten Italiens zu einem ähnlichen Bunde, wie der deutsche war, zu vereinigen, stieß überall auf Widerstand; auch hätte Frankreich unmöglich seine Zustimmung dazu geben können. Dagegen schienen durch verwandtschaftliche Beziehungen engere Verhältnisse zwischen den mächtigeren Fürsten hergestellt zu werden, da Ferdinand II. von Neapel 1832 eine sardinische Prinzessin heiratete und 1833 seine Schwester mit dem Großherzog Leopold von Toscana vermählte. Den sardinischen Thron hatte nach Carl Felix' Tode im April 1831 Carl Albert von Savoyen-Carignan, der frühere Carbonaro, bestiegen. In allen drei Ländern, besonders in Toscana, hielt sich die Regierung fortan wenigstens von gar zu argen Ausschreitungen fern und zeigte sich Neuerungen nicht vollständig unzugänglich. Von einer Befriedigung und Versöhnung der Nationalgesinnten konnte aber nicht die Rede sein und die Wühlereien, welche die Flüchtlinge im Auslande anstellten, trieben ihre Wellenschläge, wenn auch in immer schwächeren Ringen, beständig bis in die Halbinsel hinein.

Die Schweiz.

Zustände seit
1815.

Der Mittelpunkt dieser Wühlereien wurde die Schweiz, die gleichfalls von den Nachwehen der Juli-Revolution nicht unberührt geblieben war. Doch hatte sich in ihr eine selbstständige Bewegung schon in den vorhergehenden Jahren entwickelt, der die französischen Einwirkungen keine neue Richtung, sondern nur einen stärkeren Antrieb gaben. Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Cantone durch den Bundesvertrag von 1815 standen, war ein sehr lockeres und konnte die Verschmelzung der verschiedenen Völkerstämme, die sich in der Schweiz zusammen fanden, nicht genügend fördern. Auch

nach außen hin machte es ein selbstbewußtes Auftreten unmöglich, so daß die Forderung Metternichs, das Asylrecht und die Pressfreiheit zu beschränken, hatte befriedigt werden müssen. Der Cantönligeist fand seine Freude an der Zoll- und Münzjouberanität, die jedes einzelne Glied des Bundes besaß, er hegte und pflegte die aristokratischen Vorrechte, die in den meisten Cantonen herrschten, und überließ die gemeinsamen Angelegenheiten, ohne sich viel darum zu kümmern, dem Vororte und der Tagsatzung. Ihn zu bekämpfen bildeten sich im Laufe der zwanziger Jahre eine Reihe von Vereinen, von denen der Zofinger und die Helvetia die bedeutendsten waren. Es galt zunächst die zum Theil ganz verrotteten Verfassungen der Einzelcantone zeitgemäß umzugestalten und damit war in Appenzell, in Luzern, besonders aber durch die neue Verfassung, die Tessin sich am 4. Juli 1830 gab, schon vor den pariser Ereignissen ein tüchtiger Anfang gemacht. Nach denselben folgten auch die größeren Cantone wie Aargau, Thurgau, Zürich und Bern; überall wurde die Verfassung demokratisch verändert, das alte Patrizierregiment gestürzt. Nicht immer ging es dabei ohne die Anwendung von Waffengewalt ab, ohne daß diese Zusammenstöße der Parteien doch größeren Umfang gewannen. Die eine oder die andre errang in ihrem Canton die Oberhand und die Minderheit fügte sich. Nur in Basel war der Gegensatz so stark, daß die Landschaft sich von der Stadt trennte und jeder der beiden Theile fortan (seit dem März 1832) einen Halbcanton bildete. In Schwyz und Wallis, wo es eben dahin zu kommen schien, siegte doch zuletzt die conservative Partei und bewahrte die Einheit der beiden Cantone. Ueber die Anerkennung des neuen Zustandes in Basel kam es aber noch zu heftigen Fehden. Die liberalen Cantone, die zugleich eine Reform der Bundesverfassung wünschten, schlossen ein Bündniß, das s. g. Siebener-Concordat, um Basel-Landschaft zu stützen; die Heißsporne der Gegenpartei aber verpflichteten sich durch den Eerner Bund vom 14. November 1832 keine Tagsatzung anzuerkennen, auf der Basel-Landschaft und Aussen-Schwyz, das damals noch nicht besänftigt und mit Alt-Schwyz ausgeöhnt war, vertreten seien. Noch einmal kam es in Basel, Schwyz, Wallis, Neuenburg zu blutigen Kämpfen; allein die Mehrheit der Tagsatzung zeigte große Entschiedenheit und nach einigen Schlappen mußten sich die Eerner entschließen, ihren Bund aufzulösen. Die Reform der Gesamtverfassung aber wurde 1833 vertagt und 1835 nur in sehr beschränkter Weise, in Bezug auf das Zoll- und Heerwesen, vorgenommen. Der scharfe Gegensatz zwischen den beiden Parteien erhielt sich und erweiterte sich besonders unter der Einwirkung religiöser Spaltungen zu einer solchen Kluft, daß im nächsten Jahrzehnt von Neuem die Waffen entscheiden mußten, und zwar blutiger und gründlicher als 1833.

Änderungen
der Cantonal-
verfassungen.

Die Spal-
tungen der
Cantone.

Die Sonder-
bünde.

Die Bundes-
verfassung.

Die Revolution in Deutschland.

Beschaffenheit
der Bewe-
gungen von
1830 und 1831.

So hatte von den Ländern, die Deutschland umgrenzen, fast keines sich den Wirkungen der pariser Julitage entziehen können. Von Frankreich hatte die Revolution ihr Banner nach Belgien und Polen, nach Italien und der Schweiz getragen; aber auch Deutschland selbst war dem französischen Vorbilde gefolgt. Doch fehlte hier wie in der Schweiz und in Italien der große nationale Zug, der die Bewegungen in Belgien und Polen auszeichnete; es kam nicht zu einer gemeinsamen Erhebung, es kam nicht einmal zu einem planmäßigen Zusammenwirken der Liberalen in einzelnen der ergriffenen Staaten, wie es doch in der Schweiz und beschränkter auch in Italien erreicht war. Das Ziel, welches man sich vorsetzte, war die Erreichung liberaler Verfassungen in den Einzelstaaten, und erst in zweiter Linie, in geraumem Abstände erstrebte man nationale Reformen. Dafür, daß diese um dieselbe Zeit von einem Theile der deutschen Regierungen durch die Zollverträge mit Preußen mächtig gefördert wurden, hatte man nicht einmal ein Auge. Es war eben in den letzten Jahren, wesentlich angestachelt durch die parlamentarischen Vorgänge in Frankreich, vor Allem aber vollauf begründet durch die Trostlosigkeit der Zustände in den meisten deutschen Ländern, das Bedürfnis nach liberalen Reformen, die Abschüttelung der engherzigen veralteten Einrichtungen, ja mancher Orten konnte man sagen: des willkürlichen tyrannischen Regiments, so brennend geworden, daß darüber der Drang nach nationaler Einheit zurücktrat; es war in den 15 Jahren, seit welchen Deutschland wieder äußerlich ein Ganzes bildete, von dem Mittelpunkte dieses Ganzen, von Frankfurt, aus so wenig Erfreuliches, so viel Verderbliches gethan worden, daß sich bei vielen vortrefflichen und wirklich patriotischen Männern der Gedanke Bahn brechen konnte, man dürfe gar nicht nach einer strafferen Einheit streben, weil diese doch nur dem Absolutismus, der Willkürherrschaft zu Gute kommen werde. Die Freiheit über Alles, und erst wenn die Freiheit in allen Staaten, oder doch in ihrer Mehrheit fest gegründet sei, dann könne man dazu schreiten, die einzelnen Glieder des deutschen Volkes enger zusammen zu fetten und eine kräftige Centralgewalt zu errichten. Wenn dieses letzte Ziel sich bei Vielen immer mehr verdunkelte; wenn das Streben nach Freiheit einen nebelhaften weltbürgerlichen Zug annahm; wenn es sich vielfach so weit verirrete, das eigene Volksthum für Nichts zu achten und in Anlehnung an fremde Staaten und Völker, im Liebaugeln mit Franzosen und Polen und Italienern seine Stärke zu suchen, so war das eine Entwicklung, die höchlichst bedauert werden mag, die aber so naturgemäß aus den gegebenen Verhältnissen hervorging, daß sie uns nicht Wunder nehmen kann. Heilung für sie gab es nur auf einem Wege: der Gang der Geschichte mußte das Bewußtsein wach rufen, daß wahre politische Freiheit als erste Bedingung die nationale Unabhängigkeit und nationales Selbstgefühl erfordere. Und zur Begründung dieser

Erkenntniß trugen bereits die Jahre von 1830 ab ihr Scherflein bei.

Die revolutionären Zudungen mußten unter den geschädigten Verhältnissen da zuerst ausbrechen und da am heftigsten werden, wo die öffentlichen Zustände am unfreiesten waren und die Fürsten ihre Macht am willkürlichsten mißbrauchten. Süddeutschland war deshalb anfangs viel weniger für die Bewegung geeignet als Norddeutschland, und in Norddeutschland durfte es nicht überraschen, wenn Braunschweig und Kurhessen den Anfang machten. Denn in diesen beiden Staaten saßen wirkliche Tyrannen auf dem Thron und übten seit Jahren ein Willkürregiment, das ihnen jeden Halt im Volke geraubt hatte. Der Herzog Carl von Braunschweig hatte die selbständige Verwaltung seines Landes 1823 angetreten; bis dahin stand er unter der Vormundschaft Georgs IV. von England, welcher diese Pflicht nach dem Tode des bei Quatrebras 1815 gefallenen Herzogs Wilhelm theils als nächster Verwandter, theils auf testamentarischen Wunsch des Vaters für beide Söhne übernommen und zu seinem Stellvertreter den Grafen Ernst von Münster bestellt hatte. Die Verwaltung des Landes lag vornehmlich in der Hand des Geheimenrathes Schmidt-Phisfeld und entsprach den damaligen Verhältnissen. Eine neue Landschaftsordnung, die im Jahre 1820 mit den alten Ständen vereinbart wurde, wies nur einen sehr geringen Fortschritt in liberaler Richtung auf. Das Land erhoffte von dem Regierungsantritt des jungen Herzogs schnellere Förderung, und sah demselben auch deshalb mit Freuden entgegen, weil die hannoversche Regierung durch Zollbelastigungen dem kleineren Nachbarstaate beschwerlich fiel und man von einem selbständigen Regenten besseren Schutz dagegen erwartete. Andererseits konnte der Character des Erbprinzen kein großes Vertrauen erwecken; er galt für trübselig, vergnügungsfüchtig und einen Freund schlechter Gesellschaft. Diese Umstände bestärkten Georg IV. darin, unter Zustimmung der Höfe von Berlin und Wien die vormundschaftliche Regierung über das achtzehnte Lebensjahr Carls auszudehnen. Ob er dabei im Rechte war, schien einigermaßen fraglich. Dafür sprachen testamentarische Verfügungen des Vaters, dagegen eine braunschweigische Hausordnung, die aber auch sonst schon in besonderen Fällen von dem jedesmal regierenden Herzog abgeändert worden war. Wie dem auch sein mochte, der junge Fürst fühlte sich gekränkt und es drohte zu einem öffentlichen Scandal zu kommen. Um den zu verhüten, erklärte sich Georg IV. bereit, die Sache durch einen Schiedsspruch des Kaisers von Oestreich, oder durch einen Vergleich, den Metternich herbeiführen würde, schlichten zu lassen. Auch Herzog Carl ging darauf ein, und man vereinigte sich, daß er an seinem 19. Geburtstage, am 30. October 1823, die Regierung übernehmen solle. Mehrere Jahre verflossen dann ruhig, bis plötzlich am 10. Mai 1827 ein Patent erschien, welches das letzte vormundschaftliche Regierungsjahr für ungesetzlich und die in diesem Zeitraum erlassenen Verordnungen für unkräftig erklärte. Den äußeren Anlaß dazu bot der Uebertritt des Herrn von Schmidt-Phisfeld in han-

Braunschweig.

Die Vormund-
schaft.Die selbstän-
dige Regierung
Herzog Carl's.

Sein Streit
mit dem König
von Hannover.

Willkürmaß-
regeln.

Klagen am
Bunde.

Ausbruch der
Revolution.

nobersche Dienste. Der Herzog hatte damit gezögert, ihm die erbetene Entlassung zu ertheilen, hatte ihm vorgeworfen, während der Vormundschaft das herzogliche und das Landesinteresse geschädigt und hinterher öffentliche Actenstücke vernichtet zu haben, und erließ jezt gegen ihn, der sich unter dem Schutze der hannoverschen Regierung befand, einen Steckbrief. Dadurch wurde der Streit zu einem Zank zwischen den beiden Regierungen und in rascher Entwicklung zu einem heftigen Angriff des Herzogs gegen seinen königlichen Vormund und dessen Stellvertreter, den Grafen Münster. Beide beschuldigte er, vorzüglich seine Erziehung so geleitet zu haben, daß er körperlich und geistig hätte verkommen müssen, wenn nicht seine gute Natur stärker gewesen wäre. Auch hätten sie widerrechtlich seinen Vermögens- und Herrscherrechten viel vergeben, indem sie Pensionen ausgesetzt, Contracte abgeschlossen und ihm die Verpflichtung auferlegt hätten, seine Verordnungen durch einen Minister gegenzeichnen zu lassen. Letztere Klage zeigte besonders den absolutistischen Sinn, alle andern die Kleinlichkeit des Klägers, sein ganzes Verfahren aber eine Leidenschaftlichkeit und Tactlosigkeit, wie sie aus regierenden Kreisen kaum je an die Oeffentlichkeit gedrungen waren. Eine Klage des Herzogs am Bundestage wurde von Metternich noch verhindert; eine Herausforderung des Grafen Münster zum Zweikampf von diesem abgelehnt. Im Lande selbst aber wuchs die Unzufriedenheit mit dem neuen Gebieter aus tausend Gründen. Die neue Landtschaftsordnung wurde von ihm mißachtet, die Stände gar nicht einberufen, die Steuern willkürlich erhöht, Staatsgüter verkauft, Papiergeld ausgegeben und die geordnete Finanzverwaltung vollkommen zerstört. Dazu kamen persönliche Eingriffe in Privatverhältnisse; Aerzte wurden gelobt und beschenkt, weil sie verhaßten Personen ihren Beistand verweigert, getadelt, weil sie ihn geleistet; ein Beamter des Landes verwiesen, weil er seinen Abschied verlangt, und das Urtheil des Gerichtes von Wolfenbüttel, welches diese Verfügung für ungültig erklärte, von dem Herzog eigenhändig vor den Augen der Richter zerrissen. Von allen Seiten liefen Beschwerden beim Bundestage ein; es klagte Georg IV. wegen der ihm widerfahrenen Beleidigungen, es klagte jener Beamte (von Sierstorpff) wegen Vernichtung des wolfenbütteler Urtheils; es klagten die Stände, die eigenmächtig im Mai 1829 zusammentraten, wegen Mißachtung der Verfassung. Nur in der Klagesache des Königs von Hannover, die übrigens auch zuerst eingebracht war, kam der Bundestag schon 1829 zu einem Urtheil; es lautete auf Widerruf und Entschuldigung; Beides leistete der Herzog, freilich erst, nachdem er sich fast ein Jahr gesträubt und endlich mit Execution bedroht war. Die beiden andern Klagen fanden ihre Erledigung (übrigens auch zu Gunsten der Kläger) erst im October und November 1830, nachdem die Braunschweiger sich schon selbst geholfen.

Dem Herzog und seiner Sippe wurde mittlerweile der Aufenthalt im Lande immer unbehaglicher. Anfang 1830 trat er eine große Reise an, die ihn auch nach Paris führte und dort zum Augenzeugen der Julirevolution machte. Angstvoll eilte er sogleich nach Braun-

schweig zurück, um jeder Erhebung dort im ersten Entstehen entgegen zu treten. Die Bewohner seiner Residenz empfingen ihn mit lebhaften Beschwerden und der Forderung, daß er endlich die Stände einberufe. Als Antwort darauf ließ er die Wachen verdoppeln und 16 Kanonen vor der Caserne aufpflanzen. Nun brach der Unwille los. Am 7. September erstürmte das Volk das Schloß, steckte es in Brand und zwang seinen Herrscher zur Flucht. Die Stände traten zusammen und forderten den Prinzen Wilhelm auf, die Regierung zu übernehmen. Um den Schein zu wahren, ernannte ihn auch sein flüchtiger Bruder zum Generalgouverneur, machte aber zugleich alle möglichen Versuche zur Wiedererlangung der Gewalt. Er bat in London (wo bereits Wilhelm IV. auf Georg gefolgt war) um Hülfe, er machte in einer Proclamation von Frankfurt aus den Braunschweigern die weitreichendsten Versprechungen, er versuchte mit ein paar Duzend Harzbewohnern im November sein Reich wieder zu erobern. Aber bei Fürsten und Unterthanen fand er gleich wenig Freunde. Selbst der Bundestag übertrug schon am 2. December dem Herzog Wilhelm die Regierung des Herzogthums, und nachdem die Agnaten diesem Beschlusse zugestimmt hatten, vertauschte der neue Herrscher im April 1831 seine Würde als Stellvertreter mit der als Nachfolger seines Bruders. Eine neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 erweiterte die sehr mäßigen Rechte, welche die von 1820 der Bevölkerung bestätigt hatte.

Prinz Wilhelm
Regent.

Herzog Wilhelm.

Die Verfassung von
1832.

Kurfürsten.

Fast an demselben Tage wie in Braunschweig ging der Sturm in Cassel los. Wilhelm II., der hier seit 1821 regierte, war seinem herzoglichen Bruder durchaus ebenbürtig. Kein Hof, selbst der braunschweiger nicht, hatte eine reichere Scandalgeschichte aufzuweisen als der kurhessische. Vornehme Staatsdiener von hohem Adel mit seinem spanischen Kothre durchzuprügeln, oder auf seinen Adjutanten loszustechen, betrachtete der Kurfürst als erlaubte Ausflüsse seiner Souveränität. Von seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, lebte er getrennt und gab sich völlig dem Einflusse seiner Maitressen hin, unter denen eine zur Gräfin von Reichenbach erhobene Berlinerin bald allmächtig wurde. Da sie ihren und ihrer Söhne Grafentitel dem Fürsten Metternich dankte, so war sie zugleich die eifrigste Beförderin des österreichischen Einflusses. Bei der bekannten Geldgier, welche einen so ausgeprägten Characterzug des hessischen Fürstenhauses bildet, fehlte es begreiflicher Weise auch nicht an willkürlichem Steuerdruck und an Verwendung der Landesgelder zu Familienzwecken. Bezeichnend für die Mittel, deren man den Kurfürsten für fähig hielt, war die Losung, mit welcher am 6. September, also noch einen Tag früher als in Braunschweig, die Unruhen begannen. Man warf der Regierung vor, daß sie im Einverständniß mit den Bäckern die Brodpreise in die Höhe getrieben habe. Doch nahm die Bewegung, je mehr sie von Tage zu Tage wuchs, einen politischeren Character an und schon am 15. September mußte sich Wilhelm II. entschließen, die Stände einzuberufen. Ihr Zusammentritt erfolgte 4 Wochen später und in kurzer Frist beriethen sie unter dem

Beginn der
Unruhen.

Die hessische
Verfassung.

Vorsitz Sylbester Jordans, eines marburger Professors, der schnell zu einem der volksbeliebtesten Führer der deutschen Liberalen sich aufschwang, eine neue Verfassung, die als Staatsgrundgesetz vom 5. Januar 1831 noch 30 Jahre später eine bedeutende Rolle spielen sollte und die vor andern deutschen Verfassungen durch das Einkammersystem und durch die ausgedehnten Rechte, welche sie den Vertretern einräumte, hervorragte. Der Kurfürst glaubte durch solche Zugeständnisse die öffentliche Meinung vollkommen befriedigt zu haben und nun auch seinerseits Forderungen an sie stellen zu dürfen; er hoffte vor Allem, jetzt in seinem Verhältnisse zur Gräfin von Reichenbach nicht länger genirt zu werden. Beim Wachsen der Unruhen hatte diese Cassel verlassen müssen; nach dem 5. Januar kehrte sie zurück; aber die unzweideutigsten Kundgebungen des Volkes zwangen sie schon am 11. Januar wieder aus der Hauptstadt zu weichen. Nach kurzem Besinnen folgte ihr der Kurfürst und schlug erst in ihrer Nähe, in Hanau, dann in Frankfurt mit ihr zusammen seine Residenz auf. Um seine Freiheit in der Wahl des Wohnortes bewahren und nach Belieben außer Landes weilen zu können, nahm er im September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten an und überließ diesem, dem letzten deutschen Kurfürsten, thatsächlich fast allein die Mühen des Regiments. Darüber, daß es in seinem Geiste weiter geführt werde, brauchte er sich keine Sorgen zu machen. Wenn je wo, so war hier der Apfel nicht weit vom Stamme gefallen.

Neue Unruhen.

Der Kurprinz
Mitregent.

Königreich
Sachsen.

Noch ein drittes deutsches Land erlebte seine Revolution fast gleichzeitig mit Braunschweig und Hessen, und auch in diesem war das Ende dasselbe: eine Verfassung und eine Mitregentschaft. Aber die Ursachen waren doch ganz andersartig. Es war Sachsen. Von seiner wunderlichen Kämmerchen-Verfassung ist früher gesprochen worden. Eben so verzwickelt und schleppend waren die Verwaltungsformen und das Gerichtswesen. Zahlreiche Vorrechte wälzten den größten Theil der öffentlichen Lasten auf die mittleren und niederen Stände. Trotz der Rührigkeit des Volkes konnte die Gewerthätigkeit bei ihrem engen Markte, der Handel bei den hohen Zöllen, der wichtige Leipziger Verlag bei dem Drude der Censur nicht zu der Blüte gedeihen, deren sie fähig waren. Gegen das Herrscherhaus war wenig zu sagen; es erfreute sich in fast allen seinen Gliedern einer großen Beliebtheit; nur daß es katholisch und den Jesuiten zugeneigt war, verbreitete Mißstimmung im Lande und hatte schon bei der Jubelfeier der augsburgischen Confession, am 25. Juni 1830, zu Unruhen Anlaß gegeben. Lebhafter war der Unwille gegen die Adelskipperschaft des Landes, die im Besitz ausgedehnten Grundeigentums mit bedeutenden Resten der alten Souveränität die Regierung ganz und gar in Händen hatte, während in den Städten die Magistrate, die sich theilweise sogar selbst ergänzten, eine ähnliche unumschränkte Macht besaßen. Ueberdies gaben eine Menge von örtlichen Mißständen der vorhandenen Unzufriedenheit Nahrung. In Leipzig kam es vom 2. September an zu Pöbelaufläufen, bei denen die

Häuser einiger mißliebigen Personen arg mitgenommen wurden; aber bald bemächtigte sich die Bürgerschaft der Leitung und trug dem Könige in geordneter Form ihrer Wünsche vor. In Dresden ahmte man das nach; anfangs schlugen hier die Wogen sogar noch höher als in Leipzig; die Unruhestifter gewannen die Oberhand, so daß darüber Rathhaus und Polizeigebäude in Flammen aufgingen. Doch rafften sich die besseren Elemente bald auf und da der König durchaus friedlich gesinnt war, da das ganze Land sich mit seinen beiden Hauptstädten ohne bedeutendere Gewaltthat in dem Verlangen nach Pressfreiheit, Reform der Staats- und der Gemeindeverfassung, Entfernung des Ministeriums und der Jesuiten, vereinigte, so gab König Anton, ein bejahrter Herr, wenn er auch erst 1827 seinem Bruder auf dem Throne gefolgt war, schnell nach und an die Stelle des Grafen Einsiedel trat der bisherige Bundestagsgesandte Vindenau, ein ehrlich liberaler, tüchtiger Mann, als Leiter des Staats. Der Thronfolger, des Königs Bruder Maximilian, auch schon in vorge-rücktem Alter, verzichtete zu Gunsten seines Sohnes Friedrich August auf seine Rechte und machte es dadurch dem Könige möglich, diesen sehr beliebten Prinzen zum Mitregenten anzunehmen. Fortan verlief Alles in schönster Eintracht. Die alten Stände beriethen eine neue Verfassung; am 4. September 1831 wurde sie eingeführt und vom Volke mit großer Befriedigung begrüßt.

Ein Seitenstück zu den sächsischen Ereignissen spielte sich gleichzeitig in Altenburg ab, dessen Bürgerschaft sich am 13. September erhob. Der Herzog entfloh mit seiner Familie, befann sich aber schnell, gab nach, entließ seinen Minister Trübschler und berieth mit den alten Ständen ein neues Grundgesetz, das am 29. April 1831 in Kraft trat. Nicht so glücklich waren die Unterthanen des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, der bereits seit 36 Jahren an der Spitze seines Ländchens oder, wie er selbst meinte, seines großen Rittergutes stand und außer Jagd und Tabak an das Leben keine bedeutenden Anforderungen stellte. Als seine Unterthanen, die schon seit 1818 nach Reformen verlangten, nach dem Beispiel der Sachsen ein wenig unruhig wurden, versprach er ihnen am 25. September eine Verfassung und veröffentlichte dann im December ein Actenstück, das so ziemlich allen Forderungen schnurstracks widersprach und die einmüthige Verwahrung der Städte des Fürstenthums hervorrief. Der alte Herr ließ sich darüber keine grauen Haare wachsen, sondern erklärte im Juli 1831 gelassen, er sei bereit die Verfassung zurückzunehmen, und ließ sodann Alles beim Alten.

Ebenso ergebnislos verlief eine Bewegung, die im November 1830 in Schleswig-Holstein entstand, aber im ersten Keime erstickt wurde. Ihr Ziel war die Vereinigung der beiden Herzogthümer in einer Verfassung und die bloße Personalunion mit Dänemark, ihre Seele war der Kanzleirath Uwe Jens Vornsen, ein Frieser von der Insel Sylt, ehemals Burschenschaftler in Jena und Kiel, dann mehrere Jahre in der schleswig-holsteinischen Kanzlei in Kopenhagen angestellt, eben jetzt aber zum Landvogt auf der heimischen Insel ernannt.

Altenburg.

Sondershausen.

Schleswig-Holstein.

Auf der Reise dorthin trat er in Kiel mit einigen Gefinnungsgegnossen zusammen und beschloß einen Sturm von Bittschriften zu Gunsten seiner Pläne zu veranlassen. Eine kleine, kräftig geschriebene Broschüre faßte diese zusammen. Nur der König und der Feind sei uns und den Dänen gemeinsam, war das Schlagwort, mit dem er seine Landsleute fortzureißen dachte. Aber die Unterstützung, die er fand, war sehr lau, und der einzige Erfolg, den die Bewegung für den Augenblick hatte, war Vornsens Verhaftung, Absetzung und einjährige Festungsstrafe in Friedrichstadt. Um so wirksamer sollte sein muthiger Schritt für die Zukunft werden.

Hannover.

Die Hannoveraner befanden sich dazumal in eben der Lage, die Vornsen für Schleswig-Holstein herbeiführen wollte; was sie mit England vereinigte, war nur die Person des Königs, und auch dieses Band war nahe daran gelöst zu werden. Denn während in England die weibliche Erbfolge gesetzlich war und deshalb Wilhelms IV. Tochter Victoria den Thron nach des Vaters Tode besteigen mußte, berief das hannoversche Gesetz seinen nächsten Bruder, den Herzog von Cumberland, zur Nachfolge. Einstweilen jedoch herrschte noch Wilhelm IV. und ließ sich in Hannover durch seinen jüngsten Bruder, den Herzog von Cambridge, vertreten, während ihm in London selbst als Minister der Graf Münster zur Seite stand. Die ständische Verfassung des Landes, die 1819 vereinbart war, beschränkte die Machtfülle der Regierung nicht im Mindesten. Die geringe Vertretung, welche Bürger und Bauern in der Kammer fanden, machte sie gleichgültig gegen die Verhandlungen derselben; ihre Abgeordneten waren zumeist Beamte, die sich mit der Regierung eben so wenig in Widerspruch setzen mochten, wie der Adel, dessen Mitglieder die hervorragenden Stellen in der Staatsverwaltung ausschließlich besetzten. Handel, Gewerbe und Landwirthschaft lagen sehr danieder, besonders in den kleinen Städten und auf dem Lande herrschte wirkliche Noth; der Bauernstand lebte vielfach noch in Hörigkeit; die Steuern wuchsen unablässig und hatten sich in den 17 Jahren seit 1813 geradezu verdoppelt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte daher auch schon im September zu allerlei Ausläufen, die nicht sowohl einen politischen Character hatten, als vielmehr aus der materiellen Noth entsprangen. In Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Osnabrück, in den Städten am Harz kam es zu Unruhen, deren Ziel die Herabsetzung der Brodpreise, die Erhöhung des Arbeitslohnes war. Die Ausnutzung dieser socialen Forderungen zu politischen Zwecken machten sich einige Männer in Osterode und Göttingen zur Aufgabe. Dort waren es besonders die Advocaten König und Freitag, hier die Privatdocenten von Rauschenplat, Schuster, Ahrens und der Advocat Seidensticker. Studentenunruhen, denen bereits die straflose Befreiung eines verhafteten Commilitonen gelang, kamen ihnen dabei zu Hülfe. Die Osteroder machten den Anfang; sie bewaffneten die Bürger, wählten einen neuen Gemeinderath und wandten sich an den König, den sie in einer scharfen Adresse um Beseitigung der Uebelstände angingen. Allein die Antwort wurde ihnen durch ein paar Regimenter

Göttingen und
Osterode.

überbracht, welche den früheren Zustand wiederherstellten und die beiden Advocaten gefettet nach Hannover führten. Erst jetzt schritten auch die Göttinger zur That. Am 8. Januar 1831 folgten sie in allen Stücken dem Vorbilde, das Osterode gegeben hatte, erzwangen die Absetzung des Polizeidirectors und des Gemeinderathes und glaubten an der Spitze von 2—3000 Bewaffneten, theils Bürgern, theils Studenten, des Sieges gewiß zu sein, ja die Erhebung über die Grenzen Hannovers in die benachbarten norddeutschen Staaten tragen zu können. Aber auch ihr Triumph dauerte kaum acht Tage. Am 16. Januar rückte General vom Bussche mit bedeutenden Truppenmassen heran und erzwang dadurch, daß er mit der Aufhebung der Universität drohte, schnell die Uebergabe der Stadt. Die meisten Häupter des Aufstandes waren so glücklich, sich vorher retten zu können.

Die Verfassung
von 1833.

Auch jetzt aber kehrte die Ruhe keineswegs ins Land zurück; nur wirkte man weniger durch Aufläufe und Zusammenrottungen, als durch Adressen und Abordnungen an den König. Und damit erreichte man mehr, da König Wilhelm gemäßigten Neuerungen ganz geneigt war. Graf Münster nahm noch im Februar 1831 seine Entlassung, und der zum Vizekönig erhobene Herzog von Cambridge setzte einige Steuern herab und berief die Stände zum 7. März. Diese hatten theils durch Neuwahlen, theils durch den Einfluß, welchen die liberale Strömung des Jahres 1830 auf viele Mitglieder ausgeübt, eine freisinnigere Färbung erhalten, als ihnen vorher eigen gewesen, aber gemäßig und versöhnlich waren sie auch so noch. Eine Commission von 21 Mitgliedern entwarf unter Dahlmanns Einfluß vom Juni bis October 1831 eine neue Verfassung, welcher die Regierung zustimmte. Dennoch bedurfte es noch langer Verhandlungen, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Denn die Reaction, welche nach dem Erliegen der polnischen Revolution durch ganz Europa ihren Rundzug begann, ermutigte auch den hannoverschen Adel zu zähem Widerstande und erst am 26. September 1833 konnte die überdies mannigfach verstümmelte neue Verfassung verkündet werden.

Preußen und der Zollverein.

In den übrigen norddeutschen Staaten fehlte es wohl auch nicht an Volksbewegungen, aber sie blieben ergebnislos, sie beschränkten sich meist auf lärmende Vorgänge in den Septembertagen. Hier und da wurden kleine Verbesserungen seitens der Regierung zugefagt und durchgeführt, aber sie änderten Nichts an dem politischen Gesamtzustande der einzelnen Staaten. Auch nach Preußen hinein erstreckten sich die Unruhen. Wie Hessen, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, Hannover, Hamburg, Mecklenburg, so sahen auch Berlin, Breslau und einige Städte der Rheinprovinz ihre Septemberaufläufe, die jedoch ohne Mühe unterdrückt wurden. Allerdings lebte der Wunsch nach einer reichsständischen Verfassung unvermindert fort und tauchte unter diesen Umständen mit etwas größerem Nachdruck wieder

Die Ver-
fassungfrage.

auf. Man sprach davon, Wilhelm von Humboldt sei mit einem Verfassungsentwurfe betraut; die westfälischen Provinzialstände beantragten 1831 die Einführung von Reichsständen; aber zu weiteren Anstrengungen raffte man sich nicht auf. Zum guten Theil lag der Grund dafür wohl in der Rücksicht auf den alternden König, von dem man keine großen Umänderungen mehr glaubte erwarten zu dürfen, und den zu drängen eine achtungswerthe Anhänglichkeit verbot. Niemand getraute sich recht, den alten Herrn an sein Versprechen von 1815 zu erinnern; sein ganzes Wesen, so ließ selbst ein Herwegh noch 1843 drucken, war zu sehr mit dem Bewußtsein des Volkes ver wachsen, Volk und König waren zusammen eine zu lange Schule der Leiden und Freuden durchgegangen, als daß man nicht von dem besten Willen des Herrschers hätte überzeugt sein sollen. Es hatte sich ein kindliches Verhältniß zwischen dem Volk und seinem König gebildet, das schöne Band des Vertrauens fesselte beide aneinander. Allein dieses Vertrauen würde doch kaum ausgereicht haben, wenn nicht im Allgemeinen die Zustände so tüchtig und gesund gewesen wären, wie nirgends sonst in Deutschland. Die auswärtige Politik war freilich auch jetzt nichts weniger als glänzend; aber von jener schwachmüthigen Abhängigkeit von Oestreich, die ihn beim Antritt seines Ministeriums beherrscht hatte, war Bernstorff, der noch immer am Ruder saß, doch längst frei geworden. Preußen eine Macht dritten Ranges zu nennen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wäre Niemandem mehr eingefallen. In den Zollvereinsverhandlungen hatte es schon glänzende diplomatische Erfolge errungen, und weitere waren in sicherer Vorbereitung. Auch in der großen europäischen Politik spielte es eine nicht unrühmliche Rolle. Daß unter seiner Vermittlung der Friede von Adrianopel zu Stande gekommen war, erwarb ihm Anspruch auf den Dank nicht bloß der Kriegführenden, sondern aller Friedensfreunde, und daß die belgische Revolution nicht zu einem gewaltigen europäischen Brande geworden, das wurde mit nicht minderem Rechte Preußens Könige gut geschrieben, der bei sich selbst die Reigung überwand, dem oranischen Hause Hülfe zu bringen und der sich mit Eifer bei Nikolaus für den Frieden verwendete. Was die inneren Zustände des Landes betraf, so war das traurige Polizeiregiment, welches die Schuchmann und Kampf zur Zeit der Demagogenverfolgungen eingeführt, zwar nicht bis zur Wurzel ausgerottet, aber der häßliche, schadensfrohe und kleinliche Character, den es in seinen schlimmsten Ausartungen gezeigt, war doch geschwunden und nach und nach manches Unrecht wieder gesühnt oder doch gemildert worden. In nicht geringer Zahl bekleideten die ehemaligen Demagogen öffentliche Aemter, die Censur wurde häufig zwar mit Ungeschick, aber doch ohne Bosheit und berechnete Mißgunst gehandhabt, die Universitäten, unter ihnen das 1818 gegründete Bonn, entfalteten trotz der Carlsbader Beschlüsse eine fruchtbare und segensreiche Thätigkeit. Die höheren Lehranstalten, Gymnasien, Realschulen, Gewerbeinstitute, Seminarier wurden mit allseitigem Eifer gepflegt und ihre Zahl beständig vermehrt; auch für den Volks-

Die auswärtige Politik.

Polizeiregimen.

Unterricht.

unterricht geschah unablässig viel und Großes. Die finanzielle Lage der Lehrer wurde nach Kräften gebessert; zur Förderung ihrer Bildung gründete der König seit Beendigung der Freiheitskriege allmählig etwa 20 neue Seminare. Die Seele des gesammten Unterrichtswesens war der Minister Altenstein, der seit 1817 dem neubegründeten Kultusministerium vorstand; unter ihm arbeiteten eine Reihe hochverdienter Männer, wie Joh. Schulze, Sövern oder Nicolovius. Die Trennung der Schule von der Kirche machte einen großen Fortschritt durch die Begründung eigener Provinzial-Schul-Collegien, die 1825 von den Consistorien abgezweigt wurden. In religiöser Beziehung herrschte in Preußen eine Freiheit, die in späteren Jahren oft sehnächtig zurückgewünscht wurde. Allerdings griff der König, seinen theologischen Neigungen folgend, auf diesem Gebiete gern und erfolgreich persönlich ein; aber es war doch sein leitender Grundsatz, daß er empfehlen und nicht befehlen wolle. Nur in Bezug auf die Union der beiden evangelischen Landeskirchen wurde er diesem Grundsatz mehr als einmal untreu, und suchte durch Zwang zu erreichen, was nur die Frucht freier Ueberzeugung sein durfte. Diese evangelische Union, die er 1817 zum dreihundertjährigen Jubelfeste der Reformation ins Leben gerufen hatte, betrachtete er mit Recht als sein eigenstes Werk. Der Unterschied zwischen der lutherischen und der reformirten Kirche war längst so unwesentlich geworden, so völlig dem Bewußtsein der übergroßen Mehrzahl der Glaubensgenossen auf beiden Seiten entschwunden, daß es keine leichtfertige Hoffnung schien, wenn der König glaubte, es bedürfe nur des äußeren Anstoßes, um auch die trennenden Formen zu beseitigen und daß, was aus einer Wurzel entsprossen war, auch wieder als einen Organismus herzustellen. Eine königliche Cabinetsordre vom 27. September 1817 legte deshalb den geistlichen Behörden dringend den Wunsch ans, Herz die Vereinigung beider Bekenntnisse zu fördern. Zwang sollte nirgends geübt, bestehende Rechte und Freiheiten nirgends gekränkt werden; aber aus der Freiheit eigner Ueberzeugung, aus der Einigkeit der Herzen, so hoffte der Monarch, werde die neue Lebensform sich kräftig und gesund entwickeln. In Berlin fand die Anregung lebhaften Beifall; am Vortage der Reformationsfeier genossen 63 Geistliche, die Mitglieder der theologischen Facultät, des Consistoriums, der Gymnasialcollegien, des Magistrates, ferner die Stadtverordneten und Bezirksvorsteher und viele hohe Beamte das Abendmahl nach den Einsetzungsworten Christi als Genossen Einer evangelischen Kirche; am Festtage selbst that der König mit seiner Familie in Potsdam das Gleiche und durch die ganze Monarchie hin und in vielen andern deutschen Ländern fand der Vorgang Nachfolge. Der Widerspruch blieb freilich auch nicht aus; zum Mittelpuncte der Gegnerschaft wurde der Holsteiner Claus Harms, der in seinen 95 Thesen das schroffste Festhalten am strengen Lutherthume predigte und dem es nicht an Anhang auch in Preußen fehlte. Aber da es den Widerstrebenden unbenommen blieb, ihrer Ueberzeugung zu folgen, und in den ersten Zeiten keine Zwangsmaßregeln ihnen ein billiges

Die evangelische Union.

Die neue
Agende.

Märtyrertum verschafften, so bereitete ihre Weigerung nicht das kräftige Aufblühen der Union und erst späteren Tagen war es vorbehalten, das zeitgemäße Werk des frommen Königs wieder zu untergraben. Erfreut durch den guten Erfolg dieses ersten Schrittes, unternahm nun aber Friedrich Wilhelm einen zweiten, bei dem er weniger im Einklang mit dem Zeitbewußtsein stand. Um den evangelischen Gottesdienst reicher und poetischer zu gestalten, erjann er eine neue Liturgie, die sich vorzugsweise an die alte lutherische Messe hielt und besonders durch die Einführung des Chores dem allgemeinen Gefühle und der Gewöhnung der Reformirten widersprach. Schon 1816 hatte der König diese Liturgie eigenhändig ausgearbeitet und in den Garnisonkirchen eingeführt. Nach mancherlei Aenderungen empfahl er sie 1821 allen evangelischen Gemeinden; aber fast überall stieß er auf das Gefühl, daß durch sein Werk der Hauptbestandtheil des protestantischen Gottesdienstes, die Predigt, zu sehr beeinträchtigt werde; nur der sechzehnte Theil der Geistlichen wollte sie annehmen. Das verdroß den König und wenn er auch nicht so weit ging, die Widerspenstigen zu zwingen, so nahmen seine Empfehlungen doch häufig genug Gestalten an, welche die Zustimmung der Nachgiebigen nicht mehr als freien Entschluß erscheinen ließen. Vollends als bis zum Jahre 1824 zwei Drittel der Geistlichen sich dem Gebrauche gefügt hatten, ergriff er eine Maßregel, deren Berechtigung und gar deren sittliche Zulässigkeit die ernstesten Bedenken erregte. Er ließ den Geistlichen die Wahl zwischen der neuen Liturgie und der ursprünglichen strengen Form jener Agenden, die sie nach jahrelangem Brauch in freierer Gestalt zu verwenden gewohnt waren; diese freiere Gestalt, welche hervorgerufen war durch freiere dogmatische Ansichten, verbot er unbedingt. Diese Maßregel hatte den erwünschten Erfolg, zumal sie unterstützt wurde durch eine neue kürzere Form der königlichen Liturgie, welche besonders die Furcht vor einem übermäßigen Zurückdrängen der Predigt beseitigen sollte und beseitigen konnte. Selbst die zwölf berliner Geistlichen, welche, Schleiermacher an der Spitze, gegen den königlichen Eingriff Verwahrung eingelegt hatten, gaben endlich 1829 nach fünfjährigem Kampfe unter einigen Vorbehalten nach, und der König hatte einen Sieg gewonnen, der ihm große Freude machte. Wenn aber die strenggläubige Partei in der Kirche glaubte, dadurch sei eine feste Grundlage für ihre Alleinherrschaft gewonnen, so erwies sich das bald als ein Irrthum. Nicht zufrieden damit, daß der Rationalismus mit seinem vernunftgläubigen Christenthum sichlich im Aussterben war — und von der neuen kritischen Schule, die in den dreißiger Jahren auftrat, war jetzt noch keine Rede — daß ihre Richtung also zunächst auch ohne Gewaltanwendung die herrschende werden mußte, unternahm ihr Haupt, Hengstenberg, der Herausgeber der neugegründeten Evangelischen Kirchenzeitung, den Versuch, durch Angebereien die Führer der alten Rationalisten, Geseuius und Wegscheider in Halle, als Christenleugner von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Allein auch aus den Reihen altgläubiger Theologen wurde dagegen

Orthodoxie
und Rationalis-
mus.

unbedingter Einspruch erhoben und die Lehrfreiheit, die Grundbedingung für die Wirksamkeit jedes protestantischen Bekenntnisses, blieb in Preußen unangetastet. Bei uns, so konnte ein Preuße mit Stolz schreiben, lehren orthodoxe Theologen neben Rationalisten, und jeder Christ kann sich den zum Lehrer wählen, der ihm am besten gefällt.

Auch der katholischen Kirche gegenüber bewahrte der König eine Haltung, welche der religiösen Freiheit ihr volles Recht ließ, ohne den Ansprüchen des Staates etwas zu vergeben. Trotzdem blieb ihm ein heftiger Kampf mit Rom nicht erspart, der sich schon in diesen Jahren vorbereitete, dessen Darstellung uns aber erst später beschäftigen kann.

Auf dem Gebiete der materiellen Interessen, die in beständigem Aufschwung begriffen waren, blieb die gewichtigste Förderung die wachsende Ausdehnung des Zollvereins. Mit dem früher erzählten Eintritt Kurheffens in den preußisch-darmstädtischen Bund war das Eis gebrochen und von den verschiedensten Seiten, von Baiern-Württemberg, von den thüringischen Kleinstaaten, ja selbst von Sachsen, wo der alte Preußenhaß in der Person des Prinzen-Mitregenten ein erfreuliches Gegengewicht fand, ergingen nach Berlin Gesuche um Verhandlungen über den Eintritt in den Zollverein. Getreu dem Grundsatz, der sich bisher so gut bewährt hatte, erwies Preußen zwar allen seinen Bundesgenossen das freundlichste Entgegenkommen, weigerte sich aber durchaus in gemeinsame Verhandlungen mit allen oder mit mehreren von ihnen zu treten; auch die thüringischen Länder mußten sich erst unter einander zu einem Handelsbunde zusammenthun, ehe ihre Aufnahme in den Verein Statt fand. Die größte Bedeutung beanspruchte natürlich der Zutritt des Südbundes, schon deshalb weil die Cabinette von München und Stuttgart bedeutende Forderungen stellten, welche die Festigkeit des bisherigen Bundes wesentlich lockern mußten. An und für sich brachte ja schon jedes stimmberechtigte Mitglied, das in den Verein aufgenommen wurde, eine Schwächung des preußischen Einflusses zu Wege, da bei der völligen Gleichberechtigung Aller und vornehmlich bei dem Einspruchsrechte in Tarifrügen, das jedem zustand, die Durchführung von Aenderungen, die man in Berlin für zweckdienlich erachtete, nun an so viel Orten und gegen so viel verschiedene Meinungen mehr verteidigt werden mußte. Ueberdies aber forderten die Königreiche, aus Furcht ihrer vollen Souveränität Etwas zu vergeben, auch bei allen Handelsverträgen mit befragt zu werden, während bis dahin die Entscheidung darüber in fast allen Fällen Preußen allein zukam. Noch ein anderer Grundsatz, den man in Berlin mit Recht für sehr wichtig hielt, sollte aufgeopfert werden: die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern in allen Vereinsländern. Diese sogleich zu erzielen war in der That durchaus nicht angänglich; denn Baiern bezog aus der Besteuerung des Bieres eine siebenmal größere Summe von jedem seiner Unterthanen als Preußen, jenes 21, dieses nur 3 Silbergroschen auf den Kopf. In diesem Punkte mußte man also in Berlin wohl oder übel einen Schritt zurückweichen und sich mit

Der Zollverein.
ein.

Verhand-
lungen mit
Baiern und
Württemberg.

Ausgleichungsabgaben begnügen. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen, die im December 1831 begannen, wurden aber noch vergrößert durch die Laune der süddeutschen Staaten, ganz untergeordnete Beamte nach Berlin zu senden, die jeden Augenblick um neue Weisungen bitten mußten und deren einer, der Würtemberger Moritz Mohl, überdies ein Gegner der Verständigung war und seinem Lande aus dem Eintritt in den Zollverein den sicheren Untergang prophezeite. Daß Preußen für sich bei seinem größeren Verbräuche von zollpflichtigen Waaren einen größeren Antheil an dem Ertrage verlangte, als der, welcher ihm nach der Kopfszahl zufiel, setzte die Süddeutschen gar sehr in Staunen und Entrüstung; meinten sie doch, daß man bei ihnen viel mehr verzehe und sie also ihrerseits ein Präcipuum fordern dürften. Kurz, es kam zu keiner Einigung, und vom Mai bis zum Ende des Jahres 1832 ruhten auch die Verhandlungen. König Ludwig war es, der den Anstoß gab, sie wieder zu erneuern, denn ihm lag die Zolleinigung wirklich am Herzen. Ein wenig mochte dazu wohl auch die Besorgniß beitragen, daß Preußen sonst auf eigne Hand den thüringischen Staaten, die seit dem Januar 1832 die Aufnahme eifrig erbaten, diese Bitte gewähren könnte; geschehe das aber, so meinte man in Baiern und Württemberg, dann sei der Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefert. Nun hatte man bis dahin in Berlin es unterlassen, die Verhandlungen mit den Thüringern zu beginnen, um ja den Argwohn der Königreiche nicht zu reizen; allgemach aber verlor man die Geduld und am 7. December waren Besprechungen eröffnet worden. Dieser Wink also wurde von König Ludwig wohl verstanden und auf sein Drängen genehmigte es der König von Württemberg, daß im Januar 1833 der bairische Finanzminister Mieg als Bevollmächtigter beider Staaten nach Berlin ging. Er nahm dabei seinen Weg über Dresden, um auch dort zu neuen Verhandlungen anzuspornen. Denn trotz zweimaliger Conferenzen, die der sächsische Finanzminister Jeschau vom März bis Juli 1831 und dann wieder vom März bis Mai 1832 mit den preussischen Staatsmännern gepflogen hatte, war auch mit Sachsen noch kein Ergebniß erzielt worden. Es gab eben auch hier Schwierigkeiten, die besonders aus der Bedeutung Leipzigs als Meßstadt hervorgingen, und trotz des guten Willens auf beiden Seiten hatte man noch keine annehmbare Ausgleichung gefunden. Allein der sächsische Minister war gern bereit, einen dritten Versuch zu unternehmen, wenn der Fortgang der Unterhandlungen, die Mieg jetzt beginnen wollte, Aussicht auf Erfolg darbot. Und das geschah. Am 22. März 1833, nach zehnwöchentlichen Berathungen, wurde der Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Baiern und Württemberg vom 1. Januar 1834 auf 8 Jahre dem Zollverein beitraten. Weiderseits verzichtete man auf das Präcipuum, das man ursprünglich gewünscht hatte; doch fürchtete Mieg so sehr eine Verminderung der heimischen Einnahmen, daß er in einer Bedingung das Recht zu früherer Kündigung vorbehielt, wenn der bairische Antheil an den Zöllen einen Ausfall von 10% gegen den bisherigen Rohertrag aufweisen sollte.

mit Sachsen.

Abschluß mit
Baiern und
Württemberg.

Wie unnöthig diese Vorsicht war, ergab sich sehr bald; denn während die Verwaltungskosten gleich im ersten Jahre von 44 auf 16% sanken (also dadurch schon die Staatscasse eine Mindereinnahme von 28% gegen den bisherigen Rohertrag ohne Schädigung hätte ertragen können), stieg u. A. die Einnahme aus dem Kaffeezoll gleich auf das Dreifache, nach 12 Jahren auf das Fünffache, und Preußen mußte während des nächsten Jahrzehnts durchschnittlich etwa 2 Millionen Thaler an Baiern herauszahlen. Sein eigener Antheil dagegen, der 1829 auf den Kopf über 25 Silbergroschen betragen hatte, sank für die Jahre 1834—39 im Durchschnitt auf 22 herab. Auch in andern Punkten war es der größere Staat, der Opfer brachte. Baiern behielt seine Biersteuer und man begnügte sich, ein Maximum für die Verbrauchssteuern und eine allmähliche Annäherung derselben zu verabreden; jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge abzuschließen; die Zollvereinsconferenzen sollten nicht ständig in Berlin, sondern an wechselnden Orten abgehalten werden; für Streitigkeiten wurde ein Schiedsrichter in Aussicht genommen; die gegenseitige Controlle der Grenzbewachung ward auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Was Preußen unerschütterlich festhielt, war eigentlich nur sein Waarentarif; doch erlangte es noch ein Zugeständniß, das Nieg auf eigene Gefahr einräumte: er versprach, daß die preußische Zollordnung im Süden sofort, und nicht erst mit dem 1. Januar 1834 eingeführt werden sollte.

Nach so glücklichem Ergebniß zögerte Sachsen nicht, auch seinen Beitritt wieder zu beantragen. Zwei Tage nach dem Abschluß des bairisch-württembergischen Vertrages war Zeiskau schon wieder in Berlin und eine Woche später, am 30. März 1833, schloß er unter denselben Bedingungen wie Nieg ab. Diesem jedoch wurde sein Werk übel gedankt. König Ludwig war entrüstet darüber, daß er seine Vollmacht überschritten und die alsbaldige Einführung der preußischen Zollordnung versprochen. Er verweigerte seine Unterschrift und enthob den glücklichen Unterhändler seines Ministerpostens. Alles schien wieder in Frage gestellt; und wirklich wurde der königliche Zorn nur durch eine neue Nachgiebigkeit Preußens beschwichtigt. Eichhorn eilte selbst im Juli nach München und verzichtete auf jenes Zugeständniß. Mittlerweile waren im Mai auch die Verhandlungen mit den Thüringern beendet. Sie bildeten am 10. Mai einen thüringischen Zoll- und Handelsverein, dem auch Preußen und Kurhessen für ihre thüringischen Gebietstheile sich angeschlossen und der am nächsten Tage als Gesamtheit dem deutschen Zollverein beitrat. „So rückte denn, sagt Treitschke, jene folgenschwere Neujahrsnacht des Jahres 1834 heran, die auch den Massen das Nahen einer besseren Zeit verkündete. Auf allen Landstraßen Mitteldeutschlands harrten die Frachtwagen hochbeladen in langen Zügen vor den Mauthhäusern, umringt von fröhlich lärmenden Volkshaufen. Mit dem letzten Glockenschlage des alten Jahres hoben sich die Schlagbäume; die Rosse zogen an, unter Jubelruf und Peitschentausch ging es vorwärts durch das befreite Land. Ein neues Glied, fest und

Beitritt Sach-
sens.

Beitritt des
thüringischen
Handelsver-
eins.

unscheinbar, war eingefügt in die lange Kette der Zeiten, die den Markgrafenstaat der Hohenzollern hinauf geführt hat zur kaiserlichen Krone; die Marksteine waren gesetzt für jenes Kleindeutschland, das dereinst den Ruhm und die Macht des heiligen römischen Reiches überbieten sollte“. Nur Baden, Nassau und Frankfurt fehlten noch; sonst war ganz Süddeutschland, ganz Mitteldeutschland mit Preußen verbunden; die große wirtschaftliche Einheit war des Namens eines „deutschen Zollvereines“ würdig. Auch die genannten drei Glieder, die im Süden und in der Mitte noch fehlten, auch die Staaten des deutschen Nordwestens, sie durften als künftige Genossen des Bundes schon jetzt mit Sicherheit betrachtet werden, und mit voller Ruhe konnte der neue Verein den Zeitpunkt abwarten, wo ihnen selbst das richtige Verhältniß für ihr eigenes Bestes aufgehen würde.

Hannovers
Gegenbe-
mühungen.

Vor der Hand freilich gehörten einige von ihnen zu den böse-
artigsten, ingrimmigsten Gegnern. Besonders Hannover hatte keine Mühe gescheut um die neue Schöpfung in der Geburt zu vernichten. Als Keim des ganzen Verderbens erschien ihm mit vollem Rechte der Abfall Kurhessens vom mitteldeutschen Handelsverein. Ohne Zweifel war das ein Vertragsbruch und die übrigen Genossen waren befugt sich deshalb beschwerend an den Bund zu wenden. Aber konnten sie auf Erfolg hoffen, wenn Baiern, Württemberg, Sachsen, die thüringischen Staaten mit Preußen und seinen Zollverbündeten zusammengingen? Leider mußten sie die Frage sich verneinen. Welche Freude daher, als im Mai 1832, wie vorhin erzählt wurde, die Verhandlungen in Berlin ergebnislos abgebrochen wurden und die drei Königreiche schmolend bei Seite traten. Auf der Stelle wurde Hannover mit Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt beim Bundestage vorstellig und verlangte ein Auftragsgerichtsverfahren gegen Kurhessen. Eine vorübergehende Mehrheit erfüllte dies Verlangen: der Zeitpunkt war günstig gewählt; einige Monate später meinte selbst Metternich: wenn heute noch einmal abgestimmt würde, blieben wir in der Minderheit. Uebrigens kam die Klage nicht zur Entscheidung; sie war durch Beschluß der Bundesversammlung Oestreich überwiesen und in den Acten des wiener Gerichtshofs blieb sie begraben, seit Metternich im Sommer 1833 durch dieses Zugeständniß Preußens erneute Unterstützung für seine reactionäre Bundespolitik zu erkaufen für gut fand. Kein besseres Schicksal hatte ein gleichzeitiger Antrag Hannovers auf Ausföhrung des Artikels 19 der Bundesacte. Es war ein naiver Versuch, die gescheiterten Bemühungen von 1817 noch einmal aufzunehmen. Alles was Hannover selbst glaubte durchsetzen zu können, war eine Vereinbarung über Verminderung der Durchfuhrzölle. Da konnte denn freilich Preußen mit Recht einwenden, was damit wohl erreicht werde? Die Zollschranken innerhalb Deutschlands, auf deren gänzliche Beseitigung es ja ankam, wären unverändert bestehen geblieben. Ueber so geringe Besserungen war man nicht bloß in Berlin, sondern nicht minder in München, Stuttgart, Dresden, Cassel, Darmstadt längst hinweg. Das sagte denn auch der preussische Bundestags-
gesandte von Nagler rund heraus, in einer Denkschrift, von der

Metternich urtheilte, daß sie an Nothwendigkeit grenze. Doch die Nothwendigkeit wurde von den meisten Bundesgenossen getheilt, und deshalb ward der hannoversche Antrag wohlweislich gar nicht zur Abstimmung gebracht. Die einzige Genugthuung, welche seinem Urheber ward, bestand darin, daß die Nachbarstaaten Oldenburg, Braunschweig und Bückeburg sich mit ihm in den Jahren 1834—37 zu einem Steuerverein verbanden, der eine Weile neben dem großen Zollverein ein selbstständiges Dasein fristete. Diesem erwuchs eine erwünschte Abrundung in den Jahren 1835 und 1836 durch den Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurt. In Baden kostete es Mühe den Widerstand der Liberalen zu überwinden. Wie diese 1833 in Württemberg eifrig gegen den Anschluß gewirkt hatten, so daß Männer wie Uhlend, Römer, ja selbst Pfister gegen den Vertrag stimmten, so waren auch in Baden die Liberalen ingrimmige Gegner des Zollvereins, dessen Strudel, wie Kottled prophezeite, Alles in den Abgrund des Absolutismus reißen werde. Doch waren sie einerseits schon halb gebunden, weil sie 1831, um dem damals beantragten Anschluß an den bairisch-württembergischen Bund zu entgehen, der Regierung die Vollmacht erteilt hatten über einen gesamtdeutschen Zollverein zu verhandeln; andererseits vertraten auch Männer wie Nebelius, Nau, Mathy, der Fürst Löwenstein-Wertheim in der Presse und in den Kammern mit Entschiedenheit den Vertrag vom 12. Mai 1835, so daß derselbe in der ersten Kammer einstimmig angenommen wurde und auch in der zweiten 40 gegen 22 Stimmen erhielt. Nicht so glücklich wie das Großherzogthum bewerkstelligten Nassau und Frankfurt ihren Eintritt in den Zollverein; beide mußten ihn durch eine tiefe Demüthigung erkaufen, eine Demüthigung vor ausländischen Mächten. Um für ihre Weigerung zum Beitritt eine Stütze zu haben, hatten sie nämlich Handelsverträge geschlossen: Nassau auf 5 Jahre mit Frankreich, Frankfurt auf 10 Jahre mit England. Der französisch-nassauische Vertrag vom 19. September 1833, „der schmutzigste unter allen Verträgen der Zollvereinsgeschichte und darum auch streng geheim gehalten“, versprach den nassauischen Mineralwassern eine Zollbegünstigung und den französischen Weinen und Seidenwaaren einen bestimmten, nicht zu erhöhenden Zollsatz, der geringer war als der preussische. Da die französischen Kammern nicht die Zeit gefunden hatten, ihn zu berathen, wie vorbehalten war, so wurde er einstweilen durch königliche Ordonnanz in Kraft gesetzt; übrigens war die nachträgliche Zustimmung der Kammern ganz zweifellos. Als nun aber der Herzog von Nassau sich bekehrte und einsah, daß er dem Zollverein nicht ohne schweren Schaden fern bleiben könne, da hängte er sich an jenen Formfehler und erklärte im Juli 1834 den Vertrag für hinfällig. Mit vollem Rechte sahen die Franzosen in dieser Spitzfindigkeit einen Treubruch, und mit diesem schmachvollen Vorwurf beladen mußte der Herzog in Berlin um Aufnahme nachsuchen. Der Frankfurter Senat verfuhr ehrlicher und bat England um Aufhebung des übereilten Vertrages vom 13. Mai 1832, durch den er sich gebunden hatte, keinen dritten Staat vor England in Zollsachen

Der Steuer-
verein.

Eintritt Ba-
dens in den
Zollverein.

Nassau und
Frankfurt.

zu begünstigen. Sie wurde ihm gewährt und am 2. Januar 1836 trat auch Frankfurt dem Zollverein bei, der nun ein Gebiet von 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Seine Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen allein 1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Be-
reitung des
Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von allen seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfang sei und daß Größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schreckliche, das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Während die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellosesten Absolutismus kommen sahen, erblickten die österreichisch Gesinnten mit schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bundes, zu dessen Sarge der Zollverein der Hauptnagel sei, wie der badiſche Geſandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Oesterreich nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft stehe bei Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bund zu bringen, bestehe vielleicht darin, daß Oesterreich sich mit einem bloßen Schutz- und Truxbündniß begnüge und Preußen auch rechtlich an die Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen, mochte sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die ganze Zollvereinsbewegung von ihrem Beginn ab unterschätzt; zwar waren seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschluß entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Scheinversprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegenangeboten. So waren ihre Bemühungen eitel geblieben und das große Werk stand zu Metternichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimmen des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Juni 1833, seien jetzt nur noch 7 völlig unabhängig von dem preußischen Verein; die liberale Partei werde sich desselben bemächtigen und dahin streben, Preußen mit einer neuen Verfassung zu beglücken und so an die Spitze des constitutionellen Deutschlands zu bringen. Aber auch jetzt wußte der alte Staatsmann an der Donau kein wirksames Gegenmittel; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht in den Absichten und nicht in der Politik Oesterreichs. So begnügte er sich denn insgeheim zu heken und die Zollvereinsgenossen argwöhnisch gegen Preußen zu machen. Es war ein gern geglaubter Trost zu denken, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein von selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gewiß nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preußen verfuhr, allgemein und auch in vertraulichen Besprechungen rückhaltlos anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheimen Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegen zu wirken waren die bairischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, und ein enges Zusammenstehen mit Württemberg, Sachsen, Baden erschien ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite verteidigte man sich gegen dieses Mißtrauen vor allem durch eine makelloſe Ehrlichkeit in allen Beziehungen zu den Verbündeten, aber auch dadurch, daß man den Gedanken an eine preußische Führerschaft unbedingt zurück-

wies. Als Frankreich in einer Mittheilung nach Darmstadt mit berechneter Arglosigkeit derselben wie einer selbstverständlichen Sache Erwähnung gethan hatte, erklärte Eichhorn feierlich: diese Führerstelle, die man uns in den Tuilerien zuschreibt, wir nehmen sie nicht an; nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstimmenden Willen aller betheiligten Souveräne. Man freute sich in Berlin des thatsächlich gewonnenen Einflusses und vertraute der Wirkung der Zeit und des freundschaftlichen Zusammengehens. Nicht durch gewaltthames kühnes Anstürmen wollte man Preußens Stellung kräftigen, sondern durch schrittweises, bedächtiges Vorgehen, das von der überzeugten Zustimmung der Bundesgenossen gefördert werde. Wenn Metternich die hannoversche Regierung belobte, weil sie in ihrer Feindschaft gegen Preußen einen so vorzüglich bundesfreundlichen Geist zeige, so hätte Preußen selbst eben dieses Lob mit ungleich größerem Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Es war die Macht der Thatfachen und nicht die Frucht preußischer Zettelungen, wenn selbst ein so getreuer Anhänger Metternichs wie der Herzog von Nassau betrübten Herzens erklärte, daß er Abschied genommen habe von dem österreichischen System, und wenn die heftigsten Staatsmänner ihrem Großherzog kein Hehl daraus machten, daß mit dem Beitritt zum Zollverein auch die Frage zum Voraus entschieden sei, auf wessen Seite Darmstadt bei einem etwaigen Kriege zwischen Oestreich und Preußen zu stehen habe.

Süddeutschland und der Bundestag.

Daß die preußischen Staatsmänner bei solchen Erfolgen nicht übermüthig wurden, sondern sich nur um so mehr der rücksichtsvollsten und zukunftsreichsten Formen gegen die Bundesgenossen bedienten, darf ihnen gewiß zur Ehre angerechnet werden. Bei dem preußischen Volke konnte man eine gleiche diplomatische Berechnung nicht erwarten; vielmehr stärkten die Fortschritte des Zollvereins ebenso wie das Bewußtsein der großen Vorzüge, welche das eigene Staatswesen in Beziehung auf Verwaltung und allseitige Pflege der geistigen wie der materiellen Interessen vor den andern deutschen Staaten genoß, den berechtigten Stolz, der sich an die Großthaten in den Freiheitskriegen knüpfte, und nährte ein Gefühl der Ueberlegenheit, das den Süddeutschen um so anstößiger sein mußte, als bei ihnen dieselbe Ueberschätzung derjenigen Vorzüge allgemein verbreitet war, deren sie ihrerseits sich erfreuten, nicht zum wenigsten ihrer constitutionellen Staatsformen. Es widerstrebte ihren Empfindungen, daß ihr Süden, der an Naturkraft und Lebensfülle dem Norden so weit überlegen sei, jenem sich unterwerfen und seine Gesetze von den windigen Hungerleidern empfangen solle, die unaufhörlich mit ihren Thaten in den Befreiungskriegen prahlten, als ob sie damals allein gekämpft und keine Schlacht von Jena vorausgegangen wäre. Ihnen schien in dem nordischen Wesen etwas Dürftiges, Dürres zu liegen, das den Gedanken, ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und

(Gegensatz zwis-
schen Nord-
und Süd-
deutschland.)

Beamtenstaat verwandelt zu sehen, unbehaglich, ja peinlich machte, und es viel wünschenswerther erscheinen ließ, lieber vorerst ein liberal regiertes süddeutsches Musterreich, wenn auch schlimmsten Falls mit Anlehnung an Frankreich, zu erstreben. Mit Stolz sahen sie auf ihre eigenen Länder, in welche sich die vor dem Todeshauch des Nordens fliehende deutsche Freiheit habe zurückziehen und wenigstens einige Lebenskeime habe retten können, in denen die eigentliche deutsche Geistesbildung allein noch fortbaure und mit der Zeit die überraschendsten Früchte tragen werde, deren geistige Auflehnung gegen die nordischen Anmaßungen eine, wenngleich schwache, Schutzwehr für deutsches Volksleben und Eigenthümlichkeit bilde. Durfte man denn Preußen überhaupt für einen wirklich deutschen Staat gelten lassen? Steckte in dem alten steinernen bitteren Stodpreußenthum nicht vielmehr in Wahrheit ein slawisches Element? Es giebt keinen reineren und schärferen Gegensatz des ächt germanischen Wesens als das Preußenthum, rief jener Landvogt von Suhl, Uwe Vornsen, aus, dessen oben gedacht wurde, ein Mann, der von Geburt ein Nordländer doch aus tiefstem Herzen mit dem süddeutschen Liberalismus übereinstimmte; und darum, so fügte er hinzu, sei Preußen auch der Brennpunct des Hasses aller Deutschen. Nur das wiedergeborene Preußen könne das übrige Deutschland sich aneignen; so wie es jetzt sei, würde es von den Deutschen heftiger zurückgestoßen werden als selbst die Franzosen. So sprach ein Mann, dessen urdeutsche Gesinnung anzuzweifeln Verblendung wäre. Wie sollte erst die weit verbreitete Schattirung der Liberalen denken und reden, denen über all der Schwärmerei für die Freiheit die echte Vaterlandsiebe abhanden gekommen war, die sich zu einem so erhabenen Kosmopolitismus emporgeschwungen hatten, daß sie jeden Gedanken an Deutschtum als eine Verunreinigung ihres weltbürgerlichen Charakters verschmähten, und die Forderungen der Nationalität, Nationalrechte und National-ehre nur noch im Auslande und bei fremden Völkern gelten lassen wollten. Wenn in Frankreich ein liberaler Candidat durchfiel, wenn in England ein neues Ministerium Wellington drohte, wenn irgend eine neue Revolution aus Ost oder West gemeldet wurde, das war für den kannegießernden Zeitungsleser und Wirthshauspolitiker ein Ereigniß von höchster Wichtigkeit. Frankreich vor Allem war das Land, auf das sich seine Blicke richteten; einige Zweige der französischen Revolution auf den deutschen Stamm zu pflanzen, aus jeder deutschen Winkelhauptstadt ein kleines Paris, aus jedem Flikstaad eine Nation zu machen, das war sein höchstes Ziel. Dafür aber, daß für dauerhafte freisinnige Einrichtungen in Deutschland noch jeder Boden fehlte, daß die kleinen Bruchstaaten, auch die süddeutschen Königreiche nicht ausgenommen, nur durch ein zweideutiges Schaukelsystem, durch beständiges Nachgeben, Anschmiegen und Parteinehmen für fremde Interessen ihr splitterhaftes Dasein kümmerlich fristen konnten und durchaus der Selbstständigkeit entbehrten, welche die Freiheit voraussetzt, dafür gebrach es den Meisten an jedem Verständniß. Es war eine männlich kühne That, als Paul Pfizger 1831 in seinem Brief-

Der kosmopolitische Liberalismus.

Pfizer's Briefwechsel zweier Deutschen.

wechsel zweier Deutschen diese Wahrheiten frisch von der Leber heraus-
 sagte und mitten in der Hochburg des einseitigen süddeutsch-franzö-
 sischen Liberalismus das Banner aufpflanzte, auf dem als Programm
 die Einigung Deutschlands durch Preußen stand. Ihm galt Oestreich
 als die letzte Colonie, die das große Mutterland aus seinem Verbande
 entlassen müsse; Preußen aber, dessen umsichtige humane Gesetzgebung,
 dessen musterhaft geordnete Verwaltung, dessen wohlwollendes volks-
 beliebtes Fürstenhaus er laut pries, und dessen Volk er entschlossen
 gegen den Vorwurf einer illiberalen knechtischen Gesinnung in Schutz
 nahm, Preußen sei berufen, an die Spitze zu treten, indem es einen
 deutschen Bundestag in Berlin zusammenkommen lasse, der aus Ab-
 geordneten der Ständerversammlungen in den Einzelstaaten gebildet
 sei und dem gegenüber der König von Preußen zugleich als der Ver-
 treter aller andern deutschen Fürsten (mit Ausschluß Oestreichs)
 erscheine. So erkannte Pözer mit prophetischem Blick die Zukunft,
 aus der dem Vaterlande Heil erblühen sollte. Laß die Helden, die
 geschieden, rief er sich zu:

Die Vergangenheit ist todt!
 Seele, von des Grabes Frieden
 Wende dich zum Morgenroth,
 Gleich dem Aar, der einst entflohen
 Staufens Nachbar, und im Flug
 Jollerns Ruhm bis an die Wogen
 Des entleg'nen Ostmeers trug!

Adler Friederichs des Großen,
 Gleich der Sonne decke du
 Die Verlass'nen, Heimattofen
 Mit der gold'nen Schwinge zu!
 Und mit mächt'gem Flügelschlage
 Triff die Eulen, Rab' und Weih'!
 Steig' empor zum neuen Tage,
 Sonnenauge, kühn und frei!

Viel Bewunderung fand diese begeisterte Poesie der Vaterlands-
 liebe damals nicht, aber manche Stimmen erklangen doch auch sonst
 in Süddeutschland, die annähernd dasselbe wünschten und hofften,
 ohne ihre Gedanken zu einer so scharfen Ausprägung zu bringen und
 ohne die Verdienste des preussischen Staates, die Abhängigkeit und
 Unselbstständigkeit des süddeutschen Liberalismus mit gleicher Klarheit und
 Unbefangenheit zu erkennen. Selbst Männer, die wie Rottke, der Vor-
 kämpfer der Freiheit in Baden, kurz nachher von heftigem Ingrim
 gegen den preussischen Absolutismus überwallten, die wie Wirth und
 Siebenpfeiffer kaum ein Jahr später in der Presse den äußersten linken
 Flügel führten, äußerten sich anfangs doch noch voll Anerkennung
 und Zutrauen über Preußen. Daneben gab es freilich von Anfang
 an Phantasten, die jeder seinen eignen Landesherren zum Oberhaupte
 Deutschlands auserkoren wissen wollten. Besonders eifrig wurde von
 Manchen für König Ludwig von Baiern, den mächtigsten „deutschen“
 Bundesfürsten, gewirkt; ja in seiner nächsten Umgebung soll der
 General Raglovich einen Plan zur militärischen Durchführung dieses

Andre Pläne
 für die deut-
 sche Einheit.

Freiheitliche
Befreiungen.

Gedankens ausgearbeitet und seinem Monarchen vorgelegt haben, was freilich von Andern bestritten wird. Aber auch König Wilhelm von Württemberg und Leopold, der neue Großherzog von Baden, der 1830 den Thron bestieg, wurden von Andern zu Beherrschern des deutschen Reiches ausersehen, während verständigere Naturen, wie Welfer, sich damit begnügten, eine Volksvertretung am Bunde und die Umwandlung des Bundestages in eine erste Kammer zu fordern. Alle diese Ideen, die Bezug auf die Gestaltung Gesamtdeutschlands hatten, traten aber doch sehr zurück gegen die Bemühungen in den Einzelstaaten die liberalen Forderungen, wie sie damals an der Tagesordnung waren, durchzusetzen. Und dies löbliche Vorgehen war mit gutem Erfolg gekrönt. Auch in den Südstaaten hatten ja, wie früher gezeigt, die zwanziger Jahre den Mehlihu der Reaction über die lustig aufblühenden Verfassungen geträufelt. Wenn die beiden Könige Ludwig und Wilhelm auch ihre Stellung richtig genug erkannten, um die freisinnige Rolle, welche sie spielen konnten, nicht durch gewaltsame Eingriffe in das Verfassungsleben zu schädigen, so hätten sie doch eine Fortentwicklung desselben nicht kräftig fördern können, ohne Metternichs vollsten Zorn über sich zu entladen. Auch so schon blickte dieser mit bitterem Ingrimm auf sie und wartete nur auf den Zeitpunkt, wo der bairische König „sich festgefahren habe“, um die geeigneten Mittel zu ergreifen, ihm zu „helfen“. Zu seiner vollsten Zufriedenheit aber hatte der Großherzog Ludwig von Baden gehandelt, eben der, welcher 1830 starb. Durch unerhörte Beeinflussung der Wahlen hatte er 1824 an die Stelle einer aufgelösten Kammer eine andre zu Stande gebracht, in der nur drei Liberale saßen und die ihm willig die Verfassung in reactionärem Sinne änderte. Sein Nachfolger, der erste Großherzog aus der hochheimer Linie, betrat indes schon vor der Juli-Revolution andere Bahnen, entließ das alte Ministerium und berief in dem früheren Abgeordneten Winter einen bewährten Liberalen zu seinem ersten Rathgeber. Die neue Kammer, die 1831 ihre Thätigkeit begann, war das grade Gegentheil der vorigen, und Männer wie Rottke, Welfer, Jpstein, Mittermaier zogen die Augen von ganz Deutschland auf sich durch den Eifer, mit welchem sie für freisinnige Reformen eintraten. Die Verfassung erhielt ihre frühere Gestalt wieder, in der socialen und der Steuergesetzgebung wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, die Pressfreiheit, soweit sie die Carlsbader Beschlüsse zuließen, d. h. mit Ausnahme der Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten und solcher, die einen anderen Bundesstaat betrafen, wieder eingeführt. In Württemberg war der Landtag schon vor der Revolution auseinander gegangen und kam erst mehrere Jahre später wieder zusammen. Aber Baiern erlebte auch eine höchst bewegte Kammeression. Ihren Hauptreiz gewährten derselben ein paar reactionäre Maßregeln, zu denen sich König Ludwig durch einen Crawl verleiten ließ, den die Münchener Studenten im December 1830 angestiftet hatten. Politische Ursachen lagen dabei durchaus nicht zu Grunde; es war ursprünglich Nichts als ein gewöhnlicher nAchlicher Unfug. Aber weil das Militär hatte

Die bairische
Kammer.

Baiern.

einschreiten müssen, weil die Musesöhne die Marseillaise gesungen hatten, weil sie der verbotenen Germania angehörten, weil die Presse sich ihrer annahm, schloß der leicht erhitze Monarch die Universität und führte durch ein Edict vom 28. Januar 1831 verfassungswidrig die Censur ein. Das war bei der Tagesstimmung genug, um entschieden oppositionelle Wahlen herbeizuführen und die Presse erst recht zu erbittern und zu einer maßlosen Haltung zu reizen. Denn bald genug sah die Regierung ein, daß sie nicht im Stande sei, die Censur wirklich durchzuführen; der Minister von Schenk, von der Kammer in Anklagezustand versetzt, mußte entlassen werden und das neue Ministerium, an dessen Spitze der Fürst Ludwig zu Oettingen-Wallerstein stand, legte ein neues Preßgesetz vor, das freilich den Liberalen noch nicht genügte, aber doch bedeutende Zugeständnisse enthielt.

Die beiden tonangebenden Blätter in Baiern wurden die „deutsche Tribüne“ von Wirth und das „Volksblatt“ von Eisenmann. Um sie aber scharten sich eine große Anzahl kleinerer Blätter, die alle mit gleichem Eifer und gleicher Rücksichtslosigkeit ihre demokratisch-kosmopolitischen Ziele verfolgten und deren Redacteurs, die Siebenpfeiffer, Hochbörfer, Strohmaier, die Helden der öffentlichen Meinung waren. Große Hoffnungen knüpften sich vor Allem an den polnischen Aufstand: Polen zu einem demokratischen Staate zu gestalten, mit dessen Hülfe ein demokratisches deutsches Reich zu gründen, mit ihm und Frankreich gemeinsam eine europäische Staatengesellschaft vorzubereiten, das war das Programm, welches Wirth in der deutschen Tribüne Anfangs 1831 aufstellte. Der deutsch-nationale Gedanke, der die Seele der geheimen Gesellschaften nach den Freiheitskriegen gewesen war, trat gegen die demokratischen Ideale immer mehr in den Hintergrund; man spottete nicht allein über die Rücksicht auf buntbemalte Grenzpfähle als über ein Vorurtheil; selbst die Muttersprache wollten Manche nur als eine Zufälligkeit gelten lassen, von der man sich nicht knechten lassen dürfe. Die Hinwegräumung der Throne sei die unabweisliche Aufgabe des Jahrhunderts, erklärte Wirth; man solle ihn deshalb nicht einen Feind der Fürsten schelten; er theile ihnen ja die großartigste göttlichste Aufgabe zu, als Vorbild für alle besitzenden Classen freiwillig auf äußere Macht zu verzichten. Daß eine solche Sprache die Regierung ängstlich machte und zu Vorsichtsmaßregeln stimmte, gab der volkstümlichen Wühlerei nur neuen Brennstoff. Die liberalen Abgeordneten, welche von ihrem Kammerfeldzuge heimkehrten, wurden mit überschwänglichen Ehren begrüßt und ihnen Feste über Feste veranstaltet, bei denen der Redefreiheit kein Raum angelegt wurde. Ganz insbesondere aber wollte man die Presse stützen und pflegen. Zu diesem Zwecke bildete sich im Januar 1832 in der Rheinpfalz ein Preßverein, der gegen das Bündniß, welches die Fürsten zur Unterdrückung und Verarmung der Völker, zur Entweihung der menschlichen Würde geschlossen, einen Bund bilden wollte, der auf gesetzmäßigem Wege die Befreiung Deutschlands bewirke und die Ueberzeugung verbreite, daß ein deutsches Reich mit demokratischer Verfassung nothwendig sei. Der Aufruf, welcher diese

Die radicale
süddeutsche
Presse.

Der Preß-
verein.

Säge enthielt, wurde in 50,000 Exemplaren verbreitet, binnen kurzer Zeit war eine Summe von etwa 10,000 Gulden an jährlichen Beiträgen gezeichnet, vieler Orten hatten sich Unteraussschüsse gebildet und der Vorstand entwickelte mit den Geldmitteln, über die er jetzt verfügte, eine rege Thätigkeit. Flugschriften, besonders aber einzelne Nummern von Zeitungen, wurden in Tausenden von Exemplaren über Land und Stadt verstreut und als Wirth, der seine deutsche Tribune trotz eines Bundesverbotes weiter herausgegeben hatte, deshalb von dem Appellationsgericht in Zweibrücken am 14. April 1832 freigesprochen wurde, verkündeten 60,000 Flugblätter dieses Urtheil dem Volke. Dadurch verbreitete sich eine Aufregung in allen Schichten der Gesellschaft, die mit Nothwendigkeit dahin drängte, sich auch äußerlich kund zu geben und die sich endlich in dem Hambacher Feste Luft machte. Ein Aufruf, den Siebenpfeiffer verfaßt und einige dreißig Bürger von Neustadt a. d. Haardt unterzeichnet hatten, lud die deutschen Männer und Jünglinge jedes Standes, lud Deutschlands Frauen und Jungfrauen ein, am 27. Mai 1832 auf dem hambacher Schlosse dieses patriotische Fest, „der Deutschen Mai“, zu feiern und sich dadurch „zum mannhaften Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde“ zu stärken. Anfänglich verbot die bairische Regierung das Fest und gedachte es mit Gewalt zu hindern; allein gegenüber den lebhaften Einsprachen, welche die Provinzial- und Stadtvertretungen der Pfalz dagegen erhoben, entfiel ihr der Muth; das Fest fand statt, und wurde von 25,000, ja nach manchen Angaben von 60,000 Menschen gefeiert. Wenn die meisten aus den umliegenden Landschaften zusammengeströmt waren, so fehlten doch auch Vertreter entfernterer Gegenden nicht. Zahlreich fanden sich die Studenten ein, mancher von ihnen in dem festen Glauben, es gelte sogleich das Leben für die heilige Sache des Vaterlandes aufzuopfern. Auch Polen und Franzosen hatten sich eingestellt, und in dem feierlichen Zuge, welcher die Theilnehmer von Neustadt zu der Burgruine führte, flatterte neben der schwarz-roth-goldenen die polnische Fahne, umringt von einem Ehrengelichte der Frauen und Jungfrauen. Dreihundert Handwerksburschen stimmten das erste Festlied an: Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß! Als die „reisende Wehre mit goldenem Rand“, als die „goldene Ernte“ bezeichnete es das Vaterland. Die Poesie der später gesungenen Lieder war weniger zäh; sie geißelte der Despoten fluchwürdigen Bund, den Trug und Verrath, der deutschthümliche Ehre siebenzehn Jahre lang gebrandmarkt, die neueste Fluchthat an Polen, und rief in Versen von sehr zweifelhafter Vollkommenheit zum entschlossenen Kampfe auf.

Auch die Adressen, die zur Verlesung kamen, nahmen kein Blatt vor den Mund; doch waren sie vorsichtiger Weise nicht unterzeichnet. Da klagten die Rheinpreußen, daß sie, das muntere Vögelein des Rheines, eingesperrt sein müßten in den schmalen engen Käfig zu dem alten finsternen Uhu; ein Greis vom Bodensee warnte vor der Vosspeise des preussischen Zollvereins und mahnte, gemeinsam mit dem fran-

Das Ham-
bacher Fest.

jösischen Volk für einerlei Ziel zu kämpfen; die Straßburger Gesellschaft der Volksfreunde sicherte ihren Beistand und ihre Theilnahme zu; auch die Polen in Paris sandten brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Den lebhaftesten Ausdruck fanden die Gedanken des Tages aber in den zahllosen Reden, welche aller Orten in der Versammlung sich drängten und jagten. Vaterland, Völkerbund, Volkshoheit hoch! so toaste die Siebenpfeiffer; den vereinigten Freistaaten Deutschlands, dem verbündeten republikanischen Europa galt Wirths Hoch; die Heilige Allianz der Völker ließ der Straßburger Zeitungsschreiber Reyl leben. Andre nannten den besten Fürsten von Gottes Gnaden einen geborenen Hochverrätther an der menschlichen Gesellschaft; sie schalteten die Preußen, daß sie in königlicher Demuth verrocknet und in fürstlicher Gnade abgestorben seien; sie erklärten jedes Zögern für feigen Verrath an der Vernunft, der Tugend, der Menschheit, und forderten auf zum Kampf der Nothwehr, der alle Mittel heilige, in dem die schneidendsten die besten seien. Mehr als einmal wurden die Redner von dem Rufe: zu den Waffen! unterbrochen, und als Wirth seine große Rede geendet, überreichte ihm ein frankfurter Jude feierlich ein Ehrenschwert, das jener in die Höhe schwang und begeistert als ein Wahrzeichen in diesem Augenblicke begrüßte. Uebrigens fehlte es auch nicht an Solchen, welche vor jeder Revolution warnten, deren Hoch der Freiheit und Ordnung galt und die gegenüber der weltbürgerlichen Begeisterung die nationale Ehre und Unverletzlichkeit betonten. Zu den letzteren gehörte vor Allen auch Wirth, der muthvoll und zum Anstoß für Viele es aussprach: selbst die Freiheit dürfe nicht auf Kosten deutschen Gebietes erkaufte werden und sobald fremde Einmischung stattfinde, sei der Kampf gegen die inneren Verrätther zu unterbrechen und das Gesamtvolk gegen den äußern Feind unter die Waffen zu rufen. Aber vereinzelt blieben solche Aeußerungen doch immer und bei den Meisten erregten sie, als Ausdruck eines unberechtigten Mißtrauens, Anstoß und Verdruß, der nur deshalb überwunden wurde, weil Wirth durch ein kräftiges „Fluch, ewiger Fluch“, das er über die Fürsten, die Verrätther, ausrief, einen vollgültigen Beweis seiner sonstigen Gesinnungstüchtigkeit gab. Allerdings gehörte er auch in anderer Beziehung nicht den eigentlichen Heißspornen an, die womöglich das Hambacher Fest zum unmittelbaren Ausgangspunct einer Revolution machen wollten. Ihm schwebte vielmehr als nächstes Ziel die enge Verbindung der politischen Opposition in allen deutschen Staaten vor; ihr Verfahren sollte durch Vertrauensmänner nach einem bestimmten Plane geleitet und geregelt werden; durch die Presse, durch Anträge in den Kammern, durch die Bildung patriotischer Gesellschaften wollte er die Umgestaltung Deutschlands erzielen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde noch in Neustadt gethan. Am zweiten Tage des Festes wählte eine Versammlung von 5—600 Männern einen Vertrauensauschuß, dessen Mitglieder den verschiedenen Ländern entnommen und zum Theil bekannte Führer des Liberalismus waren. Nur glänzten grade diese letzteren, wie Kottke und Welter aus Baden, Jordan aus Kurhessen, Glosen aus Baiern, durch ihre

Der Vertrauensaus-
schuß.

Seitenfüße
zum Ham-
bacher Fest.

Abwesenheit, und die, welche zugegen waren, fast ausnahmslos Männer dritten und vierten Ranges, die Siebenpfeiffer, Wirth, Strohmayer, Kauschenblatt, wagten es doch nicht, den Antrag, der aus ihrer Mitte gestellt wurde: sich als provisorische Regierung zu constituiren, anzunehmen. Das Fest blieb daher ohne unmittelbaren Erfolg. Einige Tage lang wogten noch große Menschenmassen von Neustadt nach dem Schlosse und vom Schlosse nach Neustadt; dann kehrte die frühere Stille in die aufgeregte Stadt zurück. Dagegen fehlte es dem Feste nicht an zahlreichen Seitenstücken und Nachahmungen. Wie in Paris der Tag der Feier selbst von vielen Deutschen, Franzosen, Polen, Italienern, Spaniern, Portugiesen und Ungarn unter Lafayette's Vorhitz durch ein Bankett begangen ward, so wurden an zahllosen Orten von Mittel- und Süddeutschland in den letzten Tagen des Mai und Anfang Juni Massenversammlungen gehalten, deren Theilnehmer nach Tausenden zählten und bei denen es weder an heftigen Reden, noch an unbesonnenen Handlungen fehlte. Denn der nöthigen Klugheit und Vorsicht ermangelten die Führer und die Geführten fast überall. Nothwendig mußte es ja den Argwohn und die Erbitterung der Regierungen reizen, wenn die republikanischen Forderungen unverhohlen ausgesprochen wurden, oder wenn, wie es bei Würzburg geschah, der Bürgermeister dieser Stadt, Behr, in die Höhe gehoben und unter dem Rufe: Dies ist unser Frankenkönig! von der jauchzenden Menge umhergetragen wurde.

Die Reaction.

Die Reaction ließ daher nicht lange auf sich warten, und nicht Metternich allein lebte der frohen Hoffnung, das Hambacher Fest werde, gut benutzt, ein Fest der Guten werden. Der König von Baiern entsandte sogleich seinen Feldmarschall Brede mit genügenden Truppen in die Rheinpfalz, um für die Erhaltung der Ruhe zu sorgen. Wirth, Siebenpfeiffer und andre Führer der Bewegung wurden verhaftet; andre retteten sich über die Grenze; die Unabhängigkeit der Gerichte brach man durch Versetzungen der Richter und Verlegung der obersten Instanz nach München. Nicht viel anders ging es in den übrigen Bundesstaaten; überall entfaltete die Polizei den größten Eifer, und von Frankfurt aus wurde nachdrücklich geheßt und gespornt. Dem Bundestag war jetzt die beste Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß sein wahres Lebenselement doch nur die polizeiliche Oberleitung in den einzelnen Staaten sei. Vor Ausbruch der Juli-Revolution hatte er sich zu einer tödtlichen Arbeitslosigkeit verurtheilt gesehen. Die Demagogenverfolgungen waren beendet, die Zollverhandlungen verschmähten den Weg über Frankfurt, kaum daß die Ungezogenheiten des Herzogs von Braunschweig einigen Stoff für die Verathungen lieferten. Bezeichnend für die ganze Geschäftslage war es, daß Oestreich am 18. September 1828 den Antrag hatte stellen können, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen, wodurch also ihr Zusammentritt ganz in Metternich's Belieben gestellt worden wäre. Diese Periode des Nichtsthuns nahm aber alsbald ein Ende, als die ersten Stürme der Revolution sich ausgetobt hatten und die Regierungen wieder zum Gefühle ihrer Macht kamen. Auch

Der Bundes-
tag.

während der eigentlichen Revolutionszeit, d. h. vom Ausbruch der Septemberunruhen des Jahres 1830 an bis zum Fall von Warschau im September 1831, versuchte Metternich wiederholt den Bundestag zu einem kräftigen Auftreten anzuspornen. Er wollte eine Erklärung erlassen, wonach alle Zugeständnisse, welche den Regierungen abgenötigt wurden, in sich ungünstig seien und verlangte, daß die Nachbarstaaten den bedrängten Fürsten auch ohne besondern Bundesbeschluß alsbald militärisch zu Hülfe kämen. Allein diese Vorschläge wurden nur in sehr abgeschwächter Form zu Beschlüssen erhoben und thatsächlich gar nicht ausgeführt. Nicht allein die constitutionellen Staaten widersetzten sich ihnen, sondern auch Preußen zeigte eine ärgerliche Lauheit, welche deutlich verrieth, daß es auf moralische Eroberungen in Deutschland und auf die allmähliche Untergrabung des Bundestages sinne, eine Politik, der Bernstorff im Februar 1831 in einer Denkschrift auch offenen Ausdruck gab. Doch gebrach es der berliner Regierung andrerseits auch wieder an dem Muth, dieses System kraftvoll und rücksichtslos durchzuführen. Sie wollte es mit keinem Theile ganz verderben. Gegenüber den österreichischen Anträgen schlug sie vor, die Einmischung des Bundes im Fall einer Revolution nur dann zuzulassen, wenn die bedrängte Regierung damit zufrieden sei, und verlangte obendrein, daß der Bundestag zuvor untersuchen solle, ob nicht etwa die Bevölkerung triftigen Grund zu Beschwerden habe, in welchem Fall für die Abstellung derselben zu sorgen sei. Die Beschlüsse, die der Bundestag am 21. October 1830 faßte, waren eigentlich völlig nichtsagend. Die Regierungen versprachen sich gegenseitigen Beistand bei etwaigen Unruhen, empfahlen einander, gegründeten Klagen ihrer Unterthanen gerecht zu werden und ungegründeten fest entgegen zu treten, und schärften ihren Censoren in sehr glimpflicher Weise Vorsicht ein. Die Presse erfreute sich daher in den nächsten Monaten einer Freiheit, der sie völlig entwöhnt war und die sie keineswegs mit Maßhaltung benutzte. Mit dem Fall von Warschau hörte jedoch die Nachsicht der Censurcollegien und des Bundestages auf. Eine russische Note forderte von den deutschen Regierungen mit Entschiedenheit die Unterdrückung der gefährlichen Demagogie. In Preußen war an Bernstorffs Stelle Ancillon als Minister des Auswärtigen getreten und dadurch dem russischen und österreichischen Einfluß wieder Thür und Thor geöffnet. Die heilige Allianz der drei Ostmächte, die seit 1824 geschlummert hatte, lebte wieder auf. Schon im October begann Metternich auf's Neue in Frankfurt den unterbrochenen Feldzug gegen den Liberalismus, und jetzt kam es nicht bloß zu Beschlüssen, sondern auch zu Thaten. Am 27. October 1831 verbot der Bundestag, ihn fernerweit mit Adressen zu belästigen; am 10. November eiferte er gegen den Mißbrauch der Presse und einige Tage später verbot er die erste Zeitung, das in Straßburg erscheinende „Constitutionelle Deutschland“. Die meisten Regierungen handelten im Sinne dieser Beschlüsse; doch grade die, auf welche es am meisten ankam, zeigten sich lässig. Mehrfach wurden Baiern, Baden, Württemberg, Hessen von Frankfurt aus zu größerer

Russisch-österreichischer Druck.

Strenge gemahnt; weil das nicht zu helfen schien, griff der Bund endlich selbst ein und verbot am 2. März 1832 Wirths Tribüne und ein paar andre Blätter. Es wurde schon erzählt, wie die demokratische Partei sich gegen diese wachsenden Bedrückungen durch den Pressverein und durch eine lebhafteste Agitation im Volke zu schützen suchte, und wie das Hambacher Fest zum Gipfelpuncte dieser Bewegung wurde. Bald aber sollte sich es zeigen, daß die Früchte derselben für die liberale Partei sehr verderblich seien; denn es wurden nicht allein die Regierungen und der Bundestag dadurch zu immer dreisteren Eingriffen ermuthigt, sondern die Spaltung unter den Freisinnigen, welche schon im Sommer 1831 begonnen hatte, begann zu einer unübersteiglichen Kluft sich zu erweitern. Was den Bundestag anlangt, so faßte er schon am 30. Mai, also während das Fest in Hambach noch fortbauerte, den Beschluß, die Regierungen zur größten Strenge anzutreiben; die vorläufigen Weisungen, welche er ihnen gab, wurden dann am 28. Juni und 5. Juli in feste Formen umgegossen. Die Beschlüsse des 28. Juni richteten sich gegen die Ständeversammlungen; ihre Thätigkeit solle vom Bunde überwacht werden; jeder Antrag, der gegen das monarchische Princip verstoße, sei ungültig; Steuerverweigerung werde der Bund mit Waffengewalt unterdrücken; die Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen müsse beschränkt werden; der Bundestag allein könne die Bundesacte auslegen, und die innere Gesetzgebung der Einzelstaaten stehe hinter den Bundeszwecken, deren Auslegung auf Grund der Bundesacte der frankfurter Versammlung zukam, zurück. Acht Tage später, am 5. Juli, wurden alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste, das öffentliche Tragen von Cocarden und Bändern, das Aufstellen von Fahnen und Freiheitsbäumen verboten; Fremde wie Einheimische, die revolutionärer Gesinnung verdächtig seien, sollten aufmerksam überwacht werden; die Beschlüsse gegen die Universitäten aus den Jahren 1819 und 1824 wurden erneuert und schnellste militärische Hülfe, besonders von Oestreich und Preußen, allen Bedürftigen zugesagt. Auch gegen die Presse wurden ein paar neue wuchtige Schläge geführt; deutsche Schriften, im Auslande gedruckt, sollten ohne besondere Erlaubniß nicht verbreitet werden, und das badische Pressgesetz, der Stolz der Liberalen, wurde für ungültig erklärt. Vergebens suchte sich der Großherzog diesem Beschlusse zu widersetzen und ging sogar so weit, bei Louis Philipp um Unterstützung zu bitten. Als ihm diese abgeschlagen wurde und als man von österreichischer Seite mit einer Theilung des Landes zu drohen begann, fügte sich Baden und änderte am 28. Juli sein Pressgesetz nach den Forderungen des Bundes ab. Eine Reihe von Blättern wurden unterdrückt, ihre Herausgeber verhaftet oder durch die Gefahr zur Flucht bewogen, überdies auch die beiden Professoren Rotted und Welter in den Ruhestand versetzt. In Baden geschah Alles das doch immer nur auf directes Verlangen des Bundes; in andern Staaten entwickelten die Regierungen aus eigenem Antriebe den größten Eifer. Ludwig von Baiern schien alle seine liberalen Ideen völlig vergessen zu haben. In willkürlichster Weise

Die Bundes-
beschlüsse vom
1832.

Die Reaction
in Baden.

in Baiern.

wurden Männer wie Oken oder Schönlein abgesetzt, andere wie Behr oder Eisenmann verhaftet und Jahre lang gefangen gehalten, wieder andere wegen Hochverraths außer zum Zuchthaus auch zur Abbitte vor dem Bilde des Königs verurtheilt. In manchen Staaten hatte dieses schroffe Vorgehen Conflict mit den Kammern zur Folge, die in Württemberg, in Kurhessen (wo Hassenpflug am Ruder saß), in Nassau zu deren Auflösung führten.

Diese reactionären Maßregeln beförderten den Bruch zwischen den radicalen und den gemäßigten Elementen der liberalen Partei. Denn während die letzteren dadurch eingeschüchtert oder doch vorsichtiger gemacht wurden, entbrannten die ersteren von um so größerer Begier, dem schwachvollen Zustande ein Ende zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Kräfte dafür zureichten oder nicht; und da ihnen die Möglichkeit des offenen Kampfes genommen war, so suchten sie ihre Zuflucht in geheimen Verbindungen und Verschwörungen, sowie in der Verbrüderung mit den Revolutionären anderer Völker. Das war ein Boden, auf den ihnen die erprobten Führer der ständischen Oppositionen nicht folgen wollten und konnten; so blieben die Häupter der Radicalen, meist Männer ohne große geistige Bedeutung und mit einem Einflusse, der nicht über ihre Stadt und den nächsten Umkreis hinausging, sich selbst überlassen und glitten um so schneller auf ihrem abschüssigen Wege voran. Schon an dem Preßverein und dem Hambacher Feste waren die eigentlichen Häupter des Liberalismus, die Rotted, Welter, Jzstein, Mittermaier, Uhland, Kömer, Pfizer, Glosen, Jordan, wenig oder gar nicht theilhaft; auch von den zahlreichen Verwahrungen und Erklärungen, die am Rhein und Main gegen die neuesten Bundesbeschlüsse in Umlauf gesetzt wurden, hielten sie sich möglichst fern. Ein Versuch, den die Radicalen machten, um sie wieder heran zu ziehen, scheiterte. Welter erklärte sich bei einer Besprechung, die im Herbst 1832 zu Frankfurt stattfand, mit Entschiedenheit gegen geheime Vereine und wollte nur gesetzliche Mittel angewandt wissen. Damit war das Band gelöst und die bisherigen Freunde wurden von den Radicalen in der heftigsten Weise angefeindet als knechtisch gesinnt, als Feinde der wahrhaft Freigesinnten, als solche, die vor der Gewalt die Knie beugten und statt für die Wiedergeburt des Volkes für fürstliche Windeln schwärmten — Alles Vorwürfe, die trotz ihrer Ungereimtheit Siebenpfeiffer sich nicht entblödete, selbst gegen Rotted zu schleudern.

Nichtsdestoweniger fuhrten aber die Radicalen fort, sich in ihren Kreisen auf die volksbeliebten Namen der alten Führer zu berufen und den Glauben zu verbreiten, daß diese sich im entscheidenden Augenblicke oder jedenfalls doch, wenn der erste Schlag gelungen sei, an die Spitze stellen würden. In die provisorische Regierung, die sie für das republikanische Deutschland in Aussicht nahmen, sollte nicht bloß Jordan, der ihnen immerhin am nächsten stand, sondern auch Jzstein, Rotted, Welter einzutreten bereit sein. Doch bedienten sie sich dieser Namen eben nur als Aushängeschilder, um desto mehr Anhang zu finden. Ihre wirkliche Kraft suchten sie theils in den

Bruch zwischen
Radicalen und
Liberalen.

Geheime An-
triebe der Ra-
dicalen.

Die Burschenschaftler.

niederer Ständen und bei den Bauern, theils bei den Studentenverbindungen oder im Militär, wozu dann immer noch die Hoffnung auf auswärtige Hülfe kam. Unter den Leitern der Verschwörung fand ein ungemein reger persönlicher und brieflicher Verkehr statt. Mittelpunkte der Bewegung waren vornehmlich Frankfurt mit Gießen und Marburg, sowie Stuttgart mit Ludwigsburg; in dem Umkreis dieser Städte drang die Aufregung am tiefsten in das Volk ein. Die Bauern suchte man durch Flugschriften zu bearbeiten und zur Steuerverweigerung aufzuheizen; wenn dann die Oestreicher und Preußen ins Land kämen, so müsse man gegen sie die Franzosen zu Hülfe rufen. Nach beendigter Ernte des Jahres 1832, wenn der Bauer Nichts zu thun habe, sollte die Revolution losgehen. Allein als es zum Ausbruch kommen sollte, erkannte man doch, daß die Dinge noch nicht weit genug vorbereitet seien. Man verwendete also den Winter 1832 auf 1833 noch zu neuen Anwerbungen. Unter den Studenten traf man viel williges Gehör. In dem Streite zwischen Arminen und Germanen hatten die letzteren, welche die politische Einheit nicht bloß vorbereiten, sondern thätig mitwirkend herbeiführen wollten, seit 1827 immer mehr die Oberhand gewonnen. Ein Burschentag zu Frankfurt im September 1831 vollendete ihren Sieg, indem er alle Mitglieder zur Theilnahme an etwaigen Volksaufständen verpflichtete. Allerdings schieden in Folge dessen einige Universtitäten aus; aber auf den andern wucherte der revolutionäre Sinn um so üppiger. Schon Mitte 1832 konnte von Heidelberg berichtet werden, daß nicht allein 2—300 Theilnehmer an einem allgemeinen Aufstande dort sicher, sondern daß auch 25—30 junge Männer bereit seien, für sich, selbständig, irgend ein Wagniß auszuführen. Sechs bis sieben Entthronungen, so meinte man dort, müßten eine große moralische Wirkung hervorbringen, vollends wenn dabei drei oder vier Messer in Bewegung gesetzt würden. Aehnliche Gefinnungen herrschten in Erlangen, München, Tübingen, Kiel und Würzburg. Vertreter dieser sechs Universtitäten hielten Weihnachten 1832 einen neuen Burschentag in Stuttgart und beschloßen hier, sich den Frankfurtern anzuschließen, um Deutschlands Einheit und Freiheit auf dem Wege der Revolution zu erstreben. Besonders ermutigend wirkte auf sie die Mittheilung, daß dieser Plan auch unter dem Militär viele Anhänger zähle, eine Behauptung, die freilich sehr übertrieben war. Denn abgesehen von einigen hessen-homburgischen Unteroffizieren waren die Verlockungen eigentlich nur in Württemberg auf einen günstigen Boden gefallen. Hier hatte der Leutnant Roseritz mehrere Offiziere und eine beträchtliche Reihe von Unteroffizieren — er glaubte auf ihrer 200 rechnen zu können — für einen Militäraufstand gewonnen; daß die Mannschaften ihren Führern folgen würden, schien keinem Zweifel zu unterliegen. Der Plan des Aufstandes wurde schon in allen Einzelheiten entworfen. In Ludwigsburg sollte es losgehen; von da wollte man auf Stuttgart marschiren, den König gefangen nehmen, die Stadt der Plünderung Preis geben und nöthigenfalls in Brand stecken. Gleichzeitig damit sollten die

Das Militär.

Frankfurter sich erheben, den Bundestag überrumpeln und die Republik ausrufen. Man hoffte, Dembinski werde sich der deutschen Revolution zur Verfügung stellen; eine Schaar Polen sollte sich in Bessancon sammeln und durch die Schweiz über Rorschach in Deutschland einbrechen; Lafayette sollte die Mitwirkung der Nationalgarde des Elsaß versprochen haben. So reisten die Pläne immer mehr der Ausführung entgegen; zuweilen beschlich die Rädelshführer wohl die Ahnung, daß ihr ganzes Vorhaben auf Sand gebaut sei; aber durch gegenseitige Vorspiegelungen und Uebertreibung der eigenen Hülfsmittel bekräftigten sie stets von Neuem den schwankenden Muth. In zahlreichen größeren oder kleineren Zusammenkünften wurde der Tag des Ausbruchs besprochen, und endlich der Anfang des Monats April 1833 in bestimmte Aussicht genommen. Zur Mitwirkung in Frankfurt hatten sich etwa 30 Burschenschaftler, eine Anzahl Polen, sowie einige andere Radicale von auswärts, z. B. Kauschenblatt, dort eingefunden. Unter den Einheimischen waren einige Doctoren, Bunsen, Gärth, Körner, die Seele des Unternehmens. Noch in den letzten Tagen schien die Sache ins Stoden zu gerathen; Roseritz ließ melden, daß er noch warten müsse. Allein Gärth bestürmte ihn durch Eilboten, nicht zu zögern; in der That war in Frankfurt Alles zu weit gediehen, um noch einen Aufschub zu gestatten. Am Abend des 3. April versammelten sich die Verschworenen in zwei verschiedenen Häusern, Alles in Allem nicht mehr als 50—60; der größere Theil sollte die Hauptwache stürmen, der kleinere die Constablerwache. Beiden Abtheilungen gelang ihr Vorhaben ohne große Schwierigkeiten; denn obgleich die ganze Verschwörung am Morgen des 3. April dem regierenden Bürgermeister von Frankfurt verrathen war, hatte man doch keine Vorkehrungen getroffen; die Wachen waren in den Gebäuden, die Gewehre hingen draußen in der Halle. Der wachthabende Offizier der Hauptwache sprang aus dem Fenster, ein paar Soldaten wurden getödtet oder verwundet, die Gefangenen befreit. Ebenso ging es bei der Constablerwache. Damit war aber der Erfolg der Aufständischen zu Ende. Das Volk war zu keiner thätigen Theilnahme zu bewegen; vergebens stürmte die Glode vom Thurme des Domes; umsonst hoffte man auf den Anzug der Bauern aus der Umgegend. Ein Angriff auf das Zeughaus mißlang; die Führer selbst verloren den Kopf. Mittlerweile war das Frankfurter Militär aufgeboten und rückte gegen die Wachtgebäude an; so leicht es dieselben verloren hatte, so leicht gewann es sie wieder; doch wurden auch jetzt auf beiden Seiten mehrere getödtet oder verwundet. Im Ganzen kostete der Aufruhr 9 Menschen das Leben, darunter 6 Soldaten; verwundet wurden 24, auch unter ihnen die Mehrzahl vom Militär. Etwa 30 der Aufständischen wurden verhaftet; doch befand sich keiner der Führer darunter; vielmehr gelang es diesen sämmtlich zu entkommen. Ein kurzes Nachspiel des Aufstandes lieferten noch einige Haufen Bauern, die in der Umgegend ein Zollhaus plünderten, sich aber dann zerstreuten.

Ausländische
Verbindungen.

Der Frank-
furter Putz.

Folgen der-
selben.

So endigte das Unternehmen, wie es endigen mußte, als

tragische Poſſe. Aus all den kühnen Plänen, Gefangennahme der Bundesgeſandten, Beſchlagnahme der Rothſchild'schen Caſſen, Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung, war Nichts geworden. Möglich, daß der Putſch etwas weitere Ausdehnung gewonnen hätte, wenn er noch einige Tage verſchoben wäre; wahrſcheinlich iſt auch das nicht. Jetzt wurde der mißlungene Verſuch von der Reaction natürlich mit Freuden begrüßt. Frankfurt erhielt trotz des Einſpruchs, welchen der Senat erhob, eine öſtreich-iſch-preußiſche Beſatzung. Die Einzelregierungen wetteiferten mit einander in berechtigten und willkürlichen Verhaftungen ſowie in den übertriebenſten polizeilichen Maßregelungen. Metternich aber wünſchte nicht, daß die Unterſuchungen ſich verzetteln möchten, und betrieb deßhalb die Einſetzung einer neuen Centralbehörde, einer zweiten Mainzer Commiſſion. Am 20. Juni beſchloß der Bundestag dieſem Antrag gemäß und am 8. Auguſt trat die Centralbehörde in Frankfurt zuſammen. Den Vorſitz führte der Oeſtreicher von Wagemann; die andern Mitglieder ſtellten Preußen, Baiern, Württemberg und Heſſen-Darmſtadt. Es lag dem Collegium ob, die Ergebniſſe der gerichtlichen Unterſuchungen in den Einzelſtaaten zuſammenzuſaſſen und zu politiſchen Berichten zu verarbeiten; zugleich auch dieſe Einzelunterſuchungen zu überwachen und zu fördern. Eine eigene Rechtsprechung ſtand ihm jedoch nicht zu. Dieſe übten in den meiſten Staaten die ordentlichen Gerichte, mit denen die Centralbehörde in directen Verkehr trat; nur in Preußen wurde eine beſondere Miniſterial-Commiſſion eingeführt, welche zwiſchen dem Kammergerichte und Frankfurt vermittelte. In etwas ſchwächerem Maße als bei der Commiſſion von 1819 wiederholte ſich die Erfahrung, daß nicht alle Staaten gleich willig waren, der Centralbehörde die erforderlichen Mittheilungen zu machen, und um unverzüglich und vollſtändige Auskunft gemahnt werden mußten. Am ſpäteſten erſtattete Oldenburg ſeine Anzeige, nämlich im Jahre 1836. Die Berichte, welche die Centralbehörde von Zeit zu Zeit über den jeweiligen Stand der Unterſuchungen einreichte, wies ſtets darauf hin, daß immer noch Fäden vorhanden ſeien, die man verfolgen müſſe, um zu neuen Aufſchlüſſen zu gelangen, und hatten, mittelbar wenigſtens, durch das Gewicht, welches ſie den Umtrieben beilegte, neue verſchärfte Polizeimaßregeln zur Folge. Inſbeſondere wurde den Zeitungen auf das Strengſte verboten, Nachrichten über die Unterſuchungen zu bringen, und wo das doch geſchah mit Unterdrückung der ſchuldigen Blätter gedroht und vorgegangen. Der Verkehr der Reiſenden unterlag der ſchärſten Beaufſichtigung; nicht allein die Poſthalter, ſondern auch die Lohnkutfcher wurden angewieſen, Niemanden ohne Paß zu befördern; Oldenburg mußte die Weſer und die Küſte polizeilich überwachen laſſen, und mehrere Staaten wie Württemberg, Baden und die beiden Heſſen wurden in vertraulicher Sitzung von dem öſtreich-iſchen Geſandten wegen ihrer ſchlechten Paß-Polizei erſtlich getadelt. Ihnen gegenüber erſchien die Centralbehörde als trefflicher Drücker, und Metternich wünſchte deßhalb ſehr, ſie aus einer außerordentlichen zu einer ordentlichen

Die Central-
behörde.

Polizeiregi-
ment.

Ausgang der
Centralbe-
hörde.

Bundeseinrichtung zu machen. Weiskirch schob er dabei Baden vor, da man hinter den Vorschlägen einer constitutionellen Regierung nicht so leicht reactionäre Absichten wittern werde. Baden stellte demnach im März 1836 den Antrag, die Centralbehörde aufzulösen und ein Centralpolizeibüreau in Frankfurt einzurichten. Allein der Plan scheiterte diesmal an Preußens Widerstande, den Metternich vergebens dadurch zu brechen suchte, daß er 1837 empfahl die Central-Polizei durch eine Central-Justiz-Behörde zu ersetzen. Die Verhandlungen darüber nahmen einen bitteren Charakter an und zogen sich bis 1842 hin; während deß fristete die Centralbehörde von 1833 trotz ihres unverminderten Eifers doch nur noch mühsam ihr Dasein. Sie hatte ihren Arbeitsstoff so ziemlich erschöpft und fand sich durch die Begnadigungen, welche in Preußen beim Regierungsantritt des neuen Königs am 10. August 1840 und ein Jahr darauf in Württemberg erlassen wurden, in ihrer Thätigkeit noch mehr beschränkt. Ueberdies zeigten sich einzelne Regierungen sehr unwillfährig; das mecklenburgische Justizministerium z. B. sah sich nicht gemüthigt, von neun Anfragen, die ihm die Centralbehörde binnen 11 Monaten zuschickte, auch nur eine zu beantworten. Danach war es offenbar an der Zeit, die Wirksamkeit derselben zu beenden; aber sie aufzulösen, dazu konnte sich Metternich selbst jetzt noch nicht entschließen, und trotz der ernstlichen Bemühungen Preußens willigte er doch nur in eine Vertagung, die am 25. August 1842 beschlossen wurde. Nicht ohne ein gewisses Bedauern fügte sich die Behörde in dieses Schicksal; denn obgleich sie nicht jenen verfolgungsfüchtigen Polizeicharakter der früheren Mainzer Commission getragen hatte und fast ausnahmslos sachlich und gewissenhaft verfahren war, so war ihren Mitgliedern das Ergründen der geheimen politischen Vereine doch sichtlich zur Lebensaufgabe geworden, und die 400 Verdächtigen, deren Namen sie kannten, deren Aufenthalt im Auslande sie aber den deutschen Gerichten unzugänglich machte, waren eben so viele Räthsel, auf deren Lösung nur widerwillig verzichtet wurde. Im Ganzen waren die Verhandlungen gegen mehr als 1800 Verschwörer zur Kenntniß der Centralbehörde gekommen; allein der weitaus größte Theil derselben fiel auf solche Vergehen, die erst nach dem Frankfurter Putsch begangen waren. Die Urtheilssprüche der verschiedenen Gerichte fielen gewaltig ungleich aus, grade wie auch die Behandlung der Angeklagten eine sehr verschiedene war. Die verfolgungsfüchtige Härte mancher preussischen Beamten ist durch Fritz Reuters „Festungstid“ für alle Zeiten unauslöschlich gebrandmarkt worden; ihnen reihten sich großherzoglich hessische und kurfürstliche Staatsdiener würdig an. Die größte Strenge entfaltete das preussische Kammergericht; von 204 Burschenschaftlern verdammt es 39 zur Todesstrafe, die freilich vom Könige sogleich in lebenslängliche oder dreißigjährige Festungshaft verwandelt wurde. Auch in Baiern wurden Todesurtheile gefällt, aber in der oberen Instanz nicht bestätigt. Gegen die meisten Angeeschuldigten konnten natürlich nur geringe Strafen ausgesprochen werden; auch mancher tiefer Verwickelte kam wohl gnädig davon, sei

Die Opfer der
Verfolgung.

es weil er menschliche Richter fand, sei es, weil es gelang seine Schuld zu verbergen. Denn darauf hin wurde mit allen Kräften gewirkt, und keineswegs immer mit erlaubten Mitteln. Vielmehr gab sich der entsittlichende Einfluß des Verschwörerthums vielfach auch in Meineiden, die man hier und da sogar durch allerlei Trugschlüsse grundsätzlich zu rechtfertigen suchte, und in Fälschungen mancherlei Art kund, wie auf der andern Seite manche der Schuldigen durch Angebereien sich selbst Straflosigkeit oder doch ein milderes Schicksal zu sichern suchten. Denen, welche glücklich der Verurtheilung entgingen, wurden mancher Orten glänzende Huldigungen dargebracht, die recht eigentlich die Stimmung der Zeit kennzeichnen. Von Ehrenreitern und vielen Wagen eingeholt, in vier-spänniger Postkutsche, durch weißgekleidete Jungfrauen unter Ehrenpforten empfangen, mit Festbällen und Zwedeffen begrüßt, so lehrten gelegentlich die der Haft Entlassenen in ihre Heimat zurück. Die nächste Folge der massenhaften Untersuchungen war also eine steigende Erbitterung des Volkes, eine zunehmende Aufreizung der Radicalem. Besonders geschickt wurde diese durch die Presse geübt, vornehmlich in Frankfurt und im Großherzogthum Hessen. Revolutionäre Lieder wie: Fürsten zum Land hinaus! die Kopfschmaschine, das Laternenlied, wurden massenhaft verbreitet; nicht minder kurze Broschüren, Abhandlungen und Zeitschriften, deren Tonart Titel wie das Bauernconversationslexicon, der Leuchter und Beleuchter für Hessen, die Rechte des Menschen und Bürgers kennzeichnen. Ihr Hauptziel war, den Bauern und Handwerker aufzureizen. Sehe es doch auch, als ob Gott diese am 5. Tage und nur die Vornehmen und Fürsten am 6. gemacht, als ob er nur zu diesen gesagt: Herrschet über alles Gethier, jene aber mit zum Gewürm gezählt habe. Durch solche und ähnliche Ergüsse vollzog der politische Radicalismus seine allmähliche Umwandlung zum Communismus und Socialismus. Ein ganzes Jahr hindurch, vom Frankfurter Putsch an gerechnet, war er, wenigstens in den Main und Rheingegenden, noch unzweifelhaft im Aufschwung begriffen. In dem Männerbunde, der sich aus dem alten Preßverein entwickelte, hatte er eine vollständige Ordnung gefunden. Die Form desselben, die auch den auswärtigen und den jüngeren deutschen Geheimbünden eigen war, bestand in einer stufenweisen Gliederung; höchstens 12 Mitglieder bildeten eine Section, 12 Sectionen eine Serie, 12 Serien eine Union. In Frankfurt allein sollen 100, ja 200 Sectionen bestanden haben. Ein Versuch, der im Mai 1834 gemacht wurde, die beim Frankfurter Putsch Verhafteten zu befreien, führte zur Entdeckung des Bundes und gab den eingeleiteten Untersuchungen neue Ausdehnung. Damit war aber den revolutionären Plänen auch der Todesstoß gegeben und sie vermochten fortan nur unter den Flüchtlingen im Auslande feste Gestalt und Boden zu gewinnen; in Deutschland selbst treten sie in den nächsten Jahren nur noch ganz vereinzelt und dann stets als Ausläufer der geheimen Gesellschaften in Frankreich und der Schweiz auf.

Die Stimmung im Volke.

Communistische Ansätze.

Geheimbünde.

Das junge Europa und die europäische Reaction.

In diesen beiden Ländern fanden sich die Revolutionäre aus allen Theilen Europas zusammen und schlossen sich enger an einander; in der Schweiz kam es zu einer förmlichen Organisation des gesammten europäischen Verschwörerthums. Die Seele desselben war der Italiener Giuseppe Mazzini. 1808 zu Genua geboren, hatte dieser hochbegabte Mann sich mit schwärmerischer Innigkeit die Verfolgung seiner politisch-religiösen Ideale zur Lebensaufgabe gestellt. Durch Geburt und Vermögen eben so sehr wie durch Gemüthsstimmung und Sitten war er der Aristokrat unter den Revolutionären. Der Carbonarismus, dessen Mitglied er gewesen war, entsprach seinen hohen Anforderungen nicht; zu viele fremdartige Bestandtheile hatten sich in denselben gedrängt, und es gebrach ihm die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung, die Mazzini für einen geheimen Bund als unentbehrlich forderte. So faßte er den Plan, selbst eine neue Gesellschaft zu gründen. Die Folgen der italienischen Aufstände von 1831 trieben ihn ins Ausland; in Marseille, wo er seinen ersten Aufenthalt nahm, gründete er das junge Italien und schuf sich in einer Zeitung gleiches Namens ein Mittel, um seine Ideen in der Presse zu vertreten. Allein Louis Philipp, dem die eigenen Republikaner bereits genug zu schaffen machten, war wenig erfreut darüber, Frankreich zum Mittelpunkt der europäischen Revolution gemacht zu sehen. Auch der Carbonarismus hatte seinen Schwerpunkt nach Paris verlegt, und seine oberste Behörde, die Haute Venta, mit der französischen zu der Haute Vente Universelle vereinigt. Aber der ließ sich schwer auf die Spur kommen. Mazzini hingegen, der in der Presse offen seine Ansichten vertrat, war leicht zu erreichen. Eine Fälschung mußte den Stoff liefern, der ein unmittelbares Einschreiten rechtfertigen sollte. Es waren im Mai 1833 zu Rodez in Südfrankreich zwei Italiener von einem dritten ermordet worden; ein Agent der Polizei entdeckte darauf ein von Mazzini unterzeichnetes Todesurtheil, welches den Mord als einen politischen erscheinen ließ. Und obgleich nun die Geschworenen von Abeyron die Unterschrift für nachgemacht erklärten und den Angeeschuldigten freisprachen, wurde er doch des Landes verwiesen. Gleichwohl verbarg er sich unter falschem Namen noch geraume Zeit in Frankreich, um einen Plan auszuführen, den er gemeinsam mit der Hohen Venta verfolgte; denn bis dahin hatte er noch nicht völlig mit den Carbonari gebrochen. Es handelte sich um einen Einfall in Savoyen, mit der Absicht, von da aus Italien zum Aufstand zu bewegen. Eigentlich sollte das Unternehmen gleichzeitig mit dem Frankfurter Putsch gewagt werden; allein es verzögerte sich bis in den Anfang des Jahres 1834 und erfreute sich nun der Mitwirkung vieler deutscher, polnischer und anderer Flüchtlinge. Die militärische Leitung war dem aus der polnischen Revolution bekannten Ramorino übertragen. In der Nacht zum 1. Febr. 1834 überschritten die Verschworenen in zwei Abtheilungen,

Mazzini.

Das junge
Italien.Verfolgung in
Frankreich.Der Savoyer
Putsch.

Das junge
Europa.

etwa 700 Mann stark, von Genf aus die Grenze; aber schon am selben Tage mußten sie sich zurückziehen, da sie nicht den geringsten Anhang bei der Bevölkerung fanden. In Folge dieses Mißlingens brach Mazzini offen mit dem Carbonarithum und begann die Bildung des jungen Europa. Die Demokraten jedes Volkes sollten sich zu einem Bunde nach Art des jungen Italien vereinigen, die einzelnen Bünde sich zu einer Gesamtheit verbündern. Ein Centralausschuß unter Mazzinis Vorsitz sollte an der Spitze stehen, die Verfassungen der Einzelbünde aber von einem jeden selbständig entworfen werden. Diese Gedanken wurden von den deutschen und polnischen Flüchtlingen in der Schweiz mit Eifer ergriffen; sie begründeten ein junges Deutschland und ein junges Polen und unterzeichneten mit dem jungen Italien zusammen am 15. April 1834 zu Bern die Verbündungsacte, ein Schutz- und Trutzbündniß zur Verfolgung gleicher Ziele unter dem gemeinschaftlichen Symbol: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Ein einziger Gott, so lautete ihr Programm: ein einziger Herrscher — Gottes Gesetz; ein einziger Ausleger dieses Gesetzes — die Menschheit. Es gilt dem Kampfe der jungen Freiheit gegen die alte Sklaverei, der jungen Gleichheit gegen die alten Vorrechte, der neuen Ideen gegen den alten Glauben. Die einzelnen Völker sollen dabei ihre vollste Selbständigkeit behalten, keines soll über das andre die Herrschaft verlangen dürfen; ein großer Bruderbund soll sie alle umschließen. Dieses Programm verscholl nicht ungehört. Ein junges Frankreich bildete sich, eine junge Schweiz, ein junges Spanien. Doch fehlte es trotz der programmmäßigen Eintracht nicht an Entzweiung. Mazzini selbst fühlte sich veranlaßt, aus dem Vorstande auszuscheiden, und auch in den einzelnen Landsmannschaften gab es Reibereien genug. Nächst dem jungen Italien war das junge Deutschland am thätigsten. Unter seinen ersten Häuption waren Breidenstein und Stromayer die bekanntesten; doch wechselten die Ausschüsse in rascher Folge; in weniger als 2 Jahren hatte es ihrer sechs gegeben. Die Verbindung beschränkte sich auf die Schweiz und Frankreich. Zur Zeit ihrer größten Blüte hatte sie an 25 Orten Clubs, und die Zahl der Mitglieder betrug gegen 300. Ihr Einfluß erstreckte sich aber bedeutend weiter. Die Mitglieder stifteten nämlich in den meisten Städten der Schweiz Lesevereine, in welche die deutschen Handwerksburschen aufgenommen und durch die Bekanntschaft mit der revolutionären Literatur für republikanische Ideen gewonnen wurden. Da las man das „Vater Unser neuer Lesart, das A-B-C-Buch der Freiheit, die Erklärung der Menschenrechte;“ da sang man das schreckhafte Lied von den hundert Handwerkern, das in jedem seiner vielen Verse die Genossen irgend eines Gewerkes aufforderte, mit Beil, Art, Hammer oder Strick, je nachdem, die deutschen Fürsten zu beseitigen, oder man lernte die lästerlichen Verse des Frankfurter Sauerwein auswendig, das Lieblingslied der deutschen Flüchtlinge:

Das junge
Deutschland.

Wenn die Fürsten fragen:
 Was macht Abfalom?
 Könnt ihr ihnen sagen:
 Ei, der hänget schon.
 Doch an keinem Baume
 Und an keinem Strick,
 Sondern an dem Traume
 Einer Republik.

Wollen sie gar wissen,
 Wie's dem Flüchtling geht,
 Sprech: er ist zerrissen,
 Wo ihr ihn befehzt.
 Gebt nur eure großen
 Purpurmäntel her,
 Das giebt gute Hosen
 Für das Freiheitsheer.

Fragen sie gerührt:
 Will er Amnestie?
 Sprech, wie sich's gebührt:
 Er hat steife Knie.
 Ihm blieb Nichts auf Erden
 Als Verzweiflungstreich'
 Und Soldat zu werden
 Für ein freies Reich.

Solche Lieder und solche Ideen trugen die Handwerksburschen dann über den Rhein wieder ins Vaterland zurück, und aus diesem Gesichtspuncte betrachtet war die Wirksamkeit Jungdeutschlands wohl nicht ganz gering anzuschlagen, besonders da von Paris aus ganz in demselben Sinne gewirkt wurde. Wenn man aber ein thätiges Eingreifen von ihm befürchtete, wenn man besorgte, es werde einen Einfall in Baden zu Wege bringen und Deutschland revolutioniren, so war das eine gewaltige Ueberschätzung; dazu fehlten alle Mittel. Gleichwohl waren die Regierungen entschlossen, dem Treiben der Flüchtlinge in der Schweiz ein Ende zu machen. Da es den Frieden von ganz Europa zu gefährden schien, so erneuten die drei Ostmächte ihren alten Bund und suchten auch Frankreich auf ihre Seite zu bringen. Die Congresse, wie sie im Jahrzehnt der Heiligen Allianz üblich gewesen waren, wurden wieder aufgenommen. Eine Conferenz der Minister in Tepliz, im Sommer 1833, machte den Anfang. Gleichsam zur Besiegelung der neuen Freundschaft trafen dann die Kaiser von Rußland und Oestreich und der Kronprinz von Preußen im September 1833 zu Münchengrätz in Böhmen zusammen, nachdem Nicolaus auf der Hinreise auch mit Friedrich Wilhelm III. in Schwedt eine Besprechung gehabt hatte. In Münchengrätz wurde der Feldzugsplan gegen die Revolution ernstlich besprochen. Er zerfiel in zwei Haupttheile, in die Befriedung Deutschlands und in die Bewältigung der Schweiz. Was für Deutschland des Weiteren noch zu thun sei, wurde den Conferenzen überlassen, zu denen die deutschen Minister sich im Januar 1834 in Wien versammelten, nachdem der Kronprinz von Preußen auf einer Rundreise an ver-

Die Reaction.

Fürstencongresse und Ministerconferenzen.

Die Wiener Conferenzen.

schiedene deutsche Höfe die Stimmung vorbereitet hatte. Ihre Verathungen währten bis in den Juni. Vor Allem wurden Maßregeln gegen die Ständeversammlungen beschloffen; ihrem Steuerbewilligungsrecht wurden enge Grenzen gezogen, die Oeffentlichkeit und die Veröffentlichung der Verhandlungen beschränkt. Bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Regierungen sollte ein neu zu gründendes Schiedsgericht angerufen werden, auf dessen Zusammenfügung Metternich als auf seine Erfindung besonders stolz war. Die 17 Curien des Bundestags sollten nämlich ein für alle Mal je 2 Männer bezeichnen, aus deren Mitte die streitenden Stände und ihre Regierung je drei auszuwählen hätten, die sich dann einen Siebenten aus jenen 34 zum Obmann erkören. Auf die Weise war denn freilich unter dem Scheine der Unparteilichkeit dafür gesorgt, daß niemals regierungsfeindliche Schiedsmänner in diesem Gerichte Platz finden konnten. Auch der Presse wurden von der Wiener Ministerconferenz eine Reihe neuer Beschränkungen zu Theil; die Erlaubniß zur Herausgabe eines Blattes wurde an den Nachweis der Befähigung des Redacteurs geknüpft, über welche natürlich den Regierungen das Urtheil zustand; überdies sollte jede derartige Erlaubniß jederzeit widerruflich sein. Daß gegen die Universitäten die früheren Bestimmungen aufs strengste erneuert und in vielen Punkten noch verschärft wurden, versteht sich von selbst; aber auch die Gerichte entgingen der Fürsorge der Minister nicht; doch scheiterte der Versuch, die Geschworenen wieder zu beseitigen, an dem hartnäckigen Widerspruche Baierns. Ein Theil der Conferenzbeschlüsse wurde, nachdem er in Frankfurt Ende 1834, und soweit die Universitäten in Betracht kamen im Juni 1835, zu Bundesgesetzen umgewandelt war, bekannt gemacht; ein andrer Theil dagegen geheim gehalten und erst nach etwa 10 Jahren wider den Willen der Regierungen veröffentlicht. Die Ergebnisse, welche sich die Großmächte von all diesen neuen Bestimmungen versprachen, blieben nicht hinter den Erwartungen zurück. Dank diesen Beschlüssen und den erneuten Demagogenprocessen gelang es den Regierungen wirklich, das politische Leben in Deutschland abermals für einige Jahre niederzuhalten, bis der Verfassungsbruch des Königs von Hannover, der Streit der preussischen Regierung mit dem Erzbischof von Köln und vollends die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. den Anstoß zu einer neuen Regsamkeit gab, die sich langsam aber stetig bis zur Revolution von 1848 entwickelte.

Helbig gegen
die Schweiz.

Auch der Schweiz gegenüber setzten die Ostmächte ihren Willen durch, allerdings nicht ohne Widerstand überwinden zu müssen. Begünstigt wurden sie durch mancherlei Ausschreitungen, welche die Flüchtlinge sich zu Schulden kommen ließen. Nach dem Savoyerzuge verlangten Rußland, Oestreich, der deutsche Bund und Sardinien die Ausweisung aller daran Betheiligten. Zürich, das damals Vorort war, sagte diese zu, verwahrte sich aber gegen die angedrohten Gewaltmaßregeln. Thatsächlich wurden auch die meisten Theilnehmer des Zuges aus dem Lande entfernt; aber begünstigt von einzelnen Cantonen, welche diese Nachgiebigkeit gegen fremdländische Einmischung

mißbilligten, blieben andere im Lande, unter ihnen auch Mazzini, der in Bern geduldet wurde. Denn dieser Canton stand an der Spitze der Widerstrebenden. Thörichte Weise ließ die Polizei dort auch eine lebhafte Demonstration der Flüchtlinge zu. Sie versammelten sich am 27. Juli 1834 im Steinhölzli, hielten heftige Reden gegen die Regierungen und verhöhnzten deren Landesfarben. Das gab denn zu neuen Drohungen seitens der Großmächte Anlaß; auch wurde eine förmliche Grenzsperrre gegen die Schweiz eingeführt und der diplomatische Verkehr mit Bern abgebrochen. Dennoch hätte dieses sich kaum gefügt, wenn nicht Louis Philipp, auf den es sich meinte stützen zu können, auf die Seite der Ostmächte getreten wäre. Nun erschien weiterer Widerstand unmöglich, die Versammlung im Steinhölzli wurde amtlich als ein bedauerliches Ereigniß mißbilligt und es begann die „Flüchtlingshag“, die jetzt, um die frühere Verschuldung vergessen zu machen, um so leidenschaftlicher betrieben wurde. Eine Mordthat, die in Zürich Ende 1835 an einem deutschen Studenten, Lessing, der für einen Spion galt, verübt wurde, schien diesen Umschwung auch unter dem moralischen Gesichtspuncte zu rechtfertigen. Die meisten Flüchtlinge mußten die Schweiz verlassen; da ihnen auch Frankreich keine Aufnahme gewährte, so blieb in Europa nur England ihnen als Zufluchtsort; viele wandten sich nach Amerika. Die aber in Europa blieben, gaben auch jetzt ihre Gegnerschaft wider das Bestehende nicht auf, und wenn auch das junge Europa mit dem Jahre 1836 langsam erstarb, so fehlte es nicht an anderen Gesellschaften, welche seine Tendenzen fortpflanzten.

Diese hatten ihren Sitz fortan besonders in Frankreich. Denn nur den aus der Schweiz kommenden Flüchtlingen wurde hier der Aufenthalt verwehrt; denen, die bereits im Lande verweilten, blieb er gestattet; man schätzte ihre Zahl noch im Jahre 1838 auf 13,000. Schon 1832 hatte sich in Paris ein deutscher Volksverein gegründet, der etwa 600 Mitglieder zählte, aber nicht eigentlich den Character einer geheimen Gesellschaft hatte. Nach etwa 2 Jahren machte er jedoch einer solchen Platz, dem Bunde der Geadteten, unter dessen Mitgliedern der Kölner Venedy die Hauptrolle spielte. Die Genossen traten zusammen in Hütten oder Zelten; die Vertreter mehrerer Zelte bildeten das Lager (oder den Berg); an der Spitze stand die Nationalhütte oder der Brennpunct. Die Sitzungen gaben vor, sie stammten aus den Papieren des Freiherrn von Stein und seien vielleicht dieselben wie die des Jugendbundes. Durch die nach Deutschland heimkehrenden Handwerker wurden auch in Frankfurt und anderer Orten einzelne Zelte gegründet, ohne doch irgend welche Bedeutung zu erlangen. Ein ganz ähnlicher Bund, der sich von den Geadteten in Folge innerer Streitigkeiten abzweigte, war der der Gerechten, an dessen Spitze als Vorstand die Volkshalle stand und der in Hamburg eine Gemeinde hatte. Beide Vereine gingen endlich um 1840 wieder auf in dem Bunde der Deutschen, der im Vaterlande größere Verbreitung gewonnen haben soll als die früheren; wenigstens wurde behauptet, daß er in Frankfurt und Hamburg je

Die Flüchtlinge in Frankreich.

Die Geadteten und Gerechten.

5000 Genossen gezählt habe, was freilich unzweifelhaft prahlerische Uebertreibung war. Das Gefühl, daß sie im Grunde doch Nichts auszurichten im Stande seien, war allen diesen Geheimblinden gemeinsam und verlockte sie zu jedem Mittel zu greifen, das ihnen irgend welche Bedeutung zu geben versprach, auch wenn sie ihren eigenen Grundsätzen dadurch so vollständig ins Gesicht schlugen, wie etwa durch die Verbindungen, die sie mit dem vertriebenen Herzog Carl von Braunschweig oder mit dem nachmaligen Kaiser Napoleon III. anknüpften, der 1836 zur Zeit seines strasburger Attentates auf ihren Beistand rechnete. Viele kräftige und tüchtige Männer, die in gesunden staatlichen Verhältnissen den segensreichsten Antheil an den Arbeiten des Staatslebens hätten nehmen können, verzehrten in diesem Verschwörerthum ihre Kraft und gingen elend zu Grunde; mehr als einer endete wie Kauschenblatt schließlich im Irrenhause oder erlag einem langsamem Siechthume. Vielen erschwerte es die Eitelkeit, der aus der Geheimnißthuerei stets neue Nahrung erwuchs, von ihrem verkehrten Treiben Abschied zu nehmen, wenige bewahrten unter den Stürmen und Verlockungen des Flüchtlingsthums die innere Gesundheit, den frischen Muth und den freien Blick, um nach dem Umschwunge des Jahres 1848 wieder rüstig in der Heimat mitwirken zu können oder gar wie Mathy oder Rochau an der endgültigen Neugestaltung unseres Vaterlandes mit kräftiger Hand mitzuarbeiten. Die meisten blieben als Opfer der trüben Zeit und der eigenen Haltlosigkeit auf der Wahlstatt, und wenn die glücklichere Nachwelt ihrem ruhmlosen Thun und Leiden den Zoll des Dankes, den sie beanspruchten, nur spärlich zu entrichten vermag, so wird sie ihnen die traurige Spende des Mitgeföhles doch schwerlich versagen können.

Frankreich nach der Juli-Revolution.

Die französische Republikaner.

Frankreich war aber nicht bloß der Sitz fremder Revolutionäre, sondern hatte auch unter seinen eigenen Kindern eine rührige republikanische Partei, die einen nicht geringen Einfluß auf die fremden Gäste gewann. Diesen Republikanern war die Julimonarchie von Jahr zu Jahr unleidlicher geworden. Des Aufstandes, den sie anläßlich des Processes gegen Polignac und seine Collegen erregten, wurde schon gedacht. Als unmittelbar darauf ihre Gesinnungsgeoffen Lafayette, Dupont und Treilhard aus den Aemtern schieden, die sie bis dahin noch bekleidet, fühlte sich die Partei durch kein Band mehr mit dem neuen Königthum verknüpft und bekannte sich in Wort und That mit der größten Unbefangenheit zu ihrem Glauben. Darüber, daß sie der gefährlichste Gegner Louis Philipps war, bestand kein Zweifel. Der Bonapartismus machte seinen ersten Versuch erst 1836 und belud sich dabei mit dem Fluche der Lächerlichkeit. Der Bourbonismus aber spielte seine Rolle schon 1832 in höchst beschämender Weise zu Ende. Karl X. selbst fühlte keine große Neigung, den Kampf mit dem Julikönigthum aufzunehmen; er gestand es sogar

Die Legitimisten.

der Herzogin von Berry nur widerwillig zu, daß sie einen Versuch zu Gunsten ihres Sohnes Heinrichs V. wage. Denn über die bourbonenfeindliche Gesinnung der Pariser war kein Zweifel gestattet; hatten sie doch im Februar 1831 die Todtenfeier des Herzogs von Berry, zu der sich die Legitimisten in der Kirche St. Germain l'Auxerrois versammelten, in rohester Weise gestört, die Kirche verwüstet und am nächsten Tage, dem 15. Februar, den Palast des Erzbischofs geplündert. Dadurch nicht belehrt, wagten die Anhänger Heinrichs V. grade ein Jahr später eine förmliche Verschwörung, deren scheinbares Oberhaupt ein Schuster Namens Poncelet war und die man nach ihrem Ausgangspuncte die Verschwörung der Rue des Prouvaires nannte. Allein sie wurde entdeckt, und die Untersuchung ließ genugsam erkennen, daß die Häupter der Partei in sie verwickelt seien, wenn auch das hartnädige Schweigen Poncelets, der muthvoll jede Verantwortung auf sich nahm, den gerichtlichen Nachweis vereitelte. Bessere Aussichten als in der Hauptstadt schienen die Legitimisten aber in den westlichen Provinzen des Landes zu haben, besonders in der Bretagne und der Vendée, wo schon seit Monaten ein Kleinkrieg ihrer Anhänger gegen die Regierung im Gange war, der als Nachahmung der Aufstände des Revolutionszeitalters die „kleine Chouannerie“ genannt wurde. Auch im Süden waren die Bourbonen nicht ohne Freunde, und darauf baute die Herzogin von Berry ihren Plan. Nachdem sie während des Jahres 1831 erst von Genua, dann von Massa aus ihre Vorbereitungen getroffen hatte, landete sie im April 1832 nahe bei Marseille, und ihre Freunde machten den Versuch, diese Stadt zu empören. Jedoch sie fanden nicht den geringsten Anklang; einige wurden gefangen, die andern mußten fliehen, die Herzogin selbst gerieth in die größte Gefahr und konnte sich nur in Folge des günstigen Umstandes retten, daß die Polizei irthümlicher Weise eine andere Dame statt ihrer verhaftete und dies nach Paris meldete. Darauf hin wurden die Nachforschungen eingestellt, und die Herzogin konnte es wagen, mitten durch Frankreich nach der Vendée zu reisen. Dort war aber die Lust zu einer Erhebung durch die letzten Mißerfolge auch sehr gedämpft und gegen den Rath vieler treuer Anhänger, auch der pariser, die ausdrücklich Berruyer zu ihr sandten um sie zu warnen, gab die Herzogin den Befehl Anfang Juni loszuschlagen. Kleine Erfolge erhöhten nur vorübergehend die Hoffnung; bald war abermals die Flucht das Einzige, was der Fürstin übrig blieb. Und wiederum begünstigte sie ein falsches Gerücht; es hieß, sie sei bei dem Brande des Schlosses Penissière umgekommen. So konnte sie sich unter mancherlei Abenteuern nach Nantes retten; aber außer Landes zu kommen gelang ihr nicht; denn die Regierung war vorsichtig geworden und bewachte sorgfältig alle Häfen. Entdeckt wurde die Verborgene endlich durch den schnöden Verrath eines Juden, Namens Deuz, der sich Aufträge an sie zu verschaffen wußte, dadurch Zutritt fand und sodann für eine halbe Million das Haus, in dem sie war, der Regierung anzeigte. Allerdings fand man sie auch jetzt nicht gleich; sie barg sich

Die Verschwörung Poncelets.

Die kleine Chouannerie.

Die Herzogin von Berry.

in einem Versteck hinter einem Ramin und wurde erst durch das Feuer, welches man darin anzündete, herausgetrieben. Ihre Verhaftung (am 7. November) war aber für die Partei nur das kleinere Unglück; bald sollte ihre Ehre einen schweren Schlag erleiden. Während ihrer Gefangenschaft im Schlosse Blaye bei Bordeaux gab sie die Erklärung ab, daß sie zum zweiten Male verheiratet sei. Die Leidenschaftlichkeit ihrer Parteigenossen verschlimmerte das Uebel. Sie warfen der Regierung vor, diese Erklärung gefälscht zu haben. Nun blieb dem Könige Nichts weiter übrig, als die Entbindung der Herzogin abzuwarten. Als sie am 9. Mai 1833 eine Tochter gebahr, gab sie als den Vater den sicilischen Grafen Lucchesi-Palli an. Darauf wurde sie der Haft entlassen und nach Sicilien geschickt. Ihre Rolle aber war ausgespielt und damit auch die der Legitimisten. Denn die an sich schwache Partei theilte sich obendrein jetzt noch in Anhänger Karls X., Ludwigs XIX. (Angoulêmes) und Heinrichs V. Zu einem neuen Aufstand fand sie keine Kraft mehr.

Um so thätiger waren die Republikaner. Ihnen konnte die Regierung Nichts recht machen. Die Haltung derselben in der belgischen, polnischen, italienischen Frage wurde in der heftigsten Weise angegriffen. Daß der Minister Sebastiani den Fall von Warschau mit der Phrase: Die Ordnung herrscht in Warschau, mittheilen konnte, wurde ihm und der Regierung nie vergeben. Casimir Périer, der an Casittes Stelle am 13. März 1831 das Ruder ergriffen und sein System als das der richtigen Mitte hingestellt hatte, wurde Gegenstand des grimmigsten Hasses, das Stichwort juste milieu zu einer stehenden Schmähung und Verspottung des Bürgerkönigthums. Die liberalen Maßregeln im Innern, die Auflösung der conservativen Kammer im April, die Aufhebung der erblichen Pairie im October 1831, der damit verbundene Pairsschub, genügten nicht. Immer von Neuem wurden Aufstände in Paris und in den Provinzialstädten angezettelt, immer mit den allerunzulänglichsten Mitteln, so daß der Marschall Lobau im December 1831 die Revolutionäre mit Feuerspritzen auseinanderreiben konnte. Geheime und offene Gesellschaften, die früher gemäßigte Aide-toi, die der Volksfreunde, die der Ordnung und des Fortschrittes, die National-Association, die Union u. s. f. unterhielten die Gährung. Die Geschworenengerichte bewiesen eine grenzenlose Nachgiebigkeit, und wenn die Republikaner, nachdem sie mit berechneten Worten ihr Glaubensbekenntniß verteidigt hatten, von ihnen freigesprochen wurden, so erwarteten sie glänzende Ehrenbezeugungen des Volkes. Casimir Périer suchte alle diese Aeußerungen mit eiserner Faust niederzuhalten. Aber schon nach einjähriger Geschäftsführung erlag er im Mai 1832 der Cholera, die mit erschreckender Plötzlichkeit auf einem Balle im Opernhause ausbrach und bald die furchtbarsten Verheerungen anrichtete. Gleich nach ihm starb ein hervorragender Führer der Radicalen, der General Lamarque. Sein Begräbniß am 5. Juni diente als Anlaß zu einem neuen Aufstande, der gefährlicher wurde als die früheren. Doch gelang es auch jetzt dem Mutho des Königs und der Treue der Truppen, die

Casimir
Périer.

Republikanische
Aufstände
und Bünde.

Auführer zu bezwingen. Darauf begann eine heftige Reaction. Die Angeklagten wurden verfassungswidrig statt vor die Geschworenen vor ein Kriegsgericht verwiesen, die Fachschulen, deren Zöglinge sich an dem Aufruhr betheiligt hatten, aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Allerdings zog sich der König dadurch selbst eine kleine Schlappe zu. Der Cassationshof, auf welchen ein Verurtheilter sich berief, erklärte die Kriegsgerichte für ungesetzlich, und die Prozesse vor denselben mußten daher eingestellt werden. Aber auch so konnte Louis Philipp mit dem Stande seiner Angelegenheiten Ausgangs 1832 sehr wohl zufrieden sein. Die Republikaner und die Legitimisten waren gründlich besiegt und der Tod des Herzogs von Reichstadt hatte überdies am 22. Juli auch den Bonapartisten ihr bisheriges Haupt entzogen. Die Kammer war ein gefügiges Werkzeug des Königs geworden, der es nicht verschmähte, zahlreiche Mitglieder derselben durch Beförderungen, Lieferungscontracte und andre Vortheile zu bestechen. Mit ihrer Hülfe begann dann im Jahre 1833 ein förmlicher Feldzug gegen die liberalen Errungenschaften der Revolution, zu dem sich das Ministerium, an dessen Spitze seit dem 11. October 1832 Soult stand, herbeiließ, obgleich es in seiner Mitte die Häupter der altliberalen Doctrinäre, Broglie, Guizot und Thiers, den Mann der Julirevolution, hatte. Den liberalen Blättern wurde der Verkauf auf der Straße untersagt, der Bestand aller Vereine, auch der nichtpolitischen, von der Erlaubniß der Regierung abhängig gemacht und der Wirkungskreis der Geschworenengerichte eingeschränkt. Diese reactionären Maßregeln riefen noch einmal den gewaltsamen Widerstand der liberalen Parteien hervor. Lyon, das schon 1832 einen mehrtägigen Arbeiteraufstand erlebt hatte, gab das Zeichen; am 9. April 1834 begann die Empörung und wenige Tage darauf hatte sie in Paris, Luneville, Grenoble, Nîmes und in anderen Städten Nachfolge gefunden. Aber an keinem Punkte konnte sie den Sieg erringen; in Paris waren die Aufständischen schon am zweiten Tage überwunden, in Lyon hielten sie sich beinahe eine Woche; in den andern Provinzialstädten unterlagen sie fast dem ersten Angriffe der Truppen. Dieser Ausgang verlieh dem Königthum neue Stärke und führte bei den Neuwahlen, welche bald darauf stattfanden, zu einer schweren Niederlage der liberalen Parteien, die etwa 70 ihrer Sitze verloren. Die Republikaner, deren Ansehen durch den Tod Lafayette's im Mai 1834 überdies nicht unbedeutend sank, verschwanden fast ganz aus der Kammer. Im Stillen freilich erwuchs ihnen ein Bundesgenosse, dessen spätere Bedeutung noch nicht zu übersehen war, in der heimlichen, unmeßbaren Ausbreitung communisistischer und socialistischer Ideen, die von Buonarrotti, St. Simon, Fourier und ihren Schülern in den Kreisen der Handwerker und Arbeiter ausgestreut waren. Zunächst hatte die Regierung auch von dieser Seite noch Nichts zu befürchten und es gelang ihr ohne Schwierigkeit, einzelner Ausschreitungen, die schon jetzt statt fanden, Herr zu werden. Die Erbitterung, welche über diese Befestigung des Julikönigthums in den machtlosen

Die Reaction
seit 1832.

Der Aufstand
in Lyon und
Paris.

Bezwingung
der Republikaner.

Mordversuche
gegen den
König.

radicalen Parteien herrschte und die zu einem revolutionären Ausbruch nicht mehr die Mittel finden konnte, suchte sich einen anderen Ausweg und fand ihn in meuchlerischen Mordanschlägen auf die Person des Herrschers. Schon am 19. November 1832 war auf den König, als er zur Eröffnung der Kammern über den Pont royal ritt, ein Pistolenschuß abgefeuert, ohne ihn zu treffen. Damals glaubte man vielfach es nur mit einem Kunststück der Polizei zu thun zu haben und der Thäter, der sich später selbst dessen rühmte, ein junger Lehrer, Namens Bergeron, war von den Geschworenen in Ermangelung aller Beweise freigesprochen. Ungleich tiefer war der Eindruck, welchen das fürchterliche Attentat Fieschi's, eines Corsen, hervorrief. Als der König am 28. Juli 1835 mit großem Gefolge über den Boulevard du Temple ritt, um einer großen Truppenmusterung zur Feier der Julirevolution beizuwohnen, feuerte jener aus einem Hause eine HölLENmaschine auf ihn ab, die aus 100 verbundenen Flintenläufen bestand. Den König beschützte sein gewöhnliches Glück; er kam unversehrt davon; aber über 60 Personen seines Gefolges und der ihn begleitenden Menge wurden getödtet oder verwundet. Zu den ersteren zählte der greise Marschall Mortier. Der verbrecherische Urheber dieses Blutbades wurde alsbald ergriffen; außer drei Mitwissern, die ihm das Geld für seine Vorbereitungen geliefert, hatte er keine Mitschuldige. Den Häuptern der republikanischen Partei kam das Ereigniß jedenfalls unerwartet. Zwei derselben, Jakob Cavaignac und Armand Marrast, waren ganz kurz vorher der Haft entflohen, der sie als Mitschuldige an den April-aufständen verfallen waren. Sie hatten sich nicht in Paris verborgen, sondern Frankreich verlassen — ein untrüglicher Beweis dafür, daß sie den Plan Fieschi's nicht kannten. Das verhinderte die Regierung aber nicht, durch neue Beschränkungen der Freiheit die ganze Partei für den Frevel des Einzelnen büßen zu lassen. Trotz des Widerspruches, den selbst Royer Collard, der alte Führer der Doctrinäre, dagegen erhob, brachte das aus Doctrinären gebildete Ministerium seine berüchtigten Septembere Gesetze durch die Kammer. Außer gewissen Maßregeln, welche den Gang der politischen Prozesse zu beschleunigen und erleichtern bestimmt waren — die wichtigste war die Bestimmung, daß zur Verurtheilung durch die Geschworenen künftig die einfache Mehrheit, nicht zwei Drittel der Stimmen nöthig seien — wurde besonders das Recht der Presse, ihre politische Meinung frei zu äußern, wesentlich beschränkt, indem jeder Angriff gegen die Grundlagen der Regierung, jeder Wunsch nach Beseitigung des monarchischen Systems, jede Parteinahme für republikanische Ideen mit schweren Strafen bedroht wurde. Allein weder dadurch, noch durch den gerechten Lohn, welchen Fieschi und zwei seiner Gehülfen für ihren Frevel auf dem Schaffot erhielten, wurden andere verblendete Heißsporne der republikanischen Partei davon abgeschreckt, ihr Heil an demselben Wagestück zu versuchen. Der Königsmord galt ihnen, wie das nächste Opfer dieses irre leitenden Fanatismus, Alibaud, seinen Richtern erklärte, für ein gutes Recht, wenn man

Die Septem-
bergese.

Spätere
Mordversuche.

sich nicht anders helfen könne. Außer diesem Alibaud trachtete in demselben Jahre 1836 noch ein zweiter Verwegener, Meunier, nach dem Leben des Monarchen. Später versuchten Huber (1838), Darmès (17/10. 1840), Lecomte (16/4. 1846) und Henry (29/7. 1846) den Verhafteten zu tödten. Aber sie alle verfehlten ihr Ziel und büßten ihr Verbrechen mit dem Tode oder der Deportation. Zu einer förmlichen Revolution nahmen die Republikaner nur noch einmal den Anlauf, im Jahre 1839. Die Seele des Unternehmens waren drei junge Männer sehr verschiedener Art: Barbès, ein begeisteter Anhänger der socialistischen Ideen, einer wohlhabenden Familie angehörig, Blanqui, ein Verschwörer von Gewerbe, und der ehemalige Unteroffizier Bernard. Den Kern ihrer Genossen bildeten die Mitglieder einer geheimen Verbindung, der „Gesellschaft der Jahreszeiten“. Aber für sich allein zu schwach, denn sie zählten kaum 1000 weisungsfähige Männer, mußten sie auf eine schnelle Begeisterung des Volkes rechnen, wenn ihr Vorhaben Aussicht auf Erfolg bieten sollte. Statt dessen rührte sich keine Hand zu ihrer Unterstützung; in wenigen Stunden war dieser Versuch, die sociale Republik zu begründen, gescheitert und die Anstifter wanderten in die Gefängnisse, um in lebenslänglicher Haft das mißlungene Wagniß zu büßen.

Die Ver-
schwörung von
1839.

Noch ohnmächtiger als dieses Aufbäumen des Republikanismus erwiesen sich die beiden Versuche, welche der Bonapartismus zum Sturze des Julithrones unternahm. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt (Napoleons II.) betrachtete sich der Prinz Louis Napoleon, der Sohn von Napoleons Bruder Ludwig, dem ehemaligen Könige von Holland, und seiner Stieftochter Hortense Beauharnais, als den bestberechtigten Erben der bonapartistischen Ansprüche, obgleich nicht bloß sein Vater, sondern auch die sämtlichen Brüder des Kaisers, von denen Joseph und Lucien älter waren als Ludwig, noch lebten. Im Jahre 1808 geboren, hatte der Prinz seine Erziehung in Deutschland erhalten, 1831 mit seinem älteren Bruder Napoleon Louis, welcher dabei einer Krankheit erlag, an dem italienischen Aufstande Theil genommen und darauf bei seiner Mutter Hortense auf dem kleinen Gute Arenenberg am Bodensee gelebt. Von dort aus knüpfte er einige Beziehungen mit unzufriedenen französischen Offizieren an; Zusammenkünfte in Baden-Baden dienten dazu, eine förmliche Verschwörung ins Leben zu rufen, und so gering die Hülfsmittel waren, über welche der Prinz verfügen konnte, so ließ ihm sein Ehrgeiz doch keine Ruhe, so lange er nicht das Abenteuer gewagt. Am 29. October 1836 erschien er zum großen Schreck seiner Mitwisser, denen die Sache noch keineswegs reif zu sein schien, in Straßburg. Der angesehenste Offizier, den er für sich gewonnen, war Baudrey, Oberst des 4. Artillerie-Regimentes; die lebhafteste Thätigkeit zu seinen Gunsten entfaltete der Unteroffizier Persigny; Alles in Allem waren 15—20 Personen eingeweiht. Am 30. October früh 5 Uhr trat der Prinz in der Uniform des Kaisers vor die Front des Baudrey'schen Regimentes. Anreden, die er und der Oberst an die Soldaten richteten, wurden mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser erwidert;

Der Bonapar-
tismus.

Louis Napo-
leon.

Das Straß-
burger Attentat.

auch die Verhaftung des Commandanten Voirel und des Präfecten gelang vollkommen; allein aus der Mitte der Bevölkerung ertönte kein Zuruf, als der Prinz mit seinem Regimente die Straßen durchzog, und die Infanterie in der Finkmatt-Caserne machte dem ganzen Anschlag ein jähes Ende, indem sie den Prätendenten, der mit den Artilleristen zu ihnen kam, um sie zum Anschluß aufzufordern, kurz entschlossen gefangen nahm. Eine kurze Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie und der ganze Putz war vorbei. Die Regierung glaubte am klügsten zu thun, wenn sie die Sache, soweit sie den Prinzen betraf, als eine Kinderei behandle. Ohne ein gerichtliches Verfahren gegen ihn einzuleiten, ließ sie ihn unter Polizeibedeckung nach Cherbourg bringen und dort nach Amerika einschiffen. Der leichtsinnige Attentäter zeigte sich zwar anfänglich über diese gering-schätzig Behandlung etwas verdrossen, sprach aber doch dem König brieflich seinen Dank aus und bat auch für seine Mitschuldigen um Verzeihung. Die zu gewähren lag nun allerdings nicht entfernt in der Absicht der Regierung; aber die öffentliche Meinung stimmte in diesem Punkte dem Prinzen bei; wenn der Hauptschuldige straflos ausginge, so hieß es, dann dürfe man auch seine Gehülfen nicht verurtheilen. Die strasburger Geschworenen, vor deren Gerichtshof die Anklage erhoben werden mußte, sprachen demgemäß alle Angeklagten zum großen Aerger der Regierung frei. Aber das war nicht der einzige Verdruß, welchen der König sich durch seine unzeitige Milde bereitete. Schon im nächsten Jahre kehrte der Prinz Napoleon aus Amerika nach Europa zurück und nahm wie früher als schweizer Bürger seinen Wohnsitz in Arenenberg. Nun verlangte Louis Philipp seine Ausweisung und drohte sie mit Waffengewalt zu erzwingen; 25,000 Mann wurden an der schweizer Grenze zusammengezogen. Wollte der Prinz seinem zweiten Vaterlande nicht die Wahl zwischen einer schmachvollen Nachgiebigkeit und einem gefährlichen Kriege stellen, so mußte er freiwillig seinen Zufluchtsort verlassen. Er begab sich also nach England. Dort lebte er einige Jahre, getheilt zwischen politischen Studien und sorglosen Zerstreuungen. Die „napoleonischen Ideen“, welche er veröffentlichte, sollten den Beweis liefern, daß er den demokratischen Forderungen der Zeit gerecht zu werden verstehe. Glaubte er dadurch schon manche Mißstimmung gegen sich beseitigt zu haben, so schien das Jahr 1840 seinen Plänen noch kräftigere Förderung zu bringen. Das Ministerium Thiers hatte den König bewogen, von England die Erlaubniß zu erbitten, die Gebeine des Kaisers Napoleon von St. Helena nach Frankreich hinüberzuführen zu dürfen, damit sie dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen gemäß an den Ufern der Seine inmitten des Volkes, das er so sehr geliebt, bestattet würden. England hatte diese Erlaubniß bereitwillig ertheilt, in Frankreich wurde der Gedanke mit der größten Begeisterung aufgenommen und steigerte die bonapartistischen Neigungen zu einer ungewöhnlichen Höhe. Zwischen dem Beschluß der Regierung und der Ausführung des Planes verstrich natürlich geraume Zeit. Erst gegen Ende des Jahres kehrte des Königs Sohn, der Prinz von

Napoleon
nach Amerika,

nach der
Schweiz,

nach England.

Die Ueberfüh-
rung der Leiche
Napoleons I.

Joinville, auf der Fregatte Belle Poule mit den Gebeinen des Kaisers zurück und am 15. December erfolgte die feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden. Damals war die jubelnde Beistimmung, welche der erste Gedanke erregt, schon gewaltig abgekühlt; aber die freudige Aufnahme, welche er beim ersten Auftreten gefunden, konnte bei dem Reffen des Kaisers wohl den süßen Glauben erwecken, die Julimonarchie habe durch diesen Schritt den Teufel an die Wand gemalt, und er müsse den ausgestreckten Finger schleunigst ergreifen. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die kriegerische Begeisterung des Volkes, der ungestüme Ruf nach der Rheingrenze, wozu die orientalische Krisis eben damals den Anlaß gegeben hatte, wie später ausführlicher erzählt werden soll, ließen die Gelegenheit noch losender erscheinen. Kurz der Prinz entschloß sich zu einem neuen Abenteuer. Am 6. August 1840 landete er in Begleitung Montholons, der seines Oheims treuer Gefährte auf Helena gewesen war, Vaudreys, Persigny's und anderer Genossen straßburger Angedenkens eine Stunde von Boulogne. Bald nach Tagesanbruch befand er sich in der Stadt, in der Caserne des 42. Linienregimentes. Ein Leutnant in demselben, Aldenize, war eingeweiht; aber seine Bemühungen, die Soldaten zu gewinnen, blieben erfolglos; kaum entgingen die Verschworenen der Verhaftung. Als auch der Versuch, in der Stadt Anhänger zu werben, mißglückte, zog das Häuflein sich nach seinem Landungsplatze zurück; aber schon waren ihm die Verfolger auf den Fersen. Das Boot, in welchem man nach dem Dampfer, auf dem die Ueberfahrt bewirkt war, zurückkehren wollte, schlug um und triefend von Seewasser wurden die Attentäter herausgezogen und ins Gefängniß abgeführt. Auf dem Dampfer fand man außer einem Adler, der sich vermuthlich von einem Kirchturm zum andern bis zur Notre-Dame hatte schwingen sollen, auch Aufrufe und andere Actenstücke, aus denen sich ergab, daß der Prinz zunächst eine provisorische Regierung einzusetzen beabsichtigte, an deren Spitze der damalige Ministerpräsident Louis Philipps, Thiers, treten sollte, und daß er dann, des Ausganges sicher, das französische Volk durch eine allgemeine Abstimmung über seine künftige Regierungsform entscheiden lassen wollte. Die Gleichgültigkeit, mit welcher Frankreich sein Schicksal sich weiter entwickeln sah, mußte ihm zeigen, daß seine Pläne abermals verfrüht an das Tageslicht getreten waren. Vagnadigung durfte er diesmal nicht hoffen. Ein öffentliches Bittgesuch seines Vaters blieb ohne Erfolg, obgleich es für die That den Mangel an gesundem Menschenverstande, welchen ihr Urheber bewiesen, als Milderungsgrund geltend zu machen suchte. Der Pairshof erkannte auf lebenslängliche Festungshaft, und der Prinz trat diese im October in dem Schlosse Ham in demselben Zimmer an, das Polignac bewohnt hatte. Seiner Genossen harrete die gleiche oder eine ähnliche Strafe.

Louis Philipp konnte nach dem allem am zehnten Jahrestage seiner Thronbesteigung sich sagen, daß keine der feindlichen Parteien, wie viel sie auch versucht hatten ihn zu stürzen, Kraft genug zu einem erfolgreichen Schlage besitze. Aber daß sein eigenes Regiment den

Die Landung
in Boulogne.

Gefangens-
schaft in Ham.

Unbeliebigkeit
des Königs
und der Re-
gierung.

Beifall und die Zustimmung der Franzosen erworben, konnte er sich nicht sagen. Das strenge System, das er im Inneren durchführte, erbitterte von Jahr zu Jahr mehr und drängte die Frage auf, was man denn eigentlich durch die Revolution gewonnen habe. Die Beliebtheit, welche der König Anfangs unleugbar besaß, erlosch zusehends. Zahlreiche Gelegenheiten boten sich seinen Feinden, um die Volksstimme gegen ihn aufzuregen. Besonders seine Geldgier, die unbezwinglich und unbelehrbar schien, gewährte einen erwünschten Angriffspunct. Daß der König, welcher zu den reichsten Fürsten gehörte, bei jeder Vermählung eines seiner Kinder neue Zuschüsse von der Kammer verlangte und, wenn diese trotz ihrer üblichen Gefügigkeit sie doch einmal verweigerte, dasselbe Verlangen unermüdlich wiederholte, schuf ihm schweren Schaden. Noch bedenklicher aber war für ihn der persönliche Antheil, welchen er an der Regierung nahm. Die Ministerien kamen und gingen, aber die Politik blieb dieselbe. Denn die Minister waren in der That nur die Puppen des Königs, der sie so lange behielt, wie sie seinen Willen thaten, seinen unveränderlichen Gedanken, die *pensée immuable*, auszuführen bereit waren. Seit Casimir Périers Tode im Jahre 1832 hatte kaum je ein Ministerium den König gegen seine vorgefaßte Meinung zu einem Entschlusse zu bestimmen vermocht, und die Kammer hatte sich regelmäßig vor dem höheren Willen gebeugt. Daran war nicht allein der Umstand Schuld, daß die unbedingt orleanistische Partei Dank der vielfach geübten Bestechung an sich schon fast immer die Mehrheit zählte, sondern nicht weniger die persönlichen Gelüste, welche die Haltung der zahlreichen Parteien zu bestimmen pflegten. Außer der äußersten Rechten, den Legitimisten, und der radicalen Linken, den Republikanern, konnten auch die gemäßigten und die dynastische Linke, von denen jene Lafitte, Arago, Clauzel, diese Odilon Barrot zu Führern hatte, insofern als unabhängig betrachtet werden, als keine von ihnen Aussicht hatte, die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Das linke und das rechte Centrum dagegen und die Mittelpartei, welche zwischen den beiden Centren Platz nahm, der sogenannte *tiers-parti*, rangen beständig mit einander um die Leitung der Geschäfte, und ihre Führer, die Guizot, Molé, Thiers, verbanden und trennten sich, je nachdem es galt, den einen oder den andern durch Verbindung mit dem dritten zu stürzen. Den leitenden Platz in seinem jeweiligen Ministerium liebte der König aber nicht einem Manne zu geben, der durch seine Beredtsamkeit Einfluß in der Kammer besaß, sondern lieber einem Soult, Mortier, Bassano, Montebello, kurz einem Militär, der den eigentlich politischen Aufgaben ferne stand. Am liebsten hätte er wohl gar keinen Premier gehabt, wie in den Monaten nach Casimir Périers Tode, wo er selbst ein halbes Jahr lang den Vorsitz führte. Das Cabinet vom 11. October 1832, dem Soult präsidierte, vereinigte in seiner Mitte Guizot, Thiers, Broglie, also Männer verschiedener Schattirungen. Broglie war dem Könige am unangenehmsten; er mußte schon 1834 ausscheiden; auch einige andere unbedeutendere Personen wurden gewechselt; im Uebrigen aber hielt sich jenes Cabinet

Die Kammer.

Die Ministerien.

Das Cabinet vom 11. October 1832.

Dank seiner festen Stellung in der Kammer und Dank seiner Geschmeidigkeit über drei Jahre, obgleich es seinen Präsidenten mehrfach änderte; auf Soult folgte Gérard, auf Gérard nach einem zweitägigen Ministerium Bassano der alte Marschall Mortier, auf Mortier der wieder eingetretene Broglie. Erst im Februar 1836 erlag es den Intriguen der Mittelpartei, zu deren Werkzeug sich Thiers aus Ehrgeiz hergab. Er verschaffte sich dadurch am 22. Februar für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrathe. Aber schon am 6. September mußte er einem Cabinet Molé-Guizot weichen, das nach wieder einem halben Jahre im April 1837 durch Guizots und seiner Anhänger Austritt eine wesentliche Umgestaltung erfuhr. Mit dieser neuen Zusammensetzung war der König sehr wohl zufrieden, da sie seinem persönlichen Willen keinen Widerstand entgegensetzte. Eben deshalb aber wurde sie von den liberalen Parteien in der Kammer heftig angefochten; Thiers brachte die Forderung des parlamentarischen Regiments in ein faßliches Schlagwort: *Le roi règne, mais il ne gouverne pas*. Die dynastische Linke schloß sich dieser Opposition gern an, und auch die Doctrinäre auf der Rechten hatten Nichts dawider einzuwenden, in der Hoffnung, ihre Häupter Guizot und Broglie wieder ans Ruder zu bringen. So entstand das Bündniß der beiden Centren und der dynastischen Linken gegen das Ministerium der Mittelpartei, und da sich die Extremen jedem Schritt gegen die Zulimonarchie bereitwillig angeschlossen, so enthielt die Adresse, mit welcher im Januar 1839 die Thronrede beantwortet wurde, eine scharfe Verurtheilung des Cabinettes Molé. Aber wider alles Erwarten war die Folge dieses zwölfstägigen Redeturniers nicht der Rücktritt der Angegriffenen, sondern die Auflösung der Kammer. Erst als die Neuwahlen einen völlig zweifellosen Sieg der verbundenen Parteien ergeben hatten, fügte sich Louis Philipp und entließ Molé am 8. März 1839. Damit war aber zugleich auch das Bündniß gesprengt, denn nur in der Verneinung, nicht in den Zielen waren die Parteien einig. Aus einer dreiwöchentlichen Krisis ging am 1. April ein ganz farbloses Ministerium Montebello hervor, so recht, wie Louis Philipp es wünschte. Wenn irgend wer bei dem Tausche an Einfluß verlor, so war er es gewiß nicht. Gleichwohl hatte auch diese Bildung keine Dauer. Die socialistischen Unruhen, die Barbès am 12. Mai erregte, gaben ihr den Todesstoß. Und nun griff der König wieder zu Soult, dessen Fügsamkeit er von 1832—34 hinreichend erprobt hatte. Fast ein Jahr lang erhielt er ihn auf seinem Posten; da aber versetzte die Kammer ihm einen Streich, der ihn sehr empfindlich traf. Sie verweigerte dem Ministerium eine Ausstattung für den Herzog von Nemours. Das beehrte den König, wie gefährlich es sei, sich alle Parteien dadurch zu Feinden zu machen, daß er keiner die Leitung der Geschäfte voll und ganz anvertraue. Er entschloß sich also wieder einmal zu einem Parteiministerium, an dessen Spitze am 1. März 1840 Thiers trat und dem es vorbehalten war, Frankreich und sein Herrscherhaus in die gefährlichste Verwickelung zu bringen, die seit 1830 eingetreten war. Auch als er vier Jahre

Thiers.

Molé-Guizot.
Molé.

Montebello.

Soult.

Thiers.

früher für einige Monate die französische Politik geleitet hatte, waren die auswärtigen Angelegenheiten, deren Pflege er sich mit besonderem Eifer widmete, es gewesen, die seinen Sturz herbeigeführt. 1840 war der Ausgang kein anderer. Diesmal erlag er der orientalischen, das erste Mal der spanischen Frage, d. h. den beiden wichtigsten diplomatischen Verwicklungen der dreißiger Jahre. Beide in ihrem Zusammenhange darzustellen, wird deshalb unsere nächste Aufgabe sein.

Dom Miguel und Don Carlos.

Portugal.

Die spanischen Wirren aber standen in enger Verbindung mit den portugiesischen. Dom Pedro von Brasilien hatte bei seines Vaters Tode, wie früher erzählt, sein Nachfolgerecht in Portugal auf seine siebenjährige Tochter Donna Maria da Gloria übertragen, für die als Vormund und Regent Dom Miguel die Herrschaft führen sollte, sobald er eine Verfassung, die Dom Pedro dem Lande gab, anerkannt und die angebotene Hand seiner Nichte angenommen habe. Bis dahin stand die Regentschaft der Infantin Maria Isabella, Johannis VI. Tochter, zu. Kaum aber hatte diese die Verfassung in Kraft gesetzt, als die absolutistische Partei dagegen die Waffen erhob und, von Spanien aus unterstützt, sich für das Königthum Dom MIGUELS erklärte, der immer noch außer Landes war. Der Aufstand wurde so gefährlich, daß die Regentin ohne fremde Hülfe ihn nicht bezwingen konnte; sie wandte sich deshalb an England und Canning zögerte keinen Augenblick, ihr zu willfahren. In mächtiger Rede kündete er am 12. December 1826 dem Unterhause den festen Entschluß an, die Freiheit Portugals zu schützen; er hasche nicht nach Gelegenheiten, Englands Macht zu zeigen und trage kein Verlangen, aus der Neutralität herauszutreten; aber der Förderung, welche Spanien den absolutistischen Europäern angedeihen lasse, müsse England durch entschlossenes Eintreten für die Sache der Freiheit antworten, und die Männer des Rückschritts in ganz Europa möchten nicht vergessen, daß, wenn ein großer Krieg daraus entstehe, die britische Macht ein starker Rückhalt für alle Geknechteten und Unzufriedenen sein werde. Als solchen erwies sie sich in Portugal auf der Stelle. Die Landung eines englischen Heeres unter Clinton genügte, um die Aufständischen nach einem kurzen Kampfe mit den Truppen der Regentin zum Rückzug nach Spanien zu veranlassen. Dom Miguel sagte sich von ihnen los, nahm die Verfassung und die Braut an, kehrte im Februar 1822 über London nach Portugal zurück und trat, nachdem er den Eid der Treue geleistet, die Regentschaft an. Aber schon, daß er sich sogleich mit einem absolutistischen Ministerium umgab, die Kammern auflöste und eine Commission zur Berathung über Verfassungsänderungen einsetzte, war ein schlimmes Anzeichen für seine weiteren Pläne. Der verderbliche Einfluß, den seine ränkesüchtige Mutter Carlota bereits früher auf ihn geübt, trat wieder in volle Kraft; mit ihr theilte sich die Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Beichtvater des

Aufstand für
Dom Miguel.

Dom Miguel
Regent.

Regenten, der Vater Mazedo, in die Herrschaft über ihn. Bald wurde es deutlich erkennbar, daß man das Volk gegen die liberale Verfassung und gegen die junge Königin Maria, die übrigens noch in Brasilien weilte, aufhetzte. Wenn Dom Pedro, so lange er Kaiser von Brasilien war, nicht König von Portugal werden durfte, so habe er, behaupteten die Miguelisten, auch keine Befugniß, dieses sein ruhendes Recht seiner Tochter abzutreten; es müsse vielmehr der Nächstberechtigte — und das war Dom Miguel — in seine Stelle eintreten; noch weniger könne man dem Kaiser von Brasilien die Befugniß einräumen, wie Pedro es gethan, Portugal eine Verfassung zu ertheilen. Aber andererseits hatte freilich Miguel diese Verfassung bereits beschworen und hatte Donna Maria anerkannt, somit auf seine Ansprüche verzichtet und die Pflicht übernommen, für die Erhaltung der neuen Ordnung einzutreten. Nur vermitteltst eines Eidbruches konnte er seine eigenen Rechte von Neuem verfolgen. Um diesen Eidbruch zu rechtfertigen, wurde nun von der Geistlichkeit im ganzen Lande eine Agitation gegen die bestehende Ordnung angefacht und zahlreiche Adressen an den Regenten erlassen, um von ihm die Auflösung der Cortes und die Einberufung der alten Stände zu fordern. Dom Miguel ließ sich nicht lange bitten. Am 3. Mai 1828 rief er die Cortes von Lamego wieder zusammen und wurde von ihnen am 23. Juni als König ausgerufen. Nun folgte ein Schreckensregiment entseßlichster Art, um die pedristische Partei unschädlich zu machen. Mit Hülfe des stehenden Heeres, das ihm ergeben war, und einer Polizei, die 6000 Köpfe zählte und von dem energischen Tellez Jordao geleitet wurde, unterdrückte der neue König jeden Widerstand. Die Gefängnisse füllten sich und überfüllten sich; am Ende des Jahres umschlossen sie 15.000 politische Opfer. Es war mehr Platz nöthig. Tödten! tödten! nach Afrika schiden! war die Antwort des Wütherichs. Den Anhängern der Königin Maria blieb keine Wahl als die Flucht. Ein Versuch der Empörung scheiterte, weil die Führer, Palmella, Saldanha u. A., nicht rechtzeitig aus England eintrafen. Die Aufständischen wurden über die spanische Grenze gedrängt und auf französische Fürsprache nach England gebracht. Andere begaben sich nach Terceira, der größten von den Azoren, deren Gouverneur, Cabreira, fest zu Dom Pedro hielt. Allmählich trafen dort auch die Flüchtlinge ein, welche sich nach England gerettet hatten. Das Ministerium Wellington suchte ihnen freilich die Ueberfahrt in jeder Weise zu erschweren. Ohne Miguel als König anzuerkennen, erwies es ihm gleichwohl die größten Dienste. Als Donna Maria Ende 1828 von Brasilien herüberkam, unfundig noch dessen, was mittlerweile in Lissabon sich zugetragen, fand sie in London, wohin sie sich begab, beim Könige zwar eine sehr freundliche Aufnahme, aber beim Ministerium nicht die leiseste Unterstützung, und kehrte deshalb schnell nach Brasilien zurück. Ja, als Saldanha Anfang Januar 1829 mit einigen hundert Leuten sich nach Terceira einschiffen wollte, verbot ihm Wellington das nicht allein in herrischer Weise, sondern schickte, als es doch geschah, zwei Fregatten nach den Azoren, welche die Landung

Sein Ver-
fassungbruch.

Empörungen.

Streit mit
England und
Frankreich.

dort mit Gewalt verhinderten; Miguels amtliche Zeitung konnte mit Recht verkünden: Englands Betragen sei über alles Lob erhaben. Und da auch die Regierung Karls X. und die Cabinette der Ostmächte dem absolutistischen Königthume Miguels sehr geneigt waren, so durfte dieser mit seiner Lage wohl zufrieden sein, obgleich die förmliche Anerkennung seines Rechtes nur von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, von Spanien und dem Papste erfolgte. Aber die Julirevolution und der Sturz des Toryministeriums in England änderte die Sachlage, und Miguel war nicht geschmeidig genug, um dem Rechnung zu tragen. Vielmehr gab er durch Willkürmaßregeln, die er gegen die Personen und das Vermögen englischer und französischer Unterthanen verhängte, zunächst zu diplomatischen Verhandlungen, dann zum bewaffneten Einschreiten der beiden Mächte Anlaß. Für die liberale Partei war schon der Umstand ermuthigend, daß bei dieser Gelegenheit weder das pariser noch das londoner Cabinet den Usurpator als König behandelte; jenes bezeichnete ihn als Prinzregenten, dieses gar nur als factischen Beherrscher des Landes. Noch demüthigender aber war der Ausgang der beiden Conflicte. Die englische Flotte erzwang im Mai die Freilassung der verhafteten Britten, die Absetzung der schuldigen Beamten, eine reichliche Geldentschädigung und die Veröffentlichung dieser Bedingungen in der amtlichen Zeitung; der französische Admiral Roussin erreichte im Juli nicht allein ähnliche Zugeständnisse, sondern führte auch die portugiesische Flotte, welche er überrumpelt hatte, nach Brest ab. Seinen Grimm über diese Niederlagen konnte Miguel im nächsten Monat an seinen eigenen Unterthanen fühlen; in Lissabon und Oporto kam es zu Aufständen, die beinahe hundert Offiziere und Bürger mit dem Tode büßen mußten. Aber sie waren nur das Vorpiel zu einer größeren Unternehmung gewesen. Dom Pedro entschloß sich, persönlich für das Recht seiner Tochter einzutreten. Conflicte mit der liberalen Partei in Brasilien bewogen ihn, die Kaiserkrone seinem sechsjährigen Sohne Pedro II. zu übertragen; dann schiffte er sich nach Europa ein, erschien als Herzog von Braganza im Juli und August 1831 zu Paris und London, erfreute sich der günstigsten Aufnahme und begann ernstliche Rüstungen und Geldoperationen behufs der Eroberung Portugals.

Dom Pedro
nach Europa.

Dom Pedros
Siege.

Zum Ausgangspunct seiner Unternehmung erkor er natürlich Terceira. Dort wurde bis zum Sommer 1832 erworben, gerüstet und einercirt, so daß die Landung am 7. Juli mit einem Heere von 12,000 Mann versucht werden konnte. Der erste Schritt war ein großer Erfolg: Oporto fiel ohne Widerstand in Pedros Gewalt. Aber damit schien sein Glück auch zu Ende zu sein; es gelang ihm nicht, über das Weichbild der Stadt hinaus festen Fuß zu fassen. Im September erschien dann sogar Miguel mit großer Uebermacht vor den Mauern der Stadt und begann die Belagerung. Doch war das Glück ihm nicht günstiger; der Krieg schien sich auf diesem einen Schauplatz festsetzen und verewigen zu wollen. Beide Brüder verstärkten immerfort ihre Heere; Pedro vorzugsweise durch Ausländer,

die seawärts zu ihm stießen. Denn Miguel war allgemach der Abscheu der Liberalen in aller Herren Länder geworden; ihn stürzen zu helfen, schien ein ruhmvolles Unternehmen im Dienste der Freiheit. Dieser Zerstörer verfassungsmäßiger Freiheit, dieser Meineidige, dieser treulose Usurpator, dieser Unterjocher seines Vaterlandes, dieser Verächter des Völkerrechts, dieser Verlezer des Privatrechts, dieser Mensch, der einem hilf- und wehrlosen Weibe nach dem Leben trachtet — so donnerte Lord Palmerston im Unterhause gegen ihn —, mußte gestürzt werden. Unter den Ankömmlingen befand sich der englische Capitän Charles Napier. Ihm und dem Herzog von Terceira gelang es endlich im Juli 1833, fast ein Jahr nach Pedro's Landung, dem Kriege eine andere Wendung zu geben. Sie schifften sich mit einigen Tausenden nach Algarbien ein, der südlichsten Provinz Portugals, die nur schwach von Miguel besetzt und ihm wenig geneigt war. Terceira landete, fand über Erwarten Beistand und rückte kühn auf Lissabon los. Ebendahin steuerte Napier mit seiner Flotte. Auf der Höhe von Cap St. Vicente stieß er auf die Schiffe Dom Miguel's und brachte ihnen am 5. Juli eine vernichtende Niederlage bei. Nicht minder glücklich war Terceira zu Lande; er schlug Vellez Jordao, der seinen Vormarsch auf Lissabon hindern wollte, und erzwang mit Napier zusammen am 24. Juli die Räumung der Hauptstadt, in die Dom Pedro vier Tage später triumphirend einzog.

Aber zu Ende war der Kampf auch jetzt noch nicht. Längst hatte sich Europa gewöhnt, den Streit der beiden Brüder als den Streit der beiden weltbewegenden Principien anzusehen. Wie der Liberalismus Dom Pedro zu Hülfe eilte, so trat die Reaction für Miguel ein. Seine Reihen verstärkten sich durch französische Legitimisten und spanische Rücksritzmänner. Den Oberbefehl über seine Truppen führte der Marschall Bourmont. Aber auch ihm war kein Ruhm auf diesen Schlachtfeldern beschieden: nach einem letzten unglücklichen Sturm auf Oporto mußte er die Belagerung dieser Stadt aufgeben, nach einem mißlungenen Angriff auf Lissabon sein Commando niederlegen.

Da schien ein längst erwartetes Ereigniß in Spanien neue Aus-
sichten für Miguel's Sache zu erwecken und die ganze pyrenäische Halbinsel in den Krieg hineinziehen zu müssen. Am 29. September 1833 starb König Ferdinand VII. und zu dem portugiesischen Erbfolgekrieg gesellte sich ein spanischer. Seit langen Jahren hatte man sich gewöhnt, als Thronfolger in Spanien den Bruder des Monarchen, Don Carlos, das Haupt der Apostolischen, der ultrareactionären Priesterpartei, zu betrachten; denn drei Ehen des Königs waren kinderlos geblieben. Da vermählte er sich im December 1829, kaum ein halbes Jahr nach dem Tode seiner letzten Gemahlin, zum vierten Male mit der Prinzessin Marie Christine von Neapel und erließ wenige Monate später, am 29. März 1830, ein Gesetz, die pragma-
tische Sanction genannt, durch welches er auf ihr Andringen die bisherige Thronfolgeordnung von 1713, welche dem Mannesstamme allein Erbberechtigung zusprach, aufhob und das alte castilianische

Spanien.

Die pragmat-
tische Sanc-
tion.

Nachfolgerecht der Töchter wieder in Kraft setzte. Ueber seine Berechtigung zu diesem Schritte konnte man zweifelhaft sein; dafür und dawider ließen sich hörbare Gründe anführen. Um so leichter bemächtigten sich die Parteien der streitigen Frage, die für Spaniens weitere Entwicklung von größtem Einfluß werden mußte, wenn durch die Geburt einer Tochter das neue Gesetz zur Anwendung kam. Wirklich wurde dem Königspaar am 10. October 1830 die erste, und fünf Vierteljahre später eine zweite Tochter geboren, jene Isabella, diese Louise genannt. Gelang es jetzt der apostolischen Partei nicht, die Aufhebung der pragmatischen Sanction vom Könige zu erreichen, so nahte ihr Einfluß sich mit schnellen Schritten seinem Ende. Denn bei dem nicht fernen Tode des durch und durch siechen Ferdinand fiel die Regentschaft an Marie Christine, die in den Apostolischen die Freunde des Don Carlos, die Feinde ihrer Tochter, erblickte und daher, wie selbstverständlich schien, Anlehnung an die Liberalen suchen mußte. An Bemühungen, den Willen des Königs umzuwandern, fehlte es daher nicht, und die Umstände begünstigten solche Bestrebungen.

Empörungen. Im Herbst des Jahres 1830 brachen in Navarra und Andalusien Empörungen aus, die den König um so mehr schreckten, als im Norden der gefürchtete Mina an der Spitze stand, der von der französischen Regierung geradezu ermuthigt wurde. Allerdings gelang es leichter, als man hoffen mochte, die Aufstände niederzuschlagen. Louis Philipp ließ Mina fallen, als Ferdinand sich bereit erklärte, das Zülukönigthum anzuerkennen, und die Uneinigkeit der Rebellen beschleunigte ihren Untergang. Aber obgleich nun jede Gefahr beseitigt war, bewirkten diese Ereignisse doch, daß sowohl Ferdinand als sein gänzlich characterloser Minister Calomarde sich den Apostolischen wieder näherten. Eine schwere Krankheit, in welche der König im September 1832 fiel und die täglich seinen Tod erwarten ließ, rückte die Stunde der Entscheidung nahe heran. Marie Christine sah ihr mit Angst entgegen. Von Seiten der Carlisten war kein Mittel verschmäht worden, um sie beim Volke in schlechten Ruf zu bringen, und wenigstens die Anklagen der Vergnügungssucht und der Verschwendung waren vollauf begründet. Beispielsweise hatte der königliche Hof im Jahre 1832 nicht weniger als 200 Millionen Realen, d. h. den vierten Theil der Gesamtausgaben und viermal so viel, wie für ihn ausgeworfen war, verbraucht. Die Königin, der allein die Schuld daran beizumessen war, fühlte sich einem Kampfe mit den Carlisten für den Fall, daß ihr Gemahl jetzt sterben sollte, nicht gewachsen. Ein Versuch, sich mit Don Carlos zu verständigen, scheiterte; er lehnte die Hand der Infantin Isabella, die ihm für seinen ältesten Sohn geboten wurde, wenn er die pragmatische Sanction anerkennen wolle, ab, und beharrte unveränderlich auf seinem Standpunkte: so lange der König lebe, werde er diesem treu bleiben; nach dessen Tode aber sei er König. Unter diesen Umständen verlor Marie Christine den Muth; sie bat den todtkranken König selbst um die Aufhebung der pragmatischen Sanction, und dieser willigte am 18. September ein. Wider alles Erwarten aber besserte sich plötzlich das Befinden des

Anschläge der
Carlisten.

Aufhebung der
Sanction.

Monarchen und Ende des Monats war jede Gefahr vorbei. Sofort schlug die Königin wieder einen anderen Ton an; alle Verantwortlichkeit für das Vorgefallene wurde auf Calomarde und die Gegenpartei geschoben; der König war durch die Art, wie man seine Unzurechnungsfähigkeit benutzte, verletzt und seiner Gemahlin für die treue persönliche Pflege, die sie ihm erwiesen, dankbar; kurz schon am 1. October entließ er Calomarde und ernannte Marie Christine zur Regentin. Ehe sie nach einem Vierteljahr diese Würde niederlegte, wurde der Widerruf vom 18. September feierlich zurückgenommen und die weibliche Erbfolge aufs Neue hergestellt. Die liberalen Maßregeln, welche den Anfang der Regentschaft bezeichnet hatten, blieben aber völlig vereinzelt. Der neue Ministerpräsident Zea Bermudez nährte die sonderbare Hoffnung, durch eine conservative Politik den Beifall der Ostmächte, die sich unumwunden für Don Carlos ausgesprochen hatten, in solchem Maße gewinnen zu können, daß sie endlich doch sich für Isabella erklären würden; um die Westmächte aber glaubte er sich nicht kümmern zu brauchen, da sie im eigenen Interesse Gegner der Apostolischen sein müßten. So entfremdete er sich beide Parteien im Auslande wie in Spanien. Schon erreichte der Gegensatz eine solche Höhe, daß in den Provinzen bewaffnete Erhebungen für den Prinzen gewagt wurden. Auch Don Carlos selbst konnte seine bisherige Stellung nicht behaupten; als seine Schwägerin und eifrige Parteigängerin, die Prinzessin von Beira, eine Schwester Dom Miguel's, im März 1833 nach Portugal ausgewiesen wurde, erbat und erhielt er die Erlaubniß, ihr zu folgen. Wenige Monate später erließ er von dort einen feierlichen Protest gegen die Huldigung, welche von den Cortes, die zu diesem Zwecke berufen wurden, der künftigen Königin im Voraus geleistet werden sollte. Eine Correspondenz mit seinem Bruder, die mit den liebevollsten Versicherungen der Anhänglichkeit begann, nahm allmählich einen äußerst gereizten Character an, und dem Befehle, Portugal zu verlassen und nach Rom zu gehen, setzte er offenen Widerstand entgegen. Seine Sache war mit der Dom Miguel's jetzt untrennbar verwachsen; für sich wollte er, so lange sein Bruder lebte, bei seiner strengen Legalität nichts thun; aber er förderte die Bemühungen des portugiesischen Prätendenten in der Erwartung, daß dieser dafür später auch ihm zur Erlangung des Thrones behülflich sein werde. Um so seltsamer war es, daß Zea Bermudez nicht allein fortfuhr, im Namen Spaniens eben diesen Miguel als den berechtigten König des Nachbarstaates anzuerkennen, sondern ihn sogar heimlich mit Kanonen und Kriegsvorräthen unterstützte.

So lagen die Dinge, als Ferdinand VII. starb. Als bald erhoben sich in fast allen Theilen Spaniens, besonders aber in den baskischen Provinzen, die Anhänger Karls V. wider die Christinos, die Verteidiger der Regentschaft der Marie Christine. Ueberall fast hatten sie in den s. g. königlichen Freiwilligen, einer Miliz, die unter dem Einflusse der Geistlichkeit stand, organisirte Truppen zu ihrer Verfügung; dennoch scheiterten die meisten Erhebungen an der eigenen

Erneuerung
derselben.

Zea Bermu-
dez.

Don Carlos
nach Portugal.

Carlsten und
Christinos.

Unordnung, an dem Widerstande des liberalen Bürgerthums und zum Theil auch an der Energie der Militärbehörden. Am bedrohlichsten war die Bewegung in Alcastilien, von wo der aus den Franzosenkriegen berühmte Vater Merino mit 11,000 Mann gegen Madrid heranzog. Wenn ein stetiger Plan seine Marsche lenkt, wenn eine gemeinsame Leitung die verschiedenen Erhebungen geordnet hätte, so wäre die Gefahr für die Hauptstadt kaum abzuwenden gewesen. Aber von einer Junta hierhin, von der anderen dorthin gerufen, verzettelte Merino seine Kräfte in nutzlosem Umherziehen und wurde endlich mit wenigen Genossen über die portugiesische Grenze gedrängt. Don Carlos hatte die erste günstigste Gelegenheit verpaßt, indem er, ohne sich zu rühren, bei Dom Miguel verblieb; die unglaubliche Beschränktheit und Gedankenarmuth, der gänzliche Mangel an geistiger Beweglichkeit, wovon er noch so viele Beweise ablegen sollte, traten schon hier zu Tage. Die nothwendige Folge davon war, daß die carlistische Erhebung keinen Mittelpunct fand, sondern in den einzelnen Provinzen sich selbständig entwickelte. Wo tüchtige Führer an der Spitze standen, gedieh sie; wo das nicht der Fall war, unterlag sie schnell. Auf der christinischen Seite ging es aber nicht viel anders zu, die Regierung in Madrid beeinflusste die Entscheidung nur wenig; daß Merinos Schaaren sich auflösten, daß auch in Catalonien, Navarra und den drei baskischen Ländern der Aufstand bis in die Berge zurückgedrängt wurde, war den Generalen Sarzfield, Quesada, Clauber zu danken, nicht dem Minister Zea Bermudez.

Dieser Mann, der bei den Liberalen kaum minder verhaßt war, als sein Vorgänger Calomarde, blieb zum allgemeinen Erstaunen ruhig am Ruder; durch eine Annäherung an Frankreich, dessen bewaffneten Beistand er schon im October wiewohl vergeblich erbat, durch die Anerkennung des Dom Pedro und durch die Aufnahme des gemäßigt liberalen Burgos in sein Cabinet hoffte er seine Stellung zu befestigen; aber nach etwa einem Vierteljahre (am 14. Januar 1834) mußte er vor dem ungestümen Verlangen der ihm feindlichen Generale, besonders Clauders und Quesadas, doch seinen Platz räumen. Zu seinem Nachfolger bestimmte Marie Christine Martinez de la Rosa, der schon 1822 Minister gewesen und dessen vorsichtiger Liberalismus voraussichtlich auch in Paris genehm war. Die Parteimänner waren allerdings durch diese Lösung keineswegs befriedigt und befeindeten besonders Burgos, den einst hochgefeierten, der eine Reihe verständiger Reformen in der Verwaltung anbahnte, auf das lebhafteste; auch ließ es das neue Cabinet nicht an Mißgriffen fehlen; aber diese wären bei der schwierigen Lage Niemandem erspart geblieben, und im Ganzen und Großen waren die Maßregeln, die es traf, doch zeitgemäß und erfolgreich. In der inneren Politik ragte als bedeutendste That der Erlaß einer Verfassung, des Estatuto real vom 10. April 1834, und die Berufung einer Volksvertretung in zwei Kammern (die der Proceres und der Procuradores genannt) hervor; in der äußeren Politik trat Rosa entschieden zu den Westmächten hinüber, indem er Anfang April den General Rodil zur Unterstützung Dom Pedros in Portugal

einrücken ließ und am 22. desselben Monats mit England, Frankreich und Portugal die londoner Quadrupelallianz abschloß. Das Hauptverdienst an diesem Vertrage, den er einen prächtigen Treffer und ganz und gar sein Werk nannte, nahm Lord Palmerston für sich in Anspruch; etwas überschwänglich sah er darin, als in dem Bündniß der vier constitutionellen Westmächte, ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Heilige Allianz des Nordens; die nächsten Aufgaben der Allianz waren aber doch ziemlich beschränkt, beschränkter, als das spanische Interesse sie gefordert hätte. Die Mächte versprachen sich gegenseitig, die Entfernung der beiden Prätendenten aus Portugal erzwingen zu wollen; zu dem Zwecke sollte England durch eine Flotte, Spanien durch ein Heer mitwirken, während Frankreichs Betheiligung nur für den Nothfall vorbehalten wurde und durch ein neues Abkommen geregelt werden sollte. Dafür, daß Don Carlos auch von Spanien ferngehalten werde, traf der Vertrag keine Vorkehrungen; wenn der Bevollmächtigte Marie Christinens dies im Interesse seines Landes hätte fordern sollen, so stieß er dabei auf den Widerstand Palmerstons, der zwar unzweifelhaft eben so sehr die Erhaltung Isabellens auf dem spanischen, wie die Marias auf dem portugiesischen Throne anstrebte, dem aber ein directes Eingreifen in den spanischen Streit deshalb so sehr mißbehagte, weil die bewaffnete Einmischung dabei von Frankreich hätte ausgehen müssen und dieser Macht einen überwiegenden Einfluß in Madrid verliehen haben würde. In Portugal erzielte die Allianz nun sehr schnell einen vollkommenen Erfolg. Rodil vereinigte sich mit Dom Pedro und brachte am 15. Mai den Migueliten bei Thomar eine vernichtende Niederlage bei. In Folge dessen hielten die beiden Prätendenten es für gerathen, sich zu fügen, Dom Miguel unterzeichnete am 26. Mai einen Vertrag von Evora, kraft dessen er auf die Krone verzichtete und Portugal auf immer zu verlassen versprach. Auch von den spanischen Angelegenheiten gelobte er, sich fern zu halten und bekam dafür ein Jahrgehalt von 375,000 Francs zugesichert. Wenige Tage darauf schiffte sich auch Don Carlos, nachdem er die englische Vermittelung angerufen hatte, auf einem britischen Kriegsdampfer nach England ein.

Quadrupelallianz.

Dom Miguel besiegt.

Vertrag von Evora.

Miguel widerrief zwar bald darauf von Italien aus seine Zusagen; aber seine politische Rolle war doch ausgespielt. Vermählt mit einer Prinzessin von Löwenstein-Vertheim lebte er noch über dreißig Jahre in Deutschland und starb völlig vergessen am 14. November 1866 in Heubach. Don Carlos dagegen begann jetzt erst recht für seine Sache zu wirken. Zu Anfang Juli 1834 entfernte er sich plötzlich aus London und erschien in den baskischen Provinzen, wo seine Sache den stärksten Halt fand. Durch Sprache, Sitten und Vorrechte mancherlei Art von den übrigen Spaniern geschieden, hatten die Bewohner dieser Gebirgslandschaften besonders für die Ziele und Bestrebungen der liberalen Partei durchaus kein Mitgefühl und kein Verständniß. Sie genossen nach ihren alten Landesrechten, den fueros, der Privilegien einer gesonderten Verwaltung und Justiz, der Steuer-

Dom Miguels Auszug.

Die Basken.

bewilligung und der Militärfreiheit. Sie waren durch eine Zolllinie von ihren spanischen Landsleuten getrennt und dagegen im freien Handelsverkehr mit Frankreich. Der daraus erwachsende Schmuggel war eine reiche Quelle des Wohlstandes und eine treffliche Schule des Kleinkrieges. Von den Liberalen, die nach Gleichförmigkeit und Einheitlichkeit der Verwaltung und Verfassung im ganzen Königreiche strebten, hatten sie zu allen Zeiten nur Angriffe auf ihre Privilegien erfahren. Ihnen auch schrieben sie es zu, daß Ballesteros, der Finanzminister in Calomardes Cabinet, den Plan wieder aufnahm, sie in die spanischen Zolllinien einzuschließen. Dadurch erbittert, waren sie um so lieber bereit, bei des Königs Tode gegen die neue dreijährige Herrscherin Partei zu ergreifen. Die ersten Versuche der Auslehnung wurden indeß bei ihnen durch den General Sarsfield eben so schnell unterdrückt, wie in den anderen Provinzen. Die Städte, in denen Carl V. ausgerufen war, besonders Vittoria und Bilbao, wurden noch im October 1833 wieder besetzt und die Aufständischen in's Gebirge gedrängt. Aber nicht lange dauerte dieser Rückschlag. Noch im November des Jahres erhielten die Carlisten in Thomas Zumalacarregui einen Führer, der bei der strengsten Disciplin seinen Leuten die feurigste Begeisterung einzusößen verstand, und dem keiner der königlichen Generale auch nur von ferne gewachsen war. Freilich war andererseits auch er es, der in den Kampf von vornherein einen Zug barbarischer Grausamkeit brachte, der sich beständig steigerte und zu geradezu entsetzlichen Gräueln führte. Wie er jeden seiner Leute, der sich zur Flucht wandte, mit dem Tode bestrafte, und jedem Offizier, der diese Strafe nicht vollstreckte, dasselbe Schicksal androhte, so ließ er schon im März 1834 mit kaltem Blut 120 Gefangene erschießen und rief dadurch die gräulichste Wiedervergeltung hervor. Bald wetteiferten die beiden Heere förmlich an Grausamkeit; nicht einmal die Greise, die Kinder und die Frauen wurden gespart. Cabrera, der neben Zumalacarregui der bedeutendste Offizier der carlistischen Schaaren war, mußte es erleben, daß seine alte Mutter, die obendrein dem Parteitreiben gänzlich fremd war, von den Carlisten erschossen wurde, und in wahnsinnigem Schmerz küßte er ihren Tod durch das Blut von 24 Frauen liberaler Feinde. Die Verwilderung der Sitten nahm furchtbar zu und eröffnete mit jedem Kriegsjahre schrecklichere Aussichten.

Erster Auf-
stand unter-
drückt.

Zumalacar-
regui.

Lage der bei-
den Parteien.

Eine schnelle Entscheidung herbeizuführen war aber keine von beiden Parteien im Stande. Die Carlisten waren nur in ihren Bergen stark und den Christinos fehlte geradezu Alles, was zum Siege nöthig war. Der englische Gesandte in Madrid meinte, es sei schwer zu sagen, ob sie den Krieg gleich von Anfang militärisch oder politisch am ärgsten verhungt hätten. Aber freilich mußte man den Ministern den jämmerlichen Zustand, in welchem sie das Land gefunden hatten, zu Gute rechnen. Ihre Berichte an die Cortes, die im Juli zusammentraten, enthüllten wahrhaft trostlose Zustände. In den letzten zehn Jahren waren Anleihen zum Betrage von 3 Milliarden Realen abgeschlossen; aber nicht einmal der vierte Theil

dieser Summe war wirklich in die Staatscasse eingeliefert. Der Bestand der Flotte hatte sich seit 1818 von 65 Schiffen auf 22 vermindert, die kleinsten und die ältesten fast unbrauchbaren Fahrzeuge eingerechnet. Die Stadtmilizen zählten auf dem Papiere fast 200,000 Mann, aber nur ein Drittel davon war „mehr oder weniger vollständig“ bewaffnet. Die Länge der Landstraßen wurde auf 740 Meilen angegeben, allein selbst auf den wichtigsten Strecken fehlten die Brücken. Und so gab es überall unglaubliche Dinge zu melden, deren Beseitigung Millionen und aber Millionen erfordert hätte, während die Staatscassen leer, der Credit erschöpft, der Stand der Papiere der schlechteste war. Wenn eine tüchtige Regierung Jahre lang in ungestörter Arbeit sich der Hebung des gesunkenen Landes hätte widmen können, so wäre die Aufgabe noch eine schwierige gewesen; wie viel schwieriger mußte sie für das Ministerium Rosa sein, das gleichzeitig mit den Banden des Don Carlos, mit der Opposition in den Cortes und mit den revolutionären Parteien im Lande zu kämpfen hatte. Selbst in Madrid wagten die letzteren, die nach der Verfassung von 1812 riefen, blutige Aufstände und brachten das Leben der Minister in Gefahr. Rosa selbst behauptete sich bis in den Juni 1835 am Ruder, aber mehr als einmal mußte er seine Collegen wechseln, besonders den im Kriegsministerium, das gerade der gleichmäßigsten Leitung so sehr bedurft hätte. Immer von Neuem klagten die Generale, die gegen Zumalacarregui geschickt wurden, über die Unordnung und die Verwirrung in der Verwaltung; lieber sollte man sie absetzen, murrten sie wohl, und wenn man ihnen auch das Quartier in Ceuta (d. h. Festungshaft) bestimmen sollte. Nach einander erprobten Sarzfield, Valdes, Quesada ihre Geschicklichkeit in dem gefährlichen Berglande, aber selbst gelegentliche Siege halfen ihnen Nichts gegen einen Feind, den sie nicht verfolgen konnten. Auch Rodil, der Sieger in Portugal, der im Juli 1834 auf dem Kampfplatze erschien, vermochte den Feinden Nichts anzuhaben, zumal die gleichzeitige Ankunft des Don Carlos deren Begeisterung noch höher entfachte. Siegesberichte schickte er wie seine Vorgänger und Nachfolger freilich so massenhaft nach Madrid, daß die amtliche Zeitung binnen dreier Jahre nicht weniger als 597 gewonnene Schlachten aufzählen konnte, in denen Alles in Allem 380,000 Carlisten getödtet oder gefangen sein sollten, d. h. beträchtlich viel mehr, als die gesammte Bevölkerung der baskischen Provinzen betrug. Aber Siege oder Niederlagen, es blieb im Ganzen und Großen stets beim Alten und ein neues Gefecht bedeutete für die Gesamtlage des Landes kaum mehr, als daß so und so viel Spanier weniger am Leben waren. Nachdem Rodil sich binnen einiger Monate abgenutzt hatte, kam im October 1834 der alte Mina an seine Stelle. Aber krank und gebrochen, wie er war, konnte er seine große, oft bewährte Fähigkeit für den Gebirgskrieg auch nicht mehr recht bethätigen und bat nach einem halben Jahre um seine Entlassung. Ihn zu ersetzen, erschien der damalige Kriegsminister Valdes in Person auf dem Schauplatze der Kämpfe. Mit Hülfe der frischen Truppen, die er

Erfolgreiche
Kämpfe.

Zumalacarreguis
Sieg.

bei sich hatte, wollte er ein ganz neues System durchführen; statt seine Leute, wie es bisher geschehen, zu zersplittern, gedachte er sie zusammen zu halten und wenige, aber wichtige Schläge auszuführen. Das traurigste Mißlingen war die Folge dieses Planes. In den Bergen und Thälern um Estella überfiel und umschwärmte, ermüdete und zersplitterte Zumalacarregui im letzten Drittel des April seine Feinde mit solchem Erfolge, daß die schlimmste Entmuthigung und Verwirrung bei denselben einriß und Baldes schleunigst über den Ebro zurückging. Eine ganze Reihe fester Orte, die bisher noch von den Christinos behauptet waren, fielen durch Sturm, Uebergabe oder freiwillige Räumung in die Hände der Carlisten; Pampuna, Vittoria, Bilbao, die Hauptstädte und Hauptfesten der Provinzen, hielten sich zwar, wurden aber von jedem Verkehr unter einander und mit Madrid abgeschnitten; es war ein Triumph, wie ihn Don Carlos noch nicht erlebt hatte.

Frankreich und
England.

Baldes verheimlichte dem Ministerium nicht, wie ernst die Lage sei, und mahnte dringend, daß man schleunigst um französische Hülfe bitte. Davon hatte Rosa bisher durchaus nichts wissen wollen; aber schlimme Bottschaften aus Aragon, wo Cabrera, und aus Castilien, wo Merino gleichzeitig Fortschritte machten, gaben der Forderung von Baldes doppeltes Gewicht. Einen gewissen Anspruch auf französischen Beistand konnte man aus dem Quadrupelvertrage herleiten. Hatte sich dieser ursprünglich auch nur auf Portugal bezogen, so warz die theilhabenden Mächte doch schon im August 1834 übereingekommen, ihn auf Spanien auszudehnen, und hatten in diesem Sinne die Zusatzartikel vom 18. August unterzeichnet. Jedenfalls hing die Zulässigkeit einer französischen Einmischung auch so von der Einwilligung Englands und Portugals ab. Lord Palmerston hielt es nun zwar nicht für gerathen, diese geradezu zu verweigern, aber er lehnte sehr entschieden jede Verantwortlichkeit für etwaige Verwickelungen ab, die darüber mit den Ostmächten entstehen könnten. Mehr brauchte Louis Philipp, der selbst gar keine Lust zu dem gefährlichen Unternehmen hatte, nicht; obgleich Thiers die Einmischung befürwortete, wurde dem spanischen Gesandten am 8. Juni eine abweisende Antwort zu Theil; Alles, wozu man sich verstand, war eine strenge Grenzsperr an den Pyrenäen und die Erlaubniß, in Frankreich (wie auch in England) Werbungen für eine Fremdenlegion anzustellen.

Zumalacarreguis
Tod.

In Madrid erwartete man währenddeß täglich das Anrücken Zumalacarreguis, auch im carlistischen Lager wettete man darauf, binnen sechs Wochen in der Hauptstadt zu sein. Aber zum ersten Male machte sich jetzt der hemmende Einfluß der Höslinge geltend, die sich um Don Carlos angesammelt hatten. Trotz aller Vorstellungen Zumalacarreguis wurde ihm der Befehl erteilt, nicht gegen Madrid, sondern gegen Bilbao zu ziehen. Er gehorchte und zog in den Tod. Vor Bilbao empfing er am 15. Juni eine Wunde, welcher er am 24. erlag. Der Verlust, welchen die carlistische Sache dadurch erlitt, war kaum zu ermessen. Daß die Belagerung

von Bilbao aufgehoben werden mußte, war das kleinere Uebel; das größere war die Unsicherheit und Zerkahrenheit, welche jetzt auch bei den Carlisten in der obersten Leitung Platz griff. Eine ernste Niederlage, die sie am 16. Juli bei Mendigorria durch Cordoba, der jetzt die Christinos commandirte, erlitten, gab Zeugniß davon. Sie konnte für den Wendepunkt im baskischen Kriege gelten. Bis dahin war die Macht der Carlisten im stetigen Wachsthum gewesen; jetzt kam sie zum Stehen, und der Zug nach Madrid war zunächst wenigstens unmöglich geworden.

Wendepunkt
des Krieges.

Den plötzlichen Umschwung auszunutzen, waren zu ihrem Unglück die Christinos nicht im Stande. Das Ministerium Rosa hatte die Ablehnung des französischen Hülfegesuchs nicht überlebt, sondern einem liberaleren Cabinet, an dessen Spitze der bisherige Finanzminister Toreno stand, Platz gemacht. Den Radicalem genügte jedoch dieser Wechsel noch nicht, sie verlangten nach der Verfassung von 1812. Ihre Hauptstärke hatten sie in Andalusien. Hier bildeten sich im August 1835 in fast allen Städten, Malaga, Cadix, Sevilla, Granada voran, Regierungsausschüsse, s. g. Juntos, die den Befehlen aus Madrid jeden Gehorsam versagten. Aehnlich ging es in Aragon und Catalonien, sowie an der ganzen Ostküste. In wenigen Tagen sah das Ministerium seinen Einfluß auf die mittleren und die westlichen Provinzen zurückgedrängt und selbst hier gefährdet. Unter diesen Umständen wußte Toreno kein anderes Rettungsmittel, als noch einmal die Hülfe von Frankreich zu ersuchen. Aber es erging ihm nicht besser als seinem Vorgänger; Louis Philipp verweigerte den Beistand, den er gegen die Carlisten versagt, auch gegen die Radicalem. Es lag in der Natur der Sache, wenn jetzt Toreno zurücktreten und seinem bisherigen Collegen Mendizabal weichen mußte, der den radicalen Progressisten nahe genug stand, um auf ihre Freundschaft rechnen zu dürfen, und der in der äußeren Politik sich nicht auf Frankreich, sondern auf England zu stützen entschlossen war. Durch versöhnliche Maßregeln und besonders durch die Beförderung namhafter Parteiführer zu bedeutenden Aemtern beschwichtigte er die Aufregung soweit, daß sich die Juntos im October allmählich auflösten. Auch gegen die Carlisten schien der neue Minister viel Entschlossenheit bethätigen zu wollen. Ein Vertrag vom 24. September sicherte ihm die Entsendung eines portugiesischen Hülfscorps; vier Wochen später ordnete ein Decret der Regierung die Aushebung von 100,000 Spaniern an. Mendizabal entwickelte eine unglaubliche Zuversicht auf den Erfolg seines Regiments und brüßte sich insbesondere vor den Cortes, die im November wieder zusammentraten, dergestalt mit seinem „Finanzgeheimniß“, daß man nach Palmerston's wißiger Bemerkung glauben mußte, er habe mindestens die Gans mit den goldenen Eiern unter geheimem Verschuß. Eine Zeit lang imponirte er dadurch wirklich Feinden wie Freunden und verfügte in den Cortes über eine unerhörte Majorität; als diese mehr und mehr zusammenstürzte und endlich gar zur Minderheit wurde, löste er die Versammlung kurzweg auf und verschaffte sich dadurch (im Januar

Die Radica-
len.

Portugiesische
Hülfe.

1836) eine neue Galgenfrist. Im Baskenlande hatte während dessen Cordoba gegen die carlistischen Führer Maroto, Moreno, Eguia u. A. tapfer Stand gehalten, wenn er auch manchen Verlust nicht abzuwenden vermochte. In Catalonien und Aragon dagegen zog der Carlismus aus den Erhebungen der Radicalet großen Vortheil und operirte mit solchen Massen, wie er sie bis dahin noch nicht zur Verfügung gehabt hatte. Mochte man sich in Madrid durch Mendizabal's Schwindeleien täuschen lassen, in den Provinzen, an Ort und Stelle, ward man seiner großen Worte denn doch satt. Wenn nicht endlich eine tröstliche Erfahrung die hundertmal versprochenen Thaten zu zeigen anfangte, drohten die Aragonesen und Valencianer sich ganz von den Christinos loszusagen und ihre Provinzen selbständig zu verwalten. Die Neuwahlen zu den Cortes lieferten zwar fast lauter fortschrittliche Abgeordnete, aber die frühere unbedingte Herrschaft übte Mendizabal nicht mehr. Unter der Leitung zweier Männer, die früher Anhänger des Ministers gewesen waren, Isturiz' und Galiano's, bildete sich eine neue Partei, die sich zugleich der Regentin zu nähern suchte. Seine beste Stütze besaß Mendizabal jedenfalls an Lord Palmerston, der ihn auf alle Weise zu fördern suchte. Ganz in Widerspruch mit seiner bisherigen Politik lud er im März 1830 sogar Frankreich zur bewaffneten Einmischung ein und ertheilte, da Louis Philipp auch diese Aufforderung ablehnte, wenigstens der englischen Flotte unter Admiral Hay Befehl, thätigen Antheil am Kriege zu nehmen. Mendizabal suchte sich dafür natürlich dankbar zu zeigen und wollte einen ansehnlichen Erfolg, den Hay am 5. Mai in Gemeinschaft mit Evans, dem Commandeur der englischen Fremdenlegion, vor San Sebastian davongetragen, benutzen, um dem letzteren auf Kosten Cordoba's eine besondere Auszeichnung zuzuwenden. Allein Marie Christine, die seiner schon längst überdrüssig geworden war und jetzt in Isturiz den Mann der Lage sah, verweigerte ihre Zustimmung und entließ, da Mendizabal nicht aufhörte seine Forderung zu erneuern, am 14. Mai das ganze Cabinet. Allerdings antworteten die Cortes darauf mit einem wahren Sturm von Entrüstung und Unwillen und ertheilten den neuen Ministern Isturiz und Galiano ohne jeden Anlaß schnell hinter einander ein paar Mißtrauensvoten. Aber einzuschüchtern vermochten sie dieselben nicht, sondern beschleunigten nur ihre eigene Auflösung, die schon am 23. Mai von der Regentin vollzogen wurde. Der Ausfall der Neuwahlen schien zu bezeugen, daß das Land dieses kräftige Auftreten des Ministeriums billige. Aber die Befriedigung darüber sollte nur kurze Zeit dauern. Gegen Ende Juli erhoben sich die Radicalet in Andalusien, riefen die Verfassung von 1812 aus und beherrschten in wenigen Tagen nicht allein die ganze Provinz, sondern bald auch Aragon, Catalonien und andere Landestheile im Norden und in der Mitte. Noch trüber wurde die Lage der Regierung durch ein paar glückliche und kühne Expeditionen, welche die Carlisten nach Asturien und Castilien unternahmen; in voller Verzweiflung rief Isturiz noch einmal den Beistand Frankreichs an: „Eine Provinz nach der andern

entzieht sich dem Gehorsam; bald wird die Regierung auf die Hauptstadt beschränkt sein; ohne französische Hülfe bleibt der Königin nichts übrig, als die Verfassung von 1812 anzunehmen.“ Wirklich ward ihm jetzt das Versprechen zu Theil, die französische Fremdenlegion solle auf 8000 Mann alter Truppen verstärkt werden; aber diese Hülfe kam zu spät.

In der Nacht zum 13. August 1836 drangen zu La Granja, wo sich die Regentin fern von der Hauptstadt aufhielt, Soldaten des 4. Garderegiments, von dem Unteroffizier Garcia geführt, in das Schlafgemach Marie Christinens und erpreßten von ihr das Versprechen, die Verfassung von 1812 wieder einzuführen. Der Sturz des Ministeriums, dessen Neubildung Calatrava übertragen wurde, scheußliche Pöbelszenen in Madrid, denen Queseda zum Opfer fiel, und überdies die vollständige Abwendung Frankreichs waren die Folge. Mit Recht oder mit Unrecht wollte man in Paris diese Vorgänge für eine englische Intrigue ausgeben; der Privatsecretär des englischen Gesandten sollte persönlich Geld unter die Auführer vertheilt haben. Dem neuen radicalen Ministerium die Hülfe zu leisten, welche Isturiz versprochen war, fühlte sich Louis Philipp durchaus nicht verpflichtet. Thiers' Einwendungen und Vorstellungen blieben fruchtlos; 14 Tage nach der Revolution von La Granja mußte er von seinem Posten zurücktreten, und Graf Molé, der ihn ersetzte, machte sogleich die Verstärkung der Fremdenlegion rückgängig und näherte sich in starker Schwentung der spanischen Politik der Osmacht.

Die Revolution
von La
Granja.

Noch einmal hatten so die Dinge für Don Carlos ohne sein Zuthun eine äußerst günstige Gestalt gewonnen. Eingeschüchtert und um sich selbst besorgt war Marie Christine nicht abgeneigt, das Spiel ganz verloren zu geben und sich in ihr Heimathland Neapel zurückzuziehen. Die Gemäßigten unter ihren Anhängern konnten sich nicht verhehlen, daß sie dem Don Carlos doch eigentlich viel näher ständen als den Radicals, die jetzt das Ruder lenkten. Nur einige Zugeständnisse von Seiten des Prätendenten, und sie erklärten sich für ihn. Auch militärisch waren die Carlisten in großem Vortheil. Nicht genug daran, daß die französische Fremdenlegion, zusammengeschmolzen wie sie war, ohne Verstärkung blieb, brachen auch noch in der englischen, die seit Monaten keinen Sold erhalten, Meutereien aus. Cordoba, der Befehlshaber der Christinos, hatte seinen Abschied, aber wochenlang keinen Nachfolger erhalten. Kühne Bandenführer wie Gomez und Garcia durchzogen die Provinzen südlich des Ebro und bedrohten sogar Madrid; ja selbst nach einer schweren Niederlage, die ihm der christinische General Maiz am 19. September 1836 bei Villarrobledo in der Mancha beibrachte, abenteuernte Gomez weiter, besetzte Cordoba und die Quecksilberstadt Almaden, verspottete den Kriegsminister Robil, der selbst gegen ihn ausgezogen war, und erlag erst Ende November wenige Meilen von Cadix den entschlosseneren Angriffen des Generals Narvaez, der vorher auch Garcia besiegt hatte; immerhin gelang es ihm auch so noch von seinen

Ausschwung
des Carlis-
mus.

Gomez' und
Garcia's
Streifzüge.

10,000 Mann etwa den dritten Theil durch bewundernswürdige Gewaltmärsche an und über den Ebro zurückzubringen.

Espartero vor
Bilbao.

Don Carlos hatte mittlerweile eine neue Belagerung von Bilbao eröffnet. Seit Ende October lag er vor der Stadt, die ihm vor Jahresfrist seinen besten Feldherrn, Zumalacarrequi, gekostet hatte. Jetzt schien sie ihrem Schicksal nicht entgehen zu können. Die Christinos selbst verzweifelten daran, sie zu retten. Nur langsam und zögernd entschloß sich der neue Befehlshaber in den baskischen Provinzen, Baldomero Espartero, doch wenigstens den Versuch zu wagen. Es kam darauf an, den Carlisten das Fort Luchana wieder zu entreißen, welches die Verbindung zwischen Bilbao und Portugalete sperrte. Begünstigt von einem furchtbaren Schneegestöber errang Espartero in der Weihnachtsnacht diesen hart bestrittenen Erfolg; die Carlisten, bitter enttäuscht, zogen in wilder Hast von Bilbao ab, und die Christinos, überdies durch Narvaez' Erfolge im Süden ermutigt, jubelten maßlos über die glückliche Wendung der Dinge und glaubten jetzt durch einen Hauptschlag dem Kriege ein Ende machen zu können.

Sieg bei Oriamendi.

In den ersten Tagen des März (1837), so war ihr Plan, sollten Espartero von Bilbao, Sarzfield von Pamplona und Evans von San Sebastian, alle drei zusammen mit etwa 50,000 Mann, aufbrechen und sich bei Tortosa in Guipuzcoa vereinigen, um so gemeinschaftlich dem Feinde den Todesstreich zu versetzen. Aber so gut der Plan ausgedacht war, so kläglich mißlang er. Espartero und Sarzfield vermochten nicht die Feinde, die ihnen entgegentraten, aus ihren Stellungen zu verdrängen; Evans erfocht zwar am 15. März bei Oriamendi einen glänzenden Sieg, aber nur, um am nächsten Tage von Don Sebastian, Don Carlos' Bruder, ebenso entschieden geschlagen und zum Rückzug nach San Sebastian gezwungen zu werden. Dennoch wurde der Plan nicht aufgegeben; in etwas veränderter Gestalt sollte er im Mai ausgeführt werden; Espartero selbst begab sich mit dem Haupttheil seiner Truppen zur See nach San Sebastian und brach da mit 36,000 Mann nach Tolosa auf. Diesmal war ihm der leichteste Erfolg beschieden; auf den wichtigsten Punkten traf er nur kleine Schaaren von Vertheidigern. In Don Carlos' Kriegsrath hatte nämlich die Partei gesiegt, welche längst schon zu einem Zuge nach Madrid drängte. Um die Mitte des Monats brach das königliche Hoflager von Estella auf und setzte sich mit einem höchst mangelhaft verproviantirten Heere von kaum 14,000 Mann nach Aragon in Bewegung. Den Ebro sofort zu überschreiten und gradenwegs auf die Hauptstadt loszugehen, konnte man sich nicht entschließen; vielmehr wich die Marschrichtung immer entschiedener nach Osten aus und nach vier Wochen befand sich Don Carlos statt näher an Madrid hoch im Nordosten, in Salsona, dem Sitz der carlistischen Junta von Catalonien. Nur den dringenden Vorstellungen Cabrera's, der aus den Bergen von Valencia heraus und von seiner starken Feste Cantabieja die carlistische Sache verfocht, gelang es die Expedition endlich zum Ebroübergang bei Cherta (nahe

der Mündung) zu bewegen. Aber auch jetzt ward nicht die Straße nach Madrid eingeschlagen, sondern erst das reiche Valencia heimgesucht. Das gab denn den Christinos Zeit, Truppen heranzuziehen und die sorglosen Feinde bei Chiva am 15. Juli zu überfallen und in die Berge von Cantabria zu werfen. Espartero hatte unterdeß in den entblößten baskischen Provinzen eine Reihe der wichtigsten Plätze erobert und rückte nun, zum Oberbefehlshaber aller gegen die Carlisten kämpfenden Truppen ernannt, auch seinerseits über den Ebro heran. Wäre er ein Feldherr im großen Stile gewesen, so hätte Don Carlos nicht mehr entkommen können; allein die Fähigkeit, getrennte Truppentheile nach einem Ziele zu lenken, ging ihm völlig ab. Die Carlistenführer hingegen, neben Cabrera besonders Zarategui, operirten sehr geschickt und wußten die feindlichen Generale theils einzeln zu schlagen, theils sich zwischen ihnen hindurchzuwinden und sich dann in der Richtung auf Madrid zu vereinigen. Am 12. September stand Don Carlos mit 16,000 Mann jenseits des Tajo in Arganda und sein Vortrab sah die Thürme der Hauptstadt vor Augen.

Wenige Wochen vorher war das Ministerium Calatrava zusammengebrochen. In Anbetracht der schwierigen Lage, die es nach der Revolution von La Granja vorfand, war seine Amtsführung doch nicht erfolglos gewesen. Obgleich es selbst aus Radicalen bestand und der Anerkennung der Verfassung von 1812 seinen Ursprung verdankte, hatte es doch sofort alle Anstalten getroffen, um diese in gemäßigtem Sinne umarbeiten zu lassen und hatte die Cortes für diese Auffassung zu gewinnen gewußt. So war nach langen parlamentarischen Kämpfen die Verfassung vom 8. Juni zu Stande gekommen, die, immer noch sehr demokratisch gefärbt, doch den Conservativen so viel Gewähr bot, wie nöthig war, um sie von dem Uebergang ins carlistische Lager abzuhalten. Ein triftiger Anlaß für den Rücktritt des Ministeriums lag auch jetzt nicht vor; es fiel vor der muthwilligen Demonstration einer Anzahl von Espartero's Offizieren, die im August, als Zarategui die Hauptstadt bedrohte, ungestüm einen Ministerwechsel forderten. Natürlich fiel die Neubildung des Cabinet's nun Espartero zu, der somit die politische und die militärische Leitung in seiner Hand vereinigte. Für ihn hing Alles jetzt davon ab, daß er den Carlisten den Einzug in Madrid verwehrte. Wider Erwarten gelang ihm das ohne Schwertstreich. Don Carlos wagte nicht, es auf einen Kampf in den Straßen von Madrid ankommen zu lassen, und wandte sich am 13. September zum Rückzug nach Nordosten. Unter großen Mühsalen und schweren Verlusten erreichte er endlich in den letzten Tagen des October den Ebro mit dem demüthigenden Bewußtsein, ein entscheidendes Unternehmen gänzlich gescheitert zu sehen.

Don Carlos' Rückzug.

Das war aber nicht das einzige Unglück. Die Parteien in seinem Lager, die sich stets lebhaft bekämpft hatten, geriethen jetzt um so heftiger aneinander. Die eine machte der anderen das Mißlingen zum Vorwurf; die Ultras aber klagten die Gemäßigten über-

dies noch an, daß sie zu dem Zuge gerathen. Es gelang ihnen, den Prätendenten jetzt ganz unter ihren Einfluß zu bekommen. Wir, so lautete die Parole, die der neue Obergeneral Guergué ausgab, wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Classe gehört, ist ein Verräther! Die militärische Unfähigkeit dieses Mannes, der im Laufe des Jahres 1838 mehrere Niederlagen erlitt, obgleich auch Espartero den Krieg sehr lässig führte, schädigte die Interessen Karls aber kaum so sehr, wie das fanatische Treiben seiner Parteigenossen, unter denen der Bischof von Leon und der Höfling Arias Teijeiro als Führer hervorragten. Unter den treuesten Anhängern des Prinzen zeigte sich Unzufriedenheit, mehr als ein Regiment murrte und meuterte, die Vasken begannen des Krieges überdrüssig zu werden, und auch die östlichen Cabinette wurden stugig und hielten ihre Subsidienelder zurück. Dies letztere berichtete dem Prätendenten der Erzbischof von Havana, Cirilo, der nach einer Rundreise an den genannten Höfen sich zu ihm begab und wenigstens so viel durchsetzte, daß an Stelle des fanatischen und unfähigen Guergué, der im Juni das feste Pénacerrada verloren hatte, der gemäßigte und tüchtige Maroto das Obercommando erhielt. Unmöglich konnte sich dieser aber sicher fühlen, so lange seine erbitterten Feinde den vertrauten Rath seines Fürsten bildeten und demselben vordemonstrieren durften, die Leute, welche lesen und schreiben könnten, die Generale, die mit Zirkel und Karte arbeiteten, seien keine Freunde der Religion und der Rechte des Prätendenten. Gegen sie, die offen auf seinen Sturz hinwirkten, glaubte Maroto auch seinerseits Gewalt brauchen zu dürfen. Nachdem er lange vergeblich ihre Entfernung aus der Umgebung des Königs und die Befreiung seiner Gefinnungsgegnossen aus der Haft, in welcher sie gehalten wurden, gefordert hatte, erklärte er endlich geradezu, es bleibe ihm Nichts als blutige Selbsthilfe übrig. Dann ließ er ohne Zögern Guergué, Garcia und zwei andere Generale verhaften und nach kurzem Kriegsrath am 18. Februar 1839 zu Estella erschießen. Don Carlos antwortete darauf mit einer Proclamation, die Maroto als einen Verräther entsetzte und zur Rechenschaft vorlud. Allein als keine Hand sich rührte, um diesem Befehle Achtung zu verschaffen, als der Verräther selbst mit seinen Truppen heranrückte, entschlossen, seinen Willen durchzusetzen, da mußte sich Don Carlos wohl oder übel fügen, mußte seine Proclamation zurücknehmen und verbrennen lassen, mußte eine neue an ihre Stelle setzen, welche die Hinrichtung der Generale billigte und Maroto eine Ehrenerklärung gab, und mußte endlich 35 Mitglieder der Ultrapartei, darunter den Bischof von Leon, den Arias Teijeiro, den Beichtvater Larraga aus seiner Nähe und den ihm anhängenden Landestheilen verbannen. Damit war seine Sache thatsächlich verloren. Nicht als ob die Ultras allein im Stande gewesen wären, sie zu verteidigen. Aber der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges war jetzt vernichtet. Zwischen Don Carlos und Maroto konnte sich ein Vertrauensverhältniß nimmermehr gestalten; Maroto mußte sich

sagen, daß der Mann, für welchen er kämpfte, die erste Gelegenheit ergreifen werde, um sich seiner zu entledigen. Diese Einsicht trieb ihn zum Verrath. Noch im Februar 1839 ging er auf Unterhandlungen ein, die Espartero ihm anbot. Sie scheiterten freilich fürerst an der Forderung Marotos, daß die junge Königin Isabella den ältesten Sohn des Don Carlos heirathen solle. Ob er diese Forderung werde aufrecht erhalten können, hing wesentlich von dem Ausgang der nächsten Kämpfe ab. Dieser war überall Espartero günstig; eine Reihe von Gefechten im April und Mai häuften neuen Ruhm und neue Auszeichnungen auf den „Siegesherzog“ (Duque de la Victoria), wie sein neuester Titel lautete, und machten Marotos Stellung immer schwieriger. Alle seine Gegner im carlistischen Lager verdoppelten ihre Anstrengungen, um ihn zu stürzen, und die furchtbaren Verwüstungen, mittelst deren Espartero jetzt die Basken einzuschüchtern und dem Frieden geneigt zu machen suchte, erregten auch in den Truppen neuen Zorn, neue Kampfeslust und mancherlei Meutereien gegen Maroto. So mußte dieser, um sich selbst zu retten, mit den Verhandlungen Ernst machen und alle unerreichbaren Bedingungen schwinden lassen. Theils mit dem englischen Admiral Pag, besonders aber mit Espartero wurden theils persönliche Besprechungen, theils schriftliche Verhandlungen geführt, die am 31. August 1839 in dem Vertrag von Bergara endeten, kraft dessen Maroto seine Truppen, 21 Bataillone und 3 Schwadronen, in das christinische Lager überführte, wogegen den Offizieren ihre Grade und Würden, den Basken ihre bisherigen Privilegien gewährleistet wurden.

Der Vertrag
von Bergara.

Der Prätendent gab seine Sache jetzt verloren; am 14. September verließ er nach mehr als fünfjährigem Aufenthalte die baskischen Länder und begab sich nach Frankreich. Hier wies ihm die Regierung Bourges als Wohnort an und gestattete ihm erst 1845, nachdem er seinen Ansprüchen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Grafen von Montemolin, entsagt hatte, sich zu entfernen. Er starb 1855 in Triest. Graf Montemolin (Don Carlos VI.) und sein Bruder Don Fernando machten 1860 einen unglücklichen Versuch, sich den spanischen Thron zu erobern und starben gleich darauf schnell hintereinander, gleichfalls in Triest, beide kinderlos. Ihr dritter Bruder Don Juan verzichtete am 30. October 1868 zu Gunsten seines Sohnes Don Carlos (VII.), der nun sofort mit seinem Bruder Alfonso den Versuch begann, seine Rechte mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Die carlistische, d. h. die äußerste ultramontane Partei, hatte nie aufgehört, die Regierung der Königin Isabella als unrechtmäßig zu betrachten. Auch als ihr Haupt, Don Carlos, 1839 das Spiel verloren gab, kämpfte sein tüchtigster Anhänger, Cabrera, noch Monate lang weiter; erst im Juli 1840 überschritt auch er mit dem Reste der Aufständischen, etwa 8000 Mann, die französische Grenze und beendete dadurch den siebenjährigen Bürgerkrieg. Zur Ruhe kam das zerklüftete Land aber auch dadurch nicht. Von den Anhängern des Prätendenten befreit, begannen die Christinos um so leidenschaftlicher

Don Carlos'
weitere Schicksale.

Carl VI.

Carl VII.

Cabrera.

Wechselnde
Ministerien.

den Parteilampf im eigenen Lager zu erneuern. Die Regentin hielt nach Erlass der Verfassung von 1837 fest zu den Conservativen, den Moderados, aus deren Mitte sie im December jenes Jahres das Ministerium Osalia bildete, das sich bis in den September 1838 hielt, um dann einem nicht viel anders gefärbten unter dem Vorsth des Herzogs von Frias zu weichen, der seinerseits wieder schon im November dem Grafen Perez de Castro seinen Platz einräumte. In sich selbst gespalten, waren die Moderados ebenso unfähig zur Regierung wie die Progressisten, unter denen die leidenschaftlichsten Elemente, die Exaltados immer mehr die Führung an sich rissen. Trotzdem vereinigten sich die Feinde des Ministeriums unter den Moderados mit ihnen und antworteten auf die Vertagung der Cortes, welche Perez de Castro im März 1839 anordnete, mit einer Steuerabweigerung. Eine Auflösung der Cortes, regierungsfeindliche Neuwahlen und eine zweite Auflösung der kaum zusammengetretenen Versammlung waren die Folge davon. Dank der maßlosen Beeinflussungen, welche das Ministerium sich erlaubte, gelang es ihm dann allerdings, eine gefügige Mehrheit zusammenzubringen. Aber es sollte sich des Gewinnes nur kurze Zeit erfreuen. Als ein neues Gemeindegesetz im Juni 1840 den Gemeinden das Recht, ihre Obrigkeiten selbst zu wählen, entzog, brach ein Aufstand los, der bald unbefiegbar wurde. Christinens Stellung war nicht mehr zu halten. Auch ihr Privatleben erregte den größten Anstoß; seit Jahren lebte sie mit einem ihrer Leibgardisten, Muñoz, einem Manne von niederer Herkunft, in einem Verhältniß, das, öffentlich wenigstens, erst 1844, zugleich mit der Erhebung des Muñoz zum Herzog von Rianzares, als rechtmäßige Ehe anerkannt wurde. Der einzige Mann, der etwa noch in der Lage war, eine Versöhnung zwischen der Regentin und den Progressisten herbeizuführen, war Espartero, den sie mit Ehren überhäuft und dem Ministerium zum Trotz in seinen Aemtern erhalten hatte. Zu ihm, der in Catalonien die letzten carlistischen Schaaren bekämpfte, eilte die Regentin und bat um seinen Beistand. Aber die Bedingungen, die er auf einer Zusammenkunft in Barcelona stellte, schienen ihr selbst unter diesen Umständen unannehmbar. Bald beehrte sie der Fortgang der Ereignisse eines Besseren. Das Moderado-Ministerium, welches sie unter dem Schutze des Generals O'Donnell in Valencia bildete, blieb völlig machtlos; die aufständische Regierungsjunta in Madrid beherrschte mehr und mehr das ganze Land. So gab sie denn am 16. September 1840 Espartero die Vollmacht zur Bildung eines progressistischen Cabinets. Jubelnd wurde dieser in Madrid aufgenommen und verlangte nun von der Regentin, die noch immer in Valencia weilte, die Auflösung der Kammer, die Zurücknahme des Gemeindegesetzes, die Entfernung der Camarilla. Lieber, als daß sie auf diese Forderungen einging, verzichtete Christine auf die Regentschaft. Am 12. October dankte sie ab, übertrug ihre Rechte dem Ministerium und verließ das Land. Die neuen Cortes billigten das Vorgefallene und ernannten am 8. Mai 1841 Espartero persönlich zum Regenten. Aber auch ihm

Der Aufstand
von 1840.

Espartero's
Regentschaft.

war es nicht vergönnt, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Obgleich er die Aufstandsversuche der Moderados, der O'Donnell, Narvaez, Concha u. A. mit Strenge unterdrückte und den vollen Haß dieser Partei sich auf's Haupt lud, konnte er doch den Ansprüchen der Exaltados nicht genügen und sah seinen Anhang immer mehr zusammenschmelzen. Die günstige Gesinnung, welche Frankreich den Anhängern der Christine und dieser selbst bewies, zwang ihn, an England eine Stütze zu suchen, woraus denn seine Gegner nicht ermangelten, sich ein populäres Feldgeschrei zurecht zu machen. Endlich kam es gar zu einem förmlichen Bündniß der extremen Parteien gegen ihn. Die Exaltados mit dem Obersten Prim, die Moderados, mit dem General Narvaez an der Spitze, erhoben sich im Juli 1843 wider ihn; eine revolutionäre Regierung, die aus Lopez, Caballero und Serrano bestand, wurde in Madrid eingesetzt, und der Siegesherzog sah sich so von aller Welt verlassen, daß er seine Würde niederlegte und sich am 30. Juli in Cadix nach England einschiffte. Den verbündeten Parteien war es aber auch nicht möglich, auf die Dauer gemeinschaftlich zu regieren, und so war das Endergebniß dieses Aufstandes ein Beschluß der Cortes, welcher die kaum 13jährige Isabella für volljährig erklärte und der langen Regentschaft ein Ende machte. Am 10. November 1843 leistete die junge Königin den Eid auf die Verfassung und begann ihre dem Namen nach selbständige Regierung, die ein Vierteljahrhundert sich hielt, um mit dem schmachlichsten Sturz zu enden. In schnellem Wechsel folgten sich nun ein progressistisches Ministerium unter Olazaga und ein reactionäres unter Gonzalez Bravo, bis im Mai 1844 Narvaez, das militärische Haupt der Moderados, das Rudel ergriff und mit zwei kurzen Unterbrechungen sieben Jahre festzuhalten verstand. Eine neue Verfassung vom 25. Mai 1845, eine zweckmäßige Steuer- und Verwaltungsreform, endlich im Jahre 1849 auch eine allgemeine Amnestie führten das Land zu geregelteren und ruhigeren Verhältnissen zurück. Aber eine wahre Versöhnung der Parteien wurde nicht erreicht, und ehe noch die Früchte, welche Narvaez' maßvolle Politik zeitigte, gereift waren, erlag sie den erbitterten Angriffen der Absolutisten.

Sein Sturz.

Die Politik der Großmächte.

Diese spanischen Wirren hatten selbstverständlich während der dreißiger Jahre die Stellung der großen Mächte zu einander wesentlich beeinflusst. Fest zusammen hielten die drei Ostmächte; die Heilige Allianz erlebte wider Erwarten noch einen Nachsommer. Selbst die Congressse der Monarchen und der Minister kamen, wie früher erzählt wurde, wieder in Aufnahme. Daß es sich dabei nicht, wie die russische Diplomatie versicherte, um bloße freundschaftliche Herzensergießungen handle, lag auf der Hand. Aber andererseits bezweckte man wohl kaum die Vereinbarung bestimmter Pläne, geschweige denn so weit gehender, wie die Theilung der Türkei unter Rußland und Oestreich, von der das englische Cabinet fabelte, als vielmehr die Beseitigung

Die Ostmächte.

der Mifftöne, welche die auseinander gehende Politik der letzten Jahre hervorgerufen, und die Anbahnung eines gemeinsamen Vorgehens gegen die europäische Revolutionspartei. Metternich legte dabei ein gutes Wort für Louis Philipp ein, der von russischer Seite nach wie vor, trotz der officiellen Anerkennung, als ein ungegesetzlicher Usurpator betrachtet wurde. Allein wenn er ihn dadurch von England abzuziehen und den Ostmächten näher zu bringen hoffte, so gelang das doch nicht auf der Stelle. Vielmehr veranlaßten die spanisch-portugiesischen Angelegenheiten zunächst den engen Anschluß Frankreichs an England; die Quadrupelallianz der constitutionellen Westmächte sollte der Heiligen Allianz des Ostens ein mächtiges Gegengewicht bieten. Doch sah man bald, daß der Wille größer sei als die Kraft; überall wo die Cabinette von London und Paris zu Gunsten der liberalen Sache eintraten, erlitten sie, zum Theil durch eigne Schuld, Niederlagen. Die englische Note, welche „fast in Seemannssprache“ gegen die Besetzung Frankreichs durch österreichische und preussische Truppen Verwahrung einlegte, blieb ohne Erfolg; die Schweiz wurde in der Flüchtlingsfrage von Frankreich eine Zeit lang geschützt, um nachher desto schmähliger im Stich gelassen zu werden; in Spanien geriethen endlich, wie erzählt, die englischen und französischen Interessen in offenen Zwiespalt, und es gab Zeitpunkte, wo man die Anerkennung des Don Carlos durch Frankreich befürchtete. Während dessen blieben die Ostmächte ihrer Politik treu; Metternich soll gegen 4 Millionen Gulden in die Cassse seines Schützlings haben fließen lassen; selbst von Preußen wurde Aehnliches gemunkelt; Nicolaus bedauerte lebhaft durch die Entfernung Spaniens an der militärischen Unterstützung des Prinzen gehindert zu sein. Das Jahr 1835 hatte den guten Kaiser Franz aus diesem Leben abgerufen; am 1. März bestieg sein geisteschwacher und körperlich starrer Sohn Ferdinand den Thron. Metternichs Einfluß wurde dadurch nur um so größer; mit dem Erzherzog Ludwig und dem Grafen Kolowrat, die ganz in seinen Geleisen trabten, bildete er den Regierungsrath und beharrte in seinem unfruchtbaren Systeme des Stillstands. Gewissermaßen um Europa zu zeigen, daß der Tod des Kaisers Franz Nichts an der Vertraulichkeit der Cabinette geändert, wurden im Herbst des Jahres von Neuem gegenseitige Besuche der Fürsten veranstaltet. Nicolaus nahm an den preussischen Manövern in Schlesien Theil, Friedrich Wilhelm an den russischen in Kalisch; beide zusammen besuchten den Kaiser Ferdinand in Teplitz, Nicolaus begleitete denselben auch nach Prag und reiste von da im tiefsten Incognito nach Wien, um der Wittve des verstorbenen Kaisers ritterlich seine Huldigungen darzubringen, eine Aufmerksamkeit, die bei der Bevölkerung laut dem Preussischen Staatsanzeiger eine allgemeine Nührung hervorrief. In solchen Aeußerlichkeiten versäumte der russische Monarch niemals etwas; auch seinem preussischen Schwiegervater gegenüber war er stets die Liebenswürdigeit selbst und erntete dafür eine unbedingte Hingebung. Seine Politik dagegen war keineswegs preußenfreundlich, sondern in jeder Weise darüber aus, den berliner Einfluß an den deutschen Höfen durch den

Die West-
mächte.

Kaiser Fer-
dinand von
Österreich.

Die Fürsten-
begegnungen
in Kalisch und
Teplitz.

Russischer
Einfluß in
Deutschland.

russischen zu verdrängen. Auch das Geld wurde dabei nicht gespart; der Rubel reist im deutschen Land, sang Platen 1834;

sonst gab's nur Einen Rohebut,
jetzt giebt's ein ganzes Schod!

Noch wirksamer aber waren die verwandtschaftlichen Beziehungen, die mit den Höfen von Stuttgart, Darmstadt, Wiesbaden, Cassel u. s. f. angeknüpft wurden und die überall dem petersburger Cabinet die Wege bahnten. Eine Note von 1834, an die deutschen Mittelstaaten gerichtet, wagte bereits geradezu die Idee eines russischen Protectorates auszusprechen und einige Jahre später bemühte sich eine Schrift, die mit staunenswerther politisch-historischer Gelehrsamkeit verfaßt war, die Europäische Pentarchie (Leipzig 1839), demselben Gedanken im Publicum Anhang zu verschaffen. Nichtsdestoweniger beharrten Preußen und Oestreich auf ihrer russenfreundlichen Politik; ja es gelang dem Czaren sogar, auch England zeitweilig zu sich herüber zu ziehen und grade auf dem Boden gemeinsame Sache mit ihm zu machen, auf dem die Interessen der beiden Länder sich am meisten durchkreuzten, auf dem Boden der orientalischen Politik.

England und
Rußland.

Mehemed Ali und die Türkei.

Diese war es, die in den dreißiger Jahren neben den Kämpfen auf der pyrenäischen Halbinsel die Aufmerksamkeit der Diplomaten am meisten in Anspruch nahm. Der Störenfried war Mehemed Ali, Pascha von Aegypten.

Die bedeutende Rolle, welche dieser ungewöhnliche Mann in dem Kriege des Sultans wider das aufstrebende Griechenland gespielt hatte, berechnete ihn nach seiner Meinung auch einen bedeutenden Preis für die geleistete Hilfe zu fordern. Die Inseln Creta und Cypern, die er bekam, genügten ihm nicht; er verlangte auch das Paschalik von Damaskus. Grade das ihm einzuräumen trug aber die Pforte mit Recht Bedenken; denn der Besitz von Syrien, den von jeher die Beherrscher Aegyptens zur Sicherung ihrer Macht erstrebt hatten, mußte in dem Pascha, wenn er sie nicht schon besaß, die Lust erwecken, sich unabhängig zu machen und ihm zugleich einen derartigen Versuch bedeutend erleichtern. Mehemed ließ sich aber durch den ersten Mißerfolg nicht einschüchtern, sondern suchte sein Ziel auf einem andern Wege zu erreichen. Das südlichste von den vier syrischen Paschaliken, das von Akko, wurde von Abdallah verwaltet, einem Manne, der schon vielfach in Streit mit der Pforte gelegen hatte und gewaltsam zur Ordnung angehalten werden mußte. Auch mit Mehemed war er verfeindet. Seit lange schuldete er ihm eine ansehnliche Geldsumme und neuerdings gewährte er flüchtigen Aegyptern eine Zuflucht im Bereiche seiner Macht. Beide Klagepunkte machte nun Mehemed bei der Pforte anhängig, in der Hoffnung von ihr ermächtigt zu werden, sich selbst Recht zu schaffen. Einmal im Besitz von Akko würde dann, so rechnete er, von einer Rückgabe des werthvollen Landes so bald

Beginn des
Conflictes.

Mehemed be-
droht Akko.

nicht die Rede sein können. Indeß der Sultan rechnete ebenso und entschied deshalb zu Gunsten Abdallah's. Auch für diesen Fall war aber Mehemed gerüstet. Was er nicht mit Bewilligung seines Oberherrn erreichen konnte, wollte er gegen dessen Willen erzwingen. Seine Armee, europäisch eingeübt und von seinem Sohne Ibrahim, dem gefürchteten Gegner der Hellenen, befehligt, harrete nur seines Wortes, um die Grenzen zu überschreiten. Die äußeren Verhältnisse waren ungemein günstig. Den Großmächten fehlte es an Ruße, sich eingehend mit diesem Streite zweier türkischer Pascha's zu beschäftigen; ein so alltägliches Ereigniß, das in der Geschichte des osmanischen Reiches hunderte von Seitenstücken zählte, konnte wenig interessiren in einem Augenblicke, wo die Anwesenheit französischer Truppen in Belgien lebhafteste Besorgnisse wach rief. Und die Türkei ihrerseits war vollauf beschäftigt mit den blutigen Unruhen, die unter den Albanesen und den Bosniern im Gefolge des russischen Krieges ausgebrochen waren. Die Albanesen zwar waren um diese Zeit (Ende 1831) theils durch die verrätherische Ermordung vieler Häuptlinge, theils durch einige Siege Reschid Pascha's bereits bezwungen; aber der „Drache von Bosnien“, Hussein Pascha, stand noch in voller Wehr und wurde erst im Juni des nächsten Jahres über die österreichische Grenze gedrängt. Somit galt es für Mehemed den Augenblick zu nutzen. Am 29. October 1831 überschritt Ibrahim die syrische Grenze, nahm ohne Kampf die wichtigsten Städte des feindlichen Paschas, Gaza, Jaffa, Jerusalem, und begann die Belagerung des festen Akka, wohin Abdallah sich zurückgezogen. Hier fand er schwerere Arbeit; obgleich ihm die ägyptische Flotte zu Hülfe kam, machte die Belagerung Monate lang keine Fortschritte. Dadurch ermuthigt, entschloß sich der Sultan zur That. Das erneuerte Verlangen des Aegypters, ihm Akka abzutreten, wurde abgeschlagen, die Räumung Syriens gefordert, und als diese nicht erfolgte, Vater und Sohn ihrer Aemter und Würden auf so lange enthoben, bis sie Gehorsam geleistet. Die Sammlung eines Heeres bei Haleb sollte diesen Schritten Nachdruck geben. Aber Ibrahim ließ sich nicht einschüchtern; während er die Belagerung Akka's fortsetzte, machte er mit einem andern Theile seines Heeres neue Eroberungen und lieferte sogar dem Osman Pascha, welchen der Sultan an des belagerten Abdallah Stelle zum Statthalter der Provinz erhoben, ein Treffen. Darauf hin erfolgte am 23. April 1832 die Aukerklärung gegen die beiden Aegypter und Hussein Pascha, der türkische Oberbefehlshaber rückte mit dem Heere von Haleb vor. Aber nun war die kostbarste Zeit für den Sultan schon verloren. Akka, das Abdallah lieber hatte in die Luft sprengen, als übergeben wollen, wurde am 25. Mai mit Sturm genommen; der Pascha von Damaskus floh und gab seine Hauptstadt ohne Kampf preis; die Bewohner von Haleb sandten dem siegreichen Ibrahim ihre Unterwerfung schon entgegen, als er noch weit entfernt war; Mehemed Pascha, ein Unterfeldherr Hussein's, erlitt am 9. Juli bei Homs eine gänzliche Niederlage; und als nun endlich der türkische Obergeneral selbst sich mit Ibrahim maß, wurde er am 27. Juli bei

Gunst der
Sage.

Ibrahim vor
Akka.

Achtung Me-
hemed's und
Ibrahim's.

Ibrahim's
Siege.

Beylan so vollständig geschlagen, daß von seinem ganzen Heere nur Trümmer übrig blieben.

Nicht Ibrahim's Talenten allein wurde dieser schlimme Ausgang zugeschrieben, sondern vor Allem auch der verrätherischen Handlungsweise des Seraskiers Chosrew, der dem Hussein keine Triumphe gönnte, sondern, da er selbst den Oberbefehl zu erhalten wünschte, seine Niederlage durch die mangelhafte Ausrüstung des Heeres herbeizuführen bestrebt war. Die gleiche Treulosigkeit beging er gegen Reschid Pascha, der an Hussein's Stelle trat. Er drängte ihn zu einer Hauptschlacht und wußte doch beim Sultan durchzusetzen, daß ihm die Reservearmee von 25,000 Mann, die er zur Unterstützung verlangte, abgeschlagen wurde. Die Folge war, daß auch Reschid in der Schlacht bei Konija am 21. December 1832 völlig besiegt wurde. Ibrahim stand nun mitten in Kleinasien und seiner Armee von über 100,000 Mann hatte die Pforte keine ebenbürtige Streitmacht entgegen zu setzen; der Weg nach Constantinopel lag offen vor ihm. In dieser äußersten Noth erblickte Sultan Mahmud nur noch einen Hoffnungsschimmer: russische Hülfe. Nicolaus hatte sich von vornherein entschieden gegen Mehemed Ali ausgesprochen; der russische Consul hatte Alexandrien verlassen müssen und schon vor der Schlacht von Konija war dem Sultan der Beistand des Czaren angeboten worden. Damals hatte Mahmud ihn abgelehnt und England vergeblich um die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer ersucht. Jetzt blieb dem Bedrängten nichts Andres übrig als die von Neuem angebotene russische Hülfe im Januar 1833 zu erbitten. Mit Schrecken erkannten die Gesandten der Westmächte, wie drohend die Gefahr sei, daß der Einfluß Rußlands in Stambul allmächtig werde. Am entschlossensten trat der französische Botschafter Roussin auf. Er stellte der Pforte mit lebhaften Farben die Gefahr der Abhängigkeit vor, in welche sie sich begeben, versprach die kräftige Unterstützung seiner Regierung und erreichte wirklich, daß der Sultan am 20. Februar die Grundzüge einer Uebereinkunft mit Mehemed, die Roussin entworfen, genehmigte und den russischen Admiral, der mittlerweile von Sebastopol herbeigesegelt war, ersuchte, sich wieder zurückzuziehen. Allein die Aegyptier weigerten sich ihrerseits jenen Grundzügen beizustimmen; Alka, das ihnen geboten wurde, genügte jetzt ihren Forderungen nicht mehr; Mehemed wies die französische Vermittlung zurück und Ibrahim marschirte vor. So mußte denn der Sultan seine Bitte um russischen Beistand erneuern; auch jetzt fand er williges Gehör; der Admiral Pasarew ging im Bosporus vor Anker und Ende April landeten 15,000 Russen bei Skutari, während eine größere Armee den Pruth überschritt und auf Constantinopel zog. Die größte Aufregung ergriff die Westmächte; um jeden Preis wollten sie es bereiten, daß die Russen thatsächlich an dem Kriege Theil nähmen. Aber da sie weder Flotte noch Heer zur Hand hatten, da Mehemed Ali starr auf seinen Forderungen: Ganz Syrien und die Provinz Adana mit den Tauruspässen! bestand, was konnten sie thun? Das einzige Mittel war, dem Sultan eine so große Furcht vor der russischen Hülfe einzusößen,

Ibrahim in Klein-Asien.

Sieg bei Konija.

Russische Einmischung.

Französische Vermittlung.

Diplomatische Verhandlungen.

daß er lieber dem Aegyptier Alles bewilligte, als sie zur That werden ließe. Darauf waren die eifrigen Bemühungen ihrer Gesandten gerichtet und — mit Erfolg. Denn Oestreich unterstützte sie und Rußland arbeitete ihnen nicht entgegen. Der Gewandtheit, mit welcher die petersburger Diplomatie ihre Rolle spielte, läßt sich die vollste Anerkennung nicht versagen. Sie gestattete dem Sultan den freisten Entschluß, gleich bereit zu seiner Unterstützung, wie zur Rückberufung der Truppen. So war sie des Erfolges in jedem Falle sicher. Fügte sich Mahmud den Rathschlägen der Westmächte und gab, Ingrimim im Herzen, dem aufrührerischen Vasallen die verlangten Provinzen, so konnte der Czar sich darauf berufen, daß nicht an ihm die Schuld des schlimmen Ausgangs liege; beharrte die Pforte auf ihrem Widerstande, gelang es den russischen Truppen sobann, die Aegyptier zu schlagen, so war Nicolaus der edelmüthige Retter eines Fürsten, mit dem er kaum drei Jahre zuvor selbst im Kriege gewesen. In beiden Fällen aber hatte fortan sein Einfluß in Constantinopel das Uebergewicht. Die Westmächte sollten das sehr bald erfahren. Zuerst brachten sie jetzt den Frieden glücklich zu Stande; am 6. Mai 1833 wurde er in Kutahija wesentlich auf die Bedingungen hin geschlossen, die Mehemed gestellt hatte; ganz Syrien wurde ihm und Adana seinem Sohne Ibrahim überlassen, natürlich unter der nominellen Oberherrschaft der Pforte, die er auch für Aegypten, Arabien, Cypern und Creta von Neuem anerkannte.

Der Friede
von Kutahija.

Für die längere Anwesenheit der Russen im türkischen Reiche war damit jeder Vorwand hinweggeräumt; auch zogen sie mit Heer und Flotte ab, ohne Schwierigkeiten zu machen. Aber kurz nachher unterzeichnete ihr Gesandter mit der Pforte ein Schutz- und Trugbündniß auf acht Jahre, welches deutlich zeigte, wie der Sultan nur an Rußland noch einen festen Rückhalt zu besitzen glaubte. Es war der Vertrag von Unfjar-Skelessi, d. d. 8. Juli 1833. Besonders erregte ein geheimer Zusatzartikel, der doch bald bekannt wurde, die lebhafteste Besorgniß der Westmächte. Derselbe bestimmte, daß die Pforte, wenn Rußland in Krieg gerathe, zu materieller Unterstützung nicht verpflichtet sei, sondern nur die Durchfahrt durch die Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe schließen müsse. Deutlicher als durch diese Verabredung konnte allerdings die Stellung der beiden Verbündeten nicht gekennzeichnet werden; der Schlüssel zum Schwarzen Meere war dadurch in Rußlands Hand gegeben. England und Frankreich protestirten heftig gegen diesen Vertrag, aber natürlich ohne Erfolg. Sie konnten ihre Politik im Orient jetzt in doppelter Weise einrichten: entweder sie stellten sich auf Mehemed Ali's Seite und beförderten die Entwicklung seines Reiches, damit es an die Stelle des morschen, von Rußland beherrschten türkischen trete; oder sie hielten den Aegyptier mit Gewalt im Zaume, beförderten die Reform der türkischen Verwaltung und Politik, und suchten nach und nach den russischen Einfluß zu vermindern. Den letzteren Weg schlug England ein, den ersten Frankreich, und so trennten sich, wenn auch anfangs unmerklich, ihre Wege. Der französischen Politik hatte es seit langem nah

Vertrag von
Unfjar-Ske-
lessi.

England und
Frankreich.

gelegen, Aegypten zu unterstützen, dort Einfluß zu gewinnen und so die Verwandlung des Mittelmeeres in eine „französische See“ vorzubereiten. England dagegen mußte wünschen, den Weg über die Landenge von Suez und durch das Rothe Meer weder unter französischen Einfluß, noch in die Hände eines Herrschers kommen zu lassen, der in Kriegszeiten ihn würde sperren können. Mehemet Ali war ihm daher gründlich verhaßt und wurde es noch mehr, als er in den folgenden Jahren seine früher schon begonnenen Eroberungen in Arabien mit Eifer wieder aufnahm. Es war ein nothwendiges Erforderniß der britischen Politik, jetzt selbst auf der Halbinsel festen Fuß zu fassen. Eine Gelegenheit dazu bot sich, als 1838 ein gestrandetes englisches Schiff bei Aden von den Landesbewohnern geplündert wurde. Palmerston verlangte Genugthuung und nahm, als diese verweigert wurde, 1839 Aden mit Gewalt in Besitz, wodurch er seinem Lande am rothen Meere einen Platz erwarb, der dieselbe Bedeutung hatte, wie Gibraltar am Mittelmeer. Vorher schon war er bedacht gewesen, auf alle Fälle noch eine zweite Ueberlandstraße nach Indien zu schaffen; er hatte 1835 von der Pforte die Erlaubniß erwirkt, auf dem Euphrat eine englische Dampferlinie zu begründen. Trotz Rußlands Einspruch war sie ertheilt worden, aber technische Schwierigkeiten machten den Plan zu Nichts. Um so höher stieg die Bedeutung des Rothen Meeres, um so mehr galt es, Mehemet Ali niederzuhalten. In diesem Punkte trafen die englischen und die russischen Interessen zusammen, wie sehr sie sonst sich auch widersprechen mochten. Eben deshalb konnte Palmerston ein allzuheftiges Auseinanderplagen der Gegensätze nicht wünschen und fühlte sich durch die erbitterte und gründliche Polemik, welche ein englischer Privatmann, David Urquhart, gegen Rußland erhob, nicht wenig behindert. Dieser Mann stellte es sich zur Lebensaufgabe, die Pläne des petersburger Cabinets zu entlarven. Durch lange Reisen mit den Verhältnissen des Orients wohl vertraut, veröffentlichte er seit 1833 mehrere Schriften darüber, welche das größte Aufsehen erregten, und gab vom Herbst 1835 bis in den Frühling 1837 ein Journal heraus, das Portfolio, welches keinen andern Zweck verfolgte als die Beleuchtung der russischen Politik. Das geschah, während er Gesandtschaftssecretär in Constantinopel war. Palmerston hatte ihn nur ungern auf diesen Posten gestellt, hatte aber dem Andringen des Königs und der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können. Es war ihm daher nicht unlieb, daß sich 1837 ein Anlaß bot, ihn wieder abzurufen. Urquhart hatte nämlich in der unbefangenen Weise englische Kaufleute ermuntert, an der türkischen Küste einen Schmuggelhandel mit Pulver und Kanonen zu treiben. Diese Küste hatte Rußland sich im Frieden von Adrianopel von den Türken abtreten lassen, obgleich sie denselben gar nicht gehörte, sondern von unabhängigen Stämmen bewohnt war. Seitdem waren russische Truppen mit ihrer Unterwerfung beschäftigt; die englische Zufuhr erleichterte den Widerstand. Im Herbst 1836 wurde nun ein englischer Schoner von einem russischen Kriegsschiff aufgebracht und als gute Priße verurtheilt. Urquhart

England be-
setzt Aden.

England und
Rußland.

David Urqu-
hart.

Englisch-türkischer Handelsvertrag.

glaubte die aufflackernde Leidenschaft, welche sich der Engländer in Folge dessen bemächtigte, benutzen zu können, um zum Kriege zu drängen; Palmerston hingegen erklärte sich mit den Erläuterungen, welche Rußland bereitwillig gab, zufrieden und entthob Urquhart seines Postens. Als Nachfolger schickte er Bulwer nach Stambul, der in Uebereinstimmung mit dem Gesandten, Lord Ponsonby, einen ganz andern Weg einschlug, um die Stellung Englands in der Türkei zu verbessern: sie betrieben den Abschluß eines Handelsvertrages. Nach den früheren Verträgen war ein Aus- und Einfuhrzoll von je 3 Procent verabredet worden; diese Bedingungen wurden nun zwar inne gehalten; aber dazu kamen eine solche Menge von inländischen Abgaben aller Art, daß thatsächlich die englische Einfuhr mit 40, 50, ja 60, die Ausfuhr sogar bis zu 100 Procent besteuert und der Handel fast unmöglich war. Die bedeutendsten dieser Vertheuerungen hingen mit den zahlreichen Monopolen zusammen. Aus diesen schöpfte aber gerade Mehemed Ali seinen größten Reichtum. Wenn sie durch einen neuen Handelsvertrag für das ganze Osmanische Reich aufgehoben wurden, so erlitt er die schwerste Einbuße; aller Wahrscheinlichkeit nach ließ sich von ihm also ein entschlossener Widerstand und eine ernstliche Entzweiung mit England erwarten. Diese Berechnung war es besonders, welche den Sultan für den Abschluß des Bulwer'schen Vertrages einnahm und ihm, zur nicht geringen Ueberraschung der übrigen Mächte, die Zustimmung abgewann. Am 16. August 1838 wurde derselbe unterzeichnet, und seine Abänderungen waren so vortheilhaft, daß die meisten Regierungen sofort, Rußland nach einigem Zögern, sie gleichfalls mit der Pforte vereinbarten.

Mehemed's Stellung dazu.

Seine Rück-
sichten.

Es war nun die Frage, ob Mehemed dieselben anerkennen oder daraus den Vorwand entnehmen werde, sich völlig von der Pforte loszusagen. Daß er mit diesem Gedanken sich ernstlich trage, daraus hatte er schon länger kein Geheimniß gemacht; selbst den Consuln der Westmächte hatte er es schon im Frühjahr grade herausgesagt. England war entschlossen, sich jedem solchen Versuche entschieden zu widersetzen und verstärkte seine Mittelmeerflotte; zugleich aber war es bemüht, ein gemeinsames Vorgehen aller fünf Großmächte anzubahnen, weil es dadurch Mehemed genügend einschüchtern und obendrein den verhassten Vertrag von Untjar-Steleffi beseitigen zu können hoffte, der auf diese Weise aus einem russisch-türkischen in ein Schutzbündniß zwischen der Türkei und den sämmtlichen Großmächten verwandelt werden sollte. Mehemed Ali erkannte die Gefahr rechtzeitig und gab besonders den Vorstellungen Frankreichs Gehör; er versicherte, daß er gegen den Handelsvertrag keine Einwendungen machen werde, sehte dabei aber seine Rückstellungen eifrig fort. Denn es war ihm völlig zweifellos geworden, daß er bei der zornigen Stimmung des Sultans, der nach einem Machekrieg brannte, das Gehässige des Friedensbruches gar nicht auf sich zu nehmen brauche, sondern den ersehnten Krieg auch ohne das haben werde. Das englische Cabinet war nunmehr eifrig bemüht, in Stambul Ruhe zu predigen, dem Sultan die Entwidlung der inneren Hülfskräfte seines Reiches zu empfehlen und

Kriegeslust
des Sultans.

ihm vorzustellen, daß seine Armee der ägyptischen nicht gewachsen sei. Das wagte freilich keiner der Minister dem Sultan zu sagen und dieser selbst hegte das größte Zutrauen zu seinen Truppen, die er durch preussische Offiziere, unter denen auch Moltke war, hatte umbilden lassen. Seine Siegeshoffnung steigerte sich noch durch die Kunde von der gährenden Unzufriedenheit, welche Mehemed's geld- und soldatenbedürftiges Regiment in Syrien hervorrief, und die in fortdauernden Aufständen der Drusen und anderer Gebirgsbewohner an den Tag trat. Natürlich fehlte es nicht an türkischem Gelde, das diese Unruhen nährte, wie andererseits Mehemed bei den Empörungen, die Jahr aus Jahr ein in den weiten Ländern des Sultans ausbrachen, seine Hand im Spiel hatte. Ging er doch so weit, und wurde dabei von einer ansehnlichen Partei selbst in der Nähe des Thrones unterstützt, einen Gewaltstreich zu planen, der das Scepter von Constantinopel dem alten, siebenjährigen Mahmud entwinden und in die Hände des kaum erwachsenen Thronfolgers Abdul Medjid legen sollte, zu dessen Vormund dann der Aegyptier bestimmt war. Unter solchen Umständen konnte die Kunst der Diplomatie den Ausbruch eines offenen Krieges vielleicht noch verzögern, aber schwerlich verhindern, zumal da der russische Gesandte in Stambul wohl nicht ganz denselben friedfertigen Absichten diente, wie seine Kollegen. Der Wille des Sultans machte endlich diesem Schwanken ein Ende. Zu Anfang des Jahres 1839 hatte er durch Pasiz Pascha die Unterwerfung eines Kurdenaufstandes vollendet und jener befand sich mit einer ansehnlichen Armee nahe der syrischen Grenze. Nicht minder gerüstet stand, zum Kampfe bereit, Ibrahim ihm gegenüber. Der Befehl des Sultans, daß Pasiz die Grenze überschreiten solle, gab das Zeichen zum Kriege; als Rechtfertigung diente, daß Mehemed den englischen Handelsvertrag noch immer nicht ausgeführt habe. Nun hatte der Pascha es leicht, den Friedfertigen zu spielen und seinem Freunde, dem französischen Consul, gefällig zu sein. Er nahm am 29. April den Handelsvertrag an und ermächtigte den Consul Cailhé, in Ibrahim's Lager zu gehen und seinem Vorrücken für den Fall Einhalt zu gebieten, daß auch Pasiz stehen bleibe. Er wußte recht gut, daß dieser Fall nicht eintreten werde, und empfing ohne Zweifel mit geheimer Befriedigung die Nachricht, daß Mahmud ihn und seinen Sohn am 9. Juni auf's Neue als Verräther in die Acht gethan.

Ausbruch des Krieges.

So trafen die Heere denn auf einander und bei Nissib am Euphrat kam es am 24. Juni zur Entscheidungsschlacht. Sie endete nach erbittertem Kampf mit einer völligen Niederlage der Türken. Dem alten Sultan blieb der Schmerz erspart, die Kunde von diesem neuen Unglück zu vernehmen; noch ehe sie in Stambul anlangte, am 30. Juni 1839, starb er. Der sechszehnjährige Abdul-Medjid war berufen, ihn zu ersetzen. Aber als ob der Schlag von Nissib noch nicht genug wäre, war die erste Erfahrung, welche der junge Fürst machte, ein schöner Verrath. Am 5. Juli verließ der Kapudan Pascha Achmed Fawzi, geleitet von einem Kriegsschiff, das ihm der französische Admiral Lagarde mitgab, mit der ganzen türkischen Flotte

Schlacht bei Nissib.

Sultan Abdul-Medjid.

die Dardanellen, segelte nach Alexandrien und trat zu dem Aegypten über. Wenn die Pforte jetzt sich selbst überlassen blieb, so hatte die letzte Stunde der osmanischen Dynastie geschlagen und das Scepter des Orients ging auf Mehemed Ali über. Aber war jetzt nicht der Augenblick gekommen, wo der Vertrag von Untjar-Skelessi zur Wahrheit werden mußte? Wenn die Westmächte nicht jeden Antheil an der Entscheidung verlieren wollten, so galt es rasch zu handeln. Das thaten ihre Gesandten in Constantinopel. Sie vereinbarten mit ihrem österreichischen und preussischen Collegen eine Note vom 27. Juli, der wohl, oder übel auch der russische sich anschließen mußte. Darin erklärten sie dem Sultan, sie seien übereingekommen, die orientalische Frage ihrerseits in die Hand zu nehmen, und riefen ihm, in keine Verhandlungen mit Mehemed sich einzulassen, bis sie ihm den Erfolg ihrer eigenen Bemühungen mitgetheilt hätten. Abdul-Medjid hatte keinen Grund und keine Möglichkeit, dem entgegen zu handeln, und auch Mehemed fügte sich wenigstens vor der Hand so weit, daß er Ibrahim stehen zu bleiben befahl. Von seinen Forderungen aber, die in dem erblichen Besitz aller ihm unterworfenen Provinzen bestanden, war er entschlossen, nicht abzugeben.

Die Einmischung der Großmächte.

Entfremdung zwischen Frankreich und England.

Annäherung zwischen England und Rußland.

Die Haltung der französischen Diplomatie mußte ihn darin bestärken. Während es bei Palmerston fest stand, daß dauernde Ruhe im Orient nicht anders zu erlangen sei, als wenn man Mehemed zwingen, sich in seine ursprüngliche ägyptische Muschelschale zurückzuziehen, weigerte sich die französische Regierung, irgend welche Zwangsmaßregeln gegen ihn zur Anwendung zu bringen. Die natürliche Folge davon war eine rasch wachsende Entfremdung zwischen den Cabinetten von London und Paris, sowie der Versuch der petersburger Regierung, sich mit Lord Palmerston zu verständigen. Baron von Brunnow erschien zu diesem Zweck in London (Ende September 1839) und fand freundliches Entgegenkommen. Er erklärte die Bereitwilligkeit seiner Regierung, den Vertrag von Untjar-Skelessi aufzugeben und alle militärischen Maßnahmen, die zum Schutze der Pforte nöthig sein möchten, nur im Einverständniß und Namen der andern Mächte zu thun. Nur in einem Punkte waren Anfangs die Ansichten sehr verschieden: Rußland betonte, daß es lieber ohne als mit Frankreich vorgehen werde; England wünschte das französische Bündniß wenn irgend möglich nicht zu lockern. Doch wurde bald klar, daß dieser Wunsch in Paris keine Erwiderung fand. Die französische Mittelmeerflotte wurde beträchtlich verstärkt, Louis Philipp selbst sprach davon, daß ein Krieg mit England ja doch unvermeidlich sei und Mehemeds Flotte ihm dabei erwünschte Dienste leisten werde; die französischen Gesandten suchten auf eigne Hand, ohne Rücksprache mit den fremden Mächten, der Note vom 27. Juli zuwider, einen Vertrag zwischen dem Sultan und dem Pascha zu vermitteln. Auf den Konferenzen, die in London gehalten wurden und an denen seit dem Februar 1840 auch ein türkischer Gesandter Theil nahm, war daher Frankreich Nichts als ein Hemmschuh; das unsinnige Lärmschlagen in der Presse, das Drohen mit einem allgemeinen europäischen Kriege,

Londoner Konferenzen.

das Geschrei nach dem Rheine, das besonders seit dem 1. März 1840, wo Thiers das Ministerium Soult ablöste, zunahm, schüchtern die Großmächte zwar nicht ein, näherte aber wohl die Ueberzeugung, daß eine Verständigung mit Frankreich nicht möglich sei. Als sie endlich unter der Hand erfuhren, daß Thiers in Constantinopel geradezu seine einseitige Vermittlung angeboten habe, hielten sie sich jeder Rücksicht auf Frankreich für überhoben und beschloßen unter sich, wie sie schon öfter gedroht hatten, einen Vertrag zur Herstellung des Friedens zu schließen. Der französische Gesandte in London, Guizot, kannte die Möglichkeit dieses Schrittes sehr wohl, hatte aber von seiner Nähe so wenig eine Ahnung, daß er noch am 14. Juli nach Paris meldete, man habe noch Zeit. Am 15. Juli wurde der Vierbund-Vertrag unterzeichnet. Darin erklärte die Pforte, welche ihm gleichfalls beitrug, daß der Sultan bereit sei, Mehemed Ali den erblichen Besitz von Aegypten und den lebenslänglichen eines Theiles von Syrien einzuräumen, wenn er sich binnen zehn Tagen füge; wo nicht, solle ihm innerhalb einer zweiten Frist von zehn Tagen als Gegenleistung für die Unterwerfung wenigstens der erbliche Besitz von Aegypten zugesichert werden; lasse er auch diesen Termin verstreichen, so halte sich der Sultan zu Nichts mehr verbunden. Zur Durchführung dieser Maßregeln verpflichteten sich die vier Mächte, nöthigenfalls Gewalt zu gebrauchen und zunächst zum Schutze von Constantinopel die Dardanellen und den Bosporus gemeinsam zu besetzen.

Der Londoner Vertrag.

Um eine letzte Rücksicht für Frankreich zu üben, hielt man den Vertrag zunächst geheim, theilte ihn dem pariser Cabinet mit, versicherte, daß man auf seinen Beitritt großen Werth lege, und ersuchte es, seinen großen Einfluß auf Mehemed im Sinne des Vertrages zu verwenden. Allein Hoffnung auf einen solchen Umschwung hegte man ernstlicher Weise nicht. Doch war man auf der andern Seite auch fest davon überzeugt, daß Frankreich sich nicht mit gewaffneter Hand dagegen ablehnen werde. Die Nachrichten, welche bald aus Frankreich kamen, konnten diese Ueberzeugung freilich wohl erschüttern. Der König selbst sprach davon, jetzt sei es Zeit, die Jakobinermütze aufzusetzen; Thiers, der Teufelskerl, wie Palmerston ihn nannte, spie Feuer und Flammen; durch die ganze Presse ging ein tobendes Wuthgeheul über die Schmach, welche man Frankreich dadurch angethan, daß man die orientalische Frage ohne seine Mitwirkung lösen wolle. Zu den Worten gesellten sich bald Thaten. Auf eigne Verantwortlichkeit — die Kammern waren nicht versammelt — beschloß das Ministerium die Verstärkung der Flotte, die Errichtung von 18 Linienregimentern, eine Anleihe von 100 Millionen Francs und die sofortige Inangriffnahme der Befestigung von Paris. Besonders die letzte Maßregel sollte die äußerste Entschlossenheit kund thun. Man wollte den Krieg nicht auf den Orient beschränken, sondern einem neuen Kampfe am Rhein trogen, auf die Gefahr hin, die Fremden wieder bis ins Herz von Frankreich vordringen zu sehen. Nicht als ob Ministerium oder Volk einen schlimmen Verlauf des Abenteuers für wahrscheinlich gehalten hätten; dann würde die Kriegslust wohl

Spannung mit Frankreich.

Französische Drohungen.

Einschreiten
gegen Mehemed
Ali.

Schlacht von
Kaleb Medina.

Neue Kriegswuth
in Frankreich.

weniger leidenschaftlich gewesen sein; vielmehr träumte und prahlte man von Nichts als Sieg und Eroberungen; man sah den Rhein schon von Neuem zu Frankreichs Grenzstrom gemacht, man schwelgte in der Erneuerung der napoleonischen Ruhmeszeit, die erst wenige Wochen vorher, als der Prinz von Joinville nach St. Helena absegelte, um die Gebeine des Kaisers zu holen, im frischesten Glanze vor die Augen der Nation getreten war. Allein grade dieses Uebermaß der Begeisterung trug dazu bei, die Verständigeren zu entnüchtern. Man begann die großen materiellen Verluste, welche der Krieg bringen mußte, zu berechnen; die Rente fiel langsam, aber unaufhörlich, in wenigen Monaten von 86 auf 69 Procent; man begann die Ueberlegenheit der vier großen Mächte, denen die deutschen Mittelstaaten noch beizurechnen waren, in Erwägung zu ziehen und entdeckte überdies, wie in Frankreichs militärischer Ausrüstung der Mangel an Waffen, Pferden, Dampfschiffen nicht unbedeutlich sei. Der König selbst wurde zuerst stutzig. Die Großmächte aber benutzten die Zeit gut. Mehemed Ali hatte im Vertrauen auf die französische Begeisterung die Fristen verstreichen lassen. Als bald wurde er vom Sultan abgesetzt und geächtet und die vereinigten Mächte begannen ihre Maßregeln, um ihm Syrien zu entreißen. Die Drusen und Maroniten im Libanon wurden zum Aufstande gereizt, der englische Admiral Stapford erschien mit einer englisch-österreichisch-türkischen Flotte an der syrischen Küste und eröffnete die Feindseligkeiten mit der Einnahme von Beirut am 14. September. Bald folgten andre Seestädte nach und die Aegyptier mußten sich von der Küste ins Innere Syriens zurückziehen. Dort aber trafen sie auf ein türkisches Heer, geführt von dem Hamburger Jochmus, und erlitten von ihm bei Kaleb Medina am 10. October eine schwere Niederlage. Noch bedenklicher waren zwei andre Schläge. Am 4. November erstürmten die Engländer und Oesterreicher Akka und kurz darauf blockirte Napier (einst in Dom Pedros Diensten) Alexandrien. Mehemed mußte einsehen, daß Frankreich für ihn, auch wenn es noch zum Kriege schreiten sollte, eine morsche Stütze sei. Sein Uebermuth war gebrochen und er suchte jetzt durch Anbahnung an England wenigstens die Bedingungen des zweiten Termines noch zu erlangen. Allerdings fladerte die Kriegsluft in Paris auf die Kunde von den Vorgängen in Syrien noch einmal in beängstigenden Flammen auf. Die Boulevards wurden nicht stille von dem Geschrei und Gesänge der Menge; die Theater widerhallten von dem wahnsinnigen Beifall, der Alfred de Musset's „Deutschem Rhein“ gespendet wurde, einem Liede, das in spottender Weise auf die Begeisterung antwortete, die in Deutschland zum Schutze des Rheines wach geworden war. Die Regierung selbst trug sich mit den wunderbarsten Entwürfen. Ob sie an dem Versuche, die englischen Schiffswerften anzuzünden, theilhaftig gewesen, mag zweifelhaft sein; aber ernstlich ins Auge faßte sie den Plan einer neuen „Anconabe“, wie man es damals nannte, d. h. der unvermutheten Besetzung einer türkischen Stadt durch französische Truppen. Und noch weiter gediehen war der Plan, die neuesten Verwirrungen

in Spanien (Königin Christine verließ eben damals, am 14. October, das Land) zu benutzen, um die Balearen wegzunehmen. Es war nicht Thiers' Schuld, daß dieser saubere Plan nicht zur Ausführung kam. Seine kriegerischen Gelüste wurden dem Könige doch nach und nach allzubedenklich. Den Ausschlag gab eine drohende Thronrebe, die der Monarch bei der Eröffnung der Kammern halten sollte. Louis Philipp weigerte sich dessen, entließ sein Ministerium am 29. October und beauftragte den friedlich gesinnten Guizot mit der Neubildung des Cabinets. Darüber kam es in der Kammer zu einer heftigen mehrtägigen Debatte, in welcher Guizot als Freund des Friedens um jeden Preis von Thiers und seinen Anhängern auf das Schonungsloseste verarbeitet wurde, endlich aber doch mit 247 über 161 Stimmen triumphirte.

Thiers' Entz.

Der neue Minister suchte nun als eine Gefälligkeit das von dem englischen Cabinette zu erbitten, was Thiers durch Drohungen nicht hatte erlangen können. Mehemed Ali den Besitz von Syrien wieder zu verschaffen, war jetzt natürlich völlig unmöglich; auch machte sich der alte Pascha selbst keine Hoffnung mehr darauf. Aber es wäre doch immer ein Triumph für die Regierung Louis Philipps gewesen, wenn die vier Mächte ihm auch nur Aegypten in Folge französischer Verwendung gelassen hätten. Das hatte daher schon Thiers am 8. October als geringstes Zugeständniß von England gefordert, allerdings mit dem später eingestandenen Hintergedanken, dadurch Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen und den Ausbruch des ersehnten Krieges bis ins Frühjahr 1841 verschieben zu können. Aber Lord Palmerston schlug es rundweg ab, obgleich er materiell mit dem Vorschlag als einem billigen Ausgleich ganz einverstanden war. Er befolgte streng den Grundsatz, der französischen Nationalitätlichkeit durchaus nicht zu Willen zu sein. Schredschüssen nachzugeben und um des lieben Friedens willen eine s. g. versöhnliche Sprache zu führen, sei eine Politik, so meinte er, die nur Unheil stifte. Ebenso wenig wollte er jetzt den Gefälligen spielen; in den Augen der Franzosen würde das doch nur als Furcht erscheinen sein. Aber thatsächlich entsprach er den Wünschen Guizots. Am 27. November war Mehemed Ali in Alexandrien von Rapier zum Nachgeben gezwungen. Eine vorläufige Uebereinkunft zwischen beiden bestimmte, daß Mehemed die noch besetzten Theile von Syrien räumen und die türkische Flotte herausgeben, dafür aber Aegypten behalten solle. Allerdings hatte die letztere Bestimmung durchaus keinen Anspruch auf Gültigkeit, da England nicht einseitig den Vertrag vom 15. Juli ändern konnte; es wurde diese Uebereinkunft daher auch formell wieder aufgehoben; allein in diesem Sinne zu wirken, blieb Palmerston nichts desto weniger entschlossen, und der Widerspruch, den er bei seinen Verbündeten und bei der Pforte überwinden mußte, war nicht sehr nachhaltig. Mehemed Ali mußte sich der Form wegen zunächst bedingungslos unterwerfen; dann aber wurde der Pachtischerif, welcher ihn abgesetzt und geächtet hatte, vom Sultan aufgehoben und ihm der erbliche Besitz von Aegypten am 13. Februar 1841 feierlich wieder zuerkannt.

Guizots Bemühungen.

Mehemed Ali's Unterwerfung.

Englands Er-
folge.

Reformbestre-
bungen in
der Türkei.

Der Hattis-
cherif von
Gülhane.

So war der Ausgang der großen Krisis also für Frankreich ein sehr beschämender, für Rußland und besonders für England aber ruhmvoll und vortheilhaft. Mehemed Ali hatte Achtung vor ihrer Macht bekommen und hielt es für rätzlich, fortan sich gut mit England zu stellen. Ein wesentliches Recht, das er dem londoner Cabinet einräumte, war die Anlage einer Handelsstraße über die Landenge von Suez und die damit verbundene Einrichtung der Ueberlandpost nach Ostindien. In Constantinopel hielten sich Rußland und England im Ganzen die Wage; bald war der Einfluß des einen, bald der des andern Staates größer, ein Wechsel, der für die Türkei nichts weniger als segensreich war. Denn auch ohne dies wurde sie schon von einem gefährlichen Kampfe widerstreitender Parteien und Principien heimge-
sucht. Daß die bisherigen Zustände gebessert werden mußten, dieser Einsicht konnte sich kein türkischer Staatsmann entziehen. Aber sollte die Aenderung darin bestehen, daß man zu den alten national-türkischen Einrichtungen, an denen Mahmuds Regierung so vielfältig gerüttelt hatte, eifrig und gläubig zurückkehrte, oder sollte man umgekehrt die Neubildung des Staates auf europäischer Grundlage versuchen und statt wie bisher in einzelnen Fragen, auf einzelnen Gebieten jetzt mit vollem Ernst in der gesamten Verwaltung mit den alten Grundsätzen brechen? Darüber gingen die Ansichten schroff aus einander, und während die europäische Partei in Reschid Pascha einen geistvollen und arbeitsamen Führer hatte, der im besten Einvernehmen mit dem englischen Gesandten Stratford Canning (Lord Redcliffe) zu wirken bemüht war, fand die nationale Partei in den Alemas und in dem Fanatismus des Volkes eine Stütze, die durch den russischen Einfluß noch gestärkt wurde. Für die nächste Zeit hatte Reschid noch das Uebergewicht. Das Programm seiner Reformen war in dem Hattischerif von Gülhane enthalten, einer Art von Verfassungsurkunde, die Abdul Medjid bereits am 2. November 1839 unter großen Feierlichkeiten auf seinem Lustschloß Gülhane ertheilt hatte. Die Lage der Christen und Juden wurde durch dieselbe wesentlich verbessert, die Steuergeetze und die Militärpflicht geordnet und begrenzt, die Todesstrafe ohne richterlichen Spruch abgeschafft. Zur Ausführung dieser Urkunde erfolgte dann eine ganze Reihe von Gesetzen, die unter dem Namen der „heilsamen Anordnungen“ zusammengefaßt wurden. Selbst eine Art von Landesvertretung, deren Mitglieder freilich der Sultan ernannte, berief Reschid ein; doch war der Erfolg und Eindruck dieses Schrittes nicht geeignet, zu einer Wiederholung einzuladen. Der junge Sultan Abdul Medjid war bei alledem eine vollständige Null.

Rußland und England in Asien.

Ähnlich wie in Constantinopel kämpften der russische und der englische Einfluß in Central-Asien und in China mit einander, und wenn die Ausbrüche dieser Wettbewerbung auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die politische Gesamtlage Europas ausübten und noch

weniger ein lebhaftes Interesse zu erwecken vermögen, so müssen doch diese Kämpfe in ihren Hauptzügen hier erwähnt werden.

Es wurde schon oben der Bemühungen Rußlands gedacht, seine Herrschaft im Kaukasus zu befestigen. Wenn es sich dadurch einerseits den Besitz der Ostküste des Schwarzen Meeres sichern und der Verwandlung dieses Meeres in einen russischen Binnensee vorarbeiten wollte, so war sein Augenmerk doch gleichzeitig nicht weniger auf den Caspisee gerichtet, dessen Bedeutung für den innerasiatischen Handel damals zwar noch sehr gering war, aber in ihrer Entwicklungsfähigkeit wohl erkannt wurde. Schwerlich schwebten der russischen Politik, wenn sie gleichzeitig östlich und westlich dieses ungeheuren Wasserbeckens ihre Grenzen vorzuschieben suchte, so weit entlegene Ziele vor, wie man in England auf Urquharts Zeugniß hin glaubte. Hier sah man die Russen schon auf dem graden Wege nach Indien um der englischen Herrschaft dort ein Ende zu machen, und das schlechte Gewissen der ostindischen Compagnie, welche noch Herrin des Landes war und gegen deren Ausbeutungssystem sich ein heftiger Groll aufgefammelt hatte, malte dieses Schreckbild der Zukunft noch furchtbarer aus. In der That waren es doch ganz überwiegend die Interessen des Handels, welche die russische Politik in Centralasien leiteten. Dieser Handel war von nicht geringem Umfange, aber er war bis dahin genöthigt, bedeutende Umwege zu machen, die ihn sehr erschwerten. Statt durch den Caspi=See nach Alerabad (am Südostende desselben) und weiter durch das Utkel=Thal nach Mesched und Herat, oder auf der zweiten natürlichen Route über Khiva den Amu hinauf nach Balkh zu gehen, umging er die Kirgisensteppen und die Staaten des feindlichen Emirs von Khiva in einem riesigen Bogen und hatte Petropawlowsk in Sibirien zum Ausgangspuncte. Dadurch wurde den Russen die Concurrenz mit den Engländern auf den Märkten von Persien, Afghanistan und den turanischen Chanaten um so mehr erschwert, als die ostindische Compagnie ihre Herrschaft in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts ganz beträchtlich ausgedehnt und bereits den Indus in ihr Machtgebiet eingeschlossen hatte. Früher hatten die kleinen Staaten im Pendschab dem englischen Handel aus Eifersucht alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt und dadurch den russisch=asiatischen Verkehr befördert. Das war jetzt anders geworden. Handelsverträge, welche die ostindische Compagnie 1832 mit diesen Fürsten abgeschlossen, öffneten ihr gegen mäßige Zölle den Weg auf dem Indus bis nach Attock hinauf, von wo der Kabul=Paß nach Afghanistan hinüberführte. Wegreißlicher Weise suchte Rußland in ähnlicher Weise näher zu rücken und daraus entstand die heftige Eifersucht, die sich besonders in Persien, Afghanistan und Khiva bemerklich machte.

Am Hofe von Teheran verdankte Rußland seinen Einfluß den glücklichen Kriegen, die es gegen Persien geführt und die dem Schah Achtung eingespöht hatten. In den Friedensschlüssen von 1814 und 1828 waren ihm beträchtliche Landestheile abgetreten. England hatte den Persern nicht beigestanden, obgleich es sich den Anschein

Der Kaukasus.

Der Caspi-
See.Handels-
straßen.Die ostindische
Compagnie.

Persien.

Dost Mahomet
von Kabul.

Angriff auf
Herat.

Englische Ein-
mischung.

gab, ihr Freund zu sein und dadurch an Ansehn verloren. So stand es schon unter dem Schah Feth Ali, der 1834 starb, noch mehr aber unter seinem Enkel und Nachfolger Mohammed Mirza, obgleich dieser den Sieg über einen Oheim, der ihm das Reich streitig machte, zum großen Theil englischem Gelde verdankte, und obgleich englische Offiziere seine Truppen einübten. Der russische Gesandte, Graf Simowitsch, war an seinem Hofe allmächtig. Er war es auch, der den Schah überredete einen Eroberungskrieg gegen Kamran, den Fürsten von Herat, zu unternehmen und sich zu diesem Zwecke mit Dost Mahomet von Kabul zu verbinden. Dost Mahomet war ein Usurpator. Er hatte die Oheime Kamrans gestürzt und den größten Theil Afghanistans unter seine Botmäßigkeit gebracht. In früheren Jahren suchte er eifrig die Freundschaft der Engländer. Allein die Verhältnisse hatten jene gezwungen sich auf die Seite seiner Feinde zu stellen. Einer der von Dost vertriebenen Fürsten, Schudschah, hatte nämlich Zuflucht und Beistand bei dem mächtigsten Fürsten des Penthschab, Rundschi Singh, gefunden, und da die ostindische Compagnie diesen Mann gebrauchte, um die vorhin erwähnten Handelsverträge von 1832 zu Stande zu bringen, so ergab sich von selbst, daß sie auch den Schudschah unterstützen und Dost Mahomet's Freundschaftsanträge ablehnen mußte. So hatte sich dieser denn seit einigen Jahren eng an Persien und Rußland angeschlossen, wodurch er für die Engländer eine sehr unbequemer Nachbar wurde. In ganz Afghanistan gab es nur noch einen Punkt, wo ihr Einfluß den russischen überwog, das war Herat, die Residenz Kamrans. Bei dieser Sachlage war es ebenso begreiflich, daß Rußland den Kamran durch einen Angriff von Persien oder von Kabul aus zu stürzen und Herat sei es in Mohammed Mirzas oder in Dost Mahomet's Hände zu bringen wünschte, wie daß England einen solchen Erfolg um jeden Preis zu vereiteln suchte. Im Juli 1837 unternahm der persische Schah seinen Zug gegen Herat. Simowitsch begleitete ihn; Dost Mahomet hielt sich noch zurück. Der englische Gesandte in Teheran, Meill, ein Freund Urquharts, drang in Palmerston, energisch dazwischen zu fahren. Aber ehe auf seine Berichte Weisungen eintreffen konnten, mußte viel Zeit verstreichen. Es fragte sich, ob Herat so lange sich halten werde. Simowitsch selbst leitete die Belagerung; aber auch die Verteidigung war in guten Händen, in denen des Engländers Pottinger. Alle Stürme wurden abgeschlagen. Dadurch gewann England die nothwendige Zeit. Eine Flotte erschien im persischen Meerbusen und besetzte die Insel Karak; eine drohende Note vom Mai 1838 kündigte Persien den Krieg an, wenn die Belagerung von Herat nicht aufgegeben werde. Ein ganz unglücklicher Sturm auf die Stadt, im Juni, unterstützte diese Schritte und Mohammed Mirza entschloß sich zu Simowitsch' großem Verdruß den Forderungen Englands nachzukommen. Damit war die dringendste Gefahr vorüber; aber genügende Sicherheit für die britischen Interessen schien doch nur dann gewonnen werden zu können, wenn man aus der Verteidigung zum Angriff überging. Denn welche

Bürgschaft gab es dafür, daß nicht Dost Mahomet plötzlich das Werk fortsetze, das Mohammed Mirza hatte aufgeben müssen? So entschloß sich England zum Kriege gegen diesen, in der Absicht, Schudschah an seiner Statt wieder zum Herrn von Kabul zu machen. Lord Auckland, der Gouverneur von Indien, schloß mit dem Gefürzten und dessen Beschützer Rundschi Singh ein Bündniß und erklärte im October 1838 Dost den Krieg. Das Unternehmen war mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, aber das Talent des Obergenerals Sir John Kean besiegte sie schließlich alle. Kandahar, Ghuzni, Kabul, die Hauptstädte des Landes, wurden erstürmt und Schudschah im August 1839 zurückgeführt. Im nächsten Jahre machte Dost noch einen Versuch sein Unglück wieder gut zu machen; allein es ging ihm nur um so schlimmer; er wurde gefangen genommen und nach Ostindien abgeführt. England hatte also glänzende Triumphe gefeiert. Sie noch zu erhöhen unternahm Rußland um dieselbe Zeit, im November 1839, einen unglücklichen Kriegszug gegen den Emir von Khiva, der durch den Raub russischer Unterthanen den gerechtesten und erwünschtesten Anlaß dazu bot. Die Leitung des Unternehmens wurde dem General Perowski übertragen, der die umfassendsten Vorbereitungen traf. Allein die Ungunst der Verhältnisse war zu groß. Alles vereinigte sich gegen die Russen. In den wasserlosen Wüsten, durch welche der Zug ging, lieferte ihnen nur der Schnee das nöthige Getränk; die Kälte stieg bis zu 32° und endlich traten furchtbare Schneestürme ein, die Menschen und Thieren in der offenen Steppe das Grab bereiteten. Mit den schwersten Verlusten mußte Perowski den Rückzug antreten ohne mit dem Feinde zusammengetroffen zu sein. Aber vergebens war der Zug doch nicht gewesen. Es waren reiche Erfahrungen für die Zukunft gesammelt, und der Chan von Khiva war doch auch hinreichend eingeschüchtert, um freiwillig die russischen Sklaven herauszugeben und zu versprechen, daß ähnliche Räubereien nicht wieder vorkommen sollten. Ein noch besseres Pflaster auf die Wunde, welche die unglückliche Expedition dem russischen Ehrgeiz geschlagen, lieferte aber im nächsten Jahre das Schicksal der Engländer in Afghanistan. Am Hofe Schudschahs residierte als Gesandter Sir Alexander Burnes; ein englisches Heer unter General Elphinstone war im Lande geblieben. Gegen sie erhoben sich im December 1841 die Afghanen; Burnes wurde niedergemetzelt, Elphinstone zum Rückzuge gezwungen und sein Heer in den Khybarpässen fast gänzlich aufgerieben. Von der Besatzung Kabuls, die aus 5000 Mann bestand, entkamen nur zehn. Wenn die Scharte auch im nächsten Jahre wieder ausgewetzt und das Land von den Generalen Nott und Pollard von Neuem unterworfen wurde, so war die Niederlage doch ein schwerer Schlag und lehrte deutlich, daß auch der englische Einfluß in Afghanistan auf sehr schwanken Füßen stehe.

Auch in China rivalisirten Großbritannien und Rußland mit einander, wenngleich ihre Gegnerschaft nicht so augenscheinlich zu Tage trat wie in Central-Asien. Rußland erfreute sich schon seit Peters des Großen Zeiten einer recht günstigen Stellung. Es hatte in

Krieg gegen
Dost Mahomet.

Rußland
gegen Khiva.

Rußland der
Afghanen.

China.

Peking, allein von allen europäischen Mächten, eine stehende Gesandtschaft und sein Handel mit China, der in Kiachta und Maimatschin betrieben wurde, war sehr blühend. England hatte bis zum Jahre 1833 nur durch die ostindische Compagnie mit dem himmlischen Reiche in Beziehung gestanden. Diese besaß das Monopol des chinesischen Handels, durfte ihn aber nur in Canton und auch dort nur mit einer bevorrechteten Kaufmannsgilde, den Hong, betreiben. 1833 wurde ihr dies Monopol aber genommen und allen englischen Kaufleuten der Handel freigegeben; an die Stelle des Vertreters der Compagnie trat ein Bevollmächtigter der Regierung. Von dem Augenblicke an begannen die Reibungen mit den chinesischen Behörden heftiger zu werden. Die Vertreter der Compagnie hatten, freilich auf Kosten des englischen Namens, sich im Interesse des Handels sehr viel bieten lassen. Die Mandarinen sahen mit Verachtung auf die rothborstigen Barbaren herab; ihre außerordentlichen Gesandtschaften, deren einige nach Peking kamen, wurden als schuldige Beweise der Unterwürfigkeit, die Geschenke, welche sie überbrachten, als rechtmäßiger Tribut betrachtet. Ein Vertreter der englischen Regierung mußte offenbar eine andre Sprache führen als ein Vertreter der Compagnie. Obendrein war nun aber der erste, Lord Napier, persönlich rücksichtslos und nicht geeignet, den bisherigen Ton allmählig in den richtigen hinüberzuleiten. Auch die materiellen Streitpuncte vermehrten sich, seitdem nicht mehr die Compagnie allein den Handel trieb; die meisten entsprangen dem ungeheuerlichen Schmuggel mit Opium. Dank demselben überstieg die englische Einfuhr in China die Ausfuhr um 7 Mill. Dollars, während der russische Handel für 5 Mill. Rubel weniger importirte als exportirte. Die chinesische Regierung hatte, vielleicht weniger aus Rücksicht auf die physische und moralische Gesundheit ihrer Unterthanen als um den englischen Handel zu schädigen, die Einfuhr von Opium überhaupt verboten. Einige Jahre hindurch begnügte sie sich damit, ihre eigenen Unterthanen zur Befolgung dieses Verbotes zu zwingen; sie nahm ihnen das Opium weg und ließ auch einige Opiumraucher hinrichten. Aber bald erwiesen sich diese Maßregeln als ungenügend; denn nun betrieben die Engländer selbst auf kleinen bewaffneten Booten den Vertrieb ihrer Waare. Allmählig wurde das den Chinesen zu viel; sie griffen auch diese Boote an, und das ergab ärgerliche Verwickelungen. Es schien zuletzt besser allen diesen Widrigkeiten durch einen Hauptschlag ein Ende zu machen. In der englischen Factorei zu Canton und auf den Schiffen im Hafen befand sich ein großer Vorrath von Opium, über 20,000 Kisten. Im Jahre 1839 verlangten die Chinesen die Auslieferung desselben und erzwangen sie, als sie verweigert wurde, durch Gewalt. Nun war ein Krieg unvermeidlich. Die englischen Kaufleute verließen Canton, die britischen Kriegsschiffe begannen Feindseligkeiten gegen die chinesische Flotte. Im Jahre 1840 wurde der Krieg förmlich erklärt. Eine Zeit lang zog er sich ohne bedeutendes Ereigniß hin; aber im Mai 1841 gerieth den Engländern ein Angriff auf Canton; etwas später erzwangen sie die Einfahrt in den Kaiser-

canal; im Mai 1842 eroberten sie die starke Festung Tschintiang, an dem Kreuzungspuncte dieses Canals und des Jantsekiang, und hatten dadurch die Möglichkeit, auf dem Canal nach Peking zu segeln. Um es dahin nicht kommen zu lassen, erklärte sich der Kaiser zum Frieden bereit und erkaufte ihn zu Nanjing am 25. September 1842 durch die Abtretung der Insel Hongkong, die Canton beherrscht, und durch die Oeffnung von fünf Häfen für den europäischen Handel: Canton, Amoi, Futschu, Ningpo und Schanghai.

Die Whigs in England.

Die englischen Staatsmänner, welche dieses Unternehmen gegen China eingeleitet hatten, waren bei der glücklichen Beendigung desselben nicht mehr im Amte. Seit der siegreichen Durchführung der Reformbill im Jahre 1832 hatten die Whigs fast ohne Unterbrechung ein Jahrzehnt hindurch am Ruder geessen. Wenn auch in ihrer Mitte die Umgestaltung des Wahlrechtes nicht wenig Gegner gezählt hatte, so waren diese durch die Erfahrung belehrt worden. Ihre Befürchtung, daß neue Unterhaus möchte sogleich zahlreiche radicale Elemente aufweisen, war bis dahin nur sehr beschränkt in Erfüllung gegangen. Palmerston meinte vielmehr, es werde allen seinen Vorgängern merkwürdig ähnlich, ungeduldig gegen Narren, unnachlässig gegen Großmäuler, der Debatte müde und geneigt, im Allgemeinen der Regierung in alle den Angelegenheiten zu vertrauen, welche seine Mitglieder nicht verstünden oder an denen ihre Wähler kein Interesse hätten. Im Oberhause hatten zwar die Tories die Mehrheit, allein sie konnten davon in wichtigen Fragen keinen Gebrauch gegen die Regierung machen, weil sie auch durch eine Auflösung die Herrschaft im Unterhause nicht hätten gewinnen können. Die materielle Lage des Landes war sehr befriedigend, Handel und Industrie in beständigem Aufschwung. Zwei Maßregeln von höchster Wichtigkeit griffen tief in das Colonialwesen und den überseeischen Handel ein. Der einen wurde schon gedacht: sie betraf die ostindische Compagnie, der eine 20jährige Frist zur vollständigen Abwicklung ihrer Geschäfte gegeben wurde; bis dahin blieb die Verwaltung ihrer Besitzungen unter manchen Beschränkungen und staatlicher Aufsicht in ihrer Hand. Von dem Reingewinn durften aber nur 630,000 £ jährlich an die Actionäre vertheilt werden; der Rest wurde für die Einlösung der 2500 Actien bestimmt. Die zweite Maßregel war die Befreiung der Sklaven in Westindien. Das Parlament bewilligte im August 1833 20 Mill. £ für diesen Zweck; dafür erhielten 750,000 Menschen ihre Freiheit zurück. Es war in der That ein glänzendes Beispiel von Großmuth und Gerechtigkeit, daß der Nation, welche ein so beträchtliches Opfer für eine gute That zu bringen bereit war, zur höchsten Ehre gereichte. Nicht minder bezeugte es aber auch den allgemeinen Wohlstand, der im Lande herrschte. Freilich fehlte es auch nicht an schwarzen Punkten. In den Arbeiterkreisen gährte eine große Unzufriedenheit. Seit ihnen durch ein Gesetz von 1824 das

Die Whigs.

Ostindische
Compagnie.

Recht gegeben war, sich zu vereinigen und gemeinsam den Arbeitgebern Bedingungen zu stellen, waren zahlreiche Gewerbevereine (Trades-Unions) entstanden, welche eine Verbesserung ihrer Lage durch Aufkündigung der Arbeit (strikes) von den Fabrikherren zu erzwingen suchten. Diese waren nun ihrerseits bedacht, Mittel zu finden, welche die Arbeiter auch ohne die Bewilligung höheren Lohnes zufrieden stellen könnten. Diesem Bestreben entsprang einerseits die Gründung von Consumvereinen, deren Aufgabe es sein sollte, dem Arbeiter seine Lebensbedürfnisse zu einem billigen Preise zu verschaffen, und andererseits die Bewegung für eine Ermäßigung der Kornzölle. Als Muster für die Consumvereine konnte derjenige der „Pioniere von Rochdale“ gelten, die mit einem kleinen Verkaufsladen und 26 £ Capital anfangen und durch geschickte und vorsichtige Ausdehnung ihres Betriebes allmählig eine eigene Dampfmühle, Bäckerei, Schlachtereie, eine Dampfspinnerei und Weberei u. s. f. zum gemeinsamen Vortheile begründeten. Dieser Vorgang fand zahlreiche Nachfolge und trug nicht wenig dazu bei, die unzufriedene Stimmung auf engere Kreise zu beschränken. Der Bewegung für die Ermäßigung der Kornzölle, die seit 1838 von Manchester aus durch Richard Cobden und seine Freunde mit erneuter Kraft in das Land getragen wurde, wird später zu gedenken sein. Brennender als diese Frage war die Beseitigung der Uebelstände in Irland. Wenn die katholischen Iren von der Katholikenbefreiung eine Besserung ihrer Lage erwartet hatten, so mußten sie sich bitter enttäuscht fühlen. Denn es geschah Nichts. Besonders lebhaft empfand dies Daniel O'Connell, der ja selbst im Unterhause saß und deutlich erkannte, daß seine heimische Insel auch bei den Whigs auf freiwillige Zugeständnisse nicht rechnen dürfe. Er begann daher eine neue Bewegung unter seinen Landsleuten, deren Losung das Wort: Repeal, Widerruf! wurde — Widerruf nämlich der Unions-Acte von 1800, durch welche das irische Sonderparlament aufgehoben und die Rechtsbefugniß des englischen Parlaments, dessen beide Häuser durch 32, resp. 100 Iren verstärkt waren, auf Irland ausgedehnt worden war. Die Repeal-Bewegung gewann bald eine solche Stärke, daß sie von dem Ministerium nicht unbeachtet gelassen werden konnte; eine Gewährung des Verlangens kam selbstverständlich nicht in Frage und wurde selbst von O'Connell schwerlich für möglich erachtet; wohl aber ließ sich erwarten, daß die Regierung zur Beschwichtigung der wachsenden Unzufriedenheit die dringendsten Beschwerden der Iren abstellen werde. Ueber keinen Uebelstand wurden lebhaftere und besser begründete Klagen geführt, als über die Vorrechte der anglicanischen Kirche. Wenn die Zahl ihrer Angehörigen in einem irischen Bezirke auch noch so gering war, so hatte sie doch in demselben einen Geistlichen und dieser mußte von den Katholiken unterhalten werden. Das Ministerium Grey verschloß sich der Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse nicht; aber der erste Vorschlag zur Erleichterung, den es 1833 aufstellte und der vom Parlamente gebilligt wurde, konnte die Iren nicht befriedigen, denn er gewährte nicht die Aufhebung, sondern nur die allmähliche Ablösung

Die Gewerbevereine.

Befreiung der Sclaven.

Die Consumvereine.

Die irische Repealbewegung.

Die anglicanische Kirche in Irland.

der Kirchenlasten. Der Unwille über die Geringfügigkeit dieser Besserung gab der Repeal-Bewegung neue Stärke und führte zu unruhigen Auftritten und besonders zur Verweigerung des Zehnten. Dem gegenüber glaubte nun ein Theil des Ministeriums die äußerste Strenge zeigen zu müssen; es brachte eine Bill ein, welche die Verhängung des Kriegsrechtes in jedem irischen Bezirk, wo Unruhen ausbrächen, gestattete; nur ungern hatten sich andre Mitglieder des Cabinet's dieser Vorlage angeschlossen, und als dieselbe nun im Parlament heftig bekämpft, auch der innere Zwiespalt des Cabinettes ans Licht gezogen wurde, brach eine Ministercrisis aus, die mit dem Rücktritt der Anhänger der Zwangsbill und besonders Lord Grey's endete (9. Juli 1834). Der bisherige Minister des Innern, Lord Melbourne, wurde mit der Neubildung betraut, brachte ein liberaleres Ministerium als das vorige zu Stande und suchte sich mit O'Connell zu verständigen. Die erste Grundloge dafür bot die Rücknahme der Zwangsbill. Ein Theil der Cabinet'smitglieder, besonders Lord John Russell, wollte aber auch weitergehende Zugeständnisse machen und den Ueberschuß der Einnahmen, welche die protestantische Kirche aus Irland zog, für Unterrichtszwecke im Interesse aller Bekenntnisse verwenden. Dieser Ueberschuß war schon durch Grey's irische Kirchenbill, welche zehn Bisthümer und alle die Kirchen, in welchen seit drei Jahren kein Gottesdienst gehalten war, aufgehoben und die Besoldung aller übrigen Pfründen herabgesetzt hatte, sehr erheblich geworden. O'Connell war daher mit der Absicht Russells sehr zufrieden und unterstützte das Ministerium. Allein der König war nicht Willens, demselben zu folgen und führte selbst einen Cabinet'swechsel herbei. Im November 1834 trat nämlich derjenige Minister, welcher die Führung des Unterhauses hatte, Lord Althorp, in Folge des Todes seines Vaters als Earl Spencer ins Oberhaus; ein anderer mußte die Leitung des Unterhauses übernehmen. Allerdings war nun unter den Ministern keiner, welcher Althorp an Einfluß gleich kam, wie das auch schon früher von Grey und Melbourne wiederholt zugestanden war; auch ließ sich nicht leugnen, daß viele Anhänger des Cabinet's unsicher geworden waren, die einen, weil ihnen dasselbe zu weit, die andern, weil es ihnen nicht weit genug ging. Trotzdem war Melbourne der Meinung, er könne sich halten, und bot dem Könige seine Entlassung nicht an, wodurch der Monarch sich zu dem ungewöhnlichen Schritte veranlaßt sah, sie ihm zu ertheilen. Wellington erhielt den Auftrag ein Cabinet zu bilden. In richtiger Erkenntniß seiner Unbeliebtheit trat er denselben seinem gemäßigteren Parteigenossen Sir Robert Peel ab, der im December 1834 die Zügel der Regierung ergriff. Das überwiegend liberale Unterhaus wurde sofort aufgelöst. Aber der Erfolg war nicht genügend. Die Tories gewannen zwar eine beträchtliche Anzahl Sitze, gegen die vereinigten Whigs, Radicalen und Trens blieben sie aber in der Minderheit. Es half Nichts, daß Peel mit Verleugnung der strengen Parteigrundsätze eine Reihe von Bills einbrachte, welche die Reichen der Gegner erschüttern sollten. Nach einigen kleineren Niederlagen, die er ruhig

Die Zwangsbill.

Grey's Rücktritt.

Ministerium Melbourne.

Lord Althorp.

Ministerium Peel.

hinnahm, zwang ihn endlich doch die Annahme des oben erwähnten Russell'schen Vorschlages, die Ueberschüsse der irischen Kirchengemeinkünfte zu Unterrichtszwecken zu verwenden, zum Rücktritt. Kaum fünf Monate nach seinem unfreiwilligen Verzicht trat Melbourne wieder an die Spitze der Regierung. Auch er konnte auf die Mehrheit im Unterhause nur dann zählen, wenn er die Tories und die Radicales bei guter Laune erhielt. Alles, was er diesen zu Gefallen that, erregte aber im Oberhause den größten Unwillen und steigerte die Erbitterung der Tories. Diese glaubten sich den Anschlägen auf die anglicanische Kirche — denn als solche betrachteten sie die irischen Kirchenbills — mit allen Mitteln widersetzen zu müssen. In dieser Absicht belebten sie den Bund der Oranien-Männer (Orange-men) wieder, der zur Zeit Wilhelms von Oranien gegründet war, um dessen Herrschaft in Irland durchzusetzen. Er war niemals ganz erloschen, hatte gegen Ende des vorigen Jahrhunderts einen neuen Aufschwung genommen, und erhielt jetzt durch den Massenbeitritt der Tories, der die Mitgliederzahl auf 300,000 brachte, eine ungeahnte Stärke. An die Spitze der Logen, in die er zerfiel, trat als Großmeister des Königs Bruder, Ernst August, Herzog von Cumberland, nachmaliger König von Hannover, den seine gut toryistische Gesinnung den Orangemännern so sehr empfahl, daß sie sich mit dem Plane trugen, ihn bei Wilhelms IV. Tode anstatt der Prinzessin Victoria zum Könige zu erheben. Dieser Anschlag gerieth ihnen aber zum Verderben. Von den Radicales wurde 1836 im Unterhause eine Adresse an den König beantragt, welche die Auflösung des Bundes erbat. Das Unterhaus und der König stimmten bei und nun erwählte der Herzog von Cumberland das klügere Theil und empfahl allen Orangelogen sich aufzulösen. Wenn dieser Erfolg dem Whigministerium schon eine wesentliche Stärkung brachte, so war der Thronwechsel, der im nächsten Jahre eintrat, noch mehr im Parteinteresse. König Wilhelm IV. starb am 20. Juni 1837 und es folgte ihm in England seine Nichte Victoria, die Tochter seines 1820 gestorbenen Bruders, Eduard, Herzogs von Kent; in Hannover dagegen, wo die weibliche Erbfolge ausgeschlossen war, bestieg der Herzog von Cumberland den Thron. Victoria war durchaus whiggistisch erzogen und verhehlte ihre Gesinnungen keineswegs. Und doch hatte ihr Regierungsantritt mittelbar eine Erschütterung des Ministeriums Melbourne im Gefolge; denn bei der üblichen Neuwahl zum Parlaamente verminderte sich von Neuem die Zahl der eigentlichen Whigs besonders zu Gunsten der Radicales, die nahezu 100 Sitze einnahmen und deren Heeresfolge um so unsicherer wurde, je weniger Ergebnisse das Cabinet bei dem Widerstande des Oberhauses zu erzielen vermochte. Auch wurde es immer schwieriger, sie zufrieden zu stellen, besonders ihren linken Flügel, der sich als „Chartisten“, d. h. Anhänger der Volksharte (the people's charter) von den andern Radicales trennte. Geheime Wahl, allgemeines Stimmrecht, Abtheilung der Wahlbezirke nach der Kopfzahl, jährliche Neuwahlen, das war der wesentliche Inhalt der Volksharte, die natürlich den echten

Zweites Mi-
nisterium
Melbourne.

Die Orange-
men.

Ernst August
Herzog von
Cumberland.

Tod Wil-
helms IV.

Königin Vic-
toria.

Die Chartis-
ten.

Whigs ebenso sehr ein Greuel war wie den Tories, und die deshalb, als sie 1839 mit 1½ Millionen Unterschriften versehen ans Parlament kam, von den beiden großen Parteien mit seltener Einmütigkeit abgelehnt wurde. Auf den Beistand der Iren war für die Minister auch kein sicherer Verlaß; die Zehntenbill, die endlich 1838 im Oberhause durchging, war so verstümmelt, daß sie auf der grünen Insel nur wenig Freude erregte; die anderen irischen Bills, eine Städtebill, eine Armenbill u. s. w. gelangten auch nicht einmal in verkümmerter Form zur Annahme. Unter solchen Umständen war eine Niederlage des Ministeriums jeden Tag möglich; im Mai 1839 erfolgte sie in einer Frage, die Jamaica betraf. Das Ministerium gab seine Entlassung und die Königin berief Sir Robert Peel. Aber sie that es mit unverhohlenem Widerstreben und benutzte eine persönliche Angelegenheit um die toristische Cabinettsbildung zu verhindern. Peel verlangte von ihr, daß sie einige ihrer Hofdamen, die sämmtlich zu alten Whigfamilien gehörten, entlasse und durch toristisch gesinnte ersetze. Dessen weigerte sie sich, da ihre Damen nicht im Parlamente saßen, und Robert Peel erklärte, in diesem Falle die Geschäfte nicht führen zu können; das Ministerium Melbourne trat sein Amt wieder an. Heutzutage sind die Parteien so ziemlich darüber einig, daß die Handlungsweise der Königin nicht constitutionell gewesen sei; damals aber verfolgten die Whigs dieselben und erhöhten damit nur die Bitterkeit der Tories, die für ihre Niederlage in der Bedchamber-Question (Hofdamenfrage), wie man den Streit nannte, sich durch persönliche Unfreundlichkeiten gegen die Königin und ihren jungen Gemahl zu rächen suchten. Dem letzteren, dem Prinzen Albert von Coburg, war es zu danken, daß die Stellung der Partei zu der Monarchie endlich wieder ins rechte Gleis kam. Aus einer ganzen Flucht deutscher und anderer Prinzen, die sich seit 1833 um die Hand Victorias beworben hatten, war, vornehmlich durch die Bemühungen Leopolds von Belgien, Albert endlich auserkoren; im Februar 1840 fand die Hochzeit statt. Unter den Chicanen, welche die Tories gegen den Prinz-Gemahl (Prince-Consort) auskannnen und Dank den Radicals durchführten, war die empfindlichste die Herabsetzung der Civilliste von 50,000 £, welche die Regierung forderte, auf 30,000. Albert ließ sich dadurch nicht verstimmen, kam den Tories freundlich entgegen, erwirkte ihnen eine bessere Behandlung bei Hofe und erreichte, zum guten Theil durch die Vermittlung seines Vertrauten Stodmar, daß schon im Juli 1840 die Partei ein Gesetz ohne Widerspruch durchgehen ließ, welches ihm die Regentschaft für den Fall übertrug, daß die Königin mit Hinterlassung eines minderjährigen Erben sterben sollte.

Die irischen Bills.

Die Hofdamenfrage.

Der Prince-Consort Albert von Coburg.

Zwiespalt im Ministerium.

Mittlerweile verlor das Ministerium immer mehr Boden im Lande und im Parlamente; ja es war auch in sich nicht einig und bereitete seinen tüchtigsten und thätigsten Mitgliedern, Russell und Palmerston, solche Schwierigkeiten, daß der letztere unmittelbar vor dem Abschluß des Vierbundes vom 15. Juli 1840 seine Entlassung anbot, weil seine eigenen Collegen ihm entgegenwirkten. Lord

Rücktritt des
Ministeriums
Melbourne.

Ministerium
Peel.

Melbourne selbst that sehr wenig und ließ als Lord Pocourante (wie ihn Stockmar nannte) die Sachen gehen. Auch die Finanzen des Landes verschlechterten sich in bedenklicher Weise, und so ertheilte das Unterhaus als der Voranschlag des Jahres 1841 einen Ausfall von 2 Millionen Pfund aufwies, dem Cabinet endlich ein förmliches Mißtrauensvotum. Ehe sich Melbourne aber von der Gewalt trennte, wollte er es noch einmal mit einer Berufung an das Land versuchen, und erst als diese wider ihn ausfiel, entschloß er sich, vor einer Mehrheit von 91 Stimmen im Unterhause, 72 im Oberhause am 28. August 1841 den Rückzug anzutreten. Die Hofdamenfrage war durch Prinz Albert schon einige Monate früher dahin geordnet worden, daß die Königin im Fall eines Ministerwechsels einige ihrer Damen bereden werde, freiwillig zu verzichten. Dies geschah jetzt und Robert Peel konnte ohne Schwierigkeiten sein zweites Ministerium bilden.

Der hannoversche Verfassungsbruch.

Der Herzog
von Cumber-
land.

Patent vom
5. Juli 1837.

Beischildung
des Königs.

Der Tod Wilhelms IV. von England war für England vielleicht von geringerer Bedeutung gewesen als für Deutschland. Denn er veranlaßte nicht nur in Hannover Ereignisse von schwerwiegendem Ernste, sondern wirkte durch diese weit über die Grenzen jenes Königreiches hinaus. Es wurde oben schon erwähnt, daß die Erbfolge den Bruder Wilhelms, Ernst August, Herzog von Cumberland, auf den hannoverschen Thron berief. Schon die ganze Vergangenheit dieses Fürsten, seine leidenschaftliche Vorliebe für das Torythum, seine Stellung an der Spitze des Orangebundes, die wenig ehrenvollen Mittheilungen der englischen Blätter über seine bisherige Lebensweise, mußten mit Besorgniß erfüllen und die Befürchtung nahe legen, daß die gute Zeit, deren sich das Land seit dem Erlaß der Verfassung von 1833 unter der Verwaltung des Herzogs von Cambridge erfreut hatte, zu Ende gehen werde. Daß, was wirklich geschah, sah doch wohl im Ernste Niemand voraus. Kaum 14 Tage nach seines Bruders Tod, am 5. Juli 1837, erklärte der neue König in einem Patente, daß er die Verfassung nicht anerkenne, weil er in diesem weder in formeller noch in materieller Hinsicht ihn bindenden Staatsgrundgesetze eine hinreichende Gewähr für das dauernde Glück seiner Unterthanen nicht finden könne. Er werde die Stände, die schon am 29. Juni vertagt waren, wieder zusammenberufen, sobald die Prüfung dessen, was weiter zu geschehen habe, beendet sei und werde ihnen dann seine königliche Entschließung eröffnen. Unterzeichnet war dies Patent nicht von den Cabinetministern, sondern von Herrn von Scheele, den der König, wie es in der Urkunde selbst hieß, ohne Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz in Eid und Pflicht genommen hatte.

Ueber die wirklichen Triebfedern zu dieser Einleitung eines Verfassungsbruches war man im Lande kaum in Zweifel. Die Beischildung des neuen Königs — man sprach von dritthalb Millionen

Thalern — war bekannt; nun hatte die Verfassung von 1833 die Domänen zum Staatseigenthum gemacht und den König auf eine Civilliste angewiesen; das war es, was Ernst August vor Allem verdroß und was er rückgängig zu machen wünschte; denn im Besitze der Domänen konnte er seine Gläubiger leicht befriedigen. Diesem Verlangen mußte die Verfassung zum Opfer fallen. Die Prüfung, welche das Patent vom 5. Juli noch vorbehielt, ging natürlich im Geheimen vor sich; ihr Gegenstand war wohl wesentlich die Frage, ob es besser sei, die Constitution von 1833 als vollständig ungültig zu betrachten und einfach auf die von 1819 zurückzugehen, oder nur einzelne Bestimmungen derselben unter paßlichen Vorwänden zu verwerfen. Der erste Weg schien der bessere zu sein, und so verkündete ein zweites Patent vom 1. November 1837 dem Lande, daß die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes vom 26. Sept. 1833 von jetzt an erlöschen und die bereits vertagte Ständeversammlung aufgelöst sei. Alle königlichen Diener wurden ihres Eides auf die Verfassung entbunden und die bevorstehende Einberufung der Stände von 1819 zugleich mit einer Steuerermäßigung von 100,000 Thalern angekündigt.

Wohl erregte dieser schmachliche Verfassungsbruch im ganzen Lande den bittersten Unwillen; wohl dämpfte und erstickte er die Freude darüber, daß ein wichtiger Landstrich aus der (mit Jakob Grimm zu reden) zwar ehrenvollen, oft ersprießlichen, aber das Nationalgefühl herabdrückenden Verbindung mit einem fremden Reiche in das reine Verhältniß der andern deutschen Bundesstaaten übergegangen war; aber offenen Widerstand fand er nicht. „Ich unterschreibe Alles: Hunde sind wir ja doch!“ Diese Worte eines höheren Beamten waren der richtige Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung. „Das Eis des Schweigens überzog mit seiner Rinde hart und schmachlich das ganze Land.“ Es bedurfte erst eines kühnen Beispiels, um manchem Zagenden Muth zu machen. Sieben Göttinger Professoren gaben es. Nach längeren Berathungen mit anderen Collegen, die sich zuletzt doch ausschlossen, übersandten sie am 18. November dem Curatorium der Universität eine Verwahrung, in welcher sie, „um nicht als Männer zu erscheinen, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben“, sich dauernd an ihren Eid auf die Verfassung gebunden erklärten. Die Unterschriften, fast sämmtlich Namen ersten Ranges in der deutschen Wissenschaft, lauteten: F. C. Dabslmann, E. Albrecht, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, G. Gerwinus, H. Ewald, Wilhelm Weber. In Hannover erregte dieser Schritt den höchsten Zorn, und nicht bloß beim Könige persönlich. Wir haben es nicht gewagt zu widersprechen, und sieben Professoren nehmen es sich heraus! so murrten die hohen Beamten. Vollends die Collegen der Protestirenden fühlten sich zum Theil sehr unangenehm berührt und fürchteten, der Allerhöchste Zorn werde mit den Schuldigen auch die Unschuldigen, d. h. die ganze Universität, treffen. Dadurch ließen sich der Protector Bergmann und die Decane, unter ihnen Männer wie Herbart und Gieseler, verleiten, bei einer Audienz,

Stimmung
im Lande.

Die Göttinger
Sieben.

welche sie Namens der Universität von dem Könige auf dem Jagdschlosse Rothenkirchen erbaten, das Verhalten ihrer Collegen zu mißbilligen; wenigstens stellte die amtliche Zeitung die Sache so dar und die Mitglieder der Deputation wagten nicht öffentlich die falschen Angaben zu berichtigen. Das war für einige Männer, welche sich dem Schritte der Sieben als verfrüht nicht hatten anschließen wollen, doch zu viel; sechs Professoren, Otfried Müller an der Spitze, erklärten am 13. December, daß sie keineswegs, wie aus dem Verhalten des Prorectors geschlossen sei, die Gesinnungen ihrer sieben Collegen mißbilligten. Aber auch über Göttingen hinaus wirkte die Verwahrung vom 18. November. Dahlmann hatte einige Abschriften davon genommen, sie Jacob Grimm und Gerwinus mitgetheilt, und alle drei hatten sie an Verwandte geschickt. Dadurch oder auf andre Weise kam sie in die Casseler Zeitung und so in alle andern Blätter. Diese Veröffentlichung verdroß Ernst August ganz besonders; auf sie berief er sich vorzugsweise bei seinem weiteren Vorgehen. Ein günstiger Zufall schien ihm noch eine Waffe gegen die Sieben in die Hände zu spielen. Am Tage des Protestes selbst, am 18. November, hatten pariser Blätter die Nachricht gebracht, daß sieben Göttinger Professoren dem neuen Könige den Huldigungs Eid verweigerten. Die Zahl stimmte auffallend, aber doch nur von ungefähr; denn noch am Abend des 17. wußte keiner der Unterzeichner, ob sie ihrer 5 oder 7 oder 13 sein würden. In den Augen des Königs aber galt dies Zusammentreffen als Beweis, daß die Sieben wegen ihres Schrittes mit Frankreich in Verkehr gestanden. Ihre Verwahrung dagegen, vom 11. December datirt, kam zu spät; an demselben Tage hatte der König mit Umgehung der gesetzlichen Formen ihre Absetzung befohlen und den dreien, welche die Versendung von Abschriften eingeräumt, Dahlmann, J. Grimm und Gerwinus, die Wahl gestellt, binnen drei Tagen das Land zu verlassen oder der Abführung an einen andern Ort des Königreiches behufs weiterer Untersuchung gewärtig zu sein. Sie zogen das erstere vor und verließen die Stätte ihrer Wirksamkeit unter rührenden Ehrenbezeugungen seitens der Studenten, die sich massenhaft an der hessischen Grenze in Wigenhausen eingefunden hatten, um dort von ihnen Abschied zu nehmen, ja die 50 an der Zahl ihnen bis Cassel das Geleit gaben, wo sie freilich alsbald von der Polizei zurückgeschickt wurden. Auch Dahlmann und Gerwinus duldete man dort nicht, sondern wies sie zur sofortigen Weiterreise an; Grimm, als einen geborenen Hessen, mußte man sich schon gefallen lassen.

Die öffentliche Meinung.

Wenn irgend etwas die Vertriebenen über ihr persönliches Mißgeschick trösten konnte, so war es die Theilnahme, welche ihnen im ganzen Vaterlande entgegengetragen wurde. Alle Kreise, alle Parteien, alle Stämme einigten sich in der unbedingten Verdamnung des Königs, in der lauten Anerkennung der Sieben; die öffentliche politische Meinung, scheinbar schon erstorben, wurde wieder lebendig und trat als Macht auf. In Leipzig bildete sich sogleich ein „Göttinger Verein“, um durch Geldsammlungen die Vertriebenen zu

unterstützen. Der Gedanke fand begeisterten Anklang; von Königsberg bis Freiburg bildeten sich Zweigvereine; mit den großen Handelsplätzen wetteiferten die kleinen thüringischen Flecken; selbst aus den Göttinger Professorenkreisen liefen Gelder ein; aus der Schweiz, aus England, aus Italien sandten dort ansässige Deutsche ihren Beitrag. Bis 1842, wo endlich auch Dahlmann wieder eine Anstellung fand, waren im Ganzen über 22,000 Thaler zusammengebracht, mehr als man brauchte, so daß der Ueberschuß zur Unterstützung der Familie des gefangenen Jordan in Marburg verwandt werden konnte. Gelegenheit der Uebersendung von Beiträgen oder selbständig sprachen zahllose Adressen den Märtyrern der Eidestreue freudige Anerkennung aus; Hamburg, Leipzig, Schleswig-Holstein gingen voraus; besondere Berühmtheit aber gewann die Elbinger Adresse. Der erste Unterzeichner, Jakob von Riesen, theilte eine Abschrift dem preussischen Minister des Innern von Rochow mit. Der aber nahm sie trotz der schmeichelhaften Wendung — in Preußen, wo der Monarch stets das Beispiel der Ehrfurcht vor den Gesezen gebe, sei ein solcher Gewaltstreich nicht möglich — mit „unwilligem Befremden“ auf, da es „dem Unterthanen nicht gezieme an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen“. Von diesem Tage, dem 15. Januar 1838, an wurde der „beschränkte Unterthanenverstand“ des preussischen Ministers ein geflügeltes Wort der deutschen Sprache. Auch dichterische Größe fehlte den Sieben nicht. Fürwahr, sang Anastasius Grün, der Destréicher,

Fürwahr, wo solche Männer fort verbannt, landflüchtig, reisen,
Müht strafend ihr nicht aus dem Land, nein in das Land verweisen.

Aber in den Kreisen, auf die schließlich bei der geringen Macht der öffentlichen Meinung doch Alles ankam, in den Regierungen war man den Göttingern entweder feindlich, oder wagte doch nicht offen für sie einzutreten. Nur unter den süddeutschen Cabinetten fanden sich muthigere Freunde. Besonders der König Wilhelm von Württemberg bewährte seine unabhängige Gesinnung und verlieh Ewald eine Professur in Tübingen. Der König von Sachsen hatte sich Anfangs auch sehr geneigt vernehmen lassen, so daß Dahlmann Vorlesungen in Leipzig ankündigte und sich auf eine Anstellung Hoffnung machte. Indessen der Monarch wurde bald eingeschüchtert und verhinderte durch seine Censur sogar den Druck der Rechtfertigungsschriften, welche Dahlmann, Ewald und Jakob Grimm verfaßten; nur die juristische Erörterung Albrechts ging durch; die andern mußten, um zum Drucke zu gelangen, nach Basel wandern. Von da aus traten sie freilich trotz des Verbotes vieler Regierungen einen Triumphzug durch ganz Deutschland an und begeisterten durch ihre sittliche Wärme und Kraft nochmals die allgemeine Begeisterung.

An moralischer Bedeutung kamen dem Schritte der Göttinger Sieben die Nachahmungen nicht gleich, zu denen er andere hannoversche Beamte und Körperschaften trieb; an praktischer Wichtigkeit aber konnten diese ihn leicht überholen. An die Spitze der Bewegung im

Die deutschen
Regierungen.

Eingaben an
den Bundestag.

Landes selbst stellte sich der Osnabrücker Magistrat, dessen Seele Stübe war. Er leistete die verlangte Huldigung nur unter der gleichzeitigen Verwahrung, daß er damit nicht auf die Verteidigung des Grundgesetzes von 1833 verzichte, und wandte sich mit einem Proteste an den Bundestag. Einen ähnlichen Schritt that die Mehrheit der Ständeversammlung von 1819, die im Februar 1838 zusammengetreten war, sich für unberechtigt erklärte, die Verfassung von 1833 aufzuheben und den Bundestag am 25. Juni ersuchte, seinerseits zu entscheiden, welches Gesetz gültig sei, das von 1833 oder das von 1819. Sogleich schickte der König sie erzürnt nach Hause, ohne daß sie das Budget beraten hatte. Daraus folgerte der Osnabrücker Magistrat, daß die Regierung keinesfalls berechtigt sei, die Steuern zu erheben; denn beide Verfassungen verlangten dafür die Einstimmung der Stände. Stübe wandte sich daher an die juristischen Facultäten und bat um ein Gutachten; Heidelberg, Jena und Tübingen entsprachen der Aufforderung und pflichteten der Meinung des Magistrates bei, besonders entschieden Tübingen. Mit seiner gewöhnlichen Unbesonnenheit forderte nun Ernst August von der württembergischen Regierung die Absetzung der Verfasser dieses Gutachtens, natürlich umsonst. Aber damit war für die gute Sache noch wenig gewonnen; die Entscheidung lag bei der hannoverschen Ständeversammlung und beim Bundestage. Der letztere faßte zunächst einen halben Beschluß; er wies am 6. September 1838 die Eingabe der Osnabrücker ab, weil sie nicht zur Beschwerdeführung berechtigt seien, forderte aber die hannoversche Regierung zu Mittheilungen über die Sachlage auf; selbst der österreichische Gesandte erklärte, daß er über den materiellen Streitpunct noch durchaus kein Urtheil fälle und wünschen müsse, daß sein hannoverscher Colleague diese Verwahrung seiner Regierung mittheile. Immerhin war also noch nicht jede Hoffnung eines günstigen Entscheides geschwunden. Auch das Land hielt sich noch gut; Steuerverweigerungen kamen allerdings nur vereinzelt vor, doch die Wahlen für den Landtag von 1839 fielen durchaus oppositionell aus. Von 73 Vertretern stellten sich nur 28 ein. Die Stände mußten also vertagt und Nachwahlen veranstaltet werden. Die Verfassungstreuen enthielten sich nun der Theilnahme; es waren ausgesprochene Minderheitswahlen; hier und da erschien nur ein einziger Wähler; aber trotzdem hatte die Regierung Mühe, eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten (37) zusammenzubringen und setzte auch bei diesen nicht mehr durch als eine Adresse, welche die Bereitwilligkeit zu einem Vergleiche ausdrückte. Ernst August fühlte sich sehr unbehaglich, schimpfte auf das „Federvieh“, die Professoren, die ihm soviel zu schaffen machten, titulierte die städtischen Behörden von Hannover Esel und verbot bei einer Krankheit die Ausgabe von Bulletins, weil die — sich ja doch über sein schlechtes Befinden nur freuen würden. Ein wahres Labfal war ihm daher der zweite Bundestagsbeschluß, der ein volles Jahr nach dem ersten, am 5. September 1839, zu Stande kam. Nicht ohne heiße Kämpfe. Der ganze Bund könne darüber auseinandergehen, meinte im Juli der hamburgische Gesandte Sieve-

Die hannoverschen Stände.

Die Entscheidung in Frankfurt.

ling; hauptsächlich Preußen halte den König, weniger schon Oestreich; die Andern seien alle mehr oder minder gegen ihn, Baiern an der Spitze. Es sei eine Spaltung wie in zwei Häuser, Oestreich und Preußen stellten gleichsam das Oberhaus vor, die Andern das Unterhaus. Diese zuversichtliche Auffassung behielt aber doch nicht Recht; als die Stunde der Entscheidung schlug, besaßen die Großmächte die Mehrheit; nur 6 Stimmen, Baiern, Württemberg, Baden, Darmstadt, Thüringen, die freien Städte, standen zu der guten Sache; die andern entschieden, es sei keine Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden. Nun konnte es kaum noch zweifelhaft sein, daß auch der Widerstand des Landes bald erlöschen werde. Die Ständeversammlung von 1840 wies eine regierungsfreundliche Mehrheit auf. Ein Verfassungsentwurf, welchen der König vorlegte, erhielt mit geringen Aenderungen die Zustimmung der Versammlung; die Domänen wurden wieder königliches Eigenthum; das Gesetzgebungsrecht der Stände schrumpfte zu einer bloßen Begutachtung zusammen, ihre Sitzungen hüteten die Oeffentlichkeit ein, die Ministerverantwortlichkeit wurde aufgehoben. Kurz, der Triumph des verfassungsbrüchigen Monarchen war für den Augenblick vollkommen. Dem schärfer Blickenden aber mochte es nicht entgehen, daß der letzte Erfolg des dreijährigen Kampfes doch der liberalen Sache zu Gute kam, daß nicht in Hannover allein das Königthum schweren Schaden gelitten und daß jener Geist des Vorwärtstrebens, der Reform, den die Bundesbeschlüsse von 1834 wirksam zurückgedrängt hatten, wieder mächtig an Boden im Volke gewonnen habe.

Die Entscheidung im Lande.

Der Ultramontanismus und die Kölner Wirren.

Nicht wenig hatte dazu freilich eine zweite Kette von Ereignissen beigetragen, der seit dem Jahre 1837 entbrannte Kampf zwischen Preußen und dem Ultramontanismus. Um dessen Ursprung und Bedeutung zu erfassen, müssen wir bis zum Beginn unserer Geschichtserzählung zurückgreifen. Zur Zeit der Befreiung Deutschlands vom französischen Joch herrschte innerhalb des deutschen Katholicismus ein friedlicher und versöhnlicher Geist. Das Zeitalter der Aufklärung hatte auch in der römischen Kirche seine Früchte getragen. Allerdings konnte der Rationalismus in ihr nicht so tiefe Wurzeln schlagen wie in der evangelischen Theologie, aber ein weites Gebiet hatte er sich doch auch hier erobert. Erlebte man es doch in Wien, daß ein katholischer Professor vom Katheder herab die Gottheit Christi leugnete; las man doch in einer Zeitschrift, die unter der Leitung Wessenberg's, des Generalvicars von Constanx, erschien, daß die Lehre von der Brotverwandlung ungereimt und die vom Fegfeuer fantastisch, daß die Anrufung der Heiligen Aberglaube und die Verehrung der Bilder Abgötterei sei. Katholische Gelehrte arbeiteten mit protestantischen um die Wette an der Prüfung der Aechtheit biblischer Bücher, und katholische Theologen vermaßen sich, die Wahrheit der Kirchenlehre nicht aus ihrer Natur als einer geoffenbarten, sondern aus philo-

Reformbestrebungen.

sophischen Systemen zu erweisen. Unter ihnen galt als Haupt und Führer der Professor Hermes, der bis 1820 in Münster und dann in Bonn wirkte, und einen so bedeutenden Einfluß übte, daß alle seine Collegen in Bonn sich zu seiner Lehre bekannten und die Mehrheit der Geistlichen in der Rheinprovinz seinen Spuren folgte, daß Erzbischöfe und Bischöfe zu seinen Freunden und Beschützern gehörten. Und nicht blos in der Wissenschaft machte sich diese reformatorische Richtung geltend; neben ihr her ging eine andere, welche vor Allem die Gebräuche der katholischen Kirche bessern und eine Annäherung an den Protestantismus suchen wollte. Nicht ganz selten waren die Fälle, daß katholische Theologen, ja daß ganze Gemeinden, wie die Zillertaler in Tirol, mit ihren Geistlichen ihren Glauben verließen. Andere begnügten sich damit, auf eine nationalere Form des Katholicismus zu drängen, wie Wessenberg, indem er den deutschen Kirchengesang forderte, oder die schlesischen Pfarrer, wenn sie die deutsche Messe verlangten. Besonders machte sich ein lebhafter Gegensatz gegen die Ehelosigkeit der Geistlichen geltend. Einzelne katholische Pfarrer verheirateten sich eigenmächtig, andere begannen, z. B. in Schlesien oder im Bisthum Trier, eine lebhaftere Bewegung für die gesetzliche Abschaffung derselben; die süddeutschen Kammern erhielten fast in jeder Sitzungsperiode Votivschriften in diesem Sinne, darunter eine, die von mehr als 156 katholischen Priestern unterschrieben war, und zu deren Gunsten der badische Landtag einen Beschluß faßte. Sehr verbreitet war die Begünstigung der gemischten Ehen und fast nirgends wurde die Bedingung, unter der allein Rom sie gestattete, streng inne gehalten: die Forderung des Versprechens, daß alle Kinder katholisch erzogen werden sollten. Auch ein freundschaftlicher Verkehr mit den protestantischen Geistlichen war mehr die Regel als die Ausnahme. Zwischen gleichartigen Richtungen beider Bekenntnisse fand sogar eine sehr lebhafte gegenseitige Beziehung statt, so in den mystisch-pietistischen Kreisen, denen auf katholischer Seite vorzugsweise der Regensburger Bischof Sailer angehörte. Auch an solchen katholischen Prälaten fehlte es endlich nicht, die ohne jedes religiöse und kirchliche Interesse sich in behaglichem Wohlleben gefielen und zu allem eher bereit waren, als zu einem Märtyrertum für ihre Kirche. Wenn solche Geistliche dem Katholicismus weder zur Ehre noch zum Segen gereichten, so waren sie andererseits doch auch die allerlehten, die den Frieden zwischen den Bekenntnissen gestört hätten.

Die streng-katholische Partei.

Gegenüber dieser Laßheit in sittlicher, dogmatischer und kirchenpolitischer Hinsicht bildete sich natürlich auch ein beträchtlicher und in seinem innersten Kerne ehrenhafter Widerstand heraus, der in mannigfach verschiedenen Farben spielte. So lebten in Münster die Brüder von Drost-Bischering. Der eine von ihnen war Bischof und trotz seiner persönlich strengen Ansichten doch durchaus versöhnlich; der zweite, Clemens August, versocht schon 1817 in einer eigenen Schrift die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate, und betrieb sich als General-Vicar von Münster bei seinen der Regierung mißliebigen Schritten auf das Gebot des heiligen Geistes in seinem Innern. Er

lebte in fortwährendem Kampfe mit der Regierung und besonders mit dem Oberpräsidenten von Vinde, wo denn ein Eisentopf gegen den andern stand, bis der friedfertige Bischof sich einen anderen General-Vicar aussuchte. In den Rheinlanden war der Hauptvorkämpfer des kriegerischen Katholicismus Joseph Görres. In ihm waren Religion und Politik vollkommen zur Einheit verschmolzen, Begeisterung für den Katholicismus und Haß gegen das protestantische Preußen nur die entgegengesetzten Pole desselben Gefühles. Als vorgeschobener Posten stand er in vielfacher Verührung mit dem Hauptquartier der katholischen Preußenfeinde, das sich in Frankfurt am Main gebildet hatte und in seiner Mitte besonders einige bedeutende Convertiten, wie Friedrich von Schlegel, die Brüder Schloffer u. A., zählte. Diese hatten, so kann man wohl sagen, Fühlung mit Allem, was auf die Wiederbelebung des strengen Katholicismus hinarbeitete. Sie kämpften gegen Wessenberg, der eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom zu gründen strebte, und gegen Sailer, der nach einer Gemeinschaft der Heiligen aus allen Bekenntnissen trachtete. Sie kämpften für äußere und innere Kräftigung der Geistlichkeit durch Begründung von Bibliotheken und Vermehrung ihrer Einkünfte. Sie arbeiteten an dem, was sie Freiheit der Kirche nannten, indem sie die Bisthümer direct unter Rom stellen und so einrichten wollten, daß sie möglichst wenig mit den Landesgrenzen zusammenfielen, so daß ein deutsches Ländchen aus Theilen von drei, vier Bisthmern und ein Bisthum aus Theilen von drei, vier Ländern bestände. Sie begünstigten ganz besonders auch das Wallfahrtswesen, die Wunderthäter und Wundererscheinungen, die in nicht geringer Zahl in diesen Jahren zum Troste der Gläubigen ans Licht traten. Die ganze, während des napoleonischen Kaiserthums zu Grabe getragene Mirakelwelt mußte wieder aufstehen. Die alten wunderthätigen Muttergottesbilder wurden neu aufgeputzt mit Seide, Wachsperlen, echtem und Modegold, der ganze Reliquienvorrath wieder hervorgeholt und abgestäubt; mit Fahnen und Gesang setzten sich die bisher verbotenen Processionen in Bewegung, und die Wallfahrtsstädte und Mirakelorte jubelten Hosanna. Der mythischen Romantik, die bis in die zwanziger Jahre eine so weite Verbreitung hatte, war solche Umwandlung eine wahre Herzensfreude und ihre Häupter suchten mit Emsigkeit nach Wundern und Wunderthätern, die sie verherrlichen könnten. Die Gräfin Stolberg vertrieb in Münster ihre Gnadenheller und Wunderpfennige, welche die Mutter Gottes einer Nonne im Traume übergeben haben und deren Heilskraft sich vom Husten und Schnupfen bis zum Podagra, ja zur Cholera erstrecken sollte. Clemens Brentano pries die Nonne von Dülmen, die Jahre lang von Nichts als Wasser und geschabten Nüssen lebte und jeden Freitag — zwei Aerzte bezugeten es — aus den Wundenmalen des Herrn blutete. Mehr noch als sie, war das tyroler Wunderfräulein Marie von Mörl begnadigt; denn an jedem Freitag war es ihr vergönnt, den Tobekampf des Heilandes zu durchleben, um die dritte Stunde zu sterben und mehrere Minuten todt zu bleiben. Das größte Aufsehen von allen Wunder-

Wunderthäter.

thätern erregte jedoch der Fürst Alexander Hohenlohe mit seinem Begleiter, dem Bauern Martin Michel, der die Gräfin von Schwarzenberg von ihrer Lahmheit und den Kronprinzen von Baiern von seiner Schwerhörigkeit heilte, bis endlich die Polizei sich trotz des hohen Patienten ins Mittel legte und dem Unfug ein Ende machte.

Bekehrungen.

Derselbe romantische Zug, welcher die Mirakelwesen förderte, veranlaßte auch zahlreiche Bekehrungen von Protestanten zum Katholicismus; neben Dichtern, Gelehrten und Künstlern, deren Zahl nicht gering war, gelang es auch zwei deutsche Fürsten, den Herzog Friedrich von Gotha (noch als Erbprinzen) und den Herzog von Röhren mit seiner Gemahlin, zu bekehren. Der letztere ging dann sogar so weit, sich in sein protestantisches Ländchen sechs Bettelmönche zu verschreiben, die weitere Bekehrungen herbeiführen sollten. Den vertrauteren Verkehr mit Rom vermittelte in Deutschland der Runtius in München. Bei ihm liefen die Klagen über unrömisches Wesen katholischer Prälaten aus ganz Deutschland zusammen und er erledigte sich seines Amtes mit so viel Eifer, daß z. B. der Erzbischof von Köln die Hülfe des preussischen Gesandten in Rom anrufen mußte, um den Anschwärmungen, die gegen ihn erhoben wurden, zu entgehen. Die Fäden aber, welche von München aus gesponnen wurden, gingen bis in das preussische Cultusministerium, wo der Geh. Rath Schmedding das eifrige Werkzeug der päpstlichen Partei und zugleich in katholischen Kirchensachen der einflußreichste Mann war.

Die Jesuiten.

Im Hintergrunde dieser ganzen Bewegung standen die Jesuiten, denen offen hervorzutreten noch nicht vergönnt war. Denn obgleich Pius VII. sie 1814 wiederhergestellt hatte, so waren sie doch, außer in Neapel und Sardinien, nur in Spanien und einigen schweizer Cantonen zugelassen worden, und fanden selbst in Oestreich erst seit 1836 Aufnahme. Die Politik der päpstlichen Curie aber beherrschten sie schon jetzt vollkommen und leiteten sie im Geiste der anmaßlichsten Rücksichtslosigkeit. Pius VII. selbst hatte eingestehen müssen, daß er den akatholischen Fürsten, besonders denen von Rußland und Preußen, zum guten Theil seine Wiedereinsetzung zu danken habe. Gleichwohl lag ihm Nichts ferner als durch freundliches Entgegenkommen ihnen seinen Dank zu beweisen. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen und in ganz Deutschland bedurfte dringend einer Neugestaltung; denn die alten Formen derselben waren mit dem Untergange des Reiches zu Grabe getragen und man konnte nicht daran denken, sie einfach wieder ins Leben zu rufen. Daß der Papst sich den Anschein gab, als ob er dies doch für möglich halte, und daß er auf dem wiener Congreß kurz und gut die Erneuerung des alten römischen Reiches deutscher Nation und die Herstellung der geistlichen Staaten, die 1803 beseitigt waren, forderte, erregte doch überall nur mitleidiges Lächeln. Auch fügte man sich in Rom in das Unvermeidliche und begann mit den deutschen Staaten Unterhandlungen über die künftige Stellung der Staatsgewalten zu der päpstlichen Kirche. Da der deutsche Bund in seiner Gesamtheit mit

Die katholische Kirche in Deutschland.

dieser Frage nichts zu schaffen hatte, so verhandelten Preußen, Baiern und Hannover jedes für sich, während die meisten übrigen Staaten sich in Frankfurt darüber verständigten, gemeinsam vorzugehen. Nur Baiern brachte seine Verhandlungen schon 1817 zum Abschluß, indem es mit großer Bereitwilligkeit den päpstlichen Forderungen nachgab, und ein Concordat abschloß, durch welches der römischen Kirche alle die Rechte gewährleistet wurden, die sie nach göttlicher Anordnung und den kirchlichen Satzungen zu genießen habe. So wurde die Erziehung der Geistlichen ohne jede Ueberwachung des Staates den Bischöfen anvertraut; es wurde ihnen die Aufsicht über die Volksschulen übertragen; ihre Strafgewalt unterlag keinen Beschränkungen; ihr Verkehr mit Rom war jeder Kenntnißnahme der Regierung entzogen; Bücher, die sie für unchristlich und gefährlich erklärten, mußten vom Staate unterdrückt werden, und jede Veränderung dieser und der übrigen Bestimmungen des Concordats, ja jede Auslegung und Deutung derselben wurde von der Zustimmung des Papstes abhängig gemacht. Der inhaltsschwere Sinn dieser letzten Verpflichtung trat schon nach kaum einem Jahre an den Tag, als Baiern seine Verfassung erhielt und der Papst gegen diese Einspruch erhob und den Geistlichen verbot, dieselbe zu beschwören, weil durch sie das Concordat verletzt werde. Gegen solche Anmaßung lehnte sich zwar zuerst selbst der gut katholische König auf, aber nach mehrjährigen Verhandlungen fügte er sich und gab die s. g. Erklärung von Tegernsee ab, wonach der Eid auf die Verfassung zu nichts verpflichtete, was den katholischen Kirchensatzungen entgegen war. Solche Erfahrungen und Beobachtungen waren nicht geeignet, Preußen und die anderen deutschen Staaten zum Abschluß von Concordaten geneigt zu machen. Sie begnügten sich vielmehr damit, Vereinbarungen über die Zahl, den Umfang, die Dotation und die Besetzung ihrer Bisthümer mit dem Papste zu treffen, und die s. g. Circumscriptionsbullen, in welchen dieser das Nöthige anordnete, unter Vorbehalt ihrer Hoheitsrechte und der Rechte ihrer evangelischen Unterthanen zu bestätigen. Preußen that dies 1821, Hannover 1824, die übrigen Staaten, welche zu der s. g. oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigt wurden, 1821 und 1827. Das Ergebniß war die Begründung von 15 Erzbisthümern und Bisthümern in dem nichtösterreichischen und nichtbairischen Deutschland. Vier davon fielen auf das westliche Preußen, das Erzstift Köln mit den Bisthümern Trier, Münster und Paderborn; vier auf das östliche: Breslau, Ermeland, das Erzstift Posen-Gnesen und Culm; zwei auf Hannover: Hildesheim und Osnabrück; fünf auf die oberrheinische Kirchenprovinz: Freiburg als Erzbisthum und als Bisthümer Mainz, Fulda, Limburg und Rottenburg. Die Wahl der Kirchenfürsten wurde fast überall den Domcapiteln überlassen mit der Bedingung, daß sie keine dem Landesfürsten unangenehme Person und keine Ausländer wählen dürften. In der That gelangten denn auch auf fast alle Stühle Männer, die mit ihren Regierungen in friedlichem Einvernehmen zu wirken wünschten und verstanden. Es möge nur ein recht deutliches Beispiel angeführt werden. Am 30. Juni

Das bairische Concordat.

Die Circumscriptionsbullen.

Die Haltung der Bischöfe.

1830 richtete Papst Pius VIII. an die fünf Bischöfe der ober-rheinischen Provinz ein bittres Klageschreiben darüber, daß sie gegen gewisse angebliche Uebergriiffe ihrer Regierungen keine Schritte gethan, und nicht einmal ihm, dem Papste, davon Anzeige gemacht hätten; ja er schuldigte den einen derselben an, diesen Neuerungen durch Beifall und Beihülfe Ansehen und Kraft verliehen zu haben. Die Klage war so unbegründet eben nicht; denn die Regierungen waren so weit gegangen, wie nur je sonst eine Regierung; sie hatten unter Anderm die sämmtlichen Einrichtungen der katholischen Kirche zwar bestätigt, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, diese Bestätigung jederzeit auf gesetzlichem Wege zurücknehmen zu können, ohne darüber erst mit der Kirche zu verhandeln. Dennoch hatte das einbringliche Ermahnungsschreiben des Papstes nur bei dem Bischof von Fulda so viel Einfluß, daß er sich zu einem Protest bei seiner Regierung verstand; die anderen vier hielten es nicht einmal einer Antwort für werth; ja der besonders scharf getadelte Bischof von Mainz fuhr fort, seine Regierung in ihrer Haltung zu bestärken und der von Rottenburg stimmte als Mitglied der württembergischen Kammer gegen den Antrag eines Laien, der die Minister auffordern wollte, jene vom Papste gerügten Neuerungen wieder aufzuheben. Wenn man solche Thatsachen bedenkt oder auch die andere, daß der Bischof von Regensburg 1818, trotz des päpstlichen Verbotes, den Eid auf die bairische Verfassung ablegte, so empfindet man doppelt stark den Umschwung, der seit jenen Zeiten in der Haltung des deutschen Episcopates sich vollzogen hat.

Die preussische
Regierung
und Rom.

Auch die preussische Regierung stand damals mit allen ihren Bischöfen im besten Einvernehmen; aber auch mit der päpstlichen Curie hatte sie sich auf einen recht guten Fuß gesetzt. Die Summen, welche sie 1821 für die Ausstattung der Bisthümer bewilligte, waren so reichlich ausgefallen, daß sie hinter den kühnsten Erwartungen nicht zurückblieben. Obendrein hatte der König während der Verhandlungen und bei der Bekanntmachung unumwunden erklärt, daß er diese Bewilligungen nicht als eine der römischen Kirche erwiesene Gnade, sondern als die Erfüllung einer wohlbegründeten Verpflichtung ansehe, und hatte obendrein versprochen, vom Jahre 1833 ab, wo die preussischen Domänen zum Theil wenigstens aufhörten, als Hypothek für die Staatsschulden zu dienen, Waldungen und anderen Grundbesitz den Bisthümern als Eigenthum zu überweisen, damit dessen Ertrag an die Stelle der einstweilen jährlich baar zu bezahlenden Unterhaltungssummen trete. Papst Pius VII. nahm denn auch gar keinen Anstand, das Verhalten des preussischen Königs als wunderbar zu bezeichnen und einzugestehen, daß gegen einen katholischen Fürsten, der sich protestantischen Wünschen gegenüber so willfährig gezeigt hätte, das Verdammungsurtheil nicht ausbleiben konnte. Auch von seinem Nachfolger Leo XII. erzählt uns Bunsen, daß er, Hände und Augen zum Himmel erhebend, die besondere Gnade der Vorsehung gepriesen habe, die sich in diesen Maßregeln Preußens kund gebe. Auch was der König im Einzelnen nach und nach für die katholische Kirche be-

sonders in den Rheinlanden that, mußte zum Danke stimmen. So gründete er dort zwei große katholische Priesterseminare; er verbesserte, zum Theil aus seiner eigenen Kasse, die Gehalte der am schlechtesten bezahlten Geistlichen; das Budget für den katholischen Klerus der rheinischen Lande stieg zwischen 1813 und 1838 von 163,000 auf 259,000 Thaler; der König persönlich steuerte von 1824 bis 1836 165,000 Thaler zum Ausbau des Kölner Domes bei; er genehmigte die Abhaltung von Processionen auch in Orten mit gemischter Bevölkerung; er gestattete, daß die Zahl der Festtage, die in der französischen Zeit auf vier außer den großen Festen beschränkt war, auf vierzehn erweitert wurde; er verlieh den Bischöfen den Rang der ersten Staatsbeamten; er errichtete und fundirte in der einen Provinz binnen zwanzig Jahren 41 neue Pfarreien; weder den schlesischen Geistlichen, die auf Abschaffung der Ehelosigkeit und Einführung der deutschen Messe drangen, noch dem Professor Hermes in Bonn wurde seitens der Regierung Ermuthigung zu Theil; ja nach Bonn schickte das Ministerium aus eigenem Antrieb einen Professor von orthodoxrömischer Lehre, um diese nicht unvertreten zu lassen — alles Handlungen, die bei dem streng evangelischen Monarchen doppelt zwingend den Beweis führten, wie ernst er es mit seiner Regentenpflicht auch gegenüber den religiösen Bedürfnissen seiner katholischen Unterthanen nahm.

Andererseits war er deshalb aber durchaus nicht gewillt, der römischen Kirche auf Kosten seiner Hoheitsrechte oder seiner evangelischen Unterthanen eine Erweiterung ihres Machtgebietes zu gestatten. Streng war er darauf bedacht, sich den unentbehrlichen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus zu bewahren. Die Gymnasien und Universitäten, auf denen derselbe erzogen wurde, sollten reine Staatsanstalten sein, und bezüglich der Seminarien, in welche die jungen Geistlichen dann übergingen, behielt sich der Staat wenigstens die Ueberwachung vor. Wenn den Bischöfen zugestanden wurde, die Priester nach eigenem Ermessen anzustellen und zu entlassen, so durften sie doch zur Anstellung die Genehmigung der Regierung und gegen die Entlassung konnte bei dieser Beschwerde wegen Mißbrauchs des Amtes eingereicht werden. Noch besorgter verfuhr man in den Punkten, wo die katholische Kirchengewalt mit Protestanten in Beziehung trat; hier war man entschlossen, um keinen Preis Uebergriffe zu dulden und allen Anmaßungen der katholischen Geistlichkeit gegenüber das preußische Gesetz hochzuhalten. Die größten Schwierigkeiten erwuchsen in dieser Hinsicht aus den gemischten Ehen. Durch eine Declaration zum Landrecht war 1803 bestimmt, daß bei diesen die Religion des Vaters für die Erziehung der Kinder maßgebend sein solle, sofern nicht in freier Vereinbarung die Eltern etwas Anderes beschloßen; durch eine Cabinetordre vom 17. August 1825 wurde diese Bestimmung auch für die westlichen Provinzen, wo das Landrecht nicht galt, eingeführt. Den Anlaß dazu gab das öftere Vorkommen von Fällen, wo katholische Geistliche sich weigerten, gemischte Ehen anzuerkennen, wenn der keizerliche Theil sich nicht vorher verbindlich machte, die Kinder katholisch werden zu lassen. Solch ein

Die gemisch-
ten Ehen.

Verfahren wurde nunmehr für rechtsgültig erklärt. Aber die Heißsporne unter dem Klerus gaben keineswegs nach. Da sie das Versprechen nicht mehr fordern durften, so fingen sie an, es einfach abzuwarten, und die Einsegnung der Ehe ohne weiteres abzuschlagen, wenn die Brautleute nicht die katholische Kindererziehung gelobten. Sie handelten dabei nur nach den strengen Gesetzen ihrer Kirche, welche jede Ehe mit einem Ketzer oder einer Ketherin verwarf. Freilich war diese starre Befolgung der canonischen Vorschriften lange Zeit hindurch sehr in Abnahme gekommen, und daß sie wieder auftauchte und häufiger wurde, war der traurigste Beweis von dem Umsichgreifen der ultramontanen Grundsätze. In den altpreussischen Landestheilen am Rhein, in Jülich-Cleve-Berg, trat der Gegensatz nicht so scharf zu Tage. Hier hatte das Bedürfniß längst zu einer andern Form geführt, der s. g. passiven Assistenz, die darin bestand, daß die Brautleute, die jenes Versprechen nicht leisten wollten, vor dem katholischen Geistlichen und zwei Zeugen ihre Absicht, sich zu verehelichen, erklärten. Ein Segen der Kirche wurde ihnen dann nicht erteilt, aber die Ehe war gültig und dem katholischen Theile konnte ihretwegen vom Priester die Absolution nicht verweigert werden. In den neuen Provinzen versagten aber viele Geistliche den gemischten Ehen nicht allein die feierliche Einsegnung, sondern auch diese passive Assistenz, ja sie enthielten dem katholischen Theile sogar den Erlaubnißschein (Vosßschein) vor, welchen der evangelische Prediger fordern mußte, wenn er seinerseits die Trauung vornahm, und sie verweigerten ihm im Beichtstuhle die Absolution. Das konnte die Regierung unmöglich dulden. Sie forderte also zunächst von den Bischöfen Abstellung ihrer Beschwerden. Trotz des willigen Entgegenkommens, das sie bei diesen traf, konnten dieselben aus eigener Macht nur die Verweigerung der Absolution und des Vosßscheines ihren Geistlichen untersagen; nicht einmal die passive Assistenz konnten sie den Priestern auferlegen, da die Constitution Benedict's XIV. vom Jahre 1741, welche sie gestattete, nur für die genannten Bezirke eingeführt war und in den andern der päpstlichen Billigung entbehrte; die feierliche Einsegnung ausdrücklich zu gestatten, hatte vollends niemals ein Papst sich entschließen können. Die deutschen Bischöfe hatten sich selbst dieses Recht genommen und es in verschiedenem Umfange ausgeübt; aber es ihren Geistlichen aufzuzwingen, wenn diese sich weigerten, dazu waren sie nicht in der Lage, wenn sie nicht eine Berufung an den Papst und dessen Mißbilligung ihrer Handlungsweise gewärtigen wollten. Sie erklärten sich in dessen der Regierung gegenüber bereit, den Papst ihrerseits um Ordnung dieser Fragen zu bitten, und mündliche Aeußerungen Leo's XII. ließen über dessen Willigkeit dazu keinen Zweifel. Ihre Eingaben gingen im Frühjahr 1828 nach Rom ab und der preussische Gesandte Bunjen begann die Verhandlungen. Durch den Tod Leo's im Februar 1829 und die weniger günstige Stimmung Pius' VIII. wurden sie bedeutend verzögert; aber sie boten auch in sich große Schwierigkeiten. Freilich wenn Preußen sich hätte begnügen wollen, daß der Papst die passive Assistenz überall als gültige Form an-

Verhandlungen in Rom.

ordnete, dann wäre die Sache einfacher gewesen; dazu erklärte sich Pius im August 1829 bereit. Allein da in manchen Landestheilen bisher die feierliche Einsegnung fast allgemein üblich gewesen war, so hielt der preussische Gesandte eine solche Anordnung für einen offenen Rückschritt und verlangte eine Form, welche beide Verfahren zuließ, da sich ein unzweideutiges Gebot des Papstes, gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung unbedingt einzusegnen, in keinem Fall erwarten ließ; ja er bemühte sich selbst, solch eine Form zu suchen und in Vorschlag zu bringen. Das wurde ihm jedoch von Berlin aus verständiger Weise unter sagt und um den immer dringlicheren Uebelständen in bestimmter Frist abhelfen zu können und ein Verschleppen der Sache, wie man es in Rom wohl liebte, zu verhüten, am 26. October 1829 ein sechsmonatlicher Termin gestellt, nach dessen Ablauf der König auf eigene Hand vorgehen werde. In Folge dessen erschien am 25. März 1830 ein päpstliches Breve, als Antwort auf die Eingabe der Bischöfe. Aber freilich hatte Preußen seinen Willen damit nicht völlig durchgesetzt; denn das Breve verbot die feierliche Einsegnung ohne das Versprechen der katholischen Erziehung, wenn auch in milder Form, indem es sagte, der Geistliche werde sich derselben enthalten müssen; dagegen gestand es die passive Assistenz unbeschränkt zu und erklärte überhaupt alle gemischten Ehen, die ohne die vom tridentinischen Concil vorgeschriebenen Formen geschlossen seien, also auch die bloß von einem protestantischen Geistlichen (selbst ohne passive Assistenz des katholischen) eingegneten für „zwar unerlaubt, aber gültig.“ Die preussische Regierung wollte sich indeß auch damit noch nicht begnügen und das Breve wurde dem Gesandten mit der Weisung zurückgeschickt, er solle eine günstigere Fassung zu erwirken streben. Das erwies sich aber schnell genug als ein ganz verfehltes Unternehmen. Denn mittlerweile war Gregor XVI. zum Papst erwählt und damit auch der letzte Rest versöhnlichen Geistes aus der Curie verschwunden; selbst die geringen Zugeständnisse des Breves wurden jetzt bereits als übertrieben betrachtet. Was die wirkliche Herzensmeinung des neuen Papstes war, konnte man am besten aus einem Breve an die bairischen Bischöfe ersehen, denen für jeden einzelnen Fall einer Mißthehe die ausdrückliche Anfrage in Rom zur Pflicht gemacht wurde. Die preussische Regierung verlor daher durch ihre neuen Verhandlungen in Rom nur Zeit, und zwar kostbare Zeit. Denn so augenscheinlich es war, daß man vom Papste nichts weiter erreichen werde, eben so sicher war es, daß man bei den rheinischen Bischöfen auf die günstigste Deutung und die mildeste Handhabung des Breves rechnen durfte, wenn man sich schnell und vertrauensvoll mit ihnen in Verbindung setzte. Durch jede Zögerung erschwerte man ihnen aber ein freundliches Entgegenkommen und gab den ultramontanen Führern Zeit und Gelegenheit, sie zu beeinflussen und einzuschüchtern. Trotzdem knüpfte man erst im Sommer 1832, als der Erlaß des bairischen Breves jeden Zweifel über die Unwillfährigkeit des Papstes gehoben hatte, mit jenen an, und überdies durch die Vermittlung eines Mannes, der mit dem Erzbischof Spiegel persönlich

Das Breve
von 1830.

Die Uebersetzung
einfunkt mit
den Bischöfen
1834.

verseindet war, des früher erwähnten Geheimen Rathes Schmedding. Seiner Ungeschicklichkeit, wenn nicht seinem bösen Willen, war es zu danken, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, obgleich der Erzbischof von Köln durch seinen Domcapitular München ein Gutachten einreichen ließ, welches alle billigen Ansprüche des Staates durch eine freisinnige und freundliche Auslegung des Breves vollkommen befriedigte. Es bedurfte daher nur eines andern Unterhändlers von Seiten der Regierung, um das gewünschte Einverständniß zu erzielen. Dieser fand sich in der Person Vunjen's. Im Sommer 1834 wurde er von Rom nach Berlin berufen, begann am 15. Juni die Unterhandlungen mit Spiegel und konnte schon am 19. Juni eine Uebereinkunft unterzeichnen, welcher in der nächsten Woche auch die Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster beitraten. Sie erhielt auch seitens der Regierung einige Zugeständnisse, die den versöhnlichen und vertrauensseligen Geist, der in Berlin herrschte, deutlich erkennen lassen; das wichtigste war das Versprechen, die Civilehe, die in den Rheinlanden zu Recht bestand, baldigst aufzuheben, weil dieselbe aufhöre, ein Bedürfnis zu sein, wenn der Segnung gemischter Ehen kein Hinderniß mehr in den Weg gelegt werde. Ein Hirtenbrief an die Pfarrer theilte denselben darauf das Breve von 1830 mit, betonte nachdrücklich, wie dasselbe eine mildere Praxis gestatte, und wies die Geistlichen an, die passive Assistenz niemals zu verweigern, sich aber nur dann auf sie zu beschränken, wenn eine katholische Braut zur Ehe schreite, obgleich sie bestimmt wisse, daß ihr Gatte entschlossen sei, alle Kinder protestantisch zu erziehen. Uebrigens sollten sie, jeder einzelne, jeden Fall selbst zu entscheiden das Recht haben und nur unter ausnahmsweise bedenklichen Umständen sich an die Bischöfe wenden. Den Generalvicariaten, welchen alsdann ihre Anfragen zu beantworten oblag, wurden gleichzeitig übereinstimmende Weisungen ertheilt, ihre Bescheide im versöhnlichsten Sinne abzufassen.

Damit schienen alle berechtigten Forderungen des Staates an die Kirche vollauf befriedigt zu sein; die neue Ordnung trat ins Leben und bewährte sich ausgezeichnet. Als der greise Bischof von Trier, von Hommer, zwei Jahre später auf dem Sterbebette lag, stattete er „nach dem Genuße des heiligen Abendmahles, im Begriffe aus dieser Zeitlichkeit abzuschneiden“, noch einen Bericht an den Papst ab, in welchem er freudiges Zeugniß für die Vortrefflichkeit der neuen Einrichtung ablegte. Aber gerade bei dieser Gelegenheit sollte sich zeigen, wie verhängnißvoll der Zeitverlust gewesen, den die erneuten Verhandlungen mit Rom verschuldet hatten. Kaum war der Bischof entschlafen, so verbreiteten die fanatischen Römlinge ein zweites Schreiben, dessen Unterschrift sie ihm im letzten Todeskampfe abgepreßt hatten und das voller Gewissensscrupel über seine Handlungsweise sich äußerte. Daß diesem Schriftstücke kein Werth irgend welcher Art beizulegen sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten; aber es war ein Zeichen, daß mit dem Ableben der versöhnlichen Bischöfe, die alle noch dem friebfertigen früheren Geschlechte angehörten, die jugendlichen

Rührigkeit der
Ultramontanen,

Heißsporne den Kampf wieder aufnehmen und das mühsam gewonnene Einverständnis wieder untergraben würden. Die Gefahr, welche damit drohte, war um so größer, als die Heterereien vom Auslande her offenkundig genährt wurden. Die ultramontane Partei, die in Belgien durch die Revolution ans Ruder gekommen war, hatte in den letzten Jahren tüchtig gearbeitet; auch von Baiern aus war in der Rheinprovinz arg gewühlt worden. Eine Brandschrift, die 1835 in Augsburg erschien, das s. g. rothe Buch, hezte die Geistlichkeit gegen den protestantischen König und redete ihr besonders wegen der Mischehen scharf ins Gewissen. Gegen Hermes, der inzwischen gestorben war, erwirkte man ein päpstliches Breve, das ihn als Irrelehrer verdamnte, und verbreitete dasselbe von Belgien aus in den preussischen Landen, obgleich es der Regierung nicht zur Genehmigung vorgelegt war. Ueberdies war inzwischen der treffliche Erzbischof Spiegel gestorben, an dem sowohl die Hermesianer wie die Vereinbarung von 1834 die beste Stütze gehabt hatten (August 1835). Bei der Wiederbesetzung seines hochwichtigen Postens verfuhr nun leider die Regierung mit einem unglaublichen Mangel an Vorsicht. Statt einen Prälaten von mildem, versöhnlichem Charakter in das bedeutsame Amt zu befördern, versiel sie auf den starresten, unzugänglichsten Priester, der nur irgend aufzutreiben war, auf den ehemaligen Generalvicar, nunmehrigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Clemens August von Droste-Vischering. Und das geschah, obgleich er durch seinen Eigensinn und seine Anmaßung den Staatsbehörden früher so viel Mühe und Arbeit verursacht hatte, obgleich selbst unter den Katholiken ihm viele die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln und Geschäfte gewandt abzuwickeln, durchaus absprachen, obgleich der Cardinal-Secretär Lambruschini, als Bunsen ihm die Sache mittheilte, mit naiver Freimüthigkeit in die Worte ausbrach: Ist Ihre Regierung denn toll? Aber Droste besaß einen gewichtigen Gönner, den Kronprinzen, der durch des Mannes mittelalterlich frommen Lebenswandel ganz für ihn eingenommen war. Das Ministerium schreckte freilich Anfangs vor diesem Vorschlage zurück, aber es besaß nicht Stärke genug, ihn entschlossen abzuweisen. Doch wollte es wenigstens eine Bürgschaft dafür gewinnen, daß der Candidat in der Frage der gemischten Ehen nicht von dem Verfahren seines Vorgängers abweiche. Es ließ ihm also durch einen vertrauten Freund, den münster'schen Domcapitular Schmülling, die Frage vorlegen, wie er in diesem Puncte als Bischof handeln werde. Die schriftliche Antwort lautete so befriedigend als möglich: er werde sich wohl hüten, die gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung von 1834 anzutasten oder gar umzustößen, sondern sie nach dem Geiste der Liebe und Friedfertigkeit anwenden. Auf diese Erklärung hin bezeichnete die Regierung dem Kölner Capitäl den Weihbischof als eine angenehme Persönlichkeit, und er wurde einstimmig gewählt. Aber die gegenseitige Zufriedenheit war von kurzer Dauer; bald häuften sich die Klagen und Beschwerden der Evangelischen und der Landesbehörden über das rücksichtslose Vorgehen des Erzbischofs, der jede

Erzbischof
Droste-Vis-
chering.

Seine Zu-
stimmung zu
der Ueberein-
kunft von
1834.

Der hermesia-
nische Streit.

Verständigung zurückweise, und die Vereinbarung von 1834 mißachte. Dazu kamen noch einige unabhängige Klagepunkte, welche durch jenes päpstliche Breve gegen Hermes veranlaßt wurden. Da die meisten katholischen Theologen in Bonn Hermesianer waren, so wurde ihre Lehre dadurch gleichfalls verdammt. Der Erzbischof hätte nun das Breve der Regierung mit der Bitte um Genehmigung mittheilen und es dann veröffentlichen können. Das that er nicht, handelte aber gerade so, als ob er es gethan hätte, und verbot den Studirenden den Besuch aller Vorlesungen bis auf die zweier Professoren, die nicht Hermesianer waren. Und doch hatte die Regierung aus freien Stücken, wiewohl das päpstliche Breve für sie gar nicht vorhanden war, von sämmtlichen Lehrern, die in Betracht kamen, bereits die schriftliche Erklärung gefordert und erhalten, daß sie fortan in ihren Vorträgen von jeder Bezugnahme auf Hermes und seine Lehre abstecken wollten. Der Erzbischof sah in diesem weitgehenden Schritt nur ein Zeichen von Schwäche und steigerte seine Kühnheit so weit, daß er endlich 18 Sätze aufstellte, deren Unterzeichnung er von jedem Geistlichen, der geweiht werden wollte, forderte und deren letzter die Erklärung enthielt, daß der Unterzeichner sich des Rechtes vom Erzbischof anderswohin als an den päpstlichen Stuhl, d. h. also an die Regierung, Berufung einzulegen begeben. Allen diesen Uebergriffen trat nun das Ministerium zunächst mit dem Versuche freundschaftlicher Verständigung entgegen. Es berief den Gesandten Bunsen aus Rom nach Berlin und veranlaßte durch denselben, daß auch der päpstliche Unterstaatssecretär Capaccini nach Deutschland kam. Zwischen beiden Männern, denen eine Verständigung sehr am Herzen lag, und den preussischen Ministern fanden im August lange Verhandlungen statt, in denen man zu dem Schlusse kam, daß erst Capaccini vertraulich mit Droste sich berede und diesen veranlassen solle, die 18 Sätze und seine sonstigen Schritte gegen die Bonner Facultät zurückzuziehen. Dagegen verpflichtete sich die Regierung, nachher das päpstliche Breve zu genehmigen, einige mißliebige Professoren zu versetzen und den Zwang zur Theilnahme an den s. g. Kirchenparaden abzustellen, dem zur gerechten Beschwerde der Bischöfe die katholischen Soldaten unterlagen. Ueber die gemischten Ehen zu verhandeln, hatte Capaccini vom Papste keine Erlaubniß erhalten. Seine Besprechungen mit Droste fanden auch wirklich statt und schienen zu einer Verständigung geführt zu haben; Capaccini kehrte nach Rom zurück. Sogleich nach seiner Abreise beauftragte der König den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Grafen Anton von Stolberg, einen gut katholischen, dem Erzbischof befreundeten Mann, zu amtlichen Verhandlungen, um das mit Capaccini vertraulich Beredete verbindlich zu machen und auch über die Mißgehen eine Verständigung zu erzielen; neben Stolberg wurde auch Bunsen nach Köln geschickt. Manchmal schien es, als ob ein Vergleich gelingen werde; aber im entscheidenden Augenblicke entzog sich der Erzbischof regelmäßig jedem bindenden Versprechen. Dabei bediente er sich der unzulässigsten Ausreden; bald erklärte er, daß er die Vereinbarung von 1834 nicht

Verhand-
lungen mit
Droste.

gekannt habe, als er sie anzunehmen versprochen; bald betonte er, daß er sie nur „gemäß dem Breve von 1830“ anerkannt habe und also selbst darüber urtheilen müsse, wie weit sie demselben entspreche. Als ihm dann anheim gestellt wurde, freiwillig zurückzutreten, oder doch dem Papste die Entscheidung zu übertragen und bis dahin den Forderungen der Regierung zu entsprechen, lehnte er beides ab. Ohne Ergebnis mußten die Verhandlungen am 18. September 1837 geschlossen werden, und der Regierung blieb jetzt keine andere Wahl als ihrem Ansehen mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen. Auch damit zögerte sie jedoch wieder länger als gut war und gab dem Erzbischof noch Zeit, die so schon nicht geringe Aufregung im Volke noch zu steigern. In Ansprachen an die köln'sche Priesterschaft stellte er sich als eine Art von Märtyrer dar, welcher die katholische Kirche gegen die Anfeindungen der Regierung schützen werde, und forderte sie auf, diese Worte unter ihren Mitbürgern zu verbreiten. Mündlich und schriftlich wandte er sich mit ähnlichen Darstellungen an die Zöglinge seines Seminars, an die Dechanten seines Erzstiftes, an einzelne hervorragende Geistliche der Diocese, immer mit der Bitte, für das Bekanntwerden dieser Aeußerungen in weiteren Kreisen zu sorgen. Dieser planmäßigen Hezerei gelang es natürlich, die gute Stadt Köln und nicht minder das Landvolk heftig gegen die Regierung zu erbittern, deren Volksthümligkeit trotz des Vierteljahrhunderts, das seit 1815 beinahe verstrichen war, noch keine sehr tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Ein besonders starker Ausbruch der Leidenschaft ließ sich am 23. November erwarten, dem Namenstage des Prälaten. Indes die Regierung ließ diesen Tag nicht herankommen. Am 20. November stellte sie dem Erzbischof die letzte Wahl, entweder zu versprechen, daß er sich jeder Amtshandlung enthalten wolle, seinen Aufenthalt außerhalb seines Stiftes zu wählen und sich von dort aus mit Rom ins Einvernehmen zu setzen, — oder gewärtig zu sein, daß die Regierung ihm nach eiguem Ermessen einen Wohnsitz anweise. Da Drosté-Bischering das Erste ablehnte, so wurde das Zweite ausgeführt und der Prälat noch am selben Tage nach der Festung Minden gebracht, wo er in einem Privathause Wohnung nehmen durfte und übrigens mit der größten Rücksicht behandelt wurde. Die Beschlagnahme seiner Papiere, die gleichfalls beschlossen war, bereitete sein Secretär Michelis dadurch, daß er sie in aller Eile verbrannte.

Verhegung
der Revölte-
rung.

Verhaftung
des Erzbis-
chofs.

Aber nun brach ein Sturm los, gegen welchen die bisherige katholische Hezerei nur ein sanftes Säuseln gewesen war. Es half nichts, daß des Erzbischofs eigenes Domcapitel, das ihn vor Kurzem erst gewählt hatte, beim Papste Zeugnis gegen ihn ablegte: die Rathschläge der erfahrensten und gelehrtesten Männer habe er mißachtet, die meisten, besonders die jüngeren Priester hochfahrend und gegen die canonischen Gesetze behandelt, die von seinem Vorgänger zur Ehre und zum Vortheil der Kirche weise, gesetzlich und mühsam getroffenen Einrichtungen umzustürzen gesucht. Es half nichts, daß die preussische Regierung in der j. g. Staatschrift aus Bunsens Feder eine klare

Sturm, gegen
die Regierung.

Allocution
vom 10. De-
cember 1837.

und ruhige Darlegung der gesammten Sachlage gab und dieselbe durch die Mittheilung aller in Frage kommenden Actenstücke vollkommen belegte. Eine päpstliche Allocution vom 10. December 1837 erhob den Kriegsruf; sie klagte die preußische Regierung an, die bischöfliche Würde verhöhnt, die Freiheit der Kirche verletzt, die Rechte des päpstlichen Stuhles mit Füßen getreten zu haben; sie verwarf alles und jedes Abkommen, das ohne Wissen der Curie über die gemischten Ehen getroffen sei, und rügte rücksichtslos das Verfahren der Bischöfe, welche dazu mitgewirkt hatten. Die einzige Antwort, welche die preußische Regierung auf diese geharnischte Kriegserklärung geben konnte, war die Abberufung ihres Gesandten beim Papste; dazu fand sie aber nicht den Muth, und Bunsen persönlich vergab ihrer Würde aus übergroßer Friedensliebe noch mehr durch einige beschwichtigende Erklärungen. Als auch diese durchaus nichts halfen und der Papst sich entschieden weigerte, vor der Wiedereinsetzung Drostes irgend welche Verhandlungen zu beginnen oder den Gesandten auch nur zu empfangen, bat dieser selbst um Urlaub und verließ Rom im Frühjahr 1838. Inzwischen hatte der römische Posaunenstoß in den clericalen Kreisen Deutschlands und der Nachbarländer ein jubelndes Echo gefunden; die katholische Presse bemächtigte sich des dankbaren Stoffes und erfreute sich nicht selten des lauten Beifalles der Liberalen, denen eine Niederlage der verhaßten preußischen Regierung nur erwünscht war. Der alte Görres erschien wieder auf dem Kampfplatze und verpönte in seinem Athanasius all das Gift, das sich seit 1819 bei ihm angesammelt hatte. Sein Wohnsitz, München, wurde ein Hauptquartier der preußenfeindlichen Leidenschaft. Hatte doch in demselben Jahre die katholische Partei Baierns einen glänzenden Sieg errungen, indem das Ministerium Wallerstein dem ultramontanen Abel Platz machen mußte. Da konnte die Phantasie sich in den kühnsten Träumen ergehen; selbst die Losreißung der Rheinlande von Preußen, die Bildung eines Königreichs Rheinfranken unter einem bairischen Prinzen schien keine Unmöglichkeit mehr. Ein Gefühl der Siegeshoffnung durchzog die ganze clericale Partei; auf allen Schauplätzen begann sie den Kampf; in Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg, vor Allem auch in der Schweiz entfaltete sie neue Regsamkeit; die historisch-politischen Blätter, von Philipps und dem jüngeren Görres in München herausgegeben, traten in die erste Reihe der Streiter; Katholik, Cos, Sion und eine Menge anderer Zeitschriften halfen nach Kräften; französische und belgische Blätter frohlockten über den „bisher unerhörten Geist der Freiheit und Neuerung, der von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Orinoco und La Plata durch die katholische Welt fluthe“ und priesen die Elemente eines neuen rheinischen Bundes, die nur einem hartnäckig Blinden entgehen könnten. Natürlich schwiegen auch die Gegner nicht; ein lebhaftes Geplänkel in der Tagespresse und in Broschüren begann; über 200 Streitschriften erschienen; aber die Katholiken waren dabei entschieden im Vorthail. Denn die Partei, welche sie am nachdrücklichsten hätte bekämpfen können, der Liberalismus, war Jahre hindurch

Die Presse.

von der Regierung geknechtet worden; ihm konnte es nicht leicht fallen, sich jetzt mit Eifer auf die Seite des Staates zu stellen; viel eher mußte sich seiner der Gedanke bemächtigen, daß der Katholicismus sein Leidensgefährte sei und daß der Sieg desselben in dem eröffneten Kampfe, wie bedauerlich auch aus anderen Gesichtspunkten, doch dem Polizeistaate gegenüber auch der Sache der Freiheit nützen werde. Vollends das Verbot des Athanasius und ähnlicher Schriften, der Versuch also, den Gegner mundtot zu machen, konnte einen liberalen Schriftsteller nicht verlocken, als Vorkämpfer der Regierung aufzutreten und sich so in das schlimme Licht zu setzen, als ob man einen Wehrlosen, an der Verteidigung Gehinderten angreife. Der beste Beistand in dem großen Kampfe ging damit dem Staate verloren; er mußte fast ausschließlich mit seinen Machtmitteln wirken. Diese standhaft und mit Ausdauer zu gebrauchen, setzte aber einen Muth voraus, der ohne die Stütze der öffentlichen Meinung schwer zu behaupten war, besonders da die Gährung und Unzufriedenheit durch die Kühnheit der Ultramontanen auch nach dem Osten der Monarchie übertragen wurde. Das Breve von 1830 war, wie erinnerlich, nur an die vier westlichen Bischöfe gerichtet; trotzdem verlangte jetzt der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, die Erlaubniß, es auch in seinem Sprengel veröffentlichen zu dürfen, und that es im Februar 1838 ohne diese Erlaubniß, die ihm ausdrücklich verweigert wurde. Wegen dieser Auflehnung ließ ihm der König vor dem Kammergerichte in Berlin den Prozeß machen; aber er wagte es schon nicht mehr, den strengen Spruch desselben auszuführen. Die Amtsentsetzung, welche über Dunin verhängt wurde, verwandelte er in Suspension; die sechsmonatliche Festungshaft erließ er ihm ganz, unter der einzigen Bedingung, daß der Erzbischof — er befand sich gerade in Berlin — nicht in seine Diöcese zurückkehre. In offenem Troze gegen diese königliche Gnade entwich aber Dunin heimlich aus der Hauptstadt und erschien am 3. October 1839 in Posen. Nun konnte von Nachsicht keine Rede mehr sein: er wurde auf der Stelle verhaftet und nach der Festung Colberg abgeführt. Die Geistlichkeit wollte zeigen, daß sie nicht minder muthvoll sei, als ihr Oberhirt; sie ordnete eine förmliche Kirchentrauer für das ganze Stift an; die Glocken verstumten, die Orgeln tönten nicht mehr; die Wirkung auf die Massen des Volkes konnte nicht ausbleiben, wenn die Regierung nicht kräftig einschritt. Sobald sie aber dazu den Muth faßte, zeigte es sich, daß sie die Zügel in der Hand hielt; sie drohte der übermüthigen Geistlichkeit mit der Entziehung der Einkünfte (der Temporalien Sperre) und brachte sie dadurch zum Gehorsam.

Erzbischof
Dunin.

Freilich nicht in Bezug auf die eigentliche Streitfrage, die bedingungslose Einesignung der gemischten Ehen. Sowohl in Posen wie am Rhein wurde diese verweigert, wenn der protestantische Theil nicht die katholische Erziehung der Kinder versprach. Aber daran war die preussische Regierung selbst Schuld. Sie bestand weder mit Nachdruck auf der Vereinbarung von 1834, noch begnügte sie sich einfach mit der passiven Assistenz, sondern sie ließ schon im Februar 1838

Die Misch-
ehen.

den Cultusminister von Altenstein einen unverkennbaren Rückzug antreten, indem er den Priestern „bescheidene Erkundigungen“ nach der Willkürlichkeit der Eltern in diesem Punkte gestattete. Der eigentliche Ausgangspunkt des Streites verlor dadurch einfließen seine entscheidende Bedeutung; allein dieser selbst war nichts weniger als beendet und schon die Personenfragen, das weitere Schicksal Drostes und Dunins, machten die Lösung ungemein schwierig. In dieser Hinsicht war die Geduld des greisen Königs erschöpft; der Erzbischof Drost, so hatte er bereits in Wien erklären lassen, werde dem Kölner Dom nicht wieder sehen, und wenn er hundert Jahr alt würde. In den schärfsten Worten versicherte er dem posener Clerus auf eine „ungebührliche“ Immediateingabe, daß er die Religion von der Geistlichkeit und ihren Obern nicht zur Antastung der königlichen Souveränitätsrechte werde mißbrauchen lassen. Sein ganzer Herrscherstolz war tief verletzt, und da ihn überdies das Alter unzugänglich machte, so ließ sich nicht bezweifeln, daß er die verwickelte Sache ungelöst seinem Sohne hinterlassen werde.

Friedrich Wilhelm IV.

Schneller, als man noch kurz zuvor glauben konnte, ging diese Voraussicht in Erfüllung. Am 7. Juni 1840 starb Friedrich Wilhelm III. und erwartungsvoll blickten alle Augen in Deutschland auf das neue Gestirn, das in Preußen aufging. Der vielseitige Gegensatz zwischen dem Vater und dem Sohne zeigte sich bald auch in der kirchlichen Frage. Wenn Friedrich Wilhelm III. die ungefügen Prälaten zum Gehorsam zu zwingen entschlossen war und dabei die Forderungen des Staates selbst über das erlaubte Maß hinaus festhielt, so bemühte sich sein Sohn jene zum Gehorsam zu begütigen und ließ sich dabei einige Opfer an seiner königlichen Machtvollkommenheit nicht gereuen. Es fehlte ihm dabei nicht an einer gewissen überlegenen Würde, durch die er dem Nachgeben in der Sache wenigstens eine gefällige Form zu geben wußte. So gleich in den ersten Tagen seiner Regierung. Einige polnische Priester verweigerten dem verstorbenen Monarchen das Trauergeldläut; die Gemeinde Inowracław beschwerte sich darüber bei dem Könige; und was that dieser? Er antwortete, die Gefinnungen der Liebe und Anhänglichkeit, welche sich in dieser Beschwerde ausdrücken, hätten in seinem Herzen einen helleren Klang ertönen lassen, als das Trauergeldläut, welches ein pflichtvergessener fanatischer Geistlicher verweigert, hätte hervorbringen können. Offenbar eine würdige Antwort, aber schwerlich eine kluge; denn sie ermutigte die Opposition des Katholicismus, so daß im nächsten Jahre, als in Baiern die protestantische Stiefmutter des Königs Ludwig starb und der Bischof von Augsburg ein feierliches Traueramt für sie abhielt, der Papst Gregor XVI. selbst die Unerschämtheit besaß, ihm in einem Breve (vom 13. Febr. 1842) die schärfste Klage wegen dieses „Aergernisses“ zu ertheilen und ihm aufzugeben, seine Gemeinde „gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler zu schützen, welche lügnerisch ausbreiten, daß auch ein Nichtkatholik selig werden könne“. König Friedrich Wilhelm IV. ging aber noch weiter. Zu den wenigen Prälaten, die noch im

Ermutigung
des Katholizismus.

Spiegel'schen Geiste wirkten, gehörte der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky. Ihn von seinem Plaze zu verdrängen, war deshalb der lebhafteste Wunsch der Curie; in Briesen, die ihm nicht durch Vermittlung der Regierung, wie die Ordnung es vorschrieb, sondern auf allerlei Umwegen zuzugingen, forderte Gregor XVI. von ihm, er solle abdanken. Sedlnitzky kämpfte einen schweren Kampf mit sich, aber endlich legte er — und der König billigte das — im August 1840 seinen Hirtenstab nieder. Dem starren Freiherrn von Drostke war es dagegen schon Mitte Juli erlaubt worden, seinen Aufenthalt in Minden mit einem andern zu vertauschen; nur die Rückkehr in seine Diocese blieb ihm untersagt. Daß er seinen erzbischöflichen Stuhl nicht wieder bestieg, hatte er nur seiner eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben, die ihm jeden Schritt halben Entgegenkommens unmöglich machte. Graf Dunin aber, der mehr weltmännische Klugheit besaß, erreichte durch einige geschriebene Erklärungen, die er am Throne des Königs niederlegte, die Befreiung aus der Haft und die Wiedereinsetzung in seine Würde. Eine Erklärung, welche die Staatszeitung am 29. Juli brachte, wahrte dabei allerdings den bisherigen Standpunct der Regierung und versprach ohne Rücksicht gegen Jeden einzuschreiten, der den Gesetzen zuwider die Eintracht unter den Bekenntnissen zu untergraben trachte; allein das feierliche Gepränge und der laute Jubel, mit welchem der rückkehrende Erzbischof in Posen und Gnesen empfangen wurde, lehrte genugsam, daß in katholischen Kreisen dieser Ausgang als ein großer Sieg empfunden wurde, und zu allem Ueberflusse erklärte ein Hirtenbrief Dunins schon am 27. August, daß die streitigen Punkte keineswegs erledigt seien, daß er sich wegen derselben erst mit dem Papste in Beziehung setzen werde und daß bis dahin die Geistlichen gemischte Ehen überhaupt nicht einsegnen sollten. Trotzdem behandelte der König diesen wie die übrigen Bischöfe bei der Huldigung mit außerlesener Freundlichkeit, und kam ihnen vor Schluß des Jahres noch durch eine folgenreiche Neuerung entgegen, indem er im Cultusministerium einen besonderen katholischen Director für Kirchen- und Schulsachen anstellte, und dadurch den Keim zu der späteren katholischen Abtheilung legte, die erst 1871 wieder aufgehoben wurde. Andere Zugeständnisse nicht minder bedenklicher Art folgten nach, z. B. die Aufhebung des Verbotes, daß im Ausland erzogene und geweihte Priester in Preußen angestellt würden, oder die den Bischöfen am 1. Januar 1841 ertheilte Erlaubniß, direct mit Rom zu verhandeln. Auch daß in Trier als Nachfolger des schon 1836 gestorbenen Bischofs von Hommer jetzt ein Fanatiker der schlimmsten Art, Arnoldi, bestätigt wurde, der bald noch viel von sich reden machen sollte, gehörte in den Kreis dieser Zugeständnisse. Nur die Angelegenheit Drostkes schien nicht ins Gleiche kommen zu wollen, obgleich der König schon wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt den Grafen Brühl nach Rom geschickt hatte, um eine Vermittlung der Gegensätze herbeizuführen. Des Königs Gedanke war, daß der Papst den Erzbischof nach Rom berufen und zum Cardinal machen, ihm in Köln aber

Sedlnitzky.

Drostke.

Zugeständnisse
an die
Bischöfe.

Drostke.

Der Frieden:
„Schluß.

einen Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge geben solle. Die Curie mußte dieses sehnüchtige Verlangen des preussischen Monarchen vortrefflich auszunutzen. Sie häufte Bedingungen auf Bedingungen. Jene Zugeständnisse Friedrich Wilhelms an den Katholicismus waren in Wirklichkeit Forderungen, an deren Erfüllung der Papst seine Einwilligung knüpfte, und die der König theils zaudernd, theils zuvorkommend befriedigte. Erschöpft war damit aber die Liste der päpstlichen Wünsche noch keineswegs; nur traten die anderen, wie die Preisgebung der Hermesianer und der Convention von 1834, nicht so schnell und so greifbar zu Tage. Forderungen wie die, daß der König selbst die Hälfte von Drostes Gehalt als Cardinal bezahlen und daß er demselben eine öffentliche Ehrenerklärung geben solle, gestand Friedrich Wilhelm ganz unbedenklich zu. Nur über einen Punkt konnte man sich lange nicht vereinigen; das war die Frage, ob Droste selbst seinen Coadjutor in Oöln weihen solle. Der Papst und der Erzbischof verlangten, der König verweigerte es. Endlich umging man den Streitpunkt dadurch, daß man zum Coadjutor einen Bischof auserwählte, der gar nicht erst geweiht zu werden brauchte. Der König Ludwig von Baiern, welcher eifrig vermittelt hatte, empfahl den Bischof Geißel von Speier; die preussische Regierung willigte ein und durch ein päpstliches Breve vom 20. September 1841 wurde die Angelegenheit in dieser Weise geordnet. Der versprochene Brief des Königs an den Erzbischof sprach ihn vor allem Volke des Verdachtes revolutionärer Umtriebe ledig, und der Streit war beendet.

Friedrich Wilhelms IV. Anfänge.

Bedeutung des
Thronwechsels.

Nicht bloß für die Erledigung der kirchlichen Wirren war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von eingreifender Wichtigkeit gewesen. Ein allgemein verbreitetes richtiges Gefühl lehrte, daß er mehr als durchschnittlich sonst ein Thronwechsel zu bedeuten habe. Aber was er bringen werde, das vermochte Niemand zu sagen. Der neue Herrscher war für sein Volk noch ein ungelöstes Räthsel, eine Gestalt, die zu den kühnsten Hoffnungen herausforderte und zu ernstern Befürchtungen Anlaß gab. Daß er ein Mann von hochfliegenderm Geist, voll idealer Ziele, voll schwärmerischer Begeisterung für Religion, Wissenschaft und Kunst sei, daß er seinen Vater an Gaben des Verstandes, an Biegsamkeit und Geschmeidigkeit der Auffassung, an Empfänglichkeit für alles Große weit überrage, daß er den Ehrgeiz in sich spüre, durch Regententugenden und politische Schöpferkraft einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollern sich zu erwerben, das bezweifelte Niemand. Aber ob er die Festigkeit des Characters besitze, um auf der einmal betretenen Bahn unerschrocken vorzugehen, ob die übersprudelnde Laune und Lebenslust des Prinzen den rechten Eifer und die Gewissenhaftigkeit des Herrschers in ihm nicht ersticken werde, ob seine rege Phantasie, seine überspannten Ideen vom königlichen Amte, seine romantischen Liebhabereien den

klaren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart in ihm nicht getrübt hätten; das waren Fragen, auf welche nur die Zeit Antwort geben konnte. Nur das Eine war sicher, daß Vieles sich ändern werde. Selbst wenn der Gesamtzustand des Staates das nicht mit solch zwingender Nothwendigkeit erheischt hätte, wie er es wirklich that, wenn das zaudernde Alter des an sich schon bedächtigen letzten Herrschers und die pietätvolle Rücksicht, welche die öffentliche Meinung ihm zollte, nicht so manche unabweisliche Reformen zurückgedrängt hätten, die jetzt mit Macht in den Vordergrund treten mußten, so würde allein der Gegensatz zwischen Vater und Sohn einen bedeutungsvollen Umschwung herbeigeführt haben. Anstatt des gemessenen strengen Ordnungssinnes war hier launenvoll genialisches Treiben, anstatt des nüchternen hausväterlichen Nützlichkeitsstandpunctes ein philosophisch angehauchter, von Poesie durchwärmter Idealismus, statt der biedereren verständigen Frömmigkeit, eine begeisterte, geheimnißfreudige, mystische Religiosität, statt der zurückhaltenden einsilbigen, aber im tiefsten Grunde wohlwollenden Umgangsformen ein sprudelndes, wortreiches, herzugewinnendes Sichgehenlassen, statt der knappen strengen Soldatennatur eine empfängliche, feingebildete Künstlerseele.

Den ersten Wochen der neuen Regierung kam diese gewinnende Persönlichkeit des Herrschers vollauf zu Statten; seine Anreden an die Deputationen, welche ihn begrüßten, seine schriftlichen Aeußerungen, zu denen sich mehrfacher Anlaß bot, zeigten den Schwung seiner Gesinnung und Ausdruckweise im Glanze der ersten Morgenfrische. Besonders begeisterten die Worte mit denen er das Testament seines Vaters veröffentlichte, zwei Actenstücke, deren eines einen prüfenden Rückblick auf die Regierung des Verstorbenen warf, während das andre — An meinen lieben Fritz überschrieben — ihm unter andern Grundsätzen besonders den ans Herz legte sich eben so sehr vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht zu hüten, wie vor einer zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte. Der König ließ diese Schriften seines Vaters dem Volke, das es werth sei, solche Worte zu hören, mittheilen; es sprach sich in dieser Verfügung eine Wärme, eine Herzlichkeit aus, die bezaubern mußte. „So, sagte man sich, schrieb kein Secretär, diesen Stil wagte kein Minister, in diesen gewaltigen, schwungvollen Worten konnte nur der Schmerz eines Sohnes und das Bewußtsein eines Königs sich ergießen.“ Und denselben Geist athmeten die ersten Thaten des Monarchen. Arndt, seit 1820 suspendirt, wurde wieder in seine Professur eingesetzt; Boyen, der 1819 mit Humboldt und Beyme aus dem Ministerium geschieden war, erhielt eine Berufung in den Staatsrath um später wieder Kriegsminister zu werden; dem alten Turnvater Jahn ward gestattet seinen Verbannungsort Freiburg zu verlassen; die beiden Brüder Grimm, die Opfer des Göttinger Gewaltstreiches, wurden in Berlin angestellt; nach und nach folgte die Berufung andrer Männer, die einen bedeutenden Namen in Wissenschaft und Kunst besaßen: Tief, Rückert, Schelling, Cornelius, Felix Mendelssohn: freilich waren

Das Testament Friedrich Wilhelms III.

Begnadigungen, Berufungen und Ernennungen.

nicht einmal diese alle der öffentlichen Meinung lieb, geschweige denn Männer wie Stahl und Hasenpflug.

Wir wollen ihn nicht haben
Den Herrn von Haß und Fluch,
Wenngleich die Schaar der Raben
Zum Adlerneß ihn trug,

so könnte es in den Straßen von Berlin, und diese Verse bereiteten dem Könige nach eigenem Geständniß den ersten schmerzlichen Tag seiner Regierung. Denn sie schonten auch seine älteren Vertrauten nicht; nur der eine Alexander von Humboldt fand Gnade vor den Augen des Volkes: die Bunsen, Radowicz, Thile, Kochow u. s. f. gakten für Männer voll mittelalterlicher Ideen, deren Frömmigkeit man vorwarf, daß sie zur Schau getragen und unehrlich sei.

Wie sehr dem Einzelnen dabei auch mannigfaches Unrecht geschah, im Ganzen lernte die öffentliche Meinung doch die Lage und die Person des Königs schnell genug mit richtiger Ahnung verstehen. Nur machte sie den gewiß entschuldbaren und selbst rühmlichen Fehler, daß sie zunächst die unliebamen Seiten in Friedrich Wilhelms Wesen aus ihm heraus zu verlegen und seine Günstlinge dafür verantwortlich zu machen strebte. Alles Erfreuliche wurde ihm voll und ganz angerechnet, besonders die Begnadigung vom 10. August, die unter andern politischen Verbrechen vor Allem auch die unglücklichen studentischen Opfer der Untersuchungskommission von 1834 dem Leben wiedergab. Mit Jubel lauschte man der erregten, herzlichen, persönlichen Redeweise, mit welcher der König bei den Huldigungen von Königsberg und Berlin vor sein Volk hintrat; die Herzen der Hörer flogen ihm entgegen, von Staunen und Hoffnung erfüllt über dieses neue, unerhörte Auftreten; selbst wer seine Worte nicht vernehmen konnte wurde hingerissen; denn schon seine Bewegungen zu sehen war ergreifend; man mußte innige kraftvolle Worte hinzudenken. Und doch drängte sich dem schärferen Beobachter wohl gleich die Frage auf, ob diese effectvolle Sprache sich fortsetzen lasse, ob Staatsangelegenheiten nicht eine andre erforderten.

Die Verfassungstrage.

Jedenfalls konnte solch eine aufregende und belebende, hoffnungswedende Beredtsamkeit nur dann segensreich wirken, wenn ihr Thaten folgten. Und die That, welche man von Friedrich Wilhelm verlangte, war die Erfüllung des Versprechens von 1815 und 1820, war die Ertheilung einer Verfassung für den ganzen Staat. Mit vollem Ernste trat diese Forderung an den König zuerst auf dem Landtag zu Königsberg, den er berufen hatte, um die Huldigung der Provinzen Preußen und Posen entgegenzunehmen. Auf den Antrag des Königsberger Kaufmanns Heinrich beschloßen die preußischen Stände mit 90 gegen 5 Stimmen dem König die Bitte um eine Reichsverfassung vorzulegen. Seine schriftliche Antwort darauf am 9. September war mild und freundlich gehalten, versprach Entwicklung der bestehenden Provinzialstände, enthielt aber durchaus keine greifbare Zusage. Dennoch machte sie einen guten Eindruck und nährte die vorhandenen Hoffnungen. Doch zu stürmischer Begeisterung ent-

Die Huldigung in Königsberg.

flammten die Worte, welche der Monarch am nächsten Tage sprach. Die Stände hatten ihm gehuldigt; 15,000 Menschen füllten den Schloßhof; eine feierliche Stille herrschte. Da erhob er sich plötzlich von seinem Thron, trat an den Rand der Tribüne, streckte den rechten Arm wie zum Schwur empor und gelobte hier vor Gottes Angesicht und vor diesen lieben Zeugen allen, daß er ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein wolle, wie sein unvergeßlicher Vater es gewesen. Er bat Gott um den Fürstensegen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueigne und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen mache; er bat Gott um seinen Segen für das theure Vaterland: bei uns, rief er begeistert aus, ist Einheit an Haupt- und Gliedern, an Fürst und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannigfach und doch Eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen nur ein einziges, edles ist — keinem andern Koft unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!

Von einer Verfassung war in alle dem mit keinem Worte die Rede und doch glaubte man an sie. Um so bitterer war die Enttäuschung als ein königlicher Erlaß vom 4. October dieses Mißverständniß ausdrücklich zurückwies. Die Stimmung wurde bitterer und man sah der Huldigung in Berlin, die am 15. October statt fand, mit Unbehagen entgegen. Natürlich erwartete man auch hier eine Rede des Königs; aber was konnte sie bringen, da die einzige ernstliche Forderung zum Voraus abgewiesen war? Je schwungvoller sie lautete, desto greller mußte der Abstand zwischen Wort und That erscheinen. Der feierliche Act ging diesmal in zwei Abschnitten vor sich; zuerst huldigte die Ritterschaft und Geißlichkeit im Innern des Schlosses, dann Stadt und Land auf dem Schloßhofe. Vor der Leistung des Eides ergriff hier der König entblößten Hauptes trotz Wind und Regen das Wort. Hatte er den Rittersn drinnen schon gesagt, daß sie von ihm keine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschüßesdonner und Posaunenton, sondern ein einfaches, väterliches, achideutsches und christliches Regiment zu erwarten hätten, so gelobte er auch draußen dem Volke, soweit seine Macht und sein Wille reiche, Frieden zu halten zu seiner Zeit. Er warb um die Liebe seiner Unterthanen, deren er nicht entzathen könne: denn die Wege der Könige seien thränenreich und thränenwerth, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Mit dem schönsten, klarsten Laute der Muttersprache, mit einem ehrenhaften Ja! bat er ihm zu versprechen, daß man durch gute und böse Tage treu mit ihm ausharren wolle, und mit erhöhtener Rechten wiederholte er dann — so wahr ihm Gott helfe — sein Königsberger Gelübde. Vollenden Sie nun, so schloß er, diese hohe Feier, und der befruchtende Regen Gottes ruhe auf dieser Stunde!

Erlaß vom
4. October.

Die Huldigung in Berlin.

Die Vereinigten Ausschüsse.

Plan des Vereinigten Landtages.

Drängen der öffentlichen Meinung.

Je tiefer der Eindruck war, welchen der König durch seine ganze Erscheinung machte, um so größer mußte die Unzufriedenheit darüber werden, daß er in der Hauptfrage der Zeit von der öffentlichen Meinung so völlig abwich. Denn diese verlangte in der That mit großer Zähigkeit eine Verfassung, und zwar eine Verfassung nach französischem Muster. Nun war Friedrich Wilhelm IV. einer Weiterbildung der Provinzialstände keineswegs abgeneigt; vielmehr berief er schon 1842 Abgeordnete derselben nach Berlin, um dort als Vereinigte Ausschüsse Gesetze mit durchzuberathen, welche für die ganze Monarchie bestimmt waren. Auch damit wollte er durchaus noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, sondern bewegte den Plan eines Vereinigten Landtages, zu dem alle Provinzialstände in ihrer Gesamtheit zusammentreten sollten, fortwährend in seinem Herzen. Allein auf der einen Seite konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen, stritt sich mit den widerwilligen Elementen seiner Umgebung, zu denen besonders seine Brüder gerechnet wurden, umher, und verzettelte sein Interesse an untergeordnete, theilweise lächerliche Fragen, als den Ort des Zusammentritts, die Theilung des Landtags in Curien, die Uniformirung der Mitglieder und Aehnliches — und auf der andern Seite rannte er sich fest in einem eingebildeten Gegensatz zwischen historisch gewordenen, nationalen Ständen und einer aus Frankreich importirten, undeutschen Repräsentativverfassung. Die Stände von 1823, so willkürlich, ungeschichtlich und erinnerungsarm sie waren, galten ihm für eine gewordene und daher conservative Grundlage; dafür daß das französische Vertretersystem mehr als französisch, daß es ein Ausdruck des modernen Staatsbewußtseins überhaupt sei, fehlte ihm jedes Verständniß. Er kämpfte daher mit voller Ueberzeugung für sein Princip und gegen die Ideen der Constitutionsmänner; aber es fehlte ihm doch wieder der Muth, seine Absichten schnell und ganz ins Leben treten zu lassen und dadurch eine Partei für dieselben zu begründen.

Um so entschuldbarer war es, wenn allmählig Zweifel aufkamen, ob es dem Könige denn wirklich Ernst mit seinen ständischen Plänen sei, und ob er nicht vielmehr sein Interesse dafür nur erheuchle; noch entschuldbarer die Meinung, daß man ihn drängen müsse und vielleicht mittelst der Presse über den erregbaren und empfänglichen Mann Einfluß genug gewinnen könne, um ihn in liberalere Gedankentreise hineinzutreiben. Zwei Flugchriften waren es besonders, die in diesem Sinne auf ihn hätten wirken können, und die, wenn nicht auf den Monarchen, doch auf die Gebildeten im Volke, einen mächtigen Einfluß ausübten. Die eine, unter dem Titel: Woher und wohin? hatte den greisen Oberpräsidenten von Schön, die andre: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, den jüdischen Arzt Johann Jakoby in Königsberg zum Verfasser. Beide wurden nicht allein massenhaft gelesen, besprochen und in den Zeitungen behandelt, sondern riefen Entgegnungen und Bekräftigungen hervor; Jakobys Schrift wurde für die nächsten Jahre gradezu ein Zeughaus für die constitutionelle Opposition. Je länger, je mehr mußte sich des Königs

und seiner Minister die Ueberzeugung bemächtigen, daß sie auch ihrerseits in der Presse sich eine kräftige Waffe bereiten müßten; aber die Ausführung unterblieb. Im Herbst 1842 wurde eine „Deutsche Zeitung“ beabsichtigt, deren Leitung Dahlmann übernehmen und die im großen Stile die Sache der Regierung führen sollte; aber im letzten Augenblicke scheute man doch vor Dahlmanns eiferner Selbstständigkeit zurück und verweigerte ihm die bedingungslose Censurfreiheit. Das war um so ungeschickter, als man doch recht wohl einsah, daß die bisherige Knebelung der Presse nicht aufrecht erhalten werden könne, und als die Mildeurungen, welche im Jahre 1842 eingeführt waren, nun die Schärfe der Opposition vermehrten, ohne daß dieselbe ein genügendes Gegengewicht fand. Um Angriffsstoff brauchten die Gegner nicht verlegen zu sein; selbst die Person des Königs bot denen, welche außer dem Bereiche der preussischen Polizei waren, Blößen genug und Heinrich Heine erging sich nicht bloß mit wahrer Wollust darin, dieses

Die politische
Literatur.

Mittelbing,
Daß weder Fleisch noch Fisch ist,
Und von den Extremen unsrer Zeit
Ein närrisches Gemisch ist,

in mannigfach treffender Satire zu verhöhnen oder im Hinblick auf die Versprechen von 1815 und 1820 spöttisch auszurufen:

Ja Königsworte, das sind Schätze,
Wie tief im Rhein der Niblungshort!

sondern auch die dem König zugeschriebene Trunksucht, seine Kinderlosigkeit und ähnliche Dinge wurden in der größten Weise verarbeitet. Dessen mußte sich zwar die preussische Schriftstellerwelt selbstverständlich enthalten, aber an mehr oder weniger verdeckten Hieben auf den „Romantiker“ ließ auch sie es nicht fehlen. Und was sich nicht in Berlin sagen ließ, das sagte man im Auslande; die schweizer Verlagshandlungen druckten und verlegten, was vor der preussischen Censur nicht bestehen konnte; des Absatzes waren sie doch vollkommen sicher. Im Inlande selbst sorgten über 400 Zeitungen für die Bedürfnisse der Lesewelt; einzelne wissenschaftliche Blätter, besonders die Hallischen Jahrbücher von Ruge und Schermaier, gaben den liberalen Politikern den Ton an; man eiferte gegen die Schelling'sche Philosophie und traf in dem Schützling den königlichen Gönner; man erließ ein Manifest gegen die Romantik, und zeichnete in der Romantik die preussische Politik. Einen gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung übten die politischen Lyriker, Herwegh besonders mit seiner formenkühnen, beredten Sprache, dann Hofmann von Fallersleben, Robert Prutz, Dingeldey, Freiligrath. Geraume Zeit standen sie dem Könige durchaus nicht feindlich gegenüber und manch ermutigendes und auffeuerndes Wort ward ihm zugesungen. Doch einer nach dem andern wurde des fruchtlosen Zuredens müde, nicht lange wahrte es, so wandte sich Herwegh ab. „Du konntest Deiner Zeit das Banner tragen, Und trägst ihr nur die Schleppe

nach“, rief er enttäuscht dem Könige zu. Hofmann, Bruß und andere folgten seinem Beispiel, zum Theil durch persönliche Kränkungen verletzt, und selbst Freiligrath nahm das Wort zurück, das einst Herweghs Zorn erregt: „Der Dichter steht auf einer höhern Warte Als auf der Zinne der Partei“, und ließ auch seinen Lorbeer von der Partei flechten, die freilich die überwältigende Mehrheit unter den Gebildeten der Nation ausmachte.

Das Bisthum
Jerusalem.

Besonders reichlichen Stoff zum Angriff boten die kirchlichen Dinge, über denen in der That ein sonderbarer Unstern waltete, mochte der König persönlich, mochten seine Günstlinge oder der Kultusminister Eichhorn sie in die Hand nehmen. Besonders dankbar waren für die Spötter zwei Unternehmungen des Königs, denen doch ein tieferer Sinn keineswegs fehlte: das evangelische Bisthum in Jerusalem und die Vollendung des Kölner Dombaues. Die Anregung zu dem Gedanken, in Jerusalem mit England gemeinsam einen Bischofsitz zu gründen, wurde durch die orientalische Krisis von 1840 gegeben. Wenn ein Schwärmer wie der begeisterte Philhellene Gynard durch sie zu dem Wunsche gedrängt wurde, König Ludwig von Baiern möchte mit den andern Christlichen Herrschern zusammen auf die Gefahr eines neuen Kreuzzuges hin von der Pforte die Herausgabe des heiligen Grabes fordern; wenn Ludwig diesen Wunsch bei seinem vielgeliebten Schwager, dessen Geist für Alles Edle und Große empfänglich sei, zu befürworten unternahm, dann war es immer noch ein Zeichen von Rüchternheit, wenn dieser den überschwänglichen Plan so beschnitt, wie er es that. Daß an der heiligen Stätte der Protestantismus so gut wie der griechische und römische Katholicismus durch einen hohen Würdenträger vertreten sein möchte, dieser Wunsch konnte einem gläubigen Christen nicht so fernliegend erscheinen; daß der König dabei sich mit der anglicanischen Kirche zu verbünden trachtete, erklärte sich nicht blos aus seiner und seines vertrauten Rathgebers Bunsen Vorliebe für dieselbe, sondern auch aus der verständigen Erwägung, daß ohne Englands Beistand das Ziel schwer zu erreichen sei. Aber freilich, abenteuerlich und fremdartig mußte der ganze Plan dem zweifelstüchtigen Geiste der gebildeten Zeitgenossen immerhin vorkommen. Und mit dem Kölner Dombau war es zwar etwas, doch nicht ganz viel anders. Als rein künstlerisches Unternehmen gedacht, hätte ihm der Beifall der Nation wohl kaum gefehlt; aber daß es in der Seele des Königs doch auch ein frommes Werk war, daß es ein Sinnbild für die Einigkeit der Bekenntnisse sein und den unparteiisch wohlwollenden Sinn des Herrschers für den Katholicismus bezeugen sollte, das mißfiel. Das Fest der Grundsteinlegung, das am 4. September 1842 begangen wurde, gestaltete sich doch zu einer Art Nationalfeier. In feuriger Rede begrüßte der Monarch die Thore, zu denen er den Grundstein legte, als Thore einer neuen besseren Zeit, durch welche nie das ehrlose Untergraben der Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Confessionen und der Stände einziehen möge. Durch Zeiten, reich

Der Kölner
Dom.

an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, so rief er aus, rage der Dom von Cöln über dieser Stadt und über Deutschland, bis an das Ende der Tage! Von den deutschen Fürsten, die ihn dabei umgaben, brachte der König von Württemberg bei der Festtafel dem gemeinsamen großen Vaterlande ein Hoch, und dem Erzherzog Johann von Oesterreich schob der Volksmund gar den Trinkspruch unter: Kein Oesterreich, kein Preußen mehr! Ein einiges großes Deutschland, fest wie seine Berge!

Wie hier das Volk sich in einen schmeichlerischen Traum wiegte, so nicht minder der König, wenn er von dem Frieden unter den Bekenntnissen sprach. Nicht einmal in sich, geschweige denn unter einander konnten die einzelnen Glaubensbekenntnisse diesen Frieden bewahren; im römischen wie im protestantischen Lager nahmen die starren, unversöhnlichen Richtungen an Macht und Einfluß zu, und religiöser Hader überwog in den nächsten Jahren den politischen. In der katholischen Kirche gab der neue Bischof von Trier, Arnoldi, das Zeichen zum Kampf. Im August 1844 verordnete er eine feierliche Ausstellung des ungenähten Rockes Christi, der zu den Schätzen seiner Kirche zählte. Als bald begann aus den katholischen Gegenden des Rheinlandes, aus Belgien und Frankreich eine Massenwallfahrt nach Trier, die ins Unermeßliche anschwoll, als die Freifrau von Droste-Vischering, eine Nichte des Erzbischofs, die auf Krücken hingegangen war den Herrgottsrock anzubeten, ohne Krücken zurückkehrte. Ueber eine Million Pilger strömten binnen sechs Wochen in der alten Moselftadt zusammen; wenigstens einzelne von ihnen behaupteten gleichfalls, Heilung von körperlichen Leiden gefunden zu haben. Der laute Jubel der Clericalen über diese göttlichen Wundererscheinungen weckte natürlich den Widerspruch der Aufgeklärten. Von protestantischen Gelehrten wurde die Fabel des ungenähten Rockes in ihrer ganzen Albernheit nachgewiesen, wurde gezeigt, daß es 20 und mehr Exemplare dieses Wunderkleides gebe, wurde der Aberglaube, der damit sein Spiel trieb, scharf gegeißelt. Aber auch aus dem Schooß der römischen Kirche erhob sich Widerspruch. Ein katholischer Priester, freilich ein suspendirter und nicht im besten Rufe stehender, Johannes Ronge, eiferte in einem offenen Brief an den Bischof Arnoldi, den Tegel des 19. Jahrhunderts, gegen das Götzengestirn zu Trier. Durch die Excommunication, welche der Fürstbischof von Breslau über ihn verhängte, noch weiter gedrängt, begann er in einer Reihe von Flugschriften für die Reform der Kirche, für eine deutsch-katholische Nationalkirche, zu wirken. Der laute Beifall, welchen er aus der Mitte der Protestanten wie der eigenen Glaubensgenossen erhielt, steigerte seinen Muth; es schien, als ob die Ueberspannung der katholischen Forderungen, die seit 1830 beständig gewachsen war, jetzt zu einem völligen Bruch, zu einer neuen Reformation führen sollte. Der Weg, den Ronge zu gehen hatte, war ihm übrigens schon gewiesen. Bereits im August 1844 hatte ein anderer Priester, allerdings wieder ein suspendirter, Czerski von Schneidemühl in der Provinz Posen, sich mit seiner Gemeinde vollständig von Rom

Der heilige
Rock von
Trier.

Der Deutsch-
Katholismus.

losgesagt, nicht weil er die Dogmen der Kirche, sondern weil er ihre Verfassung und die Gehorsamkeit der Geistlichen verwarf. Nach seinem Vorbilde gründete nun Ronge Anfang März 1845 in Breslau eine christkatholische Gemeinde; in etwa zwanzig norddeutschen Städten geschah binnen wenigen Wochen dasselbe; ein leipziger Concil, um Ostern abgehalten, wurde bereits von 15 Orten beschickt. Große Reisen, die Ronge durch ganz Deutschland unternahm, mehrten besonders im Süden seinen Anhang; gewichtige Männer wie Duller und Gerbinus erklärten sich für ihn; auch in den Regierungs- und Hofkreisen war man seiner Bewegung nicht abgeneigt; der Prinz von Preußen würdigte ihn einer langen Audienz und der König selbst schien entschlossen, die neue Secte auf demselben Fuße wie die Altlutheraner zu behandeln. Oestreich und Baiern freilich duldeten keine deutsch-katholischen Gemeinden in ihrem Gebiete, und in andern Staaten wie Sachsen, Kurhessen, Württemberg wurde wenigstens ihr öffentliches Auftreten beschränkt. In Leipzig, wo Robert Blum eine ansehnliche Gemeinde gebildet hatte, kam es darüber sogar schon 1845 zu einem blutigen Tumult. Als die Seele des Verbotes, das im Juli des Jahres erlassen war, sah man den Prinzen Johann an, den späteren König von Sachsen, der trotz seiner hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung doch in dem Rufe einer engherzigen kirchlichen Gesinnung stand. Dieser traf am 12. August in Leipzig ein um die Bürgerwehr zu mustern. Die lebhaftesten Kundgebungen zu Gunsten der Deutschkatholiken verfolgten ihn; Uebehoß auf Ronge wechselten mit dem Rufe: Nieder mit den Jesuiten! Die Person des Prinzen selbst schien Abends durch Ansammlungen vor seiner Wohnung, durch Einwerfen der Fenster und Andrängen gegen die Thüren gefährdet, so daß Soldaten erschienen und von ihrer Waffe Gebrauch machten. Nur durch die schnelle Flucht des Prinzen, die Entfernung der Truppen aus der Stadt und besonders durch die Mäßigung, welche Robert Blum, der thatsächlich die Menge in seiner Hand hatte, entwidelte, wurden schlimmere Auftritte verhindert, so daß sich allmählig das Ansehen der Regierung wiederherstellte. Bedenklicher übrigens als die Feindseligkeiten der sächsischen und der gleichgesinnten Staatsbehörden war für die deutsch-katholische Sache der innere Zwiespalt. Während die Czersti'sche Partei dogmatisch nicht allzuweit von den römischen Satzungen abwich und besonders durch ihren Glauben an die Gottheit Christi auch den orthodoxen Protestanten genehm blieb, so daß ihnen vielfach protestantische Kirchen zum Gottesdienst geöffnet wurden, stellten sich die Rongeaner auf den Standpunct der modernen kritischen Theologie, verwarfen, wie die freisinnige Partei in der evangelischen Kirche, das apostolische Glaubensbekenntniß, zogen damit aber dieselbe Verfolgung, welche jene traf, auch auf sich herab. Nur mühsam wurde auf den Synoden und Concilen der neuen Secte die äußere Einheit aufrecht erhalten und es galt mehr als einmal, den offenkundig gewordenen Zwiespalt zu veruschen oder zu begütigen. Auch ließ sich in nicht zu langer Frist deutlich erkennen, daß eine wirklich religiöse Kraft in

Der Leipziger
Tumult.

Spaltungen
unter den
Deutschkatholi-
ken.

dieser neuen Kirchengemeinschaft doch nicht vorhanden sei, daß sie vielmehr zum guten Theil von politisch Mißvergnügten gehalten und als Deckmantel demokratischer und socialistischer Bestrebungen benutzt werde. Als das Jahr 1848 einen solchen Deckmantel überflüssig machte, bekannten denn auch viele Führer offen ihre wahre Farbe, und statt daß der Deutschkatholicismus von der Freiheit, deren er nun genoß, Nutzen gezogen hätte, begann vielmehr sein allmäliger Zerfall. Seinen Höhepunct erreichte er Ende 1846, wo sich etwa 60,000 Gläubige, zur Hälfte in Schlesien, zu ihm bekannten; das Berliner Concil, um Pfingsten 1847, sah Vertreter von 151 Gemeinden. Wenn er durch seine Verbreitung nach Oestreich, Baiern u. s. f. an äußerer Ausdehnung während der nächsten Jahre vielleicht noch zunahm, so verlor er doch völlig seine kirchliche Besonderheit, und gestand das auch dadurch ein, daß er im Beginn der Reactionszeit eine Verschmelzung mit den protestantischen freien Gemeinden auf den Concilen von Leipzig und Göttingen, im Mai 1850, versuchte und dadurch sein und seiner Verbündeten Lebensfähigkeit nur noch mehr untergrub.

Trotzdem waren die freien Gemeinden und der Deutschkatholicismus allerdings gleichartige Erscheinungen, insofern beide durch den Geist des Jahrhunderts zur Loslösung von ihrer Mutterkirche gedrängt wurden und in beiden die verneinende Kraft größer war als die schöpferische. Der Protestantismus hatte in dem letzten Menschenalter eine große Krisis durchlebt. Der alte Rationalismus, welcher die Erzählungen der Bibel Alten wie Neuen Testaments im Sinne der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts verstandesmäßig zu begreifen und nüchtern-prosaisch zu erläutern gesucht hatte, besaß keine Lebenskraft mehr. Ihm fehlte das eigentlich religiöse Moment so vollständig und er bot doch andererseits dem unbefangenen prüfenden Verstande so große Schwächen, daß sein Anhang sich mehr und mehr zersplitterte und auf der einen Seite die gläubige Annahme der göttlichen Geheimnisse, mochten sie in Wunderthaten oder in unbegreiflichen Lehrsätzen bestehen, die verlorene Herrschaft wiedergewann, während auf der andern Seite der historisch-kritische Sinn der jüngeren Generation die Bibel wie ein anderes Buch zu behandeln anfangte und in mühsamer, Jahrzehnte erfordernender Gelehrtenarbeit die geschichtlichen Thatfachen des Christenthums aus der Einkleidung, in welche die ersten Jahrhunderte sie gehüllt, loszuschälen suchte. Aber gerade weil diese Arbeit kein Kinderspiel war, weil sie nicht mit einem Schlage gesicherte Ergebnisse vorzulegen vermochte, weil sie in dem Für und Wider der Kritik sich selbst nicht selten widersprach und aufhob, besaß sie nicht die Kraft, die große Menge, die dem Rationalismus allenfalls zugänglich gewesen war, für sich zu gewinnen, sondern verlor dieselbe an die Orthodorie, die von Jahr zu Jahr kühner ihr Haupt erhob und einen streitlustigen, verfolgungsfüchtigen Geist entwickelte. Zwar fehlte es unter denen, welche die übernatürlichen Lehren des Christenthums festhielten, nicht an solchen, die damit den Geist der Duldsamkeit und der unbefangenen wissenschaft-

Der Pro-
testantismus.

lichen Prüfung verbanden und als Vermittlungstheologen eine versöhnliche Stellung behaupteten. Aber so sehr sie in Anbetracht der Gesamtlage, in welcher sich die evangelische Kirche und die wissenschaftliche Theologie befanden, berufen gewesen wären, als Leiter an die Spitze zu treten, so wenig eigneten sich die friedfertigen Persönlichkeiten ihrer Führer dazu, den kampflustigen Häuptern der streitbaren Orthodogie die Herrschaft zu entwinden. Am wenigsten einem Manne wie Friedrich Wilhelm IV. gegenüber. Obgleich dieser König mit einem der bedeutendsten Vermittlungstheologen, mit Bunsen, in dem vertrautesten Verkehre stand, so neigte er doch in seinen persönlichen Anschauungen zu sehr nach dem Standpunct der schärfsten Orthodogie, als daß er die Berechtigung der freien Forschung innerhalb der evangelischen Kirche hätte einräumen wollen. Er verschloß sich zwar nicht der Nothwendigkeit einer Neugestaltung dieser Kirche in ihren Verfassungsformen und wünschte diese so umgewandelt, daß ihre Leitung in berufenere Hände als in die des Landesfürsten gelegt würde; aber so lange das nicht geschehen war, hielt er sich nicht berechtigt, durch Gewährenlassen der freieren Anschauungen, wie sein Vater es geübt, der allgemeinen Gültigkeit der alten Bekenntnisformeln etwas zu vergeben, sondern zog die Zügel straff an. Die Eiferer der Orthodogie, besonders der Professor Hengstenberg in seiner Evangelischen Kirchenzeitung, heßten nach Kräften, und Eichhorn, der Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, einst der Freund und Anhänger Schleiermachers, förderte die Interessen dieser Partei unbekümmert um seine eigene Vergangenheit und begünstigte außerdem eifrig — darin des Königs eigensten Gesinnungen entsprechend — den Pietismus und die äußere Kirchlichkeit. Die Universitäten wurden nicht allein in den theologischen Lehrstühlen immer ausschließlich mit Anhängern der neugläubigen Richtung besetzt; ihre bisherige Lehrweise sollte geändert, an die Stelle des freien Lehrvortrags schulmäßiger Unterricht mit regelmäßigen Prüfungen gesetzt, die deutsche Einrichtung der Privatdocenten untergraben werden. Dadurch lud der Minister einen ungemessenen Haß auf sich, der um so schrankenloser werden und in dem Vorwurf der Heuchelei gipfeln mußte, als man von ihm am wenigsten derartiges erwartet hatte und seine Ernennung grade von den Liberalen mit Freude begrüßt worden war. In kurzer Zeit hatte er Alles gegen sich; selbst seine persönlichen Freunde beschuldigten ihn der Verstellung; und dem sog. Frommen galt er doch immer noch nicht als zuverlässig; sie meinten, wenn er auch das Wohl der Kirche fördere, so thue er es doch nur „in Schwachheit“. Besonders seine Reformpläne für die Kirchenverfassung blieben ihnen immer ein Stein des Anstoßes, während sie andererseits den Liberalen nicht genügten. Und doch beschränkte er grade hier keinen verwerflichen Weg. Er schuf zunächst Kreis- und Provinzial-Synoden, die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischt waren, und berief 1846 eine Generalsynode, auf der, wie es nicht anders zu erwarten stand, die vermittelnde Richtung die Oberhand hatte. Sie verwarf mit gewaltiger Mehrheit (48 gegen

Ministerium
Eichhorn.

Die Generalsynode.

14) die verpflichtende Kraft der alten Symbole und stellte ein Glaubensbekenntniß ohne dogmatische Bestimmtheit auf. Aber dadurch hatte sie es auch mit dem König und dem Minister verдорben; ihre Beschlüsse wurden nicht bestätigt und eine neue Synode nicht einberufen. Friedrich Wilhelm huldigte vielmehr der Ansicht, daß wer die Verpflichtung auf die Symbole mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne oder wolle, aus der Landeskirche zu scheiden habe, und da ein solcher Austritt bisher gesetzlich nicht gestattet war, so ermöglichte er denselben am 30. März 1847 durch das sog. Toleranz-Edict, welches ihn nur von einer Erklärung vor dem Richter abhängig machte. Wie die Sachen einmal lagen, war dadurch den Freisinnigen allerdings schon ein Dienst geschehen, wenngleich ein schlechter. Sie konnten jetzt eigene religiöse Genossenschaften bilden, sobald sie nur ihr Recht in der großen Landeskirche aufgeben wollten. Hätten sie einmütig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so würde freilich die Landeskirche mit der Zeit den Schlag am schwersten empfunden haben; sie würde immer mehr zu einer starren Secte zusammengeschrumpft sein, innerhalb deren es für eine andre Art der Gläubigkeit als das Buchstabenbekenntniß von Jahr zu Jahr weniger Raum gegeben hätte. Das geschah nicht, die Zukunft der Kirche wurde nicht gefährdet, weil weitaus die meisten Geistlichen sich entschlossen zeigten ihr gutes Recht zu behaupten und nicht freiwillig auszuscheiden. Nur diejenigen, welche vom Kirchenregimente gewaltsam entsetzt wurden, machten von dem Toleranzedict Gebrauch, nachdem sie zum Theil schon vorher ihre Anhänger zu Gemeinden vereinigt, denen freilich bis dahin die rechtliche Gültigkeit fehlte. So hatte zuerst Kupp in Königsberg im Januar 1846 gethan, einige Monate später folgte ihm Wislicenus in Halle, erst Ende 1847 Uhlisch in Magdeburg, dessen Gemeinde auf 5000 Köpfe stieg. Die Provinz Sachsen, unter deren Geistlichkeit die freiere Glaubensweise stark vertreten war, stand überhaupt an der Spitze der Bewegung. Uhlisch, Wislicenus u. A. hatten schon seit 1841 Prediger- und Laienversammlungen, besonders in Rötthen, abgehalten und in den Blättern für protestantische Freunde (oder wie man später sagte: für Nichtfreunde) sich ein vielgelesenes Organ verschafft. Auch in diesen Kreisen gingen jedoch die Ansichten noch sehr weit auseinander; während manche der freien Gemeinden, wie die von Magdeburg und Halle, selbst den Christennamen aufzugeben bereit waren, erklärten z. B. die Magdeburger in ihrer Stiftungsurkunde nachdrücklich: Wir bleiben, was wir sind und waren: evangelische Christen; auch in unserem Lande schließen wir uns wieder der Kirchenbehörde an, wenn sie zur evangelischen Freiheit zurückkehrt. Doch bewährte sich auch bei ihnen wie bei den Deutschkatholiken die alte Erfahrung, daß im Laufe der Zeit die weitergehenden, verneinenden Elemente immer mehr an Stärke gewannen und dadurch die Entwicklungsfähigkeit und Anziehungskraft der freien Gemeinden völlig untergraben wurde. Etwa 40 an der Zahl, ließen sie sich in den Revolutionsjahren auch in politische Dinge ein und wurden in der Reactionszeit dafür als poli-

Das Toleranz-Edict.

Die freien Gemeinden.

tische Vereine behandelt und aufgelöst; die Neugründungen, welche nachher stattfanden, blieben ohne Bedeutung.

Die Alt-Lutheraner.

Wenn ganz besonders der Deutschtholicismus und die freien Gemeinden Zeugniß dafür ablegen, wie die öffentliche Meinung in den vierziger Jahren sich auf religiösem Gebiete zu bethätigen suchte, da ihr das politische noch verschlossen war, so fehlte es doch auch an andern Erscheinungen nicht, die dasselbe lehrten. Der Kampf gegen die preußische Union wurde von Seiten der strengen Lutheraner mit Eifer aufgenommen; die Einen schieden aus der Landeskirche und traten zu Breslau 1841, vom Staate anerkannt, zu einer besonderen Gemeinschaft zusammen; die Andern blieben im Rahmen der Union und suchten sie von innen heraus zu zerstören. Erfreulicher war die Gründung des Gustav-Adolf-Vereines, der den Protestantismus ohne engherzige Rücksicht auf das Bekenntniß durch Kirchen- und Schulbau überall da zu stützen suchte, wo die katholische Nachbarschaft ihn gefährdete. Aus kleinem Ursprung im Königreich Sachsen hervorgegangen, dehnte er sich seit 1842 über das protestantische nicht-preußische Deutschland aus, nahm 1844 auch den preußischen Sonderverein, den der König hatte begründen wollen, in sich auf und drang 1848 selbst nach Baiern vor, wo König Ludwig damit begonnen hatte, einen Tilly-Verein als Gegendrohung auszuspielen. Die Ausschließung des Predigers Rupp, der trotz seiner Suspension von den Königsbergern als Abgeordneter zur General-Versammlung geschickt war, bedrohte zwar 1846 das friedliche Miteinanderwirken der verschiedenen Richtungen, blieb aber auf die Dauer doch ohne schädliche Wirkung. Auch die protestantischen Regierungen wollten auf kirchlichem Gebiete sich thätig erweisen und schufen 1846 die evangelische Kirchenconferenz, eine Vereinigung von Bevollmächtigten, die alle zwei Jahre zusammentrat, um gemeinsam Beschlüsse für alle deutschen Landeskirchen zu fassen oder vorzubereiten, die aber freilich kein irgend erkleckliches Ergebnis zu Lichte förderte.

Die evangelische Konferenz.

Die Verfassungfrage.

Alle diese Dinge vermochten indeß die Frage, welche recht eigentlich die Aufgabe des Jahrzehntes war, nicht von der Tagesordnung abzusetzen, die Frage, ob Preußens ständische Verfassung eine zeitgemäße Umgestaltung erhalten werde oder nicht. Das ließ sich nicht bestreiten, daß der König persönlich diese Frage im Allgemeinen zu bejahen entschlossen war. Aber nicht minder stand es fest, daß die Form, welche er im Sinne trug, nicht den Forderungen des Liberalismus entsprach. Dieser verlangte eine Repräsentativ-Verfassung, ein Parlament, das von dem Volke durch freie Wahlen gebildet werde; der König konnte sich nicht von seinen ständischen Liebhabereien losmachen und wollte daher eine Landesversammlung, die gleich den Provinziallandtagen aus Vertretern der Ritter, Bürger und Bauern bestände. Gewährte er diese, so mußte es nothwendig zwischen ihm und dem Landtage zum Kampfe kommen, eine Aussicht, welche für die Männer der Regierung und des Hofes schlimm genug war, um sie zu Feinden jeder Neuerung zu machen. Denn sie besaßen hinlängliche Kenntniß von dem Charakter des Königs, um zu wissen,

daß ihm die nöthige Ruhe und Ausdauer für die siegreiche Beendigung eines solchen Kampfes fehle. An der Spitze der Opposition stand kein Geringerer als der Bruder und Nachfolger des Monarchen, der Prinz von Preußen. Dieser verhehlte sich nicht, daß auch Preußen in die constitutionelle Bahn werde einlenken müssen; aber er hielt den König für so wenig geeignet, diesen Schritt zu thun, daß er ihn beschwor, denselben ihm, dem Prinzen, oder seinem Sohne zu überlassen, und als diese Vorstellungen keinen Erfolg hatten, sogar mit einem feierlichen Proteste drohte. Besonders das Jahr 1844 sah die lebhaftesten Verhandlungen in diesem Sinne. Der König hatte sich von Bunsen, Radowiz, dem Gesandten Caniz in Wien u. A. Entwürfe und Gutachten über die Verfassung ausarbeiten lassen; er war entschlossen, zum Werke zu schreiten; er erklärte, daß er durch seines Vaters Versprechungen sich gebunden erachte, daß seines Bruders Widerspruch seinem Herzen weh thue, aber auf seinen Kopf nicht den geringsten Einfluß haben dürfe; er hatte bereits vertrauliche Mittheilungen über seinen Entschluß nach Petersburg und Wien gemacht; und doch wurde er durch den allseitigen Widerstand von Neuem irre und schob die Sache noch einmal auf. Fortgesetzte neue Verhandlungen, bald lebhafter, bald unterbrochen, führten endlich zu einer Art Vergleich, der Prinz gab seinen Widerspruch auf und der König berücksichtigte dafür seine Wünsche in einzelnen Hauptpunkten. Was den Widerstand der Gegner hauptsächlich brach, war die Nothwendigkeit, zur Förderung des Eisenbahnbaues eine große Anleihe zu machen; diese konnte aber nach dem Edicte Friedrich Wilhelms III. von 1820 nur unter der Bürgschaft von Reichsständen abgeschlossen werden. Die Vereinigten Ausschüsse der Provinziallandtage, die der König 1842 ins Leben gerufen hatte, ließen sich unmöglich für solche Reichsstände ausgeben und würden sich selbst ohne Zweifel jedes Recht dazu abgesprochen haben. So erschien denn am 3. Februar 1847 zur allgemeinen Ueberraschung ein königliches Patent, welches den „Vereinigten Landtag der Monarchie“ auf den 11. April nach Berlin einberief. Wie schon sein Name zeigte, war er keine eigentliche Neuschöpfung, sondern nur eine Vereinigung der Provinziallandtage. Sämmtliche Mitglieder sollten, wenn es sich um Steuer- und Anleihe-sachen handelte, in einer Versammlung tagen, bei anderen Angelegenheiten aber — und das war eine Aenderung, die der Prinz von Preußen herbeigeführt hatte — sich in zwei Curien theilen, von denen die eine, die Herrencurie, aus den königlichen Prinzen, den Standesherrn und einigen anderen Classen bestand, die zweite, die Dreiständecurie, aus den Vertretern der Ritterschaft, der Städte und der Bauern zusammengesetzt war. In Gesetzgebungs-sachen stand dem Vereinigten Landtage nur eine beratthende Stimme zu, außerdem hatte er das Vitterrecht in inneren Angelegenheiten. Sein Zusammen-tritt sollte von den Umständen abhängen und nur dann erfolgen, wenn neue Anleihen oder Steuererhöhungen ihn nöthig machten. Dagegen sollten die Vereinigten Ausschüsse fortan regelmäßig alle

Das Patent
vom 3. Fe-
bruar 1847.

4 Jahre zusammentreten und eine besondere Deputation für das Schuldenwesen alljährlich einberufen werden.

Die öffentliche
Meinung.

Das waren die Zusagen, welche das Patent vom 3. Februar machte. Sie bezeichneten einen Fortschritt gegen die bisherigen Verhältnisse, aber sie blieben doch gewaltig hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mindestens eine regelmäßige Wiederkehr und ein Beschlußrecht statt des bloßen Berathungsrechtes glaubte die öffentliche Meinung für den Landtag verlangen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß seine Zusammensetzung und zahlreiche einzelne Bestimmungen lebhaftes Mißfallen erregten. So begann denn alsbald nach Bekanntwerden des Patentes eine öffentliche Debatte über den Werth der königlichen Zugeständnisse, die von Heinrich Simon zu der Frage: Annehmen oder Ablehnen? zugespitzt wurde. Obgleich der König dieses „schlechte“ Buch mit seiner „bösen“ Vorrede mit Beschlag belegen und gegen den Verfasser eine Untersuchung einleiten ließ, so that es doch seine Wirkung und wurde durch eine ganze Literatur ähnlicher Schriften (u. A. von Gerbinus, Bülow-Cummerow, Jacoby) unterstützt. In den Kreisen der liberalen Ständemitglieder wurde die Frage schriftlich und mündlich mit Eifer verhandelt; es fehlte der Simon'schen Ansicht, daß man ablehnen müsse, nicht an Freunden, und mit der größten Spannung wurde daher dem Tage des Zusammentritts entgegengesehen.

Eröffnung des
Vereinigten
Landtags.

Nach einem feierlichen Gottesdienste eröffnete der König am 11. April mit der ersten Thronrede, die ein preussischer König gehalten, die Sitzung des Landtags. Er sprach frei nach seiner Gewohnheit, hinter ihm der Minister von Thile mit dem Concept der Rede; er sprach über eine halbe Stunde. Es fehlte seinen Worten nicht an hohen schwungreichen Stellen, aber der Eindruck war nicht mehr der aus den Jahren 1840 und 1842. Nicht mehr auf das Wohlthuende, wie damals, sondern auf das Verletzende horchte man mit ängstlicher Spannung. Nicht um Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten, sondern um die Rechte ihrer Auftraggeber zu wahren, erklärte der König, seien die Stände zusammenberufen; nicht der Wille von Majoritäten, sondern das eigene freie Ermessen werde die Richtschnur seiner Regierung sein; niemals könne er einwilligen, sein Verhältniß zu seinem Volke in ein constitutionelles zu verwandeln; niemals solle sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriftenes Blatt gleichsam als eine Vorsehung eindrängen. Er verwies auf jenes glückliche Land, dessen Verfassung das Werk von Jahrhunderten und einer Erbweisheit sonder Gleichen sei, als auf ein leuchtendes Vorbild, und erhob sich nach einem starken Angriff auf den Geist des Umsturzes und des Unglaubens, der einen Theil der Presse beherrsche, von seinem Throne, um aufrecht stehend die erregte Bethuerung auszusprechen: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Die Abresse.

Die ganze Haltung der Thronrede schnitt die Hoffnung auf eine Verständigung mit den constitutionell-gefinnten Abgeordneten so gut wie ganz ab. Mit tiefem Schmerze, schrieb Hermann von Bederath,

schritten wir die Schloßstreppe wieder hinunter und es wird sich nun darum handeln, was wir als Ehrenmänner, als Vertreter geheiligter Volksrechte zu thun haben. Ein großer Theil, besonders der Rheinländer und der Preußen, war geneigt, sogleich unter Protest wieder abzureisen; aber diese unpolitische Aufwallung des Unmuthes und der Unreife wurde glücklich überwunden. Noch derselbe Tag sah zahlreiche Privatversammlungen bei einzelnen hervorragenden Mitgliedern, in denen der Beschluß gefaßt wurde, der Thronrede mit einer Adresse zu antworten. Der Graf Schwerin übernahm es, den Antrag zu stellen; es gelte, so sagte er, neben dem Dank für den Schritt, welchen der König gethan, auch einige ehrerbietige Bedenken wegen mehrerer Stellen des Patentess vom 3. Februar auszusprechen. Obgleich nun den Ständen nach diesem Patente das Recht zu einer Adresse gar nicht zustand, so ließ doch der Landtagsmarschall Fürst von Solms-Lich den Antrag zu; er wurde angenommen und eine Commission erwählt, in deren Auftrag Bederath die Adresse entwarf. Die zweitägige Verathung derselben führte zu der ersten glänzenden Debatte, in welcher neben Bederath besonders Hansemann, Camphausen und Mevissen von den Rheinländern, Vinke von den Westfalen, Muerzwald und Sauden von den Ostpreußen sich hervorthaten. Sie betonten immer und immer wieder, daß Alles darauf ankomme, einen Rechtsboden zu gewinnen, daß man nicht länger nur von Gnade und Vertrauen leben dürfe, daß dieser Versammlung unweigerlich alle die Rechte zuständen, welche Friedrich Wilhelm III. den künftigen Reichsständen zugesagt habe. Ihnen gegenüber ließ der Minister Bodelschwingh nur das Patent vom 3. Februar als Rechtsboden der Versammlung gelten, wollte von der Berufung auf die Zusagen des verstorbenen Königs nichts wissen, und empfahl den Antrag seines früheren Collegen, des Grafen Arnim-Bohnenburg, welcher alle jene Versprechen, die Bederath in seiner Adresse einzeln aufgezählt hatte, einfach strich. Zuletzt kam es zwischen diesen beiden widersprechenden Ansichten doch zu einer Art von Vermittelung, indem auf den Antrag Alfreds v. Muerzwald zwar jene Aufzählung Bederaths aufgegeben, aber eine allgemeine Wahrung der bereits erworbenen Rechte an die Stelle gesetzt wurde. In dieser Form gewann die Adresse eine Mehrheit von 484 gegen 107 Stimmen, und selbst die königlichen Prinzen, mit einziger Ausnahme des Thronfolgers, erklärten sich dafür. Die Antwort des Königs war gemäßigt; sie hielt zwar an dem Patente als dem einzigen Rechtsboden fest, versprach aber eine weitere Ausbildung der Verfassung und eine neue Einberufung des Landtags innerhalb der nächsten vier Jahre. Auch sonst erreichte die Opposition manches Wünschenswerthe, so das Versprechen der Pressfreiheit. Die Regierung befand sich offenbar in einer sehr peinlichen Lage; sie kannte ihren eigenen Standpunct nicht und ließ sich oft in den Debatten über Widersprüche ertappen. Vollständige Niederlagen aber erlitt sie in den beiden wichtigsten Vorlagen, die sie machte. Sie verlangte nämlich eine Zinsgarantie von etwa 100 Millionen Thalern für eine Rentenbank, welche den Bauern, die ihren Gutsheeren noch

Die sonstigen
Verhandlungen.

die Ablösung für Frohnden und andere Lasten schuldeten, das Geld vorschießen sollte. Das Vorhaben verdiente, zumal von dem Standpunkte der Liberalen aus, gewiß alle Förderung. Allein die Minister erklärten, daß es sich nicht etwa um die Einwilligung, sondern nur um den Rath des Landtags handle, da Zinsgarantien keine Anleihen seien und nur für die letzteren eine eigentliche Zustimmung erfordert werde. Die Folge davon war, daß eine ungeheure Mehrheit nicht allein diese Vorlage verwarf, sondern auch die 30 Millionen Thaler verweigerte, welche zu Eisenbahnbauten verlangt wurden; denn, so setzte besonders Georg v. Vinke auseinander, so lange die Rechte der Versammlung bestritten seien, könne diese sie nur dadurch wahren, daß sie Gebrauch von ihnen mache und jede Geldforderung verweigere. So wurden die Debatten je länger, desto erbitterter. Der Landtag wuchs der Regierung immer mehr über den Kopf, ohne daß diese oder der König deshalb an Nachgeben gedacht hätten. Alle Talente waren unzweifelhaft in den Reihen der Opposition; auf der Seite der Minister that sich außer Arnim-Bohnenburg fast kein Redner irgendwie hervor; sie selbst benahmen sich ungewandt und widerspruchsvoll. Aber auch die Opposition konnte keine rechte Stellung gewinnen; auch ihre Haltung war innerlich unsicher; sie blieb auf dem Landtage, weil sie politische Einsicht genug besaß, um zu erkennen, daß sie ihren Posten nicht verlassen dürfe; und doch sagte sie sich, daß sie damit den Landtag, so wie er war, anerkenne, während sie doch mit voller Ueberzeugung daran festhielt, daß demselben Rechte vorenthalten würden, ohne die er keinen Anspruch habe, für die von Friedrich Wilhelm III. verheißene reichsständische Versammlung zu gelten. Auf die schwerste Probe wurde ihr ganzes bisheriges Verhalten noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session gestellt.

Die Ausschüsse wählen.

Am 24. Juni gingen nämlich dem Landtage drei königliche Votenschaften zu, durch welche die Forderung, es möge die Regierung auf die Bildung der Vereinigten Ausschüsse verzichten, weil diese den Rechten des Landtags Eintrag thäten, abgelehnt und zur Wahl dieser Ausschüsse wie der Staatsschuldendeputation aufgefordert wurde. Jetzt hieß es: Wählen oder Nichtwählen? Nach langem Hin- und Herberathen in den Parteiversammlungen fand doch nur ein kleiner Theil der Opposition, 58 im Ganzen, unter ihnen Hansemann, Mevissen, Vinke, den Muth, die Wahl zu verweigern; weit mehrere betraten den bequemeren Mittelweg, die Wahl zwar vorzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Ausschüsse keinerlei Schritte thäten, welche die Rechte des Landtags schädigen könnten; an der Spitze dieser Protestwähler — es waren 156 — standen Camphausen und Bede-rath; fast alle Ostpreußen gehörten zu ihnen. Die große Mehrheit, besonders aus den mittleren Provinzen, wählte, 284 an der Zahl, ohne Verwahrung. Ohne Zweifel entsprach die Handlungsweise der 156 am meisten der öffentlichen Meinung; die bedingungslose Wahl erschien dem Volke als Feigheit, die Enthaltung galt als eine fast revolutionäre Maßregel. Der König freilich sah auch den Protest für nichts Besseres an und entließ den Landtag sehr ungnädig. Nicht

Schluß des Landtags.

er selbst hielt die Schlußrede, sondern Bodelschwingh als Commissar mußte ihn vertreten, während er selbst nach Breslau reiste. In seiner widerspruchsvollen Art hatte der Monarch übrigens schon vor der Wahl deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er zwar in diesem Punkte auf seinem Willen bestehen werde, sonst aber den Wünschen des Landtags entgegen zu kommen bereit sei und insbesondere seine regelmäßige Wiederkehr einzuräumen gedente. Mit diesem Zugeständniß hätte also Bodelschwingh die bitteren Worte, welche er der Opposition zu sagen hatte, versüßen und so durch einen versöhnenden Klang den Mißton mildern können, mit welchem die erste parlamentarische Versammlung Preußens am 26. Juni 1847 auseinanderging; aber das ersehnte Wort blieb ungesprochen und man trennte sich mit dem trüben Bewußtsein, daß der König die Männer für seine Feinde halte, die doch die Mehrheit der Nation unzweifelhaft hinter sich hatten und ihm in ernstlichen Stürmen allein als Stütze dienen konnten.

Deutschland bis zur Revolution.

Gewiß hatten Viele Größeres von diesem Landtage erwartet, als er zu leisten im Stande gewesen war; aber so blind gegen die Zeichen der Zeit waren doch nur Wenige, daß sie nicht den gewaltigen Fortschritt erkannt hätten, der in der bloßen Thatsache einer preussischen Ständeversammlung lag. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen! Kein andres Motto war geeigneter, die Signatur des Augenblickes zu bilden, als diese Worte Schillers. Sie kennzeichneten nicht allein die Lage Preußens, sie galten auch von dem Zustande Gesamtdeutschlands und vieler seiner Einzelstaaten, sie bewährten sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus in fast allen Ländern Europas. Ueberall hatten seit der Mitte der vierziger Jahre reformatorische Ideen kühn und siegreich ihr Haupt erhoben, überall war das Banner des Rückschritts vor ihnen im Sinken, überall bot sich für den Liberalismus die hoffnungsreiche Aussicht, durch einen friedlichen Triumphzug den langjährigen schweren Kampf gelohnt zu sehen.

Bedeutend war es vor allen Dingen, daß neben den liberalen Bestrebungen die nationalen wieder stärker in den Vordergrund traten, als es in den dreißiger Jahren der Fall gewesen war. Für Deutschland hatte in dieser Hinsicht das Jahr 1840 einen denkwürdigen Wendepunct gebildet. Wenn die Thronbesteigung des neuen Preußenkönigs vorzugsweise den Liberalismus gefördert hatte, so stachelten die nachtausgesprochenen Rheingrenzelüste der Franzosen das Nationalbewußtsein aus seinem Schlummer auf, und ohne künstliches Bemühen entstand zwischen beiden Tendenzen gar bald eine stärkende und stützende Wechselwirkung. Auch die Regierungen konnten diesem Zuge der Zeit nicht fern bleiben; denn die kriegerische Begeisterung, welche sich der Nation bemächtigte, als sie den Rhein bedroht sah, forderte unweigerlich den Beifall und die Zustimmung der Fürsten heraus.

Rationaler
Aufschwung.

Die Dichtkunst bemächtigte sich des zündenden Stoffes und kleidete die nationalen Ideen in ein poetisches Gewand. Damals entstand May Schneckenburgers Wacht am Rhein, die freilich erst dreißig Jahre später ihre historische Berühmtheit gewinnen sollte; damals sang Herwegh sein zündendes Rheinlied:

Wo solch ein Feuer noch gebeißt
Und solch ein Wein noch Flammen speit,
Da lassen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Hurrah, hurrah, der Rhein —
Und wär's nur um den Wein —
Der Rhein soll deutsch verbleiben!

Den Preis der Volksthümlichkeit aber trug Nicolaus Becker davon, so wenig seine Muse auch der Herwegh'schen ebenbürtig war.

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein,
Bis seine Flut begraben
Des letzten Manns Gebein,

Die Bundes-
festungen.

so klang es überall in seinen Weisen wieder. In seiner Person brachten die Fürsten der nationalen Bewegung den Zoll ihrer Anerkennung dar; ihm setzte der König von Preußen eine Pension aus für sein Gedicht; ihm übersandte Ludwig von Baiern den „vergoldeten, silbernen, von ihm selbst angegeben worden“ Pocal als Ehren-geschenk. Auch nahm wenigstens Friedrich Wilhelm einen Anlauf, um die günstigen Zeitverhältnisse zur Besserung der deutschen Kriegsverfassung zu benutzen. Wenigstens das Eine erreichte er, daß endlich die seit einem Vierteljahrhundert verschleppte Frage der Bundesfestungen geordnet und 1843 die Anlage von Ulm und Rastatt beschlossen wurde. Der König hatte selbst eine Zusammenkunft mit Metternich, um diesen Staatsmann, den er in maßloser Weise überschätzte und dessen Rathschlägen zu folgen er wohl für die erste seiner Pflichten erklärte, für seine Pläne zu gewinnen. Zu einem scheinbaren Eingehen auf dieselben war der alte Kanzler natürlich gern bereit, weil er dadurch den Voratz am leichtesten zum Scheitern bringen konnte. Durch seine Manöver wurde die Sache erst auf die lange Bank geschoben und verlief sich dann mit den Jahren in ein paar unschuldigen Reformen. Die Volksthümlichkeit dagegen beharrte in der eingeschlagenen Richtung und wuchs und befestigte sich zusehends. Daß die Radikalen der dreißiger Jahre über die Volksthümlichkeit spöttelten, daß Heinrich Heine und seine Gesinnungsgeossen sie mit ihrem unsäthigsten Hohn übergoßen, konnte nur ein Stachel mehr sein. Im Großen und Ganzen aber wirkte die politische Poesie dieser Jahre, wirkten die Herwegh, Hofmann von Fallersleben, Freiligrath, Prutz und viele Andre, auch positiv stärkend und belebend ein. Die Literatur wurde trotz der Beschränkungen, denen sie noch unterlag, wieder eine wirkliche volksthümliche Macht, der auch die Regierungen die Anerkennung nicht versagen konnten. Selbst die strengen Gelehrten traten aus ihrer Studirstube heraus und ergriffen mit Wärme

Rationaler Per-
thätigung der
Wissenschaft.

die Sache der Nation und der Freiheit. Einzelne Bücher wurden zu Ereignissen. Dahlmanns Revolutionsgeschichten, erst die englische, dann die französische, trugen den Stempel der politischen Tendenz an der Stirn und wirkten gewaltig für die Verbreitung richtiger Grundsätze in weiten Kreisen des gebildeten Bürgerstandes. Neben Zeitschriften und Zeitungen wurden politisch-historische Sammelwerke geplant, so eine Geschichte der deutschen Bundesstaaten seit 1815, deren Seele Droysen war und bei der man wohl davon sprach, das deutsche Parlament müsse für jeden Mitarbeiter zur Cabinetsfrage gemacht werden. Selbstständige übersichtliche Darstellungen der letzten dreißig Jahre erschienen in großer Zahl und verbreiteten neben der historischen Belehrung auch eine nationale und liberale Anschauungsweise im Volke. Selbst wissenschaftliche Wanderversammlungen traten mit Erfolg in die politische Arena. Schon seit Decennien hatten die Naturforscher, seit kürzerer Zeit die Philologen ihre jährlichen Congresse; zu ihnen gesellten sich im September 1846 die Germanisten, etwa 200 an der Zahl, unter ihnen die gelehrtesten Kenner deutschen Rechtes, deutscher Sprache und deutscher Geschichte, ein Uhland, Arndt, Dahlmann, Grimm, Beseler, Wail, Lappenberg, Reyscher und so viele andere erlauchte Träger deutschen Gelehrtenruhmes. Ihre Vereinigung nahm sogleich den politischen Charakter an. Die Kaiser im Römersaale zu Frankfurt, wo die erste Versammlung stattfand, schienen, mit Uhland zu reden, aus ihren Rahmen zu springen und die Vereinten mit ihrem Blick anzufeuern oder zu zügeln. Schleswig-Holstein, die Geschworenengerichte, die deutsche Auswanderung wurden hier und 1847 in Lübeck die Gegenstände der Verhandlungen und zogen weit über die Kreise der Fachgenossen hinaus die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Germanisten, die in öffentlicher Rede das deutsche Parlament als ein Geschenk der Zukunft zu begrüßen wagten. In kleinerem Bezirk, aber in diesem um so eindringlicher, wirkten andere festliche Versammlungen, besonders die Sängerkulte, die in den vierziger Jahren einen großen Aufschwung nahmen und durch Wort und Lied die patriotische Stimmung pflegten. Selbstverständlich blieben auch die berufenen Vertreter des Volks in den Ständeversammlungen und Kammern nicht hinter dem Geiste dieser freien Vereinigungen zurück. Die dumpfe Schwüle, welche seit 1834 über ihren Verhandlungen gelagert hatte, schwand mehr und mehr; freie und kühne Worte wurden wieder laut und weckten das jubelnde Echo der Bevölkerung. Das Beispiel der preussischen Provinzialstände, die doch nicht einmal für voll angesehen werden konnten und deren Debatten gleichwohl häufig einen frischen und kräftigen Geist verriethen, feuerte noch mehr an und ließ bereits vorahnend erkennen, von welchem Einfluß eine Gesamtvertretung des größten deutschen Staates auch für die übrigen Theile des Vaterlandes sein werde. Als nun gar der Vereinigte Landtag zusammengetreten war und seine Verhandlungen durch ganz Deutschland hin gelesen und besprochen wurden, begann diese Ahnung sich zu verwirklichen; die Helden der berliner Tribune, die Hansemann, Camphausen, Beckerath, Vinke, traten ebenbürtig den süd-

Germanisten-
tage.

Ständeversammlungen.

Nord- und
Süd-
land.

Radikale und
Liberalen.

Baden.

Die deutsche
Zeitung.

deutschen Volksmännern, den Welter, Römer, Gagern, zur Seite; zwischen beiden Lagern wurden Verbindungen angeknüpft. Freilich rief diese Annäherung andrerseits mit Nothwendigkeit eine Entfremdung hervor. Es konnte nicht gelaugnet werden, daß der politische Sinn im Süden tiefer im Volke verbreitet war als im Norden; nicht gerade, daß er festere Wurzeln geschlagen hätte und von einer gründlicheren Einsicht begleitet gewesen wäre; aber der Süddeutsche war durch das Verfassungsleben eines Vierteljahrhunderts mit den Formen, den Forderungen und den Schlagwörtern des Liberalismus vertrauter; er drängte ungezügelter vorwärts; er glaubte sich weit über den Preußen hinaus vorgeschritten und bemaß danach seine eigenen constitutionellen Ansprüche. Die verständigeren Politiker des Südens waren weit davon entfernt, sich dessen zu freuen; sie erkannten die Nothwendigkeit, mit der Bewegung im Norden Schritt zu halten; nur wenn dort der Fortschritt siege, so glaubten sie an die Dauer und den Bestand ihrer eigenen Errungenschaften; die Erfahrungen langer Jahre zeigten ihnen genugsam, welcher Werth den rückweisen Bewegungen des „wetterwendischen“ Südens beizumessen sei; Sicherung erhofften sie nur von der „nachhaltigen“ politischen Arbeit in Preußen. Aber das konnte nicht die Ueberzeugung der Hitzköpfe sein; auch war es keine Lehre, die sich dem aufgeregten Volke empfahl. Eine Spaltung war unvermeidlich. Und die Keime zu ihr waren ja noch aus den Zeiten des Hambacher Festes und des Frankfurter Putzsches vorhanden; schon damals hatte sich der Radicalismus von dem zögernden Liberalismus losgesagt. Jahre lang hatten jedoch die Liberalen wieder allein freies Spiel, da die Radikalen im Gefängniß schmachteten oder ins Ausland geflohen waren. Die Begnadigungen der vierziger Jahre riefen manche von ihnen zurück; hatten die Einen im Auslande gelernt und ihre thronumstürzenden und himmelftürmenden Gestinnungen gemäßiget, so brachten die Andern ein neues Gift mit, die socialistischen und communistischen Lehren, die in Frankreich im Schwange waren. An jungem Nachwuchs fehlte es auch nicht und so stand die radikale Partei bald wieder fertig da, vom Volke, das an allem Entschiedenem Freude hat, auch entschieden begünstigt. Besonders in Baden, dem leicht empfänglichen Grenzlande, trat diese Erscheinung ans Licht. Die alten Führer sanken ein wenig in der Achtung des Volkes, oder sie machten auch wohl, halbunsicher, eine Schwentung nach links. Rottet war 1840 gestorben; Jßstein neigte stark zu radicalen Anschauungen; Welter, Mittermaier und Andre hatten gegen die Hecker, Strube, Fidler, Brentano einen harten Stand. Diese machten Mannheim zu ihrem Hauptquartier; auch in Constanz und Umgegend hatten sie einen starken Anhang, den sie durch geschickte Handhabung der Presse beständig zu mehren wußten. Auch die Liberalen blieben auf diesem Felde nicht unthätig, sondern unternahmen es, das zu schaffen, was Deutschland unzweifelhaft fehlte, ein großes politisches Preßorgan, das über die einzelnen Länder und Ländchen hinweg die Sache des Vaterlandes und Fortschrittes vertrete. Sie nahmen damit einen Gedanken auf, den auch die berliner Regierungs-

freie, soweit sie freisinnigen Tendenzen nachgingen, in Verbindung mit bewährten nationalen Kräften, vielfach erwogen hatten. Der Plan, eine „Deutsche Zeitung“ zu gründen, der schon 1842 zwischen Eichhorn und Dahlmann verhandelt war, wurde 1846 wieder hervorgeholt. Das Blatt sollte der Oppositionspresse opponieren, aber vom liberalen und nationalen Standpunkt aus, so daß eine freimüthige Kritik der Regierungsmaßregeln keineswegs ausgeschlossen sei. Politisch geschulte Köpfe wie Dahlmann erkannten doch gleich, daß diese Doppelaufgabe unlösbar sei, und so scheiterte der Voratz. Allein nun nahmen die Badener die Idee auf und führten sie ins Werk, natürlich ganz unabhängig von der preußischen oder sonst einer Regierung. Freilich wurde jetzt der Mittelpunkt des Unternehmens nach Heidelberg verlegt und seine Wirksamkeit dadurch im Voraus verengert; aber auch so entfaltete sich die „Deutsche Zeitung“, unter Gerbinius' Leitung, im Verlage des bewährten liberalen Buchhändlers Wassermann, unter Mitwirkung der tüchtigsten und gelehrtesten Männer, auf das Erfreulichste. „Nie trat eine deutsche Zeitung imponirender vor die Nation, sagt Gustav Freytag von ihr. Daß sie auf ganz Deutschland angelegt war und vom Süden aus vor Anderem preußische Interessen besprechen sollte, war der größte Fortschritt. Kein Blatt hat so viele Talente namhafter Gelehrter, keines so viele handelnde Politiker unter seinen Gönnern und Mitarbeitern gezählt, wenige haben so reiche Folgen glänzender und kluger Artikel gebracht.“ Hatten damit die Liberalen ihre Sache von dem Radicalismus „sauber getrennt“, so gab es doch nichts destoweniger ein breites Gebiet, auf dem beide Richtungen neben und für einander wirkten. Wenn die letzten Absichten auch verschieden waren, so blieben die nächsten Ziele doch dieselben, und der Gegensatz beider Parteien gab sich fürerst mehr in der Stellung der Personen und darin kund, daß die Radicalen außer den Forderungen, welche auch die Liberalen mit Eifer vertraten, noch solche ihrem Programme einverleibten, denen jene auch wohl hätten zustimmen mögen, die zurückzuhalten ihnen aber die Klugheit zu gebieten schien. Das ließ sich am deutlichsten wahrnehmen, als beide Heereslager im Herbst 1847 Versammlung hielten und ihre Forderungen aufstellten. Die Radicalen gingen voran. Am 12. September beschloßen sie in Offenburg die Aufhebung der Bundes-

Die Offenburg-
ger Versamm-
lung.

Die Heppens-
heimer.

Vollvertretung am Bunde.

am Bunde zusammen. Eine lebhafteste Discussion entspann sich darüber; Mathy und ein Theil der übrigen wollte nicht den Bundestag, sondern den Zollverein mit der preussischen Spitze als den Organismus, an welchen sich das deutsche Parlament anzuschließen habe, hinstellen. Man einigte sich endlich dahin, diese Frage offen zu lassen und je nach der Strömung der öffentlichen Meinung in dem einen oder dem andern Sinne zu wirken. Der Weg, den man beschreiten wollte, sollten Anträge in den Einzelkammern sein, die in der Form verschieden, im Inhalte gleich ein deutsches Parlament verlangen sollten. Die bairische Kammer, welche im December zusammentrat, war die erste, in welcher ein solcher Antrag erscholl: es war der Vassermanns vom 5. Februar 1848; Gagern in Darmstadt folgte ihm am 27. desselben Monats nach; dann aber wurde der Kundgang der Heppenheimers Verabredung durch die Revolution unterbrochen, die im Sturm errang, was die Liberalen auf dem Wege der Reform hatten anbahnen wollen.

Der Bundestag.

Auch in den Regierungskreisen fehlte es nicht an Freunden der Reform, und wenn sie auch in der Minderheit sein mochten, so wurde doch Manches auch für Gesamtdeutschland erreicht, Anderes wenigstens vorbereitet. Württemberg stellte am Bunde den Antrag auf Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung; in Leipzig fanden Conferenzen statt, in denen eine deutsche Wechselordnung berathen und der preussische Entwurf angenommen wurde; Preußen seinerseits beantragte schon im Sommer 1847 die Freiegebung der Presse, und der Bundestag ließ sich wenigstens so weit darauf ein, daß er am 9. September sich die Aeußerungen der einzelnen Regierungen darüber erbat. Aber Friedrich Wilhelm ging noch weiter. Eine gründliche Reform der Bundesverfassung lag ihm wirklich am Herzen. Allerdings fehlte ihm der Glaube an die Willigkeit seiner Mitfürsten, auch nur das geringste Opfer ihrer Rechte zu bringen. Als Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, ihn im Herbst 1847 zu entschiedeneren Schritten anstachelte, bezeichnete er es als eine utopie inréalisable, daß deutsche Könige, Groß- und Kleinherzoge, Fürsten, Fürstchen und Städte zu Gunsten des Bundes auf irgend welches Recht verzichten würden.

Preussische Reformpläne.

Dennoch wagte er noch einen Anlauf und wandte sich aufs Neue an Metternich, mit dem er auch 1845 auf Stolzenseis eine Reform der Bundeskriegsverfassung besprochen hatte. Vielleicht angeregt durch jenen Aufsatz des Prinzen Albert, den Bunsen ihm mit noch einem zweiten gleichartigen Gutachten aus England zugesandt hatte, beauftragte der König seinen Freund Radowitz mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die deutschen Bundesverhältnisse. Am 20. November genehmigte er dieselbe und verfügte ihre Uebergabe in Wien. Er empfahl darin eine Reform nach drei Richtungen. Erstens sollten die deutschen Armeen durch Gleichheit des Exercierreglements und des Calibers, durch gemeinsame Manöver und Feldzeichen einer wirklich einheitlichen Armee wenigstens ein bedeutendes Stück näher gebracht werden; zweitens müsse durch ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht, durch volle Freizügigkeit, durch Schaffung eines deutschen Handels-

rechtes, Strafgesetzbuch und besonders eines obersten Bundesgerichtes die Einheit Deutschlands gesetzgeberisch und wirthschaftlich zum Ausdruck gebracht werden; drittens endlich seien durch Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, durch Herstellung der Münz- und Maßeinheit, durch eine gemeinschaftliche Verkehrs-gesetzgebung (Eisenbahnen, Posten etc.), durch Bundesconsulate u. dgl. die materiellen Interessen zu fördern. In der That Vorschläge von dem höchsten Werth und der höchsten Bedeutung, die, wenn sie ausgeführt, ja wenn ihre Ausführung nur versucht wäre, bald die wichtigsten politischen Folgen, vor Allem eine deutsche Volksvertretung, wenigstens für wirthschaftliche Angelegenheiten, hätten nach sich ziehen müssen. Indessen so lange Metternich am Ruder war, und so lange der König von Preußen an dem Grundsatz festhielt, daß Oestreich von Rechtswegen die erste Rolle in Deutschland gebühre, war nicht zu befürchten, daß ernstlich die Hand an solch ein Werk gelegt werde, daß ein Fürstencongreß, wie Friedrich Wilhelm empfahl, zur Berathung der Grundzüge zusammentrete, geschweige denn, daß die Bundesversammlung sich mit Sachverständigen aus allen deutschen Landen, die der preussische Vorschlag nach den freisinnigsten Grundsätzen zu berufen anrieth, behufs der Detailberathung umgeben hätte. Die Radowig'sche Denkschrift blieb in Wien völlig unbeachtet, und als der König einige Wochen später seine Vorschläge dringlicher erneuern wollte, überholte auch sie unvermerkt die Revolution.

Wenn so in den Zuständen Alideutschlands eine bessernde Reformbewegung im Zuge war, ohne ihres Ausganges schon sicher zu sein, so ließen auch die Verhältnisse der meisten Einzelstaaten einen erfreulichen Fortschritt nicht verkennen. Am plötzlichsten und unerwartetsten war er in dem größten der Mittelstaaten, in Baiern, hervorgetreten. Obgleich König Ludwig durch seine deutsche Gesinnung, die ihm selbst einen feierlichen Dank der Frankfurter Germanistenversammlung erworb, und durch seine Pflege der Kunst, in der er alle übrigen Fürsten bei Weitem übertraf und wirklich Großartiges schuf, eine hervorragende und rühmliche Stellung einnahm, so verdarb er doch mehr, als er dadurch zu verlieren hatte, durch die schmachvolle Fügsamkeit, mit der er sich den Forderungen der ultramontanen Partei unterwarf. Das Ministerium Abel, das seit 1837 die Zügel führte, war im besten Begriff, die alte Jesuitenherrschaft in Baiern zu erneuern. Die Kammern hatten ihm Jahre lang keinen ernstlichen Widerstand geleistet; es kam wohl vor, daß sie nach einem Anlauf zur Opposition schließlichen, „um dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen“, alle Regierungsvorlagen genehmigten. Mit der Landtagsession von 1846 änderte sich das; nicht allein in der zweiten Kammer gewann die Opposition die Uebermacht, sondern auch der Reichsrath trat mit der größten Entschiedenheit gegen das Ministerium auf. Ludwig selbst wurde stutzig über die Tendenzen der Ultramontanen. Trieben sie es doch so weit, daß der Bischof von Augsburg im Reichsrath eine förmliche Abstimmung darüber veranlassen wollte, ob die Verfassung oder das Concordat in streitigen Fällen den Vor-

Baiern.

zug verdiene. Erst als die Mehrheit erklärte, an einer solchen Abstimmung nicht Theil nehmen, sondern den Saal verlassen zu wollen, stand der Prälat von seinem Vorhaben ab. Als der König von dieser Scene Kunde erhielt, meinte er selbst, mit Abel gehe es nicht mehr. Dieser fühlte recht wohl, daß seine Stellung tief erschüttert sei, und sagte sich mit richtigem Gefühl, daß er nur die Wahl habe, entweder durch einen Sieg über den König selbst sie wieder zu befestigen oder nach einem populären Streitpuncte zu suchen, um mit Ehren zu fallen. Dabei war ihm das Glück ungemein günstig. Seit dem October 1846 hielt sich in München eine spanische Tänzerin auf, Lola Montez, die trotz ihrer sehr zweideutigen Vergangenheit bei dem für Frauenschönheit höchst empfänglichen König in große Gunst gekommen war. Anfangs hatte die ultramontane Partei daran durchaus keinen Anstoß genommen. Als aber im December die kirchlichen Angelegenheiten von den Befugnissen Abels getrennt und dem Freiherrn von Schrenk übertragen wurden, als die Partei dadurch einen vernehmlichen Wink erhielt, daß es mit ihrem Regiment (übrigens gänzlich ohne Verdienst der Maitresse) zu Ende gehe, begann plötzlich ein Murren wider die Fremde in der katholischen Presse. Nun hatte der König die Absicht, sie in den bairischen Adelsstand zu erheben, wozu sie zunächst das Indigenat erhalten mußte, daß der König nur mit Zustimmung des Ministeriums verleihen durfte. Abel benutzte die günstige Gelegenheit und verweigerte diese Zustimmung. Statt dessen überreichte er am 11. Februar 1847 im Namen des Ministerathes dem Könige eine Denkschrift, worin die Mißstimmung des Volkes, das sich von einer Fremden beherrscht glaube, der Unwille der Bischöfe, die schmähenden Aeußerungen der ausländischen Presse ins Feld geführt wurden, um den Nachweis zu liefern, daß die Sache des Königthums auf dem Spiele stehe und daß dem Ministerium, wenn der Monarch auf seinem Willen beharre, Nichts übrig bleibe, als seine Entlassung zu fordern. Zu allem Ueberflus wurde diese Denkschrift außerdem noch „der ausländischen Presse“ behufs der Veröffentlichung in die Hände gespielt. Des Königs Entschluß war schnell gefaßt; er berief sogleich den protestantischen Staatsrath Maurer zu sich, gab auf dessen Zureden zwar dem Ministerium noch einen Tag Bedenkzeit, entließ es dann aber, da es auf seiner Ansicht bestand, und kündigte seiner Geliebten seelenvergnügt das große Ereigniß an: Alle meine Minister habe ich entlassen! Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Baiern!

Lola Montez.

Sturz des
Ministeriums
Abel.Ministerium
Maurer.

Die Freude der liberalen Partei über diesen gänzlichen Umschwung war groß; aber es ließ sich nicht leugnen, daß die neuen Rätthe des Königs, unter denen der Freiherr von Zu Rhein und Maurer die bedeutendsten waren, mit einem höchst bedenklichen Schritt ihr Ministerium beginnen mußten; sie unterzeichneten das Indigenatpatent der neuen „Gräfin von Landsfeld“. Den geschiedenen Ministern wurde von ihren Parteigenossen der lauteste Beifall zu Theil und wohl auch mancher sittlich streng denkende Mann, der sonst nicht zu ihrem An-

hang zählte, billigte ihren Schritt. Im Senate der Universität München stellte der Professor Lasaulx den Antrag, Abel die Anerkennung der Universität auszusprechen. Er büßte dafür, nach dem raschen Befehle des Königs, mit der Verfehlung in den Ruhestand; mehrere Collegen theilten sein Schicksal. Die Studenten aber brachten ihnen feierliche Huldigungen und der Pöbel begnügte sich nicht damit, sich ihnen anzuschließen, sondern bedrohte auch die Maitresse und beleidigte sogar den König auf der Straße. Nach und nach jedoch beruhigte sich die Stimmung; man sah wohl ein, daß Ludwig nicht so Unrecht habe, wenn er meinte: Hieße sie statt Lola Montez *Sophia Montez*, so würde sie unbehelligt geblieben sein. Auch das neue Ministerium hielt es übrigens seiner Würde angemessen, jeden Verkehr mit der Gräfin zu meiden. Damit war denn ein Zankapfel zwischen ihm und dem König von vornherein vorhanden, und schon im December 1847 mußte es zurücktreten. Die Neubildung übernahm der frühere Minister Fürst Wallerstein, im Reichsrathe Jahre lang ein tapferer Gegner Abels und in allen Hauptpuncten Maurers Gefinnungsgenosse. Gleichsam als Sicherheitsventil nach oben nahm er in sein Cabinet den Staatsrath Berks auf, der mit Recht für eine Creatur der Gräfin galt, verdarb aber dadurch freilich seine Stellung nach unten vollkommen. Die öffentliche Meinung gerieth von Neuem in Aufregung; besonders der Studentenschaft bemächtigte sich eine gewaltige Gährung und bei dem Begräbniß des alten Joseph Görres, des erbittertsten Gegners der Gräfin Landsfeld, der am 29. Januar 1848 starb, kam es zu förmlichen Tumulten, in denen diese selbst, da sie sich waghalfig der Menge zeigte, in Lebensgefahr gerieth. Der König, wie immer kurz angebunden, glaubte dem ganzen Lärm dadurch ein Ende machen zu können, daß er die sofortige Schließung der Universität befahl. Aber nun wurde es erst recht schlimm. Die Bürger erklärten sich für die Studenten; der Pöbel begann Grawall; es drohte eine wirkliche Revolution. Mehrere Tage trotzte der Monarch, ohne doch Gewalt anwenden zu mögen. Endlich am 11. Februar gab er nach, hob die Schließung der Universität auf und ertheilte der Gräfin Befehl, München zu verlassen.

Ministerium
Wallerstein.

Görres' Tod.

Neue Unruhen.

Schleswig-
Holstein.

Das war 14 Tage vor der Februar-Revolution, die also in der bairischen Hauptstadt durch Aufregung der Gemüther und Gewöhnung im Tumultuiren die Wege bestens geebnet fand. Dasselbe Ergebnis hatten gründlich verschiedene Verhältnisse im äußersten Norden Deutschlands zu Stande gebracht. Hier war unsere Nation schon zu Anfang des Jahrhunderts in ernstlichster Gefahr gewesen, wieder einmal ein lebendiges Glied ihres Leibes zu verlieren. Langsam, aber sicher, hatten die Dänen es verstanden, in Schleswig-Holstein die deutsche Gesinnung zu untergraben und ein dänisches Nationalbewußtsein einzuschmuggeln; die napoleonische Zwingherrschaft, die auf Deutschland lastete, war ihnen dabei trefflich zu statten gekommen. Schon sangen die schleswiger Stalden:

Ich freue mich, daß Dänenblut
In meinen Adern schlägt,
Daß Dänentreu und Dänenmyth
In meiner Brust sich regt;

schon begeisterte sich die Dorfjugend durch Verse wie dieser:

Dänemark, Dänemark, heil'ger Accord!
Himmliſches Wort!
Schwelle, du poehender Buſen, erglüht!
Dänemark, dir rauſchet ſo freudig mein Lied!
Hat Saga Heimat des Ruhms dich genannt,
Du Dänenland,
Ich nenne, Dänemark, dich dankenbrannt
Mein Vaterland!

Da half auch hier die Begeisterung der Freiheitskriege. Von einem engen Kreise an der Kieler Universität und im Adel aus verbreitete sich in den Jahren nach 1815 die deutsche Gesinnung wieder durch alle Herzen; vor Allem Dahlmann hatte seinen rühmlichen Antheil daran. Ein kräftiges Mittel zum Kampf war der Wunsch der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, deren Syndicus er war, ihre alten Rechte zu retten. Wie der Bundestag sie dabei in den zwanziger Jahren im Stich ließ, ist früher erzählt worden; nicht minder, wie Vornsen 1830 der dänenfeindlichen Bewegung ein passenderes Stichwort gab, indem er die enge Vereinigung Schleswig-Holsteins und die Forderung ihrer Verbindung mit dem Königreich zu einer bloßen Personal-Union verlangte. Allein nachdem sein Versuch gescheitert war, trat eine naturgemäße Reaction ein und die nationale Abspannung der dreißiger Jahre, das Vorwiegen der liberalisirenden Tendenzen, führte auch in Schleswig-Holstein dahin, daß sich wieder eine Partei im Lande bilden konnte, die wenigstens Schleswig den Dänen Preis zu geben bereit war, die s. g. Neu-Holsteiner, Olshausen an der Spitze. Freilich waren sie noch weit davon entfernt, auch nur in Holstein eine Mehrheit zu bilden. Das zeigte sich schon zu Ende der dreißiger Jahre. Durch königliche Verfügung waren 1834 für die ganze Monarchie Provinzialstände geschaffen, je eine Versammlung für Holstein, für Schleswig, für Jütland und für die Inseln. Die Schleswig-Holsteiner arbeiteten nun für eine Vereinigung ihrer beiden Versammlungen, um dadurch der staatsrechtlichen Zusammengehörigkeit der Herzogthümer den rechten Ausdruck zu geben. Fast einmüthig erklärten sich die Stände dafür; nur vier Dänen stimmten in Schleswig, 8 Neu-Holsteiner in Holstein dagegen. Diese aber fanden eine Stütze und Ermuthigung an der eiderdänischen Partei, die sich um dieselbe Zeit im Königreiche bildete, und deren Programm dahin lautete, Holstein allenfalls fahren zu lassen oder doch nur mittelst der Personal-Union fest zu halten, alles Land bis zur Eider hin aber in einen einheitlichen Verfassungsstaat umzuwandeln. Was dieser sich ergänzenden Parteibildung bei Dänen und Deutschen ihre hohe Bedeutung gab, war die nahe gerückte Möglichkeit eines Aussterbens des Könighauses. Als Friedrich VI. 1839 aus dem Leben schied, hinterließ er die Regierung seinem einzigen Sohne Christian VIII., der

Die Neu-Holsteiner.

Die Eiderdänen.

Die Erbfolge.

seinerseits auch nur einen, trotz langer Ehe kinderlosen Sohn hatte, den nachmaligen König Friedrich VII. Mit dessen Tode mußte die dänische Monarchie sich auflösen; denn im Königreiche galt unbestritten die weibliche, in Holstein eben so unbestritten die männliche Erbfolge; in Bezug auf Schleswig aber nahm jeder der beiden Theile die Zugehörigkeit für sich in Anspruch. Die Mehrheit der Dänen freilich dachte auch Holstein keineswegs loszugeben; nur die Eiderdänen waren dazu bereit; und ihnen kamen die Neu-Holsteiner entgegen, indem sie für ihre eigene Loslösung Schleswig aufzuopfern geneigt waren. Da erhob sich gegen sie, gleichsam aus dem Grabe, Lornsens Stimme. In der Fremde hatte er, verbitterten Gemüthes, durch Selbstmord den Tod gefunden; aber er hatte als Vermächtniß eine Schrift über die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins hinterlassen, die jetzt (1841) von Georg Veseler herausgegeben wurde. Das Buch verfocht den Satz, daß die Schleswig-Holsteiner Nichts zu wünschen Ursache hätten, was sie nicht zu fordern ein Recht besäßen, und sein Eindruck war so gewaltig, daß die Neuholsteiner, die vor dem Erscheinen eine aufsteigende Partei gewesen waren, mit demselben herabzustiegen begannen. Die Dänen thaten das Ihre, um diese Wirkung zu verstärken. Zunächst arbeiteten sie in der Presse und sonst in der Oeffentlichkeit lebhaft für ihre Sache. Die wenigen Dänen, die in der schleswig'schen Ständeversammlung saßen, besonders Peter York Lorenzen und Lauritz Stau, wurden bis in den Himmel erhoben, Festmahle zu ihren Ehren abgehalten, Ehrengeschenke ihnen dargebracht. Als die Stimmung so genügend vorbereitet war, schritten sie zu einem Hauptschlage. In der Röstkilder Ständeversammlung beantragte der Bürgermeister von Kopenhagen, Algreen Wissing, im October 1844, den König um eine Erklärung zu ersuchen, des Inhalts, daß die weibliche Erbfolge in sämtlichen Theilen der Monarchie zur Anwendung kommen werde. Dieser Antrag erregte in den Herzogthümern den lebhaftesten Widerspruch; die holsteinischen Provinzialstände legten durch über hundert Adressen aus allen Landestheilen bestürmt, am 21. November Protest dagegen ein und unternahmen den Nachweis, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gültig sei. Auf Antrag des Grafen Reventlow-Preeß überreichten sie dem König eine Gegen-Petition, welche die drei Sätze enthielt, die fortan das Glaubensbekenntniß jedes deutschgesinnten Schleswig-Holsteiners bildeten: 1) Die Herzogthümer sind unabhängige Staaten; 2) sie vererben nach der männlichen Erbfolge; 3) sie sind für immer untrennbar vereint (up ewig ungedeelt). Wie zweifelhaft diese Sache auch vom streng juristischen Standpunkte sein mochte (denn für die verschiedenen Theile Schleswigs, die erst seit 1779 wieder vereinigt waren, kamen sehr verschiedene Umstände in Betracht), so fand doch dies entschlossene Auftreten in Deutschland den begeistertsten Anklang und in allen Kammern wurden die Regierungen aufgefordert, für die deutsche Sache einzutreten. König Christian übereilte unter diesen Umständen seine Antwort nicht. Er setzte eine Commission ein, welche die Sache prüfen sollte, und erst als sich die Aufregung von

Der Offene
Brief Chris-
tians VIII.

Bewegung in
Schleswig-
Holstein.

1844 einigermaßen beruhigt hatte, veröffentlichte er das Ergebniß jener Prüfung in dem berühmten „Offenen Briefe“ vom 8. Juli 1846. Darin wurde mit nackten Worten ausgesprochen, daß für Schleswig durchaus dieselbe Erbfolge zu Recht bestehe wie für Dänemark und Lauenburg; nur für einige Theile von Holstein könne der König das nicht mit derselben Bestimmtheit versichern; aber sein unablässiges Bestreben werde darauf gerichtet sein, die hier bestehenden Hindernisse zu beseitigen und die Fortdauer des Gesamtstaates Dänemark sicher zu stellen. Diese Antwort überbot selbst die schlimmsten Befürchtungen der Deutschen; stellte sie doch sogar die Einheit Holsteins in Frage. Eine gewaltige Volksversammlung trat am 20. Juli in Neumünster zusammen, erklärte die drei Punkte von 1844 für Landesrecht und forderte die holsteinischen Stände zum Protest beim König und beim Bundestage auf. Zahlreiche Versammlungen in anderen Orten bestätigten diese Beschlüsse; eine unermessliche Aufregung durchzuckte das Land; überall ertönte Ohrenweh, das diesen Tagen der Begeisterung sein Entstehen verdankte und mit Blizeschnelle zum Nationalhymnus wurde:

Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht,
Wahre treu, was du errungen,
Bis ein schön'rer Morgen tagt:
Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

in Deutsch-
land.

Die holsteinischen Stände, welche eben bei einander waren, erhoben schon am 24. Juli mit Einstimmigkeit beim Könige den verlangten Protest; der Landtagscommissar verweigerte die Annahme; da thaten sie den zweiten Schritt und wandten sich am 3. August an den Bundestag. Inzwischen hatte die Bewegung längst die holsteinischen Landesmarken überschritten; ganz Deutschland jauchzte den Bewohnern der Herzogthümer zu; mit überwältigender Einstimmigkeit erklärte sich die Presse für sie; eine Fülle von Broschüren, staatsrechtlichen, geschichtlichen, politischen Inhalts, suchte den Nachweis des Landesrechtes unter all' diesen Gesichtspuncten zu führen; aus Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Breslau, Bremen, Hamburg, aus unzähligen anderen Städten von nah und fern liefen begeisterte Zustimmungserklärungen ein. Auch unter den deutschen Fürsten fand die nationale Sache ihre Anhänger. Man beachtete zunächst nicht, daß wenn die Oldenburger, Glücksburger, Augustenburger ihre Familienansprüche verwahrten, wenn eine Schrift des Professors Helwing preussische Ansprüche auf Theile Schleswigs geltend machte, wenn Mecklenburg, Anhalt u. s. f. ihre Erbrechte auf Lauenburg in Erinnerung brachten, dies alles mit den drei Punkten von 1844 ebenso unvereinbar sei, wie mit den angegriffenen dänischen Ansprüchen. Zunächst war jeder Beistand, wie und woher und in welcher Absicht auch geleistet, erwünscht und wurde mit Jubel aufgenommen. Lange konnte diese patriotische Selbsttäuschung jedoch nicht dauern. Der Bundestag war nicht Willens, sich von dem allgemeinen Taumel mit fortreißen zu

Der Bundes-
tag.

lassen. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit faßte er schon am 17. September einen Beschluß, der, ohne den fürstlichen Rechten seiner Mitglieder etwas zu vergeben und ohne ihm die Hände für die Zukunft zu binden, die Holsteiner doch für jetzt abwies. Der König von Dänemark habe durch eine Erklärung vom 7. September die Erwartung des Bundestages bestätigt, daß der Offene Brief die Rechte des Bundes, der Agnaten und der Ständeversammlung keineswegs anzutasten bezwecke; mithin entbehrten die Beschwerden des holsteinischen Landtags zur Zeit jeder Begründung. Daß die Holsteiner sich damit nicht beruhigen konnten, lag auf der Hand. Die Dänen aber, ermutigt durch diese erste Nachgiebigkeit, begannen jetzt in den Herzogthümern ein System der Unterdrückung und Verfolgung, das für den Augenblick die Opposition mundtobt machen konnte, ihr für die Dauer aber nur um so größere Stärke verlieh. Ein paar äußerlich versöhnliche Maßregeln wurden als Deckmantel darüber geworfen. Eine Reise, die der König nach Schleswig-Holstein unternahm, um sich populär zu machen, hatte den entgegengesetzten Erfolg; überall hartete seiner der eifrigste Empfang. Ein zweiter Offener Brief vom 18. September, der versicherte, daß der „Landesvater“ die Rechte der Herzogthümer in keiner Weise antasten wolle, blieb völlig wirkungslos. Andre Maßregeln belehrten die Schleswig-Holsteiner besser von der wahren Gesinnung der Kopenhagener. Nicht einmal der Bundesbeschluß vom 17. September durfte in den Landeszeitungen abgedruckt werden. Die bisherige Regierung wurde aufgelöst und der verhaßte Baron Scheele zum Statthalter ernannt. Eine große Volksversammlung in Rortorf jagte man am 14. September mit Gewalt auseinander, ehe sie Beschlüsse hatte fassen können. Die Anträge der schleswiger Provinzialstände auf Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung, Aufnahme Schleswigs in den Bund und Aehnliches verweigerte der Commissar dem König zu übermitteln. Weseler, Olshausen, Carl Lorenzen, Broddorff und andre Führer der deutschen Partei wurden verhaftet, oder entsetzt oder von ihren Advocaturen suspendirt. Kurz es herrschte das ganze Jahr 1847 hindurch ein wahrer Kriegszustand. So standen die Sachen, als am 20. Januar 1848 Christian VIII. starb und in Friedrich VII. der letzte Sproß der älteren königlichen Linie den Thron bestieg.

Der zweite
Brief.

Kob Chris-
tian VIII.

Noch ein zweiter deutscher Volksstamm war in den vierziger Jahren in einen eifrigen und glücklichen Kampf für die Erhaltung seiner Rationalität eingetreten, und wenn seinen Bestrebungen auch das lebhafteste politische Interesse abging, welches die Herzogthümer erregten, so fanden sie doch in Deutschland nichts desto weniger patriotische Sympathie. Die belgischen Bläminger hatten durch die Revolution von 1830 den Zwang der holländischen Sprache mit dem der französischen vertauschen müssen; aber ihrer starken Stellung bewußt (sie zählten über $2\frac{1}{2}$ Million, d. h. reichlich $\frac{5}{8}$ der Bevölkerung des Königreichs Belgien), begannen sie 1834 den Kampf für die Gleichberechtigung ihrer Sprache. Gent wurde ihr Hauptquartier, ihr Vorkämpfer der gelehrte Sprachforscher J. F. Willems.

Die Blä-
minger.

„Die Sprache ist das ganze Volk“ wurde ihre Losung. Sie verlangten, daß auf vlämischen Sprachgebiete kein Beamter angestellt werde, der nicht vlämisch sprechen und schreiben könne, daß ihre Sprache in ihrem Gebiete die Gerichtssprache, daß an der brüsseler Academie eine vlämische Abtheilung errichtet werde. In diesem Sinne wurden im Jahre 1840 massenhafte Bittschriften — die Antwerpener zählte allein 20,000 Unterschriften — den Kammern überreicht; der Abgeordnete van Deder empfahl sie mit Eifer und Geschick; sie wurden der Regierung zur Beachtung überwiesen und allmählig auch erfüllt. Die vlämische Literatur nahm einen kräftigen Aufschwung; Willems gründete zu ihrer Pflege ein „belgisches Museum“; über dreißig periodische Blätter erschienen in vlämischer Sprache; einzelne tüchtige Dichter, Ledegant, van Duyse u. A. traten hervor; Hendrik Conscience erwarb sich durch seine Romane auch über die Landesgrenzen hinaus Achtung. Eine Verschmelzung mit dem Holländischen wurde schon aus politischen Gründen ängstlich geflohen; noch weniger Aussicht hatten die Bemühungen, die wohl von deutscher Seite gemacht wurden, um dem Hochdeutschen Geltung zu verschaffen; aber die Belebung dieser Mundart, die nun eine feste Mauer gegen das Vordringen des Französischen bildete, war auch so schon ein freudig zu begrüßendes nationales Interesse.

Die nationale Bewegung der vierziger Jahre bei den Slawen, Ungarn und Italienern.

Ein allgemeiner Aufschwung des deutschen Geistes war somit in den vierziger Jahren eingetreten, und mochte man nun nach Berlin oder Frankfurt, nach München oder nach Kiel bliden, mochte man die deutschen Kammern oder die deutsche Presse, die deutschen Regierungen oder das deutsche Volk in allen seinen Schichten ins Auge fassen, so konnte kein Sehender leugnen, daß das Jahr 1848 auch ohne Anstoß von außen bedeutende Fortschritte bringen müsse.

Allein dieser Aufschwung war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben; fast überall traten kräftige Lebenszeichen zu Tage, theilweise selbst in Völkern und Gemeinwesen, wo man fast den letzten Entwicklungskeim schon hätte erstorben glauben können. Die Polen, die Tschechen, die Illyrier, die Ungarn, die Italiener, die Schweizer, sie alle rührten und regten sich und zum Theil mit einer Energie und Erbitterung, gegen welche die Vorgänge in Deutschland nur geringfügig erschienen.

Polen.

Sehr unmittelbar wurde Deutschland oder doch Preußen von den neuen Zudungen des polnischen Volksgeistes berührt. Die klüchtigen Patrioten im Auslande, besonders in Paris, sannnen unaufhörlich darauf, eine neue Erhebung zu Stande zu bringen. Aber im russischen Polen, wo Paskewitsch sein eisernes Scepter führte, waren die Aussichten sehr gering; günstiger lagen die Dinge in Posen und Westpreußen. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms hatte nicht

bloß bei seinen deutschen Unterthanen neue Hoffnungen wach gerufen; auch die Polen, zumal Geistlichkeit und Adel, waren lebhaft durch sie angeregt; im posenschen Provinziallandtage hatten wiederholt starke Debatten stattgefunden; daß die deutschen Vertreter dabei den polnischen scharf entgegengetreten waren, hatte die Unzufriedenheit genährt; kurz, wenn irgend ein Theil des alten Polens, so schien der preussische zu einem Aufstandsversuche geeignet. Kratau, das seit 1815 als letzter Rest der altpolnischen Herrlichkeit noch ein selbständiges Scheindasein fristete, konnte als Rückhalt angesehen werden. Zum Unglück für die Polen wurden ihre Pläne aber vor der Zeit von der preussischen Polizei entdeckt. Mierosławski, die Seele der Unternehmung, war von Paris nach Posen geeilt; am 14. Februar 1846 versammelte er die Häupter der Verschwörung zu einer letzten Berathung; dabei wurden sie, etwa 40 an der Zahl, meist junge und angesehene Eulleute, von der Polizei überrumpelt und sämmtlich verhaftet. Nun machten hier und da wohl einzelne Schaaren von Bauern noch den Versuch auf eigene Hand sich zu erheben; allein es war für die Truppen eine leichte Aufgabe sie zu überwältigen. Den verhafteten Führern aber, denen in Berlin der Proceß gemacht wurde, schenken nicht allein ihre Landsleute die wärmste Theilnahme, sondern auch der deutsche Liberalismus wandte ihnen, die doch gegen das Deutschtum sich verschworen hatten, seine gutherzigen Sympathien zu und groölte mit der Regierung, daß sie den Friedensstörern nicht mehr Nachsicht zeige. Denn diese war allerdings entschlossen durch äußerste Strenge einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen; Rußland und Oestreich waren von denselben Gesinnungen erfüllt; ohne allzu große Schwierigkeit entwickelte sich daher unter ihnen eine gemeinsame Politik. Den wesentlichsten Gewinn daraus zog Oestreich, das freilich auch die härteste Erschütterung zu bestehen hatte. Von dem Freistaate Kratau aus verbreitete sich nämlich der Aufstand, der in Posen mißlungen war, nach Galizien und nahm hier die Gestalt eines gräuelvollen Bauernkrieges an, in dem die kaiserlich gesinnten Leibeigenen, von den Beamten gehetzt, über den aufständischen Adel herfielen und ihn unter Brandstiftung und Plünderung todtzuschlugen. In Kratau selbst war die bisherige Regierung durch eine Revolution gestürzt; ein Dr. Tyssowski übernahm als Dictator die Leitung des Staates und der polnischen Propaganda. Die unmittelbare Folge davon war natürlich das militärische Einschreiten der drei Schutzmächte; schon am 3. März besetzten östreichische und russische Truppen die Stadt; preussische schlossen sich ihnen bald an. Tyssowski mit seinem Anhang entfloß. Nach längeren Verhandlungen einigten sich die drei Mächte dahin, dem ganzen Freistaat Kratau ein Ende zu machen; am 6. November wurde ein Vertrag unterzeichnet, welcher die Einverleibung in Oestreich aussprach; über den Einspruch, welchen England und Frankreich dagegen als gegen eine Verletzung der Verträge von 1815 erhoben, konnte man sich leicht hinwegsetzen, da beide Staaten über die spanischen Ange-

Mierosławski.

Galizien.

Kratau.

legenheiten eben im heftigsten Streite lagen und daher ihrem Widerspruch keinen Nachdruck zu geben vermochten.

Die östreichischen Slawen.

Diese Ereignisse waren für die Polen eine neue Mahnung, die Belebung ihrer Nationalität nicht durch Gewalt, sondern durch den sittlichen und geistigen Fortschritt ihrer Angehörigen zu erstreben. Auch diese Mahnung ging wirkungslos an ihnen vorüber. Und doch konnte ihnen die Geschichte ihrer slawischen Stammesgenossen in Oestreich zeigen, wie viel sich auf dem Wege der friedlichen Arbeit erreichen lasse; nirgends vielleicht in ganz Europa hatte das erstorbene Nationalbewußtsein im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts einen größeren Aufschwung genommen als bei diesen. Oestreich zählte unter seinen Bevölkerungen, von den Polen und Ruthenen in Galizien abgesehen, noch zwei große slawische Gruppen: im Norden die Tschechen, die mit den Hannaken in Mähren und den Slowaken am Tatra-gebirge etwa 19 Procent der Gesamtbevölkerung des Kaiserstaates bildeten; im Süden die Illyrier, die zu etwa gleichen Theilen aus Serben, Slawonen und Kroaten zusammengesetzt, auf 13 %

Die Tschechen.

Literarische Wiedergeburt.

geschätzt wurden. Der tschechische Zweig war allgemach eben so den Deutschen, wie der illyrische den Ungarn gegenüber in Abhängigkeit und Unselbständigkeit gerathen. Bei beiden wurde die politische Wiedergeburt durch eine literarische vorbereitet. In Böhmen begann die letztere schon zu Kaiser Josephs II. Zeit; doch erst im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gerieth sie in schnelleren Tritt und nahm einen politischen Charakter an. Das Ereigniß, welches diese Wendung herbeiführte, war die Entdeckung altböhmischer Heldenlieder aus dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, der von Panla aufgefundenen sog. Königshofer Handschrift. Daß ihre Echtheit bestritten wurde, entfachte den patriotischen Eifer für diesen Schatz nur um so mehr, und mit bewunderungswürdigem Fleiße heuteten die böhmischen Gelehrten ihn aus, um die Sprache, die Alterthümer, die Mythologie ihrer Vorfahren daraus zu entwickeln. Ein naturgemäßes Ergebniß der eifrigen Sprachstudien war die genauere Erkenntniß der Verwandtschaft zwischen den einzelnen slawischen Stämmen; man entdeckte, daß diese die zahlreichsten in Europa seien; man schloß daraus, daß ihnen die Zukunft gehöre. Das Traumbild des Panславismus erwachte; man grübelte darüber, die verschiedenen Zweige des slawischen Sprachstammes zu einer allslawischen Sprache zu verschmelzen und so den 70 Millionen zunächst eine literarische Einheit zu schaffen. Aber man versäumte darüber nicht die Pflege der eigenen Mundart; eine lebhafteste Agitation suchte der Volkssprache die verlorenen Rechte dem Deutschen gegenüber wieder zu erobern; wer sich daran betheiligte, war ein Patriot, und dieses Wort galt für den größten Ruhmestitel. Man trat zu Vereinen zusammen, gab tschechische Bücher, dann schönwissenschaftliche Zeitschriften, dann politische Blätter heraus und gewöhnte so allmählig nicht allein die eigenen Stammesgenossen, sondern auch die Deutschböhmen und die Regierung an das Dasein und die Berechtigung einer eigenen tschechischen Nationalität.

Panславismus.

Ganz ähnlich war der Gang im Süden bei den „Illyriern“, Die Illyrier. wo freilich noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Denn in der That bestanden zwischen den drei Zweigen derselben, den Slawonen, Kroaten und Serben, so große Verschiedenheiten, daß der Gesamtname selbst wenig mehr als ein leeres Wort war. Die Kroaten, geographisch und sprachlich die Vermittler zwischen den beiden andern Stämmen, wurden die Träger der Bewegung, die ihre beste Kraft aus dem Haß gegen die Magyaren zog. An die Spitze stellte sich Ljudevit Gaj, der Hauptschauplatz seiner Thätigkeit war die „Illyrische Nationalzeitung“, die er seit 1836 in Agram herausgab. Da die politischen Absichten Anfangs nicht in den Vordergrund traten, wurde die Bewegung von Wien aus wohlwollend begünstigt; die Ungarn freilich erkannten gleich die Gefahr und suchten sie im Keime zu ersticken. Das beste Mittel dazu schien zu sein, wenn sie den Feind mit den eigenen Waffen bekämpften, wenn sie der magyarischen Sprache einen größeren Wirkungskreis erstritten. Das versuchten sie auf dem Reichstage von 1843. Bis dahin war das Lateinische die amtliche Sprache in Ungarn und dem damit verbundenen dreieinigem (illyrischen) Königreich; die magyarische an ihre Stelle zu bringen war ein so natürlicher Wunsch, daß an seiner Erfüllung auf die Dauer nicht zu zweifeln war; zugleich aber mußte es für einen großen Sieg über den Illyrismus gelten, wenn es diesem nicht etwa gelang, für sich die Gleichberechtigung zu erstreiten. Und darauf war das Streben seiner Vorkämpfer, der kroatischen Vertreter in dem preßburger Reichstage von 1843, in erster Linie keineswegs gerichtet; sie forderten einfach die Erhaltung der lateinischen Sprache und boten dadurch den Magyaren erwünschte Gelegenheit, sie als Verteidiger eines alten Pöpfes zu brandmarken. Ein Beschluß der Ständetafel vom 20. Juni setzte fest, daß fortan im Reichstage nur ungarisch gesprochen werden dürfe, und obgleich die Magnaten wenigstens eine Uebergangszeit empfahlen, obgleich ein königliches Schreiben den Beschluß mißbilligte und es dem Belieben der Vertreter zu überlassen befahl, ob sie magyarisch oder lateinisch reden wollten, so hielt doch die Ständetafel ihren Willen aufrecht und schrie jeden nieder, der mit dem üblichen *Excellentissimo domine* anhub. Die äußerste Nachgiebigkeit, zu der sie sich endlich verstand, war, daß sie die lateinischen Reden anhörte, aber von der Aufnahme ins Protocoll ausschloß, also als nicht gehalten betrachtete. Die Kroaten waren dieser Willkür gegenüber schutzlos, da die Regierung es für klüger hielt nachzugeben und im Januar 1844 das Magyarische mit der einzigen Beschränkung als alleinige Reichstags-sprache anzuerkennen, daß in den nächsten sechs Jahren den Kroaten der Gebrauch des Lateinischen noch zu gestatten sei. Um die großen Ungarn noch mehr zu beschwichtigen und den Verdacht zu entkräften, als ob die Regierung der Losreißung des dreieinigem Königreichs von der Stephanstrone günstig sei, erging ein paar Wochen später an Gaj der Befehl, den Namen seiner „Illyrischen Nationalzeitung“ in den einer kroatisch-slawonisch-dalmatinischen

Streit mit den
Ungarn.

umzuwandeln. Allein die Illyrier ließen sich dadurch nicht entmuthigen; sie waren vielmehr verständig genug von ihren Feinden zu lernen und die Erhebung der kroatischen Sprache zur amtlichen Sprache des dreieinigten Königreichs auf ihre Fahne zu schreiben. Gerade nach den Vorgängen in Preßburg konnte dagegen weder die Regierung noch die magyarische Partei auf dem Agramer Landtag, der 1845 zusammentrat, etwas einwenden. Eine noch viel schwerere Niederlage aber erlitt die letztere durch einen zweiten Beschluß, den der Landtag mit Genehmigung der Regierung faßte: durch die Aufhebung der persönlichen Mitgliedschaft am Landtage, welche die Zupoljer, ein in Kroatien ansässiger magyarischer Bauernadel, der „schlecht gewaschen, aber gut bewaffnet“ bei den Verathungen zu erscheinen pflegte, bebesen hatte. Die Bedeutung dieses Sieges würdigten Illyrier und Ungarn gleich gut. Die letzteren erhoben laute Klage darüber in Wien; und als eine Abordnung des Pesther Kreises, welche sich beschweren wollte, dort zurückgewiesen wurde, begann eine lebhaftere Bewegung durch das ganze Land, deren Seele Ludwig Kossuth war. An Stoff für dieselbe war auch außer der kroatischen Frage kein Mangel. Den letzten Reichstag hatten Gegenstände von tiefstgreifender Bedeutung, Aenderung der Ständeversammlung, des Strafrechtes, der Steuergesetzgebung, Geldbewilligungen zur Hebung von Handel und Gewerbe zc. beschäftigt, ohne daß Ergebnisse zu Stande gekommen waren. Alle diese Gegenstände wurden jetzt in der Presse und in den Kreisversammlungen mit größtem Eifer besprochen. Eine mächtige Bewegung durchzitterte das Land von einer Grenze bis zur andern. Niemals, so versichert Springer, schlugen die Herzen kräftiger, hielten sich die Köpfe höher, fühlte das Volk seine Kraft sicherer als in den Jahren 1845—46. Kossuth war es vor Allen, der diese Stimmung förderte. Bis dahin hatte er vorzugsweise durch die Presse gewirkt; jetzt trat er in Folge von Zwistigkeiten von seinem Blatte, dem Pesthi Hirlap, zurück und begann seine glänzende Laufbahn als Volksredner. In der schriftstellerischen Thätigkeit ersetzten ihn die Männer, welche seine Stelle einnahmen. Szalay, Eötvös u. A. vollkommen; als Volksredner vermochte keiner mit ihm zu wettern. Eigentliche staatsmännische Begabung und Bildung fehlten ihm; er verdankte seine politische Einsicht wesentlich der Augsburger Zeitung; das Ausland war ihm nicht durch eigene Anschauung bekannt; eben in diesen Jahren unternahm er seine weiteste Reise — nach Wien. Aber er war durch und durch Ungar, durch und durch der Mann des Volkes. Die Kraft und der Wohlklang einer gewaltigen, unermüdblichen Stimme, die ausdrucksvolle Beweglichkeit eines lebendigen Geberdenspieles unterstützten die populäre Klarheit und doch Prunkhaftigkeit seiner Rede. „Wenn er sprach und so lange er sprach, vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als ihren Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort.“ Den adligen Häuptionen der liberalen Partei war sein Auftreten natürlich weniger genehm, und wenn sie gleichwohl in vielen Dingen mit ihm Hand in Hand gingen, so trennten

Erfolge der
Illyrier.

Ungarische
Forderungen.

Kossuth.

Kampf der
Parteien.

sie sich doch in wichtigen Punkten von ihm. Gemeinsam war ihnen besonders die Thätigkeit für den ungarischen Schutzverein, dessen Mitglieder — und er zählte binnen 8 Wochen 60,000 — es für ein Verbrechen erklärten, das, was das heimische Gewerbe biete, von Fremden zu kaufen; was sie von einander trennte, war vorzüglich die centralisirende Verfassungsänderung, welche Götvös, Deaf und ihre Freunde anstrebten. Kossuth und die Bewegungspartei suchten die Macht der Kreisversammlungen zu erhalten, jene, die Führer der Centralisationspartei, wünschten einen Theil derselben auf den Reichstag zu übertragen. Sie näherten sich damit den Wünschen der Conservativen, an deren Spitze Szechenyi, Georg Apponyi, der zum ungarischen Hofkanzler ernannt wurde, u. A. standen, die im Einverständniß mit der Regierung gleichfalls eine Stärkung der Centralgewalt anstrebten, wenn auch weniger mittelst des Reichstags als in den Händen der Regierung. Alle diese Gegensätze, die schon in den Kreisversammlungen und in der Presse heftig auf einander platzten, mußten auf dem nächsten Reichstage, der Ende 1847 bevorstand, in offenen Kampf gerathen, und die Spannung auf den Verlauf desselben war um so größer, als durch den Tod des alten Palatinus Joseph, der 50 Jahre diese Würde bekleidet hatte, kurz vorher dieses höchste Regierungsamt in neue Hände gelangte, in die eines Sohnes des Verstorbenen, des Erzherzogs Stephan, dem der Kaiser vorläufig die Verwaltung des Landes übertrug, um dadurch die Erwartung auszudrücken, daß der Reichstag ihn zum Palatinus wählen werde.

Von der großen politischen Regsamkeit, die unter den Magyaren und Slaven des österreichischen Kaiserstaates herrschte, stach die Stille in den deutschen Landestheilen gewaltig ab. Allerdings zeigte sich auch hier in den Landtagen etwas mehr Bewegung als früher, wie denn z. B. in dem nieder-österreichischen Graf Breuner die Theilnahme bürgerlicher Vertreter bei Verathung der Steuern, die Ablösung der Feudallasten und eine Reform des Unterrichtswesens verlangte. Aber im Ganzen genommen wollten derartige Zeichen hier nicht viel bedeuten: auf seinen deutschen Landsleuten konnte Metternichs Auge noch mit Wohlgefallen ruhen. Um so mehr Sorge mußten ihm die italienischen Provinzen bereiten, die ihren vollen Antheil an der Aufregung nahmen, in der die ganze Halbinsel sich befand.

Die Deutsche-
Österreicher.

Auf die verunglückte Erhebung des Jahres 1831 war in allen italienischen Staaten eine Zeit der Reaction gefolgt, die aber doch im Vergleich zu der früheren nicht ohne manchen versöhnenden Zug war. Selbst in der Lombardei und Venetien hatte Metternich bei Gelegenheit der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands eine Begnadigung veranlaßt. In Neapel mußte man dem jungen Könige Ferdinand II., der 1830 seinem Vater gefolgt war, manche nützliche Besserung nachrühmen. Er hatte in das Finanzwesen Oeffentlichkeit eingeführt, übertriebene Besoldungen und Ruhegehälter vermindert, auch für sich selbst auf eine Viertelmillion Ducaten verzichtet. Da auch der Handel und besonders die Schifffahrt einen beständigen Aufschwung nahmen, so genossen die neapolitanischen Finanzen eines guten Vertrauens;

Italien.

Neapel.

die 5procentige Rente stand beispielsweise 1844 auf 108. Aufstände, zu denen die entsetzlich wüthende Cholera 1837 in Sicilien Anlaß gab, boten die Gelegenheit, die völlige Verschmelzung der Insel mit dem Festlande durchzuführen, was für die Sicilianer zwar ein Grund zur Beschwerde mehr, im Uebrigen aber ein wesentlicher Fortschritt war. In Toscana hatte die Reaction niemals ihre volle Wirksamkeit entfaltet; auch in den dreißiger und vierziger Jahren blieb das Regiment des Großherzogs bei der gewohnten Milde. In Sardinien entsprach Carl Albert freilich nicht dem Programm der Carbonari, seiner früheren Bundesgenossen; aber die Clericalen und österreichisch Gesinnten waren ihm noch weniger hold. Zwischen dem Dolche der Carbonari und der Chocolate der Jesuiten, so meinte der König selbst, stehe er in der Mitte, und nicht minder war es ihm bekannt, daß man in Wien unter Umständen bereit sei, ihn zur Abdankung zu zwingen. Verbesserungen in der Rechtspflege, der Verwaltung der Finanzen (so daß Rothschild eine Anleihe zu 118% abzuschließen bereit war), eine sorgsame Pflege des Heeres und der materiellen Interessen erkannte der bedrohte Monarch als die besten Stützen seines Thrones und die Zahl derer war nicht klein, welche in ihm trotz seiner zweideutigen Vergangenheit die beste Hoffnung Italiens erblickten. In der traurigsten Lage von allen Staaten der Halbinsel befand sich jedenfalls der Kirchenstaat. Papst Gregor XVI. entließ seinen reformfreundlichen Cardinal-Staatssecretär Bernetti schon 1836 und setzte an seine Stelle den Genuesen Lambruschini. Unter ihm erreichte das Priesterregiment und die unglaubliche Verschleuderung der Finanzen ihren Gipfelpunct; zugleich mußte er den Papst so völlig von den Geschäften fern zu halten, daß diese ganz in seiner Hand lagen. Es war „ein Frieden ohne Ruhe, ein Schlaf ohne Erholung, eine Krone ohne Regiment“. Das Land war von Parteien zerwühlt. Auf der einen Seite die Ultrareactionäre, die Sanfedisten, auf der andern die Liberalen, die kaum ihren Haß und ihre Rachsucht zu bezwingen vermochten; dazwischen, aber zur Ohnmacht verdammt, die Papalini, die einer Reform nicht abgeneigten Clericalen, und die Gemäßigten, d. h. Liberale, die zur Verständigung bereit waren. Weit verbreitet war der Glaube, das Gefüge des Staates könne nicht lange mehr zusammenhalten; nur die Schweizertruppen des Papstes, die Östreicher in Bologna, die Franzosen in Ancona verhinderten den Zusammenbruch. Mannichfaltige Vermuthungen und Pläne über das, was dann werden solle, kamen in Umlauf; in Neapel, in Toscana, in Modena speculirte man auf Vergrößerung; dem Kaiser Nicolaus wurde der Plan zugeschrieben für seinen Schwiegersohn, den Herzog von Leuchtenburg, ein Königreich Mittel-Italien zu gründen. Auch die Mazzinisten und andre Flüchtlinge unterließen nicht, den Kirchenstaat zum Ausgangspunct ihrer Versuche zu machen; besonders das Jahr 1845 wies eine ganze Kette solcher Unternehmungen auf. Doch verschmähten sie auch die andern Theile der Halbinsel nicht; denn neben den hervorgehobenen Lichtpunkten ebneten willkürliches Polizeiregiment und verdummende

Toscana.

Sardinien.

Der Kirchen-
staat.Mazzinische
Flüchtlinge.

Priesterherrschaft ihnen überall die Wege. Der berühmteste Aufstandsversuch spielte 1844 in Calabrien. Die Söhne des österreichischen Admirals Bandiera landeten dort mit etwa 20 Genossen. Allein der Verrath eines Corsen machte der Sache ein schnelles Ende; die Führer büßten ihr Unternehmen mit dem Tode, die Andern mit harter Gefangenschaft. Auch von sonstigen Versuchen gelangte keiner auch nur zu einiger Entfaltung. Im Ganzen ließ sich deutlich erkennen, daß der Radicalismus an Boden verlor und der gesunde nationale Gedanke an Kraft gewann. Daran hatten die patriotischen Dichter und Schriftsteller dieses Jahrzehntes einen großen Antheil. Leopardi, Silvio Pellico, Niccolini, Guerrazzi, Giusti, mittelbar auch Manzoni, ganz besonders aber Gioberti, Cesare Balbo und Massimo d'Azeglio, alle drei Piemontesen, gewannen den größten Einfluß. Giobertis „Primat Italiens“, der 1843 erschien, war eine wirkliche That. Italien sei einst der Mittelpunkt der Menschheit gewesen und sei bestimmt es wieder zu werden; zu dem Zweck müsse es die fremden Stoffe austreiben und sich gleichsam um das Papstthum crystallisiren; dieses sei die Leuchte der Cultur, die Bürgschaft des Sieges einer vernünftigen Freiheit, der wahre Einheitsknoten; gegen und ohne den Papst sei Nichts möglich, mit ihm Alles; Piemont aber sei der berufene Schirmvogt des Papstes und Italiens. Von dem gleichen Glauben an Religion und Vaterland, von den gleichen Hoffnungen auf Piemont und das Papstthum waren Massimo d'Azeglios Schriften und Cesare Balbos „Hoffnungen Italiens“ durchdrungen. Sie verbreiteten diese Gesinnungen in weiten Kreisen, die bis dahin noch der alten Verschwörungssucht verfallen waren; sie weckten den Glauben an die Möglichkeit der Besserung, des Wiederaufstehens (Risorgimento) und errangen besonders unter den Gebildeten und Gelehrten Geltung, die sich in den Wanderversammlungen der Naturforscher (seit 1839) und in den landwirthschaftlichen Vereinen bereits, ähnlich wie in Deutschland, Werkzeuge geschaffen hatten.

Die nationale
Literatur.

Ein plötzlicher Umschwung im Kirchenstaate sollte ihnen unerwartet noch größere Bedeutung geben. Am 1. Juni 1846 starb, einundachtzigjährig, Gregor XVI. Die Hoffnung der Sanfedisten, Lambruschini aus der Wahl als seinen Nachfolger hervorgehen zu sehn, wurde getäuscht; am 16. Juni wurde Mastai Ferretti, der 54jährige Bischof von Imola, zum Papst erkoren und begann als Pío Rono sein Pontificat, das längste, welches die Geschichte kennt. Eine freudige Ahnung durchflog die Gemüther: das sei der Mann, welcher Giobertis Ideen ins Leben führen werde. Ohne recht einen Grund zu seinen Hoffnungen zu haben, kam das Volk dem neuen Kirchenfürsten mit den schmeichelhaftesten Beweisen seiner Liebe entgegen; Rom überstürzte sich in Freudenbezeugungen und Jubelausbrüchen. Pius, von Natur ein milder Charakter, auch nationalen Gefühlen nicht unzugänglich, fühlte sich durch dieses Vertrauen geehrt und gehoben. Ohne ein klares Programm, das ihm als feste Richtschnur gedient hätte, genügte er zunächst nur einem eigenen Herzensbedürfniß, indem er zum Dank für so viel Liebe vier Wochen nach

Pío Rono.

seiner Wahl eine weitumfassende Begnadigung erließ. Kleine liberale Zugeständnisse mancherlei Art, die Gestattung der bisher verbotenen Gelehrtenversammlungen, die Begründung von Kinderbewahranstalten und Besessimern, die Ersetzung Lambruschini durch den freisinnigen Cardinal Gizzi, die Berufung von Ausschüssen zum Zweck verschiedener Gesetzesreformen, eine mildere Handhabung der Censur und Aehnliches befestigten den Glauben an die liberale Gesinnung des neuen Herrschers. Und konnte denn ein Zweifel daran sich überhaupt noch rechtfertigen, wenn man den Vertrauten des Papstes, den Vater Ventura, von der Kanzel den Bund des Clerus und der Demokratie preisen hörte? Waren das nicht ganz und gar die Ideen Gioberti's? Und war nicht Gioberti auch ein Geistlicher? Entsprachen nicht alle Thaten des Papstes diesen Anschauungen? Beehrte er nicht mit seinem besonderen Vertrauen den Grafen Rossi, den französischen Gesandten? Und war dieser Graf Rossi nicht ein ehemaliger Flüchtling? So fragte man sich und zweifelte nicht und verbreitete durch ganz Italien und weiter durch ganz Europa die jubelnde Kunde von dem neuen, unerhörten Ereigniß, von dem liberalen und nationalgesinnten Pontifex. Vollends als nun 1847 noch größere Reformen folgten, als ein Staatsrath aus Vertretern der einzelnen Provinzen berufen, ein förmlicher Ministerrath gegründet, die Einrichtung einer Bürgergarde erst in Rom, dann in dem ganzen Staate genehmigt wurde, da kannte der Jubel keine Grenzen. Wenn noch etwas nöthig war, die Beliebtheit des Papstes zu steigern, so thaten es seine Gegner. Kurz vor dem Jahrestage der Begnadigung wurde eine Verschwörung der Priesterpartei entdeckt, die nichts Geringeres bezweckte als Pius gefangen zu nehmen. Auch Metternich glaubte dem umstürzenden Treiben in Rom durch eine Kundgebung entgegen treten zu müssen. Die Oesterreicher hielten, wie erwähnt, die Festung von Ferrara besetzt; jetzt wurde plötzlich die Besatzung durch 800 Croaten verstärkt, die auch die Hauptwache und andre Punkte der Stadt besetzen mußten. Das führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen Wien und Rom und gab der Beliebtheit des Papstes in den nationalen Kreisen eine neue Stütze. Da sich auch England und Frankreich auf seine Seite schlugen, sah Metternich sich im December zu einem Vergleich veranlaßt, kraft dessen die Oesterreicher in der Stadt nur zwei Kasernen besetzt halten sollten; es war zwar kein glänzender, aber es war doch ein Sieg des Papstes und der nationalen Idee, der ihre Vorkämpfer mit neuem Muth erfüllte.

Italienischer
Zollverein.

Noch erfreulicher aber war eine Vereinbarung, die zwischen dem Papste und den Beherrschern Toscanas und Piemonts am 3. November 1847 zu Stande kam, es handelte sich um die Anbahnung eines italienischen Zollvereins. Ein Vertrauter des Papstes, der Prälat Corboli, brachte in Turin und Florenz die Entwürfe zum Abschluß. Um ins Leben zu treten, erforderten sie freilich noch die Zustimmung des Herzogs von Modena, dessen Gebiet die sardinische von der toscanischen Grenze scheid, und diese Zustimmung war nicht zu erwarten. Allein schon die moralische Wirkung des Vertrages, der

mit klaren Worten es aussprach, daß die Verschmelzung der materiellen Interessen die wahre und wesentliche Grundlage der nationalen Einheit sei, war nicht zu unterschätzen, und nicht minder folgenreich mußte der Umstand werden, daß Toscana und Piemont sich den Fortschritten Pio Nonos nun auch in ihren inneren Verhältnissen angeschlossen. Milderung der Censur, Begründung von Bürgerwehren, Errichtung eines Staatsrathes und ähnliche Maßregeln wurden nach dem Vorbilde des Papstes auch von dem Großherzog Leopold gewährt, und Carl Albert kündigte am 30. October 1847 sogar feierlich ein neues Zeitalter der Reformen an. Ja, in vertrauten Briefen, die ein öffentliches Geheimniß wurden, jubelte er dem Tage entgegen, wo er mit seinen Söhnen zu Pferde steigen und zum Kriege für die Unabhängigkeit Italiens werde aufrufen können.

Reformen in
Toscana und
Sardinien.

Gegen solche Möglichkeiten, die durch die steigende Gährung im Volke immer näher gerückt wurden, suchte Metternich sich möglichst sicher zu stellen, indem er seinen Einfluß in Modena und Parma befestigte. Es bot sich dazu ein bequemer Anlaß. Auf dem Wiener Congreß war festgestellt worden, daß Parma nach dem Tode seiner Herzogin, der Wittwe Napoleons, an den Herzog von Lucca, hingegen dessen Herzogthum an Toscana fallen solle; der Großherzog von Toscana hatte sich in einem Vertrage von 1844 alsdann weiter verpflichtet, seinerseits einige Bezirke an Modena und Parma abzutreten. Nun verzichtete der Herzog von Lucca, dem die Unruhe in seinem Ländchen unbequem wurde, schon am 7. October 1847 auf die Regierung, zwei Monate bevor er durch den Tod Maria Luise's (am 18. December) in den Besitz von Parma trat. Die toscanische Regierung aber machte Schwierigkeiten die erwähnten Bezirke nunmehr abzutreten, da deren Bewohner sich lebhaft dagegen sträubten. Metternich trat natürlich für die Rechte Modenas und Parmas auf Grund des Vertrages von 1844 ein, und die Auslieferung der beanspruchten Gebiete geschah denn auch unter Vermittlung des Papstes und Sardinien's. Aber damit noch nicht zufrieden, schloß Oestreich überdies mit den beiden Herzögen im December einen Vertrag, der ihre Länder „in die Verteidigungslinie der österreichischen Provinzen“ einfügte und Metternich das Recht gab, sobald es ihm rathlich scheine, gegen innere oder äußere Feinde seine Truppen einrücken zu lassen. Der Anfang zu einem antinationalen Bunde war also gemacht, und durch den Zutritt des Königs von Neapel konnte derselbe eine gefährliche Stärke gewinnen.

Oestreich'sches
Bündniß mit
dem Ro-
zogthumern.

Wenn irgend ein italienischer Fürst in der Lage war auf auswärtigen Beistand zu rechnen, so war es Ferdinand II. Die Unzufriedenheit in seinem festländischen Königreich war vielleicht nicht gefährlicher als die in andern Theilen der Halbinsel, obgleich es in Reggio schon im Sommer zu einem Aufstande kam. Aber sehr bedenklich war die Gährung in Sicilien. Die Neapolitaner waren zufriedengestellt, als sie Ende November einen Ministerwechsel und Amnestie erhielten; die Sicilianer bezweckten viel weiter gehende Aenderungen; in ihren Augen war das letzte Ziel doch immer die

Aufstand in
Sicilien.

völlige Losreißung der heimischen Insel von dem Königreiche. Auf die Nachricht von den Zugeständnissen, welche der König am 22. November gemacht hatte, begannen in Palermo, Messina und anderen Städten Theaterdemonstrationen, Petitionen, Massenversammlungen und andre Vorbereitungen zur Empörung. Zu Anfang des folgenden Januar riefen Anschläge die Bevölkerung auf, sich am Geburtstage des Königs zu erheben. Alle Welt, auch die Behörden, waren für diesen Tag, den 12. Januar, auf eine Revolution gefaßt; in Wirklichkeit war freilich von einem vorsorglich entworfenen Plane der Unzufriedenen nicht die Rede; aber die allgemeine Erwartung und die Kampfbereitschaft der Truppen, die 6000 Mann stark auf den öffentlichen Plätzen standen, entsachten in der That den Aufstand. Ein ernstlicher Kampf fand zwar nicht statt; aber überall kam es zu kleinen planlosen Gefechten und zum Barricadenbau. Während der Nacht ordneten sich die Empörer, und Zuzügler aus den umliegenden Ortschaften trafen ein; die Truppen setzten den Kampf in den Straßen nicht fort, sondern bombardirten die Stadt von dem Castell a mare aus. Daneben wurden Unterhandlungen angeknüpft; der Ausschuß der Aufständischen forderte die Herstellung der Verfassung von 1812; der Statthalter bot wenigstens Begnadigung und Reformen an. Aber seine Stellung verschlechterte sich von Tag zu Tage; am 25. Januar griffen die Palermitaner ihn selbst in der Burg an und schon in der folgenden Nacht entschloß er sich, dieselbe zu räumen. Auch die Hauptmacht der Königlischen, etwa 8000 Mann unter General de Saugey, die außerhalb der Stadt eine feste Stellung behaupteten, gaben dieselbe am 27. auf und zogen sich unter Kämpfen ostwärts zurück, und da endlich auch die neapolitanische Flotte den Hafen verließ und das Castellamare von der Besatzung geräumt wurde, so war Palermo sich selbst überlassen. Eine vorläufige Regierung unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Ruggiero Settimo übernahm die Leitung und erstreckte ihre Macht bald über die ganze Insel, einige Castelle, wie die von Messina, ausgenommen.

Die Westmächte und die Schweiz

Neapolita-
nische Ver-
fassung.

So waren es die Sicilianer gewesen, welche die ersten Kanonenschüsse der Revolution des Jahres 48 abgefeuert hatten; Ferdinand von Neapel war der erste Fürst, der sich eine Verfassung abtrotzen ließ; schon am 29. Januar verkündigte er dieselbe und berief ein Ministerium, in welches bald darauf die Häupter der Liberalen, Bazzelli und Carl Poerio eintraten.

Englands
Verhalten.

In sehr auffälliger Weise hatte die englische Regierung für diese Bewegung und überhaupt für den Liberalismus in Italien Partei ergriffen. Ein englisches Linienschiff war es, das sich am 4. Februar zwischen Palermo und Castellamare legte und so dem Bombardement ein Ende machte. Viel tiefer aber als dies vereinzelter militärische Einschreiten griff die Wirksamkeit der englischen Diplomatie. Nicht zufrieden mit seinen ständigen Vertretern, entsandte Lord Palmerston

Ende 1847 einen besonderen Botschafter in der Person des Lord Minto, der nacheinander in Turin, Florenz, Rom, Neapel die Regierungen zu liberalen Schritten ermunterte und zugleich mit den Häuptern der Bewegungspartei in Verkehr trat. Da Frankreich eine große Zurückhaltung beobachtete, so war diese freundschaftliche Gesinnung Englands von bedeutendem Gewicht, und da sie nicht allein in Italien, sondern auch in andern Ländern der liberalen Partei zu Gute kam, so gebührt ihr ein nicht geringer Antheil an der Herbeiführung der achtundvierziger Bewegung, die sich ohne Zweifel langsamer entwickelt hätte, wenn das Torycabinet in England länger am Ruder geblieben wäre. Aber Robert Peels Ministerium hatte nach fünfjährigem Regiment im Juni 1846 zurücktreten müssen. Obgleich es ein conservatives Cabinet gewesen war, verdankte ihm England doch mehr als einen bedeutsamen Fortschritt. Zunächst hatte Peel den Staatshaushalt, der unter dem Ministerium Melbourne mit einem Deficit abschloß, durch einen mächtigen Schritt wieder in Ordnung gebracht; er wagte es nämlich eine Einkommensteuer zu beantragen und drang damit am 5. April 1842 trotz aller Anstrengungen der Whigs durch. Die Ueberschüsse, über die er nun verfügen konnte, benutzte er zur Herabsetzung der Zölle. Am lauteften forderte die öffentliche Meinung die Befreiung der Getreideeinfuhr von den auf ihr lastenden Abgaben. Die Bewegung, deren Seele der große Freihandelsmann Richard Cobden war, nahm stets größere Ausdehnung an, und die Anticornlaw-League, die 1838 in Manchester ins Leben gerufen war, bestürmte das Parlament mit Bittschriften, durch Beseitigung des Einfuhrzolles dem englischen Volke wohlfeileres Brod zu verschaffen. Sie stieß allerdings auf den entschlossenen Widerstand der großen Lords, deren Reichthum wesentlich in dem Ertrage ihrer umfangreichen Ländereien bestand, und deren Geldinteresse daher durch die freie Einfuhr des fremden Getreides arg gefährdet erschien. Die Torypartei war einmüthig darin, diesen Angriff auf die mächtige Stellung des hohen Adels abzuwehren. Nur ihr Führer, Sir Robert Peel, war anderer Meinung. Er verschloß sich nicht der Einsicht, daß die Bewegung gegen die Kornzölle eine tiefe Berechtigung habe, und er erkannte zugleich, daß es im wohlverstandenen Parteiinteresse liege, die gehässige Deutung zu vermeiden, als ob die Tories nur durch Vorrechte auf Kosten der großen Masse des Volkes sich erhalten könnten. Er selbst vertrat daher zur großen Entrüstung seiner Parteigenossen die Abschaffung der Kornzölle und reichte seine Entlassung ein, als das Parlament sie am 10. Juni 1845 verwarf. Nun erst gingen den Tories die Augen auf. Uebernahmen jetzt die Whigs das Regiment, so wurde das Unterhaus aufgelöst; bei den Neuwahlen konnten die Gegner der Kornzölle mit der größten Sicherheit auf den Sieg zählen; die Abschaffung derselben war also nur eine Frage der Zeit geworden, und es bedurfte keines großen Scharfsinns um einzusehen, daß der Gewinn dieser kurzen Frist erkaufte werden müsse durch die weit ungünstigeren Bedingungen, unter denen die Whigs die verhaßten Zölle

Ministerium
Peel.Aufhebung
der Kornzölle.

beseitigen würden. So fügte sich die Mehrheit des Unterhauses denn, bittren Groll im Herzen, dem unabwendbaren Zwang; Peel erhielt die Gewißheit, daß seine Bill in der nächsten Session durchgehen werde, und nahm sein Entlassungsgeſuch zurück. Am 16. Mai 1846 genehmigte das Unterhaus, einige Wochen später das Oberhaus die Kornbill und damit eine Maßregel, die an Wichtigkeit der Katholikenbefreiung und der Parlamentsreform an die Seite gestellt werden konnte. Peels Stellung aber war trotzdem gründlich erschüttert; die Tories wollten es ihm nicht verzeihen, daß er sie zu diesem Schritte gezwungen, und noch in demselben Monat, in welchem das Oberhaus die Kornbill genehmigte, gaben sie ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum, indem sie eine irische Bill, die er vorlegte, verwarfen. Denn auch seine Politik gegen die grüne Insel war durchaus nicht nach ihrem Sinn. Peel hatte in seiner Weise den Beschwerden derselben in einzelnen Stücken abzuhelfen gesucht. So setzte er z. B. die Maynooth-Bill durch, welche dem katholischen Priesterseminar in Maynooth eine erhöhte Staatsunterstützung gewährte. Dieses Zugeständniß erregte bei eifrigen Protestanten um so mehr Verdruß, als man ein angreifendes Vorgehen des Katholicismus gegen die anglicanische Kirche wahrzunehmen glaubte. Daß der Verdacht nicht ungegründet sei, zeigte sich einige Jahre später, als Pius IX. am 29. September 1850 unerwartet neun englische Bischöfe ernannte, an ihrer Spitze den gelehrten Cardinal Wiseman als Erzbischof von Westminster. Zunächst, in der Mitte der vierziger Jahre, fand das Mißtrauen gegen den Katholicismus doch eigentlich keinen andern Stoff, als den, welche die sog. pusehitische Bewegung im Schoße des Anglicanismus bot. Angeregt von dem Oxford Professor Pusey und seinem Colleggen Newman, verfolgte sie das Ziel, alle die Satzungen und Gebräuche aus der römischen Kirche wieder aufzunehmen, welche dem Grundgesetze des Anglicanismus, den 39 Artikeln, nicht widersprachen. geraume Zeit hindurch wurde ihr von den Bischöfen der Hochkirche durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt; sobald dies aber geschah, etwa seit dem Jahre 1843, bewiesen zahlreiche Uebertritte zum Katholicismus, daß allerdings ein starkes römisches Element in der Bewegung thätig war. Kein Wunder also, wenn das alte No-popery-Geschrei wieder zu erwachen begann und wenn die öffentliche Meinung weiteren Zugeständnissen an den Katholicismus abgeneigt wurde. Irland und Katholicismus waren aber nahezu gleichbedeutende Begriffe. Die Klagen der Iren hingen eng mit dem Katholicismus zusammen; die Hoffnungen des Katholicismus beruhten vorzugsweise auf Irland. Mit doppelter Mißgunst betrachtete daher der protestantische Engländer die Repeal-Bewegung, welche O'Connell unablässig in Fluß erhielt und die in gewaltigen Massenversammlungen (monster meetings) ihren Ausdruck fand. Nicht immer ging es dabei ohne Störung des öffentlichen Friedens ab und im October 1843 mußten O'Connell und neun seiner Anhänger wegen Aufreizung zur Empörung verhaftet werden. Von den Geschworenen verurtheilt, berief er sich an das Haus der Lords, ohne

Irland und
der Katholicis-
mus.

Zweifel mit sehr geringen Erwartungen, hier freigesprochen zu werden. Daß dies gleichwohl geschah, kam der irischen Bewegung und dem Ansehen ihres Führers keineswegs zu Gute; die Rolle des Märtyrers würde ihm weit größere Kraft gegeben haben. Ueberdies fing er an zu kränkeln und mußte seine Thätigkeit einschränken. Ohne dem Ziel seiner Arbeit näher gekommen zu sein, starb er im Mai 1847 zu Genua.

Was die auswärtige Politik anlangt, so hatte die gemeinsame conservative Gesinnung in den letzten Jahren eine sehr enge Verbindung zwischen dem französischen und dem englischen Cabinet herbeigeführt, deren Festigkeit durch freundschaftliche Besuche, die Louis Philipp und Königin Victoria sich gegenseitig abstatteten, noch gewonnen hatte. Das „herzliche Einverständniß“, die *entente cordiale*, zwischen London und Paris war zu einem beliebten Schlagwort geworden, und Louis Philipp ermüdete nicht, die englische Monarchin in seinen Briefen unablässig seiner „lebhaften, aufrichtigen und sehr zärtlichen Freundschaft“ zu versichern. Es fehlte zwar nicht an manchen Reibereien zwischen den beiden Cabinetten und bei einigen Gelegenheiten erhitzte sich sogar hüben wie drüben die öffentliche Meinung bis zu einem bedenklichen Grade; aber die Streitfragen waren doch zu unbedeutend, als daß es darüber zu einem ernstlichen Zwist hätte kommen können. So war z. B. die französische Regierung am 20. December 1841 einem Vertrage der Großmächte und der Seestaaten beigetreten, durch welchen man sich gegenseitig das Recht einräumte, Schiffe, die des Sklavenhandels verdächtig seien, durchsuchen zu dürfen. Darin sahen die Franzosen wunderlicher Weise eine Beschimpfung ihrer Flagge, obgleich natürlich ihre Kriegsschiffe englischen und andern Rauffahrern gegenüber dasselbe Recht befaßen. Nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten verlangte man die Aufhebung des Vertrages, und die Regierung sah sich genöthigt, dem zu willfahren. Noch leidenschaftlicher wurde ein zweiter Streitpunkt behandelt. Im Jahre 1842 hatte der Admiral Dupetit-Thouars das französische Machtgebiet in Australien zu erweitern begonnen. England sah das ungern, ließ jedoch sowohl die Einverleibung der Marquesas-Inseln als die Schutzherrschaft zu, welche Frankreich von der Königin Pomare über die Gesellschaftsinseln erwarb. Schon im nächsten Jahre brachen indeß zwischen Schützer und Schützling Mißhelligkeiten aus, an denen der englische Consul Pritchard, der schon 15 Jahr als Missionär auf Tahiti geweilt und bei der Königin Pomare viel Einfluß hatte, nicht ohne Mitschuld war. Dupetit ließ sich dadurch verleiten, zunächst die Königin abzusetzen und die Inseln unmittelbar mit Frankreich zu verbinden, dann aber auch Pritchard, übrigens erst nachdem er seine Consulatsflagge eingezogen, zu verhaften und von der Insel auszuweisen. Darüber kam es nun in Parlament und Presse zu den heftigsten Erörterungen, die jenseits des Canales ein gleich leidenschaftliches Echo fanden. Louis Philipp persönlich dachte indeß über die Sache sehr kühl, und während die Heißsporne Sammlungen veranstalteten, um Dupetit-

Englisch-französische entente cordiale.

Zwistigkeiten.

Thouars durch einen Ehrendegen zu belohnen, bahnte er durch Vermittlung des Königs von Belgien eine Verständigung an. Die französische Regierung sprach mit einigen Vorbehalten ihr Bedauern über das Geschehene aus, Pritchard erhielt eine Geldentschädigung, und Königin Pomare kehrte in ihr Schutzverhältniß zurück. Die entente cordiale war gerettet.

Die spanischen
Vertraten.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in persönlichen Verhandlungen der Souveräne eine Vereinbarung auch über die schwierigste Frage herbeigeführt, welche die beiden Länder entzweien konnte, über die Vermählung der jungen Königin von Spanien, die seit 1843 als Isabella II. selbständig regierte. Gelegentlich der Besuche, welche Königin Victoria, begleitet von dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, dem französischen Königspaar 1843 und 1845 in Eu machte, ertheilten nämlich Louis Philipp und Guizot das Versprechen, auf ihren Lieblingswunsch zu verzichten und die Hand Isabellas nicht für des Königs Sohn, den Herzog von Montpensier, zu begehren. Dagegen verzichtete England auf die Bewerbung des Prinzen Leopold von Coburg, den Isabellas Mutter Marie Christine zeitweilig begünstigt hatte, und willigte ein, daß Montpensier die zwei Jahre jüngere Schwester Isabellas, Luisa, heiraten solle, indeß nicht eher, als bis die Ehe Isabellas mit Nachkommenschaft gesegnet sei. Als Gemahl dachte man ihr beiderseits einen Bourbonen zu; über die Person war man aber nicht einig. Frankreich begünstigte den Vetter der Königin, Francisco, Herzog von Cadix, der gleich schwächlich an Körper und Geist war; England arbeitete für dessen Bruder, Don Enrique, Herzog von Sevilla. Den größten Einfluß auf die schließliche Entscheidung mußte naturgemäß Isabellas Mutter, Marie Christine, üben. Zum großen Verdrusse des englischen Cabinets bot diese nun im Mai 1846 unerwartet die Hand ihrer Tochter dem von England aufgegebenen Coburger Leopold. Auf der Stelle beeilte sich Lord Aberdeen, den britischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, der um diesen Schritt gewußt, zu verleugnen und dem pariser Cabinet offenherzig die Sachlage mitzutheilen. Da überdies von Coburg nicht einmal eine Antwort auf die Bewerbung einging, so glaubte man in London mit Recht, den ganzen unliebsamen Zwischenfall als nicht geschehen betrachten zu dürfen. Anders in Paris. Es war gerade in den Tagen, wo Robert Peel und mit ihm Aberdeen dem neuen Whigministerium Platz machte, und Lord Palmerston unter John Russels Vorsitz von Neuem die Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Mit einem Eifer, der bei diesem den Verdacht hervorrief, Frankreich selbst habe Marie Christine zu jenem Anerbieten an den Coburger gedrängt, um England in eine Falle zu locken, erklärte Guizot die Bewerbung Leopolds für eine wahrscheinliche und drohende Möglichkeit und sagte sich von den Verpflichtungen von Eu los. Wie sehr er dabei wider besseres Wissen handelte, ging daraus hervor, daß er seinen Gesandten in Madrid schon acht Wochen früher (5. Juli) angewiesen hatte, für Don Francisco und gleichzeitig für Montpensier zu wirken, und daß bereits

Bruch zwischen
England und
Frankreich.

vier Tage vorher, am 28. August 1846, die Doppelverlobung Isabellas mit Franz und Luisas mit Montpensier unterzeichnet war. Der jungen Königin war, wie man erzählte, die Einwilligung in der Trunkenheit abgepreßt worden, nachdem sie die Nacht in scandalösen Orgien mit ihrer Mutter, dem französischen Gesandten und einigen Eingeweihten zugebracht hatte.

Mit diesem Meisterstück einer wortbrüchigen Diplomatie hatte Guizot das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England auf einen Schlag zerstört. Auch Louis Philipp fühlte das Schmählische und Verhängnißvolle dieses Schrittes wohl. Er wagte nicht, ihn selbst der Königin Victoria anzuzeigen, obgleich er doch sonst mit ihr in eifrigem Briefwechsel stand; seine Frau mußte es thun. Auf deren gekünstelten Brief folgte eine sehr gemessene Antwort; auch am Hofe in London empfand man die Kränkung bitter. Und selbst im Schoße der orleanistischen Familie war man unglücklich über ein solches Verfahren; des Königs eigener Sohn, Joinville, beklagte den bedauerlichen Ruf der Treulosigkeit, in welchen dasselbe seinen Vater gebracht habe. Mochte dieser im ersten Gefühl des errungenen Erfolges die moralische Schlappe mehr als eine Unbequemlichkeit denn als ein Unglück empfinden; daß er sich bald von der Verderblichkeit dieser Politik überzeugte, beweist sein öfter wiederholtes Wort: Das geht zu weit, das drängt meine ganze Politik in falsche Bahnen!

Eine Annäherung an England lag zum Mindesten nicht so bald wieder im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Wo er konnte, widersetzte sich Lord Palmerston den französischen Absichten. Grade aus dem Wunsche, Frankreich Unannehmlichkeiten zu schaffen, sog sein Eifer, die Revolution auf dem Festlande zu fördern, die besten Kräfte. Wie er danach in Italien handelte, wurde oben erzählt; noch offenkundiger aber war der Zwiespalt mit Frankreich in den schweizer Wirren.

In der Eidgenossenschaft war die Bewegung der dreißiger Jahre zwar äußerlich ziemlich erfolglos verlaufen; aber da vorzugsweise der Druck von außen, die Einmischung der Großmächte dies Ergebniß herbeigeführt hatte, so nahm die Bewegung mit dem Erschlaffen des Druckes alsbald wieder ihren Anfang. Den letzten ungetrübten Triumph feierte die conservative Partei 1839 in Zürich. Die liberale Regierung hatte David Strauß, den Verfasser des Lebens Jesu, als Professor an die Universität berufen. Das erregte bei den Aitgläubigen die tiefste Erbitterung; in Tübingen war Strauß seines Buches wegen des Lehramtes entsetzt worden; nun sollte er um desselben Buches willen in Zürich eine Anstellung finden! Mit dem religiösen Unwillen verbanden sich überdies politische Erwägungen. Wenn irgend ein Anlaß, so war dieser geeignet, die Masse des Volkes gegen die liberale Regierung aufzuregen. Zu spät erkannte diese, daß sie weiter gegangen sei, als die religiöse Anschauung der großen Mehrheit des Cantons zuließ. Sie lenkte ein und versetzte Strauß, noch ehe er sein Amt angetreten, mit Pension in den Ruhestand. Allein die politische Bewegung war jetzt bereits in Fluß gekommen, und es er-

Die Schweiz.

Der Zürcher
Putsch.

Der Aargau-
sche Klosters-
streit.

übrigte der Regierung nichts mehr, als die Gewalt niederzulegen; am 6. September 1839 übernahm die conservativ-altgläubige Partei die Leitung der Geschäfte und behauptete dieselbe bis 1845. Mit weniger Glück suchten ihre Gesinnungsgenossen im Aargau etwa ein Jahr später dies Beispiel nachzuahmen. Die Liberalen dieses Cantones hatten im Januar 1841 eine Aenderung der Verfassung durchgesetzt; dagegen lehnten sich die conservativen Katholiken, von den Mönchen unterstützt, gewaltsam auf; aber sie wurden nicht allein unterworfen, sondern büßten ihr Unterfangen auch durch die Einziehung alles Klostergutes im Verlauf von 7 Millionen Francs. Vergeblich legte Oestreich Verwahrung dagegen ein, indem es sich darauf berief, daß ein Theil dieser Klöster von den Habsburgern gestiftet sei; Alles, was seine Vorstellungen, die von Preußen und Frankreich unterstützt wurden, erreichten, war, daß wenigstens die drei Nonnenklöster bestehen blieben. Auch der Bundesrath erachtete dieses Zugeständniß für groß genug, um nunmehr der Aufhebung der Mönchsklöster, obgleich sie der Bundesverfassung zuwider lief, seine Zustimmung zu geben.

Die Jesuiten
in Luzern.

Um so lebhafter grollten die Ultramontanen über diese Vergewaltigung; um so rücksichtsloser glaubten sie, nun auch ihrerseits da, wo sie das Heft in Händen hatten, ihre Macht gebrauchen zu dürfen. Die Zahl der Cantone, in welchen sie die Herrschaft führten, war immerhin nicht klein. Neben Freiburg, Uri, Zug und andern, die von jeher ihnen angehört hatten, waren Wallis, Schwyz, Luzern, die ihnen in den dreißiger Jahren entrisen oder doch ins Schwanken gekommen waren, mittlerweile wieder gewonnen; Luzern war sogar zum eigentlichen Stützpunkt ihrer Macht geworden, und lieferte ihnen in Siegwart Müller und Peter Leu zwei kampflustige und streitbare Führer, von denen besonders der zweite, ein reicher Bauer, durch seinen Einfluß auf die Landbevölkerung von großem Gewicht war. Um sich die Herrschaft auf die Dauer zu sichern, beriefen sie die Jesuiten, die in Wallis und Freiburg, seit kurzem auch in Schwyz, Niederlassungen besaßen, 1844 auch nach Luzern und übertrugen ihnen den Unterricht der Jugend. Da die Bevölkerung des Cantons mit großer Mehrheit am 24. October diesen Beschluß der Regierung bestätigte und von Seiten des Bundes ein Einwand nicht erhoben werden konnte, der andernfalls längst schon gegen Schwyz, Freiburg und Wallis hätte geltend gemacht worden sein müssen, so schien der liberalen Partei Nichts übrig zu bleiben, als sich zu fügen. Allein auf der andern Seite stand doch nichts weniger auf dem Spiele als die ganze Zukunft der Partei, vielleicht auf Menschengalter hinaus. Bei dieser Sachlage glaubten die Führer der Liberalen einen Gewaltstreich wagen zu müssen und entwarfen den Plan, am 8. December 1844 das Zeughaus zu überrumpeln und mit den Waffen in der Hand das Jesuitenregiment zu stürzen; Gesinnungsgenossen aus den Nachbarcantonen würden ihnen, so hofften sie, zum Siege über die Mehrheit ihrer Mitbürger verhelfen. Aber das Unternehmen scheiterte vollständig, da es vor der Zeit verrathen wurde. Zahlreiche Ver-

Die Frei-
schaareszüge.

haftungen wurden vorgenommen, und da die Rache der herrschenden Partei nicht blos die Führer der Gegner, deren Haupt der Dr. Steiger war, bedrohte, so entzogen sich über 1200 Liberale der Gefahr durch die Flucht. Unter diesen Umständen war der Ausbruch eines förmlichen Bürgerkrieges nur eine Frage der Zeit. Denn die Flüchtigen sannan begreiflicher Weise unablässig darauf, mit fremder Hülfe gewaltsam in ihre Heimat zurückzukehren, während die Ultramontanen in Voraussicht eines solchen Versuches sich zum Widerstande bereit hielten. Kaum ein Vierteljahr verging, so trat das Erwartete ein. Freischaaren, deren Bildung die Tagsatzung erfolglos verboten hatte, überfielen, von dem Berner Ochsenbein und dem Aargauer Rothpleß geführt, am 30. März 1845 den Canton Luzern und rüdten gegen die Hauptstadt vor. Indeß die Regierung war zu ihrem Empfange bereit, und schon in der folgenden Nacht wurden die Eindringlinge über die Grenze zurückgeworfen, nicht ohne daß über 100 das Wagniß mit ihrem Leben und beinahe 2000 mit der Freiheit büßten. Sofern diese letzteren andern Cantonen angehörten, wurden sie gegen ein Lösegeld, welches die Tagsatzung bestimmte, freigegeben; den gefangenen Luzernern aber drohte das schlimmste Schicksal; Steiger wurde zum Tode verurtheilt; doch gelang es ihm, durch List aus dem Kerker zu entkommen. Nicht dasselbe Glück begünstigte seinen erbitterten Gegner, den Peter Leu, der im Juli desselben Jahres der Kugel eines Meuchelmörders zum Opfer fiel, der traurigste Beweis, bis zu welcher Hitze sich die Leidenschaften bereits gesteigert hatten. Als ein weiteres Zeichen dafür konnte die Wahl gelten, durch welche die Berner keinen Geringeren als den Führer des Freischaarenzuges, den General Ochsenbein, an die Spitze ihres Cantons und damit, wenn diesen die Reihe traf, Vorort zu sein, an die Spitze des ganzen Bundes beriefen. Die Luzerner antworteten auf diese unbehüllte Drohung durch einen nicht minder verständlichen Schritt; sie erneuerten das Sarner Bündniß von 1832, indem sie mit den übrigen strengkatholischen Cantonen, Uri, Unterwalden, Schwyz, Zug, Freiburg und Wallis, einen Vertrag schlossen, welchen die Gegner als einen „Sonderbund“ brandmarktten. Es wäre alsbald zu einem offenen Kriege zwischen beiden Lagern gekommen, wenn nicht eine ziemlich ansehnliche Mittelpartei, aus den Cantonen Genf, St. Gallen, Basel-Stadt, Neuenburg und Appenzell bestehend, den Gegensatz zu mildern bemüht gewesen wäre und es verhindert hätte, daß übereilte Beschlüsse auf der Tagsatzung zu Stande kamen. Deshalb beeiferten sich die Radicalen unablässig, in einem Theile dieser Cantone selbst ans Ruder zu kommen. Mittelft eines Aufruhrs, dessen Leitung James Fazy besorgte, gelang ihnen das im October 1846 in Genf und bald darauf auch in St. Gallen. Nun verfügten sie über die Mehrheit der Stimmen, und es war vorauszu sehen, daß die Tagsatzung von 1847 die Auflösung des Sonderbundes, wie Zürich sie schon 1846 beantragt hatte, beschließen werde. Nur die Einmischung des Auslandes hätte diesen Beschluß und seine unausbleibliche Folge, den Bürgerkrieg, noch hintertreiben können. Aber die Großmächte waren

Der Sonderbund.

Die Stellung
Neuenburgs.

in dieser Frage nichts weniger als einig. Rußland verhielt sich ziemlich gleichgültig; England hingegen nahm entschieden Partei für die Liberalen, während Oestreich und Frankreich, obgleich der Protestant Guizot Louis Philipps Ministerpräsident war, mit Leidenschaft auf die Seite der Ultramontanen getreten waren. Nicht viel anders stand Friedrich Wilhelm IV. zu der Sache, die ihn um so näher anging, als er kraft des wiener Friedens noch immer Souverän von Neuenburg war. Dieser Canton gerieth aber jetzt in die größten Verwicklungen. Er hatte bei seiner überwiegend protestantischen Bevölkerung nicht eben Anlaß, den Ultramontanen den Sieg zu wünschen; aber auch die Unterwerfung der Einzelcantone unter die Mehrheitsbeschlüsse der Tagsatzung lag nicht in seinem Vortheil, da aus diesem Grundsatz gerade für ihn bei seiner eigenthümlichen Stellung zu Preußen leicht Verlegenheiten erwachsen konnten. Als nun trotz des Einspruches der conservativen Großmächte die Tagsatzung am 20. Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes verfügte, befand sich Neuenburg auf Seiten der Minderheit, ohne doch für den Sonderbund eintreten zu wollen oder zu können. Bald verschlimmerte sich die Lage noch mehr. Die Zwölfelmehrheit der Tagsatzung beschloß am 3. September die Vertreibung der Jesuiten aus der gesammten Schweiz. Diefem Gebote verweigerten die sieben Cantone ebensowohl den Gehorsam wie dem vorhergehenden; das Aeußerste, wozu sie sich verstehen wollten, war die Auflösung ihres Bündnisses für den Fall, daß die Tagsatzung die Jesuitenfrage sowie den Aargauer Klosterstreit dem Schiedsspruch des Papstes unterbreiten wolle. Darauf ging die Mehrheit natürlich nicht ein, und da auch das Verlangen der Großmächte mit Ausschluß Englands, sich dem Ausspruch eines Congresses zu unterwerfen, abgelehnt wurde, so konnten nur noch die Waffen entscheiden. Und diese entschieden schnell. Ende October beriefen die Sonderbundscantone ihre Vertreter von der Tagsatzung ab, am 4. November beschloß diese die Anwendung der Gewalt. Mit einem Heere von 30,000 Mann setzte sich General Dufour zunächst gegen Freiburg in Bewegung und erzwang die Unterwerfung dieses Cantones; acht Tage darauf mußte auch Zug sich fügen. An der luzerner Grenze bei Gieslikon und Rothkreuz kam es dann am 23. November zu dem entscheidenden Kampfe. Die Sonderbundstruppen wurden durch die Uebermacht schnell zum Rückzuge gezwungen und Luzern mußte sich ergeben. Ehe noch der Monat zu Ende gegangen, waren auch Wallis, Schwyz, Uri und Unterwalden bezwungen und überall radicale Regierungen, in Luzern mit Dr. Steiger an der Spitze, eingesetzt. 378 Kanonenschüsse hatten ausgereicht, den Krieg zu Ende zu führen. Diese schnelle Entwicklung hatte den Großmächten eine bewaffnete Einmischung, wie sie wohl in ihrer Absicht lag, unmöglich gemacht; das Geschehene mit Gewalt rückgängig zu machen, war an sich schon schwierig, der schnelle Ausbruch der Februarrevolution ließ es aber auch nicht einmal zu einem Versuche der Art kommen. Eine drohende Note, welche die vier Mächte im Januar 1848 übergeben ließen, um die Wiederherstellung der vollen Cantonalsoeveränität zu fordern,

Der Sonder-
bundsrieg.

Die Groß-
mächte.

war wie ein Schlag ins Wasser und unter dem Schutze der gewaltigen Bewegung von 1848 vollzog die Schweiz ungestört ihre Umwandlung aus einem Staatenbund zu einem Bundesstaat. Am 12. September wurde die neue Verfassung angenommen, durch welche die alte Tagsatzung beseitigt und durch die Bundesversammlung, bestehend aus Stände- und Nationalrath, ersetzt ward. Bern wurde zum ständigen Vorort bestimmt und die oberste Leitung einem Bundesrath, den die Bundesversammlung zu wählen hat, mit einem jährlich wechselnden Vorsitz übertragen. Neuenburg trat in dieses neue Bundesverhältniß nicht mehr als preußisches Fürstenthum ein; es hatte sein Verhältniß zu seinem Souverän durch eine kurze Revolution zu Anfang März gelöst und den preußischen Statthalter General von Pfuel zur Flucht gezwungen. Umsonst war Friedrich Wilhelm bemüht gewesen, ihm die Geldstrafe, zu welcher die Tagsatzung es wegen seiner eigenmächtigen Neutralität im Sonderbundskriege verurtheilt, zu ersparen und die Herrschaft des Radicalismus von ihm abzuwehren. Wenn eine kleine Partei dem hohenzollerischen Hause auch treu ergeben war, so fühlte die Mehrheit der Bevölkerung sich doch zu sehr als Schweizer, um der Verbindung mit der norddeutschen Großmacht irgend welchen Werth beizulegen, und wenn der König seinerseits sich aus allen Kräften sträubte, das Geschehene anzuerkennen, so waren es doch auch bei ihm nicht die wirklichen Interessen seines Landes, sondern das Ueberwachen einer krankhaften Gefühlspolitik, welches ihn zu seinem Widerstande und seiner späteren thörichten Handlungsweise verleitete.

Verfassungsreform.

Abfall von Neuenburg.

Darin hatte er allerdings so Unrecht nicht, daß er den Schweizer Vorgängen, dem Siege des Radicalismus, eine hervorragende Bedeutung für das gesammte Europa zuschrieb. Es war derselbe in der That einer der Feuerfunken, welche herumflogen und die große Explosion des Jahres 1848 herbeiführten. Aber daß er diese Wirkung haben konnte, war doch ausschließlich dadurch bedingt, daß er ein Pulverfaß vorfand, welches er entzünden konnte, und dieses Pulverfaß war Frankreich. Die Schilderung der Zustände, welche dort herrschten, wird uns zu den Stürmen des „tollen Jahres“ hinüberleiten.

Frankreich bis zur Februar-Revolution.

Kriegerischen Ruhm hatte das Zulkönigthum eigentlich nur in Afrika zu erringen gesucht. Die Capitulation vom 4. Juli 1830 hatte die Stadt Algier in die Hände der Franzosen gebracht und sie, soweit es auf den Dey ankam, auch zu Herren des ganzen Landes gemacht. Aber es war keinen Augenblick möglich, sich darüber zu täuschen, daß die Abdankung des bisherigen Herrschers und die Bewältigung der Bevölkerung zwei ganz verschiedene Dinge seien. Allerdings erklärten zwei der großen Vasallen des Deys, die Deys von Oran und Tittery (Hauptstadt Bona) im ersten Schreck ihre Unterwerfung, und nur der dritte, der von Constantine, verweigerte sie.

Kämpfe in Algier.

Allein eine Schlappe, welche Bourmont sich vor der Stadt Blida holte, fachte überall die Widerstandslust von Neuem an, und nicht einmal in Algier selbst konnten die Franzosen sich sicher fühlen. Bourmonts Nachfolger, der Marschall Clauzel, blieb zu kurze Zeit am Ruder, als daß er viel hätte ausrichten können, und Sabary, der Ende 1831 den Oberbefehl erhielt, fachte durch seine unmenschliche Kriegsführung, die vor der Niedermetzlung eines ganzen Stammes nicht zurückschreckte, die Wuth der Araber nur noch mehr an. Mühsam hatte er sich gegen einen gewaltigen Angriff der verbündeten Stämme zu verteidigen, und sein paschamäßiges Regiment, dem auch die europäischen Ansiedler unterstellt wurden, schreckte überdies von der so überaus nöthigen Einwanderung ab. Diese nahm etwas zu, seitdem General Desmichels — Sabary hatte zwischendurch schon wieder mehrere Nachfolger gehabt — mit dem gefährlichsten Häuptling der westlichen Stämme, dem jugendlichen Abdel Kader, im Februar 1834 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen und die Regierung unter Zustimmung der Kammern endgültig die Besitznahme des Landes beschlossen hatte. Aber nicht einmal die Küstenebene war in ihrer Gewalt; von Blida aus bedrohten die Hadschuten die Ansiedler und Abdel Kaders Freundschaft dauerte kaum ein Jahr. Sieg und Niederlage wechselten in bunter Reihe ab und kaum die Mauern von Algier und Oran boten eine leidliche Sicherheit. Clauzel, der von der parlamentarischen Opposition begünstigt, im November 1835 zum zweiten Male den Oberbefehl erhielt, vernichtete wenigstens die Hadschuten und unternahm ein paar nicht unruhmlische Züge nach Maskara und Tlemsen gegen Abdel Kader; allein da er sich dort nicht halten konnte, so war nicht viel damit gewonnen, und auch ein großer Sieg, den in seiner Abwesenheit General Bugeaud am Flusse Sifak über den Emir davontrug (am 4. Juli 1836), war ohne dauernde Folgen; der unermüdlische Gegner stand ein paar Wochen später wieder kampfbereit im Felde. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse im Westen von Algier, wo Achmet Bey von Constantine ein persönlich zwar unbedeutender, aber durch seine eigene Macht und durch seine Verbindung mit dem Bey von Tunis gefährlicher Gegner war. Seine Hauptstadt, die auf einem hohen Felsen gelegen und an drei Seiten von einem wilden Bergstrom umflossen war, wollte Clauzel im November 1836 erobern. Aber der Sturm mißglückte völlig; Regenwetter und Mangel an Lebensmitteln erschwerten den Rückzug, und nur der Kriegskunst des erfahrenen Führers war es zu danken, daß nicht die ganze Heeresabtheilung zu Grunde ging. Trotzdem daß er sich nichts weniger als unfähig gezeigt, wurde nun auch Clauzel wieder abberufen, und noch einmal im Osten und Westen der Weg gütlicher Unterhandlungen betreten. Mit Abdel Kader kam ein Vertrag auch wirklich zu Stande. In einer Zusammenkunft, die er am 1. Juni 1837 mit Bugeaud an dem Flusse Tafna hatte, verpflichtete er sich zur Zahlung eines Tributes von Getreide und Rindvieh, wofür ihm freilich der Besitz von fast ganz Algier bis auf einige Küstenstriche und Constantine zu-

Abdel Kader.

Achmet Bey.

gestanden wurde. Dieselben Bedingungen wurden auch Achmet Bey gestellt, aber er lehnte sie ab. Nun war ein zweiter Zug gegen Constantine ehrenhalber nicht mehr zu umgehen. Glücklich wurden die Schwierigkeiten des Marsches und die Unbill des Wetters überstanden; am 6. October langte der commandirende General Darnémont vor der Stadt an. Den Sturm zu leiten war ihm nicht beschieden; am Tage vorher streckte ihn eine feindliche Kugel zu Boden. Doch war Alles vortreflich vorbereitet und das Unternehmen glückte, wenngleich mit schweren Opfern. Am 13. October wurde unter Balée's Führung die Feste erstürmt; Oberstleutnant Lamoricière war der erste in der Bresche. Mit dem Muth der Verzweiflung setzten Einwohner und Besatzung den Kampf in den Häusern und Straßen fort; hunderte fanden ihren Tod durch den Sturz von den steilen Felsen; andere entkamen mit Hülfe von Seilen, an denen sie sich herabließen. Der Ueberlebenden wurde geschont, die Stadt aber der erbarmungslosesten Plünderung preisgegeben.

Erstürmung
von Constantine.

Für ein paar Jahre war damit die Ruhe erlaunt; aber welche Sicherheit gab es für ihre Dauer, so lange Abdel Kader in ungeschwächter Kraft dastand und Nichts als der Vertrag von der Tafna ihn in Schranken hielt? Bald genug traten Anzeichen hervor, daß er von Neuem an Krieg denke, und schneller, als man erwarten konnte, loderte ohne besonderen Anlaß im October 1839 die Flamme der Empörung im ganzen Lande wieder auf. Bis vor die Mauern Algiers und der anderen Küstenstädte drang der kühne Emir und eine bange Zeit verging, bis Verstärkungen aus dem Mutterlande eintrafen, die bedeutend genug waren, ihn zurückzutreiben. Jahre lang wogte nun der Krieg hin und her; fast immer trug die bessere Bewaffnung und der Muth des französischen Heeres den Sieg davon; aber diese Siege auszunutzen, machten die List und Ausdauer des Feindes nicht minder als die Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes zur Unmöglichkeit. Auch Balée, dem die Eroberung von Constantine den Marschallstab eingetragen hatte, büßte über dieser undankbaren Aufgabe seinen Ruhm wieder ein; zu Anfang 1841 wurde er durch Bugeaud ersetzt. Diesem erwies sich das Glück freundlicher; es gelang ihm im Laufe des Jahres Abdel Kader bis an und über die marokkanische Grenze zurückzudrängen; zwar unternahm derselbe von dort aus in den nächsten beiden Jahren in alter Unermüdlichkeit immer neue Einfälle in das französische Gebiet; allein die Unterstützung, die er von den Marokkanern erhielt, wurde immer geringer, und im Mai 1843 gelang den Franzosen endlich ein Hauptschlag, der in den Kreisen des Hofes und der Regierung um so größeren Jubel erregte, als ein Sohn des Königs ihn ausführte. Der Herzog von Nemours an den afrikanischen Feldzügen wiederholt Theil genommen, überfiel und eroberte nämlich das wandernde Hofsager Abdel Kaders, die sog. Smalah, und brach dadurch seine Macht so vollständig, daß ein einziges Treffen die letzten Hilfsmittel des Gegners aufrieb. Aber aus dem Kriege gegen den auf-
rührerischen Emir entwickelte sich nun ein Krieg gegen Marokko. Die

Kämpfe mit
Abdel Kader.

Krieg mit
Marokko.

Hülfe, welche jenem von dort zu Theil geworden, und mancherlei Grenzverletzungen, welche kaum zu vermeiden waren, führten im Mai und Juni 1844 zu Gefechten, ehe noch der Krieg wirklich erklärt war. Lamoricière und Bugeaud schlugen die Feinde, und der letztere, seit seinen Erfolgen über Abdel Kader Marschall, besetzte die marokkanische Stadt Ujdha. Niemand war mit diesen Vorgängen weniger zufrieden als das englische Cabinet, das die wachsende Befestigung und Ausdehnung der französischen Macht in Afrika voll Unruhe beobachtete. Durch seinen Consul in Tanger, Drummond Hay, verlangte und erreichte es deshalb von dem Kaiser Abderrahman, daß er den französischen Forderungen Genüge leiste. Aber diese Nachgiebigkeit kam zu spät, als daß sie den Marokkanern ein paar harte Schläge hätte ersparen können. Anfang August zerstörte Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador, und am 14. desselben Monats schlug Marschall Bugeaud die Feinde am Flusse Isly, und erwarb sich dadurch den Herzogstitel. Der Friede, der am 10. September abgeschlossen wurde, war trotzdem ein sehr glimpflicher; Abdel Kader wurde ausgewiesen und die Grenze regulirt; härtere Bedingungen verhinderte England, das in Folge dessen den Unwillen der öffentlichen Meinung in Frankreich mit der Regierung Louis Philipps theilen mußte. Die Ausweisung Abdel Kaders war aber leichter zugesagt als in Ausführung gebracht. Der tapfere Emir war entschlossen, lieber seinen bisherigen Beschützer Abderrahman seinerseits aus dem Lande zu jagen. Der innere Krieg, welcher darüber in Marokko entstand, dauerte bis 1847; er endete mit Abdel Kaders Niederlage und seiner Flucht auf französisches Gebiet. Hier ergab er sich dem General Lamoricière unter der Bedingung, daß er freien Abzug nach Syrien oder Aegypten erhalte. Obgleich ihm nicht allein Lamoricière, sondern auch der damalige Statthalter von Algier, Numale, die Erfüllung zugesagt hatten, verweigerte doch Louis Philipp die Bestätigung und ließ den Gefangenen nach Frankreich bringen, wo er bis 1852 überwacht und dann endlich nach Brussa in Kleinasien entlassen wurde.

Abdel Kader
gefangen.

Bedeutung
Algeriens für
Frankreich.

Endgültig gesichert war der Besitz von Algier auch jetzt noch nicht; dauern doch die Kämpfe mit den eingeborenen Stämmen bis zum heutigen Tage fort, ohne das Ende erkennen zu lassen. Aber die Fortschritte waren gleichwohl bedeutend; man konnte die kriegerische Eroberung weiter Provinzen als vollendet ansehen; es war Zeit, daß die friedliche Eroberung durch Ansiedlung und Anbau ihr folgte. Allein auf diesem Felde waren den Franzosen keine Triumphe beschieden; sie bewährten nur von Neuem ihr sprichwörtliches Ungeschick in der Colonisation. Damit ging ihnen der Hauptwerth der neuen Besitzung verloren, und der einzige, freilich nicht unerhebliche Vortheil, den ihnen Algier brachte, bestand darin, daß es eine vortreffliche Schule für ihre Armee war. Gradezu alle militärischen Namen, die sich in den nächsten Jahrzehnten in den inneren Wirren des Mutterlandes und auf den europäischen Schlachtfeldern einen Klang erwarben, tauchten in Algier zuerst aus dem Dunkel der Unbekanntheit auf.

Freilich trugen jene Kämpfe durch ihren grausamen und barbarischen Character auch unendlich viel zur Verwilderung des französischen Heeres bei, und mehr als einen berühmten Namen der französischen Kriegsgeschichte schändet das Brandmal unmenschlicher Rohheit. Für die Julidynastie war der Kampf in der afrikanischen Besitzung, so oft er auch zu Unbequemlichkeiten führte, im Ganzen doch ein sehr werthvolles Mittel, um zunächst im Heere und sodann, durch die Befriedigung der Sucht nach militärischem Ruhm, auch im Lande Beliebtheit zu gewinnen. Die Betheiligung der königlichen Prinzen an diesen Feldzügen ließ einen Schimmer kriegerischen Glanzes auch auf den Thron Louis Philipps fallen, der persönlich weder Neigung noch Befähigung hatte, ihn zu erwerben. Je sichtlicher aber seine Volksthümligkeit im Abnehmen begriffen war, um so mehr mußte diese Stütze an Werth gewinnen. Mehrere seiner Söhne erfreuten sich bei dem Volke einer nicht geringen Beliebtheit, besonders der älteste von ihnen und voraus-sichtliche Thronfolger, der Herzog von Orléans. Seine Vermählung mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg und der gute Eindruck, den er bei seiner Bräutigamsreise in Berlin und Wien zurückgelassen, machten ihn im vollsten Sinne zur Hoffnung seines Hauses. Es war ein harter Schlag für den alternden König, daß grade dieser Sohn ihm durch einen jähen Tod entrisen wurde. Im Begriff zu einer großen Truppenmusterung abzureisen, fuhr der Herzog am 13. Juli 1842 von Paris nach Neuilly, um sich vom Könige zu verabschieden. Plötzlich scheuten die Pferde und gingen mit dem Wagen durch. Der Herzog hielt die Gefahr für größer als sie war, und wollte sich durch einen Sprung retten. Allein dieser fiel so unglücklich aus, daß der Prinz auf der Stelle das Bewußtsein verlor und ein paar Stunden darauf in einem benachbarten Hause, in das man ihn geschafft, den Geist aufgab.

für den König.

Der Herzog von Orléans.

Für die Geschichte der königlichen Familie war das Ereigniß um so bedrohlicher, als der zweite Sohn Louis Philipps, der Herzog von Nemours, von allen seinen Brüdern der wenigst beliebte war und nichtsdestoweniger doch auf ihn die Regentschaft übergehen mußte, wenn der König starb, ehe der älteste Sohn des Herzogs von Orléans, der vierjährige Graf von Paris, das Alter der Mündigkeit erreichte. Nun konnte man freilich nach altem Brauch die Mutter des Thronfolgers, die Herzogin Helene, zur Regentin ernennen; aber sie war eine Deutsche, sie war Protestantin und vor Allem sie war eine Frau. Durfte man ihr die Kraft zutrauen, in stürmisch bewegten Zeiten, wie sie der Tod Louis Philipps leicht herbeiführen konnte, die Zügel der Herrschaft in der Hand zu behalten? Daß aus den Reihen der Opposition Lamartine sich zu ihrem Ritter aufwarf und für sie das mütterliche Recht, ihres Kindes Stellvertreter zu sein, beanspruchte, war gewiß keine Empfehlung. Die feinsühlende Fürstin bemerkte selbst sehr richtig den wirklichen Beweggrund des politisirenden Dichters. Herr von Lamartine, so meinte sie, hat zwar für mich, aber er hat gegen die Regierung des Königs gesprochen. Die getreue Mehrheit der Abgeordneten erklärte sich natürlich für den Vorschlag des Mini-

Das Regent-schaftsgesetz.

steriums und übertrug noch im Juli 1842 dem Herzog von Nemours eintretenden Falls die Regentenschaft. Wenn man nur auf diese allezeit willsfähige Kammermehrheit sah, so hätte man glauben müssen, daß der Thron der Orléans auf den festesten Grundlagen ruhe. Um den Anfang der vierziger Jahre waren die Feinde der neuen Dynastie nur als kleines Häuflein unter den Vertretern des Volkes zu finden; auch verriethen sie nur geringe Zuversicht, daß ihrer Wünsche eine nahe Erfüllung harre. Auch das änderte sich jedoch mit dem Tode des Herzogs von Orléans. Schon im nächsten Jahre erhoben die Legitimisten von Neuem ihre Fahne, die länger als ein Jahrzehnt tief gesenkt gehalten war. Der Graf von Chambord, oder, wie sie ihn nannten, Heinrich V., ihr 23jähriger Thronprätendent, erschien in London und nahm dort die Huldigungen seiner Anhänger entgegen, die zahlreich zu ihm hinüber wallfahrten. Auch die Abgeordneten der Partei, Berrher an ihrer Spitze, trugen kein Bedenken, ihren zukünftigen König zu begrüßen, und der Grimm der Regierung konnte sich nur in ohnmächtigen Zornesausbrüchen Luft machen. Ja, als die Kammer in einer Adresse an den König die Reise der Legitimisten als eine Handlung bezeichnete, welche von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werde, da trat die ganze Opposition bis zu den äußersten Republikanern für die Angegriffenen in die Schranken und die „öffentliche Meinung“ widersprach dem Urtheil der Ministeriellen, indem sie Berrher und seine Genossen nach ihrem freiwilligen Austritt aus der Kammer sogleich wieder zu Mitgliedern derselben erwählte.

Graf Cham-
bord und die
Legitimisten.

Die dynastische
Opposition.

Auch die Republikaner rührten sich seit 1842 mit neuem Eifer, geleitet von Ledru Rollin, der in diesem Jahre Abgeordneter wurde und das allgemeine Wahlrecht zu seinem Schlagtruf machte. Und doch schadete er mit seinen Freunden und schädeten die Anhänger Chambords dem Zulkönigthum viel weniger als die Männer der Linken, die keineswegs beabsichtigten, die Orléans zu stürzen, ja die zum Theil erheblich zu der Wahl Louis Philipps beigetragen hatten. Die dynastische Opposition in ihren mannigfaltigen Schattirungen, die Thiers, Odilon Barrot, Lamartine, nährten durch ihre Angriffe auf das Ministerium Guizot zugleich die Geringschätzung gegen den König. Der heftige Tadel, den sie bei jeder Gelegenheit gegen das „Ministerium des Auslandes“ erhoben, reizte den Stolz der Franzosen, die keine abhängige Politik dulden wollten. Die übertriebenen Schilderungen, welche sie von der Unzufriedenheit des Landes gaben, erzeugten oder steigerten diese Unzufriedenheit auch da, wo sie entweder noch gar nicht oder nur erst in schwachen Ansätzen vorhanden war. So konnte Lamartine das Schlagwort, das er zuerst ausgab: Frankreich langweilt sich, allmählich getrost in das andre umwandeln: Frankreich geräth in Besorgniß — *La France s'ennuie, la France s'attriste*. Auch fehlte es nicht an mannigfachen Anzeichen, die zur Besorgniß auffordern mußten. In den höheren Gesellschaftsclassen zeigten sich Spuren einer tiefen sittlichen Verderbniß, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bestechungssysteme stand, durch

Corruption.

welches sich Louis Philipp seit langen Jahren seine Kammermehrheiten gesichert hatte. Bei der Verwaltung der Kriegshäfen und der öffentlichen Getreidemagazine kamen unerhörte Unterschleife an den Tag. Dem Minister des Innern Duchatel wurde von dem Herausgeber der Presse, Emil von Girardin, öffentlich vorgeworfen, bei einer großartigen Erpressung mitgewirkt zu haben; er verteidigte sich nicht dagegen. Derselbe Girardin klagte den Abgeordneten Granier von Cassagnac an, seine Abstimmungen sich bezahlen zu lassen, und behauptete, daß Sitze in der Pairskammer von dem Ministerium verkauft würden; weder der eine noch der andere Vorwurf wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Bedurfte es da noch weiterer Beweise für diese und ähnliche Beschuldigungen? War es nicht natürlich, daß man aus dem Stillschweigen der Angeklagten ihr Schuldbewußtsein folgerte, und aus den gerichtlich erhärteten Betrügereien den Schluß auch auf die Fälle zog, die nicht zur richterlichen Entscheidung kamen? Was man den Ministern Louis Philipps zutrauen dürfe, zeigte besonders der Prozeß gegen zwei von ihnen, den ehemaligen Kriegsminister General Cubières und den früheren Bautenminister Teste, die gemeinsam einer Bergwerksgesellschaft eine werthvolle Concession verkauft hatten und von dem Pairshofe für schuldig erkannt wurden. Der Selbstmord, durch welchen Teste seinem Leben ein Ende machen wollte, stand auch nicht vereinzelt da. Graf Bresson, der den Grafentitel den spanischen Heiraten verdankte, die er als Gesandter in Madrid vermittelt, schnitt sich in Neapel mit seinem Rasirmesser den Hals ab. Ungleich schauerlicher noch war die Geschichte des Herzogs von Choiseul-Praslin, der seine Frau, eine Tochter des Marschalls Sebastiani, ermordete und dann im Gefängniß sich selbst vergiftete. Eine arge Fäulniß, das war nicht zu leugnen, drohte sich anstehend in der höheren Gesellschaft, in den Kreisen, welche fast ausschließlich das Staatsruder lenkten, zu verbreiten, und wer wollte Lamartine Unrecht geben, wenn er den Fall des Königthums prophezeite, das aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern mache und die mit dem Blute der Väter eroberte Freiheit an den Meißbietenden verkaufe. Leitete doch auch des Königs eigener Sohn Joinville in einem vertraulichen Briefe, den er an seinen Bruder Nemours schrieb, alles Unglück in der äußeren und inneren Politik allein von seines Vaters Verblendung ab, der keine Gegenvorstellungen annehme, der allein regieren wolle, und dem doch in Folge seines hohen Alters die Kraft fehle, männliche Entschlüsse zu fassen.

Aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung wüthten verderbliche Einflüsse. Die socialistischen und communistischen Ideen hatten sich in den letzten zwanzig Jahren in den Arbeiterklassen tief eingefressen. Obgleich in verschiedene Secten getheilt, die theils neben einander bestanden, theils sich ablösten, wirkten doch die Anhänger dieser Lehre zuletzt alle nach derselben Richtung. Die zum Theil sehr bedeutenden Unterschiede, welche zwischen ihren Theorien obwalteten,

Der Socialismus.

verschwanden vor den Augen der Masse gegenüber dem einen gemeinsamen Grundzuge, daß die bestehende wirthschaftliche Ordnung verwerflich sei und daß die Menge der Besitzlosen das Recht und die Macht habe, an den Gütern der besser gestellten Minderheit Theil zu nehmen. Auf mehr oder minder weitem Umwege liefen zuletzt alle die verschiedenen Systeme in dem einen Ziele zusammen, das persönliche Eigenthum aufzuheben und den gemeinsamen Genuß des gemeinsamen Arbeitsertrags an dessen Stelle zu setzen. Ein äußerer Zusammenhang bestand zwischen den meisten dieser Schulen nicht.

Proudhon. Buonarrotti, Saint Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, ein Jeder arbeitete sich sein eigenes Ideal der Zukunfts-gesellschaft aus und suchte es nach Maßgabe des Anhangs, den er gewann, und der Mittel, die er sich dienstbar machen konnte, ins Leben zu führen. Der schärfste Denker von allen war Proudhon, zugleich aber auch derjenige, welcher dem praktischen Leben am fernsten stand. Mit unerbittlicher Schärfe vernichtete er die Systeme seiner Vorgänger und Nebenbuhler, ohne selbst etwas Ausführbares vorschlagen zu können. Dennoch bot er der socialistischen Bewegung einen der wirksamsten Hebel durch die Erklärung, welche er von dem Begriff „Eigenthum“ aufstellte. Eigenthum ist Diebstahl: dieses Schlagwort sprach den obersten Satz aller communistischen Glaubensbekenntnisse in faßlicher Nacktheit und ohne alle verdunkelnden Nebenumstände mit nachdrücklicher Klarheit aus. Es war deshalb im Stande, die Massen zu packen und für die Stunde der Revolution vorzubereiten, der Revolution, von der allein der Communismus sein Heil erwarten durfte. Denn die Versuche, auf dem Wege der Reform allmählig die gesellschaftlichen Zustände dem erträumten Ideal anzunähern, erwiesen sich einer nach dem andern als unausführbar, auch wenn ihnen Anfangs begeisterte und opferwillige Unterstützung aus den Kreisen der Gebildeten und Begüterten entgegen getragen war. Am schnellsten und scheinbar am kräftigsten schoß das erste dieser Systeme, der Saint-Simonismus, empor, freilich erst nach dem Tode seines Stifters, des Grafen St. Simon († 1825). Unter seinen Schülern befanden sich bedeutende Männer, wie der National-ökonom Michel Chevalier, Carnot, der Sohn des bekannten Conventsmannes, oder der später zu großem Reichthum gelangte Bankier Pereire. Sie bildeten eine geschlossene Familie, an deren Spitze zwei „Väter“, Infantin und Bazard, traten. Ihr Anhang und die Geldmittel, die ihnen zufließen, waren so bedeutend, daß sie mit dem Könige über die gütliche Abtretung seiner Regierungsrechte glaubten Unterhandlungen anknüpfen zu dürfen. Aber die Zeit des Aufschwungs war kurz genug. Vater Infantin und ein Theil der Genossen wollten die Gemeinsamkeit des Besitzes von dem Vermögen auch auf die Weiber übertragen und führten dadurch einen Bruch mit dem Theil der Familie herbei, der die altväterische Moral in diesem Punkte doch für nicht veraltet hielt. Nur ein kleines Häuflein blieb dem Vater Infantin treu und folgte ihm in seine Ansiedlung zu Ménilmontant bei Paris. Das harmlose Dasein, welches sie hier

St. Simonismus.

— mit Ausschluß jeder weiblichen Gemeinschaft — führten, wurde bald durch die Polizei gestört, und die Verurtheilung der Häupter (wegen gesetzwidriger Verbindung und Verbreitung unsittlicher Lehren) zerprengte die Genossenschaft. In den allgemeinsten Umrissen hatte mit diesem Infantin'schen Familiensystem das Project, welches Fourier plante, einige Aehnlichkeit. Er wollte eine Schaar von 1500 bis 1800 Menschen (eine Phalanx nannte er sie) zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben in einem einzigen Wohnorte, dem Phalansterium, vereinigen. Wenn es ihm nur gelinge, eine einzige Genossenschaft der Art zu Stande zu bringen, so hoffte er durch die Macht des Beispiels bald alle Staaten in solche Phalansterien aufgelöst zu sehen; aber diesen ersten Schritt zu thun, war ihm selbst nicht vergönnt, und die Versuche, welche später in Amerika gemacht wurden, scheiterten vollkommen. Nach Amerika flüchtete sich auch ein dritter Neuerer mit seinen Reformbestrebungen: Gabet, der seinen Idealstaat unter dem Namen *Harmonien* in der Form einer Reisebeschreibung geschildert hatte. Seine Bürger sollten alle Arbeitserzeugnisse dem Gewerksausschusse, der die Stelle der Regierung vertrat, einliefern und dieser sie in völlig gleicher Weise vertheilen, die Trägen aber, die den Dieben gleich zu achten seien, durch Zwang zur Arbeit anhalten. Er hatte mit seinen praktischen Versuchen kaum größeres Glück als die Fourieristen, und stellte sie überdies erst nach 1848 an. Aber seine Ideen wirkten schon vorher auf die Massen und auf einzelne überspannte Köpfe. Die einflußreichsten Agitatoren waren indeß in dem ersten Jahrzehnt der Julidynastie der Italiener Buonarrotti und in dem zweiten der Schriftsteller Louis Blanc. Buonarrotti bildete gleichsam das Bindeglied zwischen dem neueren Communismus und dem der Revolutionszeit; er hatte schon jener Verschwörung angehört, die Gracchus-Babeuf im Jahre 1796 gegen das Directorium angezettelt hatte; nach vieljährigem Aufenthalt im Ausland lehrte er bald nach der Revolution von 1830 nach Paris zurück und erwarb sich einen mächtigen Einfluß unter den französischen und den fremdländischen Handwerksgefallen, die er zu geheimen Bünden vereinigte und als Apostel seiner Lehre in ihre Heimat entließ. Louis Blanc suchte, ebenso wie Proudhon, seine Sache so darzustellen, als ob sie von jeder Verwandtschaft mit den communistischen Systemen frei sei. Das persönliche Eigenthum und die Heiligkeit der Ehe sollten nicht angetastet werden. Eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände lasse sich durch Steigerung des politischen Einflusses der arbeitenden Klassen erzwingen. Mit Hülfe desselben solle die Arbeit organisiert werden. Der Staat müsse große gewerklche Anstalten begründen und denselben das nöthige Kapital unverzinslich darleihen; an dem Gewinn nehme jeder Arbeiter nach dem Maßstabe seiner Bedürfnisse Theil. Durch gesetzliche Bestimmungen sollte das Erbrecht der Seitenlinien aufgehoben und nur für Eltern und Kinder beibehalten werden; in jedem andern Falle trete der Staat als Erbe ein. So ließ sich mit der Zeit eine Vernichtung der großen Privat-Vermögen und eine Vereinigung alles Kapitals in den Händen des

Fourier.

Gabet.

Buonarrotti.

Louis Blanc.

Staates erzielen; es war also der Weg einer Ueberleitung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände in die künftigen communistischen gefunden. Mit dem einen Fuße ruhten diese Pläne — trotz ihrer Unausführbarkeit, die sich später erweisen sollte — auf den vorhandenen Verhältnissen und stellten greifbare Ziele durch passende Schlagwörter in den Vordergrund. Die „Organisation der Arbeit“ war ebenso verständlich wie die Proudhon'sche Lehre von dem Eigenthum, das nur Diebstahl sei. Auf diese Weise wurden die socialistischen Gelüste zugleich in den Dienst der politischen Parteien gezogen und ein wichtiges Bündniß zwischen den Republikanern und den Social-Demokraten angebahnt. Wenn sich ihre Wege späterhin auch trennen mußten, so hatten sie doch als erste Station den Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik gemein. Um dahin zu gelangen, galt es die Mehrheit in den Kammern zu gewinnen, was nur durch die Ausdehnung des Wahlrechts zu erreichen war. In dieser Forderung vereinigten sich daher fürerst alle oppositionellen Parteien.

Demokraten
u. Socialisten.

Ausdehnung
des Wahl-
rechts.

Und nicht bloß die Ausdehnung, sondern überhaupt die Reform des Wahlrechts, des activen und des passiven, verlangten sie. Die Kammern waren mit vollem Recht in die tiefste Mißachtung gesunken. Unbedenklich warf man ihnen und der Regierung den Vorwurf der Veschlichkeit ins Gesicht. An diesem Vorwurf aber hatten auch die Wähler ihren Antheil, die sich häufig genug durch das Versprechen eines Brücken- oder Landstraßenbaues oder sonstiger Vortheile für ihren Bezirk dazu bestimmen ließen, einem Beamten oder der Regierung sonst genehmen Bewerber ihre Vertretung anzuvertrauen. Die Abgeordneten selbst ließen sich ebenso gut von dem Ministerium (durch Beförderung im Amte, Lieferungscontracte u. dgl.), wie von Eisenbahngesellschaften und anderen gewerblichen Genossenschaften (durch Eintritt in den Verwaltungsrath oder sonstige Vortheile) bestechen. Die Versuche der Opposition, das zu verhindern, blieben erfolglos. In der Session von 1847 wurde weder Rémusat's Forderung, gewisse Beamtenklassen aus der Kammer auszuschließen, noch Crémieux's Vorschlag, die Betheiligung der Abgeordneten an industriellen Unternehmungen zu regeln, noch der Antrag Dubergiers de Hauranne auf eine gründliche Wahlreform angenommen. Dies bewog die Opposition, einen regelrechten Feldzug zu eröffnen, um die Stimme des Landes für die Reform zu gewinnen. Ein Wahlauschuß trat unter der Leitung Odilon Barrots mit einer Darlegung der herrschenden Uebelstände vor das Volk; er zeigte, wie ungleich das Wahlrecht vertheilt sei, wie hier 25,000, dort erst 150,000 Einwohner einen Vertreter zu wählen hätten, wie über 200 Beamte in der Kammer saßen, und wie alle weniger Bemittelten von jeder Bewerbung ausgeschlossen seien, da keine Diäten gezahlt wurden. Auf einem großen Bankett in Chateau rouge bei Paris wurden diese Gedanken in feurigen Reden weiter ausgeführt, und nach diesem Vorbilde in den verschiedensten Gegenden des Landes ähnliche Reformbankette veranstaltet. Die Regierung stellte sich, als fürchte sie, ge-

Reformban-
kette.

stüßt auf die Kammern, nichts von dieser Bewegung; es sei eine Aufregung, sagte der König in seiner Thronrede vom 28. December, die von feindseligen und blinden Leidenschaften unterhalten, aber an der Einmüthigkeit der großen Staatsgewalten sich brechen werde. Die gesetzgebende Versammlung stimmte diesen Worten in ihrer Antwort auf die Thronrede zu; kaum daß sie aus einem gewissen Anstandsgeföhle jene Leidenschaften, die ein so beträchtlicher Theil ihrer Mitglieder hegte und nährte, wenigstens nur als blinde, nicht auch, wie der König, als feindselige bezeichnete. Das Ministerium aber benutzte die Gelegenheit der Adressdebatte um durch den Mund Duchatels, des Ministers des Innern, zu erklären, es werde auf Grund eines Gesetzes von 1790, dessen Anwendbarkeit mindestens zweifelhaft war, fortan alle Reformbanketts verhindern. Dadurch noch mehr gereizt, beschloß die Opposition am 13. Februar, einen Tag nach der Annahme der Adresse, in Paris selbst ein großes Bankett zu veranstalten und abzuwarten, ob die Regierung es mit Gewalt zu vereiteln wagen werde. Als Tag des Festes wurde der 22. Februar, als Ort ein Local in den Elyseischen Feldern erkoren. Nicht ohne Besorgniß sahen alle friedlich Gesinnten dem Ereigniß entgegen; wenn die Regierung mit bewaffneter Macht einschritt, war ein blutiger Ausgang unvermeidlich. Dem Eifer zweier Abgeordneten von der Rechten, Morny und Vitet, gelang es endlich, einen Mittelweg zu finden, der beiden Parteien Genüge zu leisten schien. Die Regierung sollte das Bankett zulassen und sich darauf beschränken, ein Protocoll des Vorganges aufzunehmen, auf Grund dessen sie dann bei den Gerichten Anklage wegen Verletzung des Gesetzes von 1790 erheben könne. Noch war dieses Abkommen von dem Könige nicht bestätigt, als am 21. Februar der Ausschuß der Opposition ein Manifest aus der Feder Armand Marrast's erließ, welches nicht bloß die Bevölkerung von Paris, sondern insbesondre auch die Nationalgarde aufforderte, am nächsten Tage die Festgenossen in feierlichem Zuge von dem Magdalenenplatze in die Elyseischen Felder zu geleiten. Das durfte die Regierung sich unmöglich gefallen lassen und auf eine Anfrage Odilon Barrots erklärte der Minister Duchatel noch an demselben Tage in der Kammer, daß er eine solche offenkundige Verhöhnung rechtsgültiger Gesetze zu verhindern wissen werde. Sollte die Opposition es nun auf einen Kampf ankommen lassen? Dem dynastischen Theile derselben konnte nichts unerwünschter sein: ein Sieg des Volkes war für ihn ebenso verhängnißvoll wie ein Sieg der Regierung. Die Republikaner aber und die Socialisten waren weit davon entfernt, sich mit großen Hoffnungen zu tragen; sie hielten eine Niederlage selbst für viel wahrscheinlicher als einen Erfolg. Die entschlossene Sprache der Regierung verfehlte daher ihre Wirkung nicht. Gegen wenige Stimmen beschloß die versammelte Opposition am Abend des 21. das Bankett ganz aufzugeben und statt dessen in einer Ansprache an das Volk die Absicht anzukündigen, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Die Blätter der Partei brachten in der That am nächsten Morgen diese Erklärung und ermahnten das Volk sich ruhig zu verhalten. Aber es war zu

Das Bankett
vom 22. Febr.

Beginn der
Unruhen.

spät um zu verhüten, daß nicht doch viele Tausende an dem bestimmten Sammelplatze vor der Magdalenenkirche sich einfanden. Unter diese mischten sich die Heizer der äußersten Linken, die Mitglieder der geheimen Gesellschaften (der Gesellschaft der Menschenrechte und der Familiengesellschaft), die Lagrange, Caussidière, Sobrier u. A., und ihrem Zureden gelang es, die Menge, die allmählig ungeduldig wurde, um Mittag zu einem Zuge nach dem Parlamentsgebäude zu veranlassen. Auf die Nachricht hiervon erschien ein Reiterregiment und trieb die Schaa ren auseinander. Dieser kleine Triumph war ohne große Schwierigkeiten errungen, aber er hatte eine steigende Erbitterung der Massen im Gefolge. Hier und da fing man an Barricaden zu erbauen; sie wurden von den Truppen meist ohne Kampf genommen. Der König blieb vollständig unbezorgt; dergleichen Cramalle hatte er nach und nach genug erlebt. Auch als am 23. Morgens dasselbe Spiel sich wiederholte, achtete er es gering. Bald aber kamen ernstere Nachrichten. Die Nationalgarde zeigte sich unzuverlässig; auch aus ihren Reihen erscholl der Ruf: Hoch die Reform! Nieder mit Guizot! die Barricaden vermehrten sich; die Truppen waren lau. Mehr noch als Louis Philipp empfand Guizot die Verschlimmerung der Lage; er bat Nachmittags um seine Entlassung, und der König gewährte sie ihm.

Der 23. Febr.

Guizots Rück-
tritt.

Die Wirkung dieses Schrittes war die allergünstigste; ohne noch den Nachfolger des gestürzten Ministers zu kennen, rechnete man doch mit Sicherheit darauf, daß er die Wahlreform betreiben werde, und mehr forderte man im Allgemeinen noch nicht. Aber eine große Aufregung herrschte selbstverständlich unter den Massen, die Abends die erleuchteten Boulevards durchzogen. Vor Guizots Palais stauete sich der Menschenstrom; ein Posten von 50 Mann, der dasselbe beschützte, trug unwillkürlich das Seinige dazu bei. Drohende Rufe wurden laut. Plötzlich fiel ein Schuß aus der Mitte des Volkes; man weiß nicht, wer ihn that; viele nannten Lagrange; der Posten, der sich bedroht sah, antwortete, wie es scheint, ohne Befehl, unwillkürlich, mit einer vollen Salve, und im Augenblick lagen 50 Leichen, Männer, Weiber und Kinder, auf dem Platze.

Beginn des
Kampfes.

Mord! Verrath! Zu den Waffen! so tönte es nun aus den Reihen der Menge. Die Leichen der Gemordeten wurden auf Karren geladen und durch die Straßen geführt. Vor dem Hause des Nationalen erhitzte Armand Marrast, anderswo andre Redner die wuthschraubenden Massen noch mehr. Jetzt konnte kein Ministerwechsel die Aufgeregten mehr beschwichtigen. Mole, den der König Nachmittags zu Guizots Nachfolger hatte ernennen wollen, an dessen Forderungen er aber noch zu dingen suchte, lehnte den erneuten Auftrag ab. Thiers, der um Mitternacht in die Tuilerien beschieden wurde, nahm ihn zwar an, forderte und erreichte aber die Zulassung auch Odilon Barrots, so sehr sich auch Louis Philipp gegen diesen Hauptanstifter der „feindseligen und blinden Leidenschaften“ sträubte. Der Marschall Bugeaud, den Guizot noch im letzten Augenblick zum Oberbefehlshaber der gesammten bewaffneten Macht ernannt hatte, wurde im Commando der Nationalgarde durch Lamoricière, ein

Ministerium
Thiers.

paar Stunden später auch in dem der Truppen durch Gérard ersetzt. Um 8 Uhr Morgens am 24. Februar verkündigte ein Aufruf der neuen Minister die Einstellung der Feindseligkeiten, die Auflösung der Kammer, die Gewährung der Reform. Es war umsonst; über 1500 Barricaden waren die Nacht hindurch errichtet; jetzt wollte man mehr. Ludwig Philipp läßt auf das Volk schießen wie Karl X.; wohlan, schicken wir ihn seinem Vorgänger nach! So lautete die Losung, die ein Extrablatt der Réforme um 9 Uhr ausgab. Eine Stunde später drangen die Aufständischen in das Palais Royal ein; unmittelbar bedrohten sie die Tuileries. Wohl standen zu deren Schutze auf dem Carrousselplatz mehrere Regimenter, aber ihr Geist war schlecht. Als der König, von seiner Gemahlin gedrängt, um Mittag an ihrer Front entlang ritt, begleitet von seinen Söhnen Nemours und Montpensier, empfingen ihn die Linientruppen stumm und die Nationalgardisten mit dem Gruß: Es lebe die Reform! Niedergeschlagen kehrte er in den Palast zurück. Gleich darauf stürzte unangemeldet Emil Girardin, der Redacteur der Presse, in das Zimmer des Königs. Danken Sie ab, Sire, oder der Thron ist auch Ihrer Dynastie verloren, rief er dem Erschrockenen zu. Nun begann ein heftiges Debattiren; die Einen, besonders der Herzog von Montpensier, redeten dem Monarchen zu, dem Rathe zu folgen; die Andern, vor Allem die greise Königin Amélie, beschworen ihn, lieber zu Pferde zu steigen und in rühmlichem Kampfe zu fallen. Der König gehorchte der Mehrheit; mit langsamer aber fester Hand schrieb er die Urkunde, durch welche er die Krone seinem Enkel, dem Grafen von Paris, übertrug, und ihm wünschte glücklicher als er selbst seine Aufgabe zu lösen. Noch war er nicht fertig, als der Marschall Bugeaud herbeigeeilt kam, und den König abermals umzustimmen suchte. Ein kurzes Schwanken, und Louis Philipp beharrte bei seinem Entschlusse. Die Regentschaft übernahm auf Grund des Gesetzes von 1842 der Herzog von Nemours; außer ihm blieb die Mutter des neuen Königs, die Herzogin Helene von Orléans, mit ihren beiden Kindern im Palaste zurück. Die andern Mitglieder der königlichen Familie schickten sich an, dem entthronten Monarchen zu folgen, der sich schnell in bürgerliche Kleidung geworfen und nun, gestützt von der Königin, durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatze ging, wo ein Miethwagen bereit stand, der ihn und seine Mappe mit Werthpapieren unter dem Schutze einiger Schwadronen Kürassiere in einer halben Stunde nach St. Cloud brachte. In einem zweiten und dritten Wagen folgten die übrigen Familienglieder.

Abdankung
des Königs.

Kurze Zeit darauf verließen auch der Herzog von Nemours und die Herzogin von Orléans mit deren beiden Söhnen den Palast und begaben sich durch den Tuileriengarten und über den Eintrachtsplatz in das Sitzungsgebäude der gesetzgebenden Versammlung. Diese befand sich in unbehüllichster Rathlosigkeit und begrüßte deshalb das Erscheinen der Herzogin mit lautem Zuruf. Man hoffte, sie werde das Wort ergreifen, aber mit einer stummen Dankesverbeugung setzte sie sich mit ihren Söhnen auf ein paar Sessel an der Rednertribüne nieder. Auch der Herzog von Nemours blieb stumm. Nur der Ab-

Verhandlung
gen der Abge-
ordneten kam
mer.

geordnete Dupin, dessen Rath die Herzogin vornehmlich betrogen hatte, sich in die Deputirtenkammer zu begeben, stammelte einige Worte zu Gunsten des Grafen von Paris und empfahl, der Herzogin die Regentschaft zu übertragen. Mittlerweile füllten sich die Gallerien und zum Theil schon der Sitzungsaal mit allerlei Volk und die Verhandlungen konnten nur mühsam fortgeführt werden. Lamartine schlug vor, sie zu unterbrechen, so lange die Herzogin anwesend sei. Diese schwankte, ob sie sich entfernen sollte; sie verließ ihren Platz, kehrte aber vor der Thüre wieder um und setzte sich auf eine Bank des linken Centrum's. Unbekümmert um ihre Gegenwart schwang sich jetzt Marie auf die Tribüne und beantragte die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Umsonst suchte Odilon Barrot die Theilnahme der Versammlung für diese Frau und dieses Kind zu erwecken, auf deren Häuptern allein jetzt das Schicksal des Kaisertums beruhe. Wohl fanden seine Worte ein lautes beifälliges Echo, aber höher verstieg sich der Muth der Mehrheit nicht. Mit donnernder Stimme rief ihr der alte Legitimist Larochejacquelin ihr Todesurtheil in die Ohren: Jetzt seid Ihr Nichts mehr! Crémieux und Lamartine unterstützten die Forderung einer provisorischen Regierung; dringender als ihre Worte forderten dasselbe die bewaffneten Massen, die jetzt in neuem Schwall in den Saal einströmten. Schon hatten sie, trunken von dem Wein aus den Kellern der inzwischen geplünderten Tuilerien, den Präsidenten Sauzet gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen, und eine Tricolore auf der Rednertribüne aufgepflanzt; mit drohenden Rufen forderten sie die Ausrufung der Republik; das Leben der Herzogin und ihrer Kinder schwebte in der höchsten Gefahr; da entschloß sie sich endlich, den Saal zu verlassen, in dem sie vergebens Hülfe zu finden gehofft. Einige Getreue bahnten ihr den Weg durch das Gedränge, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Kinder von der Mutter weggestoßen wurden. Der Graf von Paris wurde schon nach wenigen Minuten ihr wieder zugeführt, aber der jüngere Bruder, der Herzog von Chartres, war in der größten Gefahr zertreten zu werden und konnte erst ein paar Tage später zu der Mutter zurückgebracht werden, die inzwischen nach einem kurzen Aufenthalt in dem Hôtel der Invaliden von dem Grafen von Montesquiou auf sein Schloß Bligny geleitet worden war.

Gefahr und
Flucht der
Herzogin von
Orléans.

Die provisori-
sche Regie-
rung.

In der Deputirtenkammer war der Tumult schnell auf den höchsten Punct gestiegen. Lamartines Geistesgegenwart brachte etwas Ordnung in die Verwirrung. Er führte den greisen Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl, verlangte das Wort, erhielt Ruhe und forderte alle Anwesenden, Abgeordnete wie Blusenmänner, zur sofortigen Wahl einer provisorischen Regierung auf. Aus den abgegebenen Stimmzetteln setzte er kurz entschlossen eine willkürliche Liste zusammen, die unter dem Beifall der Menge von dem Präsidenten verlesen wurde. Sie enthielt die Namen Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pages, Arago, Marie, Ledru Rollin und Crémieux. Ohne sich um die Rufe derer zu kümmern, welche noch Louis Blanc hinzugefügt wissen wollten, erklärte Lamartine, daß die

neue Regierung ihren Sitz sofort in das Stadthaus verlegen werde und begab sich unter dem Schutze einiger hundert Bewaffneter mit den meisten seiner Collegen dorthin. Unter großen Schwierigkeiten gelangten sie an und in das Gebäude, das von Tausenden erfüllt war, und geraume Zeit verging, bis endlich ein abgelegenes Zimmer abgesperrt und für die Sitzungen der Regierung eingerichtet war. Das erste Geschäft derselben war, Louis Blanc, Armand Marrast, den Schriftsteller Flocon, den Verleger Pagnerre und den Schlosser-gefallen Albert zu Secretären mit beratthender Stimme zu ernennen. Diese 5 Männer befanden sich nämlich auf der Liste einer zweiten provisorischen Regierung, die in den Redaktionszimmern des National und der Réforme entworfen war und die im Uebrigen mit der Lamartine'schen Liste übereinstimmte. Nachdem so ein drohender Zwiespalt beseitigt war, entwarf man einen Aufruf an das Volk, um demselben die Auflösung des gesetzgebenden Körpers und die Einführung der Republik, vorbehaltlich einer Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung, anzukündigen. Dann wurden die Ministerien und andere wichtige Aemter besetzt, theils durch Mitglieder der Regierung (Lamartine Neufvères, Ledru Rollin Innuères, Garnier Pages Seine-präfect und Maire von Paris 2c.), theils durch andere Personen (Courtais Nationalgarde, Caussidière Polizeipräfect u. s. f.). Diese Maßregeln und eine Fülle von Verfügungen, die von den einzelnen Ministern alsbald erlassen wurden, kamen unter fortwährender Bedrohung der neubegründeten Regierung zu Stande. Denn unablässig drängten sich die Massen durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt und eine Wunde nach der andern erzwang sich den Eingang in das Rathhaus. Nur der Beredsamkeit und der Geistesgegenwart Lamartines war es zu danken, daß es zu keiner Gewaltthat kam. Einen Schwarm, der brüllend seinen Kopf begehrte, entwaffnete er mit der ironischen Bemerkung: Wollte Gott, es trüge ihn jeder von euch auf seinen Schultern, dann würdet ihr vernünftiger sein. Erst nach Mitternacht ließ der Andrang nach, aber nur, um sich Morgens am 25. zu erneuern. Wieder war es Lamartine, der durch Nachgiebigkeit oder Festigkeit, wie es der Augenblick erheischte, und durch manches glückliche Wort den Sturm beschwichtigte. „Eure rothe Fahne,“ so rief er denen zu, welche die Tricolore durch das Blutbanner verdrängen wollten, „eure rothe Fahne hat nur den Umzug um das Marsfeld gehalten und ist dabei mit dem Blute der Bürger getränkt; aber die Tricolore ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen; mit ihr würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm im Dunkel der Vergessenheit versinken.“ Die Worte fanden Beifall und das dreifarbige Banner war gerettet; dagegen erkannte die provisorische Regierung ausdrücklich das Recht des Volkes auf Arbeit an und versprach, für seinen Unterhalt zu sorgen. Im Laufe des Tages trat nach so langer Aufregung die natürliche Erschöpfung bei den Massen ein; auch beschwichtigte viele die erwünschte Kunde, daß die Forts um Paris von den Befehlshabern übergeben seien und von dort keine Gefahr mehr drohe. Größere Abtheilungen der Nationalgarde stellten sich der Regierung zur Verfügung und aus

Lamartine.

Der 25. Febr.

Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung.

den Banden der Rothen selbst bildete Lamartine eine der Regierung dienstbare Truppe, die Municipalgarde. Am 27. Februar hatte er es so weit gebracht, daß die Regierung vom Volke gleichsam feierlich anerkannt wurde. Auf dem Bastilleplatze wurde die Republik feierlich ausgerufen und eine Musterung über die bewaffnete pariser Bevölkerung abgehalten. Einige Wochen der Ruhe benutzten die Minister zur Neuordnung der wichtigsten Verhältnisse. Lamartine versicherte den fremden Völkern und Regierungen die friedlichen Gesinnungen Frankreichs; Garnier Pagès, der inzwischen Finanzminister geworden war, half der bedenklichen Leere in den Kassen durch ein Anlehen bei der Bank von Frankreich, durch eine Erhöhung der directen Steuern um 45% und andre zum Theil nicht unbedenkliche Maßregeln ab; Ledru Rollin räumte auf das Rücksichtsloseste unter den Beamten auf und bereitete die Wahlen zur Nationalversammlung vor; Arago brachte die bewaffnete Macht auf eine Stärke von 600,000 Mann und stellte Beobachtungscorps an den Grenzen auf; Marie leitete die Einrichtung der Nationalwerkstätten und Louis Blanc präsidirte einem Arbeiterparlamente, das sich im Luxemburgpalaste versammelte. Außerlich betrachtet war die Republik im besten Zuge, sich zu befestigen; aber unter der Oberfläche wühlten die Gegensätze fort und jeder Tag konnte neue Kämpfe bringen. Von den Monarchisten war freilich nichts zu befürchten. Die Orleans selbst hatten den Widerstand aufgegeben. Alle Mitglieder der königlichen Familie waren glücklich über die Grenze entkommen, am mühsamsten der König selbst, der sich von St. Cloud erst nach Dreux und dann an die Küste der Normandie geflüchtet hatte, und nach vergeblichem Versuche sich in Honfleur oder Trouville einzuschiffen, endlich in Havre glücklich auf ein englisches Dampfboot und auf diesem nach England entkommen war. Hier nahm er seinen Wohnsitz auf dem Schlosse Claremont, das seinem Schwiegersohne, dem König der Belgier, gehörte, und vereinigte da die meisten Mitglieder seiner Familie um sich. Auch Joinville, der die Flotte, und Dumale, welcher die Armee in Algerien befehligte, stellten sich dort ein, nachdem sie ihre Aemter niedergelegt hatten, ohne den hoffnungslosen Versuch einer Restauration zu machen. Nur die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen kam nicht nach England, sondern begab sich nach Deutschland.

Nationalwerkstätten und Arbeiterparlament.

Die königliche Familie.

Die vorzüglichsten Diener des gestürzten Königs hielten sich entweder in stiller Zurückgezogenheit oder stellten sich der neuen Regierung zur Verfügung. Von dieser Seite war also nichts zu befürchten. Die Armee murrte wohl über die schlechte Behandlung, die sie erfuhr, und das Landvolk über den vermehrten Steuerdruck; aber es fehlten die Führer, ohne welche diese Mißstimmung ungefährlich blieb. Um so ernstlicher aber hatte man sich vor den socialistischen Umtrieben zu hüten. Durch die Einrichtung der Nationalwerkstätten war den Rothen eine förmliche Organisation gegeben. Die Arbeit wurde nur zum Schein betrieben. Sie bestand vorzugsweise aus gänzlich überflüssigen und zwecklosen Erdarbeiten, die das Geld des Staates verschluckten ohne etwas einzubringen. An 100,000 Men-

Die Socialisten.

schen wurden so auf öffentliche Kosten ernährt. In Brigaden und Compagnien getheilt zogen sie unter besondern Führern jeden Morgen zu ihrer Arbeit hin und fanden sich Abends in ihren Clubs wieder zusammen, um aufhegende Reden zu halten und zu hören. Die Zahl dieser Clubs stieg bald auf mehrere Hunderte; an der Spitze eines jeden stand irgend ein mehr oder weniger bedeutender Verschwörer oder Oppositionsmann, ein Raspail; Barbès, Blanqui, Cabet und wie sie sonst hießen; als Centralpunct diente der Club der Clubs, der aus den Vorständen der einzelnen Vereine gebildet war. In diesen Kreisen war Lamartine der bestgehaßte Mann; man wußte recht gut, daß er allein in den stürmischen Februartagen die Verkündigung der socialen Republik und der Commune verhindert hatte; man wußte auch, daß Niemand eifriger als er die Wahlen zur Nationalversammlung betrieb, von deren Zusammentritt die Clubs nichts wissen wollten, da sie die Beherrschung der öffentlichen Meinung in Paris mit keinem andern zu theilen Lust hatten. Auch die den Socialisten zugeneigten Mitglieder der Regierung, wie Ledru Rollin und Louis Blanc, suchten den Wahltag auf alle Weise zu verschieben. Eine lärmende Demonstration der Clubisten kam ihnen dabei zu Hülfe. Weit über 100,000 Köpfe stark zogen sie am 17. März aus den Elyseischen Feldern vor das Stadthaus und machten durch Blanqui ihre Forderungen geltend. Diesmal waren es besonders Ledru Rollin und Louis Blanc, die sie beschwichtigten und zum friedlichen Abzug bewogen. Die Wahlen wurden auf den 27. April verschoben und den Clubs das Recht erteilt, in jedes Departement auf Staatskosten ein paar Sendlinge zu schicken, um das Volk zum Zwecke guter Wahlen „aufzuklären“. Aber die Provinzbewohner erwiesen sich zum großen Theil als sehr ungelehrige Schüler und trotz aller Anstrengungen durften die Communisten und die Socialisten sich auf eine Mehrheit nach ihrem Wunsch keine Hoffnungen machen. So planten sie denn noch einen letzten Handstreich, um die Wahlen zu hintertreiben und die Regierung durch einen Wohlfahrtsauschuß zu verdrängen, an dessen Spitze sie Ledru Rollin zu setzen gedachten. Dieser war aber nicht geneigt eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, sondern machte seinen Collegen rechtzeitig Mittheilung von dem Vorhaben, so daß die rothen Schaaren, als sie am 16. April gegen das Stadthaus anrückten, dasselbe von ein paar tausend Mobilmgardisten unter dem General Changanier besetzt fanden und bald durch die von mehreren Seiten in starken Legionen heranziehende Nationalgarde so umzingelt wurden, daß die Führer gute Miene zum bösen Spiele zu machen, jede feindliche Absicht abzuleugnen und der provisorischen Regierung ihre Huldigung darzubringen für gut fanden. Es war der erste wirkliche Sieg, den die Ordnung über die Zügellosigkeit davongetragen hatte; der friedliche Bürger fühlte sich wieder als Herr in seinem Hause, und dieses wieder erwachende Selbstbewußtsein wurde noch mächtig gestärkt durch die Musterung, welche Lamartine mit seinen Collegen am 20. über die Nationalgarde abhielt. Etwa 350,000 Mann erschienen an diesem „Feste der Verbrüderung“ unter den Waffen und empfingen ihre Fahnen aus den

Der 17. März.

Der 16. April.

Das Fest der Verbrüderung.

Die Wahlen.

Händen des Kriegsministers Arago; von welchem Geiste sie beseelt waren, zeigte der oft wiederholte donnernde Ruf: Nieder mit den Communisten! Acht Tage später fanden dann auch die Wahlen statt und ihr Ausfall gab der Ordnungspartei neue Stärke. Jedes Departement wählte in einem Wahlgange so viel Abgeordnete, daß auf je 40,000 Einwohner einer kam; die Gesamtzahl betrug 900. Lamartine wurde in 10 Departements mit etwa 2,300,000 Stimmen erwählt; in Paris allein erhielt er 260,000 Stimmen, während die Candidaten der Clubisten es höchstens auf 20,000 brachten. Ein großer Theil der Neugewählten bestand natürlich aus unbekannten Männern; war die Zahl der Abgeordneten doch jetzt doppelt so groß wie früher; aber viele Häupter der alten Parteien, die Berryer, Larochejacquelin, Odilon Barrot, Duvergier, Montalembert, die Mitglieder der provisorischen Regierung, auch die bekanntesten Führer der Ultras, wie Barbès, Causse, die Dichter Felix Pyat u. s. f. waren doch in der Versammlung; zu den neuen Elementen gehörten zwei Prinzen Bonaparte und ein Murat. Am 4. Mai fand die feierliche Eröffnung statt; Dupont de l'Eure legte die Gewalt der provisorischen Regierung zu Händen der Nationalversammlung nieder und diese erklärte sofort die Republik für die dauernde Staatsform Frankreichs. Ein paar Tage später erstatteten Lamartine und die Minister Bericht über ihre Geschäftsführung; dann schritt man (am 10. Mai) zur Wahl eines Executivauschusses. Unwillig darüber, daß Lamartine die Präsidentschaft, welche ihm aus den Reihen der Gemäßigten angeboten war, nach langem Besinnen abgelehnt hatte, entzogen ihm viele ihre Stimmen, so daß er unter den 5 Gewählten (außer ihm Arago, Garnier Pagès, Marie, Ledru Rollin) nur die vierte Stelle einnahm und Arago den Vorsitz der Executive erhielt. In dem neugebildeten Ministerium ragten Bastide (Auswärtiges), Crémieux (Justiz) und Cavaignac (Krieg) besonders hervor; Maître von Paris wurde Marrast. Die Ordnung des neuen Staatswesens war somit vollzogen; Frankreich hatte durch seine Vertreter die Republik bestätigt, die Commune verworfen; Paris hatte zu diesem Beschlusse mit ungeheurer Stimmenmehrheit beigetragen. Und dennoch waren die neuen Verhältnisse noch weit davon entfernt gefestigt zu sein. Noch bestanden die Arbeiterwerftstätten, die das Vermögen des Landes vergeudeten; noch bestanden die Clubs, die unverbrochen schürten und wühlten und keine wahrhafte Beruhigung der öffentlichen Meinung zuließen; noch waren Tausende und Zehntausende bereit, ihr Leben — und weiter hatten sie Nichts — daran zu wagen, um den besitzenden Classen den Besitz und der herrschenden Partei die Herrschaft zu entreißen. Unzugänglich jeder Belehrung und jeder Beschwichtigung, ohne Verstandniß und Empfänglichkeit für die Pflicht der Unterordnung unter den Gemeinwillen, voll der nacktesten Eigensucht und der rohesten Gleichgültigkeit gegen das Wohl Anderer, gab es zu ihrer Bekämpfung nur das eine Mittel, das sie selbst gebrauchten, die Gewalt. Wie sie diese herausforderten und wie sie ihr erlagen zu zeigen, wird der späteren Erzählung obliegen.

Die National-Versammlung.

Folge des Landes.

Namen- und Sachverzeichnis.

Die Mitglieder der regierenden Häuser sind unter den betreffenden Ländern
zusammengestellt.

A.

Aachen, Congress, 27. 34. 37. 52.
 Aargau, Klostersreit, 340.
 Abdallah von Alfa, 251.
 Abdel Kader, 344 ff.
 Abberrahman von Marokko, 346.
 Abel, 290. 317.
 Aberdeen, 338.
 Abisbal, 54. 61.
 Achmet Ferozi, 257.
 Achmet Bey von Constantine, 344. 345.
 Aden, 255.
 Adrianopel, Friede von, 109.
 Aegypten, 92 ff. 251 ff.
 Afghaniſtan, 264.
 Ahrens, 188.
 Aide-toi, Geſellſchaft, 138. 143.
 Alfa, 251.
 Alferman, Vertrag, 102. 109.
 Alair, 243.
 Albanen, 252.
 Albert, 357.
 Albrecht, C., 273. 275.
 Albenige, 227.
 Algier, 141 ff. 343 ff.
 Alibaud, 224.
 Ali Paſcha von Sanina, 81 ff.
 Allianz, Heilige, 9. 100.
 Altenburg, 187.
 Altenſtein, 34. 191. 292.
 Althorp, 269.
 Alt-Lutheraner, 191. 306.
 Alvear, 67.
 Amato, 16.
 Amerika, 62 ff. 127.
 Ancillon, 36. 37. 207.
 Ancona, 180.
 Anbrutſch, 94.
 Angleſea, 129.
 Angoſtura, Congress, 69.
 Anhalt-Bernburg, 120.
 Anhalt-Cöthen, 77. 119. 280.
 Anhalt-Deſſau, 119.
 Anticornlaw-League, 335.
 Antwerpen, Belagerung, 161—4.
 Apponyi, 329.
 Arago, 147. 228. 356. 360.
 Aretin, 41. 78.
 Argos, National-Verſammlung, 88.

Argout, b', 148.
 Arguelles, 54. 59.
 Armansperg, 112.
 Arminen, 75. 210.
 Arnbt, C. M., 2. 21. 33. 40. 295. 313.
 Arnim-Boypenburg, 309. 310.
 Arnoldi, 301.
 Artigas, 68.
 Artikel, die 18, 162.
 — die 24, 163.
 Aſien, 263 ff.
 Aſſiſtenz, paſſive, 284.
 Aſtros, National-Verſammlung, 91.
 Athanaſioſ, 84.
 Athen, 96. 112.
 Audland, Lord, 265.
 Audry de Puyraveau, 148.
 Auerſwald, Alfred von, 309.
 Ayacucho, Schlacht, 71.
 Azeglio, Raſſimo b', 331.

B.

Baden, 21. 27. 78. 197. 213. 314.
 — Großherzog Carl Ludwig, 27.
 — Ludwig, 27. 202.
 — Leopold I., 27. 202. 208.
 Baiern, 21 ff., 27. 78. 121. 193. 202.
 — 317 ff.
 — König Maximilian Joſeph, 41. 78.
 — Ludwig I., 20. 78. 99. 112.
 — 115. 202. 208. 280 ff. 290.
 — 294. 306. 312. 317 ff.
 — Prinz Otto, ſ. Griechenland.
 Balbo, Ceſare, 331.
 Balearen, 261.
 Ballan-Übergang, 108.
 Balleſteroſ, 61. 238.
 Bandiera, 331.
 Barbès, 225. 359. 360.
 Barckem, Schlacht, 161.
 Barrot, Odilon, 151. 228. 348. 352 ff.
 — 356. 360.
 Baſel, 181.
 Baſten, 237 ff.
 Baſſano, 228. 229.
 Baſſermann, 315. 316.
 Baſſide, 150. 360.
 Bazarb, 350.
 Beder, Nicolaus, 312.
 Bederath, 308. 309. 311.

- Bedchamber-Question, 271. 272.
 Behr, 206. 209.
 Beirut, Einnahme, 260.
 Belgien, 155 ff., 323.
 König Leopold, 51. 110. 161 ff.
 Königin Louise, 162.
 Bentham, 48. 49.
 Benvenuti, 179.
 Béranger, 137.
 Bérard, 152.
 Beresford, 14. 54.
 Berg, 176.
 Bergami, 51.
 Bergeron, 224.
 Bergmann, 273.
 Berks, 319.
 Bermudez, Sea, 235. 236.
 Bern, 219.
 Bernard, 225.
 Bernetti, 330.
 Bernstorff, 43. 46. 76. 190. 206. 207.
 Berruyer, 221. 348. 360.
 Beseler, 313. 321. 323.
 Beyme, 34. 37. 46.
 Binzer, 75.
 Blanc, Louis, 351. 356 ff.
 Blanqui, 225. 359.
 Blittersdorf, 198.
 Blücher, 32.
 Blum, Robert, 302.
 Bochholz, Graf, 39. 79.
 Bobelschwingb, Minister, 309. 311.
 Bolivar, 65—73.
 Bolivia, 65. 71. 72.
 Bonapartismus, 225.
 Bosnien, 252.
 Botfariš, Marco, 90. 91.
 Botfariš, Notiz, 94. 96.
 Boulogne, Landung, 227.
 Bourmont, 140. 142. 233. 344.
 Boves, General, 61.
 Boyaca, Schlacht, 69.
 Boyen, General, 37. 46. 295.
 Bozzelli, 334.
 Braganza, Herzog, f. Brasilien, Pedro I.
 Brasilien, 55. 62 ff. 68. 232.
 Kaiser Pedro I., 55. 63. 230 ff.
 — Pedro II., 232.
 Braunschweig, 123. 183 ff., 197.
 Herzog Carl, 183 ff., 220.
 — Wilhelm, 185.
 Bravo, Gonzalez, 249.
 Breidenstein, 216.
 Bremen, 123.
 Brentano, Clemens, 279.
 Brentano, Franz, 314.
 Bresson, Graf, 349.
 Breuner, Graf, 329.
 Brion, 68.
 Broddorf, 323.
 Broglie, 223. 228. 229.
 Brougham, 50. 51. 131.
 Brown, 67.
 Brühl, 293.
 Brunnow, 258.
 Bubna, 58.
 Büdelsburg, 197.
 Buenos Ayres, 64. 65. 68.
 Bugeaud, 344 ff. 354.
 Bülow, 30. 35. 117.
 Bülow-Lummerow, 308.
 Bulwer, 256. 338.
 Bund der Deutschen, 219.
 = = = Gekühten, 219.
 = = = Gerechten, 219.
 Bundes-Acte, deutsche, 23.
 Bundes-Militärgefeß, 76.
 Bundestag, deutscher, 24. 35. 41. 42.
 76 ff. 116. 184. 185. 206 ff. 276.
 316. 322 ff.
 Bundes-Schiedsgericht, 218.
 Bunsen, Dr., 211.
 Bunsen, Freiherr, 282—9. 296. 300.
 304. 307.
 Buol-Schauenstein, Graf, 25. 41.
 Buonarroti, 223. 250. 251.
 Burgoß, 236.
 Burnes, Alexander, 265.
 Burschenschaft, 33. 35. 38. 41. 75. 210.
 Busche, vom, 189.
 Byron, 94.

C.

- Caballero, 249.
 Cabet, 350. 359.
 Cabreira, 231.
 Cabrera, 238. 240. 244 ff.
 Cadix, Cortes, 14.
 — Belagerung, 61.
 Cailé, 257.
 Calatrava, 243. 245.
 Calderari, 17.
 Calleja, 54. 67.
 Calomarde, 62. 234. 235. 238.
 Camphausen, 309. 311.
 Canig, 307.
 Canning, Georg, 49. 51. 60 ff. 74. 90.
 100 ff. 127 ff. 230.
 Canterac, 70.
 Canton, 266.
 Capobistrias, f. Kapobistrias.
 Capaccini, 288.
 Carabobo, Schlacht, 69.
 Carbonari, 17. 53. 55. 57. 215.
 Carlsten, 233 ff.
 Carlswitz, 123.
 Carlsbader Beschlüsse, 41 ff. 45. 78.
 Carnot, 350.
 Carraschofa, 57.
 Carrera, 67.

Cassel, Conferenzen, 123.
 Cassiercagh, 49. 51. 74.
 Castro, Perez de, 54. 248.
 Caussidière, 354. 357. 360.
 Cavaignac, Jacob, 150. 224.
 Cavaignac, Eugen, 360.
 Central-Behörde, Frankfurter, 212.
 Central-Commission, Mainzer, 41 ff. 78.
 Cesena, Schlacht 180.
 Chambre introuvable, 11. 13.
 Changanier, 359.
 Charbonnerie, 53.
 Chartisten, 270.
 Chassé, 161. 164.
 Chateaubriand, 60. 135. 137.
 Chemnitz, 322.
 Chevalier, Michel, 350.
 Chile, 65. 67. 70.
 China, 265 ff.
 Chios, Blutbad, 87.
 Chlopizki, 170. 171.
 Choiseul-Praslin, 349.
 Cholera, 173. 174. 222. 330.
 Chosrew Mirza, 108.
 Chosrew Pascha, 93. 94. 253.
 Chouannerie, 221.
 Christinos, 235.
 Church, 97. 98.
 Churchit Pascha, 83. 85. 88 ff.
 Cirilo, 246.
 Circumscriptions-Bullen, 281.
 Civiische, 286.
 Clauzel, 228. 344.
 Clinton, 230.
 Clofen, 205.
 Cobbett, 49. 50. 131.
 Cobden, 268. 335.
 Coburg, Leopold von (der jüngere),
 338. cf. Belgien.
 Cochrane, 63. 70. 97. 98. 104.
 Cobrington, 103 ff.
 Cölibat, 278.
 Cölnner Dom, 300.
 Cölnner Wirren, 277 ff.
 Columbia, 69. 72. 73.
 Communismus, 203. 349 ff. 359 ff.
 Concha, 249.
 Concorbate, 281.
 Congresse, 10. 38.
 Conscience, Hendrik, 324.
 Constant, Benjamin, 128. 153.
 Constantine, Erstürmung, 345.
 Corboli, 332.
 Corboba, 241 ff.
 Cornelius, 295.
 Cotta, 124.
 Courtais, 357.
 Crémieux, 352. 356. 360.
 Cubières, 349.
 Cucuta, Congreß, 69.

Czartoryski. 168.
 Czersti, 301. 302.

D.

Dahlmann, 273 ff. 299. 313. 315. 320.
 Daine, 168.
 Damala, National-Versammlung, 98.
 Damrémont, 345.
 Dänemark, 77. 319 ff.
 König Friedrich VI., 320.
 — Christian VIII., 320.
 — Friedrich VII., 321. 323.
 Darmès, 225.
 Darmstädter Zollconferenzen, 120.
 Deal, 329.
 Decazes, 18. 52. 53.
 Deder, van, 324.
 Defabristen, 101. 112 ff.
 Demagogen-Verfolgung, 43.
 Dembinski, 174. 175. 211.
 Departementsgesetz, 139.
 Derwennen, Schlacht, 89.
 Desmichels, 344.
 Dessolles, 52.
 Deutsches Parlament, 313. 316.
 Deutsche Zeitung, 314. 315.
 Deutsch-Katholiken, 301 ff.
 Deutschland, 5 ff. 20 ff. 74 ff. 115 ff.
 182 ff. 272 ff.
 Deuth, 221.
 Diebitsch, 108. 171 ff. 174.
 Dingelsiedt, 299.
 Doctrinäre, 52.
 Domänenkäufer, heftische, 25. 78.
 Donaufürstenthümer, 83 ff. 109.
 Dost Mahomed von Kabul, 264 ff.
 Dragatschan, Schlacht, 84.
 Dramatisch, 88.
 Droste-Bischoff, Bischof, 278.
 Droste-Bischoff, Erzbischof, 278. 287.
 Droste-Bischoff, Freifrau, 301.
 Droysen, 313.
 Drusen, 260.
 Duchatel, 349. 353.
 Dudley, 129.
 Dufour, 342.
 Duller, 302.
 Dülmen, Nonne von, 279.
 Dumesnil, 155.
 Dunin, 291.
 Dupetit-Thouars, 337.
 Dupin, 356.
 Dupont de l'Eure, 138. 155. 220. 356.
 360.
 Du Thil, 121.
 Duvergier de Hauranne, 352. 360.
 Duyse, 324.
 Dwernizki, 172.

G.

Gächtermayer, 299.
 Guador, 69. 72. 73.
 Guila, 59. 242.
 Gichhorn, 2. 37. 117. 119. 120. 199.
 300. 304. 315.
 Giderbänen, 320.
 Gimbeder Vertrag, 125.
 Einsiedel, Graf, 187.
 Eisenmann, 75. 203. 209.
 Eldon, 49.
 Ello, 67.
 Elphinstone, 265.
 Elsaß, 21.
 Emigrantengesetz, 136.
 Enfantin, 350.
 England, 48 ff. 56. 60. 126 ff. 197.
 230. 237. 240 ff. 253 ff. 259. 264 ff.
 267 ff. 334 ff.
 König Georg III., 49. 51.
 — Georg IV., 49. 51. 110. 130.
 183. 184.
 Caroline von Braunschweig, 51.
 Charlotte, 51.
 König Wilhelm IV., 131. 133. 185.
 269. 270.
 Abelheid von Meiningen, 133.
 Herzog von Kent, 270.
 — von Cumberland, 188. 270.
 — von Cambridge, 188. 272.
 Königin Victoria, 270. 337.
 Prinz Albert von Coburg, 271. 272.
 316.
 Göttes, 328. 329.
 Epibaurus, National-Versammlung 88.
 Espanna, 62.
 Espartero, 244 ff.
 Espinosa, 54.
 Estatuto real, 236.
 Eu, Zusammenkunft, 338.
 Evangelische Union, 191 ff.
 Evans, 242. 244.
 Evora, Vertrag, 237.
 Ewald, 273. 275.
 Exaltados, 59. 248.
 Eyben, 24.
 Eylert, 30.
 Eyward, 100." 300.

F.

Fabvier, 95. 97.
 Fajz, James, 341.
 Februar-Revolution, 354 ff.
 Fehrentheil, 76.
 Ferretti, Massai, f. Kirchenstaat, Pius IX.
 Festungsvertrag, belgischer, 163.
 Feutrier, 139.
 Fichte 33.
 Fidler, 314.
 Fieschi, 224.

Fitzgerald, 129.
 Fleelas, Papa, 85. 88.
 Flocon 357.
 Floriba, 71. 74.
 Flüchtlingsschatz, 219.
 Follen, 33. 40. 75.
 Fourier, 223. 350. 351.
 Francia, Dr., 67.
 Frankfurt, 197.
 Frankfurter Putsch, 211.
 Frankfurter Vertrag, 21.
 Frankreich, 11 ff. 37. 52 ff. 56. 60.
 134 ff. 197. 219 ff. 232. 237. 240.
 253 ff. 259. 337. 343 ff.
 Bourbonn:

- Ludwig XVIII., 11 ff. 52. 60. 135.
- Carl X. (Artois), 12. 52. 134 ff.
- 140. 142. 146 ff. 220.
- Angoulême, Herzog, 52. 60. 151.
- Berry, Herzog, 52.
- Berry, Herzogin, 220 ff.
- Bordeaux, Herzog (Chambord,
- Heinrich V.), 53. 151. 348.
- Bourbon, Herzog, 154.

 Orléans:

- Louis Philipp, 135. 142. 148 ff.
- 152 ff. 162. 178 ff. 208. 219.
- 226. 234. 241. 337. 353 ff.
- Amélie, 153. 355.
- Abelaide, Prinzessin, 149.
- Orléans, Herzog, 154. 345. 347.
- Orléans, Herzogin (Helene von
- Mecklenburg), 347. 355 ff.
- Paris, Graf, 356. 358.
- Chartres, Herzog, 356. 358.
- Louise (Königin der Belgier), 162.
- Remours, Herzog, 154. 161 ff.
- 229. 345 ff. 355.
- Joinville, Herzog, 227. 260. 339.
- 346. 349. 358.
- Annale, Herzog, 345. 346. 358.
- Montpensier, Herzog, 338. 355.
- Montpensier, Herzogin (Luise von
- Spanien), 234. 338.

 Bonapartes:

- Napoleon I., 226. 260.
- Marie Louise, f. Parma.
- Napoleon II. (Herzog von Reich-
- stadt), 38. 178. 223.
- Joseph, 225.
- Lucian, 225.
- Ludwig, 225.
- Hortense, 179. 225.
- Napoleon Louis, 178. 179.
- Louis Napoleon (III.), 179. 220.
- 225 ff.
- Jérôme, 178.

 Freie Gemeinden, 303 ff.
 Freiligrath, 299. 300. 312.
 Freischaaenzüge, 340.

Freitag, 168.
Frias, 248.
Frimont, 57.
Fulda, Vertrag, 21.

G.

Gagern, Hans von, 24. 40.
Gagern, Heinrich von, 315. 316.
Gaj, 327.
Galiano, 242.
Galizien, 177. 325.
Garcia, 243. 246.
Garnier-Pagès, 356—60.
Gärth, 211.
Geächteten, Bund der, 219.
Geheimbünde, 31. 219.
Geißel, 294.
Gemischte Ehen, 283 ff.
General-Synode, preussische, 304.
Gendebien, 158. 160.
Gendre, 169.
Genf, 341.
Genz, 7. 19. 20.
Georgalis, 84.
Gérard, 147. 148. 155. 163. 164. 229. 355.
Gerechten, Bund der, 219.
Germania (Burschenschaft), 75. 210.
Germanos, 85.
Germanisten-Versammlungen, 313.
Gervinus, 273. 274. 302. 308. 315.
Gesenius, 192.
Gewerbevereine, 268.
Gielgud, 174.
Gieseler, 273.
Gioberti, 331. 332.
Giusti, 331.
Girardin, 349. 355.
Gizzi, 332.
Gneisenau, 32. 33. 37.
Goderich, 126. 129. 131.
Gogos, 89.
Golz, v. d., Gesandter, 25. 78.
Golz, v. d., General 31.
Golyzin, 114.
Gomez, 243.
Goppelt, 315.
Gordon, 97.
Görres, Joseph, 25. 21. 28. 30. 37. 40. 279. 290. 319.
Gotha, 124. 280.
Göttingen, Unruhen, 188.
Göttinger Sieben, 273.
Granier von Cassagnac, 349.
Grégoire, 52.
Gregor, 86.
Grey, 131 ff. 160. 268. 269.
Gribojedoff, 108.
Griechenland, 80 ff.
König Otto I., 112.

Grimm, Jacob, 273 ff. 295. 313.
Grimm, Wilhelm, 273. 295.
Grochow, Schlacht, 171.
Grolmann, 37.
Grubinska, 113. 167.
Grün, Anastasius, 275.
Guerazzi, 331.
Guergué, 246.
Guizot, 146. 223. 228 ff. 259. 261. 338. 342. 354.
Hilshane, Hattischer, 262.
Huraß, 96. 97.
Hustav-Adolfs-Verein, 306.

H.

Hafiz Pascha, 257.
Halen, van, 159.
Haller, 36. 46. 47.
Hallische Jahrbücher, 299.
Hambacher Fest, 204.
Handelsvertrag, englisch-türkischer, 256.
Hanta, 326.
Hannafen, 326.
Hannover, 29. 123. 188 ff. 196. 272 ff. Ernst August, 272 ff., cf. England, Cumberland.
Hansemann, 309. 310. 315.
Hardenberg, 30 ff. 36. 43. 44.
Harms, Claus, 191.
Harnier, 41. 78.
Hase, 75.
Hassan, 92.
Hassensflug, 209. 296.
Hastings, 104.
Hay, Abm. 242. 247.
Hay, Drummond, 346.
Heder, 314.
Heine, 299. 312.
Heinrich, 296.
Helswing, 322.
Hengstenberg, 192. 304.
Henry, 225.
Heppenheimer Versammlung, 315.
Herat, 264.
Herbart, 273.
Hergenhahn, 315.
Hermes, 278. 283. 287 ff.
Herreros, 54.
Herwegh, 190. 299. 300. 312.
Hessen-Darmstadt, 28. 121.
Hessen, Kur-, 77 ff. 121. 125. 185 ff. 209. Wilhelm I., 25. 77.
Wilhelm II., 121. 185.
Friedrich Wilhelm, 186.
Heydeck, 112.
Heyden, 103.
Hidalgo, 67.
Hochberg, Grafen, 27.
Hochbörfer, 203.

Hofmann, 122.
 Hofmann von Fallersleben, 299. 300.
 312.
 Hoghvoorst, 158. 159.
 Hohenlohe, 280.
 Holland, 156 ff.
 Wilhelm I., 157 ff.
 Wilhelm II. (Prinz von Oranien),
 158 ff. 165.
 Prinz Friedrich, 159.
 Holstein, 77.
 Hommer, von, 286.
 Homö, Schlacht, 252.
 Hongkong, 267.
 Hongs, 266.
 Huber, 225.
 Humboldt, Wilhelm von, 23. 26. 32.
 34. 37. 44 ff. 190.
 Humboldt, Alexander von, 296.
 Hunt, 49. 131.
 Huskisson, 126. 129.
 Hussein Pascha (Bosnien), 252.
 Hussein Pascha (türkischer General)
 252.
 Hyde de Newville, 139.
 Hydra, 87.

J.

Jablonowski, 167.
 Jacoby, 298. 308.
 Jahn, 33. 40. 295.
 Janitscharen-Empörung, 102.
 Jante, 31.
 Jbell, 40.
 Ibrahim Pascha, 93 ff. 99. 103. 252 ff.
 Jerusalem, Bisthum, 300.
 Jesevski, 170. 171.
 Jesuiten, 54. 57. 137. 139. 280. 317.
 340.
 Jharier, 351.
 Jilvriar, 326. 327.
 Immermann, 36.
 Independenten, 13. 52.
 Jochnius, 260.
 Johannisberg, Congreß, 78.
 Jordan, 186. 205. 209.
 Josefinos, 15.
 Jpsilanti, Alexander, 81. 83. 84.
 Jpsilanti, Demetrius, 85. 88. 91. 107.
 Jrlanb, 336.
 Isly, Schlacht, 346.
 Isturiz, 242.
 Italien, 15. 55 ff. 177 ff. 329 ff.
 Iturbide, 67. 71.
 Jystein, 202. 209. 314. 315.
 Juli-Revolution, 145 ff.
 Junges Europa, Deutschland u., 215 ff.
 Jünglingsbund, 75.
 Jussuf Pascha, 91.

K.

Kabul, 264.
 Kaleb Mebina, Schlacht, 260.
 Kalisch, Zusammenkunft, 250.
 Kampf, 33. 36.
 Kamran von Herat, 264.
 Kanaris, 87.
 Kapodistrias, Constantin, 81. 83. 90.
 98. 109 ff.
 Kapodistrias, August, 111. 112.
 Kara Ali, 87.
 Karaiskakis, 95 ff.
 Karawias, 84.
 Karpenisi, Schlacht, 91.
 Kastri, National-Versammlung, 98.
 Katholiken-Emancipation, 127. 130.
 Kaulafus, 263.
 Keane, 265.
 Keller, 39.
 Khiba, 263. 265.
 Kirchen-Conferenz, evangelische, 306.
 Kirchenstaat, 16. 178. 330.
 Pius VII., 16. 250. 282.
 Leo XII., 282. 284.
 Pius VIII., 178. 284.
 Gregor XVI., 178. 179. 285 ff.
 292. 330.
 Pius IX., 331 ff. 336.
 Kiutagi, 89. 94 ff. 104. 108. f. Meschit
 Pascha.
 Kiewitz, 34. 122.
 Knebelbills, 50.
 Knefeldt, 30.
 Kolettis, 92. 112.
 Kolotronis, 85. 88. 91 ff. 98 ff. 112.
 Kolowrat, 250.
 Konduriotti, 92. 94. 98. 111.
 König, 188.
 Königinhofer Handschrift, 326.
 Komija, Schlacht, 253.
 Körner, 211.
 Kornzölle, 268. 335.
 Koseritz, 210. 211.
 Kossuth, 328 ff.
 Kogebue, 33. 36. 39. 119.
 Kratau, 325.
 Kratufen, 171.
 Kranidhi, National-Versammlung, 92.
 Kreta, 92. 93.
 Kroaten, 326.
 Krug, 99.
 Krulowiezi, 175. 176.
 Kulewitschi, Schlacht, 108.
 Kurden, 257.
 Kutahija, Kriege, 254.

L.

Labeopere, 12.
 Labourdonnaie, 140. 141.

- Lafayette, 38. 143. 148 ff. 206. 211.
 220. 223.
 Lafitte, 138. 147 ff. 153. 155. 178. 228.
 Lagarde, 257.
 Lagrange, 354.
 La Granja, Revolution, 243.
 Laibach, Congreß, 56. 83.
 Lamarque, 222.
 Lamartine, 347 ff. 356 ff.
 Lambruschini, 287. 330. 332.
 Lamego, Cortes von, 231.
 Lamoricière, 345 ff. 354.
 Landsdowne, 129. 131.
 Landsfeld, Gräfin, f. Lola Montez.
 La Plata-Staaten, 67.
 Lappenberg, 313.
 Larochefacquelin, 356. 360.
 Larraga, 246.
 Lasarew, 253.
 Laserna, 70. 71.
 Lasaulx, 319.
 La Torre, 58. 69.
 Leconte, 225.
 Lebegand, 324.
 Lebru Rollin, 348. 356 ff.
 Legitimität, 1. 220 ff.
 Lelewel, 168 ff.
 Leon, Bischof von, 246.
 Leoparbi, 331.
 Lepel, 41. 78.
 Lessing, 219.
 Leu, 340. 341.
 Leuchtenberg, Herzog, 161. 330.
 Liberalismus, 2.
 Liechtenstein, 28.
 Lieven, 101.
 Lindebau, 187.
 Lippe, 25.
 List, 117.
 Liturgie, preussische, 192.
 Liverpool, Lord, 49. 128.
 Maubert, 236.
 Pobau, 143. 222.
 Lüthning, 40.
 Lola Montez, 318 ff.
 Londoner Conferenzen, 107. 161.
 — Protocolle, 107. 109. 161.
 — Vertrag, 103.
 Londoß, 85. 92.
 Lopez, 249.
 Lorenzen, Carl, 323.
 Lorenzen, P. D., 321.
 Lornsen, U. S., 187. 200. 321.
 Louvel, 53.
 Löwenstein-Wertheim, 197. 237.
 Lubetzki, 169. 170.
 Lubienzki, 175.
 Lubomirski, 169.
 Lucca, Herzog von, 333.
 Lucchesi-Palli, 222.
 Juden, 34. 39. 119.
 Luzern, 340.
 M.
 Maanen, van, 127 ff.
 Maasmann, 36.
 Maassen, 118.
 Maisson, 13. 106. 151. 155.
 Malachowski, 157. 176.
 Manchester, Blutbad, 50.
 — Partei, 268.
 Männerbund, 75. 214.
 Manuel, 38. 61.
 Manuscript aus Süddeutschland, 76.
 Manzoni, 331.
 Marie, 356. 360.
 Marmont, 145 ff.
 Maroffo, 345 ff.
 Maroniten, 260.
 Maroto, 242. 246 ff.
 Marquesas-Inseln, 337.
 Marrast, 224. 353 ff. 360.
 Martignac, 139 ff.
 Matasflorida, 14. 59.
 Mathy, 197. 220. 315. 316.
 Matusiewicz, 174.
 Mauguin, 148.
 Maurer, 112. 318. 319.
 Mavrofordatos, 88 ff. 111.
 Mavromichalis, Petro, 85. 91. 111.
 Mavromichalis, Georg, 98. 111.
 Mavromichalis, Konstantin, 111.
 Maynooth-Bill, 336.
 Mazedo, 231.
 Mazzini, 215 ff. 219.
 Medlenburg, 28. 213.
 Herzog Carl, 30.
 Helene, f. Frankreich, Orleans.
 Mehemet-Ali von Aegypten, 92 ff. 106.
 142. 251 ff. 261.
 Mehemet Pascha, 252.
 Meiningen, 124.
 Melbourne, 269 ff. 335.
 Mendigorria, Schlacht, 241.
 Mendizabal, 241.
 Menotti, 178. 179.
 Merilhou, 146. 155.
 Merino, 59. 236. 240.
 Mérode, 159.
 Metternich, 18 ff. 40. 56. 60. 86. 90.
 102 ff. 107 ff. 156. 172. 178. 183.
 196 ff. 250. 312. 316. 332.
 Mesolonghi, 90. 91. 94.
 Meunier, 225.
 Mevissen, 309. 310. 315.
 Mexico, 65. 67. 71.
 Kaiser Augustin I., f. Sturbide.
 Miaulis, 87. 93 ff. 98. 111.
 Michel, Martin, 280.
 Micheliß, 289.

- Mieg, 194.
 Mieroslawski, 325.
 Mignet, 153.
 Mill, 48.
 Miloradowitsch, 114.
 Mina, 15. 54. 60. 156. 234. 239.
 Mindermächtigen, 33.
 Minto, 334.
 Miranda, 64. 65.
 Mitteldeutscher Handelsverein, 123.
 Mittermaier, 202. 314.
 M'Neill, 264.
 Modena, Herzog Franz, 58. 178. 179. 332.
 Moderados, 59. 242.
 Molé, 228 ff. 243. 354.
 Molte, 257.
 Monroe, 74.
 Montalembert, 360.
 Montalivet, 155.
 Montebello, 228, 229.
 Montesquieu, 356.
 Montholon, 227.
 Montmorency, 60.
 Morea, Expedition, 106. 107.
 Morelli, 55.
 Morelos, 67.
 Moreno, 242.
 Morillo, 61. 66. 68. 69.
 Mörl, Marie von, 279.
 Morry, 353.
 Mortemart, 148. 150.
 Mortier, 224. 228 ff.
 Rotz, preussischer Minister, 122. 124 ff.
 Rotz, hessischer Minister, 125.
 Müffling, 109.
 Müller, Adam, 2. 20.
 — Otfried, 274.
 — Siegwart, 340.
 — Wilhelm, 99.
 Münch-Bellinghausen, 77.
 München, 286.
 Münchengräß, Congress, 217.
 Muñoz, 248.
 Münster, Graf, 183. 184. 188.
 Murat, 360.
 Muffet, 260.
 Mustai, 91.
 Musuris, 86.
- N.**
- Nagler, 78. 118.
 Nanjing, Friedrich, 267.
 Napier, Charles, 233. 260. 261.
 Napier, Lord, 266.
 Nariño, 66.
 Narvaez, 243. 249.
 Nassau, 28. 197.
 Nationalwerkstätten, 358 ff.
 Navarino, Schlacht, 104. 105.
- Neapel, 16. 55 ff. 178. 333 ff.
 — Ferdinand I., 16. 55 ff.
 — Franz I., 55. 178.
 — Ferdinand II., 180. 329.
 Nebenius, 117, 197.
 Neuenburg, 342. 343.
 Neu-Granada, 65. 73.
 Neu-Holsteiner, 320.
 Newman, 336.
 Ney, 12.
 Niccolini, 331.
 Nicolovius, 191.
 Niebuhr, 2. 33. 36.
 Niemcewicz, 168.
 Niemojewski, 168. 176.
 Nikita, 89. 91.
 Nissib, Schlacht, 257.
 Norddeutschland, 28 ff. 183 ff.
 Normann, 90.
 Novara, Schlacht, 58.
 Nott, 265.
- O.**
- Oberrheinische Kirchenprovinz, 281 ff.
 Ocaña, Congress, 72.
 Ochsenstein, 341.
 O'Connell, 128. 129. 268. 336 ff.
 O'Donnell, 248 ff.
 O'Donnoju, 71.
 Odyseus, 91. 96.
 Ofsalia, 248.
 Offenburger Versammlung, 315.
 Offener Brief (Christians VIII.), 321 ff.
 O'Giggins, 67. 70.
 Ofen, 35. 209.
 Oldenburg, 29. 197. 212.
 Olozaga, 249.
 Olshausen, 320. 323.
 Omer Brionis, 83. 90 ff. 94.
 Opiumkrieg, 266.
 Oporto, Belagerung, 232.
 Orange-Lozen, 128. 270.
 Ordonnanzen (Carl's X.), 144.
 Organisches Statut, 176.
 Orthodoxie, 303.
 Osman Pascha, 252.
 Osorio, 70.
 Osterode, Aufstand, 186.
 Ostindische Compagnie, 263. 266 ff.
 Osterreich, 17 ff. 25. 57. 177 ff. 260.
 — Franz I., 7 ff. 18. 83. 86. 105. 250.
 — Ferdinand, 250.
 — Erzherzog Carl, 173.
 — Johann, 301.
 — Joseph, 329.
 — Ludwig, 250.
 — Stephan, 329.
 Ostrolenta, Schlacht, 172.
 Ostrowski, 168.
 Ottingen-Wallerstein, 203. 290. 319.

P.

Pacho Wei, 83.
 Padilla, 69.
 Paez, 68. 72. 73.
 Pagnerre, 357.
 Palmella, 231.
 Palmerston, 129. 131. 173. 237. 242
 255. 271. 334. 338.
 Panславismus, 326.
 Papalini, 179. 330.
 Paraguay, 67.
 Parga, 82.
 Parlamentsreform, 127. 130.
 Parma, 15. 178. 333 (Maria Louisa,
 ibid.).
 Pastrowitsch, 107. 108. 175.
 Passive Assistenz, 284.
 Patent vom 3. Febr. 1847, 307.
 Peel, 126. 128. 269. 271 ff. 335 ff.
 Pellico, Silvio, 57. 331.
 Pentarchie, 251.
 Pepe, Wilhelm, 55 ff.
 Pepe, Joseph, 56.
 Pepoli, 178.
 Pereira, 350.
 Périer, 138. 147. 153. 179. 222. 228.
 Perivolatia, Conferenzen, 101.
 Perowski, 265.
 Persien, 108. 263 ff.
 Pest Ali, 264.
 Mohammed Mirza, 264.
 Persigny, 225. 227.
 Peru, 65. 70. 72.
 Pestel, 113. 115.
 Peta, Schlacht, 89.
 Petersburger Conferenzen, 100.
 — Protocoll, 102.
 Petrobei, f. Marvromichalis, Petro.
 Pezuela, 70.
 Pfizer, 197. 200.
 Pfuel, 343.
 Phalansterien, 351.
 Philhellenen, 89. 106. 199.
 Philister, 81.
 Phillips, 290.
 Philomusen, 81.
 Biadha, National-Versammlung, 88.
 Biar, 68.
 Pichincha, Schlacht, 69.
 Plater, Gräfin, 174.
 Plessen, 24. 41.
 Plunkett, 128.
 Poerio, 334.
 Polen, 38. 165 ff. 324 ff.
 Polignac, 140 ff. 155.
 Pollack, 265.
 Pomare, 337.
 Poncelet, 221.
 Ponsouby, 256.

Bulle, 1815—1871.

Portugal, 14. 54. 62. 230. 237. 241.
 Johann VI., 14. 54. 62. 63. 230.
 Carlota, 55. 62. 230.
 Maria Isabella, 14. 230.
 Dom Pedro, f. Brasilien.
 Maria da Gloria, 64. 230.
 Dom Miguel, 55. 62. 64. 230 ff.
 237.
 Prinzessin von Beira, 234.
 Potter, 157 ff.
 Pottinger, 264.
 Preßgesetz, französisches, 137.
 Preßverein, 203. 214.
 Preußen, 25. 29 ff. 76 ff. 117 ff. 173.
 189 ff. 213.
 Friedrich Wilhelm III., 8 ff. 29 ff.
 34 ff. 43. 56. 190 ff. 250. 292.
 Friedrich Wilhelm IV., 37. 46 ff.
 99. 217. 257. 292. 294 ff. 316.
 342.
 Prinz Wilhelm, 307.
 Prinzessin Charlotte (Kaiserin von
 Rußland), 9. 113.
 Prim, 249.
 Britschard, 337.
 Progressisten, 248.
 Probynski, 172. 175.
 Proudhon, 350.
 Provinzialstände, preussische, 29. 45. 47.
 — dänische, 320.
 Prutz, 299. 300. 312.
 Psara, 87. 93.
 Pulawski, 175.
 Pusey, 336.
 Pyat, 360.

Q.

Quadrupel-Allianz, portugiesische, 237.
 — türksche, 259.
 Quesada, 236. 239. 243.
 Quiroga, 54.
 Quito, 65. 69. 72.

R.

Radowitz, 296. 307. 316.
 Radzivil, 171.
 Raglovich, 201.
 Raspaill, 359.
 Rationalismus, 303.
 Rau, 197.
 Rauschenplat, 188. 206. 211. 220.
 Redcliffe, f. Stratford Canning.
 Reformbankette, 252. 253.
 Regis, 58.
 Reichenbach, Gräfin, 185.
 Reichardt, Herzog, f. Frankreich, Ro-
 naparte.
 Remusat, 352.
 Repealbewegung, 268.

- Reschit Pascha, s. Kintagi, 252 ff. 262.
 Reuß, 125.
 Reuter, 213.
 Reventlow-Preeß, 321.
 Rey, 205.
 Reyscher, 313.
 Rheinische Adresse, 36.
 Rheinischer Mercur, 31. 34.
 Rianzarez, s. Muñoz.
 Ribeaupierre, 102.
 Richelieu, 11. 52. 53.
 Ricord, 111.
 Rieb, Vertrag, 21.
 Riego, 54. 59. 61.
 Riesen, 275.
 Rieti, Schlacht, 57.
 Rigny, 103.
 Robinson, s. Goderich.
 Rochau, 220.
 Rochow, 275. 296.
 Rod, heiliger, 301.
 Robil, 70. 71. 236. 239. 243.
 Rogier, 159.
 Romantil, 2.
 Romarino, 175. 176. 215.
 Römer, 197. 315.
 Romilly, 48.
 Ronge, 301. 302.
 Rosa, Martinez de la, 59. 236. 239. 241.
 Rosaß, 67.
 Rosen, 172.
 Roffi, 332.
 Rothpletz, 341.
 Rotted, 197. 201 ff. 208 ff. 314.
 Rouffin, 232. 253.
 Royer, 109.
 Royer Collard, 52. 138. 139. 224.
 Rozycki, 176.
 Rüdert, 295.
 Ruge, 75. 299.
 Rundschit Singh, 264.
 Rupp, 305. 306.
 Russell, Lord J., 50. 131. 269. 271. 338.
 Rußland, 86. 100. 107 ff. 126. 165 ff. 263 ff.
 Alexander I., 6 ff. 27. 31. 38. 42. 56.
 81. 83. 86. 90. 101. 113 ff. 165 ff.
 Nikolaus I., 9. 101 ff. 106. 113 ff. 143. 167 ff. 174. 250. 253.
 Großfürst Constantin, 101. 113 ff. 167 ff. 174.
 — Michael, 172.
 Ruthenen, 326.
 Rybinski, 176.
- S.**
- Saavedra, 68.
 Sachsen, 28. 123. 186 ff. 193 ff.
 König Anton, 187.
 Maximilian, 187.
 Friedrich August, 187. 193.
 Prinz Johann, 302.
 Saden, 174.
 Sacrilegiumsgesetz, 136.
 Sailer, 278. 279.
 Salbamba, 231.
 Salit Aga, 65.
 Sand, 39. 43.
 Sanfedisten, 330.
 San Martin, 68. 70.
 San Miguel, 60.
 Santana, 71.
 Santa Rosa, 58.
 Sardinien, 16. 57 ff. 180. 330. 333.
 Victor Emanuel I., 16. 58.
 Carl Felix, 57. 58. 180.
 Carl Albert, 57 ff. 180. 330.
 Sarner Bund, 181.
 Sarsfeld, 236 ff. 244.
 Sauden, 309.
 Sauerwein, 216.
 Sauzet, 334.
 Savary, 344.
 Savigny, 27.
 Savoyer Putz, 215.
 Scheele, 272.
 Schelling, 295. 299.
 Schent, 203.
 Schentendorf, 2.
 Schlegel, Fr., 2. 20. 22. 279.
 Schleiermacher, 192. 304.
 Schleswig-Holstein, 187. 319 ff.
 Schlosser, 279.
 Schluß-Acte, Wiener, 42.
 Schmalz, 32. 33. 36.
 Schmebbing, 280. 286.
 Schmidt-Phiseldorf, 183.
 Schmillling, 287.
 Schneckenburger, 312.
 Schön, 33. 298.
 Schonen, 148. 151.
 Schönlein, 209.
 Schrend, 318.
 Schudmann, 30.
 Schudschab, 264.
 Schulze, Joh., 191.
 Schuster, 188.
 Schwedt, Zusammenkunft, 217.
 Schweiz, 180 ff. 218. 339 ff.
 Schwerin, 308.
 Schwyz, 181.
 Sklaven-Emancipation, 267.
 Sklavenhandel, 337.
 Sébastiani, 155. 222. 349.
 Sebnitz, 293.
 Seidensticker, 188.
 Semenow, 56.
 Sémonville, 148.
 Seo d'Urgel, 59.
 Septembergesetz, 224.

- Sepulveda, 55.
 Serben, 326.
 Serrano, 249.
 Settimo, Ruggiero, 334.
 Sicilien, 55. 57. 330. 333 ff.
 Sidmouth, 49.
 Siebener Concordat, 181.
 Siebenpfeiser, 203 ff.
 Sierstorff, 184.
 Sieveking, 277.
 Simon, Heinrich, 309.
 Simowitsch, 264.
 Sissini, 98.
 Skau, Laurig, 321.
 Skrzynski, 171 ff.
 Slawonen, 326.
 Slowaken, 326.
 Smidt, 24. 41.
 Sobrier, 354.
 Socialismus, 349 ff. 358 ff.
 Soiron, 315.
 Solms-Lich, 308.
 Soltyl, 168. 171.
 Sonderbund, 341 ff.
 Sondershausen, 119. 157.
 Soult, 223. 228 ff. 259.
 Spanien, 14. 53 ff. 59 ff. 156. 233 ff.
 Ferdinand VII., 14. 54. 59. 61.
 233 ff.
 Maria Christina, 233 ff. 248 ff. 338.
 Isabella, 234. 338.
 Luisa (Montpensier), 234. 338.
 Don Carlos (V.), 233 ff. 247.
 Don Sebastian, 244.
 Montemolin (Carlos VI.), 247.
 Don Fernando, 247.
 Don Juan, 247.
 Don Carlos (VII.), 247.
 Don Alfonso, 247.
 Cabir, Francisco, Herzog von, 338.
 Sevilla, Enrique, Herzog von, 338.
 Spanische Heiraten, 338 ff.
 Spencer, f. Althorp.
 Spetsia, 87.
 Spiegel, 285 ff.
 Sprewitz, 75.
 Spyridion, 87.
 Staatsrath, preussischer, 34.
 Staatsschulden Gesetz, preussisches, 46.
 Stagemann, 33. 37.
 Stahl, 79. 296.
 Stapford, 260.
 Staneli, Schlacht, 143.
 Steiger, 341. 342.
 Stein, 2. 8. 21. 24. 33. 36.
 Steuerverein, 197.
 Stodmar, 271.
 Stolberg, Graf, 288.
 Stolzberg, Gräfin, 279.
 Stourbja, 38. 39.
 Straßburger Putsch, 225.
 Stratford Canning, 262.
 Strauß, David, 339.
 Strogonoff, 86.
 Strohmaier, 203. 206. 216.
 Struve, 314.
 St. Simon, 223. 350.
 Stuart, 63.
 Stilve, 276.
 Sucre, 69. 71. 72.
 Süddeutschland, 26. 199.
 Sulioten, 82. 89.
 Surlet de Chotier, 161. 161.
 Sutso, 84.
 Silbern, 191.
 Szalay, 328.
 Szechenyi, 329.
 T.
 Tafna, Vertrag, 344.
 Talleyrand, 163.
 Tarella, 89. 90.
 Tauentzien, 30.
 Teixeira, 246.
 Tellez Jordao, 231. 233.
 Teplitz, Zusammenkunft, 41. 217.
 Terceira, 233.
 Territorial-Commission, 45.
 Tiffin, 181.
 Tette, 349.
 Teraß, 74.
 Thiele, 296.
 Thiers, 137. 143. 145. 149. 223. 226 ff.
 240. 243. 259. 261. 348. 354.
 Thiersch, 99.
 Thil, du, 121.
 Thistlewood, 51.
 Thomar, Schlacht, 237.
 Thuringen, 123.
 — Handelsverein, 193. 195.
 Tiedt, 295.
 Tilly-Verein, 306.
 Toleranz-Edict, preussisches, 305.
 Torno, 241.
 Toscana, 16. 330. 333.
 Trades-Union, 268.
 Treilhard, 146. 155.
 Troppau, Congreß, 56.
 Tröben, Verfassung, 98.
 Triltschler, 187.
 Tscheden, 326 ff.
 Tschertessen, 255. 263.
 Tucuman, Congreß, 68.
 Turgenjew, 113.
 Türkei, 80. 102. 251 ff.
 Mahmud, 86. 253 ff.
 Abdul Medjid, 257.
 Turpolsky, 328.
 Tyssowsti, 325.

II.

Ueberlandpost, 262.
 Uhlant, 28. 197. 313.
 Ulich, 305.
 Ultramontanismus, 277 ff.
 Ungarn, 17. 173. 177. 233 ff.
 Union, evangelische, 191 ff.
 Untjar Steleffi, Vertrag, 254.
 Urquhart, 255.
 Uruguay, 67. 68.
 Usfing, 327.
 Utilitarier, 49.

B.

Balbes, 70. 71. 239.
 Balée, 345.
 Baltetfi, Schlacht, 85.
 Bandeweyer, 159.
 Barmhagen, 8. 40.
 Baublanc, 12. 13.
 Baudrey, 225. 227.
 Benedey, 219.
 Benzuela, 64, 65. 68. 73.
 Vereinigte Ausschüsse, 298.
 — Landtag, 307 ff.
 — Staaten, 73. 337.
 Verfassungsfrage in Preußen, 296 ff.
 306 ff.
 Bergara, Vertrag, 247.
 Bernet, 20. 153.
 Verona, Congress, 59 ff. 77. 90.
 Victoria, 71.
 Villafranca, 55.
 Villèle, 53. 60. 134 ff.
 Vinde, Oberpräsident, 33. 279.
 Vinde, Georg, 309. 310.
 Vitet, 353.
 Vitrolles, 147. 148.
 Vlamingen, 323.
 Voirol, 225.
 Voss, von, 44.
 Voss, 99.

B.

Bagemann, 212.
 Bath, 313.
 Ballis, 181.
 Wangenheim, 27. 36. 40. 42. 76 ff.
 119.
 Wartburgfest, 35.

Warschau, Einnahme, 176.
 Waver, Schlacht, 171. 172.
 Weber, 273.
 Wegscheider, 192.
 Weimar, Sachsen, 28. 36.
 Welter, 40, 202. 205. 208 ff. 314.
 Wellesley, 49.
 Wellington, 101. 105. 129. 131. 133
 160. 231. 269.
 Werner, 2.
 Wessenberg, Minister, 23.
 Wessenberg, General-Vicar, 277. 279.
 Wette, de, 40.
 Weyer, van de, 159.
 Wien, Congress 1815, 9.
 Minister-Conferenzen 1820, 42. 117.
 — 1834, 217. 218.
 Willem, 323.
 Winter, 202.
 Winzingerode, 77.
 Wirth, 203 ff.
 Wiseman, 336.
 Wislicenus, 305.
 Wittgenstein, 30. 107.
 Witleben, 46.
 Wladimiresco, 84.
 Wrede, 22. 206.
 Württemberg, 21 ff. 27. 42. 121. 193.
 210. 316.
 König Friedrich, 23. 27.
 König Wilhelm, 27. 42. 76 ff. 115.
 202. 275.
 Wysocki, 169.

K.

Kantios, 81.

J.

Jaimis, 92. 98.
 Jamoyfi, 169.
 Jarategui, 245.
 Jerschau, 194. 195.
 Jichy, 36.
 Jilertshaler, 278.
 Zollgesetz, preussisches, 118. 193 ff.
 316.
 Zollverein, deutscher, 115 ff.
 Zollverein, italienischer, 332.
 Zucchi, 179.
 Zumalacarragui, 238 ff.
 Zürich, 339.

§. 6, 3. 20: lies Ermordung statt Verschwörung.
 = 336, = 22: = zwölf = neu.

MAR 16 1885



H 768.76
Geschichte der neuesten zeit, 1815-
Widener Library 001814073



3 2044 087 971 263